

Zur Entstehung und Entwicklung der Schulen in Fürth seit der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818 bis zum 200-jährigen Jubiläum 2018

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Vorwort von Herrn Bürgermeister Braun	2
1. Einleitung	3
2. Die Vorgeschichte: Schulen in Fürth bis zur Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818	4
3. Schulen in Fürth nach der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818 bis zur Reichsgründung 1871	12
4. Schulen in Fürth nach der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918	24
5. Schulen in Fürth nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 bis zum Ende der Weimarer Republik 1933	43
6. Schulen in Fürth in der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945	74
7. Schulen in Fürth nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 als Großstadt bis zu den Bildungsreformen ab Mitte der 1960er Jahre	105
8. Schulen in Fürth von den Bildungsreformen ab Mitte der 1960er Jahre bis zur Deutschen Einheit 1990	143
9. Schulen in Fürth nach der Deutschen Einheit 1990 bis zur PISA-Studie 2000	191
10. Schulen in Fürth von der PISA-Studie 2000 bis zum 200. Jubiläum der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 2018	215
11. Anhang: Verwendete Literatur	269

Herausgeber: Stadt Fürth - Referat für Schule, Bildung, Sport und Gesundheit.

Bearbeitung: Dr. Richard Roth - Referat für Soziales, Jugend und Kultur/Stab-Planung, Königsplatz 2, 90762 Fürth, Tel.: 0911/974-1045.

Stand der Fertigstellung: September 2017 (Vorgeschichte), Juli 2018 (1818 bis 1918), Februar 2020 (Weimarer Republik und NS-Zeit), September 2020 (1945-1964), August 2021 (1965-1990), Dezember 2022 (1990 bis 2018). Redaktionelle Überarbeitung bis Juli 2023, Veröffentlichung: November 2023.

Vorwort von Herrn Bürgermeister Braun

Die Arbeiten an der vorliegenden Veröffentlichung zur Entstehung und Entwicklung der Schulen in Fürth seit der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 1818 begannen, als mich der Geschichtsverein Fürth im Mai 2017 bat, im kommenden Jahr bei den Veranstaltungen zum 200. Stadtjubiläum einen Vortrag über 200 Jahre Schule und Bildung in Fürth zu halten.

Die Vorbereitungen zu dem Vortrag gestalteten sich nicht einfach, da lückenlose Darstellungen zur Entwicklung der Schulen in Fürth fehlten und Darstellungen zur allgemeinen Schulentwicklung zunächst nicht bekannt waren. Zum Glück wurden bei der Literatursichtung von Herrn Dr. Roth die rund 3.200 Seiten umfassenden vier Handbücher zur Geschichte des Bayerischen Bildungswesens entdeckt, die Professor Max Liedtke in den 1990er Jahren herausgegeben hatte und die uns sehr weiterhalfen. Bei Professor Liedtke hatte ich in den 1990er Jahren während meines Studiums zum Lehramt an Grundschulen übrigens eine Vorlesung zum Thema „Evolution und Erziehung“ besucht, die sich unter anderem mit der Geschichte von Schule und Erziehung auseinandersetzte.

Bei meinem Vortrag am 13. September 2018 vor dem Geschichtsverein Fürth über 200 Jahre Schule und Bildung in Fürth mit Power-Point-Präsentation zu den Schulgebäuden verfügten wir zwar schon über eine später noch ergänzte textliche Ausarbeitung bis zum Jahr 1918 und eine noch unvollständige Chronik bis zum Jahr 2018, kündigten aber nicht zuletzt aufgrund der Materialfülle des Themas eine umfassende schriftliche Komplettdarstellung zum Nachlesen an, deren Erarbeitung länger dauerte als wir damals dachten.

Um allen Leserinnen und Lesern ein Gefühl für die historische Entwicklung der Bildungseinrichtungen und deren bis in die Gegenwart reichenden Grundlinien und Grundstrukturen zu vermitteln, beginnt die Darstellung mit einem Rückblick auf die Entwicklung des Schulwesens im heutigen Franken seit 770 und leitet ab 1574 auf die Entstehung der Schulen in Fürth über, ohne die allgemeine Entwicklung und die sie beeinflussenden Faktoren aus den Augen zu verlieren.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Richard Roth, der die zur Verfügung stehende und verwendete Literatur sichtete, wesentliche Entwicklungslinien herausarbeitete und auf die Schulen und Bildungseinrichtungen in Fürth ausrichtete. Ihm ist damit ein umfassendes Werk zur historischen Entstehung und Entwicklung der Schulen in unserer Kleeblattstadt gelungen, auf das in Zukunft vielfältig Bezug genommen werden kann. Ich wünsche Ihnen nun viel Vergnügen sowie zahlreiche Einblicke und Erkenntnisse bei der Lektüre des Gesamtwerks. Beim Lesen sollten Sie allerdings auch jeweils auf die Anmerkungen achten, weil diese neben der Quellenangabe an vielen Stellen nähere Erläuterungen oder zusätzliche Informationen zum Haupttext enthalten, die für das Gesamtverständnis bedeutsam sind.

Markus Braun
Zweiter Bürgermeister sowie
Referent für Schule, Bildung,
Sport und Gesundheit

1. Einleitung

Im Mai 2016 veröffentlichte die Stadt Fürth ihren ersten und im Mai 2018 ihren zweiten kommunalen Bildungsbericht, mit denen ein fortlaufendes Bildungsmonitoring mit Bildungsberichterstattung und Bildungsmanagement erfolgen soll.¹ Damals gab es in Fürth nach dem Zweiten Bildungsbericht im Schuljahr 2016/2017 bei 128.204 bzw. 129.190 Einwohner/innen insgesamt

- 16 Grundschulen, darunter auch zwei private, nämlich eine humanistische und eine evangelisch-lutherische,
- 8 Mittelschulen,
- 3 Förderschulen, darunter eine private der Lebenshilfe Fürth,
- 2 Realschulen,
- 1 Wirtschaftsschule,
- 3 Gymnasien,
- 1 Fachoberschule,
- 1 Berufsoberschule,
- 3 Berufsschulen

mit 12.854 Schüler/innen und einer Klassenstärke, die je nach Schultyp zwischen 11,8 (Förderschulen), 19,1 (Mittelschulen), 21,2 (Grundschulen), 25,0 (Gymnasien) und 27,5 (Realschulen) Schüler/innen schwankte. Außerdem gab es eine öffentliche Volkshochschule, eine private Fachakademie für Sozialpädagogik und mit der Wilhelm-Löhe-Hochschule auch eine private Hochschule.

Während sich die Bildungsberichte auf die aktuelle Schul- und Bildungssituation in Fürth konzentrieren und durch ein Bildungsmonitoring eine den Erfordernissen entsprechende und auf die Zukunft gerichtete kommunale Bildungs- und Schulpolitik angestrebt wird, wurde die historische Entwicklung der Schulen in den Bildungsberichten nicht berücksichtigt. Da in der örtlichen Geschichtsschreibung außerdem lückenlose Darstellungen zur Entstehung und Entwicklung der Schulen in Fürth von der Vergangenheit bis zur Gegenwart weitgehend fehlen,² wird in dieser Ausarbeitung die Entstehung und Entwicklung der Schulen in Fürth nachgezeichnet, damit die großen historischen Umbrüche und Fortschritte im Bildungssystem deutlich werden.

Die vorliegende Darstellung gliedert sich dabei in folgende neun Abschnitte:

- Die Vorgeschichte: Schulen in Fürth bis zur Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818,
- Schulen in Fürth nach der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818 bis zur Reichsgründung 1871,

¹ Vgl.: Stadt Fürth, Referat I – Schule Bildung und Sport (Hrsg.), Bildung in Fürth 2016. Erster Bildungsbericht der Stadt Fürth, Fürth 2016 mit einem Umfang von 163 Seiten und Stadt Fürth, Referat I – Schule Bildung und Sport (Hrsg.), Bildung in Fürth 2018. Zweiter Bildungsbericht der Stadt Fürth, Fürth 2018 mit einem Umfang von 226 Seiten und einem Anhang.

² Eine die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus aussparende und aufgrund des Veröffentlichungsjahres nicht bis in die Gegenwart reichende Ausnahme bildet die 1974 von der Stadt Fürth herausgegebene und 64 Seiten umfassende Broschüre, Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum mit Beiträgen von Emil Ammon (Stadtarchiv Fürth), Max Eichler (ehem. Stadtschulamt Fürth), Horst Gemeinhardt (Helene-Lange-Gymnasium Fürth) und Karl Dubois (Hochbauamt Fürth).

- Schulen in Fürth von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918,
- Schulen in Fürth vom Ende des Ersten Weltkrieges 1918 bis zum Ende der Weimarer Republik 1933,
- Schulen in Fürth in der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945,
- Schulen in Fürth vom Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 bis zu den Bildungsreformen ab Mitte der 1960er Jahre,
- Schulen in Fürth von den Bildungsreformen ab Mitte der 1960er Jahre bis zur Deutschen Einheit 1990,
- Schulen in Fürth von der Deutschen Einheit 1990 bis zur PISA-Studie 2000,
- Schulen in Fürth von der PISA-Studie 2000 bis zum 200. Jubiläum der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 2018.

Bei der Darstellung wird sich zeigen, dass die Entstehung und Entwicklung der Schulen in Fürth immer eng mit anderen Faktoren wie der demografischen, der wirtschaftlichen, der sozialen und der politischen Entwicklung verbunden war. Die einzelnen Absätze, Seiten und Abschnitte der Darstellung mögen bei der Lektüre wie Viertel-, Halb- oder Stundenschläge erscheinen, in der Wirklichkeit waren es jedoch jeweils Generationenschläge, die eine oder zwei, drei oder vier, fünf oder sechs und manchmal sogar noch mehr Generationen umfassten. Dies gilt sowohl für den Abschnitt der Vorgeschichte vom ersten Nachweis der Existenz eines Lehrers (Schulmeisters) im Marktflecken Fürth im Jahr 1574 bis zur Erhebung Fürths zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 1818 (rund 250 Jahre) als auch für den Hauptteil von der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818 bis zum 200-jährigen Jubiläum 2018, die jeweils die Aufeinanderfolge von zehn bzw. acht Generationen umfassen.

2. Die Vorgeschichte: Schulen in Fürth bis zur Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818

„Traditionell war das Schulwesen im christlichen Europa Sache der Kirche.“³ In diesem Zusammenhang entstanden im Gebiet des heutigen Frankens zunächst **Domschulen** an den Bischofssitzen (Würzburg 770, Bamberg 1007) und **Klosterschulen** zur Ausbildung des Klerus sowie der Mönche und Nonnen, die später auch Abteilungen zur Ausbildung externer, nicht der Geistlichkeit angehörender Personen gegen Entgelt einrichteten.⁴ Die Schulzeit an den Dom- und Klosterschulen begann für gewöhnlich mit dem Eintritt in ein Kloster, der frühestens ab einem Alter von 5 bis 7 Jahren möglich war. Die Dauer des täglichen Unterrichts wurde durch den Rhythmus der Gebetsstunden bestimmt, an denen die Schüler teilnehmen und den Chordienst leisten mussten.

³ Max Liedtke, 1806 2006. Vom neuen zum modernen Bayern. Schule im Spiegel der Zeit, in: Lehrerinfo. Ein Service des Bayerischen Kultusministeriums für Lehrerinnen und Lehrer, Nr.2/2006, S.5-12, hier: S.5. Max Liedtke, geboren 1931, war von 1973 bis zu seiner Emeritierung 1999 Professor für Pädagogik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg mit dem Schwerpunkt historische Bildungsforschung.

⁴ Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 1: Geschichte der Schule in Bayern. Von den Anfängen bis 1800, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1991, S.113: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass an den Bischofssitzen zugleich mit der Gründung auch eine Schule errichtet wurde, sei es als Kathedralschule, sei es an dem mit dem Bistum verbundenen Kloster.“ Siehe auch ebd., S.116: „Alle Klosterschulen hatten eine interne Schule für den Klosterschüler und eine externe Schule für Außenstehende.“

Unterrichtssprache war Latein, das die Schüler auch untereinander sprechen sollten. Nach einem **zwei- bis dreijährigen Elementarunterricht** (Auswendiglernen der Psalter, Lesen und Schreiben lernen, Chorgesang und Rechnen) erfolgte die eigentliche Ausbildung in dem aus der Antike übernommenen Schema der „**sieben freien Künste**“ oder „**artes liberales**“ (Buchkünste), die aus den **drei sprachlichen Fächern des Triviums** (Grammatik, Rhetorik, Dialektik) und den **vier mathematischen Fächern des Quadriviums** (Arithmetik, Geometrie, Astronomie, Musik) bestanden und jeweils für ein Jahr und damit insgesamt sieben Jahre gelehrt wurden.⁵ Daneben legten die Frauenklöster auch Wert auf den Erwerb nützlicher Handfertigkeiten wie Spinnen, Schneidern, Weben, Sticken und Teppichknüpfen.⁶

Mit einem Schuleintritt im Alter von 5 bis 7 Jahren, der Vermittlung nützlicher Handfertigkeiten bei Mädchen (z.B. Schneidern und Sticken) und dem Unterricht in drei Qualifikationsstufen (Elementarunterricht, Trivium, Quadrivium) war bereits an den Dom- und Klosterschulen die bis in die Gegenwart reichende Grundstruktur des Bildungswesens festgelegt worden: „Wie weit der einzelne auf dieser Leiter emporsteigen konnte, hing von vielen Zufällen, der Begabung, des Vermögens, auch der Wünsche der Familien und den Zeitumständen ab.“⁷ Durch die ab Mitte des 11. Jahrhunderts einsetzende Gründung von Universitäten (Schule für arabische Medizin in Salerno 1057, Rechtsschule in Bologna 1088, mit Vorläufern zwischen 1150 und 1170 Sorbonne in Paris 1199, Universitäten Oxford 1167, Cambridge 1209, Salamanca 1218, Montpellier 1220, Padua 1222) verloren die Domschulen ihren ersten Rang im Bildungswesen an die Universitäten mit den dort zur Vertiefung des Wissens angebotenen Fächern Philosophie, Theologie, Jurisprudenz und Medizin.⁸

Trotz einer Weiterführung und didaktischen Anpassung der Dom- und Klosterschulen entstanden im heutigen Franken ab Mitte des 13. Jahrhunderts zunehmend auch Latein- bzw. Pfarrschulen, „vermengte Schulen“ und in den Reichsstädten Ratsschulen (Feuchtwangen 1241, Rothenburg 1286, Spalt 1313, Nürnberg Lateinschulen St. Lorenz 1325, Heilig-Geist-Spital 1333, St. Sebald 1335 und St. Egidien 1396, Herzogenaurach 1347, Lauf 1386, Schwabach 1401, Höchstadt/Aisch 1421, Iphofen 1436, Eltmann 1442, Scheinfeld 1451, Happurg 1482, Pegnitz 1482).⁹ Abgesehen von den

⁵ Vgl.: Ebd., S.89-94. Von den **drei sprachlichen Fächern (Trivium)** der „sieben freien Künsten“ oder „artes liberales“ (Buchkünste) war **Grammatik** die Kunst, die Poeten und Schriftsteller zu interpretieren, und die Fähigkeit, korrekt zu schreiben und zu lesen (vgl. ebd., S.97), **Rhetorik** in der Antike die Kunst der öffentlichen Rede, vor allem vor Gericht, während im Mittelalter wegen des anderen Rechtssystems das Schwergewicht beim schriftlichen Ausdruck lag (vgl. ebd., S.104), **Dialektik (Logik)** die Kunst von den logischen Schlüssen bzw. der Entlarvung von Trugschlüssen (vgl. ebd., S.106).

Von den **vier mathematischen Fächern (Quadrivium)** der „sieben freien Künste“ oder „artes liberales“ (Buchkünste) war **Arithmetik** die Lehre von den Zahlen und den vier Grundrechenarten einschließlich Bruchrechnung (vgl. ebd., S.107), **Musik** die Lehre von den Zahlenverhältnissen der Intervalle und Akkorde (vgl. ebd., S.108), **Geometrie** eine Art bildlicher und geometrischer Geografie anhand der damaligen Weltkarte mit Jerusalem im Zentrum sowie Afrika, Asien und Europa außen herum (vgl. ebd., S.109f.) und **Astronomie** (Sternenkunde) das am intensivsten gelehrt Fach zur Berechnung der kirchlichen Festtage (vgl. ebd., S.110).

⁶ Vgl.: Ebd., S.135-140, hier: S.138.

⁷ Ebd., S.87.

⁸ Vgl.: Ebd., S.146 und S.149.

⁹ Vgl. dazu die Auflistung, in: Ebd., S.143-146 und S.149f.: „Dem Rang- und Bedeutungsverlust der Dom- wie der Klosterschulen steht als Positivum eine erhebliche Vermehrung der Schulen im späten Mittelalter gegenüber, die jetzt auch von Bevölkerungskreisen besucht wurden, die zuvor kaum Gelegenheit zur Bildung erhalten hatten.“ Ergänzend anzumerken ist, dass ab 1450 das von Johannes Gutenberg (1400-1468) entwickelte Buchdruckverfahren mit Lettern und Druckerpresse das bisherige

Lateinschulen, die sich neben dem Elementarunterricht auch den Fächern des Triviums und des Quadriviums widmeten, waren **Pfarrschulen** generell Lateinschulen, die neben dem Elementarunterricht zumindest die für den Chorgesang, den Ministrantendienst und zum Lesen der Gebetsbücher notwendigen Lateinkenntnisse („Rudimenta“) oder als „**Trivialschulen**“ sogar alle drei sprachlichen Fächer des Triviums (Grammatik, Rhetorik, Dialektik) vermittelten.¹⁰ „**Vermengte Schulen**“ waren Schulen in kleineren Städten und Märkten, in denen deutsch und lateinisch unterrichtet und gelehrt wurde.¹¹ **Ratsschulen** waren Schulen, die wie in Rothenburg von kirchlicher Seite (Deutscher Orden) gegründet, aber später vom Rat übernommen wurden, oder bei denen der Rat, wie bei den vier Lateinschulen in Nürnberg den Rektor bestellte und durch einen Dienstleid verpflichtet wurde.¹²

Hinzu kamen ab Ende des 14. Jahrhunderts (Nürnberg 1384, Rothenburg 1403, Kitzingen 1452, Pottenstein 1453, Schwabach 1500) die „**Teutschen Schulen**“ der selbstständigen Schreib- und Rechenmeister,¹³ die wie Handwerksmeister in einer Zunft organisiert sein mussten und in deutscher Sprache unterrichteten.¹⁴ Und schließlich gab es in der Reichsstadt Nürnberg ab 1496 auch eine humanistisch ausgerichtete „**Poetenschule**“, die anhand antiker Texte neben Latein auch Altgriechisch lehrte, aber aufgrund einer von den Dominikanern initiierten Gegenbewegung zu Gunsten der kirchlichen Scholastik 1509 wieder geschlossen wurde.¹⁵ Auf Drängen des Patriziers Willibald Pirckheimer beschloss der Rat allerdings, das humanistische Bildungsangebot zumindest in eigens dafür an den Lateinschulen St. Sebald und St. Lorenz eingerichteten Kursen fortzusetzen.¹⁶

Verfahren der Vervielfältigung von Büchern und Schriftstücken durch Abschreiben revolutionierte und zu einer massenhaften Verbreitung von Druckerzeugnissen (Flugschriften, Bekanntmachungen, Broschüren und Büchern) führte, wodurch die Lesefähigkeit eine neue Bedeutung gewann. Gleiches galt aufgrund des zunehmenden Handels für das Rechnen mit Maßen und Gewichten sowie für die damals eingeführte kaufmännische Buchführung.

¹⁰Vgl.: Ebd., S.152f. und S.206-211.

¹¹Vgl.: Ebd., S.167.

¹²Vgl.: Ebd., S.153f. Gleichzeitig blieb in allen Stadtschulen „die ursprüngliche Funktion der Schule als Hilfsanstalt der Kirche weiterhin bestehen. Neben dem Unterricht war für Lehrer und Schüler die wichtigste Aufgabe die Hilfe bei der liturgischen Ausgestaltung des Gottesdienstes... Auf die Mitwirkung beim Gottesdienst war auch der gesamte Schulbetrieb ausgerichtet, vor allem der Gesangsunterricht, aber auch das Lernen von Lesen und Schreiben und der Grundelemente des Lateinischen...“ (ebd., S.154).

¹³Vgl. dazu die Auflistung, in: Ebd., S.143-146.

¹⁴Vgl. zu weiteren Einzelheiten den Abschnitt: Schule und Unterricht der Schreib- und Rechenschulen Beispiel Nürnberg, in: Ebd., S.291-296.

¹⁵Vgl.: Ebd., S.164. Siehe auch ebd., S.163: „Wie an den Universitäten, so konnte sich auch an den Latein- und Pfarrschulen um 1500 der Humanismus durchsetzen.“

¹⁶Vgl.: Ebd., S.211. Ergänzend anzumerken ist, dass der **Humanismus** der Renaissance eine Bildungsbewegung war, die sich gegen die kirchliche Scholastik richtete und nach der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen im Jahr 1453 einsetzte, weil danach viele byzantinische Gelehrte mit ihren altgriechischen und hebräischen Quellen und Werken nach Italien flüchteten und das Wissen der Antike im römisch-katholischen Teil Europas wiederentdeckt wurde und sich hier in der Malerei, Bildhauerei, Baukunst und Dichtung niederschlug.

Während Michelangelo Buonarroti (1475-1564) zum Protagonisten der Renaissance auf den Gebieten der Malerei, Bildhauerei, Baukunst und Dichtung wurde, avancierte Erasmus von Rotterdam (1466/67/68-1530) zum Wortführer der gegen die kirchliche Scholastik gerichteten humanistischen Bildungsbewegung. Vom Humanismus beeinflusst wurden auch Reformatoren wie Martin Luther (Kritik an den religiösen Dogmen und den Ausschweifungen des Klerus) und Philipp Melancthon (reformatorische Bildungskonzepte). Vgl. dazu den Artikel Humanismus, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrucken vom 04.07.2018.

Dagegen gab es in Fürth - wie der von 1970 bis 1983 amtierende Stadtarchivar Emil Ammon (1921-2001) im Jahr 1974 vermerkte¹⁷ - als einem Ort, der das ganze Mittelalter hindurch im Schatten der Reichsstadt Nürnberg Marktflecken geblieben war, lange Zeit weder eine Klosterschule noch eine weltliche Stadtschule. Selbst im 16. Jahrhundert waren Lesen und Schreiben im eher bäuerlich geprägten Fürth „eine seltene Kunst, die nicht einmal die Bürgermeister beherrschten“.¹⁸ Durch eine Bürgermeisterechnung ist zumindest für das Jahr 1574 erstmals die Existenz eines Schulmeisters in Fürth nachweisbar, der damals von der Gemeinde ein Entgelt von zwei Gulden im Jahr erhielt. Welche Aufgaben dieser Schulmeister in welchem Umfang und wo wahrnahm, ist hingegen nicht bekannt.¹⁹

Wichtige Impulse zur Verbreitung von Bildung hatte zu diesem Zeitpunkt bereits die **Reformation** gegeben, als Martin Luther (1483-1546) in der 1524 erschienenen Schrift „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes“ dazu aufrief, christliche Schulen zu errichten und zu halten, die in evangelischen Landesteilen und Reichsstädten durchaus Gehör fand.²⁰ Dies galt im Gebiet des heutigen Frankens vor allem für die Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg, Schweinfurt, Weißenburg und Windsheim sowie die Markgrafschaften Ansbach und Kulmbach-Bayreuth, die evangelisch-lutherisch wurden.²¹ In der Reichsstadt Nürnberg, die 1517 dem Bamberger Dompropst mit Zustimmung des Papstes die Kirchenrechte in Fürth abgekauft und sich 1525 der Reformation angeschlossen hatte, wurde im Jahr 1526 mit Unterstützung von Philipp Melanchthon (1497-1560)²² die Lateinschule St. Egidien in eine „obere Schule“ umgewandelt und zugleich ein neuer Schultyp mit höheren Anforderungen (z.B. Einführung von Mathematik als Schulfach) als an den scholastisch ausgerichteten Lateinschulen geschaffen.²³ Auch in der Markgrafschaft Ansbach, die sich 1528 der Reformation anschloss und im selben Jahr in Ansbach eine protestantische Lateinschule errichtete, auf der gelehrte Leute zu Geistlichen und Beamten für das ganze Land herangezogen werden

In Nürnberg gehörte Willibald Pirckheimer (1470-1530) - der von 1488 bis 1495 an den Universitäten Padua und Pavia die „artes liberales“ und Jurisprudenz studiert und dabei umfassende Kenntnisse im klassischen Griechisch und ein enzyklopädisches Wissen erworben hatte sowie briefliche Kontakte zu Erasmus von Rotterdam unterhielt - neben Conrad Celtis (1459.1508) und Albrecht Dürer (1471-1528) zu den Mitgliedern des örtlichen Humanisten-Kreises.

¹⁷Vgl. zur Biografie den Artikel Emil Ammon, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 06.07.2017.

¹⁸Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.6.

¹⁹Vgl.: Ebd., S.6.

²⁰Vgl. dazu den Artikel Schulpflicht Deutschland, Abschnitt Geschichte, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 12.07.2017. Neben der Gründung von Schulen in evangelischen Landesteilen wurde im zunächst lutherisch und später durch die reformierte Kirche (Zwingli) geprägten **Herzogtum Pfalz-Zweibrücken 1592 erstmals eine allgemeine Schulpflicht für Jungen und Mädchen** eingeführt.

²¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 1: Geschichte der Schule in Bayern. Von den Anfängen bis 1800, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1991, S.395.

²²Vgl. den Artikel Philipp Melanchthon, Abschnitt Wirken und Einfluss, in: www.wikipedia.de. Philipp Melanchthon war ab 1518 neben Martin Luther als Professor an der 1502 gegründeten Universität Wittenberg tätig und ein argumentations- und tatkräftiger Unterstützer der Reformation. Aufgrund seiner Grammatiken für Griechisch und Latein sowie seiner Lehrbücher zu Fächern wie Rhetorik, Ethik, Physik, Geschichte, Geografie und Astronomie wurde er schon zu Lebzeiten als Lehrer Deutschlands bezeichnet.

²³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 1, Geschichte der Schule in Bayern. Von den Anfängen bis 1800, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1991, S.395f. Ergänzend anzumerken ist, dass die 1526 in Nürnberg entstandene „obere Schule“ St. Egidien heute an einen anderen Standort als Melanchthon-Gymnasium weitergeführt wird.

sollten,²⁴ fiel Luthers Aufforderung auf fruchtbaren Boden, und zwar nicht nur in größeren Städten, sondern auch in Kleinstädten und Dörfern. „So entstanden neben den Lateinschulen ... auch die ‚Teutschen Schulen‘, die dem neuen Bedürfnis breiter Bevölkerungsschichten nach elementarem Unterricht entgegenkamen.“²⁵

Ein weiterer Impuls zur Verbreitung von Bildung kam nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges durch die **Aufklärung**, die das Spätmittelalter wie bereits der Humanismus der Renaissance als Epoche der Dunkelheit und des Aberglaubens betrachtete und das **Licht der Erkenntnis** in den Vordergrund rückte, von dem schon in der antiken griechischen Philosophie die Rede gewesen war. Der Begriff Aufklärung hatte vor allem erkenntnistheoretische Bedeutung und meinte, sich durch Beobachtungen, Studien und gegebenenfalls auch Experimente Klarheit über Sachverhalte in der Natur und der Gesellschaft zu verschaffen und sich dadurch selbst und andere zu erleuchten. Mit dieser erkenntnistheoretischen Ausrichtung war zugleich die Gründung wissenschaftlicher Akademien (Académie française in Paris 1635, Royal Society in London 1660, Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin 1700, Russische Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg 1724, Bayerische Akademie der Wissenschaften in München 1759) sowie die Erstellung und Veröffentlichung umfassender Enzyklopädien, kürzer gefasster Lexika und zahlreicher wissenschaftlicher Journale verbunden, um das Wissen und die Erkenntnisse zu sammeln und möglichst weit zu verbreiten. Der Begriff Aufklärung wurde schließlich 1784 von Immanuel Kant (1727-1804) als Heraustreten des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit definiert und mit der Aufforderung verbunden: „Wage es, weise zu sein!“²⁶

Nachdem Fürth - das mit Ausnahme der ab 1528 durch den Dompropst von Bamberg und den Markgrafen von Ansbach als Territorialherren angesiedelten Einwohner/innen jüdischen Glaubens²⁷ aufgrund der für die örtliche Kirche seit 1517 in Nürnberg liegenden Kirchenrechte mit dem Anschluss Nürnbergs an die Reformation 1525 ebenfalls protestantisch geworden²⁸ und durch kroatische Truppen der katholischen Liga während des von 1618 bis 1648 dauernden Dreißigjährigen Krieges 1634 bis auf die aus Stein bestehenden Gebäude der von 1100 bis 1480 in drei Bauabschnitten errichteten Kirche St. Michael, der 1617 errichteten ersten Synagoge und des 1627 errichteten ersten Geleitshauses des Amtmannes des Markgrafen von Ansbach niedergebrannt worden war²⁹ - gab es nach einer Phase des Wiederaufbaus und einer von 2.000 Personen im Jahr 1648 auf 3.500 Personen im Jahr 1700, auf 6.000 Personen im Jahr 1750 und auf 12.000 Personen im Jahr 1806 steigenden Einwohnerzahl³⁰ ab dem Jahr 1700 in Fürth nachweislich folgende Schulen:

²⁴Vgl.: Ebd., S.398f.

²⁵Ebd., S.400.

²⁶Vgl. dazu den Artikel Aufklärung, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.07.2017.

²⁷Vgl. dazu: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, Kapitel Erste Aufnahme von Juden im 16. Jahrhundert, S.10-21 und Kapitel Etablierung der Jüdischen Gemeinde im 17. Jahrhundert, S.22-31. Im Jahr 1604 lebten in Fürth 321 christliche und 22 jüdische Familien. 1607 wurde an der südwestlichen Grenze der damaligen Bebauung ein jüdischer Friedhof eingerichtet und 1617 in der Nähe des Marktplatzes die erste Synagoge errichtet.

²⁸Vgl.: Barbara Ohm, Fürth, Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.28f. und S.51f.

²⁹Vgl.: Ebd., S.58f. und zu den Baujahren der Kirche St. Michael, des ersten Geleitshauses und der ersten jüdischen Synagoge ebd., S.30, S.47 und S.70.

³⁰Vgl. zu den Einwohnerzahlen: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, S.33, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand.

- eine **dompröpsteiliche Schule** im Hof des Gasthauses Goldener Schwan am Grünen Markt, die auf einem Kupferstich von Johann Alexander Boener aus dem Jahr 1705 zu sehen ist, und eine **nürnbergische Schule** neben der Kirche St. Michael am Kirchenplatz, die in einem von Johann Georg Vetter angefertigten Grundriss des Marktfleckens Fürth aus dem Jahr 1717 verzeichnet ist, wobei beide Schulen sowohl Knaben als auch Mädchen aufnahmen und schulgeldpflichtig waren,
- sowie eine **Armen- und Waisenschule**, die 1728 vom Fürther Kaufmann Martin Leizmann (1683-1754) nach Erwerb des Hauses Königstraße 19 für zunächst 12 Armen- und Waisenkinder eingerichtet und finanziert worden sowie nicht schulgeldpflichtig war. Ab 1731 wurde die Armen- und Waisenschule von der Gemeinde zunächst finanziell und verwaltungsorganisatorisch unterstützt. Ab 1736 übernahm die Gemeinde dann die komplette Verwaltung der Schule und bezahlte auch den Lehrer. Da die Einwohnerzahl in Fürth zwischen 1700 und 1750 von 3.500 auf 6.000 Personen gestiegen war und sich die Räume der Armen- und Waisenschule im Haus Königsstraße 19 als nicht ausreichend erwiesen, errichtete die Gemeinde auf dem Grundstück Königstraße 76, wo das Armenhaus abgebrochen und in die Königstraße 110 verlegt wurde, bis 1767 einen Schulneubau, der 1775 mit einem von der jüdischen Gemeinde in Fürth gestifteten sechseckigen Uhren- und Glockentürmchen versehen wurde.³¹

Während der schulgeldpflichtige Unterricht an der dompröpsteilichen und der nürnbergischen Schule aus den Elementarfächern Lesen, Schreiben, Rechnen und dem Schwerpunkt Religion (Bibel und Katechismus) bestand,³² wurde der Unterricht in der Armen- und Waisenschule bis 1790 zunehmend auf weitere Fächer wie Latein, Französisch, Zeichnen, allgemeine Weltgeschichte und Naturlehre ausgedehnt.³³

Neben den drei genannten Schulen gab es für die jüdische Bevölkerung in Fürth Mitte des 18. Jahrhunderts **fünf Talmudschulen**, die zwischen 1617 und 1710 entstanden und mit Gemeinde- oder Privatsynagogen verknüpft waren und sich mit dem Talmud befassten.³⁴ Drei der fünf Talmudschulen befanden sich auf dem „Schulhof“ (Synagogengplatz) zwischen Königstraße und Mohrenstraße, und zwar:

- die „**Alte Schul**“ in der 1617 errichteten ersten Gemeindesynagoge,
- die „**Neue Schul**“ in der 1697 errichteten zweiten und kleineren Gemeindesynagoge

³¹Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.2 und S.4 sowie Abbildungen mit Erläuterungen, S.9.

³²Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.116.

³³Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.11f.

³⁴Beim **Talmud (Belehrung)** handelt es sich um eine aus zwei Teilen - der älteren Mischna und der jüngeren Gemara - bestehende Überlieferung der jüdischen Tradition. Die **Mischna (Wiederholung)** ist dabei der Teil der Thora, der Moses von Gott auf dem Berg Sinai mündlich offenbart worden war und der von Generation zu Generation mündlich weitergegeben wurde, bevor er im ersten und zweiten Jahrhundert schriftlich fixiert wurde. Die **Gemara (Wissenschaft)** besteht aus Kommentaren und Analysen jüdischer Gelehrter zur Mischna, die zwischen dem fünften und achten Jahrhundert abgeschlossen wurden, wobei die ständige Fortentwicklung der Tradition durch Diskussionen, Kommentare und Analysen den Talmud-Stil prägte und prägt. Vgl. dazu den Artikel Talmud, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 15.07.2019.

- und die 1707 von Oberrabbiner Benjamin Fränkel für einen Gelehrten und sechs Talmudschüler gestiftete „**Klaus-Schul**“.

Zwei der fünf Talmudschulen waren dagegen in privaten Anwesen untergebracht, und zwar:

- die 1687/88 vom Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Salomon Fromm, genannt Schneior gegründete „**Schneiorsche Schul**“, Königsplatz 5
- und die auf eine Stiftung von Gabriel Fränkel aus dem Jahr 1706 für zwei oder drei Talmudschüler zurückgehende und 1710 im zweiten Obergeschoss des Nebenhauses Königstraße 57 eingerichtete „**Gabriel-Schul**“.³⁵

Als der Markgraf von Ansbach und Bayreuth, Christian Friedrich Carl Alexander (1736-1806) mangels eigener Nachkommen seine Herrschaftsrechte seinem preußischen Vetter Friedrich Wilhelm II. (1744-1797) übertrug, abdankte und nach Großbritannien ging,³⁶ begann in Fürth ab 1792 ein preußisches Intermezzo, das bis Ende 1805 dauerte. Obwohl der König von Preußen nur die Rechte von Ansbach übernommen hatte, beanspruchte Karl August Freiherr von Hardenberg (1750-1822) als oberster Repräsentant in den ehemaligen markgräflichen Gebieten die Hoheit über das gesamte Fürther Territorium und ließ 1796 das Wappen am dompropsteilichen Amtshaus durch den preußischen Adler ersetzen. Gleichzeitig wurde das 1627 entstandene markgräfliche Geleitshaus am Marktplatz 1796 abgebrochen und bis 1797 durch einen Neubau ersetzt. Als die preußische Verwaltung in Fürth 1798 ihre Arbeit aufnahm, wurden bis 1800 die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Rechte (Bürgermeisterwahl, Abhalten von Gemeindeversammlungen) eingeschränkt und schließlich ganz abgeschafft.³⁷ Mit diesem Vorgehen wurde das Ziel verfolgt, Fürth durch Gründung eines Magistrats und eines Stadtgerichtes zur Stadt zu erheben, da der Marktflecken der wirtschaftlich wichtigste und bevölkerungsreichste Ort in den neuen fränkischen Gebieten Preußens war.³⁸ In der Tat hatte sich Fürth bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts aufgrund des fehlenden Zunftzwanges von einem einst eher bäuerlich geprägten zu einem von Gewerbe und Handel dominierten Ort gewandelt.³⁹

Das preußische Intermezzo in Fürth endete, als Preußen die 1792 übernommenen ehemaligen markgräflichen Gebiete Ansbach und Bayreuth Ende 1805 in einem Vertrag mit Napoleon I. (1769-1821) gegen die Gebiete des Königreichs Hannover tauschte und der seit 1799 regierende bayerische Kurfürst Maximilian IV. Joseph

³⁵Vgl.: Monika Berthold-Hilpert, „Ihnen fernerweit gönnen ihre Synagogen und anderer Nebenschulen, so viel selbiger benötigt“. Synagogen in Fürth (17. und 18. Jht.), in: nurinst 2002, Beiträge zur deutschen und jüdischen Geschichte, Band 1, Schwerpunktthema: Jüdisches Leben in Fürth (= Jahrbuch des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Jim G. Tobias und Peter Zinke, Nürnberg 2002, S.97-112. Der erste Satz des Aufsatztitels bezieht sich auf das 1719 zwischen der jüdischen Gemeinde und dem Dompropst von Bamberg ausgehandelte Reglement für die Juden in Fürth und das darin enthaltene Recht zum Bau von Synagogen und zur Einrichtung von Talmudschulen.

³⁶Vgl. den Artikel Fürstentum Ansbach und den Artikel Karl Alexander (Brandenburg-Ansbach-Bayreuth), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 11.07.2017.

³⁷Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.141-143 und S.149.

³⁸Vgl.: Ebd., S.144f.

³⁹Vgl.: Ebd., S.105: „Im Jahr 1799 erschien in Weimar ein ‚Fabriken- und Manufactur-Adress-Lexikon von Teutschland‘, in dem auch Fürth angeführt war. ‚Der größte Teil der Einwohner besteht aus Kaufleuten, Künstlern, Manufacturisten und Handwerkern.‘ Unter Künstlern verstand man damals zum Beispiel folgende Berufe: Apotheker, Chemiker, Buchdrucker, Geometer, Graveur, Kupferstecher, Medailleur, Bildhauer, Steinschneider, Tanzmeister.“

(1756-1825) für seine ebenfalls Ende 1805 mit Napoleon I. vertraglich vereinbarte Mitgliedschaft im Rheinbund und militärische Bündnistreue zu Frankreich die ehemaligen markgräflichen Gebiete Ansbach und Bayreuth sowie als Maximilian I. Joseph den Königstitel für Bayern erhielt.⁴⁰ Die Übernahme durch Bayern wurde in Fürth Anfang 1806 bekanntgegeben und der Markflecken 1808 von Bayern zur Stadt ohne eigene Verwaltungshoheit erhoben, indem ein königliches Edikt über das Gemeindewesen allen Städten einen Magistratsrat zuerkannte, der auch für Fürth in Aussicht gestellt wurde, aber erst 1810 zustande kam und aus fünf angesehenen Bürgern bestand, die gegenüber der bayerischen Verwaltung allerdings nur beratende Funktion hatten.⁴¹

Aufgrund der in Bayern seit 1802 geltenden sechsjährigen Unterrichtspflicht für alle Jungen und Mädchen vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr, die für Kinder von Adligen, Räten (Beamten) und Vermögenden (Kaufleuten, Manufakturisten) auch durch Privatunterricht erfüllt werden konnte, aber für die meisten Kinder mit dem Besuch öffentlicher Schulen verbunden war,⁴² und der 1803 eingeführten Sonn- und Feiertagsschulpflicht für alle Jungen und Mädchen vom vollendeten zwölften bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr, mit der neben der religiösen Belehrung auch die in der Elementarschule erworbenen Kenntnisse wiederholt und vertieft werden sollten,⁴³ geriet die Schullandschaft in Fürth nun erheblich in Bewegung, weil das Potenzial der unterzubringenden Schüler/innen die bisherigen Schulraumkapazitäten erheblich überschritt.

Wie eine 1807 durchgeführte landesweite Erhebung über die Schulen in Bayern ergab, besuchten damals in Fürth 143 Kinder die dompropsteiliche Schule im Hof des Gasthauses zum Goldenen Schwan am Grünen Markt, 356 Kinder die nürnbergische Schule am Kirchenplatz und 724 Kinder die Armen- und Waisenschule in der Königsstraße 76, von denen 300 Kinder Armen- und Waisenkinder waren.⁴⁴ Den insgesamt 1.223 Kindern, die die drei Schulen 1807 besuchten, standen allerdings nach einer Erhebung aus dem Jahr 1810 rund 1.600 unterrichtspflichtige Kinder gegenüber, so dass die Regierung 1813 die Bildung von vierzehn Klassen anordnete, die getrennt nach Geschlechtern einzurichten waren, was rein rechnerisch im Durchschnitt 114 Schüler/innen je Klasse ergab. Als dann 1816 sogar mit 1.800 potenziell unterrichtspflichtigen Kindern gerechnet wurde und die stärkste Klasse bereits 228 Kinder aufwies, wurde 1816/17 ein zusätzliches **neues Schulgebäude am Kirchenplatz** neben der „Poppenreuther Stiege“ errichtet.⁴⁵

Mit dem am 17. Mai.1818 von König Maximilian I. Joseph erlassenen neuen Gemein-deedikt wurde Fürth wie auch alle anderen Orte im Königreich Bayern mit mehr als

⁴⁰Vgl.: Ebd., S.151.

⁴¹Vgl.: Ebd., S.154.

⁴²Vgl.: Max Liedtke, 1806 2006. Vom neuen zum modernen Bayern. Schule im Spiegel der Zeit, in: Lehrerinfo. Ein Service des Bayerischen Kultusministeriums für Lehrerinnen und Lehrer, Nr.2/2006, S.5-12, hier: S.6. Nach Absolvierung der Schulzeit war außerdem **eine öffentliche Prüfung und ein Abschlusszeugnis** vorgesehen, das bei Bewerbungen um eine Lehrstelle im Handwerk, bei Verheiratung oder bei Besitznahme eines Guts oder Hauses vorzulegen war.

⁴³Vgl.: Ebd., S.8.

⁴⁴Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.12 und S.14.

⁴⁵Vgl.: Ebd., S.14. Siehe auch: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.164. Die Baukosten für das 1816/17 errichtete neue Schulgebäude am Kirchenplatz beliefen sich auf 12.000 Gulden, wobei zur Deckung eines Teils der Kosten auch ein Zuschlag auf die Fleischpreise erhoben wurde.

2.000 Einwohner/innen zu einer Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung und Wahl der Gemeindeorgane.⁴⁶ „Nun besaß Fürth zum ersten Mal in seiner Geschichte eine weitgehende Selbstverwaltung und konnte seine Geschicke selbst in die Hand nehmen.“⁴⁷

Dass dies im Schulwesen aufgrund der fehlenden baulichen Infrastruktur zur Unterbringung der städtischen Verwaltungsgremien und der allgemeinen Rahmenbedingungen wie Teuerungen, tägliche Arbeitszeiten von 12 und mehr Stunden, Kinderarbeit ab dem 4./5. Lebensjahr - die in Fürth vor allem in der weitverbreitenden Heimindustrie anzutreffen war und staatlicherseits in Bayern erst ab 1840 für Fabriken und Bergwerke eingeschränkt wurde - nicht so einfach war, zeigt die Entwicklung der örtlichen Schulen von 1818 bis zur Reichsgründung 1871.

3. Schulen in Fürth nach der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818 bis zur Reichsgründung 1871

Zum Zeitpunkt der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 1818 erstreckte sich die Bebauung in Fürth von der Maxbrücke im Westen bis zum heutigen Anwesen Königstraße 131 im Osten sowie von der Kirche St. Michael und der Unteren Fischerstraße in Norden bis zur Gartenstraße im Süden. Gleichzeitig lebten in den 581 nummerierten Häusern 12.755 Einwohner/innen, darunter 10.040 Protestanten, 2.385 Juden und 314 Katholiken,⁴⁸ was einem konfessionellen Bevölkerungsanteil von 71,7 Prozent, 18,7 Prozent und 2,5 Prozent entsprach.

Nach der ersten Gemeindewahl am 27. August 1818, bei der die Armen- und Waisenschule Königstraße 76 als Wahllokal diente, bestand die Stadtverwaltung aus:

- dem Ersten Bürgermeister Franz Joseph Bäumen (1784-1861) - der nach einem Jurastudium in Heidelberg ab 1804 am Hochgericht und am Militärgericht in München und ab 1812 als Kreis- und Stadtgerichtsrat in Fürth tätig gewesen war und durch diese Tätigkeit vor Ort hohes Ansehen erworben hatte – sowie einem zweiten Bürgermeister und zwei rechtskundigen Räten,
- zehn Magistratsräten, darunter sechs Kaufleute, zwei Fabrikbesitzer, ein Kunstdrucker, der Sohn eines Medailleurs und ein Gutsbesitzer,

⁴⁶Vgl. den Artikel Gemeindeverfassungen (19./20. Jahrhundert), in: www.historisches-lexikon-bayerns.de, (= ein seit 2006 online erscheinendes Sachlexikon der Bayerischen Staatsbibliothek München), hier: Ausdruck vom 12.09.2017, S.3: Wahlberechtigt waren damals nur „Gemeindebürger“ und damit die ansässigen Grund- und Gewerbesteuerzahler männlichen Geschlechts und christlicher Konfession. Außerdem war die Wahl indirekt, weil das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten über Wahlmänner gewählt wurde und danach den Magistrat wählte, der sich aus Bürgermeister/n und rechtskundigen sowie bürgerlichen Magistratsräten zusammensetzte. Der Magistrat, in dem der Bürgermeister den Vorsitz hatte, fungierte als Verwaltungsorgan, das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten als Beratungsgremium.

⁴⁷Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.157. Neben dem neuen Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 erließ König Maximilian I. Joseph am 26. Mai 1818 auch eine neue Verfassung, die einen Landtag als Volksvertretung vorsah, der allerdings nur sehr eingeschränkte Rechte hatte und ebenfalls nach einem strikten Zensuswahlrecht gewählt wurde, bei dem nur gute Steuerzahler das aktive und passive Wahlrecht besaßen.

⁴⁸Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.159.

- und dreißig Gemeindebevollmächtigten, darunter zehn Kaufleute, sieben Fabrikanten, drei Gastwirte, drei Apotheker, zwei Brauereibesitzer, ein Wundarzt, ein Advokat, ein Buch- und ein Mehlhändler sowie ein Seifensieder.⁴⁹

Danach geriet das örtliche Schulwesen bis zur Fertigstellung und Einweihung des Rathauses 1850/51 in den Strudel der Unterbringung der städtischen Verwaltungsgremien, für die vorläufig zwei Räume in der Armen- und Waisenschule Königstraße 76 und Räume in dem während des preußischen Intermezzos 1797 errichteten Neubaus des Geleitshauses am Grünen Markt genutzt wurden. Zur Umsetzung der 1813 von der Regierung angeordneten räumlichen Trennung von Schülerinnen und Schülern nach Geschlechtern und zur Behebung des Schulraummangels - der 1821 sogar zu Überlegungen führte, etwa 271 Kinder jüdischer Konfession von den christlich dominierten Gemeinschaftsschulen zu nehmen, wogegen die jüdische Gemeinde mit Erfolg protestierte - wurde zunächst ein **zweiter Schulhausneubau am bisherigen Standort der nürnbergischen Schule am Kirchenplatz** beschlossen und 1823/24 fertiggestellt. Da der Stadtmagistrat allerdings die neben den beiden in der Armen- und Waisenschule genutzten Räume die im Geleitshaus genutzten Räume zu Gunsten des Stadtgerichtes räumen musste, zog er bis zur Fertigstellung des 1823 beschlossenen Rathausbaus ebenfalls in das zweite Schulgebäude am Kirchenplatz, das fortan als Knabenschule diente, während das 1816/17 errichtete erste Schulgebäude am Kirchenplatz zur Mädchenschule wurde.⁵⁰ Neben dem Stadtmagistrat wurde im Zimmer 6 des zweiten Schulgebäudes am Kirchenplatz ab Februar 1827 auch die neu gegründete Stadtparkasse untergebracht.⁵¹

Um den Ansprüchen an eine über den Elementarunterricht in den Fächern Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen hinausgehenden Bildung gerecht zu werden, war nach dem Schulentwicklungsplan aus dem Jahr 1810 in Anlehnung an die bis 1790 an der Armen- und Waisenschule eingeführten ergänzenden Fächer wie Latein, Französisch, Zeichnen, allgemeine Weltgeschichte und Naturlehre in Fürth auch eine „**Supplementär-Schule**“ (Ergänzungsschule) mit zweijähriger Schuldauer eingerichtet worden, die

⁴⁹Vgl.: Ebd., S.159: „Sie repräsentierten aber nur die besitzende Schicht, da nach einem strengen Zensuswahlrecht gewählt wurde. Die Geringverdiener wie auch die Frauen durften ihre Stimme nicht abgeben und selbst die jüdische Bevölkerung, die so lange mitbestimmen konnte, hatte im Königreich Bayern kein Wahlrecht. Sie bekam es erst durch die Revolution 1848/49 zugesprochen.“

Siehe zur Biografie von Franz Joseph Bäumen auch ebd., S.161-162. Da **Franz Joseph Bäumen** nach der Wahl zum Ersten Bürgermeister der Stadt mit eigener Verwaltung im Jahr 1818 bei allen folgenden Wahlen vom Gemeindegremium wiedergewählt wurde, blieb er bis 1857 im Amt und schied erst im Alter von 73 Jahren auf eigenem Wunsch aus. Mit einer Amtszeit von 39 Jahren verfügt er bis heute über die längste Amtsdauer aller nachfolgenden Ersten Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister der Stadt Fürth. Im Jahr 1859 und damit zwei Jahre vor seinem Tod 1861 wurde die östlich des in der Silvesternacht 1850/51 eingeweihten Rathauses liegende Altneugasse in Bäumenstraße umbenannt.

⁵⁰Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.15. Siehe auch: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.164. „Mit dem zweiten 1824 erbauten Schulhaus wurden Mädchen und Buben getrennt. Die Mädchen benutzten das alte, die Buben das neue Schulhaus, das 27.000 Gulden kostete.“

⁵¹Vgl.: Stadtparkasse Fürth, 160 Jahre Stadtparkasse Fürth. Geschichte und Leistung, in: Sonderausgabe der Stadtparkasse aktuell zum 160. Geschäftsjahr, Fürth 1987, S.2. In den Statuten der Stadtparkasse aus dem Jahr 1827 wurde die „Beförderung weiser Sparsamkeit“ als Aufgabe und Ziel genannt. „Dieser Appell richtete sich zwar an ‚Jedermann‘, doch sind gleich anschließend jene Zielgruppen ausdrücklich benannt, die zum Sparen ermuntert und als Sparer gewonnen werden sollten: Handwerker, Tagelöhner, Dienstboten, Kinder und andere minder bemittelte Personen. Es war jener Kreis und zugleich die Masse der ‚kleinen Leute‘, die ‚ihre wenigen Kreuzer und Gulden gesichert und mit Vorteil anlegen sollten, als Vorsorge für den Fall der Not‘.“

nach Absolvierung der sechsjährigen Elementarschulpflicht besucht werden konnte und 1822 in eine **höhere Bürgerschule** umgewandelt wurde, deren Unterricht die Fächer Deutsch, Latein, Französisch, Rechnen, Geometrie, Technologie, Geschichte, Geografie, Naturgeschichte, Naturlehre, Zeichnen und Singen umfasste.⁵²

Mit der Fertigstellung der ersten katholischen Kirche Zu Unserer Lieben Frau im Jahr 1828 entstand in Fürth für sechs- bis unter zwölfjährige Kinder im Elementarbereich auch eine **katholische Bekenntnisschule**, die aus einem Lehrer bestand, der neben der Lehrtätigkeit auch Organisten- und Mesner-Dienste wahrnehmen musste und alle Kinder in einer einzigen Klasse unterrichtete.⁵³ Die Verknüpfung der katholischen Kirche mit einer katholischen Bekenntnisschule im Elementarbereich war möglich, weil es in Bayern trotz der 1802 eingeführten Unterrichtspflicht mit staatlicher Schulaufsicht eine Reihe kirchlicher Sonderrechte gab. So blieb beispielweise die örtliche Schulaufsicht im Volksschulbereich in Bayern bis zur Revolution von 1918/19 noch überwiegend in der Hand von Ortsgeistlichen. Daneben blieb der konfessionelle Charakter des Unterrichts und der Lehrerausbildung im bayerischen Elementarschulbereich sogar bis zu einer Verfassungsänderung im Jahr 1968 erhalten.⁵⁴

Im Gegensatz zu der 1802 in Bayern für Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr eingeführten Unterrichtspflicht war die 1803 für Kinder und Jugendliche vom vollendeten zwölften bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr eingeführte **Sonn- und Feiertagsschulpflicht** weniger mit räumlichen, sondern vor allem mit Akzeptanzproblemen konfrontiert. Da die Sonntagsschulpflicht neben der religiösen Belehrung auch der Wiederholung und Vertiefung der in der Elementarschule erworbenen Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen dienen sollte, wurde der an Sonn- und Feiertagen nachmittags stattfindende Unterricht gemeinhin durch Elementarlehrer in den Elementarschulen erteilt. In Fürth waren dazu 1810 **jeweils zwei Sonn- und Feiertagsschulklassen für Jungen und für Mädchen** ab dem zwölften Lebensjahr gebildet worden. „Doch dem Magistrat gelang es nicht, die Öffentlichkeit vom Nutzen dieser Einrichtung zu überzeugen. Schüler, Eltern und Lehrherren zeigten kein Verständnis für einen Schulzwang bis zum 18. Lebensjahr.“⁵⁵ Dabei war das fehlende Verständnis der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und Lehrherren für eine Schulpflicht bis zum achtzehnten Lebensjahr nicht zuletzt auf die **Umstände der Zeit** zurückzuführen, die von den mit den napoleonischen Kriegen verbundenen Teuerungen

⁵²Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.25.

⁵³Vgl.: Ebd., S.15. Siehe zur Errichtung der katholischen Kirche Zu Unserer Lieben Frau und der katholischen Bekenntnisschule im Elementarbereich auch: Barbara Ohm, Fürth, Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.175-179. Die relativ wenigen Katholiken in Fürth (1818 = 314 von 12.755 Einwohner/innen), deren Anzahl aber mit der zunehmenden Einwohnerzahl wuchs, hatten bereits seit längerem eine katholische Kirche gefordert. Zur Unterstützung der Finanzierung hatten die Protestanten bereits 1820 eine Sammlung durchgeführt, die 1.352 Gulden erbrachte. Außerdem hatte die jüdische Gemeinde 300 Gulden für den Unterhalt des katholischen Geistlichen gestiftet und die bayerische Regierung der katholischen Gemeinde ein Grundstück für den Kirchenbau an der Königstraße überlassen. Die ersten Baupläne lagen 1822 vor, der Baubeginn war 1824. Im Jahr 1826 stiftete der evangelische Kaufmann Johann Leonhard Büttner, der in einer Lotterie 130.000 Gulden gewonnen hatte und diesen Gewinn größtenteils für Stiftungen und Spenden verwendete, der katholischen Kirche noch eine der drei Glocken.

⁵⁴Vgl.: Max Liedtke, 1806 2006. Vom neuen zum modernen Bayern. Schule im Spiegel der Zeit, in: Lehrerinfo. Ein Service des Bayerischen Kultusministeriums für Lehrerinnen und Lehrer, Nr.2/2006, S.5-12, hier: S.6.

⁵⁵Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.25.

und den Hungerjahren 1816/17 - an deren Ende 1817 der erste Fürther Erntedankfestzug stattfand - sowie den grundsätzlich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang bei niedrigen Entgelten dauernden Arbeitszeiten, einer weit verbreiteten Kinderarbeit und einer lediglich im Handwerk üblichen betrieblichen Berufsausbildung ab dem 12. Lebensjahr gekennzeichnet waren. Insgesamt wurde damals neben der Erfüllung der Sonn- und Feiertagsschulpflicht auch die Erfüllung der elementaren Werktagsschulpflicht dadurch negativ beeinflusst, dass es in Bayern bis 1840 weder Regelungen für das Mindestalter zu einer Arbeitsaufnahme von Kindern in elterlichen oder fremden Betrieben oder bei Heimarbeit noch irgendwelche Beschränkungen der täglichen Höchstarbeitszeit für Kinder und Jugendliche gab.⁵⁶

Der zuvor eher schwache Besuch der Sonn- und Feiertagsschule änderte sich in Fürth erst, als sie ab den 1820er Jahren eine den sozialen und technischen Anforderungen der Zeit entsprechende berufs- und erwerbsbezogene Ausrichtung bekam. So wurde nach einer Beschwerde von Hausfrauen, die Mädchen als Haushaltshilfen beschäftigten, auf Antrag des Magistrats in Fürth 1824 zunächst eine **Sonntagsindustrieschule für Mädchen aus armen Verhältnissen** eingeführt,⁵⁷ die Unterricht im Spinnen, Stricken, Nähen und Flickern erteilte und mit einer Befreiung vom Besuch der normalen Sonn- und Feiertagsschule verknüpft war. Im Jahr 1833 wurde zudem eine **Sonntags-Zeichnungsschule für Lehrlinge des Handwerks** eingeführt, die ebenfalls als Ersatz für die normale Sonn- und Feiertagsschule galt, Unterricht im Zeichnen und Modellieren sowie in Geometrie, Physik und Chemie, Rechnen und Technologie anbot, regen

⁵⁶Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familien und Integration, Bayerische Gewerbeaufsicht, Kinder- und Jugendarbeitsschutz. Unterrichtshilfe für Lehrkräfte, München 2014, S.6: Nicht zuletzt wegen der negativen Auswirkungen der Kinderarbeit auf den körperlichen Gesundheitszustand und der zunehmenden Nichttauglichkeit junger Männer für den Militärdienst hatte Preußen als erster Staat in Deutschland 1839 ein Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken erlassen, das die Fabrikarbeit für Kinder unter 9 Jahren verbot, die Arbeitszeit für Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 16 Jahren auf zehn Stunden pro Tag beschränkte und außerdem ein Verbot der Nacharbeit (21 bis 5 Uhr) und der Sonn- und Feiertagsarbeit einführte. „Ein Jahr später wurde im Königreich Bayern die ‚Königliche Allerhöchste Verordnung über die Verwendung der werktagschulpflichtigen Jugend in den Fabriken betreffend‘ erlassen. Sie untersagte unter anderem die regelmäßige Beschäftigung von Kindern in Fabriken und Bergwerken, beschränkte die Arbeitszeit für Kinder im Alter von neun bis 12 Jahren auf höchstens zehn Stunden, verbot die Nacharbeit zwischen 20 Uhr abends und 6 Uhr morgens, führte regelmäßige Ruhepausen ein, verordnete einen mindestens zweistündigen Schulunterricht am Tag und sah gesetzliche Sanktionen für Verstöße gegen diese Bestimmungen vor.“

Damit gab es ab 1840 in Bayern erstmals eine Regelung, mit der die seit 1802 geltende Unterrichtspflicht durch die Beschäftigung in Fabriken und Bergwerken für Kinder zwischen 6 und 9 Jahren durch Kinderarbeit nicht mehr ausgehebelt werden konnte und für Kinder zwischen 9 und 12 Jahren wenigstens für zwei Stunden sicherzustellen war. Die Regelungen zum Beschäftigungsverbot und zum Arbeitsschutz für Kinder und Jugendliche wurden später auf Reichsebene (Gewerbeordnung 1878, Novelle zur Gewerbeordnung 1891, Kinderschutzgesetz 1903) für alle Bundesstaaten sukzessive ausgedehnt, so dass schließlich ab 1904 ein Beschäftigungsverbot für Kinder unter 13 Jahren in allen Gewerbebranchen und auch in elterlichen Betrieben und damit während der gesamten Elementarschulpflicht galt.

⁵⁷Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelman zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.7: „Die Hausfrauen beschwerten sich damals, dass die jungen Mädchen ‚in den notwendigsten und gemeinsten weiblichen Arbeiten oft gänzlich unerfahren oder dürftig unterrichtet sind‘, was ihre ‚Brauchbarkeit‘ stark einschränkte.“

Zulauf erhielt sowie organisatorisch und räumlich der 1833 eingerichteten Gewerbeschule angeschlossen wurde.⁵⁸

Die 1833 eingerichtete **Gewerbeschule** ging auf eine allerhöchste Verordnung von König Ludwig I. (1786-1868) aus dem Jahr 1829 zurück,⁵⁹ mit der nach der 1827 in München gegründeten Zentralen Polytechnischen Schule alle größeren Städte in Bayern aufgefordert wurden, zur Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie Gewerbeschulen zu errichten, zu deren Finanzierung ein staatlicher Zuschuss in Aussicht gestellt wurde. Außerdem sollten zur ergänzenden Kostendeckung neben kommunalen Finanzmitteln auch Spenden durch neuzugründende polytechnische Vereine herangezogen werden. Da die Fürther Gewerbetreibenden aus finanziellen Gründen wenig Neigung verspürten, einen polytechnischen Verein zu gründen, dauerte die Errichtung einer örtlichen Gewerbeschule bis 1833, als eine zweite königliche Verordnung kam, die alle größeren Städte zur Errichtung einer Gewerbeschule verpflichtete. Daraufhin erwarb die Stadt Fürth das Gasthaus Rotes Ross an der Königstraße/Waagplatz und richtete dort im 1. Obergeschoss für rund 30 Schüler mit abgeschlossener Elementarbildung ab dem 12. Lebensjahr eine **königliche Landwirtschafts- und Gewerbeschule** mit zweijähriger Schuldauer und einer naturkundlichen Sammlung ein.⁶⁰ Damit ein anschaulicher Naturkundeunterricht möglich war, stellte ein Bürger der Schule zunächst Exponate aus seiner Privatsammlung zur Verfügung. Auch der Chemieunterricht konnte erst 1837 aufgenommen werden, als der neu eingestellte Fachlehrer Dr. Stahl dafür seine Privatwohnung bereitstellte.⁶¹

Die von König Ludwig I. zur Förderung von Gewerbe, Handel und Industrie für alle größeren Städte in Bayern 1829 zunächst empfohlene und schließlich 1833 angeordnete Errichtung von Gewerbeschulen entsprach nicht nur seiner Politik der infrastrukturellen Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich beispielweise an der Zustimmung zur ersten dampfbetriebenen Eisenbahn in Deutschland zwischen Nürnberg und Fürth 1835, dem Bau des Ludwigkanals zwischen Main und Donau 1837 bis 1845 und dem Bau der bayerischen Staatseisenbahnverbindung zwischen Lindau und Hof (Ludwig Nord-Süd-Bahn) 1843 bis 1854 zeigte, sondern auch dem Trend der Zeit, in der aufgrund der aufkommenden Industrialisierung mit Fabriken, Dampfkraft und zunehmendem Maschineneinsatz die polytechnische Bildung an Bedeutung gewann. Dies galt insbesondere in einer Stadt, für deren Bevölkerung vielfältige Fabrikationserzeugnisse und der Absatz derselben im Wege des Handels nach entfernten Ländern die einzige Nahrungsquelle bildeten - wie dies Bürgermeister Bäumen schon 1819 in einem Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Fürth beschrieben hatte.⁶²

Da sich in Fürth der **Fächerkanon der höheren Bürgerschule aus dem Jahr 1822** mit Ausnahme von Latein mit dem Fächerkanon der königlichen Landwirtschafts- und

⁵⁸Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.25.

⁵⁹Vgl. zur Biografie von König Ludwig I (1786.1868) und seine durch Abdankung endende Regierungszeit (1825-1848) den Artikel Ludwig I. (Bayern), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 06.09.2017.

⁶⁰Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.17.

⁶¹Vgl.: Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße. Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129, hier: S.116.

⁶²Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.200.

Gewerbeschule überschritt, wurde die **höhere Bürgerschule 1833 aufgelöst**. Personen, die Latein lernen wollten oder gar ein Studium an einer Universität anstrebten, mussten sich in Fürth jetzt entweder an eine örtliche Privatschule wie die **1836 von Dr. Brentano gegründete Privat-Lehranstalt für Knaben** oder die **1852 entstandene Privat-Lateinschule** wenden - die allerdings mit zwei Jahren Elementarunterricht und einem Jahr Latein nicht über den Charakter von Präparantenschulen hinaus kamen⁶³ - und anschließend oder von Anfang eine Lateinschule und ein humanistisches Gymnasium an einem anderen Ort besuchen, da es in Fürth bis 1863 keine vollständige Lateinschule sowie bis 1896 kein humanistisches Gymnasium mit der Fächerkombination Latein und Altgriechisch gab,⁶⁴ dessen „Maturitätsprüfung“ (Abschluss, Abitur) nach traditionellem Bildungsverständnis - das von protestantischen Reformatoren wie Melanchthon (1497-1560), Bildungsreformern wie Wilhelm Humboldt (1767-1835) und Monarchen wie König Ludwig I in Bayern (1786-1868) uneingeschränkt geteilt wurde - Voraussetzung für ein Universitätsstudium war.⁶⁵

Nachdem seit Einführung der vom vollendeten 6. bis zum vollendete 12. Lebensjahr geltenden sechsjährigen Unterrichtspflicht evangelische Eltern ihre Kinder bis zur Konfirmation - die bis 1831 im 14. Lebensjahr und danach für Mädchen im 13. und für Jungen im 14. Lebensjahr stattfand - in die Werktagsschule schicken wollten und sich mit Unterstützung evangelischer Pfarrer, die in protestantischen Orten für die Schulaufsicht zuständig waren, eine entsprechende Praxis herausgebildet hatte, wurde die **Unterrichtspflicht im Elementarschulbereich in protestantischen Städten und Gemeinden 1838 offiziell auf sieben Jahre verlängert**, wodurch sich die Sonn- und Feiertagsschulpflicht von sechs auf fünf Jahre verkürzte. 1856 wurde dann die **Elementarschulzeit** in ganz Bayern **generell auf sieben Jahre verlängert und die Sonn- und Feiertagsschulpflicht auf drei Jahre verkürzt**,⁶⁶ so dass es nun statt einer insgesamt zwölfjährigen nur noch eine insgesamt zehnjährige Schulpflichtdauer gab.

⁶³Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.20f.

⁶⁴Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.25.

⁶⁵Vgl. den Artikel Abitur, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.09.2017, S.4: „Ab 1904 wurde das Monopol des Gymnasiums auf ein Studium aller Fächer aufgehoben (Ausnahme: altsprachliche Kenntnisse für Studien der Theologie und der Altphilologie).“

Bis dahin hing das Monopol der humanistischen Gymnasien auf eine „Maturitätsprüfung“ zur Studienberechtigung für alle Fächer damit zusammen, dass die ersten Universitäten in Europa, die ab dem 11./12. Jahrhundert zuerst von der Kirche und später auch von Landesherrschern gegründet worden waren, lange Zeit als Lehrsprache ausschließlich Latein verwendeten. Hinzu kam ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Altgriechisch, da im Zeitalter der Renaissance antike Literatur und Gestaltungsformen anhand der überlieferten Texte in Westeuropa wieder aufgegriffen wurden. Außerdem bestanden die Universitäten bis ins 19. Jahrhundert in der Regel nur aus vier Fakultäten: einer allgemein bildenden Philosophischen Fakultät (einschließlich Mathematik) sowie drei auf bestimmte Berufsfelder bezogene Fakultäten für Theologie, Jurisprudenz und Medizin.

Erst in den 1880er Jahren begann an den Universitäten eine Neuordnung der Fakultäten, bei der zumeist aus den Philosophischen Fakultäten eigene natur-, staats-, geistes- oder wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten entstanden (vgl. den Artikel Geschichte der Universität, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.09.2017). Gleichzeitig führte die mit der französischen Revolution 1789 begonnene Herausbildung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert dazu, dass Latein als traditionell kirchliche und universelle Sprache der Wissenschaft sukzessive an Bedeutung verlor und an den Universitäten zunehmend durch die jeweilige Nationalsprache ersetzt wurde.

⁶⁶Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch zur Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.57.

Trotz der in protestantischen Städten und Gemeinden bereits 1838 erfolgten offiziellen Verlängerung der Elementarschulzeit und der damit nominal höheren Schuler/innenzahl konnte die seit 1833 im Gasthaus Rotes Ross an der Königsstraße/Waagplatz untergebrachte **königliche Landwirtschafts- und Gewerbeschule** 1844 ausreichende Räume im 1823/24 errichteten Schulgebäude für Knaben am Kirchenplatz beziehen, die durch den Umzug des Stadtmagistrats in das im ersten Bauabschnitt an der Königsstraße fertiggestellte Rathaus frei geworden waren.⁶⁷ Mit der Fertigstellung des zur Unterbringung der Stadtparkasse und eines Leihhauses geplanten Ostflügels des Rathauses mit drittem Tor und einem aus Proportionsgründen höherem Rathausurm an der Brandenburger Straße konnte 1850 auch die Stadtparkasse das zweite Schulgebäude am Kirchenplatz verlassen.⁶⁸ Durch die freigewordenen Räume am Kirchenplatz konnte zudem die nach Abschluss der Elementarschule beginnende Schulzeit der königlichen Landwirtschafts- und Gewerbeschule ab 1845 von zwei auf drei Jahre verlängert werden, womit die Absolventen die Voraussetzungen für eine Ausbildung an weiterführenden höheren landwirtschaftlichen oder polytechnischen Fachschulen erfüllten.⁶⁹ Inzwischen war auch der 1829 von König Ludwig I. zur finanziellen Unterstützung von Gewerbeschulen für nötig erachtete polytechnische Verein entstanden, als 1843 der Industrie- und Gewerbeverein gegründet wurde, der sich 1849 in Gewerbeverein umbenannte und als Ziel die Hebung von Industrie und Gewerbe in Fürth verfolgte, wozu der Verein bei Gewerbetreibenden auch für die Unterstützung der Gewerbeschule warb, die Beschaffung von Lehrmitteln für finanziell schwache Schüler übernahm und Preise für tüchtige Schüler aussetzte sowie auf eigene Kosten eine Schulbibliothek anschaffte.⁷⁰

Im Zuge der aufkommenden Industrialisierung durch Fabriken, Dampfkraft und zunehmendem Maschineneinsatz - die in Fürth durch den aus England importierten Dampfwagen der Ludwigseisenbahn 1835 begonnen hatte und durch die von Johann Wilhelm Engelhardt 1841 gegründete Maschinenfabrik fortgesetzt wurde, die 1842 zunächst eine Dampfmaschine für den eigenen Betrieb herstellte und danach die örtlichen Fabriken mit Dampfmaschinen belieferte⁷¹ - konzentrierte sich das Schulwesen

⁶⁷Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier:S.20.

⁶⁸Vgl. zur Entstehung des Rathauses: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.166f.

⁶⁹Weiterführende landwirtschaftliche Schulen gab es damals in Schleißheim und Triesdorf, eine weiterführende forstwirtschaftliche Schule in Aschaffenburg und weiterführende polytechnische Schulen in München, Nürnberg und Augsburg. Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch zur Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2, Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.59 und S.640. Nach Umwandlung der Landwirtschafts- und Gewerbeschule in eine Gewerbe- und Handelsschule im Jahr 1849 konnten die Absolventen aus Fürth zwar nicht mehr eine weiterführende landwirtschaftliche Schule, aber zum Beispiel neben der polytechnischen Schule in Nürnberg auch die dort als einzige Schule dieser Art in Bayern vorhandene Handelsschule besuchen.

⁷⁰Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier:S.20.

⁷¹Johann Wilhelm Engelhardt (1816-1878) verfügte nach dem Besuch der Elementarschule in Fürth, der Lateinschule in Bayreuth, der höheren Bürgerschule und der polytechnischen Schule in Nürnberg über eine polytechnische Ausbildung, die die Fächer Analysis, Trigonometrie, Differenzial- und Integralrechnung, Geometrie, Physik und Chemie umfasste, und erhielt nach einem entsprechenden Antrag 1841 eine Konzession für eine Maschinenfabrik, die er auf einem Gelände an der heutigen Nürnberger Straße errichtete, das bis zur heutigen Hornschuchpromenade reichte. Nach der 1842 erfolgten Herstellung einer ersten Dampfmaschine für den eigenen Betrieb lieferte er fortan kostengünstigere, weil nicht importierte und mit Zöllen belegte Dampfmaschinen an andere örtliche Fabriken, so dass nach einer zeitgenössischen Auflistung 1866 bereits 18 Fabriken in Fürth über Dampfmaschinen verfügten,

in Fürth bis 1863 auf die Erfüllung der in Bayern seit 1802 vorgeschriebenen und seit 1838 in protestantischen Gebieten siebenjährigen Elementarunterrichtspflicht und auf eine darüber hinausgehende gewerbliche und kaufmännische Ausbildung an der 1833 gegründeten königlichen Landwirtschafts- und Gewerbeschule, der auch die Sonntags-Zeichnungsschule für Lehrlinge des Handwerks angeschlossen war.

Zu einer treibenden Kraft bei der Weiterentwicklung der über die Elementarbildung hinausgehenden gewerblich-technischen sowie kaufmännischen Ausbildung wurde dabei bis Mitte der 1860er Jahre Dr. Johann Kaspar Beeg (1809-1867), der 1844 in Erlangen promoviert worden, anschließend an die **königliche Landwirtschafts- und Gewerbeschule** in Fürth gekommen und 1845 ihr Rektor geworden war. Mit der Ernennung zum Rektor führte Dr. Beeg 1845 Buchführung als Unterrichtsfach ein und erhielt 1849 die staatliche Genehmigung für zwei Kurse einer Handelsabteilung mit dreijähriger Schulzeit, womit die königliche Landwirtschafts- und Gewerbeschule die **neue Bezeichnung königliche Gewerbe- und Handelsschule** bekam. Neben seinen schulischen Aktivitäten betreute Dr. Beeg ab 1857 auch die 1844 vom Gewerbeverein herausgegebene Fürther Gewerbezeitung und übernahm von 1861 bis 1864 noch den Vorsitz im Gewerbeverein.⁷²

Die 1833 begonnene und bis Mitte der 1860er Jahre andauernde Elementar-, Gewerbe- und Handelsorientierung des Schulwesens in Fürth spielte auch in einem 1858 vom Innenministerium über die Bezirksregierungen bei allen Gerichtsärzten in Bayern für den jeweiligen Gerichtsbezirk angeforderten Bericht über die örtliche Bevölkerungsentwicklung und die Lebensumstände eine Rolle, der von dem für Fürth zuständigen Gerichtsarzt Dr. Adolf Mair 1861 abgeschlossen und über die Bezirksregierung dem Innenministerium zugeleitet wurde und folgende Aussage enthielt: „Die intellektuelle Entwicklung der Bevölkerung bewegt sich vorzugsweise innerhalb der Schranken des Volksunterrichts und des zum Handel und Gewerbe Nötigen (...).“⁷³ Gemessen an weiteren Aussagen zur damaligen Bevölkerung durch den örtlichen Gerichtsarzt Dr. Mair war dies auch folgerichtig und konsequent, da dem Fürther das Motto „Zeit ist Geld“ wie dem Amerikaner als Axiom gelte, er das Praktische und nicht das Abstrakte liebe, gerne in Fürth sei und Wanderung bei ihm nur eintrete, wenn es die Not erheische oder Gewinn locke.⁷⁴

Durch einen Einwohnerzuwachs von 12.942 Personen im Jahr 1818 auf 16.727 Personen im Jahr 1852 und 24.577 Personen im Jahr 1870,⁷⁵ der einer Verdoppelung der Bevölkerung im Zeitraum von 1818 bis 1870 entsprach, war in Fürth zugleich eine Ausdehnung der Bebauung in Richtung Osten entlang der Königstraße/Nürnberger Straße und in Richtung Süden entlang der Schwabacher Straße, der Hirschenstraße

darunter drei chemische Fabriken, vier Bronzefarbenfabriken, zwei Branntweinfabriken und zwei Zichorie-(Kaffeeersatz-)Fabriken. 1840 hatte es in Fürth lediglich eine Fabrik mit einer Dampfmaschine gegeben. Vgl.: Barbara Ohm, Fürth, Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.195f. und S.198-200.

⁷²Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier:S.20.

⁷³Adolf Mair, Hermann Ott, Fürth zu Beginn des Industriezeitalters. Geschichte, Lebensumstände und Bevölkerungsentwicklung – verfasst von Dr. Adolf Mair 1861 als Bericht über die Geschichte, Topo- und Ethnographie des Physikatsbezirks Fürth. Bearbeitet und eingeleitet von Hermann Ott, Fürth 1989, S.48.

⁷⁴Vgl.: Ebd., S.48 und S.66.

⁷⁵Vgl. zu den Einwohnerzahlen: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, S.33, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand.

und der Theaterstraße erfolgt. Als neuer Stadtteil entwickelte sich dabei seit 1850 das Viertel südlich des Rathauses, das sich von der südlichen Gartenstraße bis zur heutigen Rosen- und Blumenstraße erstreckte und Teil des bisherigen Gartengebietes war.⁷⁶ Abgesehen von der Wohnbebauung zogen viele, meist kleinere Gewerbebetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten, die sich in Hinterhöfen ansiedelten, und einige größere Gewerbebetriebe wie die Spiegelfabrik Bendit (Hirschenstraße/Rosenstraße), die Bilderbuchfabrik Löwensohn (Blumenstraße) oder die Bronzefarbenfabrik Ullmann (Mathildenstraße mit Unternehmervilla Ecke Schwabacher Straße) in das neue Viertel. Bis zur Reichsgründung 1871 entstanden in dem neuen Viertel auch ein in der Stadt Fürth nicht mehr und ein bislang noch nicht vorhandener Schultyp sowie insgesamt vier neue Schulgebäude.

Der in der Stadt Fürth noch nicht vorhandene Schultyp war die **Israelitische Bürgerschule**, deren Unterricht im November 1862 in einem Gebäude Ecke Blumenstraße/Theaterstraße begonnen hatte und die von fünf Männern gegründet worden war, die nach den von Oberrabbiner Dr. Isaak Loewi (1804-1873) ab 1831 durchgeführten baulichen und rituellen Reformen bei der Religionsausübung nach wie vor der traditionellen Form der jüdischen Religionsausübung anhingen.⁷⁷ Parallel zu den von Oberrabbiner Dr. Loewi 1831 angekündigten und ab 1833 durchgeführten baulichen und rituellen Reformen bei der Religionsausübung waren in Fürth zwischen 1830 und 1835 auch die drei auf Stiftungen beruhenden privaten Talmudschulen („Klaus-Schul“, „Schneiorsche Schul“, „Gabriel-Schul“) von den Behörden geschlossen worden.⁷⁸

Nach der Schulverordnung von 1813 sollten jüdische Kinder zwar staatliche oder städtische Schulen besuchen und dort einen eigenen Religionsunterricht erhalten, den die jüdischen Gemeinden organisieren sollten, was in Fürth bislang auch geschehen war.⁷⁹ Doch waren mit staatlicher Genehmigung jederzeit Sonderregelungen möglich, die bei der Gründung der Israelitischen Bürgerschule von den jüdischen Gemeindemitgliedern, die nach wie vor der traditionellen Form der jüdischen Religionsausübung

⁷⁶Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.251.

⁷⁷Vgl.: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, S.157-164: In seiner Antrittsrede als Oberrabbiner in Fürth hatte Dr. Isaak Loewi, der 1804 in Adelsdorf geboren und 1827 an der von König Ludwig I. im Jahr 1826 von Landshut nach München verlegten Ludwig-Maximilian-Universität promoviert worden war, am 21. März 1831 angekündigt, dass der Platz an dem die Thora gelesen wird, von der Mitte der Synagoge an den Thoraschrein gerückt, die Bänke zweigeteilt, in Längsrichtung angeordnet und mit einem Mittelgang versehen sowie Emporen in die Synagoge eingebaut werden sollen, damit Frauen, die am Gottesdienst traditionell in einem gesonderten Nebenraum teilgenommen hatten, den Gottesdienst fortan im Hauptraum verfolgen konnten. Neben den baulichen Veränderungen führte Oberrabbiner Loewi auch andere Gebete sowie deutsch statt hebräisch für Gebete und Predigten ein. Außerdem verzichtete er auf den traditionellen Bart und trug als Amtskleidung Barett, Talar und Beffchen. Diese Veränderungen, die im 19. Jahrhundert bei den liberalen Synagogen in ganz Deutschland durchgeführt und in Fürth von einer großen Mehrheit der jüdischen Gemeindemitglieder geteilt wurden, stießen bis 1850 bei einer Minderheit der jüdischen Gemeindemitglieder, die nach wie vor der traditionellen Form der Religionsausübung anhingen, auf erhebliche Proteste, die erst erlahmten, als der oppositionelle zweite Rabbiner die Gemeinde verließ.

⁷⁸„Den Hintergrund bildeten Bestrebungen zu einer Zentralisierung des bayerischen Unterrichtswesens. Private jüdische Talmundlehranstalten außerhalb der Kontrolle der Behörden passten somit nicht ins Bild.“ So Monika Berthold-Hilpert, „Ihnen fernerweit gönnen ihre Synagogen und anderer Nebenschulen, so viel selbiger benötigt“. Synagogen in Fürth (17. und 18. Jht.), in: nurinst 2002, Beiträge zur deutschen und jüdischen Geschichte, Band 1, Schwerpunktthema: Jüdisches Leben in Fürth (= Jahrbuch des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Jim G. Tobias und Peter Zinke, Nürnberg 2002, S.97-112, hier: S.103.

⁷⁹Vgl.: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, S.171.

anhängen, in Anspruch genommen wurden, indem sie den traditionellen Religionsunterricht mit allgemeiner Bildung verknüpften. Die **Israelitische Bürgerschule** unter Leitung von Dr. Seligmann Auerbach wurde 1862 von 42 Kindern und 1863 von 62 Kindern besucht. Die Unterrichtsfächer waren Religionslehre, Biblische Geschichte und Hebräisch, Deutsch, Französisch und Englisch, Mathematik, Handelskunde, Geschichte, Geografie, Naturkunde, Schönschreiben (Kaligrafie), Zeichnen, Singen und Turnen. Im Jahr 1868 wurde dann für die Israelitische Bürgerschule ein **neues Schulgebäude auf dem Grundstück Blumenstraße 31** errichtet.⁸⁰

Der in der Stadt Fürth seit der Schließung der höheren Bürgerschule im Jahr 1833 nicht mehr bzw. seit 1852 nur noch in Form einer privaten Präparantenschule vorhandene Schultyp wurde im neuen Stadtviertel südlich des Rathauses ab 1863 durch eine städtische **Lateinschule im Anwesen Mathildenstraße 7** reaktiviert. Die zunächst eine Schuldauer von drei Jahren umfasste.⁸¹ Die Schuldauer wurde 1867 auf vier Jahre verlängert und die Schule damit zu einer vollständigen isolierten Lateinschule.⁸² Gleichwohl mussten die Absolventen anschließend nach wie vor ein humanistisches Gymnasium an einem anderen Ort besuchen, um eine Maturitätsprüfung (Abschluss, Abitur) als Voraussetzung für ein Universitätsstudium abzulegen, da dazu damals eine vorausgehende Schulbesuchsdauer von acht Jahren erforderlich war.⁸³

In das neue Viertel südlich des Rathauses wurde auch die seit 1844 im zweiten Schulgebäude am Kirchenplatz untergebrachte **königliche Gewerbe- und Handelsschule** - deren Schülerzahl seit Ende der 1850er Jahre etwa 200 Personen umfasst und deren Direktor Dr. Beeg sich gegenüber dem Stadtmagistrat seit 1857 mehrfach für eine Trennung der Klassen der Gewerbe- und der Handelsschule ausgesprochen hatte -

⁸⁰Vgl.: Ebd., S.173. Ergänzend anzumerken ist, dass das **jüdische Schulwesen von einer hohen Bildungsbeflissenheit und diskursiven Unterrichtsmethoden** geprägt war,

Diese Charakteristika wurden von Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassismus 1800-1933, Frankfurt/Main 2011, S.37 so beschrieben: „Anders als in agrarisch-stationären Verhältnissen brauchten die Menschen jetzt Neugier, Einfallsreichtum, Geistesgegenwart, Anpassungsgabe, soziale Intelligenz und vor allem Bildung. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde sichtbar, dass den jüdischen Schülern das Erlernen der fortan zwingend erforderlichen Kulturtechniken, Lesen, Schreiben und Rechnen leichtfiel. Anders als die meisten ihrer christlichen Altersgenossen wurden die jüdischen Kinder in aller Regel seit jeher alphabetisiert, wenn auch auf Hebräisch und mit religiösen Inhalt. Die Eltern legten ihnen zwar keine silbernen Löffel in die Wiege, wohl aber geistige Güter.“ Und auf S.38 fügte er hinzu: „Der Bildungswille bezog seine Kraft aus der Religion und aus der jahrhundertelangen Rechtlosigkeit. Jüdische Jünglinge lernten zu abstrahieren, zu fragen, nachzudenken. Sie schärften den Verstand am Umgang mit Büchern, im gemeinsamen Lesen und Auslegen und im kontroversen Debattieren der heiligen Schrift... Zudem beherrschten Juden meistens zwei oder drei Sprachen mit ihren unterschiedlichen Grammatiken und Ausdrucksfinessen.“

Demgegenüber stellte er zu der damals **im öffentlichen Schulwesen weitverbreiteten Regulationspädagogik** auf S.40 fest. „Auf dem Ersten Allgemeinen Deutschen Lehrertag, abgehalten 1876 in Erfurt forderte der Vorsitzende, Julius Beeger zur umfassenden Anwendung der Prügelstrafe auf. Er nannte das ‚Regulativpädagogik‘ ...“.

⁸¹Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.24.

⁸²Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.22f.

⁸³Die bis 1874 als Zulassung zur Maturitätsprüfung erforderliche Schulbesuchsdauer von acht Jahren konnte nach dreijähriger Elementarschulzeit entweder durch den Besuch einer isolierten Lateinschule (Schuldauer vier Jahre) mit anschließendem vierjährigen Besuch eines humanistischen Gymnasiums als Oberstufe der Lateinschulen mit Unterricht in Altgriechisch oder durch einen achtjährigen Besuch eines humanistischen Gymnasiums als Vollanstalt erfüllt werden.

verlegt, als sie 1864 ein dreigeschossiges, repräsentatives **Schulgebäude Ecke Blumenstraße/damalige Julienstraße (ab 1982 Hallemannstraße)** erhielt.⁸⁴

Nach den drei Schulen, deren Bildungsangebot über den Elementarbereich hinausging, aber auf mittlerer Ebene verblieb, bekam das neue Viertel südlich des Rathauses 1869 auch für den Elementarbereich ein neues **Schulgebäude Ecke Hirschenstraße/Mathildenstraße**, das schon aufgrund des Einwohnerzuwachses erforderlich geworden war. Mit der Fertigstellung dieses dritten Schulgebäudes für den Elementarbereich und den bereits seit 1817 bzw. 1824 bestehenden Schulgebäuden am Kirchenplatz wurde **erstmalig eine Schulsprengelteilung** in einen unteren Bezirk (Kirchenplatz) und in einen oberen Bezirk (Hirschenstraße) vorgenommen.⁸⁵

Bereits während der Planungs- und Bauphase des Schulgebäudes Hirschenstraße/Ottostraße war es zu einer heftigen und erst 1875 endenden Auseinandersetzung über die Organisation des Elementarschulwesens gekommen, als der Stadtmagistrat von der 1867 durch eine Verordnung eingeführten Möglichkeit Gebrauch machte, Konfessionsschulen aus zwingenden Gründen aufzulösen, und einstimmig beschloss, die Schüler/innen der 1828 an der Kirche Zu Unserer Lieben Frau entstandenen, jedoch mit vier Parallelklassen organisatorisch nur unzureichend ausgestatteten katholischen Bekenntnisschule in die bestehenden Schulen zu integrieren und dort neben evangelischem und jüdischem auch katholischen Religionsunterricht anzubieten.⁸⁶

Während der einstimmige Magistratsbeschluss bei den meisten örtlichen Katholiken auf Zustimmung stieß, legte der seit 1834 in Fürth an der Kirche St. Michael amtierende Stadtpfarrer Lehmus (1806-1890) aufgrund seiner Zuständigkeit für die örtliche Schulaufsicht gegen den Beschluss offiziell Widerspruch ein. Als daraufhin sowohl die Regierung als auch das bayerische Staatsministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten die Genehmigung zur Eingliederung aller katholischen Kinder in die Gemeinschaftsschulen versagte, beschloss der Stadtmagistrat 1869 eine Volksabstimmung durchzuführen, die nach der neuen bayerischen Gemeindeordnung zulässig war und bei der sich 90 % der Abstimmenden für konfessionell übergreifende Gemeinschaftsschulen aussprachen. Anschließend wandte sich Stadtpfarrer Lehmus erneut an die Regierung und bemängelte, dass die Wahlbeteiligung mit 41 % zu niedrig gewesen und das Ergebnis deshalb ungültig sei. Da die Regierung seine Auffassung teilte und die Genehmigung für konfessionell übergreifende Gemeinschaftsschulen mit jeweils eigenem Religionsunterricht versagte, legte der Stadtmagistrat wiederum Beschwerde beim Staatsministerium ein, das schließlich 1875 das Abstimmungsergebnis für gültig erklärte und eine **Genehmigung für konfessionell übergreifende Gemeinschaftsschulen mit jeweils eigenem Religionsunterricht** erteilte, womit die 1828 an der Kirche Zu Unserer Lieben Frau eingerichtete **Katholische Bekenntnisschule aufgelöst** war.⁸⁷

⁸⁴Vgl.: Hermann Ott, Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße. Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129, hier: S.118f. Siehe zur Charakterisierung des Neubaus auch das folgende Zitat, in: Ebd., S.119: „Zeitgenossen schilderten das neue Anwesen in den höchsten Tönen: ‚Die Lehrzimmer sind hoch, luftig, licht(e) und geräumig, die Treppe breit und bequem, die Gänge weit und hell. Der Neubau dürfte zu den schönsten und zweckmäßigsten Schulen in Bayern zählen.“

⁸⁵Vgl.: Ebd., S.19, Text zur fotografischen Abbildung des Schulgebäudes Hirschenstraße.

⁸⁶Vgl.: Barbara Ohm, Fürth, Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.178.

⁸⁷Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier:S.17.

Außerdem war in Fürth inzwischen im Bereich der Elementarbildung auch die **Aufhebung des Schulgeldes** beschlossen worden, die auf einen Antrag des sozialdemokratischen Magistratsrates Gabriel Löwenstein aus dem Jahr 1872 zurückging.⁸⁸ Der Antrag war zunächst von einer Prüfungskommission eingehend beraten und schließlich mit einer Mehrheit von acht zu sechs Stimmen beschlossen worden, das Schulgeld an Elementarschulen ab 1. April 1873 in widerruflicher Weise aufzuheben.⁸⁹ Die Einführung der konfessionell übergreifenden Gemeinschaftsschulen in den Jahren 1867 bis 1875 und die Abschaffung des Schulgeldes im Elementarbereich in Fürth fielen in eine Zeit, in der mit der Reichsgründung 1871 in Deutschland die Hochindustrialisierung begonnen und Wilhelm Liebknecht (1826-1900) als einer der Gründer der sozialdemokratischen Bewegung 1872 die Auffassung propagiert hatte, „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“, die vor allem in der Arbeiterbewegung populär wurde.⁹⁰

Gleichzeitig wurde das in Fürth in den 1860er Jahren zwischen Linksliberalen und Sozialdemokraten entstandene Bündnis - bei dem beide Wert auf Bildung, Qualifizierung, politische Emanzipation und Demokratisierung legten, aber die soziale Emanzipation entweder als gleichrangig ansahen (Sozialdemokraten) oder durch Bildung, Qualifizierung und Wahlrecht als weitgehend abgedeckt betrachteten (Linksliberale) - zu einem Charakteristikum der Fürther Kommunalpolitik, das bei allen Gemeindewahlen bis 1904 fortbestand und sich zum Beispiel Ende des 19. Jahrhunderts auch für die Abschaffung der Gebühren zur Erlangung des Bürger- und Wahlrechts einsetzte.⁹¹ Hatte

⁸⁸**Gabriel Löwenstein** (1825-1911) wurde in Fürth geboren, erlernte das Weberhandwerk und war als selbstständiger Bortenmacher tätig. 1863 wurde er Mitglied des von Linksliberalen in Fürth gegründeten Arbeiterbildungsvereins und gründete mit ihnen 1865 auch den demokratischen Volksverein. Nach dem Austritt einer Gruppe von Handwerksgesellen aus dem linksliberalen Arbeiterbildungs- und dem Volksverein gründete Löwenstein in Fürth 1868 den Arbeiterverein Zukunft, der sich mit anderen Arbeitervereinen aus ganz Deutschland auf dem fünften Vereinstag in Nürnberg den Statuten der 1865 in London gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation anschloss. Im Jahr 1869 gründeten diese Arbeitervereine dann in Eisennach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, wobei August Bebel (1840-1913) zum ersten und Gabriel Löwenstein zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurden. In Fürth kam Gabriel Löwenstein 1869 durch eine gemeinsame Wahlliste des von ihm 1868 gegründeten Bürgerbundes und der linksliberalen Volkspartei in das Gemeindegremium. Durch eine erneute gemeinsame Wahlliste von Bürgerbund und linksliberaler Volkspartei bei der Gemeindewahl 1872 wurde er anschließend sogar in den Stadtmagistrat gewählt. Gleichzeitig konnte der Arbeiterverein Zukunft erst nach Aufhebung des nach dem Vereinsgesetz bestehenden Kontakt- und Zusammenschlussverbots mit anderen Vereinen 1872 offiziell als Sozialdemokratischer Arbeiterverein angemeldet werden. Vgl.: Walter Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1870, Dissertation Universität Erlangen-Nürnberg 1965. S.135-137. Die gemeinsame Wahlliste aus Bürgerbund und linksliberaler Volkspartei hatte 1869 auch die Einführung von Gemeinschaftsschulen im Elementarbereich unterstützt und im Vorfeld der Volksabstimmung für eine Zustimmung geworben. Vgl. ebd., S.178.

⁸⁹Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.17. Die Aufhebung des Schulgeldes galt allerdings nur für ortansässige Kinder und nicht für Kinder aus anderen Gemeinden, die in Fürth eine Elementarschule besuchten.

⁹⁰Vgl. dazu den Artikel Wissen ist Macht, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.11.2017.

⁹¹Vgl.: Oliver Bender, Die Entwicklung der fränkischen Industriestadt Fürth im 19. Jahrhundert (1800-1914). Aufbau und Interpretation eines geographischen Informationssystems am Beispiel der Hausgrundstücke, Dissertation Universität Bamberg 1999, S.91: „In München waren nur etwa 4-5% der Bevölkerung Inhaber des großen Bürgerrechts (...). Allein das sozialdemokratisch-linksliberal regierte Fürth sowie Schwabach verzichteten seit Ende des 19. Jhs. beim Erwerb des Bürgerrechts auf die Einnahme von Gebühren (...). Demzufolge waren 1906 in Fürth 15 % der Einwohnerschaft ‚Bürger‘.“ Ergänzend anzumerken ist, dass das Bürger- und damit Wahlrecht damals nur von Männern ab dem

die Arbeiterbewegung im Bündnis mit den Linksliberalen die Entwicklung des Schulwesens in Fürth kurz vor und kurz nach Reichsgründung von 1871 nachhaltig beeinflusst, so wurde das örtliche Schulwesen spätestens ab den 1890er Jahren von der bürgerlichen Frauenbewegung und der bürgerlichen Sozialreform ebenfalls erheblich beeinflusst. Im Zeitalter der Hochindustrialisierung und einer von 1890 bis 1914 andauernden allgemeinen wirtschaftlichen Prosperitätsphase erhielt das Schulwesen in Fürth nun bis zum Ersten Weltkrieg die bis heute bestehende institutionelle Grundstruktur und erreichte mit den Schulneubauten nach 1900 zugleich den zeitgenössischen architektonischen, gesundheits- und sozialhygienischen Standard der Moderne.

4. Schulen in Fürth von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918

In Fürth zeigte sich die mit der Reichsgründung 1871 anlaufende Hochindustrialisierung bis 1900 in einer fortwährenden Zunahme und Vergrößerung der Betriebe und Fabriken in der Spiegelindustrie (78 Betriebe 1891), der damit verbundenen Spiegelrahmenherstellung (38 Betriebe 1891), bei der Bronzefarben- und Blattmetallherstellung (180 Betriebe 1891), der Zichorienkaffeeproduktion, der Herausbildung von fünf Großbrauereien (Humbser, Geismann, Grüner, Evora und Meyer, Mailaender/Bergbräu), der Entwicklung der Bilderbuchfabrik Löwensohn, der Spielwarenproduktion und dem damit verbundenen Großhandel, dem Warenhaus Tietz am Kohlenmarkt als erstem Warenhaus in Bayern ab dem Jahr 1900, dem Hopfengroßhandel (Sahlmann) sowie den Veränderungen im Bankenwesen von 34 Privatbanken und einer Stadtsparkasse 1884 zu 9 Privatbanken, 7 Großbanken und einer Stadtsparkasse 1901.⁹² Gleichzeitig kam es zu einem Bevölkerungszuwachs von 24.577 Einwohner/innen im Jahr 1870 auf 54.192 Einwohner/innen im Jahr 1900.⁹³

Im Schulwesen der Stadt wirkte sich die nach der Reichsgründung 1871 beginnende und rasant fortschreitende Hochindustrialisierung als erstes auf die berufliche Bildung aus. Nach der 1873 verabschiedeten Reichsgewerbeordnung wandelte nun auch die Stadt Fürth entsprechend einer bereits im Zusammenhang mit der bayerischen Gewerbeordnung 1868 eingeführten Regelung die **Sonn- und Feiertagsschulen**, die vor Ort bereits 1824 durch eine Sonntagsindustrieschule für Mädchen aus armen Verhältnissen und 1833 durch eine Sonntags-Zeichnungsschule für Lehrlinge des Handwerks berufsorientiert ergänzt worden waren, **1875 in obligatorische allgemeine und berufliche Fortbildungsschulen** um. Der Unterricht erfolgte zwar nach wie vor in den drei Elementarschulgebäuden, wurde aber jetzt nicht mehr ausschließlich von Elementarlehrern erteilt, sondern im kaufmännischen Bereich von Gewerbe-, Handels- und Realschullehrern und im gewerblichen Bereich von Handwerksmeistern ergänzt.⁹⁴

21. Lebensjahr erworben werden konnte und Frauen bis zur Revolution von 1918 vom Wahlrecht ausgeschlossen waren.

⁹²Vgl. dazu im Einzelnen: Barbara Ohm, Fürth, Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.203-216.

⁹³Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, S.33, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand.

⁹⁴Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.25. Siehe auch: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2, Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.414f.: „Die Errichtung von Fortbildungsschulen hing auf das

Als Folge des mit der Hochindustrialisierung verbundenen Bevölkerungszuwachses wurde das 1868/1869 errichtete dritte **Elementarschulgebäude Hirschenstraße/Mathildenstraße** 1878 um einen **Ostflügel in der Ottostraße** erweitert.⁹⁵ Außerdem war vor der Erweiterung des dritten Elementarschulgebäudes Hirschenstraße/Mathildenstraße um einen Ostflügel in der Ottostraße die königliche Gewerbe- und Handelsschule Ecke Blumenstraße/damalige Julienstraße (ab 1982 Hallemannstraße) **1873 in königliche Gewerbeschule mit Handelsabteilung** und **1877 in königliche Realschule** umbenannt worden. Als Realschule verfügte sie jetzt nicht mehr über eine dreijährige Schuldauer, die an eine sechs- bzw. seit 1838 siebenjährige Elementarschuldauer anschloss, sondern über eine sechsjährige Schuldauer nach dreijährigem Elementarschulbesuch.⁹⁶

Durch die Umwandlung der seit 1822 und 1833 als Ergänzungsschulen an eine abgeschlossene Elementarbildung anknüpfenden höheren Bürger- und Gewerbeschulen in **Realschulen** wurde in Bayern parallel zur Umbenennung der Polytechnischen Zentralschule in München in eine Technische Hochschule 1877 ein **neuer Schultyp** geschaffen,⁹⁷ mit dem ähnlich wie schon 1874 bei den humanistischen Gymnasien die Elementarschuldauer zu Gunsten der höheren Bildung verkürzt wurde. Anders als die humanistischen Gymnasien, die seit 1874 eine Schuldauer von neun statt zuvor acht Jahren hatten,⁹⁸ verfügten Realschulen allerdings nur über eine Schuldauer von sechs Jahren und verblieben damit jenseits der Elementar- sowie der allgemeinen und beruflichen Fortbildungsschulen auf einem mittleren Bildungsniveau. Mit dem **Realschulabschluss („Einjährigen-Berechtigung“)** erhielten die Absolventen zugleich die Möglichkeit, die Militärdienstzeit von drei Jahren auf ein Jahr zu verkürzen.⁹⁹

engste mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen... Fortbildungsschulen sollten nicht die Meisterlehre ersetzen, sondern ergänzen... Ihre Aufgabe war die Ausbildung von Lehrlingen und Gesellen, die keine Gewerbeschule besuchten.“

Der **Unterricht in den allgemeinen Fortbildungsklassen** bestand aus Religionslehre, Deutsche Sprache (Stilübungen, Geschäftsaufsatz), Rechnen und Zeichnen. Daneben bestand der **Unterricht in den Fachklassen der beruflichen Fortbildungsschule** aus Zeichnen in seinen verschiedenen Zweigen, Bossieren (Werksteine bearbeiten) und Modellieren (Ton, Gips, Wachs), Arithmetik mit ihren Anwendungen auf das gewerbliche Geschäftsleben, Geometrie, Naturlehre, Chemie, Gewerbematerialkunde, gewerbliche Buchführung, praktische Übungen für einzelne Gewerbe.

⁹⁵Vgl. Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.22.

⁹⁶Vgl.; Ebd., S.22.

⁹⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2, Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.642: „Die Polytechnische Schule München wurde 1870 erwartungsgemäß in Polytechnische Hochschule und schließlich 1877 in Technische Hochschule umbenannt.... Dies hatte Auswirkungen auf die Industrieschule. Eine erste Reform ersetzte die dreijährigen Gewerbeschulen durch sechsjährige Realschulen ...“

⁹⁸Nach der von den Kultusministern der Länder **1874 vereinbarten reichseinheitlichen Regelung der Voraussetzungen für ein Studium** entfielen von der nun neunjährigen Schulbesuchsdauer fünf Jahre auf den Besuch einer Lateinschule und vier Jahre auf den Besuch eines humanistischen Gymnasiums als Oberstufe der Lateinschulen mit Unterricht in Altgriechisch, die entweder durch den fünfjährigen Besuch einer isolierten Lateinschule und den anschließenden vierjährigen Besuch eines humanistischen Gymnasiums oder durch den neunjährigen Besuch eines humanistischen Gymnasiums als Vollanstalt zurückgelegt werden konnten. Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch zur Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.425.

⁹⁹Vgl. zum „Einjährigen“ den Artikel Einjährige Freiwillige, in: www.wikipedia.de. hier: Ausdruck vom 11.09.2017. Die Möglichkeit zum Dienst als Freiwilliger, der sich selbst einkleiden und verpflegen musste, wurde erstmals auf Vorschlag von General Gerhard von Scharnhorst im Februar 1813 bei

Da die Räume in dem 1864 bezogenen dreigeschossigen, repräsentativen Schulgebäude Ecke Blumenstraße/damalige Julienstraße (heute Hallemannstraße) aufgrund des mit der Ausdehnung der Schuldauer von drei auf sechs Jahre verbundenen Anstiegs der Schülerzahl von 200 auf 400 Personen nicht mehr ausreichten und Fürth aufgrund des Reichsgerichtsverfassungsgesetzes von 1877 ein Amtsgericht bekam, das verwaltungsorganisatorisch aus dem bisher getrennten Stadt- und Landgericht bestand, wurde die **königliche Realschule 1879 in das 1868/1869 errichtete dritte Elementarschulgebäude Hirschenstraße/Mathildenstraße verlegt** und ihr repräsentatives Schulgebäude Ecke Blumenstraße/damalige Julienstraße (ab 1982 Hallemannstraße) dem neuen Amtsgericht überlassen.¹⁰⁰

Danach erhielt die 1862 in einem Gebäude Ecke Blumenstraße/Theaterstraße eingerichtete **Israelitische Bürgerschule**, für die 1868 auf dem Grundstück Blumenstraße 31 ein eigenes Schulgebäude errichtet worden war, 1883/1884 im Hof ein weiteres Gebäude für eine Elementarschule, so dass die Israelitische Bürgerschule fortan aus einer drei Jahre dauernden Elementarschule und einer sechs Jahre dauernden Realschule bestand, deren Absolventen mit Realschulabschluss („Einjährigen-Berechtigung“) ebenfalls über die Möglichkeit verfügten, die Militärdienstzeit von drei Jahren auf ein Jahr zu verkürzen.¹⁰¹

Nur zu einer kurzen Episode wurde in Fürth der 1874 unternommene Versuch, durch eine **Taubstummenklasse** behinderte Kinder entgegen der sich seit Einführung der Unterrichtspflicht im Jahr 1802 in Bayern herausgebildeten Entwicklung an einer regulären Elementarschule zu unterrichten.¹⁰² In der örtlichen Taubstummenklasse wurden

der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Königreich Preußen eingeführt. Diese preußische Regelung wurde 1868 auch in Österreich-Ungarn und in Bayern sowie ab 1878 im gesamten Deutschen Reich übernommen. Unabdingbare Voraussetzung war, dass der Anwärter die mittlere Reife („Einjährigen-Berechtigung“) entweder an einem Gymnasium oder an einer Realschule erworben hatte. Zudem konnte eine entsprechende Prüfung auch vor einer militärischen Kommission abgelegt werden. Während ihres Militärdienstes mussten Einjährige-Freiwillige in Friedenszeiten Ausrüstung und Verpflegung selbst bestreiten. Falls ihnen dazu die finanziellen Mittel fehlten, durften Einjährige-Freiwillige ausnahmsweise auch auf Staatskosten verpflegt und bekleidet werden („Königsfreiwillige“). Einjährige-Freiwillige, die nach Ableistung der Grundausbildung von einem halben Jahr das Avancement zum Reserveoffizier wünschten, wurden im zweiten Halbjahr einer Spezialausbildung unterzogen und konnten nach Beendigung des Einjährigen-Dienstes durch Teilnahme an zwei oder drei mehrwöchigen Reserveübungen zum Leutnant bzw. nach weiteren drei bis vier Reserveübungen zum Oberleutnant der Reserve befördert werden.

¹⁰⁰Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.22. Siehe zu einer ausführlicheren Darstellung auch: Hermann Ott, Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße. Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129,, S.120-122. Die Räume und der Hof des dritten Elementarschulgebäudes Hirschenstraße/Mathildenstraße mussten anschließend bis 1883 allerdings erst an die baulichen Anforderungen einer Realschule (kleinere Klassenräume, Fachräume und Lagerräume für Sammlungen) angepasst werden.

Die Unterbringung des neuen Amtsgerichts im repräsentativen Schulgebäude Blumenstraße 22 hing auch damit zusammen, dass sich auf dem Grundstück des Königreichs Bayern an der Hallstraße, auf dem zwischen 1898 und 1900 schließlich ein großes Gebäude für ein Amtsgericht errichtet wurde, seit 1809 das Gebäude der Königlich Bayerischen Generaldirektion der Zölle und ab 1860 des Königlich Bayerischen Hauptzollamtes befand. Siehe dazu den Artikel Amtsgericht, in: www.fuertwiki.de, hier: Ausdruck vom 07.12.2018.

¹⁰¹Vgl.: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, S.173f.

¹⁰²Vgl. dazu: Max Liedtke, 1806-2006. Vom neuen zum modernen Bayern. Schule im Spiegel der Zeit, in: Lehrerinfo. Ein Service des Bayerischen Kultusministeriums für Lehrerinnen und Lehrer,

neun gehörlose Kinder von einem entsprechend ausgebildeten Lehrer unterrichtet, der allerdings 1881 an die Taubstummenanstalt nach Nürnberg wechselte, womit auch die Taubstummenklasse an einer Elementarschule in Fürth aufgelöst wurde.¹⁰³

Aufgrund der in Fürth zwischen 1870 und 1900 kontinuierlich um fast 30.000 Personen wachsenden Einwohnerzahl sowie der Siedlungsentwicklung nach Osten und Süden wurden im örtlichen **Elementarbereich insgesamt sechs neue Schulgebäude** geschaffen und **ein Ersatzneubau** errichtet. Dabei entstanden in den Jahren:

- 1881 das **Schulhaus am Helmplatz**,
- 1883 das **Schulhaus an der Rosenstraße**,
- 1884 das **Schulhaus Schwabacher Straße/Amalienstraße**, das 1891 in einem zweiten Bauabschnitt bis zur Bachstraße erweitert wurde,
- 1889 ein größerer **Ersatzneubau** für das 1817 errichtete **erste Schulgebäude am Kirchenplatz**, das seit der Errichtung des zweiten Schulgebäudes am Kirchenplatz im Jahr 1824 als Mädchenschule diente,
- 1892 das **Schulhaus Maistraße**,
- 1899 das **Schulhaus Pfisterstraße**.¹⁰⁴

Bis zur Jahrhundertwende erhielt Fürth auf dem Grundstück **Königstraße 105** auch ein **humanistisches Gymnasium**, dessen Maturitätsabschluss die Zulassung zu einem Universitätsstudium in allen Fächern auch ohne die von manchen Universitäten zugelassenen und von anderen Universitäten nicht zugelassenen universitären Sonderprüfungen in Latein und Altgriechisch ermöglichte. Parallel zu der in Fürth ab 1863 wiederentstandenen Lateinschule, die zunächst eine Schuldauer von drei Jahren, ab 1867 und 1874 als vollständige isolierte Lateinschule eine Schuldauer von vier bzw. fünf Jahren und ab 1894 als „Progymnasium“ eine Schuldauer von sechs Jahren mit Einjährigen-Berechtigung beim Militärdienst umfasste und im Anwesen Mathildenstraße 7 untergebracht war, hatte sich der Magistrat bereits seit 1881 auch um die Errichtung eines Gymnasiums als Vollanstalt mit neunjähriger Schulzeit bemüht, das schließlich 1896 genehmigt, danach gebaut und im September 1896 feierlich eröffnet wurde. Die ersten Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife verließen das humanistische Gymnasium 1899.¹⁰⁵ Bis 1901/02 erhielt es hinter dem Schulgebäude noch eine Turnhalle und bis 1903/04 für den Musikunterricht einen aus Spenden finanzierten Bechstein-Flügel.¹⁰⁶

Nr.2/2006, S.5-12, hier: S.8f.: „Ansonsten war Bayern nach 1802 zunächst einmal darum bemüht, auch die Behinderten in den örtlichen Normalschulen zu unterrichten... Da aber schon wegen der hohen Schülerzahlen in den Volksschulen die Betreuung behinderter Kinder nicht sonderlich erfolgreich war, ging man dazu über, weitere spezielle Schulen für behinderte Kinder zu gründen, so die ‚Blinden-Erziehungsanstalt‘ von 1826 in Freising, der dann – wie auch im Bereich der Gehörlosen – weitere entsprechende Einrichtungen in den großen Städten folgten.“

¹⁰³Vgl.: Adolf Schwammberger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.358.

¹⁰⁴Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.22.

¹⁰⁵Vgl.: Ebd., S.24.

¹⁰⁶Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.26f. Zu den großen Befürwortern eines humanistischen Gymnasiums zählte der von 1873 bis 1901 in Fürth amtierende Bürgermeister Georg Friedrich Langhans (1840-1901), der zur Unterstützung des Gymnasiums sogar eine private Stiftung einrichtete (vgl. ebd., S.25).

Im Verlauf der nach der Reichsgründung beginnenden Hochindustrialisierung wurde das zur Umsetzung der Schulpflicht wichtige **Verbot der Kinderarbeit**, das in Bayern seit 1840 bei einer sechs- und in protestantischen Städten und Gemeinden ab 1838 sowie in ganz Bayern ab 1856 siebenjährigen Elementarschulpflicht für Kinder bis zum neunten Lebensjahr gegolten hatte, durch reichseinheitliche Regelungen 1878 und 1891 schrittweise erweitert und schließlich 1903 auf die gesamte Elementarschulzeit bis zum 13. Lebensjahr und auf alle, auch elterliche Betriebe ausgedehnt.¹⁰⁷

Nach der Jahrhundertwende stieg die Einwohnerzahl in der Stadt Fürth bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges noch einmal von 54.152 Personen im Jahr 1900 auf 70.728 Personen im Jahr 1914.¹⁰⁸ Daneben kam es zu den ersten Eingemeindungen (1899 Weikershof, 1900 Poppenreuth und 1901 Dambach, Ober- und Unterfürberg), die zu einem Flächenzuwachs des Stadtgebietes von 1.228 ha auf 2.462 ha führten¹⁰⁹ und angesichts der beengten Wohn- und Siedlungsverhältnisse im Kerngebiet und dem in Poppenreuth und Dambach angelaufenen Bau von Villen durch wohlhabende steuerzahlende Bürger/innen bei den kommunalpolitischen Verantwortlichen der Stadt auf Wohlwollen stießen. Mit Ausnahme von Weikershof ging die Initiative zur Eingemeindung nicht zuletzt aus schulpolitischen Gründen jedoch von Poppenreuth sowie der aus den Dörfern Dambach, Unter- und Oberfürberg bestehenden Gemeinde Dambach aus.

In **Poppenreuth** war hinter der Kirche St. Peter und Paul für ein im Jahr 1694 erstmals aus Stein errichtetes Schulgebäude 1888 ein Neubau entstanden. Die neue und in Poppenreuth noch schulgeldpflichtige Elementarschule verfügte zwar über zwei Klassensäle für je 100 Schüler/innen, Wohnungen für zwei Lehrerfamilien und eine Unterkunft für den Lehrergehilfen, reichte aber aufgrund der Bautätigkeit wohlhabender Bürger/innen aus der Stadt auf der Nordseite der Pegnitzwiesen und der damit verbundenen Zuwanderung nicht mehr aus. Da Poppenreuth gleichzeitig finanziell nicht mehr in der Lage war, allen Bedürfnissen seiner wachsenden Bevölkerung und der nach dem

¹⁰⁷Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familien und Integration, Bayerische Gewerbeaufsicht, Kinder- und Jugendarbeitsschutz. Unterrichtshilfe für Lehrkräfte, München 2014, S.6-8: So wurde mit der **reichseinheitlichen Gewerbeordnung 1878** zunächst für alle mit Dampfkraft arbeitenden Betriebe sowie für Hüttenwerke, Bauhöfe und Werften ein Beschäftigungsverbot für Kinder unter 12 Jahren, eine Begrenzung der täglichen Höchstarbeitszeit für Kinder zwischen 12 und 14 Jahren auf 4 Stunden und eine Begrenzung der täglichen Höchstarbeitszeit für 14- bis 16-Jährige auf 10 Stunden festgelegt.

Mit der **Novelle der Gewerbeordnung 1891** („Arbeitsschutzgesetz“) wurde dann das Beschäftigungsverbot für Kinder in mit Dampfkraft arbeitenden Betrieben, Hüttenwerken, Bauhöfen und Werften auf das 13. Lebensjahr erhöht und auch auf alle mit Motorkraft arbeitenden Betriebe ausgedehnt. Außerdem war eine Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren nur noch zulässig, wenn diese nicht mehr zum Besuch einer Volksschule verpflichtet waren.

Das **Kinderschutzgesetz 1903** führte schließlich zu einem Beschäftigungsverbot für alle Kinder unter 13 Jahren, und zwar auch dann, wenn diese von ihren eigenen Eltern beschäftigt wurden, was bis dahin angesichts der noch weit verbreiteten Selbstständigkeit, vor allem in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Einzelhandel für zahlreiche Kinder nicht unüblich gewesen war.

¹⁰⁸Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand, S.33.

¹⁰⁹Vgl.: Ebd., Tabelle 2.6, Entwicklung des Stadtgebietes S.25. Von dem Gesamtzuwachs des Stadtgebietes um 1.234 ha überwiegend landwirtschaftlich genutzter Flächen entfielen 333 ha auf Weikershof und Teile von Höfen im Jahr 1899, 357 ha auf Poppenreuth im Jahr 1900 und 544 ha auf Dambach, Unter- und Oberfürberg im Jahr 1901.

Zeitgeist allgemein für erforderlich gehaltenen oder rechtlich vorgeschriebenen Infrastrukturanforderungen in den Bereichen Sicherheit, Hygiene und Bildung nachzukommen, beantragte die Gemeinde die Eingemeindung nach Fürth.¹¹⁰

Ähnlich war die Situation in der **aus den Dörfern Dambach, Unter- und Oberfürberg bestehenden Gemeinde Dambach**, die ein eigenes Elementarschulgebäude in der Weiherhofer Straße errichtet und im Dezember 1898 feierlich eröffnet hatte, damit in der Gemeinde wohnende Kinder nicht mehr entsprechend der Kirchensprengelzuordnung Elementarschulen in Fürth und Zirndorf besuchen mussten. Trotz der Erhebung eines Bierpfennig-Zuschlages war die Gemeinde mit dem erheblich über die Kostenschätzung hinausgehenden Schulhausbau finanziell überfordert. „Die Grenzen der Leistungsfähigkeit angesichts anderer Wünsche, Gasbeleuchtung, Wasser- und Kanalanschluss, bald auch Strom, wurden sichtbar. So entstand der Plan, auf eine Eingemeindung des Dorfes in die große und finanzkräftige Stadt Fürth hinzuwirken.“¹¹¹

Im Weiteren versuchte die Stadt Fürth ihrerseits, den nach der Eingemeindung zur Lösung der Schulhausprobleme in Poppenreuth anstehenden Bau eines neuen Elementarschulgebäudes an der Pestalozzistraße/Schulstraße als kommunalpolitischen Köder zur Eingemeindung von Ronhof und Kronach zu nutzen, von deren Gemeinde sie 1878 schon die Gemeindewaldflächen oberhalb der Pegnitz für den im Dezember 1881 eingeweihten großen städtischen Friedhof an der Erlanger Straße erworben hatte.¹¹² Wenngleich die kommunalpolitische Absicht scheiterte, auch die über 271 ha überwiegend landwirtschaftlich genutzter Flächen verfügende Gemeinde Ronhof/Kronach zur Eingemeindung zu bewegen, wurde das **Elementarschulgebäude Pestalozzistraße/Schulstraße** nach der Eingemeindung von Poppenreuth in einer der zeitgenössischen Architektur, Ausstattung und Lage im Grünen entsprechenden hochmodernen Art gebaut und im Jahr 1906 eröffnet. Das Schulgebäude verfügte über 15 Klassenräume, ein Oberlehrer- und Konferenzzimmer, ein Lehrmittelzimmer, einen Turnsaal, ein Schul-Brausebad, in dem 54 Kinder gleichzeitig baden konnten, über Einrichtungen zum Milchtrinken während der großen Pause und eine Schullerasse und galt damals „als das modernste Schulhaus im weiten Umkreis“.¹¹³ Außerdem lag der Standort sowohl in unmittelbarer Nähe zu den Wohngebäuden in der nördlichen Vorstadt um die Erlanger Straße und zu dem 1891 für Mädchen und 1896 für Jungen vom Lutherischen Verein für weibliche Diakonie errichteten Waisenhaus an der Poppenreuther Straße als auch nicht weit entfernt von Poppenreuth und hätte für Kinder aus Ronhof und Kronach, die bisher die 1888 errichtete Schule in Poppenreuth

¹¹⁰Vgl. zur Entwicklung in Poppenreuth: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.34: „Der Wunsch nach moderner Gasbeleuchtung, Anschluss an die Wasserleitung, Anschaffung von neuen Feuerlöschmaschinen und der Bau von Leichen-, Schul- und Gemeindehaus überforderten den Poppenreuther Gemeindegeldbeutel bis zur totalen Verschuldung.“

¹¹¹Siehe zu Dambach, Unterfürberg, Oberfürberg: Christian Schumann, Dambacher Ortsgeschichte in drei „Augen-Blicken“ und die Eingemeindung Dambachs am 1.1.1901, in: Dambach, Oberfürberg, Unterfürberg. 100 Jahre bei Fürth 1901-2001, Fürth 2001, S.6-10, hier: S.8.

¹¹²Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.259 und S.291.

¹¹³Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.39. Siehe auch: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.263f: „Mit dieser Schule wurden pädagogische Reformideen von Anfang des 20. Jahrhunderts umgesetzt. Das neue Schulhaus war nicht mehr in kasernenhafter Architektur gebaut, sondern bekam trotz seines massiven, wuchtigen Baukörpers durch viele verspielte Jugendstilelemente einen heiteren und humanen Charakter.“

besuchen mussten, bezogen auf den Schulweg eine kaum weitere als die bisher zu Fuß zurückzulegende Entfernung mit sich gebracht.¹¹⁴

An den Einrichtungen zum Milchtrinken während der großen Pause, dem Schul-Brausebad und der Schulterrasse im 1906 errichteten Elementarschulgebäude Pestalozzistraße/Schulstraße zeigte sich, dass die nach der Jahrhundertwende zunehmende öffentliche Gesundheitsfürsorge - die im Sinne der bakteriologischen und sozialen Hygiene weniger kurativ, sondern vor allem prophylaktisch und diagnostisch orientiert war - auch in Fürth den Schulbereich erfasst hatte. Ab 1908 gab es dann eine **Schulspeisung** und ab 1909 auch einen **Schularzt**, der den Nährwert der Schulspeisung mit 600 bis 700 Kalorien sogleich als zu niedrig bemängelte. Außerdem untersuchte der Schularzt fortan alle Schulanfänger/innen und hielt in jedem Schuljahr alle zwei Wochen eine Sprechstunde ab.¹¹⁵

Mit dem 1909 fertiggestellten **Elementarschulgebäude an der Frauenstraße**,¹¹⁶ das über eine ähnliche architektonische Gestaltung und Lage im Grünen wie die Elementarschule Pestalozzistraße/Schulstraße und zugleich in einem Anbau über ein öffentliches Brause- und Wannenbad verfügte, gab es in Fürth nun insgesamt 12 Elementarschulen. Die Elementarschule an der Frauenstraße diente damals der Beschulung von Kindern, die entweder in den Arbeiterwohnungen des „Glasscherbenviertels“ um die Waldstraße wohnten,¹¹⁷ das unmittelbar an die über 1.000 Beschäftigte verfügende Spiegelfabrik Wiederer angrenzte, oder in den 1899/1900 an der Kaiserstraße, Frauenstraße, Dr.-Beeg-Straße als vier- bis fünfgeschossiger Blockrandbebauung errichteten günstigen Mietwohnungen des 1898 gegründeten Mieter- und Hausbauvereins (ab 1939 Bauverein Fürth) lebten.¹¹⁸

Neben der Arbeiterbewegung, die die Entwicklung des Schulwesens in Fürth im Elementarbereich schon bei der Einführung der Gemeinschaftsschulen und bei der Abschaffung des Schulgeldes Ende der 1860er/Anfang der 1870er Jahre beeinflusst und

¹¹⁴Das 1888 in Poppenreuth errichtete Elementarschulhaus hinter der Kirche wurde nach der Eröffnung der Pestalozzischule im Jahr 1906 noch weiter genutzt, und zwar entsprechend der Kirchensprengelzuordnung für Kinder der Gemeinden Höfles, Schnepfenreuth, Sack, Braunsbach, Bislohe und Ronhof. „Dies änderte sich erst mit der Eingemeindung von Höfles und Schnepfenreuth 1926 in die Stadt Nürnberg, Ronhof in die Stadt Fürth 1927 und dem Schulhausbau in Sack von 1930.“ Vgl.: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.35.

¹¹⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.221f. Durch eine Spende des Weberfabrikanten Christian Heinrich Hornschuch (1838-1912) gab es in Fürth ab 1907 sogar eine **Schulzahnklinik**, wobei allerdings nicht klar ist, ob diese nur prophylaktisch und diagnostisch oder auch kurativ orientiert war. Vgl. zur Erwähnung ohne weitere Erläuterungen: Adolf Schwammberger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.180 und S.333.

¹¹⁶Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.27.

¹¹⁷Vgl. zur Beschäftigtenzahl der Spiegelfabrik Wiederer als größter örtlicher Fabrik im Jahr 1913: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.203.

¹¹⁸Da die Südstadt damals nur im Gebiet zwischen Karolinenstraße, nördliche Amalienstraße und Karlstraße sowie entlang der Schwacher Straße und der Ludwigstraße bis zur Holzstraße und im Gebiet um die Waldstraße relativ flächendeckend, aber ansonsten eher punktuell wie entlang der Kaiserstraße und der Flößaustraße westlich der Schwabacher Straße mit Wohngebäuden bebaut war, dürfte das Raumprogramm der 1909 fertiggestellten Elementarschule an der Frauenstraße auch bereits für weitere Wohnbebauungen ausgelegt worden sein, die in der Südstadt perspektivisch zu erwarten waren. Vgl. zum Stand der Bebauung in der Südstadt: Gerd Walther, Hartmut Beck, Bild und Erinnerung. Fürther Luftaufnahmen 1916 bis 1945, Nürnberg 1998, S.52f. (Luftbild Paulskirche vor 1922) und S.58f. (Luftbild Heinrichskirche um 1930).

außerdem wichtige Beiträge zur Erfüllung der Schulpflicht durch das von der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation geforderte Kinderarbeitsverbot geleistet hatte, das in Deutschland auf Reichebene in drei Schritten bis zum Jahr 1903 für alle Betriebe komplett umgesetzt worden war, wurde die Entwicklung der Schulen ab 1890 auch von der bürgerlichen Frauenbewegung beeinflusst. Obgleich in Bayern bereits mit Ministerialverordnung vom 31. Januar 1836 verfügt worden war, dass die weibliche Jugend zukünftig vorzugsweise von Lehrerinnen unterrichtet werden sollte, um sicherzustellen, dass Mädchen auch eine weibliche Erziehung bekamen, hatte der **Beruf der Lehrerin** im Elementarschulbereich erst ab 1870 zunehmend an Bedeutung gewonnen, aber weder bei der Ausbildung noch bei der Berufsausübung zu einer Gleichstellung mit den Lehrern geführt.¹¹⁹

In diesem Zusammenhang avancierte Helene Lange nun zur Protagonistin der bürgerlichen Frauenbewegung,¹²⁰ als sie 1887 in einer an das preußische Innenministerium gerichteten Petition mit einer Begleitschrift über die höhere Mädchenbildung eine Gleichstellung der höheren Mädchenbildung mit der höheren Knabenbildung und damit ein staatliches Engagement für höhere Mädchenschulen forderte. Bis dahin hatte es für Mädchen zwar überall - in Bayern seit 1802 - eine öffentliche Elementarunterrichtspflicht, aber keine weiterführenden öffentlichen Bildungsangebote gegeben. Die weiterführende Mädchenbildung war vielmehr ausschließlich Privatschulen überlassen geblieben,¹²¹ während es für die weiterführende Knabenbildung seit langem öffentliche Bürger- und Realschulen sowie humanistische Gymnasien gab und der Abschluss eines humanistischen Gymnasiums jungen Männern ein Universitätsstudium in allen Fächern ohne eine gegebenenfalls mögliche gesonderte universitäre Zulassungsprüfung ermöglichte.

Während sich der preußische Staat als Adressat der Petition von Helene Lange erst 1908 dazu verpflichtete, für die höhere Mädchenbildung zu sorgen und damit Frauen

¹¹⁹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch zur Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.301. Siehe auch ebd., S.79f.: Trotz der Ministerialverordnung vom 31. Januar 1836 war der **Anteil der Elementarschullehrerinnen** bis Anfang der 1850er Jahre gering geblieben und sogar leicht gesunken. Wurden im Schuljahr 1835/36 in Bayern noch 7.493 Lehrer und 439 Lehrerinnen (= 5,86 %) gezählt, waren es im Schuljahr 1851/52 insgesamt 7.184 Lehrer und 310 Lehrerinnen (= 4,13 %). Abgesehen von dem in den Jahren 1814 bis 1819 und 1822 bis 1829 existierenden Lehrerinnenseminar in München erfolgte die Ausbildung zur Lehrerin ausschließlich auf privatem Wege. Außerdem erhielten Lehrerinnen damals nur zwei Drittel des Gehalts eines Lehrers und konnten ihren Beruf nur solange ausüben, solange sie nicht verheiratet waren.

¹²⁰**Helene Lange** (1848-1930) hatte als Tochter eines Kaufmanns nach einer privaten Lehrerinnenausbildung 1871 das Lehrerinnenexamen abgelegt und ab 1876 als Lehrerin und Leiterin der Seminar-klasse der Crainschen Anstalt, einer privaten höheren Mädchenschule in Berlin gearbeitet. Nach ihrer Petition mit Begleitschrift an das Preußische Unterrichtsministerium 1887 gründete sie 1890 den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverband. Von 1894 bis 1905 war sie im Vorstand des Bundes Deutscher Frauen und Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbandes.

Als das Reichsvereinsgesetz von 1908 Jugendlichen und Frauen den Beitritt zu politischen Vereinen und Parteien ermöglichte, trat Helene Lange zusammen mit anderen Frauenrechtlerinnen in die linksliberale Freisinnige Vereinigung ein, die 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) aufging. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte Helene Lange zu den Mitgründerinnen der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) als Nachfolgepartei der FVP. Zusammen mit Gertrud Bäumer gab sie auch das Handbuch der Frauenbewegung (1901-1906) und bis zu ihrem Tod 1930 die Zeitschrift Die Frau (1893-1944) heraus. Vgl. zur Biografie den Artikel Helene Lange, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.03.2017.

¹²¹Vgl. dazu den Artikel Mädchengymnasium, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.03.2017.

eine höhere Bildung und einen allgemeinen universitären Zugang zu ermöglichen,¹²² wurde in Fürth durch Stadtschulrat Dr. Bernhard Bauer (1857-1913) schon 1906 in einer Denkschrift klargestellt, dass es einer städtischen höheren Mädchenschule ermangele.¹²³ Zusammen mit Initiativen der bürgerlichen Sozialreform, die unter dem Motto „Weder Kapitalismus noch Sozialismus“ einen „Dritten Weg“ verfolgte¹²⁴ und in der Stadt Fürth durch Stiftungen und soziale Aktivitäten von Kaufleuten und Unternehmern seit längerem fest verankert war, entstand nach der **Gründung des Volksbildungsvereins** 1904 und der Einweihung des auf einer Stiftung beruhenden **Volksbildungsheims (Berolzheimerianum)** mit Bibliothek, Lesesaal für 120 Personen und Vortragssaal für 800 Personen 1906 in den folgenden Jahren am Tannenplatz in der Nähe des Stadtparks und des dort 1906 in einem eigenen Gebäude untergebrachten Mädchenhorts¹²⁵ ein Zentrum für Wöchnerinnen und Säuglinge sowie für höhere Mädchenbildung, das aus mehreren und im Sinne der Zeit architektonisch und technisch hochmodern gestalteten und ausgestatteten Gebäuden bestand:

- 1907 die städtische Höhere Mädchenschule, der eine kaufmännische Handelsschule für Mädchen angeschlossen war, die aufgrund des starken Andrangs von Schülerinnen 1909 ein eigenes Gebäude erhielt,
- ein Wöchnerinnen- und Säuglingsheim (Nathan-Stift), das im Dezember 1909 eröffnet wurde.

¹²²Im deutschsprachigen Raum hatte die Universität Zürich in der Schweiz 1867 erstmals den Promotionsantrag einer Frau im Fach Medizin zugestimmt und sie promoviert. Ihr folgten in den 1870er Jahren zu Studien- und Promotionszwecken weitere Frauen aus dem Ausland, darunter auch Emilie Lehmus aus Fürth. In Deutschland begann die **Öffnung der Universitäten für Frauen** erst Ende des 19. Jahrhunderts mit der Zulassung als Gasthörerinnen, wie 1896 in Preußen. Danach wurden in den Jahren 1900 in Baden und 1904/1905 in Württemberg erstmals Frauen als reguläre Hörerinnen und Studentinnen zugelassen, worauf Preußen diesem Schritt 1908 folgte. Vgl. den Artikel Frauenstudium im deutschen Sprachraum, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.03.2017.

Siehe zu Emilie Lehmus auch: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.263: Emilie Lehmus (1841-1932) hatte als dritte der sechs Töchter des evangelischen Stadtpfarrers zunächst eine höhere Mädchenausbildung in Paris absolviert und danach als Lehrerin in Fürth gearbeitet. 1870 nahm sie ein Medizinstudium in Zürich auf und wurde dort nach Einreichen einer Dissertation und Ablegen eines mündlichen Rigorosums 1874 als Dr. med. promoviert. Anschließend arbeitete sie in Prag und Dresden und eröffnete 1876 zusammen mit ihrer Kommilitonin Franziska Tiburti eine Praxis für Kinder- und Frauenheilkunde in Berlin, aus der sie nach einer Erkrankung 1908 ausschied und danach in München und Gräfenberg lebte.

¹²³Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.24: „Damit artikulierte er die Rufe der Frauenbewegung nach einer zeitgemäßen höheren Mädchenbildung.“

¹²⁴Vgl. dazu: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Weder Kapitalismus noch Sozialismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München 1985.

¹²⁵Vgl.: Renate Trautwein, 1000 Fürther FrauenLeben. Eine ergänzende Spurensuche, Nürnberg 2007, S.104: In Fürth war bereits 1851 der **Verein Arbeitsschule Mädchenhort** gegründet worden, der nach seiner Vereinssatzung das Ziel verfolgte, schulpflichtige Mädchen während der schulfreien Zeit in seinem Haus zu beaufsichtigen, sie an Ordnung, Tüchtigkeit, gute Sitten und Reinlichkeit zu gewöhnen und die Einflüsse nachteiliger Gesellschaft von ihnen abzuhalten. Fortan konnten schulpflichtige Mädchen beim Verein Arbeitsschule Mädchenhort in der schulfreien Zeit ihre Hausaufgaben erledigen, die traditionellen nützlichen weiblichen Handfertigkeiten wie Nähen, Sticken, Häkeln und Stricken erlernen sowie sich mit Lektüre und Musik beschäftigen. Im Jahr 1905 wurde dem Verein von der Stadt Fürth ein 550 Quadratmeter großes Grundstück im östlichen Stadtpark überlassen, wo er bis 1906 ein Gebäude mit Treppenhalle und Garderobe, zwei Schulsälen (Gruppenräumen) für 55 Kinder und einer Hausmeisterwohnung errichtete.

- die ebenfalls auf einer Stiftung beruhende und 1912 eröffnete Krautheimer-Krippe.¹²⁶

Die 1907 am Tannenplatz eröffnete **höhere Mädchenschule** war auf einen siebenjährigen Besuch nach dreijähriger Elementarschulzeit ausgerichtet und hatte im ersten Schuljahr bereits 358 Schülerinnen, weil zwei Privatschulen in ihr aufgingen, die 1848 und 1889 gegründet worden waren.¹²⁷ Nach einer 1911 erlassenen Schulordnung, mit der das höhere Mädchenbildungswesen in Bayern erstmals organisatorisch geregelt wurde,¹²⁸ erhielt die höhere Mädchenschule am Tannenplatz eine Schuldauer von sechs Jahren nach vierjähriger Elementarschulzeit und durch Ministerialentschließung vom 15. Mai 1912 die Bezeichnung **Konfessionell gemischte städtische höhere Mädchenschule mit anschließender Frauenschule und angeschlossener Handelsschule für Mädchen**.¹²⁹ Der Unterricht bestand nach der Schulordnung von 1911 in allen sechs Schuljahren aus den Pflichtfächern Religion, Deutsch, Französisch, Geschichte, Erdkunde, Rechnen und Raumlehre, Zeichnen, Handarbeit, Turnen und Gesang, in den ersten beiden Schuljahren auch aus dem Pflichtfach Schreiben und insgesamt aus folgenden Wahlfächern: Englisch in den letzten drei Schuljahren, Stenographie in den letzten zwei Schuljahren und Schulküche im letzten Schuljahr.¹³⁰ Die mit der Schulordnung von 1911 an höheren Mädchenschulen für die letzten zwei Schuljahre oder das letzte Schuljahr eingeführte Frauenschule sollte die Schülerinnen auf die späteren kulturellen und sozialen Aufgaben der Frau vorbereiten.¹³¹ Nach dem Schulabschluss und einer weiteren Ausbildung konnten die Mädchen beispielweise als Erzieherinnen oder Elementarschullehrerinnen tätig werden. Alternativ konnten sie in

¹²⁶Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.224f. (Volksbildungsverein und Beolzheimerianum), S.222f. (Nathan-Stift), S.223 (Krautheimer Krippe) und S.285 (Höhere Mädchenschule).

¹²⁷Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.24.

¹²⁸Durch die Schulordnung von 1911 ergab sich für die Mädchenbildung in Bayern folgende Struktur:

Lebensjahr	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Schuljahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
	Elementarunterricht in Volksschule							Allg. und berufl. Fortbildungsschule						
	Elementarunterricht (Volksschule oder privat)				Höhere Mädchenschule			Real-abt.	Frauen-schule					
								Gymnasiale bzw. realgymnasiale Kurse						
								Präparantenkurse		Seminarkurse				
								Handelsschule						
a) Anschließend Erzieherinnenprüfung.														
b) Anschließend Absolutorium (Abiturprüfung).														
c) Anschließend Lehrerinnenprüfung.														

Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.28.

¹²⁹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.28.

¹³⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.30

¹³¹Vgl.: Ebd., S.35f.

Fürth nach drei Jahren höherer Mädchenschule auch an die Handelsschule für Mädchen wechseln und danach kaufmännische oder administrative Berufstätigkeiten ausüben.¹³²

Die organisatorisch an die höhere Mädchenschule angeschlossene kaufmännische **Handelsschule für Mädchen**, die seit 1909 wegen des starken Andrangs über ein eigenes Gebäude verfügte,¹³³ hatte zunächst eine Schuldauer von zwei Jahren und erhielt 1910 für den Unterricht im Maschinenschreiben einen Raum mit 15 Schreibmaschinen und ein Übungskontor für den praktischen kaufmännischen Unterricht. Mit der 1911 erlassenen Schulordnung über das höhere Mädchenschulwesen in Bayern wurde die Schuldauer dann auf drei Jahre ausgedehnt,¹³⁴ womit die Handelsschule zu einer Fachschule wurde,¹³⁵ die von Mädchen entweder nach vier Jahren Elementarschule und drei Jahren an der höheren Mädchenschule oder nach der erfolgreichen Absolvierung der siebenjährigen Elementarschulzeit besucht werden konnte. Aufgrund der nach der Jahrhundertwende allgemein zunehmenden kaufmännischen Verwaltungs- und Vertriebstätigkeiten war die Schule in einer expandierenden Gewerbe- und Handelsstadt wie Fürth für die Ausbildung von Fachpersonal sicherlich von besonderer Bedeutung.

Nach Fertigstellung der Gebäude für die höhere Mädchenschule und die Handelsschule für Mädchen am Tannenplatz in den Jahren 1907 und 1909 erhielt auch die seit 1879 im Elementarschulgebäude Hirschenstraße untergebrachte **königliche Realschule 1912 ein neues Gebäude an der Kaiserstraße**. Trotz der bis 1883 durchgeführten räumlichen Anpassungen waren Schulleitung, Lehrer und Schüler mit dem Standort an der Hirschenstraße nie so richtig zufrieden gewesen, weil der Lärm umliegender Gewerbebetriebe wie das rhythmische Stampfen einer Bronzepulverfabrik und der Lärm des mit dem Bevölkerungswachstum zunehmenden Verkehrs als störend empfunden wurden. Ab 1897 hatte sich deshalb der von 1894 bis 1909 amtierende Rektor Dr. Heinrich Langhans (1844-1921) immer wieder an den Magistrat gewandt, um einen Neubau an einem anderen Standort zu erwirken. Als aufgrund des Bevölkerungszuwachses auch noch die Schülerzahl auf 452 Personen im Schuljahr 1903/04 stieg und in den Folgejahren weiter zunahm, wurden die Planungen zu einem Neubau aufgenommen, denen die städtischen Gremien 1909 zustimmten.¹³⁶

¹³²Vgl.: Ebd., S.31: „1913 hielt das Ministerium in einer Veröffentlichung die beruflichen Möglichkeiten für Mädchen nach einem Besuch der höheren Mädchenschule fest. Neben verschiedenen Tätigkeiten als Lehrerin für Elementarunterricht, Handarbeit, Turnen, Zeichnen, Musik, Stenographie konnten die Mädchen sich für die Arbeit als Büroassistentinnen bei Verwaltungen, Post und Eisenbahn entscheiden.“

¹³³Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.25.

¹³⁴Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth, 2009, S.15f.

¹³⁵Vgl. dazu: Max Liedtke (Hg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2, Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.442: **Städtische Handelsschulen** „waren ein weiterer Zweig der Fachschulen, die aufgrund der neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten, die vom Agrarstaat wegführten, notwendig wurden... Sie wurden über drei Kurse geführt... Als Besonderheit hatte München die städtische Riemenschmid'sche Handelsschule für Mädchen, die 1900/01 von 461 Schülerinnen besucht wurde (...). 1901/02 kam eine ebensolche mit 286 Mädchen in Nürnberg hinzu.“

¹³⁶Vgl.: Hermann Ott, Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße. Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129, hier: S.122f.

Als Standort für den Neubau der königlichen Realschule wurde ein Grundstück an der Kaiserstraße gewählt, das in unmittelbarer Nähe zu der 1909 fertiggestellten Elementarschule an der Frauenstraße und der 1910 für die in Fürth gewachsene Anzahl katholischer Arbeitskräfte aus der Oberpfalz und als Garnisonskirche für katholische Militärangehörige errichteten Kirche St. Heinrich und damit weitgehend im Grünen lag.¹³⁷ Das Schulgebäude wurde 1911/12 in einer der zeitgenössischen Architektur und Ausstattung entsprechenden hochmodernen Art gebaut und war mit 22 Klassenräumen, einem Biologiesaal, zwei Chemie-, drei Physik- und drei Zeichensälen bereits für eine Oberrealschule konzipiert,¹³⁸ die nach den 1900 eingeführten Regelungen eine Unterrichtsdauer von neun Jahren statt einer Unterrichtsdauer von nur sechs Jahren an Realschulen umfasste und deren Abschlusszeugnis zu einem mathematischen, naturwissenschaftlichen oder technischen Studium berechnete.¹³⁹ Die von Bürgermeister Kutzer (1864-1948), der in Fürth seit 1901 amtierte hatte und 1914 als Bürgermeister nach Mannheim ging,¹⁴⁰ verfolgte Absicht, durch eine bauliche Vorleistung für eine Oberrealschule von der Regierung auch die Genehmigung für den Betrieb zu erhalten, scheiterte allerdings daran, dass der Landtag 1907 beschlossen hatte, in jedem Regierungsbezirk nur eine Oberrealschule zuzulassen und es in Nürnberg bereits eine Kreisoberrealschule gab.¹⁴¹

Parallel zu den Bemühungen um die den Anforderungen der Zeit entsprechende Neubautätigkeiten im Bereich der Elementarschulen (Pestalozzistraße/Schulstraße 1906, Frauenstraße 1909) und der weiterführenden Schulen (Humanistisches Gymnasium 1896, höhere Mädchenschule mit anschließender Frauenschule und angeschlossener Handelsschule für Mädchen 1907/1909, Neubau für die königliche Realschule mit baulicher Ausstattung für eine Oberrealschule 1912) war in Fürth kurz vor der Jahrhundertwende auch die berufliche Bildung wieder in Bewegung geraten, als 1899 eine

¹³⁷Vgl. zur gewachsenen Anzahl von Katholiken in Fürth, die 1911 an der Kirche St. Heinrich erstmals in Fürth auch eine Fronleichnamprozession durchführen dürften: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.178f.

¹³⁸Vgl.: Hermann Ott, Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße. Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129, hier: S.126.

¹³⁹Vgl. den Artikel Oberrealschule, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.03.2017: **Oberrealschulen** waren in Preußen bereits ab 1882 eingeführt worden, entsprachen zwar nicht fachbezogen, aber von der Unterrichtsdauer den humanistischen Gymnasien und hingen in einem Zeitalter zunehmender Technologiesierung als Vorbildungsinstanzen eng mit der Entwicklung der **technischen Hochschulen** zusammen. Siehe dazu auch den Artikel Technische Hochschule, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.09.2017: Durch die im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmende Technologiesierung hatten sich die bis 1850 entstandenen und ursprünglich nur praxisorientierten polytechnischen Schulen immer mehr zu praxis- und forschungsorientierten technischen Hochschulen entwickelt und wurden zwischen 1864 und 1890 auch offiziell zu technischen Hochschulen umbenannt. Ab 1899 erfolgte dann die von den technischen Hochschulen seit längerem geforderte Gleichstellung mit den Universitäten, als Kaiser Wilhelm II den technischen Hochschulen in Preußen das Recht zur Verleihung akademischer Grade (Dipl.-Ing.) und zur Promotion (Dr. Ing.) verlieh. Bis 1901 folgten die übrigen Länder im Deutschen Reich dem Beispiel Preußens und gewährten ihren technischen Hochschulen ebenfalls das Recht zur Promotion.

¹⁴⁰Der Wechsel von Bürgermeister Kutzer nach Mannheim im Jahr 1914 hing damit zusammen, dass seine 1912 in einer Denkschrift formulierten Gedanken zu einer Vereinigung von Nürnberg und Fürth von der örtlichen Bevölkerung missbilligt wurden und sich in Fürth ein Freies Bürgerkomitee bildete, das Bürgerversammlungen gegen eine Vereinigung der beiden Städte veranstaltete. Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.281: „Der Verwaltungsfachmann betrachtete die Vereinigung nur von praktischen Standpunkten. Die Fürther Empörung war aber so groß, dass Bürgermeister Kutzer sich um einen neuen Posten umsehen musste, und nach Mannheim wechselte.“

¹⁴¹Vgl.: Hermann Ott, Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße. Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129, hier: S.123.

Landwirtschaftliche Winterschule im Anwesen Mathildenstraße 9 eingerichtet wurde.¹⁴² Außerdem entstand nach dem Vorbild der 1873 in Nürnberg gegründeten und 1900 vom Verein Frauenwohl übernommenen Frauenarbeitsschule auch in Fürth 1907 die **Frauenarbeitsschule der Schwestern Edelmann** im Anwesen Bäumenstraße 9.¹⁴³ Die Privatschule, die in Tages- und Abendkursen Unterricht im Hand- und Maschinennähen, Musterschnittzeichnen, Kleidermachen, Weiß- und Buntsticken sowie Freihandzeichnen für erwachsene Frauen und fortbildungsschulpflichtige Mädchen erteilte und zur Erfüllung der seit 1856 auf die siebenjährige Elementarschulpflicht folgenden dreijährigen Fortbildungsschulpflicht zugelassen war, zog 1912 von der Bäumenstraße in größere und besser belichtete Räume im Erdgeschoss und in dem Richtung Badstraße liegenden Untergeschoss des neu errichteten Gebäudes Pfisterstraße 48.¹⁴⁴

Nachdem bereits die nach der Reichsgründung 1871 begonnene Hochindustrialisierung dazu geführt hatte, dass 1875 in Fürth die 1810 eingeführten Sonn- und Feiertagsschulen in obligatorische allgemeine und berufliche Fortbildungsschulen umgewandelt worden waren, deren Unterricht zwar nach wie vor in den Elementarschulgebäuden erfolgte, aber nicht mehr ausschließlich von Elementarschullehrern erteilt, sondern im kaufmännischen Bereich durch Realschullehrer und im handwerklichen Bereich durch Handwerksmeister ergänzt wurde, öffnete sich nun in Fürth der Weg zu einem eigenständigen Berufsbildungssystem,¹⁴⁵ als auf Anregung des Gewerbevereins 1911 eine **Handwerkerschule für die Holzindustrie zur Schreiner- und Holzbildhauerausbildung** entstand, die schon allein wegen der Spiegelindustrie und der damit verbundenen Spiegelrahmenherstellung von Bedeutung war und 1912 ein eigenes Gebäude an der Turnstraße erhielt.¹⁴⁶ Gleichzeitig stellte die Stadt Fürth für die

¹⁴²Vgl.: Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier:S.27. Siehe auch: Max Liedtke (Hg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2, Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.419f.: **Landwirtschaftliche Winterschulen** waren ein Zweig der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, mit dem der normalerweise an Sonn- und Feiertagen oder an Werktagabenden stattfindende und nach dem Besuch der Elementarschule für drei Jahre verpflichtende Fortbildungsunterricht durch intensivierete, mindestens viereinhalb Monate dauernde Kurse auf zwei Jahre verkürzt werden konnte. Außerdem stand der landwirtschaftliche Nachwuchs von Mitte/Ende März bis Mitte/Ende Oktober für die großen Arbeiten auf dem elterlichen Hof uneingeschränkt und in den Wintermonaten in der Regel auch für die frühmorgendliche und abendliche Versorgung des Viehs zur Verfügung. Wegen des Schulbesuchs in den Wintermonaten war allerdings die Mithilfe bei Waldarbeiten in der damals auf jedem Hof üblichen gemischten Betriebsführung (Ackerbau, Viehhaltung, Teich- und Forstwirtschaft) weitgehend ausgeschlossen.

¹⁴³Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelmann zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.3f. und S.8f. Die Schwestern und Lehrerinnen Edelmann waren Regine Edelmann (1882-1957), die vor der Gründung der eigenen Frauenarbeitsschule in Fürth als Lehrerin an der Frauenarbeitsschule in Nürnberg tätig gewesen war, Mathilde Edelmann (1886-1962), die 1916 aus der Schule ausschied und in ein Kloster in Innsbruck ging, Crescentia Pauline Edelmann (1889-1964) und ab 1915 Helene Josefine Edelmann (1896-1963).

¹⁴⁴Vgl.: Ebd., S.10.

¹⁴⁵Vgl.: Max Liedtke, 1808 2006. Vom neuen zum modernen Bayern. Schule im Spiegel der Zeit, in: Lehrerinfo. Ein Service des Bayerischen Kultusministeriums für Lehrerinnen und Lehrer, Nr.2/2006, S.5-12, hier: S.8: Wie dort erläutert, **erhielten die Berufsschulen ihre bis heute bestehende Organisationsform**, „als der Münchener Stadtschulrat Georg Kerschensteiner 1906 die ‚Fortbildungsschulen‘ zu fachlich gegliederten und am Beruf orientierten Pflichtschulen (Berufsschulen) machte“.

¹⁴⁶Vgl.: Adolf Schwammerger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.162.

1875 eingeführten obligatorischen allgemeinen und beruflichen Fortbildungsschulen den **ersten hauptamtlichen Fortbildungslehrer** ein.¹⁴⁷

Aufgrund der königlichen Verordnungen vom 22. Dezember 1913 über die Schulpflicht, die fortan durch eine von den Gemeinden festzulegende Unterrichtsdauer von sieben oder acht Jahren an **Volkshauptschulen** und eine anschließende Unterrichtsdauer von drei oder zwei Jahren an **Volksfortbildungsschulen** zu erfüllen war, sowie über die **Berufsfortbildungsschulen**, die von den Gemeinden als Alternative zu den Volksfortbildungsschulen verbindlich eingeführt werden konnten,¹⁴⁸ wurden die bisherigen obligatorischen allgemeinen und beruflichen Fortbildungsschulen, die in der Stadt Fürth 1913 mit 95 Abteilungen an sieben Volksschulen vorhanden waren, durch einen **Beschluss des Gemeindegremiums 1914 zu obligatorischen Berufsfortbildungsschulen**.¹⁴⁹ Im Jahr 1915 wurde den Berufsfortbildungsschulen das Gebäude der alten Lateinschule **Mathildenstraße 7** übergeben, das seit der Errichtung des humanistischen Gymnasiums 1896 anderweitig genutzt werden konnte.¹⁵⁰

Zu diesem Zeitpunkt war durch die Kriegserklärungen Österreich-Ungarns an Serbien am 28. Juli 1914, Deutschlands an Russland und Frankreich am 1. und 2. August 1914 sowie Großbritanniens an Deutschland am 4. August 1914 bereits der Erste Weltkrieg

¹⁴⁷Vgl. Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.27.

¹⁴⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.359.

¹⁴⁹Vgl. Emil Ammon, 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29, hier: S.27. Siehe zu den Fortbildungsschulen auch die sich schwerpunktmäßig auf Preußen und punktuell auf andere Bundesstaaten wie Baden (Vorreiterrolle), Württemberg, Bayern und Sachsen beziehende **zeitgenössische Darstellung des damaligen Gesamtsystems der beruflichen Bildung**: Die Fach- und Fortbildungsschulen (1914) von Geh. Oberregierungsrat Dr von Seefeld, Berlin, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 15.05.2018. Während die **allgemeinen Fortbildungsschulen** wie einst die in Bayern für 12- bis unter 18-Jährige verpflichtenden Sonntagsschulen vor allem der Wiederholung und Vertiefung des Elementarschulwissens dienten, lag der Schwerpunkt bei den **beruflichen, gewerblichen oder kaufmännischen Fortbildungsschulen** auf der jeweiligen berufsbezogenen Ausbildung, mit der die betriebliche Ausbildung in Werkstatt oder Kontor ergänzt wurde.

In diesem Zusammenhang wurden Lehrherren durch die vom Reichstag verabschiedete Novelle der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 (Handwerkergesetz) und durch das neue Handelsgesetzbuch verpflichtet, die Lehrlinge zum Besuch der Fortbildungsschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Mit den Novellen der Gewerbeordnung vom 29. November 1900 und vom 27. Dezember 1911 wurden auch die im gewerblichen Bereich tätigen **Mädchen** in die Fortbildungsschulpflicht einbezogen und außerdem die gewerblichen Unternehmen verpflichtet, allen unter 18-jährigen Personen für den Besuch der Fortbildungsschulen die erforderliche Zeit zu gewähren. Dies galt sowohl für die von ohne Lehrvertrag erwerbstätigen oder arbeitslosen Jugendlichen zu besuchenden allgemeinen Fortbildungsschulen, die sich neben der Wiederholung und Vertiefung des Elementarschulwissens vor allem um erzieherische Aufgaben und die Vermittlung der bestehenden Ordnung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse kümmerten, als auch für die beruflichen Fortbildungsschulen, die sich bei Jugendlichen mit Lehrverträgen vor allem der Fachkunde für den jeweiligen Beruf und daneben der Bürgerkunde für den „Beruf als Staatsbürger“ widmeten.

Neben den beruflichen, gewerblichen oder kaufmännischen Fortbildungsschulen gab es eine **Reihe beruflicher Fachschulen** wie Handwerker- und Kunstgewerbeschulen, Baugewerbeschulen, Schulen für die Metallgewerbe, Schulen für die Textilindustrie, Handelsschulen sowie Spezialschulen für Schifffahrt und Bergbau mit jeweils zwei- bis dreijähriger Schuldauer.

¹⁵⁰Vgl.: Adolf Schwammerger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.47.

ausgebrochen,¹⁵¹ mit dem militärische und kriegswirtschaftliche Erfordernisse in den Vordergrund rückten und sich die Lebensverhältnisse der Menschen gewaltig veränderten.¹⁵² Vor dem Hintergrund von Pressemeldungen über eine drohende Kriegsgefahr hatte der Magistrat in der Stadt Fürth schon am 30. Juli 1914 beschlossen, zum Kauf von Nahrungsmitteln einen Kredit über 300.000 Mark aufzunehmen, von dem sogleich 100.000 Mark für Mehl, Hülsenfrüchte, Reis, Kartoffeln, Konserven, Teigwaren und Fleisch ausgegeben wurden. Die Vorräte wurden im Rathauskeller und in Kühlräumen gelagert und der Zwangsbewirtschaftung durch kommunale Lebensmittelkarten unterworfen.¹⁵³ Während sich bei Kriegsausbruch am 1. August 1914 ähnlich wie im gesamten Reich auch in Fürth viele junge Männer, vor allem aus bürgerlichen Schichten, freiwillig zum Kriegsdienst meldeten, wandte sich der seit Januar 1914 amtierende Bürgermeister Dr. Wild (1875-1950), der 1917 vom bayerischen König den Titel Oberbürgermeister erhielt,¹⁵⁴ sogleich mit einem Spendenaufruf zu Gunsten der Ehefrauen und Kinder der in den Krieg ziehenden Soldaten an die Bevölkerung.¹⁵⁵ Die städtischen Lebensmittelkäufe und der Spendenaufruf dienten vor allem der kommunalen Kriegswohlfahrtspflege und Familienunterstützung, da aufgrund der geringen Besoldung der Soldaten mit einem massiven Armutproblem zu rechnen war.¹⁵⁶

Von den Auswirkungen des Krieges war auch der Schul- und Bildungsbetrieb betroffen, da in Fürth Ende August 1914 die ersten Züge mit insgesamt 700 Verwundeten ankamen und ein Schulgebäude, die in den Schulsport einbezogene Turnhalle des TV Fürth 1860 in der Turnstraße sowie das 1906 für den Volksbildungsverein errichtete Berolzheimianum zu Heimatlazaretten umgewandelt wurden. Gleichzeitig waren damals in Fürth bei 68.000 Einwohner/innen schon 250 Gefallene zu beklagen, während es im gesamten Krieg 1870/71 bei 24.000 Einwohner/innen nur 14 Gefallene aus Fürth gegeben hatte.¹⁵⁷ Außerdem mussten an der höheren Mädchenschule mit Handels-

¹⁵¹Vgl. zum Kriegsausbruch und seiner Vorgeschichte: Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, München 2013 sowie Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1961; Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, Taschenbuchausgabe 1987; Fritz Fischer, Juli 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher. Eine Streitschrift, Reinbek bei Hamburg 1983.

¹⁵²Vgl. zu den militärischen und kriegswirtschaftlichen Erfordernissen sowie zum Kriegsverlauf: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt/Main 2013; Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013, 4. Aufl. 2014.

¹⁵³Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.275.

¹⁵⁴Vgl.: Ebd., S.273.

¹⁵⁵Vgl.: Ebd., S.274.

¹⁵⁶Vgl.: Christoph Sachße, Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, S.49-51: Da der Sold bei Kriegsausbruch in der Regel nur 53 Pfennige am Tag betrug, waren die Familienangehörigen, sofern sie nicht über eigene oder andere Einkommen (Löhne, Einnahmen durch Mieten, Zinsen oder die Weiterführung selbstständiger Tätigkeiten) verfügten, nach dem Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften aus dem Jahr 1888 in der Fassung vom 4. August 1914 auf Leistungen der vom Reich finanzierten und von den Kommunen zu bewilligenden und auszuzahlenden **Kriegsfürsorge** angewiesen. Anspruchsberechtigt waren Ehefrauen und eheliche Kinder unter 15 Jahren, wobei die monatliche Leistung bei Ehefrauen im Sommer 9 Mark und im Winter 12 Mark und für Kinder unter 15 Jahren generell 6 Mark betrug. Die durch freiwillige Aufwendungen der Gemeinden finanzierte **Kriegswohlfahrtspflege** umfasste hingegen finanzielle Zuschüsse zur Familienunterstützung, Naturalabgaben von Nahrungsmitteln, Kleidung und Schuhen, Volksküchen und Rehabilitationsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte, wobei die Leistungen allerdings nur Bedürftigen im Sinne der Regelungen der Kriegsfürsorge zustanden.

¹⁵⁷Vgl.: Emil Ammon, Fürth, Düsseldorf 1984, S.67.

schule am Tannenplatz die Turnhalle, zwei Klassenräume und die WC-Anlage im Erdgeschoss dem Militär überlassen werden, das dort 250 Soldaten unterbrachte. Die Schulküche wurde in eine Volksküche zur Speisung der Arbeitslosen und der durch die Einberufungen bei der Armenfürsorge bedürftig gewordenen Familienangehörigen umgewandelt.¹⁵⁸ Insgesamt wurde der Unterricht damals nicht nur durch die Raumnot, zu deren Beseitigung die Stadt Fürth 1916 auf einer Grundfläche Ecke Schwabacher Straße/Jahnstraße ein Schulpavillon errichtete,¹⁵⁹ sondern auch dadurch beeinträchtigt, dass sich die Schüler/innen aller Schulen an Geld- und Materialsammlungen, Siegesfeiern und der Fertigung von „Liebesgaben“ (z.B. Strümpfe, Handschuhe, Pullover) für die Soldaten beteiligen mussten. Daneben gingen Elementarschüler/innen nach Erfüllung der Unterrichtspflicht mit dem 13. Lebensjahr sogleich in die Kriegsindustrie, wo sie ungelernete oder angelernte Tätigkeiten wahrnehmen mussten.¹⁶⁰ Mangels Berufsausbildung entwickelten sich die kurz vor Kriegsbeginn durch einen Beschluss des Gemeindegremiums für verbindlich erklärten Berufsbildungsschulen nun zu reinen Volksfortbildungsschulen im Sinne der Kriegspropaganda.

Auswirkungen im Sinne der schulischen Kriegspropaganda entwickelte im Ersten Weltkrieg auch die vom Militär betriebene Errichtung eines Flugplatzes auf einem Hochplateau zwischen Unterfarnbach und Atzenhof, wozu die Stadt Fürth bereits im Mai 1914 und damit noch in Friedenszeiten eine Zusage für einen Zuschuss zum Grunderwerb und zum Bau einer Wasserleitung abgegeben hatte. Nach einer vom Königreich Bayern durchgeführten Enteignung der erforderlichen Grundflächen von 131 ha wurde von 1916 bis September 1917 zunächst eine Eisenbahnverbindung vom Haltepunkt der Hauptstrecke Nürnberg-Würzburg in Unterfürberg über die Hardhöhe bis zum Flugplatz hergestellt und anschließend bis Sommer 1918 eine Flugzeugwerft, Flugzeughallen sowie Mannschafts- und Offiziersgebäude errichtet. Schon während der Bauzeit war der Militärflugplatz in die vaterländische Kriegs- und Durchhaltepropaganda eingebunden worden und wurde im Juli 1917 von der Abschlussklasse der höheren Mädchenschule unter Aufsicht des Direktors besucht. Außerdem wurden 1917 insgesamt 3.000 Schüler/innen aus der Stadt Fürth in eine in Nürnberg stattfindende Kriegs-Luftfahrt-Ausstellung des bayerischen Landesverbandes des Deutschen Luftflottenvereins geschickt. Zum 1. Januar 1918 ließen sich dann die Dörfer Atzenhof und Unterfarnbach nach Fürth eingemeinden,¹⁶¹ womit nicht nur das Stadtgebiet um 844 ha von 2.462 ha auf 3.306 ha wuchs,¹⁶² sondern die Stadt Fürth auch das 1884 errichtete **Elementarschulgebäude in Unterfarnbach** übernahm.¹⁶³

¹⁵⁸Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.28,

¹⁵⁹Vgl.: Adolf Schwammerger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtlexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988., S.332.

¹⁶⁰Vgl. dazu: Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Unveränderter Neudruck des erstmals 1948 erschienenen Werkes, Kronberg/Taunus, Düsseldorf 1978, S.10. „Nicht nur die Körper waren bedroht. Wachsend zeigten sich auch sittliche Schäden der Kriegsarbeit und der Kriegsverhältnisse. Insbesondere wurde die steigende sittliche Verwahrlosung eine ernste Sorge. Schon 1915 begannen hierüber die Klagen. Waren zunächst noch mangelnde häusliche Verhältnisse, ungenügende Beaufsichtigungsmöglichkeiten und die Mängel des Kriegs-Schulbetriebs als Ursachen anzusprechen, so zeigten sich bald auch die Folgen der verstärkten Heranziehung der Jugendlichen für die Kriegsproduktion.“

¹⁶¹Vgl.: Barbara Ohm u.a., „Fliegen, nur fliegen!“ – Der erste Nürnberg-Fürther Flughafen auf der Atzenhofer Heide. Geschichte – Technik – Erinnerungen, Bamberg, 2. Auflage 2003, S.5-14.

¹⁶²Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, Tabelle 2.6, Entwicklung des Stadtgebietes. S.25.

¹⁶³Vgl.: Evangelisch-Lutherisches Pfarramt St. Johannis (Hrsg.), Die Schulen in Burgfarnbach, Teil 1, Fürth 2003, Zeittafel, S.15.

Neben der im Kriegsverlauf weiter steigenden Anzahl von Gefallenen und Verwundeten, einem mit den Materialschlachten erheblich zunehmenden Bedarf an Waffen und Munition, der damit verbundenen Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte sowie den vor allem in der Kriegsindustrie nicht gerade einfachen Arbeitsbedingungen (12-Stunden-Schichten sowie Aufhebung der Arbeitszeitbegrenzungen und des Nachtarbeitsverbots für Frauen und Jugendliche seit Kriegsbeginn) war die Zeit des Ersten Weltkrieges auch von einer zunehmenden Teuerung und Verschlechterung der Ernährungssituation geprägt. Trotz Höchstpreisfestsetzungen, die ab November 1914 erstmals für Kartoffeln und Brotgetreide erfolgten und danach auf andere Bereiche ausgedehnt wurden, stiegen die Lebenshaltungskosten von 1914 bis 1918 um 210 %.¹⁶⁴ Mit der reichsweiten Einführung von Brotkarten begann im März 1915 auch in Fürth die Lebensmittelrationierung.¹⁶⁵ Im Jahr 1916 wurde die Rationierung reichsweit durch die Einführung von Bezugsscheinen für Fette, Butter, Zucker, Fleisch, Kaffee, Tee, Kakao, Bekleidung und Schuhe auf alle wichtigen Güter des täglichen Bedarfs erweitert. Gleichwohl konnte damit nicht verhindert werden, dass im „Steckrübenwinter“ 1916/1917 eine gewaltige Ernährungskrise ausbrach.¹⁶⁶ Ab 1917 erfolgten dann weitere Herabsetzungen der Lebensmittelrationen, so dass ein Fürther bei Kriegsende pro Woche nur noch 1.750 g Brot, 150 g Mehl, 3.500 g Kartoffeln, 125 g Zucker, 62,5 g Fett, 1 Ei, 100 g Käse, 200 g Fleisch, 200 g Marmelade und ¼ Liter Milch bekam und kleine Kinder entweder ½ oder ¾ Liter Milch erhielten.¹⁶⁷ Infolge der Mangelernährung starben in Deutschland von 1914 bis 1918 insgesamt 800.000 Menschen.¹⁶⁸

Die hohen Kriegsverluste, militärische Niederlagen und die desolante Ernährungslage führten schließlich in Russland und Deutschland zu Revolutionen und in Österreich-Ungarn zu einem Auseinanderfallen der Habsburger Monarchie in selbstständige Staaten mit eigenen Parlamenten. Der Revolutionsprozess begann 1917 in Russland mit der Februarrevolution, als in St. Petersburg am 8. März (gregorianischer Kalender) zahlreiche in der Kriegsindustrie beschäftigte Frauen mit ihren Kindern für Brot und Frieden demonstrierten, der Zar abdankte und die seit 1905 bestehende Duma eine bürgerliche Regierung wählte. Außerdem bildeten sich Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die nach der von der Führung der Mehrheit der sozialistischen Partei Russlands (Bolschewiki) und den Parolen „Land und Frieden“ sowie „Alle Macht den Sowjets“ seit April 1917 mit logistischer und finanzieller Unterstützung der deutschen Obersten Heeresleitung vorbereiteten Oktoberrevolution am 7. November 1917 (gregorianischer Kalender) die Macht übernahmen.¹⁶⁹ Im März 1918 kam es zwar in Brest-

¹⁶⁴Vgl. zum Anstieg der Lebenshaltungskosten: Christoph Sachße, Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, S.47.

¹⁶⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.275:

¹⁶⁶Vgl. dazu den Artikel Steckrübenwinter, in: www.wikipedia.de.

¹⁶⁷Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.275.

¹⁶⁸Vgl. den Artikel Steckrübenwinter, in: www.wikipedia.de.

¹⁶⁹Vgl.: Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013, 4. Aufl. 2014, S.558-561. So waren Lenin und ein Teil der anderen Mitglieder der Führung der Mehrheit der sozialistischen Partei Russlands (Bolschewiki) von der deutschen Oberen Heeresleitung im Rahmen einer Politik der „revolutionären Infektion“ im April 1917 in einem verschlossenen Zug quer durch Deutschland vom Schweizer Exil nach Russland transportiert worden. Außerdem erhielten sie von der deutschen Obersten Heeresleitung zum Drucken von Flugblättern und Plakaten oder zur Organisation anderer politischer Aktivitäten bis zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk finanzielle Zuwendungen.

Litowsk zu einem Friedenvertrag mit Russland, bei dem Deutschland große Gebietsgewinne im Osten erzielen konnte,¹⁷⁰ doch ging der Krieg im Westen weiter.

Als amerikanische, britische, französische und kanadische Truppen Ende September 1918 im Westen eine neue Großoffensive begannen und ein Durchbruch bis zur Reichsgrenze drohte, forderte die Oberste Heeresleitung die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen durch die Reichsregierung, die daraufhin umgebildet wurde. Neben Prinz Max von Baden als neuer Reichskanzler wurden Vertreter des katholischen Zentrums, der linksliberalen Fortschrittspartei und der Mehrheitssozialdemokratie, die im Juni 1917 im Reichstag eine Resolution für einen Verständigungsfrieden und eine Wahlrechtsreform verabschiedet hatten, in die Reichsregierung aufgenommen. In einer Note an Präsident Wilson akzeptierte Reichskanzler Prinz Max von Baden die vom amerikanischen Präsidenten im Januar 1918 genannten 14 Punkte für eine neue friedliche Weltordnung und bat um Vermittlung von Waffenstillstandsverhandlungen, worauf der Präsident durch den amerikanischen Außenminister erwidern ließ, dass dazu die Abdankung des Kaisers erforderlich sei. Trotz einer zweiten Note an Präsident Wilson, dass man alle genannten Bedingungen akzeptiere und eine Verfassungsreform zu einer parlamentarischen Monarchie mit allgemeinem Wahlrecht bereits durchgeführt habe, wurde die Revolution von oben nun durch eine Revolution von unten überholt.¹⁷¹

Die Revolution von unten begann am 3. November 1918 mit dem Matrosenaufstand in Kiel, wo Arbeiter- und Soldatenräte gebildet wurden, und breitete sich in den folgenden Tagen in ganz Deutschland aus. In München erfolgte sie am 7. November 1918, als nach einer Massendemonstration unter dem Motto „Frieden und Freiheit“, zu der MSPD und USPD gemeinsam aufgerufen hatten, die Anhänger der USPD zu den Kasernen zogen und die Soldaten aufforderten, sich ihnen anzuschließen. Danach ging es zum Landtag, wo der Freie Volkssaat Bayern ausgerufen und ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gebildet wurde.¹⁷²

Als die Nachricht von der Revolution in München am 8. November 1918 in Fürth eintraf, bildeten Vertrauensleute der MSPD, der USPD sowie der Fabrik- und Militärausschüsse bei einer Versammlung im Geismannsaal am Abend ebenfalls einen Arbeiter- und Soldatenrat. Am 9. November 1918 veranstaltete der Arbeiter- und Soldatenrat eine Massenversammlung auf dem Schießanger, an der 50.000 bis 60.000 Menschen und damit fast die gesamte Einwohnerschaft der Stadt teilnahmen, und forderte dazu

¹⁷⁰Zu den Gebietsgewinnen im Osten zählten Polen, Estland, Litauen, Lettland und fast das gesamte Gebiet Weißrusslands. Gleichzeitig blieben Finnland und die Ukraine offiziell zwar selbstständig, unterlagen aber deutscher Kontrolle. Vgl.: Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013, 4. Aufl. 2014, Kapitel Das kurzlebige Ostimperium der Deutschen, S.661-674.

¹⁷¹Vgl. die Chronik in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krummeich. *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/Main 2013, S.321-323. Ergänzend anzumerken ist, dass sich die Revolution von unten bereits bei den Januarstreiks 1918 angedeutet hatte, zu denen während der schleppend verlaufenden Friedensverhandlungen mit Russland in Brest-Litowsk USPD und MSPD aufgerufen hatten. So erklärte beispielsweise in Fürth der Gewerkschafter und Gemeindebevollmächtigte Koch (USPD) bei einer im Januar 1918 unter dem Motto „Frieden, Freiheit und Brot“ stattfindenden Versammlung vor 10.000 bis 12.000 Streikenden auf dem Linderhain, dass durch den Generalstreik ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen durch das werktätige Volk herbeigeführt werden solle, da es bis jetzt den Staatsmännern und Parlamenten nicht gelungen sei, den Völkern den Frieden zu bringen. Vgl.: DGB-Kreisvorstand Fürth (Hrsg.), *Die Revolution 1918/19 in Fürth. Erster Weltkrieg, Revolution, Räterepublik*, Fürth 1989, S.18 und Angaben zur Anzahl der Teilnehmer, S.19.

¹⁷²Vgl.: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krummeich. *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/Main 2013, S.266-268.

auf, am Aufbau eines Volksstaates mitzuwirken. Während sich Oberbürgermeister Dr. Wild in Fürth bereiterklärte, sein Amt nach Kräften weiterzuführen,¹⁷³ verkündete Reichskanzler Prinz Max von Baden in Berlin die Abdankung des Kaisers und übergab die Reichskanzlerschaft an Friedrich Ebert (MSPD). Danach erklärte Philipp Scheidemann (MSPD) von einem Fenster des Reichstagsgebäudes, dass die Revolution auf der ganzen Linie gesiegt habe und rief die Republik aus. Am Nachmittag rief Karl Liebknecht (1871-1918), der seit seiner Zusammenkunft mit einem weiteren Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion im Dezember 1914 verweigerten Zustimmung zu Kriegskrediten der erste und bekannteste Kriegsgegner gewesen war und dem Spartakusbund als linker Flügel der USPD angehörte, eine sozialistische Republik aus. Am Abend wurde in Berlin ein aus je drei Vertretern der MSPD und der USPD bestehender Rat der Volksbeauftragten gebildet und nach Rücksprache mit Reichskanzler Ebert unterschrieb der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger, der die Reichstagsresolution zu einem Verständigungsfrieden im Juni 1917 initiiert hatte, am 11. November 1918 in Frankreich ein Waffenstillstandsabkommen mit den Entente-Mächten.¹⁷⁴ Einen Tag später, am 12. November 1918 verkündete der Rat der Volksbeauftragten die Einführung eines Achtsturentages und eines Wahlrechts für alle Männer und Frauen.

Bei Kriegsende waren in der Stadt Fürth offiziell 1.835 Kriegstote zu verzeichnen, darunter 54 junge Frauen, die als Munitionsarbeiterinnen im April 1917 bei einer Explosion im Pulvermagazin an der Schwabacher Straße 400 ums Leben gekommen waren.¹⁷⁵ Gemessen am Bevölkerungsanteil und den reichsweit 800.000 an den Folgen der Mangelerkrankung Verstorbenen dürften in der Stadt rechnerisch außerdem rund 850 Menschen Opfer der desolaten Ernährungslage geworden sein, was auch am Rückgang der Einwohnerzahl deutlich wird, die im Verlauf des Krieges von 70.795 Personen Ende 1914 auf 68.310 Personen Ende 1918 gesunken war.¹⁷⁶

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 kam es in der Stadt Fürth mit dem 1919 an der Jahnstraße errichteten Neubau für die 1899 gegründete und im Gebäude Mathildenstraße 9 untergebrachte landwirtschaftliche Winterschule bis zum Ende der Weimarer Republik 1933 lediglich zu einem einzigen Schulgebäudeumbau. Daneben wurde 1928 mit der Fertigstellung der Jahnturnhalle an der Theresienstraße und 1929 mit der Einweihung des auf einer Stiftung beruhenden Hans-Lohnert-Sportplatzes an der Jahnstraße das Schul- und Vereinsportangebot verbessert. Während der infrastrukturelle Ausbau des örtlichen Schulwesens in den zwanziger Jahren weitgehend stagnierte, kam es im allgemeinen Schulwesen zu zahlreichen grundlegenden Veränderungen, die sich auch in der Stadt Fürth niederschlugen und sogleich nach der Revolution im November 1918 begannen.

¹⁷³Vgl. zu den Ereignissen in Fürth, Emil Ammon, Fürth, Düsseldorf 1984, S. 67 und S.70. Siehe auch: DGB-Kreisvorstand Fürth (Hrsg.), Die Revolution 1918/19 in Fürth. Erster Weltkrieg, Revolution, Räterepublik, Fürth 1989.

¹⁷⁴Vgl. die Chronik in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krummeich. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt/Main 2013, S.321-323.

¹⁷⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.276. Siehe auch: Alexander Mayer, Vor 85 Jahren forderte eine Explosion 54 Opfer - Schrecklich tragisch, Gedenkstein von der Äußeren Schwabacher Straße verschwunden, in: Fürther Nachrichten vom 26.04.2002, Lokalteil S.5.

¹⁷⁶Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, S.33, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand.

5. Schulen in Fürth vom Ende des Ersten Weltkrieges 1918 bis zum Ende der Weimarer Republik 1933

Von der in München aus zwei Vertretern der USPD, fünf Vertretern der MSPD und zwei parteilosen Fachleuten gebildeten Revolutionsregierung, in der Kurt Eisner (USPD) als Ministerpräsident und Johannes Hoffmann (MSPD) als Kultusminister amtierten, wurde bereits am 11. November 1918 das bisherige **Königliche Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten in Staatsministerium für Unterricht und Kultus** umbenannt. Am 15. November 1918 wurde außerdem ein Regierungsprogramm verkündet, dessen schulpolitischer Teil die Trennung von Staat und Kirche durch eine fachmännische, nicht mehr kirchliche Schulaufsicht, eine Neuregelung der Gehalts- und Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer/innen, eine Übernahme der Volksschullasten durch den Staat, eine Reform der Lehrerbildung und die Einführung von Lehrer- und Schülerräten zur Ablösung der bisherigen autoritativen Schulleitung vorsah.¹⁷⁷

Die erste Umsetzungsmaßnahme betraf mit der Verordnung über die Errichtung von **Schülerausschüssen und Schülerversammlungen** vom 1. Dezember 1918 die **höheren Schulen**, wo Schüler/innen das Recht eingeräumt wurde, über Ausschüsse und Versammlungen wohlbegründete Bitten, Wünsche und Beschwerden beim Anstaltsvorstand einzubringen. Daneben konnten an sechs bzw. neun Jahrgangsstufen umfassenden höheren Schulen und damit an Realschulen, höheren Mädchenschulen, Oberrealschulen und Gymnasien ab den damals fünften bzw. sechsten Klassen Schülerausschüsse gewählt werden.¹⁷⁸ Mit einer Verordnung vom 16. Dezember 1918 wurde anschließend die geistliche Schulaufsicht im Volksschulbereich aufgehoben und mit einer weiteren Verordnung vom 25. Januar 1919 den Schüler/innen die Teilnahme am Religionsunterricht und an religiösen Übungen freigestellt, was zu erheblichen Protesten seitens der Kirchen führte.¹⁷⁹ Außerdem waren in Bayern zur vollen Wiederherstellung des Volksschulwesens von Januar bis März 1919 bereits 50 Schulen, darunter auch vier in der Stadt Fürth, von zurückgekehrten und anschließend demobilisierten Truppenteilen geräumt worden.¹⁸⁰

Die weitere Umsetzung der im November 1918 angekündigten schulpolitischen Maßnahmen wurde nach der Landtagswahl im Januar 1919 durch die allgemeinpolitische Entwicklung unterbrochen und erst nach dem Scheitern der ersten und der Niederschlagung der zweiten Münchener Räterepublik durch preußische und württembergische Reichwehrtruppen sowie republikanische und völkisch-nationale Freikorps am 2. Mai 1919 wieder aufgegriffen. Da bei der erstmals nach allgemeinem Wahlrecht für alle Frauen und Männer ab dem 21. Lebensjahr durchgeführten Landtagswahl am 12.

¹⁷⁷Vgl. den Artikel Schulpolitik (Weimarer Republik) in: www.historisches-Llxiikon-bayerns.de, hier: Ausdruck vom 04.05.2018.

¹⁷⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.33.

¹⁷⁹Vgl.: Ebd., S.16-20.

¹⁸⁰Vgl.: Ebd., S.22.

Januar 1919 die Bayerische Volkspartei (BVP) 35,0 %, ¹⁸¹ die MSPD 33,6 %, die links-liberale DDP 14,0 %, der Bayerische Bauernbund 9,1 %, ¹⁸² die Deutsch-Nationale Volkspartei 5,8 % ¹⁸³ und die USPD lediglich 2,5 % der Stimmen erzielt hatten, ¹⁸⁴ nahm Ministerpräsident Eisner das schlechte Abschneiden der USPD zum Anlass, bei der Eröffnung des Landtages am 21. Februar 1919 seinen Rücktritt verkünden zu wollen, wurde aber auf dem Weg zum Landtag von Graf von Arco auf Valley, einem ehemaligen Mitglied der völkisch-antisemitischen Thule-Gesellschaft ermordet. ¹⁸⁵ Daraufhin

¹⁸¹Die **Bayerische Volkspartei** war am 12. November 1918 aus der 1869 gegründeten Bayerischen Patriotenpartei hervorgegangen, die seit den beiden Landtagswahlen im Jahr 1869 jeweils die absolute Mehrheit der Mandate erzielt und auch nach allen folgenden Wahlen bis 1914 ununterbrochen die stärkste Fraktion in der Abgeordnetenversammlung des Bayerischen Landtages gestellt hatte, wobei 1887 eine Umbenennung des Parteinamens in Bayerische Zentrumspartei erfolgt war. Trotz ihrer Landtagswählerfolge blieb der Bayerischen Patrioten-/Zentrumspartei bis 1912 ein Ministeramt in Bayern versagt, da durch königliche Anordnungen nur liberale Minister berufen worden waren.

Dies änderte sich erst, als Kronprinz Luitpold 1912 den Führer der Zentrumsfraktion im Reichstag, Georg von Hertling (1843-1919, MdR 1875-1890 und 1896-1912), der 1882 als ordentlicher Professor an die Universität München berufen worden war, zum Vorsitzenden des bayerischen Staatsministeriums und Außenminister und damit zum Ministerpräsidenten ernannte.

Am 1. November 1917 wurde Georg von Hertling dann von Kaiser Wilhelm II zum Reichskanzler berufen. Seine Amtszeit als Reichskanzler endete, als Prinz Max von Baden zwecks Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen und einer Verfassungsreform zugunsten einer parlamentarischen Monarchie am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler ernannt wurde. Vgl. den Artikel Bayerische Patriotenpartei, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 17.05.2018.

¹⁸²Der **Bayerische Bauernbund** war 1895 als Zusammenschluss des Oberbayerischen und des Schwäbischen Bundes der Landwirte und Gewerbetreibenden sowie des Fränkischen Bauernbundes entstanden, die alle 1893 gegründet worden waren. 1922 erfolgte eine Umbenennung in Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund. Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund löste sich im April 1933 selbst auf und empfahl seinen verbliebenen Mitgliedern den Eintritt in die NSDAP. Vgl. den Artikel Bayerischer Bauernbund, in: www.wikipedia.de. hier: Ausdruck vom 23.01.2019.

¹⁸³Die **Deutsch-Nationale Volkspartei** (DNVP) war Ende November 1918 aus der im September 1917 vom ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp (1858-1922) als Sammlungsbewegung völkisch-national und annexionistisch orientierter sowie eine Verfassungs- und Wahlrechtsreform ablehnender Siegfriedensverfechter gegründeten Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) hervorgegangen. Als prominente Gallionsfigur und erster Vorsitzender der DVLP fungierte Großadmiral von Tirpitz (1849-1930), der seit 1897 das Flottenrüstungsprogramm (Tirpitz-Plan) geleitet hatte, während des Krieges als vehementer Befürworter eines uneingeschränkten U-Bootes aufgetreten und 1916 in den Ruhestand gegangen war. Zweiter Vorsitzender der DVLP war Wolfgang Kapp.

Vorsitzender der im November 1918 entstandenen Nachfolgeorganisation DNVP wurde bis Oktober 1924 Oskar Hergt (1869-1967). Weitere führende Persönlichkeiten der DNVP waren in dieser Zeit neben Wolfgang Kapp und Großadmiral von Tirpitz auch Karl Helfferich (1872-1924, Direktor der Deutschen Bank und Initiator der Kriegsanleihen-Politik im Ersten Weltkrieg) und Alfred Hugenberg (1865-1951), der als Krupp-Manager für Finanzen die DVLP durch Zuwendungen und die von ihm ursprünglich für Kruppwerbung erworbenen Zeitungen sowohl finanziell als auch propagandistisch unterstützt hatte. Vgl.: Heinz Hagenlücke, Die Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.

¹⁸⁴Vgl. zum Wahlergebnis den Artikel Landtagswahlen in Bayern, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 01.06.2018.

¹⁸⁵Die **Thule-Gesellschaft**, die sich nach der mythischen Insel Thule benannte und auf den 1912 gegründeten völkisch-antisemitischen Germanenbund zurückging, war Mitte August 1918 mit dem Zusatz „Orden für deutsche Art“ als Geheimbund in München entstanden. Im Winter 1918/19 hatte sie etwa 1.500 Mitglieder, davon 250 in München, wo sie seit der Ausrufung des Freien Volksstaates Bayern durch Kurt Eisner am 8. November 1918 über ihre Zeitung Münchener Beobachter, die 1919 in Völkischer Beobachter umbenannt und 1920 von der NSDAP gekauft wurde, antisemitische und antidemokratische Propaganda betrieb.

Politische Ziele der Thule-Gesellschaft waren die Errichtung einer Diktatur und die Vertreibung aller Juden aus Deutschland. Als Emblem verwendete sie ein Hakenkreuz mit Strahlenkranz hinter einem blanken Schwert und als interne Grußformel unter den Mitgliedern die Worte „Heil und Sieg“. Als Mottos dienten „Halte dein Blut rein“ und „Bedenke, dass du ein Deutscher bist“. Mitglieder der Thule-

berief der vom 25. Februar bis 8. März 1919 tagende Kongress der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte am 1. März 1919 eine neue Regierung, der drei Vertreter der MSPD, vier Vertreter der USPD, ein Vertreter des Bayerischen Bauernbundes und Heinrich von Frauendorfer als Eisenbahnexperte angehören sollten. Unter den Berufenen befand sich auch der langjährige Landtags- und ehemalige Reichstagsabgeordnete Martin Segitz (MSPD) aus Fürth als Ministerpräsident, Außen- und Innenminister.¹⁸⁶ Da die Berufenen die Ernennung nicht annahmen, konnte Johannes Hoffmann am 17. März 1919 vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt und eine Regierung aus vier Vertretern der MSPD, zwei Vertretern der USPD, einem Vertreter des Bayerischen Bauernbundes und dem Eisenbahnexperten Heinrich von Frauendorfer als Verkehrsminister gebildet werden.

Durch parallel laufende Ereignisse in Ungarn, wo Kommunisten und Sozialisten zur nationalen Verteidigung gegen rumänische, jugoslawische und tschechoslowakische Gebietsansprüche und zur sozialistischen Umgestaltung durch eine Landreform am 21. März 1919 die Macht übernommen und eine Räterepublik ausgerufen hatten,¹⁸⁷ wurde die Frage einer Räterepublik auch in Bayern wieder virulent und am 7. April 1919 in München unter Beteiligung von Vertretern der südbayerischen MSPD, der USPD und einzelner Anarchisten wie Gustav Landauer und Erich Mühsam umgesetzt. Während die Regierung unter Ministerpräsident Hoffmann und der Landtag nach Bamberg auswichen, wurde in anderen bayerischen Städten ebenfalls eine Räterepublik proklamiert. Dazu zählte auch Fürth, wo der Arbeiter- und Soldatenrat am Vormittag des 8. April 1919 Banken, Post- und Telegraphenamts besetzen ließ und Oberbürgermeister Dr. Wild zurücktrat. Auf dem Rathaus wurde eine rote Flagge gehisst und ein Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates aus sechs Vertretern der USPD, drei Vertretern der MSPD, einem Vertreter der KPD und einem Beamten gebildet. Das Ende der Räterepublik in Fürth wurde allerdings schon am Abend des 8. April 1919 eingeleitet, als sie von einer Mitgliederversammlung der MSPD mit 193 zu 174 Stimmen abgelehnt wurde. Am 9. April 1919 traten auch die Gemeindebevollmächtigten der MSPD und der bürgerlichen Parteien zurück. Am Abend reagierte der Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates mit einer Versammlung im Geismannsaal, bei der noch einmal eine Abstimmungsmehrheit zugunsten der Räterepublik zustande kam. Doch zu diesem Zeitpunkt war Fürth in der Region bereits völlig isoliert, da neben

Gesellschaft, die sich 1925 selbst auflöste und 1932 aus den Vereinsregister gestrichen wurde, waren vor allem Aristokraten, Geschäftsleute und Akademiker. Vgl. den Artikel Thule-Gesellschaft, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 23.01.2019.

¹⁸⁶**Martin Segitz**, der 1853 in Fürth geboren wurde und hier 1927 auch verstarb, war gelernter Zinngießer und Metallschläger. 1879 wurde er Mitarbeiter der Fürther Bürgerzeitung und 1891 Redakteur der Fränkischen Tagespost in Nürnberg. Als Delegierter der Nürnberg-Fürther Arbeiter nahm Segitz 1889 am Gründungskongress der II. Internationale in Paris teil. Zudem war er als Vertrauensmann der Metallarbeiter 1890 maßgeblich an der Gründung einer Generalkommission der Gewerkschaften und 1891 an der Bildung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beteiligt. Als erster hauptamtlicher Arbeitersekretär der Gewerkschaften beriet er ab 1894 in Nürnberg Tausende von Arbeitern in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen. Von 1894 bis 1919 war er außerdem Gemeindebevollmächtigter in Fürth, von 1898 bis 1903 Reichstagsabgeordneter und von 1897 bis 1927 bayerischer Landtagsabgeordneter. Vgl. die Artikel Martin Segitz, in: www.wikipedia.de und www.fuertwiki.de, hier: Ausdrucke vom 24.01.2019. Siehe zu Martin Segitz auch: Vorstand der Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), 100 Jahre Industriegewerkschaft Metall. 1891 bis 1991. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, Köln 1991, S.94f., S.107-109, S.162, S.363 und S.567.

¹⁸⁷Vgl. zu den Ereignissen in Ungarn: Jörn Leonhard, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923, München 2018, S.869-881.

Nürnberg fast das gesamte Nordbayern die Räterepublik abgelehnt hatte und die fränkischen Bauernräte mit Nahrungsmittelboykotten drohten. In dieser Situation wurde die Räterepublik in Fürth am 11. April 1919 auch auf einer Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates abgelehnt und ihr Ende am 12. April 1919 durch Plakate bekanntgegeben.¹⁸⁸ Der zweiten Räterepublik, die nach dem Scheitern der ersten Räterepublik in München am 13. April 1919 von Vertretern der KPD,¹⁸⁹ der USPD und der südbayerischen MSPD unter dem Motto „Sowjetbairern“ ausgerufen wurde, schloss sich Fürth nicht mehr an.¹⁹⁰ Die Münchener Räterepublik wurde schließlich durch preußische und württembergische Reichswehrtruppen sowie republikanische und völkisch-nationale Freikorps am 2. Mai 1919 gewaltsam beendet.¹⁹¹

Nach der Niederschlagung der zweiten Räterepublik wurde schulpolitisch die bisherige autoritative Schulleitung mit **Verordnung vom 5. Mai 1919 über die Bildung von Lehrerräten für das Volksschulwesen durch ein Mitwirkungsrecht aller Lehrerinnen und Lehrer** ersetzt.¹⁹² Außerdem bildete Ministerpräsident und Kultusminister Hoffmann bis 31. Mai 1919 eine neue Regierung aus vier Vertretern der MSPD, darunter Martin Segitz aus Fürth als Sozialminister, und je zwei Vertretern der BVP und der DDP.¹⁹³ Die Grundlage der Zusammenarbeit bildete das „Bamberger Abkommen“, mit dem sowohl die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht als auch der Erlass zur Freistellung der Teilnahme am Religionsunterricht und an religiösen Übungen von allen Beteiligten gebilligt worden war, was innerhalb der BVP zu Differenzen führte.¹⁹⁴ Außerdem war mit Ministerialentschließung vom 24. Mai 1919 für **Mädchen die Möglichkeit geschaffen worden, ab dem Schuljahr 1919/20 eine höhere Lehranstalt für Knaben zu besuchen**, um das Abitur für ein Hochschulstudium anzustreben, sofern am Ort keine abiturberechtigte Mädchenschule vorhanden war.¹⁹⁵ In Fürth nahm daraufhin das **humanistische Gymnasium an der Königstraße** als einzige damals in der Stadt zum Abitur führende Schule nach Ablegen einer Aufnahmeprüfung

¹⁸⁸Vgl.: Emil Ammon, Fürth, Düsseldorf 1984, S.70f. Siehe auch: DGB-Kreisvorstand Fürth (Hrsg.), Die Revolution 1918/19 in Fürth. Erster Weltkrieg, Revolution, Räterepublik, Fürth 1989, S.35f.

¹⁸⁹Die **KPD** war vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin von Vertretern des 1916 gegründeten und ab 1917 als linker Flügel der USPD angehörenden Spartakusbundes, den Bremer Linksradi-kalen und den Internationalen Kommunisten Deutschlands gegründet worden.

Die revolutionären Obleute, die als Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes seit den Januarstreiks 1918 vor allem in der Metallindustrie aktiv gewesen waren, stießen mehrheitlich erst im Oktober 1920 zur KPD, als sich rund 300.000 und damit ein Drittel der USPD-Mitglieder der KPD angeschlossen. Vgl.: Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.

¹⁹⁰Vgl.: Emil Ammon, Fürth, Düsseldorf 1984, S.71.

¹⁹¹Vgl.: Die Revolution 1918/1919, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de, hier: Ausdruck vom 23.01.2019. Siehe dazu auch: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.28: „Für die Kriegsteilnehmer wurde im Januar 1919 ein Sonderkurs A gebildet, dessen Teilnehmer großenteils jedoch, ebenso wie die Oberklässler, schon an Ostern dem Aufruf zum Eintritt in ein Freikorps Folge leisteten ...“ Im Festjahresbericht nicht erwähnt wurde allerdings, ob sie sich republikansuchen oder national-völkischen Freikorps anschlossen.

¹⁹²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.22.

¹⁹³Vgl. den Artikel Kabinett Hoffmann II (Bayern), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom .28.01.2019.

¹⁹⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.21.

¹⁹⁵Vgl.: Ebd., S.33f.

erstmals zwei Schülerinnen auf.¹⁹⁶ Die Anzahl der Mädchen am humanistischen Gymnasium stieg im Schuljahr 1920/21 auf 13 Schülerinnen und bis zum Schuljahr 1932/33 auf 23 Schülerinnen,¹⁹⁷ der Mädchenanteil damit von 0,92 % 1919/20 auf 6,19 % 1920/21 und 6,85 % 1932/33.

Mit der am 14. August 1919 in Kraft tretenden **Weimarer Reichsverfassung** und der gleichzeitig verkündeten **Verfassungsurkunde des Freistaats Bayern** erhielt das Schulwesen erstmals Verfassungsrang, wobei sich die in § 21 enthaltenen schulpolitischen Grundsätze der Verfassungsurkunde des Freistaats Bayern mit den in der Reichsverfassung enthaltenen Regelungen der Artikel 142 bis 149 weitgehend deckten und das gesamte Erziehungs-, Schul- und Bildungswesen nun eine Angelegenheit des Staates war. Außerdem bestand **verfassungsrechtlich allgemeine Schulpflicht** und nicht bloß wie bisher eine an öffentlichen Schulen oder durch Privatunterricht zu erfüllende Unterrichtspflicht, womit abgesehen vom Besuch einer staatlich zu genehmigenden Privatschule nun alle Kinder mindestens für vier Jahre eine öffentliche Volksschule besuchen mussten, bevor sie nach Aufnahmeprüfungen gegebenenfalls auf eine weiterführende Schule wechseln konnten. Zugleich war für den Besuch der **Volks- und Volksfortbildungsschule verfassungsrechtlich Kostenfreiheit** festgelegt worden,¹⁹⁸ während weiterführende Schulen nach wie vor kostenpflichtig blieben.

Da bereits im Programm der Regierung Eisner vom 15. November 1918 eine Neuregelung der Rechts- und Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer/innen in Aussicht gestellt worden war, wurde vom Landtag nach 21 Ausschusssitzungen am 14. August 1919 ein **Volksschullehrer- und Schulbedarfsgesetz** verabschiedet,¹⁹⁹ das eine Verbeamtung aller Lehrkräfte an Volksschulen, eine Beseitigung der Besoldungsunterschiede zwischen Lehrern und Lehrerinnen und zwischen Stadt und Land sowie die Schulgeldfreiheit für alle Volksschulen in Bayern festlegte und zur Finanzierung des Schulwesens vorsah, dass der Staat die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen übernimmt und die Gemeinden den Sachaufwand der Volksschulen bestreiten.²⁰⁰ Anknüpfend an die ministerielle Verordnung vom 16. Dezember 1918, mit der die geistliche Schulaufsicht an Volksschulen aufgehoben worden war, oblag die **Schulaufsicht nach dem Schulbedarfsgesetz** als Fachaufsicht nun den Bezirksschulbehörden und

¹⁹⁶Vgl: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.28. Siehe auch: Erinnerungen Maria Leßke, geb. Distler (Schülerin 1919-1928), Als Erstes Mädchen am Humanistischen Gymnasium, in: Ebd., S.90f.

¹⁹⁷Vgl. zur Anzahl der Schülerinnen von 1919/20 bis 1932/33: Ebd., S.32.

¹⁹⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S 24. „Lediglich in § 17 Abs. II, der die religiöse Erziehung der Kinder betraf, schuf die bayerische Verfassung insofern ein besonderes Landesrecht, als sie das Entscheidungsalter zum Verbleib in einer Religionsgemeinschaft auf das vollendete sechzehnte Lebensjahr festsetzte (...)“ (Ebd., S.24f.).

¹⁹⁹Vgl.: Ebd., S.25. „Die Grundlage für die damaligen Entwürfe bildeten die von Knillingsche ‚Denkschrift über die Neuregelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrerpersonen in Bayern‘ von 1914 und die gemeinsame Eingabe des Zweckverbandes der bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenvereine vom 24.10.1918. Diesem Zweckverband, in dem der BLV mit 17960 Mitgliedern (...) den weitaus stärksten Vertreter stellte, gehörten auch die Katholischen Lehrervereine in Bayern und in der Pfalz sowie der Bayerische Lehrerinnenverein bzw. der Katholische Lehrerinnenverein an (...).“ Ergänzend anzumerken ist, dass **Eugen Ritter von Knilling** (1865-1927) als Mitglied der Bayerischen Zentrumspartei von 1912 bis 8. November 1918 bayerischer Minister für Schul- und Kirchenangelegenheiten gewesen war und vom 8. November 1922 bis 5. Mai 1924 als Mitglied der BVP bayerischer Ministerpräsident wurde.

²⁰⁰Vgl. den Artikel Schulpolitik (Weimarer Republik), in: www.historisches-lexikon-bayerns.de, hier: Ausdruck vom 04.05.2018.

in unmittelbaren Städten den Stadtschulbehörden.²⁰¹ Die von der BVP gegen die Stimmen von MSPD und DDP im Landtag durchgesetzte Aufhebung der Dienstverhältnisse von Lehrerinnen bei Verheiratung führte zu einem **Rechtstreit vor dem Reichsgericht**, das diese Regelung am 21.05.1921 für unvereinbar mit Art.128 Abs.2 der Reichsverfassung erklärte und damit aufhob.²⁰²

Mit der **Verbeamtung der Volksschullehrer/innen im Jahr 1919** wurde eine Forderung erfüllt, die der Nürnberg-Fürther Lehrerverein bereits während der Revolution im März 1848 erhoben hatte.²⁰³ Außerdem wurden Volksschullehrer/innen mit Professoren an Universitäten, Lyzeen und Gymnasien, die sich bereits seit 1802 im Beamtenstatus befunden hatten,²⁰⁴ und mit dem Lehrpersonal an Real- und Oberrealschulen, das 1881 ebenfalls in den Beamtenstatus übernommen worden war,²⁰⁵ gleichgestellt. Das jährliche Grundgehalt der bayerischen Volksschullehrer/innen wurde von 1.200 auf 2.100 Mark erhöht. Hinzu kamen insgesamt zehn Gehaltsvorrückstufen zu je 300 Mark nach jeweils drei Dienstjahren. Zugleich wurde die vor allem auf dem Land noch übliche Übernahme von Mesner-Diensten durch Volksschullehrer untersagt.²⁰⁶

Abgesehen von der auch auf Fürth ausstrahlenden Verbeamtung und besseren Besoldung der Volksschullehrer/innen entstand vor Ort für die 1899 gegründete und im Gebäude Mathildenstraße 9 untergebrachte **landwirtschaftliche Winterschule** 1919 ein **Neubau an der Jahnstraße**.²⁰⁷ Außerdem erließ Ministerpräsident und Kultusminister Hoffmann am 31. Dezember 1919 zur Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Eltern, Lehrern, Schule und Familie die **Verordnung über Elternbeiräte an höheren Unterrichtsanstalten**, mit der in Ergänzung zur Verordnung über Schülerräte und Schülerversammlungen an höheren Schulen vom 1. Dezember 1918 die Mitwirkungsmöglichkeiten in schulischen Angelegenheiten auf Eltern erweitert und gleichzeitig kooperative Beziehungen geschaffen wurden, da an den Sitzungen der jeweils für ein Jahr gewählten Elternbeiräte auch der Schulleiter und der Vertrauensmann des Lehrerrates mit beratender Stimme teilnehmen sollten. Wie die Bildung von Schülerräten stieß auch die Bildung von Elternbeiräten bei Leitungen und Lehrern der

²⁰¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S 30.

²⁰²Vgl.: Ebd., S.27f. und S.40. Art. 128 Abs.2 WRV hatte folgenden Wortlaut: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen. Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt. Die Grundlagen des Beamtenverhältnisses sind durch Reichsgesetz zu regeln.“

²⁰³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.548.

²⁰⁴Vgl.: Ebd., S.543: „Dieser Status galt als so erstrebenswert, dass zunächst die Studienlehrer, die an den niedrigeren Klassen der Gymnasien unterrichteten, später die Lehrer an Lateinschulen, Bürgerschulen und Realschulen, die Fachlehrer für Mathematik und neuere Sprachen, ja sogar die Volksschullehrer dafür kämpften.“

²⁰⁵Vgl.: Ebd., S.545.

²⁰⁶Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S 25f.

²⁰⁷Vgl.: Adolf Schwammerberger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988,, S 236.

höheren Schulen nicht unbedingt auf Begeisterung, da Einmischungen in pädagogische Belange befürchtet wurden.²⁰⁸ Gleichwohl waren in Fürth zumindest an der **höheren Mädchenschule am Tannenplatz** von den Mädchen der Oberklassen bereits am 22. Januar 1919 Schülerrätinnen gewählt worden. Und die erste Wahl eines Elternbeirats erfolgte dort am 20. Januar 1920.²⁰⁹

Die von den Regierungen Eisner und Hoffmann seit der Revolution im November 1918 in Bayern betriebene schulische Entkirchlichungs-, Mitwirkungs- und Gleichstellungspolitik endete, als Ministerpräsident Hoffmann während des Kapp-Putsches in Berlin im März 1920 zurücktrat, die MSPD aus der Regierung ausschied und BVP, DDP und Bauernbund eine Regierung mit dem oberbayerischen Regierungspräsidenten Gustav Ritter von Kahr (1862-1934) als Ministerpräsident bildeten.²¹⁰ Kultusminister wurde Franz Matt (1860-1929, BVP), der seit 1902 im Ministerium tätig gewesen war und im Mai 1920 sogleich die Rechte der Eltern auf Abmeldung vom Religionsunterricht bzw. der Lehrer/innen auf Nichterteilung des Religionsunterrichts einschränkte, indem fortan für Schüler/innen und Lehrer/innen eine Frist von acht Tagen nach Schulbeginn galt, um zu erklären, dass sie keinen Religionsunterricht besuchen bzw. ihn nicht halten wollten. Im Juni 1920 wurde dann die Simultanschulverordnung vom 1. August 1919 aufgehoben, womit Bekenntnisschulen für die konfessionelle Minderheit wieder ermöglicht wurden.²¹¹

Gleichzeitig waren bei der vom 13. bis 20. Juni 1920 in Berlin stattfindenden **Reichsschulkonferenz**, zu der Reichsinnenminister Koch-Weser (DDP) und Staatssekretär

²⁰⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S 35.

²⁰⁹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.28.

²¹⁰Vgl. den Artikel Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de, hier: Ausdruck vom 25.02.2019. Der Kapp-Lüttwitz Putsch war ein Umsturzversuch unter Führung des ostpreussischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp (1858.1922) - der 1917 bereits die Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) als Sammlungsbewegung völkisch-national und annexionistisch orientierter sowie eine Verfassungs- und Wahlrechtsreform ablehnender Siegfriedensverfechter gegründet hatte - und des Kommandeurs des Gruppenkommandos 1 der Reichswehr, General von Lüttwitz (1859-1942). Anlass war die Forderung der Alliierten, die Reichswehr entsprechend dem Versailler Vertrag auf 100.000 Soldaten zu reduzieren und alle Freikorpsverbände aufzulösen. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Berlin begann am 13. März 1920 mit militärischer Unterstützung durch die Marine-Brigade Ehrhardt, die 1919 bereits an der Niederschlagung der Oldenburgischen, der Braunschweiger und der Münchener Räterepublik beteiligt war, und scheiterte am 17. März 1920 durch einen von der nach Stuttgart ausgewichenen Reichsregierung und den Gewerkschaften initiierten reichsweiten Generalstreik.

Parallel zu den Ereignissen in Berlin hatte der Kommandeur der bayerischen Reichswehr, General von Möhl (1867-1944), in München zu Beginn des Putsches die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die Übertragung der vollziehenden Gewalt verlangt, was Ministerpräsident Hoffmann ablehnte. Als daraufhin Soldaten für eine Ausrufung des Ausnahmezustandes demonstrierten und auch Polizeibeamte erklärten, für die persönliche Sicherheit des Ministerpräsidenten nicht mehr garantieren zu können, trat Johannes Hoffmann am 14. März 1920 zurück. Gleichzeitig schied die MSPD aus der Regierung aus, da mit Gustav von Kahr ein Vertrauensmann der Reichswehr, der Einwohnerwehren und der Wehrverbände neuer Ministerpräsident wurde. Die daraufhin aus BVP, DDP und Bauernbund gebildete Koalitionsregierung konnte nach der Landtagswahl vom 6. Juni 1920 fortgesetzt werden, da die BVP 39,4 %, die MSPD 16,3 %, die DNVP 13,5 %, die USPD 12,9 %, die DDP 8,1 %, der Bauernbund 7,9 % und die KPD 1,7 % der Stimmen erhielt.

²¹¹Vgl. dazu den Artikel Schulpolitik (Weimarer Republik), in: www.historisches-lexikon-bayerns.de, hier: Ausdruck vom 04.05.2018. **Simultanschule** war bis in die Zeit der Weimarer Republik die offizielle Bezeichnung für konfessionsübergreifende Gemeinschaftsschulen.

Heinrich Schulz (MSPD) rund 650 Bildungsexperten/innen, darunter Vertreter der Kultusministerien der Länder, der Kirchen, der Reformpädagogik, der Landschulbewegung, der Einheitsschule und der Lehrer/innenverbände eingeladen hatten, alle Reformbestrebungen und Streitpunkte zu Tage getreten, die die bildungspolitische Diskussion zum Teil bis in die Gegenwart prägten: Ein Hauptstreitpunkt war dabei die Dauer der Grundschulzeit (vier oder sechs Jahre). Außerdem trat die MSPD für die kostenlose Einheitsschule auch in höheren Klassen, die Koedukation und eine wissenschaftliche Ausbildung aller Lehrer/innen ein. Die DDP äußerte Bedenken gegen eine Abschaffung des Gymnasiums und das Zentrum plädierte zusammen mit den Kirchen für Konfessionsschulen.²¹²

Während die Reichsschulkonferenz in Berlin die bildungspolitischen Differenzen offenbarte, stimmte der Stadtrat in Fürth, in dem seit der auch auf kommunaler Ebene erstmals nach allgemeinem Wahlrecht für alle Männer und Frauen ab dem 21. Lebensjahr durchgeführten Stadtratswahl vom 15. Juni 1919 die MSPD über 14 Sitze, die USPD und die DDP über jeweils 10 Sitze, die BVP über 3 Sitze, der Verein zur Wahrung der Interessen der Stadt Fürth über 2 Sitze sowie die Beamtenliste über 1 Sitz verfügte und auch drei Frauen (zwei von der MSPD und eine von der DDP) vertreten waren,²¹³ am 8. Juli 1920 dem Antrag der Leitung der städtischen **höheren Mädchenschule am Tannenplatz** zu, Realgymnasialkurse einzuführen und der Schule eine Realabteilung anzugliedern.²¹⁴ Gleichzeitig wurde mit Schuljahresbeginn 1920/21 die **Handelschule für Mädchen am Tannenplatz für Knaben geöffnet**.²¹⁵ Daneben erhielt die 1877 aus der Gewerbeschule mit Handelsabteilung hervorgegangene und sechs Jahrgangsstufen umfassende **Realschule für Knaben**, deren 1912 **an der Kaiserstraße** eröffneter Neubau bereits für eine Oberrealschule konzipiert worden war, 1920 die staatliche Genehmigung als **Oberrealschule mit neun Jahrgangsstufen**, womit dort ebenfalls eine Hochschulreife angestrebt werden konnte.²¹⁶

Durch eine Verordnung des Kultusministeriums zur Umbenennung von landwirtschaftlichen Winterschulen in landwirtschaftliche Schulen wurde 1921 auch die landwirtschaftliche Winterschule in Fürth in ihrem 1919 fertiggestellten Neubau an der Jahn-

²¹²Vgl. den Artikel Reichsschulkonferenz 1920, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 08.05.2018.

²¹³Vgl.: DGB-Kreisvorstand Fürth (Hrsg.), Die Revolution 1918/19 in Fürth. Erster Weltkrieg, Revolution, Räterepublik, Fürth 1989., S.45.

²¹⁴Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.28. Siehe auch: Max Liedtke (Hg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993, S.439. An höheren Mädchenschulen gab es die Möglichkeit, ab der 7. Jahrgangsstufe realistische oder humanistische Gymnasialkurse einzuführen, sofern ein besonderes Bedürfnis bestand und die Schule räumlich und personell den Anforderungen entsprach.

²¹⁵Vgl.: Adolf Schwammberger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S 162.

²¹⁶Vgl.: Hermann Ott, Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße, Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129, hier: S.123. Ergänzend anzumerken ist, dass die Umwandlung der königlichen Realschule an der Kaiserstraße zur Oberrealschule abgesehen von den bereits erfüllten baulichen Voraussetzungen auch darauf zurückzuführen war, dass sich die in Bayern seit 1908 bestehenden und auf die Regierungsbezirke verteilten neun Kreisoberrealschulen aufgrund der mittlerweile verdreifachten Schülerzahl zu Mammutanstalten entwickelt hatten und zur Entlastung weitere Oberrealschulen für erforderlich erachtet wurden. Siehe dazu: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.37.

straße zu einer **Landwirtschaftsschule** mit entsprechenden Lehrplänen zur Berufsbildung.²¹⁷ Außerdem war mit Verordnung vom 29. Februar 1921 in Bayern für alle öffentlichen Schultypen sowie für alle Städte und ländlichen Regionen **erstmalig ein einheitliches Schuljahr** festgelegt worden, das jeweils **vom 1. Mai bis 30. April** dauern sollte.²¹⁸ Mit Ministerialbekanntmachung vom 22. Mai 1922 wurde dann auch die **Vereinheitlichung der Ferienordnungen** aller öffentlichen Schultypen sowie zwischen Städten und ländlichen Regionen und eine Gesamtferiendauer einschließlich der in den Ferien liegenden Sonn- und Feiertage auf 85 Kalendertage im Jahr eingeführt. Davon entfielen zum Beispiel 1922 und 1929 jeweils 14 bzw. 16 Tage auf die Weihnachtsferien, 21 bzw. 20 Tage auf die Osterferien (= Schuljahresabschlussferien), 1 Tag bzw. 2 Tage auf die Pfingstferien und 41 bzw. 47 Tage auf die Sommerferien.²¹⁹

Zwischen der Einführung eines einheitlichen Schuljahres im Februar 1921 und der Einführung einer einheitlichen Ferienordnung im Mai 1922 war der seit 16. März 1920 amtierende Ministerpräsident Ritter von Kahr im September 1921 aus Protest gegen das nach der Ermordung von Matthias Erzberger durch die Organisation Consul²²⁰ von der Reichsregierung erlassene Republiksschutzgesetz zurückgetreten, da damit auch die von ihm im März 1920 geschaffenen Einwohnerwehren in Bayern verboten wurden.²²¹ Gleichzeitig wurde die Regierungskoalition aus BVP, DDP und Bauernbund fortgesetzt und Graf von und zu Lerchenfeld (1871-1944, BVP) zum Ministerpräsidenten gewählt. Kultusminister blieb Franz Matt (BVP), der ein **Gesetz über Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht an den Volksschulen** einbrachte, welches der Landtag nach heftigen Debatten am 1. August 1922 verabschiedete. Nach dem Gesetzestext sollte in Zukunft für jede Schule wieder eine eigene Schulpflegschaft bestehen mit dem jeweiligen Pfarrer als ständigem Mitglied. Außerdem wurde anstelle der 1919 eingeführten kollektiven Schulleitung die **autoritative Schulleitung reaktiviert** sowie ein Bezirksschulrat festgelegt, der ausschließlich vom Kultusministerium und ohne Mitwirkung der Lehrer/innen zu bestimmen war.²²²

²¹⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.66.

²¹⁸Vgl.: Ebd., S.63.

²¹⁹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.237. Zuvor waren die **Ferienordnungen seit 1802** durch die Regelungen für die **Winterschulen in ländlichen Gebieten** und die **Ganzjahresschulen in Städten** im Elementarbereich, zur täglichen **Unterrichtsdauer zwischen dem Elementarbereich** (in Städten nur vormittags, in ländlichen Regionen während der Winterschule vormittags und nachmittags mit zweistündiger Mittagspause für ein Essen zuhause) und **den höheren Schulen** (ganzjährig vormittags und nachmittags mit zweistündiger Mittagspause für ein Essen zuhause) **sowie zwischen den einzelnen Regierungsbezirken höchst unterschiedlich gewesen**. Zu diesen Unterschieden war bereits in einer Ministerialentschließung vom 26. Februar 1914 festgestellt worden, dass die Gesamtdauer der Ferien in den bayerischen Regierungsbezirken zwischen 66 und 82 Kalendertagen im Jahr schwankte (vgl. ebd., S.235f.).

²²⁰Die Organisation Consul war eine Geheimorganisation, die Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt (1871-1971) nach Auflösung seiner am Kapp-Lüttwitz-Putsch beteiligten Marine-Brigade gegründet hatte und deren Mitglieder am 26. August 1921 den Zentrumspolitiker Matthias Erzberger und am 24. Juni 1922 Außenminister Walter Rathenau (DDP) durch Attentate ermordeten. Vgl. den Artikel Hermann Ehrhardt, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 01.06.2018.

²²¹Vgl. den Artikel Gustav von Kahr, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 01.06.2018.

²²²Vgl. den Artikel Schulpolitik (Weimarer Republik), in: www.historisches-lexikon-bayern.de, hier: Ausdruck vom 04.05.2018.

In der Stadt Fürth war die Zeit zwischen September 1921 und August 1922 weniger durch heftige schulpolitische Debatten, sondern durch eine fundamentale kommunalpolitische Auseinandersetzung über die Frage eines Zusammenschlusses mit der Stadt Nürnberg geprägt. Als der Stadtrat vor dem Hintergrund der nach Kriegsende durchgeführten Reichsfinanzreform, die den Kommunen das Recht auf einen Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftssteuer genommen und sie vom allgemeinen Finanzausgleich abhängig gemacht hatte, einer hohen Schuldenlast aus der Kriegszeit und eines akuten Haushaltsdefizits von 4,1 Millionen Mark am 2. Dezember 1921 mit 30 zu 12 Stimmen die Vereinigung mit der Stadt Nürnberg beschloss, bildeten der Verein Treu Fürth, der Haus- und Grundeigentümergeverein, die Innungen und der Verein für Handel und Gewerbe einen Ausschuss zur Erhaltung der Selbstständigkeit Fürths und beantragten eine Volksabstimmung. An der Volksabstimmung am 22. Januar 1922 nahmen 33.541 von 42.292 stimmberechtigten Einwohner/innen teil. Lediglich 11.801 waren für, aber immerhin 21.684 gegen einen Zusammenschluss mit Nürnberg. Nach diesem ablehnenden Votum trat der Stadtrat zurück. Bei der außerordentlichen Kommunalwahl am 14. Mai 1922 verloren die Vertreter der Arbeiterparteien, die seit 1919 mit 24 Sitzen vertreten gewesen waren und den Zusammenschluss mit Nürnberg im Dezember 1921 mit 23 Stimmen gebilligt hatten, ihre Mehrheit, da die Liste Fürther Selbstständigkeit 20 Sitze, die Liste Freie Bürger 1 Sitz, die MSPD 12 Sitze, die KPD 5 Sitze und die USPD 2 Sitze erhielt.²²³

Im November 1922 beschloss der Stadtrat dann mit einer Mehrheit von 23 zu 13 Stimmen, die **1907 von den Schwestern Edelmann gegründete Frauenarbeitsschule**, die 1912 in das Gebäude Pfisterstraße 48 eingezogen sowie in der Kriegs- und Nachkriegszeit in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten war und über einen Schuldenstand in Höhe von 598.000 Mark verfügte, durch die Stadt zu übernehmen, indem das Gebäude für 100.000 Mark, das Mobiliar für 136.000 Mark gekauft und alle Lehrkräfte von der Stadt übernommen wurden.²²⁴ Von den Restschulden wurden die Schwestern Edelmann schließlich durch die einer zunehmenden Hyperinflation folgenden Währungsreform im November 1923 befreit. Danach wurde ihre Frauenarbeitsschule mit Regierungsentschließung vom 24. Februar 1925 in eine **Städtische Frauenarbeitsschule mit angegliederten Tages- und Abendkursen** umbenannt, wobei diese nach der Satzung nun den Zweck verfolgte, heranwachsende Mädchen unter besonderer Pflege der Näharbeiten in den gesamten häuslichen Aufgabenkreis einzuführen, und damit eine **Berufsbildungsschule für Handarbeit und Hauswirtschaft** mit dreijähriger Schuldauer und einer entsprechenden Schulorganisation wurde. „Das Schuljahr 1925/26 begann mit je zwei Unter-, Mittel- und Oberklassen, sowie sechs Monate dauernden Tages- und Abendkursen für Erwachsene.“²²⁵

²²³Vgl.: Lothar Berthold, Fürth – ein Trabant Nürnbergs? Unveröffentlichte Zulassungsarbeit an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1978. Siehe auch: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.280-284. Ergänzend anzumerken ist, dass die KPD durch den im Oktober 1920 von einer Parteitagmehrheit der USPD beschlossenen Zusammenschluss mit der KPD, dem sich ein Drittel der 900.000 USPD-Mitglieder angeschlossen hatte, auch in Fürth zu mehr Mitgliedern und Wähler/innen gekommen war.

²²⁴Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelmann zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.11.

²²⁵Ebd., S.12.

Zu der im Sommer 1923 einsetzenden Hyperinflation war es gekommen, als Reichskanzler Wilhelm Cuno (bis 1920 DVP, danach parteilos) nach einer Anfang 1923 wegen ausstehender Reparationszahlungen erfolgten Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen zum passiven Widerstand durch Arbeitsverweigerung aufrief und die Streikenden Lohnfortzahlung vom Staat bekamen, die wie die Kosten der Demobilmachung, Kriegsopferversorgung und Reparationen über die Notenpresse der Reichsbank finanziert wurde. Zur Bereinigung des Geldüberhangs und der gesamtpolitischen Turbulenzen erfolgte ab Herbst 1923 eine Währungsreform in zwei Schritten (ab 15. November 1923 **Rentenmark**, ab 30. August 1924 **Reichsmark**), mit der alle privaten Geldvermögen völlig entwertet sowie der Staat, Unternehmen sowie Haus- und Grundeigentümer von Schulden entlastet wurden.²²⁶

²²⁶Vgl. den Artikel Deutsche Inflation 1914 bis 1923, den Artikel Kriegsanleihe und den Artikel Goldstandard, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 28.02., 04.03. und 12.03.2019.

Im Deutschen Reich war zu Kriegsbeginn am 4. August 1914 die auf einer wertmäßigen Dritteldeckung der Bargeldmenge durch Gold beruhende gesetzliche Regelung zur Einlösung von Banknoten in Gold aufgehoben und der Krieg bis 1918 über den Verkauf von neun Kriegsanleihen finanziert worden, die mit einem Gesamterlös von 98 Mrd. Mark etwa zwei Drittel des jährlichen Volkseinkommens (1914 = 142 Mrd. Mark) entsprachen. Nach einem Sieg sollten die Kriegsanleihen durch Reparationszahlungen besieger Staaten ab 1924 zurückgezahlt werden.

Aufgrund des von der Obersten Heeresleitung im Oktober 1918 geforderten Waffenstillstands und des Versailler Vertrages musste nun allerdings das Deutsche Reich für die in Frankreich und Belgien entstandenen Kriegsschäden Reparationszahlungen leisten, die zusammen mit den Kriegsfolgekosten im Inland und der Lohnfortzahlung für die ab Anfang 1923 beim passiven Widerstand im Ruhrgebiet streikenden Arbeiter, Angestellten und Beamten über die Notenpresse der Reichsbank finanziert wurden. Durch das mit dem passiven Widerstand verbundene Gelddrucken und den Produktionsausfall im größten Industriegebiet des Reiches erreichte der bei Kriegsausbruch beginnende und sich nach Kriegsende fortsetzende Preisanstieg alsbald astronomische Höhen (z.B. Briefporto 1919 = 0,15 M, Oktober 1922 = 6 M, Januar 1923 = 50 M, August 1923 = 1.000 M, September 1923 = 75.000 M, Ende Oktober 1923 = 10 Mio. M, Anfang November 1923 = 100 Mio. M).

Da es ab August 1923 zudem zu Streiks und Demonstrationen gegen Reichskanzler Cuno kam und der Außenwert der Mark gegenüber einem Dollar auf 53 Mio. Mark gesunken war (Vorkriegsstand 1914 = 4,20 Mark), womit in einem auf Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte angewiesenen Land der Außenhandel unmöglich wurde, berief Reichspräsident Ebert am 26. September 1923 Gustav Stresemann (DVP) zum Reichskanzler einer Großen Koalition aus SPD, Zentrum, DDP und DVP und Ministerpräsident von Knilling in München seinen Vorgänger Ritter von Kahr zum Generalstaatskommissar in Bayern. Danach kam es in Sachsen und Thüringen am 10. und 16. Oktober 1923 zur Bildung von Arbeiterregierungen aus SPD und KPD, in Hamburg am 23./24. Oktober 1923 zu einem Aufstand der KPD und in München am 9. November 1923 zum Hitler-Ludendorff-Putsch, bei dem Gustav Ritter von Kahr zunächst eine Mitverschwörerrolle ausübte, bevor er den Putsch niederschlagen ließ, als Hitler die Führungsrolle übernahm.

In dieser zugespitzten Gesamtsituation wurde am 15. November 1923 bei einem Dollarkurs von 4,20 Billionen Mark mit der Einführung einer **Rentenmark**, die von der am 17. Oktober 1923 als Zentralbank gegründeten Rentenbank verwaltet wurde und nominal zu 1/2790 kg (= 0,3584 g) durch Gold, aber faktisch durch staatliches, industrielles und landwirtschaftliches Grundeigentum gedeckt und an den Vorkriegsstand von 1 Dollar = 4,20 Mark gebunden war, bei Weitergeltung des alten Geldes im Verhältnis von 1 Billion Mark = 1 Rentenmark als „Notgeld“ und gesetzliches Zahlungsmittel im Inland der erste Schritt zu einer umfassenden Währungsreform durchgeführt, bei dem die Rentenmark allerdings noch nicht in andere Währungen konvertierbar war. Die Konvertierbarkeit erfolgte erst im zweiten Schritt mit dem Münz- und Bankgesetz vom 30. August 1924 durch die Auflösung der Rentenbank, die Einführung einer von der Regierung unabhängigen Reichsbank und der **Reichsmark** (= 1 Rentenmark oder 1 Billion Papiermark), die ebenfalls zu 1/2790 kg (= 0,3584 g) durch Gold und goldgedeckte Devisen gedeckt war.

Das Bankgesetz vom 30. August 1924 stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem von der alliierten Reparationskommission und der Reichsregierung ausgehandelten **Dawes-Plan vom 16. August 1924**, mit dem erstmals die Reparationszahlungen geregelt wurden (insgesamt 132 Mrd. RM, zahlbar in Jahresraten von zunächst 1 Mrd. RM, die bis 1929 auf 2,5 Mrd. RM steigen und für die

In Fürth waren die Auswirkungen der Hyperinflation im Sommer 2023 ebenfalls spürbar zu Tage getreten. „Die Arbeiter bekamen täglich ihren Lohn, der sofort ausgegeben werden musste, weil das Inflationsgeld mit jeder Minute an Wert verlor.“²²⁷ Gleichzeitig brachten Geschäftsleute ihre Tageseinnahmen in Wäschekörben zur Stadtparkasse, die ihr Personal von sechs auf siebzig Bedienstete erhöhen musste, die zeitweise im achtstündigen Turnus, Tag und Nacht, Scheine sortierten und zählten.²²⁸ Mit der Währungsreform im Herbst 1923 wurden auch in Fürth alle Sparguthaben und Kriegsanleihen ebenso wertlos wie die vielen Kapitalstiftungen für wohltätige und schulische Zwecke. Daneben gerieten zahlreiche selbstständige Kaufleute und Handwerker in finanzielle Notlagen und mussten Konkurs anmelden.²²⁹ Parallel zur Währungsreform erfolgte am 3. Dezember 1923 die Eingemeindung von Burgfarrnbach, mit der die Stadt Fürth das 1878 errichtete **Schulgebäude Lehenstraße 15** und das 1903/04 errichtete **Schulgebäude Zehentweg 5** übernahm²³⁰ und das Stadtgebiet um 884 ha von 3.306 ha auf 4.190 ha wuchs.²³¹

Als nach der Währungsreform in Bayern mit Bekanntmachung vom 3. April 1924 die bisherigen **höheren Mädchenschulen in Mädchenlyzeen**, die bisherigen sechs Jahrgangsstufen umfassenden **Mädchenmittelschulen in höhere Mädchenschulen** und die 1916 eingeführten und drei Jahrgangsstufen ohne Fremdsprache umfassenden **Mädchenschulen in Mädchenmittelschulen** umbenannt wurden,²³² beschloss der Stadtrat in Fürth am 17. April 1924 die städtische höhere Mädchenschule am Tannenplatz, die seit dem Schuljahr 1920/21 auch über Realgymnasialkurse und eine Realabteilung verfügte, in ein Mädchenlyzeum umzuwandeln. Durch ministerielle Zustimmung am 25. April 1924 wurde die Schule zum **Städtischen Mädchenlyzeum mit Handelsschule in Fürth** umbenannt.²³³

Verglichen mit den höheren Mädchenschulen nach der Schulordnung von 1911 gab es an Mädchenlyzeen ab 1924 statt einer Pflichtfremdsprache nun zwei Pflichtfremdsprachen (Englisch und Französisch), wissenschaftlich ausgebildete Lehrkräfte, von

Jahre danach jeweils 2,5 Mrd. RM betragen sollten). Die Amerikaner hatten dabei auf die Schaffung einer von der Regierung unabhängigen Reichsbank bestanden, deren Grundkapital zu 80 % durch amerikanische Anleihen und zu 20 % durch die Reichsregierung aufgebracht werden sollte. Vgl. den Artikel Dawes-Plan, in: www.wikipedia.de, Ausdruck vom 28.02.2019.

²²⁷Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.279.

²²⁸Vgl.: Stadtparkasse Fürth, 160 Jahre Stadtparkasse Fürth. Geschichte und Leistung, in: Sonderausgabe der Stadtparkasse aktuell zum 160. Geschäftsjahr, Fürth 1987, S.4.

²²⁹Vgl. zu den Folgen der Währungsreform: Ebd., S.4: Die Einlagen der Sparkasse, die vor dem Krieg fast 9 Millionen Mark umfasst hatten, reduzierten sich auf 2.284 Reichsmark. Siehe auch: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.279, wo als Beispiele für den Konkurs eines selbstständigen Kaufmanns der Textilwarenhändler Wilhelm Erhard (Vater von Ludwig Erhard) und für den Untergang einer der zahlreichen Stiftungen Heinrich Morgenstern genannt werden.

²³⁰Vgl.: Evangelisch-Lutherisches Pfarramt St. Johannis (Hrsg.), Die Schulen in Burgfarrnbach, Teil 1, Fürth 2003, Zeittafel. Danach ist die Existenz eines Schulmeisters in Burgfarrnbach bereits für das Jahr 1504 nachweisbar (ebd., S.11). 1768 entstand in Burgfarrnbach dann ein Schulhausneubau an der heutigen Würzburger Straße 481 und 1825 ein Schulgebäude im alten Wehrkirchhof, das 1867 aufgestockt wurde, bevor 1878 der Schulhausneubau Lehenstraße 15 errichtet wurde, dem 1903/04 der zweite Schulhausneubau am Zehentweg 5 folgte (vgl. ebd., S.13-15).

²³¹Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, Tabelle 2.6, Entwicklung des Stadtgebietes, S.25.

²³²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.69.

²³³Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.29.

denen mindestens die Hälfte Frauen sein sollten, und einen berechtigenden Abschluss (Absolutorium), der von Eltern und Frauenvereinen seit 1911 und vor allem nach Kriegsende gefordert worden war.²³⁴ Durch den berechtigenden Abschluss des Mädchenlyzeums wurden die Schülerinnen nun mit den seit 1877 an Knabenrealschulen bestehenden Abschlüssen gleichgestellt. Außerdem erhielten sie die Möglichkeit, nach Abschluss des Mädchenlyzeums entweder eine Frauenschule oder eine Mädchenoberrealschule zu besuchen. Daneben bestanden durch den Besuch eines Mädchenlyzeums die Möglichkeiten, nach dem einschließlich der vierjährigen Elementarschulzeit insgesamt siebten Schuljahr in eine progymnasiale Abteilung, ein Mädchenrealgymnasium oder ein humanistisches Mädchengymnasium zu wechseln,²³⁵ die es allerdings in Fürth nicht gab und die selbst in Bayern nach der Einführung im Jahr 1927 bis zum Ende der Weimarer Republik nur in sehr bescheidenem Umfang vorhanden waren.²³⁶

Nach der bayerischen Landtagswahl im April und Mai 1924, bei der die BVP 32,8 %, die SPD 17,7 %, der als Sammelliste von Tarnorganisation der nach dem Hitler-Putsch vom November 1923 verbotenen NSDAP fungierende Völkische Block 17,1 %, die DNVP 9,4 %, die KPD 8,3 %, der Bauernbund 7,1 %, die DDP 3,3 % und die DVP 1,0 % der Stimmen erhalten hatte,²³⁷ bildeten BVP und Bauernbund eine Regierungskoalition. Zum Ministerpräsidenten wurde im Juni 1924 der bisherige Fraktionsvorsitzende der BVP, Heinrich Held (1868-1938) gewählt. Kultusminister blieb Franz Matt (BVP).

²³⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.32.

²³⁵Vgl. ebd., S.35, Gliederung des höheren Mädchenschulwesens nach den Änderungen 1923/24:

Lebensjahr	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Schuljahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
	Volkshauptschule mit Grundschule				und Oberstufe			Berufsfortbildungsschule seit 1913		Frauen- schule		a) a) b) b) b) b)		
								Handelsschule						
								Mädchenmittelschule						
	Grundschule				Höhere Mädchenschule (eine Pflichtfremdsprache)			Progymnasiale Abteilung		Mädchenober- realschule				
					Mädchenlyzeum (zwei Pflichtfremd- sprachen plus wis- senschaftlich aus- gebildete Lehrer- innen und Lehrer)									
					Mädchenrealgymnasium			Humanistisches Mädchengymnasium						
					Humanistisches Mädchengymnasium									
					Grundständiges Mädchenrealgymnasium			Humanistisches Mädchengymnasium						
					Grundständiges Humanistisches Mädchengymnasium									

a) Anschließend mittlere und höhere Fachschulen/Technische Seminare.
b) Einführung dieser Schulformen 1927. Anschließend Universitäten oder andere Hochschulen.

²³⁶Vgl. Ebd., 36: In Bayern gab es 1930 lediglich vier Mädchenoberrealschulen, sechs realprogymnasiale Abteilungen, elf Mädchenreformrealgymnasien, fünf humanistische Mädchenreformgymnasien und fünf grundständige humanistische Realgymnasien für Mädchen. Dabei hatten **Realgymnasien die Sprachfolge** Latein, Englisch, Französisch und **Reformrealgymnasien die Sprachfolge** Englisch, Latein, Französisch. Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.71.

²³⁷Vgl. den Artikel Landtagswahlen in Bayern in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 01.06.2018.

Außerdem begann mit der durch das Reichsbankgesetz und den Dawes-Plan im August 1924 abgeschlossenen Währungsreform eine **Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung**, in der die Industrieproduktion und das Nettoeallohnniveau bis 1928 wieder den Vorkriegsstand des Jahres 1913 von 100 % erreichten. Zugleich kam es, gestützt auf amerikanische Kredite und Beteiligungen an oder Übernahmen von Firmen in Deutschland, zu einem **Modernisierungs- und Rationalisierungsprozess**,²³⁸ durch den die Arbeitsproduktivität stieg und die Preise sanken, aber auch strukturelle Arbeitslosigkeit und neue Qualifikationsanforderungen entstanden. Da sich neue Qualifikationsanforderungen zudem aus der zunehmenden Verbreitung des zivilen Luftverkehrs, der Automobile, des Fernmelde- und Rundfunkwesens sowie der landwirtschaftlichen Kraftmaschinen (Elektromotoren und Traktoren) ergaben, wurde nun das Schul- und Unterrichtswesen ebenfalls einem Modernisierungsprozess unterzogen.

Der schulische Modernisierungsprozess zeigte sich in Fürth zunächst daran, dass das städtische **Mädchenlyzeum mit Handelsschule am Tannenplatz** durch Vermittlung des Schulamtes am 24. April 1925 zwei Projektionsapparate erhielt und ein Lehrer rund 2.000 Ausschnitte aus illustrierten Blättern, Bildpostkarten und Ansichten als geografisches Anschauungsmaterial zusammenstellte.²³⁹ Daneben wurde das **humanistische Gymnasium in der Königstraße** bis 1928 mit elektrischem Strom und einer Spülklosett-Anlage im Kellergeschoss ausgestattet, so dass fortan die außerhalb des Schulgebäudes liegenden Trockenaborte nicht mehr benutzt werden mussten²⁴⁰ sowie der Einsatz moderner Unterrichtsmittel wie Lichtbildprojektoren möglich wurde.

Zugleich kam ein 1920 eingeleiteter gesamtbayerischer Modernisierungsprozess der **Volksschulen** zum Abschluss, der sich auch auf Fürth auswirkte, als kurz nach dem gesundheitsbedingten Ausscheiden von Kultusminister Matt im Oktober 1926 sein im November 1926 ernannter Nachfolger, Franz Xaver Goldenberger (1867-1948, BVP),

²³⁸Vgl.: Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Unveränderter Neudruck des erstmals 1948 erschienenen Werkes, Kronberg/Taunus, Düsseldorf 1978, S.106 (Industrieproduktion), S.158 (Nettoeallöhne) und S.126-137 (Ausführungen zu der von Frederick Winslow Taylor in den USA entwickelten und 1911 in seinem gleichnamigen Hauptwerk Scientific Management veröffentlichten wissenschaftlichen Betriebsführung, zur Rationalisierung durch Typisierung und Standardisierung der Produkte, zu Fließarbeit und vollautomatischen Fließbändern, zur Konzentration des Verkaufs durch Waren- und Versandhäuser sowie zur verstärkten Berücksichtigung psychologischer Verkaufsmethoden).

²³⁹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.29. Siehe auch: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.363f.: Gemäß dem **pädagogischen Grundsatz, Anschauung ist das Fundament der Erkenntnis**, waren bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Unterricht **Fotografien** verwendet worden. Diese konnten aufgrund der technischen Entwicklung sowie der 1920 erfolgten Gründung eines vom Kultusministerium am 18. September 1921 staatlich anerkannten **Bayerischen Verbandes zur Förderung des Lichtbildwesens in Unterricht und Erziehung** nun durch die **Präsentation stehender oder laufender Lichtbilder** ergänzt werden. Eine Hauptschwierigkeit bestand allerdings darin, dass viele Schulen noch nicht mit elektrischem Strom ausgestattet waren. Eine andere Hauptschwierigkeit lag darin, dass laufende Bilder aufgrund des damaligen 35-mm-Filmformats nur in Lichtspieltheatern und nicht an Schulen gezeigt werden konnten, was sich erst änderte, als Ende der zwanziger Jahre ein 16-mm-Schmalfilmformat zur Verfügung stand und neben der **Bayerischen Lichtbildstelle** in München 1929 die **Bayerische Lichtbildbühne** gegründet wurde.

²⁴⁰Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.31.

am 15. Dezember 1926 einen **einheitlichen Lehrplan für die bayerischen Volksschulen** erließ, der aus der Idee der Bildung heraus gestaltet worden war sowie die zu Beginn der Hochindustrialisierung im 19. Jahrhundert eingeführten Kreislehrpläne ablöste und am 1. Mai 1927 in Kraft trat.²⁴¹ Als am 12. Juli 1927 das Gewerbelehrerinstitut in München verselbständigt wurde, erlebte auch die **berufliche Bildung** eine grundlegende Reform. Statt der bisher für den Unterricht an Berufsbildungsschulen für Volksschullehrer/innen drei Monate dauernden Zusatzausbildung am Gewerbeinstitut wurden nun für Volksschullehrer/innen und für Techniker, die über den Abschluss einer höheren Staatslehranstalt verfügten, zweijährige Lehrgänge eingeführt. Am 29. September 1929 erließ das Kultusministerium dann die erste Bayerische **Prüfungsordnung für Diplom-Handelslehrer**. Da sich abzeichnete, dass fortan zunehmend Diplom-Handelslehrer/innen mit zweijähriger Ausbildung zur Verfügung stehen werden, erfolgte am 26. August 1930 die Umbenennung der 1913 eingeführten Berufsbildungsschulen in **Berufsschulen**.²⁴²

In der nach der Währungsreform 1923/24 einsetzenden Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung erfolgten in Fürth auch wieder Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Die größte Investition war dabei der bereits 1899 von einer Kommission empfohlene Neubau eines Krankenhauses, das nicht mehr wie das 1830 an der Schwabacher Straße errichtete alte Krankenhaus der Armenfürsorge für 30 Kranke, 100 Pfründner und als „Arbeitshaus“ (Beschäftigungsanstalt) für Arbeitslose diente,²⁴³ sondern ausschließlich für eine moderne medizinische und schwerpunktmäßig über die 1883 eingeführte gesetzliche Krankenversicherung (ursprünglich alle Arbeitnehmer/innen mit bis zu 2.000 Mark Bruttoarbeitsentgelt im Jahr) finanzierte Gesundheitsversorgung konzipiert und vom Stadtrat 1924 beschlossen worden war. Die Grundsteinlegung für das neue Krankenhaus auf der Schwand erfolgte am 28. Mai 1928. Die Einweihung fand im Juli 1931 statt.²⁴⁴

Mit dem Bau und der Fertigstellung der **Jahnturnhalle** Ecke Theresienstraße/Ottostraße 1927/28 und des Hans-Lohnert-Sportplatzes südlich der Jahnstraße 1928/29 wurden außerdem die Möglichkeiten für den Schul- und Vereinssport verbessert, da die Stadt fortan über insgesamt elf Schulturnhallen und zwei Schulsportanlagen sowie

²⁴¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.64f. Die Diskussion über einen einheitlichen Lehrplan war bereits bei Amtsantritt von Kultusminister Matt im März 1920 durch einen an das Kultusministerium gesandten Beschluss des Bayerischen Lehrerrates über Richtlinien eines bayerischen Lehrplans angestoßen worden. Als die BVP-Landtagsfraktion im September 1922 erklärte, dass die Lehrplanfrage derzeit nicht akut sei, wurde von der Berufswissenschaftlichen Hauptstelle des Bayerischen Lehrerverbandes Ende Dezember 1922 eine ausführliche Denkschrift zu Lehrplanfragen an das Kultusministerium geschickt. Im Kultusministerium schaltete daraufhin der verantwortliche Leiter für das Volksschulwesen weitere Bildungsfachleute ein und stimmte nach längerer Diskussion in Expertengremien mit dem Bayerischen Lehrerverband bis Ende August 1926 einen Lehrplanentwurf ab, den Franz Xaver Goldenberger (BVP) als Nachfolger von Franz Matt (BVP) Mitte Dezember 1926 für verbindlich erklärte. „Mit dieser ... aus der Idee der Bildung heraus gestalteten Lehrordnung begann eine neue Ära in der bayerischen Lehrplangeschichte“ (Ebd., S.65).

²⁴²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.67.

²⁴³Gerd Walther, Hartmut Beck, Bild und Erinnerung. Fürther Luftaufnahmen 1916 bis 1945, Nürnberg 1998, S.98.

²⁴⁴Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.288f.

bis 1930 über zwei Vereinsturnhallen verfügte.²⁴⁵ Der **Hans-Lohnert-Sportplatz** beruhte auf einer Spende über 100.000 RM, die Oberbürgermeister Dr. Wild gegenüber dem in Fürth geborenen Hans Lohnert (1867-1941) - der in Berlin zum Vorstand der Aschinger's AG und damit des mit Stehbierhallen und preiswerten Schnellgerichten größten Gastronomiebetriebs in Deutschland aufgestiegen war - nach Glückwünschen zum 25-jährigen Vorstandsjubiläum bei einem anschließenden Besuch mit einer Stadtratsdelegation in Berlin als Gegenleistung für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde in Fürth ins Gespräch gebracht hatte. Als am 27. September 1929 die Einweihung des 33.000 m² großen Sportplatzes an der Jahnstraße stattfand, übernahm Hans Lohnert noch die entstandenen Mehrkosten von 47.000 RM und 1930 bei den Stadtschulwettkämpfen auch die Kosten für die Verköstigung der 1.600 teilnehmenden Schüler/innen mit heißen Würstchen und Semmeln.²⁴⁶

Ohne die Spenden von Hans Lohnert und der damit von Oberbürgermeister Dr. Wild verknüpften Verleihung der Ehrenbürgerwürde wäre in den zwanziger Jahren die Errichtung einer zweiten Schulsportanlage wahrscheinlich nicht möglich gewesen, da die städtischen Finanzmittel bereits beim Bau der Jahnturnhalle und des neuen Krankenhauses gebunden waren und die Stadt Fürth zugleich nicht mehr in der Lage war, den Zwei-Drittel-Anteil für den 1922 zusammen mit der Stadt Nürnberg geschlossenen Pachtvertrag zur Nutzung des Flugplatzes Atzenhof als Zivilflugplatz an das Reich zu zahlen und die Investitionen für größere Flugzeughallen aufzubringen, weshalb der Pachtvertrag am 1. Oktober 1928 gekündigt wurde. Den Pachtvertrag übernahm daraufhin die Stadt Nürnberg alleine, änderte die Bezeichnung von Flugplatz Fürth-Nürnberg in Flugplatz Nürnberg-Fürth und begann mit den Planungen eines größeren Zivilflugplatzes im eigenen Stadtgebiet, der 1933 im Ortsteil Marienberg fertiggestellt und eröffnet wurde.²⁴⁷

In Fürth war am 1. Juli 1927 auch endlich die Eingemeindung von Ronhof/Kronach erfolgt, für die bereits 1905 der Schulneubau an der Pestalozzistraße/Schulstraße vergeblich als kommunalpolitischer Köder eingesetzt worden war. Auch 1921 hatte die

²⁴⁵Zu den elf Schul- und Vereinsturnhallen in Fürth zählten 1930 die **Turnhalle an der Katharinenstraße**, Katharinenstraße 1½, Baujahr 1876/77, die **Turnhalle Ottoschule**, Ottostraße 2, Baujahr 1882, die **Turnhalle Maischule**, Maistraße 17/19, Baujahr 1891, die **Turnhalle des Humanistischen Gymnasiums**, Königstraße 105, Baujahr 1901/02., die **Turnhalle Pegnitzstraße 20**, Baujahr 1905, die **Turnhalle Pestalozzischule**, Pestalozzistraße 20, Baujahr 1905, die **Turnhalle des Mädchenlyzeums und der Handelsschule**, Tannenstraße 19, Baujahr 1907, die **Turnhalle Frauenschule**, Frauenstraße 15, Baujahr 1909/10, die **Turnhalle Helmplatz**, Helmplatz 6, Baujahr 1910, die **Turnhalle der Oberrealschule**, Kaiserstraße 91, Baujahr 1912 und die **Jahnturnhalle**, Theresienstraße 11/13, Baujahr 1928 sowie die **Vereinsturnhallen des TV Fürth 1860 e.V.**, Turnstraße 10, Baujahr 1900 (größerer Ersatzneubau für eine dort bereits 1864 errichtete Turnhalle des TV Fürth 1860, der 1971 völlig ausbrannte und abgebrochen wurde) und die **Vereinsturnhalle des Tuspo Burgfarnbach e.V.**, Moosweg 11, Baujahr 1930. Vgl.: Adolf Schwammberger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S. 363f., Stichwort Turnhallen. Siehe auch ebd., S. 181: Die **erste Schulsportanlage** in Fürth war der 1904 an der Dr.-Mack-Straße im Anschluss an den Stadtpark errichtete und auf einer 1903 gegründeten Stiftung beruhende **Humbser-Spielplatz**, deren Grundkapital der Brauereibesitzer Hans Humbser 1899 im Namen der Erben aus dem Nachlass seines Vaters Johann Humbser dem Stadtmagistrat übergeben hatte. Die **zweite Schulsportanlage** war der 1928/29 errichtete **Hans-Lohnert-Sportplatz** südlich der Jahnstraße.

²⁴⁶Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 292f.

²⁴⁷Vgl.: Ebd., S. 284f.

Gemeinde Ronhof/Kronach einen weiteren Eingemeindungsversuch erneut abgelehnt.²⁴⁸ Durch die Eingemeindung 1927 wuchs die Fläche des Stadtgebiets um 271 ha von 4.190 ha auf 4.461 ha.²⁴⁹ Insgesamt stieg die Anzahl der Einwohner/innen von 68.310 Personen 1919 auf 72.391 Personen 1925 und auf 80.300 Personen 1932 oder um 17,55 %, ²⁵⁰ ohne dass es in der Stadt zu größeren Wohnungsbauaktivitäten kam. Vielmehr beschränkte sich der eher bescheidene Wohnungsbau auf bestimmte soziale Gruppen wie Kriegsteilnehmer (Kriegerheimstätten am Kavierlein in der Wiesen-, Widder- und Georgenstraße oder die auf einer Stiftung von Alfred Nathan und Sigmund Schwarzenberger beruhenden und zwischen 1920 und 1928 erbauten Häuser für kinderreiche Kriegsteilnehmer in der Stiftungs-, Pfeifer- und Würzburger Straße) bzw. auf staatlich geförderten Wohnungsbau durch die Baugenossenschaft Eigenes Heim auf der Schwand, den Bauverein mit den zwischen 1921 und 1931 errichteten Häusern in der Albrecht- und Quäkerstraße und die Baugenossenschaft Volkswohl mit den ab Ende der 1920er Jahre errichteten Häusern in der Ludwig-, Kaiser-, Simon- und Schwabacher Straße. ²⁵¹ „Bei der Reichswohnungszählung von 1929 wurde auch ein Fehlen von 1800 Wohnungen in Fürth festgestellt.“²⁵²

Insgesamt erreichte die wirtschaftliche Entwicklung in Fürth trotz der nach der Währungsreform 1923/24 einsetzenden Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung nur langsam wieder das Vorkriegsniveau, da die ausländischen Absatzmärkte weggebrochen waren. So erzielte beispielsweise die örtliche Spielwarenindustrie 1925 nur 50 % der Vorkriegsproduktion. Neben dem Wegfall der Exportmärkte mussten sich die einst dominante Spiegelindustrie und die dazu gehörenden Spiegelrahmenhersteller auch damit auseinandersetzen, dass die Ausstattung mehrerer Zimmer mit Spiegeln in einer Wohnung aus der Mode gekommen war und stattdessen Fensterglas, Glas für Auto- und Wagenscheiben sowie Montagegläser gefragt waren. Während die Spiegelrahmenhersteller auf Garderobenmöbelproduktion umstellten, führten die Innovations-, Rationalisierungs- und Konzentrationsprozesse in der Spiegelindustrie erst 1932 zu einem Erfolg, als in Fürth unter maßgeblicher Beteiligung von Otto Seeling (1891-1955) die Deutsche Tafelglas Gesellschaft AG als Vereinigung mehrerer Glasverarbeitungsunternehmen gegründet wurde. Ähnlich erging es der 1890 als Goldschlägerei gegründeten Firma Leonhard Kurz, die bei Kriegsbeginn einen Exportrückgang um 80 % erlitten, 1923 zusammen mit anderen Herstellern die Vereinigten Blattgoldfabriken als Einkaufs- und Verkaufsorganisation gebildet und bis 1932 ein 1919 erworbenes Rollendruckpatent soweit verbessert hatte, dass damit das Gold direkt auf eine Trägerbandrolle gedampft werden konnte.²⁵³ Der mit den veränderten wirtschaftlichen

²⁴⁸Vgl.: Ebd., S.291f.

²⁴⁹Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, Tabelle 2.6, Entwicklung des Stadtgebietes, S.25.

²⁵⁰Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, S.33, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand.

²⁵¹ Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.288 und Gerd Walther, Hartmut Beck, Bild und Erinnerung. Fürther Luftaufnahmen 1916 bis 1945, Nürnberg 1998, S.62 und S.102.

²⁵²Gerd Walther, Hartmut Beck, Bild und Erinnerung. Fürther Luftaufnahmen 1916 bis 1945, Nürnberg 1998, S.62.

²⁵³Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.293-296. Reibungslos verliefen dagegen die Innovations-, Rationalisierungs- und Konzentrationsprozesse bei der Firma Eckart - die bereits vor der Jahrhundertwende von der Blattgold- auf die Bronzefarbenfabrikation übergegangen war, 1923 die Produktion von Bronzepulver auf Aluminiumpulver umstellte, das aufgrund der Deckfähigkeit und Lichtreflexion für Farben- und Lacke vielseitig verwendbar war, und bis 1928 auch Verkaufslager in Berlin, Leipzig, Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München eröffnete - sowie bei den in Fürth ansässigen Großbrauereien. So vergrößerte sich die Brauerei Humbser

Bedingungen verbundene Rückgang der Spiegelproduktion und der Spiegelrahmenherstellung hatte in Fürth auch Auswirkungen auf das Schulwesen, da die 1911 auf Anregung des Gewerbevereins gegründete und 1912 mit einem eigenen Gebäude in der Turnstraße versehene **Handwerkerschule für die Holzindustrie zur Schreiner- und Holzbildhauerausbildung** mangels Nachfrage 1930 den **Betrieb einstellte**.²⁵⁴

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die Auswirkungen der nach dem New Yorker Börsenkrach Ende Oktober 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise deutlich spürbar, mit der in Deutschland eine im Winter 1928/29 einsetzende Wirtschaftskrise erheblich verschärft wurde und zu massiv steigender Arbeitslosigkeit und weit verbreiteter Kurzarbeit führte.²⁵⁵ In Fürth stieg die Anzahl der Arbeitslosen von 4:777 Personen Ende 1928 auf 7.008 Personen Ende 1929, 9.758 Personen Ende 1930, 13.713 Personen Ende 1931 und 14.007 Personen im März 1932.²⁵⁶ Vor diesem Hintergrund wurden am städtischen **Mädchenlyzeum mit Handelsschule am Tannenplatz** im Rahmen eines kommunalen Programms im Mai 1931 zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von arbeitslosen Jugendlichen fünf Klassen umfassende Kurse für fremde Sprachen und zwei Klassen umfassende Kurse für Kurzschrift eingerichtet, bei denen die Lehrkräfte den Unterricht in ihrer Freizeit erteilten.²⁵⁷

Außerdem war es nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in Deutschland zu einer politischen Entmachtung des Reichstages gekommen, als die nach der Reichstagswahl 1928 aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP unter Reichskanzler Hermann Müller (1876-1931, SPD) gebildete Große Koalition im März 1930 auseinanderbrach und durch ein Präsidialkabinett aus Zentrum, BVP, DDP, DVP und DNVP unter Reichskanzler Heinrich Brüning (1885-1970, Zentrum) ersetzt wurde,²⁵⁸ das fortan über von

durch den Erwerb von drei Brauereien (Gräflich-Pückler-Limpurgische Brauerei Burgfarnbach, Brauhaus Neumarkt/Oberpfalz, Adler Brauerei Feuchtwangen) und investierte in eine vollautomatische Flaschenabfüllanlage. Die Brauerei Grüner erwarb die Brauerei AG Zirndorf und errichtete 1928 ein zweites Sudhaus auf neuestem Niveau. Während die Brauerei Geismann ebenfalls ihren Betrieb modernisierte, wurde die Brauerei Evora & Meyer vom Brauhaus Nürnberg übernommen.

²⁵⁴Vgl.: Adolf Schwammerger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.162.

²⁵⁵Vgl.: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980, S.202, Tabelle der bei den Arbeitsämtern in Deutschland in den Jahren 1928 bis 1932 gemeldete Arbeitslosen: Dies waren im Jahr 1928 = 1,353 Millionen, im Jahr 1929 = 1,882 Millionen, im Jahr 1930 = 3,076 Millionen, im Jahr 1931 = 4,520 Millionen, und im Jahr 1932 = 5,575 Millionen. „Den Höhepunkt erreichte die Arbeitslosigkeit im Februar 1932 mit 6,13 Millionen registrierten Arbeitslosen. Dazu kam noch eine größere Zahl von nicht registrierten, ‚unsichtbaren‘ Arbeitslosen, die auch keine Wohlfahrtsunterstützung mehr erhielten, so dass die tatsächliche Arbeitslosenziffer 1932 7 bis 8 Millionen erreichte. Von den rund 12,7 Millionen Menschen, die noch einen Arbeitsplatz hatten, war außerdem fast ein Viertel (22,6 %) Kurzarbeiter.“

²⁵⁶Gleichzeitig war in Fürth im März 1932 die höchste Arbeitslosigkeit in ganz Bayern zu verzeichnen, da auf 1.000 Einwohner 175,3 Arbeitslose entfielen, während es in Nürnberg 134,5, in München 112, in Augsburg 101,1 und im gesamt-bayerischen Durchschnitt 72,4 Arbeitslose waren. Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.296.

²⁵⁷Vg.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.30.

²⁵⁸Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin, Bonn 1985, S.736-815. Als Vorsitzender der Reichstagsfraktion des Zentrums hatte Heinrich Brüning schon im Dezember 1929 von General Kurt von Schleicher (1882-1934), der 1929 Chef des neu geschaffenen Ministeramtes im Reichswehrministerium geworden war, sowie von Hindenburgs Staatssekretär Meißner erfahren, dass der Reichspräsident unter keinen Umständen gewillt sei, nach Verabschiedung des Young-Plans das Kabinett Müller im Amt zu belassen. „Der neue Kanzler solle, sofern es nach Hindenburg und seinen Beratern ging, Heinrich

Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnete Notverordnungen nach Art.48 WRV regierte.²⁵⁹ Dieses Vorgehen wurde vom Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid (1874-1944), in der Reichstags Sitzung am 16. Juli 1930 als verfassungswidrig bezeichnet, da Artikel 48 dazu diene, den Staat zu schützen, und nicht dazu, einer Regierung zur Mehrheit zu verhelfen. Doch als die anschließend mit 256 zu 193 Stimmen gescheiterte Regierungsvorlage als Notverordnung erlassen wurde und der Reichstag am 17. Juli 1930 auf Antrag der SPD mit 236 zu 222 Stimmen beschloss, die Notverordnung aufzuheben, verlas Reichskanzler Brüning sogleich eine bereits vorbereitete und unterzeichnete Verordnung des Reichspräsidenten, dass der Reichstag nach Art 25 der Verfassung aufgelöst sei.²⁶⁰

Bei der durch die Auflösung des Reichstages erforderlich gewordenen Reichstagswahl am 14. September 1930 erhielt die SPD 24,5 %, die NSDAP 18,3 %, die KPD 13,1 %, das Zentrum 11,8 % (mit BVP 14,8 %), die DNVP 7,0 %, die DVP 4,5 %, die mittelständische Wirtschaftspartei 3,9 % und die DDP/DStP 3,8 % der abgegebenen Stimmen. Mit 143 Sitzen wurde die SPD noch einmal stärkste und die seit der Reichstagswahl 1928 mit 12 Sitzen vertretene NSDAP mit 107 Sitzen zweitstärkste Reichstagsfraktion.²⁶¹ Um zu vermeiden, dass sich die Regierung entweder auf eine Zustimmung seitens der NSDAP stützte oder es erneut zu einer Auflösung des Reichstages mit

Brüning heißen: als Herrschaftsmittel für den Notfall war der Artikel 48 vorgesehen“ (ebd., S.761). „Hinter den Kulissen war also schon um die Jahreswende 1929/30 einiges getan, was für eine Ablösung der Großen Koalition erforderlich war“ (ebd., S.763).

Die anschließende Umsetzung war eine perfekte politische und zeitliche Inszenierung. Als der Young-Plan, der die Reparationszahlungen zu günstigeren jährlichen Raten als der Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 regelte, am 11. und 12. März 1930 vom Reichstag verabschiedet worden war (vgl. ebd., S.794f.), kam es am 27. März 1930 zum Bruch der Großen Koalition, da ein vom Kabinett bereits am 5. März 1930 mit allen Koalitionsfraktionen abgestimmter Beschluss zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung, der auf moderate Leistungseinschränkungen und eine Beitragserhöhung hinauslief, durch einen von Heinrich Brüning am 27. März 1930 unterbreiteten Vorschlag in Frage gestellt und von der SPD-Reichstagsfraktion wegen der zu unbestimmten Formulierungen bei der Beitragserhöhung abgelehnt wurde. Danach wurde die Koalition in der Kabinettsitzung von Finanzminister Moldenhauer (DVP) für aufgekündigt erklärt (vgl. ebd., S.802-809).

²⁵⁹Möglich war dies, weil die Weimarer Reichsverfassung dem Reichspräsidenten eine starke Stellung einräumte. So konnte er nach Art.25 den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Grund. Eine Neuwahl musste spätestens am sechzigsten Tag nach der Auflösung stattfinden. Nach Art.47 hatte der Reichspräsident außerdem den Oberbefehl über die Reichswehr. Nach Art.53 ernannte und entließ er den Reichskanzler und die Reichsminister, die allerdings nach Art.54 zur Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedurften. Jeder von ihnen musste zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluss das Vertrauen entzog.

Nach Art.48 Abs.1 konnte der Reichspräsident ein Land, das seine verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Pflichten nicht erfüllte, mit Hilfe der bewaffneten Macht zur Erfüllung anhalten. Nach Art.48 Abs.2 konnte er zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls sogar mit Hilfe der militärischen Gewalt einschreiten, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet wurde, und durfte dabei vorübergehend die in den Art. 114, 115, 117, 118, 123 und 153 festgesetzten Grundrechte (Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit, der Wohnung, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnisses, Recht auf Meinungsfreiheit in Wort, Schrift, Druck und Bild, Recht auf friedliche und unbewaffnete Versammlungen und Recht zur Gründung von Vereinen und Gesellschaften, die den Strafgesetzen nicht zuwiderliefen) ganz oder teilweise außer Kraft setzen.

Von allen nach Art.48 Abs.1 und 2 getroffenen Maßnahmen hatte der Reichspräsident nach Art.48 Abs.3 den Reichstag unverzüglich in Kenntnis zu setzen, wobei die Maßnahmen von der Reichstagsmehrheit außer Kraft gesetzt werden konnten.

²⁶⁰Vgl.: Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.169-173.

²⁶¹Vgl.: Ebd., S.190.

anschließender Neuwahl und Stimmengewinnen für die NSDAP kam, tolerierte die SPD im Reichstag fortan das Präsidialkabinett Brüning, indem sie den Vorlagen zwar nicht zustimmte, aber auch keine Aufhebungsanträge stellte oder unterstützte, wenn sie als Notverordnungen erlassen wurden.²⁶²

Mit der von Reichskanzler Brüning ab Juni 1930 betriebenen Ausgrenzung von Personen aus der Arbeitslosenversicherung (Jugendliche unter 21 Jahren und verheiratete Frauen nur noch bei Bedürftigkeit) und einer mehrfachen Minderung der Leistungsdauer und Leistungshöhe wurde die seit 1914 bestehende und seit 1919 verfassungsrechtlich verankerte Erwerbslosenunterstützung, die 1927 in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt worden war,²⁶³ zunehmend ausgehöhlt, wodurch immer mehr Arbeitslose zu Empfänger/innen der niedrigeren Leistungen der kommunalen Wohlfahrtspflege wurden. Die Auswirkungen waren fatal, weil über 6 Millionen Arbeitslose immer stärker ins Bodenlose fielen.²⁶⁴ Auch in Fürth waren Ende März 1932 von 175,1 Arbeitslosen je 1.000 Einwohner/innen 38,2 Arbeitslosenunterstützungs-, 40,7 Krisenfürsorge- und 66,0 Wohlfahrtsunterstützungs-Empfänger/innen.²⁶⁵ Gleichzeitig wurden die noch Beschäftigten mit einem sozialen Abstieg konfrontiert,²⁶⁶ da das Besoldungs- und Tariflohnwesen ebenfalls von politischen Eingriffen betroffen war.²⁶⁷ Durch die Folgen der Wirtschaftskrise und die politischen Eingriffe sank das Nettoealohnniveau, dessen Indexwert 1928 wieder den Stand des Jahres 1913 von 100 erreicht hatte, bis

²⁶²Vgl.: Ebd., Kapitel Tolerierung im Widerstreit: Der innenpolitische Szenenwechsel vom Herbst 1930. S.207-286, Ergänzend anzumerken ist, dass die Tolerierungspolitik zum Teil mit politischen Konzessionen an die SPD-Reichstagsfraktion verbunden war. So wurde mit Notverordnung vom 1. Dezember 1930 durch Ergänzung der §§ 63 HGB, 1330 RGO und 616 BGB für Angestellte ein unabdingbares Recht auf Weiterzahlung des Gehalts im Krankheitsfall eingeführt, sofern der Tarifvertrag nichts Anderes bestimmte. Mit Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wurden auf Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für Jugendliche unter 21 Jahren die Voraussetzungen zum Erhalt der Arbeitslosenunterstützung und zur Verhängung von Sperrfristen gemildert und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit einem Finanzvolumen von 140 Millionen RM aufgelegt. Vgl.: Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Unveränderter Neudruck des erstmals 1948 erschienenen Werkes, Kronberg/Taunus, Düsseldorf 1978, S.482 und S.441f.

²⁶³Die zu Kriegsbeginn 1914 eingeführte und ab 1919 durch Art.163 WRV für jeden Deutschen mit Verfassungsrang versehene Erwerbslosenfürsorge war 1927 durch das von SPD, Zentrum, DDP und DVP verabschiedete Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungs-Gesetz ersetzt worden. Vgl. dazu ausführlich: Christoph Sachße, Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, S.94-99.

²⁶⁴Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, Kapitel Am Boden der Gesellschaft: Die Arbeitslosen, S.19-55.

²⁶⁵Vgl.: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung, Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980, S 209.

²⁶⁶Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, Kapitel Vom Abstieg bedroht: Die Arbeiter, S.56-99.

²⁶⁷Mit Notverordnung vom 1. Dezember 1930 wurden zunächst die Beamtengehälter um 6 % gekürzt und die öffentlichen Arbeitgeber ermächtigt, Tarifverträge vorzeitig zu kündigen. Mit Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurden dann alle Gehälter im öffentlichen Dienst noch einmal gestaffelt um 4 % bis 8 % gekürzt. Mit Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurden schließlich nicht nur alle Gehälter im öffentlichen Dienst erneut um 9 % gemindert, sondern auch alle Tariflöhne auf den Stand von 1927 zurückgesetzt oder um maximal 10 % gekürzt, die Zinsen um 6 % und die kartellrechtlich oder anderweitig gebundenen Preise um 10 % gesenkt. Vgl.: Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Unveränderter Neudruck des erstmals 1948 erschienenen Werkes, Kronberg/Taunus, Düsseldorf 1978, S.396 (NV 1. Dezember 1930 und NV 5. Juni 1931) sowie S.397 (NV 8. Dezember 1931).

1932 auf einen Indexwert von 64 und damit unter den niedrigsten Indexwert (74) seit der Währungsreform von 1924.²⁶⁸

Neben den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und den sozial-, tarif- und abgeschwächt preispolitischen Eingriffen durch das Präsidialkabinett Brüning gab es in Deutschland bereits seit Mitte der zwanziger Jahre eine massive Agrarkrise, die auf eine durch die Mechanisierung der Landwirtschaft in den USA, Kanada, Australien und Argentinien hervorgerufene Überproduktion zurückzuführen war und zu einem Preisverfall führte.²⁶⁹ Um dem Preisverfall entgegenzuwirken, war es seit 1925 zu Schutzzöllen und seit 1928 zu Agrarsubventionen für die ostelbischen Großagrarien (Guts- und Rittergutsbesitzer), die seit 1921 im Reichslandbund zusammengeschlossen waren, durch die „Osthilfe“ gekommen,²⁷⁰ während die meisten der in der Landwirtschaft tätigen 2,2 Millionen Selbstständigen und 4,5 Millionen mithelfenden Familienangehörigen allenfalls von Schutzzöllen profitierten, aber keine Agrarsubventionen erhielten. In Schleswig-Holstein hatte sich deshalb bereits 1928 eine „Landvolkbewegung“ gebildet,²⁷¹ die aus Protest gegen Zwangsversteigerungen überschuldeter Bauernhöfe ab 1929 Brandanschläge auf öffentliche Gebäude und am 1. September 1929 auch einen Brandschlag auf den Reichstag verübte.²⁷² Trotz der begonnenen Radikalisierung der Bauern wurde die einseitige Begünstigung der ostelbischen Großagrarien vom Präsidialkabinett Brüning mit dem Agrarprogramm vom April 1930 noch weiter ausgebaut.²⁷³

Durch eine Bankenkrise, die in Deutschland nach dem Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im Mai 1931 und dem Abzug kurzfristig kündbarer ausländischer Kredite sowie der Verlagerung inländischer Geldvermögen ins Ausland am 13. Juni 1931 ausbrach, als die Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank) als damals größte und infolge des Bankrotts des Textilkonzerns Nordwolle erhebliche Verluste verzeichnende Bank ihre Illiquidität bekanntgab und auch die Filialen der Dresdner Bank und der Rheinischen Landesbank wegen akuter Liquiditätsprobleme geschlossen blieben, wurde das seit der Währungsreform 1923/24 wiedergewonnene Vertrauen der Bevölkerung in die Währung schwer erschüttert. Trotz einer von der Reichsregierung verkündeten Einlagengarantie für die Danat-Bank erfolgte ein reichsweiter Ansturm auf alle Banken und Sparkassen durch Kunden, die ihre angesammelten Ersparnisse abheben wollten. Um den Ansturm einzudämmen, wurden per Notverordnung für den 14. und 15. Juni 1931 zwei „Bankfeiertage“ verkündet, an denen alle

²⁶⁸Vgl.: Ebd., S.158.

²⁶⁹Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin, Bonn 1985, S.42: „1927 schlug die Agrarkrise mit dem Sturz der Schweinepreise in Deutschland voll durch.“ Siehe zu der nach dem Ersten Weltkrieg betriebenen Mechanisierung der Landwirtschaft in Übersee und dem ab 1925 beginnenden weltweiten Preisverfall auch: Ebd., S.734.

²⁷⁰Vgl.: Ebd., S.755-759.

²⁷¹Vgl.: Ebd., S.742: „In dem auf Veredelungsprodukte spezialisierten Schleswig-Holstein wirkte sich die Agrarkrise alsbald auch politisch aus: Die Radikalisierung der ländlichen Bevölkerung setzte einige Jahre vor dem Rechtsschwenk der Städte ein – nämlich schon bei der Reichstagswahl vom Mai 1928.“

²⁷²Vgl.: Ebd., S.734.

²⁷³Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.129. Siehe auch: Ebd., S.177: „In geradezu verschwenderischer Fülle flossen Gelder an die ostelbischen Rittergutsbesitzer, ohne dass diese ihre Wettbewerbsfähigkeit auch nur im Geringsten gesteigert hätten.“

Geldinstitute und Postscheckämter komplett geschlossen bleiben mussten. Anschließend durften nur Auszahlungen und Überweisungen für Löhne und Sozialleistungen und vom 20. Juli bis 5. August 1931 nur Auszahlungen und Überweisungen bis 100 RM, später bis 300 RM vorgenommen werden.²⁷⁴

Die Wiederaufnahme des regulären Zahlungsverkehrs wurde erst möglich, als der amerikanische Präsident Herbert Hoover (1874-1964) am 20. Juni 1931 den Vorschlag unterbreitete, die Reparationszahlungen für ein Jahr auszusetzen, und sich die USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Japan mit Deutschland bei einer vom 20. bis 23. Juli 1931 in London stattfindenden Konferenz auf ein Aussetzen der Reparationszahlungen für ein Jahr, die Verlängerung eines bereits zuvor von der Reparationsbank für Internationalen Zahlungsverkehr geleisteten Kredits in Höhe von 100 Mio. US-Dollar (= 420 Mio. RM) um drei Monate und die Gründung eines Kredithilfefonds internationaler, vor allem amerikanischer Banken verständigten, mit denen der Kapitalabfluss aus Deutschland innerhalb weniger Tage gestoppt wurde.²⁷⁵

Die vom Präsidialkabinett Brüning verfolgte Absicht, mit den seit März 1930 vorgenommenen Einschränkungen bei Löhnen und Sozialleistungen die Exportfähigkeit Deutschlands zu erhöhen, wurde im September 1931 erheblich konterkariert, als Großbritannien seine Währung von Gold- auf Silberstandard umstellte und dadurch das britische Pfund um 20 Prozent abwertete und weitere 25 Länder ihre Währungen ebenfalls auf Silberstandard umstellten.²⁷⁶ Zwei Monate später zeichnete sich für die gesamtpolitischen Absichten des Präsidialkabinetts Brüning auf dem Gebiet der Reparationen allerdings ein Lichtblick ab, da die Reparationsbank für Internationalen Zahlungsverkehr in einem beim „Hoover-Memorandum“ im Sommer vereinbarten und am 23. Dezember 1931 vorgelegten Sondergutachten zu dem Ergebnis kam, dass Deutschland angesichts seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage nicht imstande sei, die Verpflichtungen des Young-Planes zu erfüllen.²⁷⁷ „Die wirtschaftliche Krise voll

²⁷⁴Vgl.: Ebd., S.368f. und S.382. Siehe auch: Stadtparkasse Fürth, 160 Jahre Stadtparkasse Fürth. Geschichte und Leistung, in: Sonderausgabe der Stadtparkasse aktuell zum 160. Geschäftsjahr, Fürth 1987, S.5. Für die Stadtparkasse Fürth bedeutete dies, dass sie zum Zeitpunkt des Ferienbeginns gezwungen war, Abhebungen zu rationieren, weil die Reichsbank keine Gelder mehr abgab. Der reguläre Zahlungsverkehr konnte erst am 28. Juli 1931 eingeschränkt wiederaufgenommen werden.

²⁷⁵Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.359 (Hoover-Moratorium), S.376f. (Londoner Konferenz).

Außerdem wurde in Deutschland mit Notverordnung vom 19. September 1931 eine Bankenaufsicht eingeführt. Mit Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wurden dann die Sparkassen, bei denen die Kommunen als Eigentümerinnen bislang die Möglichkeit eines unmittelbaren Zugriffs auf die Einlagen hatten, in Anstalten des öffentlichen Rechts mit eigenem Vermögen umgewandelt, die höchstens 25 % der Gesamteinlagen als Kommunalkredite verleihen durften und eine Liquiditätsreserve bei den Girozentralen der Länder halten mussten.

Die in die Krise geratenen großen Geschäftsbanken wurden anschließend vom Staat durch den Ankauf ihrer Gesellschaftsaktien gerettet, da sich das Reich und die Golddiskontbank als Tochtergesellschaft der Reichsbank zu 91 % an der nun mit der Danat-Bank fusionierten Dresdner Bank, zu 70 % an der mit dem Barmer Bankenverein zusammengeschlossenen Commerz- und Privatbank und zu 30 % an der bereits 1929 eigenständig fusionierten Deutschen Bank und Disconto Gesellschaft (DeDiBa) beteiligten. Vgl.: Ebd., S.384.

²⁷⁶Vgl.: Ebd., S.421 und S.454f. Deutschland konnte damals nicht vom Goldstandard abweichen, da der Young-Plan eine Währungsumstellung ausschloss. Zudem war es international kein Gläubiger-, sondern ein Schuldnerland, allen voran gegenüber den USA, die bis 1933 am Goldstandard festhielten.

²⁷⁷Vgl.: Ebd., S.468.

ausnutzen, auch wenn das mehr soziale Not und mehr politische Radikalisierung bedeutete. Das war die politische Linie, mit der die Regierung Brüning in die Reparationsverhandlungen des Jahres 1932 zu gehen gedachte.²⁷⁸

Die politische Linie des Ausnutzens der wirtschaftlichen Krise, die seit März 1930 eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit von drei auf sechs Millionen Personen, Kurzarbeit, Sozialleistungs-, Besoldungs- und Lohnkürzungen sowie zahlreiche vor den Ruin stehende selbstständige Bauern, Händler und Handwerker produziert hatte, war zugleich das Wasser auf die Propagandamühlen der NSDAP, die bei der Reichstagwahl am 14. September 1930 bereits zweitstärkste Fraktion geworden war.²⁷⁹ Bei einer Besprechung zwischen Reichskanzler Brüning und führenden Wirtschaftsvertretern war am 30. Juli 1931 zwar erstmals eine Abkehr von der Deflationspolitik ins Gespräch gebracht worden.²⁸⁰ Aber aufgrund inflationistischer Befürchtungen standen sowohl Reichskanzler Brüning als auch die SPD-Reichstagsfraktion Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eher skeptisch gegenüber, während sich die NSDAP ab Frühjahr 1932 zunehmend als Arbeitsbeschaffungspartei profilierte und bei den Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg am 24. April 1932 erhebliche Stimmengewinne erzielte.²⁸¹

Um Hitler zu verhindern, hatte die SPD bei der zuvor stattgefundenen Reichspräsidentenwahl auf einen eigenen Kandidaten verzichtet und ebenso wie Zentrum und BVP Reichspräsident von Hindenburg unterstützt, der im ersten Wahlgang am 13. März 1932 einen Stimmenanteil von 49,6 % (Hitler 30,1 %, Thälmann/KPD 13,2 %, Duesterberg/Stahlhelm 6,8 %) erreichte und schließlich im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 mit einem Stimmenanteil von 53,0 % (Hitler 36,8 %, Thälmann/KPD 10,2%) und damit der erforderlichen absoluten Mehrheit wiedergewählt wurde.²⁸² Danach nahm der Reichspräsident das gute Abschneiden der NSDAP bei der Landtagswahl in Preußen zum Anlass, gegenüber Reichskanzler Brüning darauf zu drängen, dass das Zentrum die bisherige Koalition mit der SPD unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun (1872-1955) auflöste und eine Koalition mit der NSDAP einging und den Ministerpräsidenten stellte. Als Brüning in einer Unterredung beim Reichspräsidenten am 29. Mai 1932 nicht sogleich zustimmte, entzog dieser der Regierung die Erlaubnis, Notverordnungen zu erlassen, worauf das Kabinett am 30. Mai 1932 geschlossen zurücktrat.²⁸³

²⁷⁸Ebd., S.470. Die Reparationsverhandlungen waren für Juni 1932 in Lausanne vorgesehen.

²⁷⁹Vgl.: Götz Aly; Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass, Frankfurt/Main 2011, S.243f.: „Erst nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise trat die NSDAP aus dem Schatten der Bedeutungslosigkeit. Ihre politische Popularität gewann die NSDAP als gesamtdeutsche Protestpartei im Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs... Jeder zweite abhängig Beschäftigte wurde arbeitslos. Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten konnten, hatten Kurzarbeit und erhebliche Lohninbußen hinzunehmen. Die deutsche Industrieproduktion ging um 40 Prozent zurück, die Realeinkommen sanken um ein Drittel.“

²⁸⁰Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.380: „Der Braunkohlenindustrielle Paul Silverberg hielt es geradezu für selbstverständlich, ‚dass man eine ausgesprochene Deflation nur mit Mitteln bekämpfen kann, die wie eine Inflation aussehen. Man muss nur verhüten, dass die inflationistischen Dinge dauernd wirken‘.“

²⁸¹Vgl.: Ebd., S.541 und S.545.

²⁸²Vgl.: Ebd., Kapitel Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg! Die Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932, S.511-532.

²⁸³Vgl.: Ebd., S.571-574.

Seit der Etablierung des Präsidialkabinetts Brüning im März 1930 war in Deutschland entscheidend, „was Hindenburg und seine politischen Berater wollten. Als sie Brüning im März 1930 zum Reichskanzler machten, wollten sie die Regierung aus der Abhängigkeit vom Reichstag im Allgemeinen und von der Sozialdemokratie im Besonderen lösen ... Im Frühjahr 1932 waren auch Hindenburg und seine Berater zu der Überzeugung gelangt, dass man nicht mehr gegen die NSDAP Politik machen konnte. Sie war die Massenpartei der Rechten geworden, die nach dem Willen des Reichspräsidenten zwar nicht unmittelbar regieren, aber doch eine Präsidialregierung der Rechten so mittragen sollte, wie die SPD bisher das Mitte-Rechts-Kabinett Brüning gestützt hatte.“²⁸⁴

Mitentscheidend war aber auch, was andere soziale Kräfte und politische Akteure wollten, und so geriet das unter der Oberhoheit des Reichspräsidenten stehende Präsidialregime in eine Systemkrise, als Reichspräsident von Hindenburg am 1. Juni 1932 den Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969) zum Reichskanzler ernannte, der ein „Kabinett der Barone“ bildete, in dem acht der zehn Mitglieder Adlige waren. Während damit die traditionelle und durch die Revolution 1918 in die Schranken verwiesene Elite des Kaiserreichs die Regierungsgeschäfte übernahm, waren andere soziale Kräfte kaum oder gar nicht vertreten.²⁸⁵ Um einem Parteiausschluss zuvorzukommen, trat von Papen am 3. Juni 1932 aus der Zentrumspartei aus und verfügte fortan über noch weniger Rückhalt im Reichstag als Reichskanzler Brüning. Da die SPD-Reichstagsfraktion bereits am 2. Juni 1932 einen Misstrauensantrag gestellt hatte und auch KPD, Zentrum, BVP und DStP der Regierung den Kampf ansagten, löste Reichspräsident von Hindenburg den Reichstag am 4. Juni 1932 auf und setzte für Ende Juli 1932 Neuwahlen fest.²⁸⁶

Im Vorfeld der am 16. Juni 1932 in Lausanne beginnenden Reparationsverhandlungen hielt das „Kabinett der Barone“ an der seit März 1930 vom Präsidialkabinett Brüning verfolgten politischen Linie fest, die wirtschaftliche Krise für außenpolitische Zwecke auszunutzen, auch wenn dies mehr soziale Not und mehr politische Radikalisierung bedeutete. Mit einer vom Präsidialkabinett Brüning vorbereiteten und vom Präsidialkabinett von Papen am 14. Juni 1932 erlassenen Notverordnung wurden die Sätze der Arbeitslosenunterstützung auf die Sätze der Krisenfürsorge herabgesetzt, diese um 10 % gekürzt, die Unterstützungsdauer auf sechs Wochen beschränkt und die Wohlfahrtssätze ebenfalls um 15 % vermindert.²⁸⁷

In Fürth hielten die kommunalpolitisch Verantwortlichen allerdings bis zum Ende der Weimarer Republik an den bisherigen Fürsorgesätzen fest und verringerten sie erst auf massiven Druck der Regierung von Mittelfranken am 1. Februar 1933 um 5 %.²⁸⁸ Zu diesem Zeitpunkt war Adolf Hitler bereits Reichskanzler. Bei seiner Ernennung spielten Reparationsfragen keine Rolle mehr, da auf der vom 16. Juni bis 9. Juli 1932

²⁸⁴Ebd., S.580.

²⁸⁵Vgl.: Ebd., S.614: „Die Regierung von Papen repräsentierte in erster Linie die gesellschaftlichen Kräfte, die Brüning zu Fall gebracht hatten, die ostelbischen Rittergutsbesitzer und die mit ihr verbündete militärische Führungsschicht. Preußens vorindustrielle Elite hatte in der neuen Regierung ein derart starkes Gewicht, dass das industrielle Unternehmertum und zumal die exportorientierten Wirtschaftszweige Anlass zu Befürchtungen hatten ... Überhaupt nicht vertreten waren im Kabinett von Papen der gewerbliche Mittelstand und die Arbeitnehmer.“

²⁸⁶Vgl.: Ebd., S.614f.

²⁸⁷Vgl.: Ebd., S.626.

²⁸⁸Vgl.: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung, Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980, S.217f.

laufenden Konferenz in Lausanne die Einstellung der Reparationszahlungen gegen eine von Frankreich geforderte und vorläufig gestundete Schlusszahlung von 3 Mrd. RM beschlossen worden war.²⁸⁹ Gleichzeitig wurden aber die mit der außenpolitischen Instrumentalisierung der wirtschaftlichen Krise und den einseitigen Agrarsubventionen verbundene soziale Not und die daraus folgende politische Radikalisierung zusammen mit weiteren Notverordnungen des Reichspräsidenten zu einem Vehikel für die Machtübertragung an Adolf Hitler. Die einzelnen Stationen waren:

- Die am 16. Juni 1932 erfolgte Aufhebung des SA-Verbots, das Reichswehrminister Groener auf Drängen der Länder Preußen, Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen und Hessen am 13. April 1932 erlassen hatte, um dem allgegenwärtigen Terror der SA entgegenzuwirken. Der Aufhebung des SA-Verbots folgte bis Ende Juli 1932 eine Welle politischer Gewalttaten im Wahlkampf. Die Länder Bayern und Baden erließen zwar eigene Uniformverbote, die aber mit Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 aufgehoben wurden,²⁹⁰ so dass sich der Straßen- und Versammlungsterror der SA im ganzen Reich entfalten konnte.²⁹¹ Zugleich kam es durch die KPD zur Gründung der Antifaschisten Aktion und eines Massenselbstschutzes, an denen sich auch Mitglieder der SPD, der 1931 aus einer Abspaltung

²⁸⁹Vgl.: Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.634.

²⁹⁰Vgl.: Ebd., S.627f. Siehe zum SA-Verbot vom 13. April 1932: Ebd., S.522-526.

²⁹¹Vgl. zur Organisation und zu den Praktiken der SA: Peter Longerich, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989, Kapitel Die SA als Massenorganisation (1930-1933), S.78-164: Die SA war ursprünglich als Wehrverband der NSDAP gegründet worden. 1925 wurde sie Hilfstruppe der Partei und verfügte ab 1929 über eine „Reichszeugmeisterei“, die für die von den Mitgliedern zu bezahlenden Uniformen und Ausrüstungsgegenstände zuständig war, über eine eigene SA-Versicherung, für die eine Pflichtmitgliedschaft gegen bei Einsätzen erlittene Personenschäden bestand, und über eine Zigarettenfabrik („Sturm“). Außerdem hatte die SA ein eigenes Sanitätswesen mit Sanitätern, die Marschkolonnen begleiteten, und mit eigenen Ärzten und Lazaretten, so dass Verletzte keine normalen Arztpraxen oder Krankenhäuser aufsuchen mussten.

Im Herbst 1930 hatte die SA rund 60.000 Mitglieder, die zwar aus allen Schichten stammten, aber zu etwa zwei Dritteln unter 30-Jährige und Erwerbslose waren (vgl. ebd., S.81-85). Der SA-Dienst bestand aus Flugblätter verteilen, Plakate kleben, Propagandamärschen und -ausfahrten, Schutz der NSDAP-Versammlungen sowie Störung und Sprengung von Versammlungen anderer Parteien (vgl. ebd., S.93f.). Für erwerbslose Mitglieder wurden ab 1930 auch SA-Küchen und SA-Heime eingerichtet, die sich in Wohnungen und in Werkstatt- oder Lagergebäuden befanden, die von handwerklich ausgebildeten SA-Männern entsprechend umgebaut worden waren (vgl. ebd., S.126-130).

Die Mitgliederzahl der SA stieg bis Januar 1932 auf 200.000 Personen und bis Juni 1932 innerhalb eines halben Jahres sogar auf 397.000 Personen (vgl. ebd., S.159). „Die Spezialität der SA war es, ihre Märsche zu Provokationen zu nutzen und zu diesem Zweck pflegte insbesondere die großstädtische SA, ihre Marschrouten bevorzugt durch ‚rote‘ Straßen und Vierte zu legen“ (ebd., S.117). Begleitet wurden die SA-Marschkolonnen dabei nicht nur vom SA-Sanitätsdienst, sondern auch von ausgesuchten, kräftigen SA-Männern in Zivil und ohne Abzeichen, die Zuschauern und Passanten auf den Bürgersteigen bei negativen Äußerungen oder Gesten „auf die Hühneraugen“ traten (vgl. ebd., S.118).

Neben Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold waren vor allem jüdische Bürger ein Hauptangriffsziel der SA. „Für die Berliner SA-Stürme war es geradezu ein ‚Sport‘, am Sonntag zum Kurfürstendamm zu fahren, und dort, auf der Prachtstraße des Berliner Westens mit seinem relativ hohen jüdischen Bevölkerungsanteil, Passanten zu belästigen oder zu verprügeln“ (ebd., S.121). Zu den frühen Praktiken der SA zählte auch das Plündern jüdischer Geschäfte, insbesondere dann, wenn Nationalsozialisten von örtlichen Gerichten nicht freigesprochen, sondern zu Strafen verurteilt wurden.

von der SPD hervorgegangenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Parteilose beteiligten.²⁹² Trotz der Mobilisierung von rund 70.000 Menschen konnte die KPD eine Großkundgebung der NSDAP mit Goebbels im Wuppertaler Stadion am 14. Juli 1932 nicht verhindern. „Doch der neu geschaffene ‚rote Massenselbstschutz‘ der KPD mit seinen Betriebs-, Erwerbslosen-, Wohngebiets- und Hausschutzstaffeln lieferte vor allem im Westen Deutschlands zahlreiche Beweise seiner Schlagkraft.“²⁹³

- Die Ersetzung der nach der Landtagswahl vom April 1932 geschäftsführend im Amt gebliebenen preußischen Regierung aus SPD und Zentrum unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun am 20. Juli 1932 durch einen Reichskommissar („Preußenschlag“), wozu Reichskanzler von Papen bereits am 14. Juli 1932 von Reichspräsident von Hindenburg eine Blankovollmacht für eine Notverordnung zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung in Preußen erhalten hatte.²⁹⁴ Wie der von der SPD und den besonders föderalistisch orientierten Ländern Bayern und Baden angerufene Staatsgerichtshof in seiner Entscheidung vom 25. Oktober 1932 bestätigte,²⁹⁵ war der „Preußenschlag“ zumindest partiell ein Verfassungsbruch, da Preußen auch die Länderrechte im Reichsrat entzogen worden waren.²⁹⁶ Durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs gab es in Preußen bis zum Ende der Weimarer Republik zwei Regierungen (die des Reichskommissars, die die vollziehende Gewalt ausübte, und die abgesetzte Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die die Rechte Preußens im Reichsrat vertrat), doch war mit dem „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 erstmals der Föderalismus bei der vollziehenden Gewalt eines Landes ausgehebelt worden.
- Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, bei der es am Samstag vor der Wahl 10 Tote und 83 Verletzte und am Wahltag 12 Tote und 75 Verletzte gab und die NSDAP 37,4 % (SPD 21,8 %, Zentrum und BVP 15,7 %, KPD 14,3 %, DNVP 5,9 %) der Stimmen erhielt sowie mit 230 Mandaten (SPD 133, Zentrum und BVP 97,

²⁹²Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.642. Bei einem im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion und dem Massenselbstschutz am 10. Juli 1932 veranstalteten Reichseinheitskongress waren von 1.465 anwesenden Delegierten 954 Parteilose, 379 Kommunisten und 132 Mitglieder der SPD, der SAP und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

²⁹³Ebd., S.642f.

²⁹⁴Vgl.: End., S.648. Den Anlass zur Umsetzung des „Preußenschlages“ vom 20. Juli 1932 lieferte der Altonaer Blutsonntag vom 17. Juli 1932, an dem bei einem Propagandamarsch von 7.000 Nationalsozialisten durch das bis 1937 zu Preußen gehörende und von SPD und KPD dominierte Altona zwei Nationalsozialisten durch Pistolenschüsse - die nicht wie damals angenommen vom Massenselbstschutz der KPD, sondern wie sich 1992 herausstellte aus Polizeipistolen abgegeben worden waren - und den anschließenden Karabinerschüssen der auf die Versammelten und die Häuser schießenden Polizei sechzehn Zivilisten ums Leben gekommen waren. Vgl.: Ebd., S.650-652.

Siehe auch den Artikel Altonaer Blutsonntag, in: www.wikipedia.de, hier. Ausdruck von 19.12.2019: In der NS-Zeit wurden in einem von 8. Mai bis 2. Juni 1933 stattfindenden Gerichtsprozess vier den Kommunisten zugerechnete Angeklagte zum Tode und mindestens zwölf weitere Personen zu Haftstrafen verurteilt. Die vier Todesurteile wurden am 1. August 1933 auf dem Hof des Gerichtes vollstreckt. 1992 wurden die vier Todesurteile wegen Fälschung der Beweise vom Hamburger Landgericht aufgehoben und die Hingerichteten zu Opfer des Nationalsozialismus erklärt.

²⁹⁵Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.663.

²⁹⁶Vgl.: Ebd., S.765.

KPD 89, DNVP 37 Mandate) stärkste Fraktion wurde.²⁹⁷ Um auszuloten, ob die NSDAP bereit war, sich an einer Regierung unter Reichskanzler von Papen zu beteiligen, empfing Reichspräsident von Hindenburg am 13. August 1932 Adolf Hitler, der erwiderte, dass er und seine Partei die Regierung und die Staatsführung in vollem Umfange übernehmen müssten, was der Reichspräsident mit dem Hinweis ablehnte, dass er es nicht verantworten könne, einer Partei die gesamte Regierungsgewalt zu übergeben, noch dazu einer Partei, die einseitig gegenüber Andersdenkenden eingestellt sei. Danach kündigte er an, gegen Terror- und Gewaltakte mit aller Schärfe einzuschreiten, und reichte Hitler am Ende des Gesprächs mit dem Hinweis, dass sie ja beide „alte Kameraden“ seien und es bleiben wollen, da sie der Weg doch wieder zusammenführen könne, „kameradschaftlich die Hand“.²⁹⁸

- Zuvor hatte der Reichspräsident mit Notverordnung vom 9. August 1932 bei Totschlag an Polizeibeamten, Reichswehrangehörigen und aus politischen Motiven sowie bei Brandstiftung, Sprengstoffanschlägen und Gefährdung von Eisenbahntранporten die Todesstrafe und Sondergerichte eingeführt, die diese Fälle in einem beschleunigten Verfahren ohne Revisionsmöglichkeit verhandeln sollten.²⁹⁹ Durch die Sondergerichte ohne Revisionsmöglichkeit wurde das Rechtsstaatsprinzip ausgehebelt, da in einem Rechtsstaat die Justiz einer Kontrolle unterliegen und deshalb mindestens eine gerichtliche Revisionsmöglichkeit bestehen muss. Unabhängig von der Aushebelung rechtsstaatlicher Prinzipien fiel die Anwendung der Strafrechtsverschärfung in mindestens einem Totschlagsfall aus politischen Gründen am Ende doch nicht „mit aller Schärfe“ aus, wie das Reichspräsident von Hindenburg bei dem Gespräch mit Hitler am 13. August 1932 angekündigt hatte. Dies zeigte sich bei einer Gruppe von fünf SA-Männern, die kurz nach Inkrafttreten der Strafrechtsverschärfung für politisch motivierten Totschlag am 10. August 1932 im oberschlesischen Dorf Potempa einen kommunistischen Arbeiter zuhause überfallen und vor den Augen seiner Mutter zu Tode geprügelt hatten und am 22. August 1932 von einem Sondergericht zum Tode verurteilt wurden. Als Hitler und andere führende Nationalsozialisten im Völkischen Beobachter und in Reden mit einer Solidaritätskampagne für die von den „Bluturteilen“ betroffenen SA-Männer begannen, lenkte auch Reichspräsident von Hindenburg am 2. September 1932 ein und begnadigte die zum Tode Verurteilten zu lebenslangen Haftstrafen, da sie zum Tatzeitpunkt noch nichts von der Strafrechtsverschärfung gewusst hätten, weil die Notverordnung vom 9. August 1932 noch nicht allgemein bekanntgegeben worden war.³⁰⁰
- Da sich Hitler nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wegen des großen Wahlerfolgs der NSDAP nicht bereitfand, in ein Präsidialkabinett unter Reichskanzler von Papen einzutreten, kam es nach der Eröffnung des Reichstages am 30. August 1932 und einer von Reichspräsident von Hindenburg unterzeichneten Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932, die Steuererleichterungen für Unternehmer und die Möglichkeit von Lohnkürzungen bei Neueinstellungen

²⁹⁷Vgl.: Ebd., S.684.

²⁹⁸ Vgl.: Ebd., S.705.

²⁹⁹ Vgl.: Ebd., S.699.

³⁰⁰Vgl.: Ebd., S.699-701. Siehe auch den Artikel Mord von Potempa, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 20.12.2019.

ab der 30. bis 40. Wochenstunde um bis zu 20 % vorsah,³⁰¹ durch einen am 12. September 1932 gestellten Misstrauensantrag der KPD, dem mit Ausnahme der die Interessen der ostelbischen Guts- und Rittergutsbesitzer vertretenden DNVP die Abgeordneten aller anderen Parteien zustimmten, zu einer Neuwahl, deren Termin auf den 6. November 1932 festgesetzt wurde.³⁰²

- Auch nach der Reichstagswahl vom 6. November 1932, bei der die NSDAP mit 33,1 % (SPD 20,1 %, KPD 16,9 %; Zentrum und BVP 14,0 %, DNVP 8,9 %) leichte Stimmenverluste (-4,3 %) zugunsten der DNVP (+3,0 %) erlitten hatte, aber mit 196 Mandaten (SPD 121, KPD 100, Zentrum und BVP 90, DNVP 52 Mandate) stärkste Fraktion geblieben war,³⁰³ verfügte das „Kabinett der Barone“ kaum über Rückhalt im Reichstag. Als Reichskanzler von Papen deshalb am 17. November 1932 den Rücktritt des gesamten Kabinetts anbot und anschließende Sondierungsgespräche des Reichspräsidenten mit den Vorsitzenden aller Parteien, bei denen SPD und KPD ausgeschlossen blieben, zu keiner Tolerierung oder Unterstützung führten, wurde der Vertraute des Reichspräsidenten und seit 1. Juni 1932 als Reichwehrminister amtierende Kurt von Schleicher am 3. Dezember 1932 zum Reichskanzler ernannt.³⁰⁴ „Als Schleicher ... Papen den Posten des deutschen Botschafters in Paris anbot, intervenierte Hindenburg: Er wolle Papen angesichts einer sorgenvollen Zukunft noch einige Zeit in seiner Nähe haben.“³⁰⁵
- Zu der von Reichspräsident von Hindenburg angesprochenen sorgenvollen Zukunft zählte beispielsweise das Beharren Hitlers auf die Reichskanzlerschaft, aber auch eine im Herbst 1932 ausbrechende Streikwelle gegen Lohnkürzungen, die im kurz vor der Reichstageswahl am 6. November 1932 beginnenden und kurz danach endenden, von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) der KPD und der Nationalsozialistischen Betriebsorganisatin (NSBO) geleiteten und mit massiven Ausschreitungen verbundenen Streik bei den Berliner Verkehrsbetrieben ihren spektakulären Höhepunkt erreicht hatte.³⁰⁶ Die Streikwelle gegen Lohnkürzungen

³⁰¹Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.726.

³⁰²Vgl.: Ebd., S.723 (Eröffnung des Reichstages) und S.732 (Misstrauensantrag und Abstimmung). Vor der Abstimmung über den Misstrauensantrag war von Reichskanzler von Papen noch eine von Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnete Erklärung zur Auflösung des Reichstages auf das Pult des neuen Reichstagspräsidenten, Hermann Göring, gelegt worden, die dieser ignorierte und abstimmen ließ.

³⁰³Vgl.: Ebd., S.774.

³⁰⁴Vgl.: Ebd., S. 785-801.

³⁰⁵Ebd., S.801.

³⁰⁶Ebd., S.772. Siehe dazu auch: Ebd., S.765-772: Ursache für den vom 3. bis 7. November 1932 stattfindenden Berliner Verkehrsarbeiterstreik war eine beabsichtigte Kürzung der Stundenlöhne um 14 Pfennige, die von der Gewerkschaft bei Verhandlungen auf 2 Pfennige reduziert werden konnte, was von der RGO und der NSBO abgelehnt wurde. Da bei der Urabstimmung nur zwei Drittel der Belegschaft für einen Streik stimmte und damit die nach der Gewerkschaftssatzung erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht zustande kam, wurde der Streik von der Gewerkschaftsleitung abgesagt, worauf die RGO und die NSBO die Streikleitung übernahmen.

Bei Streikbeginn am 3. November 1932 wurden Straßenbahnschienen mit Schwellen blockiert, Omnibusse gestoppt oder mit Steinen beworfen und Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen. Da die Polizei Verhaftungen vornahm, kam es am 4. November 1932 beim Straßenbahndepot Schöneberg zu schweren Krawallen, gegen die die Polizei mit Schusswaffen vorging, wodurch drei Menschen getötet und acht weitere schwer verletzt wurden. Obwohl sich an der von der Gewerkschaft ausgehandelten Reduzierung der Stundenlöhne um 2 Pfennige nichts änderte, wurde der Streik von der aus der RGO und der NSBO bestehenden Streikleitung am 7. November 1932 für beendet erklärt.

und die massiven Ausschreitungen nationalsozialistischer und kommunistischer Aktivisten beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik führten innerhalb des Präsidialregimes zur Überprüfung der eigenen Machtposition. Wie ein im Kabinett am 2. Dezember 1932 vorgestelltes Planspiel der Reichswehr über die Einsatzfähigkeit bei größeren Unruhen ergab, reichten die Ordnungskräfte des Reiches und der Länder nicht aus, um die verfassungsmäßige Ordnung gegenüber Nationalsozialisten und Kommunisten aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Grenzen zu schützen.³⁰⁷

- Während sich das Präsidialregime fortan um eine Massenberuhigung kümmerte, indem Reichskanzler von Schleicher in seiner am 15. Dezember 1932 über Rundfunk abgegebenen Regierungserklärung als einzigen Punkt „Arbeit schaffen“ nannte und Reichspräsident von Hindenburg mit einer Notverordnung zur Sicherung des inneren Friedens am 19. Dezember 1932 die im August geschaffenen Sonderstrafregelungen und Sondergerichte für politisch motivierte Delikte wieder aufhob,³⁰⁸ gelang Franz von Papen am 4. Januar 1933 der entscheidende Brückenschlag zu Hitler, als er sich in der Villa des Kölner Bankiers Kurt von Schroeter mit dem Führer der NSDAP traf und dort ein Wiederaufleben der „Harzburger Front“ vorschlug.³⁰⁹
- Dass das Präsidialsystem nach dem von Reichspräsident von Hindenburg im Mai 1932 ausgelösten Rücktritt von Reichskanzler Brüning und der Bildung eines „Kabinetts der Barone“ durch Reichskanzler von Papen nicht mehr haltbar war, wurde auch deutlich, als Reichskanzler von Schleicher in der Kabinettsitzung am 16. Januar 1933 ausführte, dass in Deutschland auf Dauer nicht regiert werden könne, wenn man nicht eine breite Stimmung in der Bevölkerung hinter sich habe.³¹⁰ Außerdem geriet die seit 1930 von den Präsidialkabinetten praktizierte massive Subventionierung ostelbsicher Guts- und Rittergutsbesitzer kurz danach in ein skandalträchtiges Fahrwasser, da der Zentrumabgeordnete Joseph Ersing (1882-1956) im Haushaltsausschuss am 19. Januar 1933 Einzelheiten des „Osthilfeskandals“ enthüllte und forderte, dass sich der Reichstag damit befassen und eine Rückzahlung verlangen müsse, wenn öffentliche Gelder nicht zur Abdeckung von Schulden, sondern zum Ankauf von Luxusautos und Rennpferden und zu Reisen an die Riviera verwendet wurden.³¹¹ Von dem skandalträchtigen Fahrwasser blieb auch Reichspräsident von Hindenburg nicht verschont, als bekannt wurde, dass er für das Gut Neudeck in Ostpreußen, das er 1927 zu seinem 80. Geburtstag von der deutschen Wirtschaft geschenkt bekommen hatte, seinen Sohn Oskar von Hindenburg (1883-1960) als Eigentümer eintragen ließ, um ihm eines Tages die Erbschaftssteuer zu ersparen.³¹²
- In dieser Situation wurden in der Düsseldorfer Villa des am 1. Mai 1932 der NSDAP beigetretenen Sektkaufmanns Joachim von Ribbenetrop (1893-1946) - wo sich

³⁰⁷Vgl.: Ebd., S.799 und S.801.

³⁰⁸Vgl.: Ebd., S.819f. (Regierungserklärung von Reichskanzler von Schleicher am 15. Dezember 1932) und S.826 (Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932).

³⁰⁹Vgl.: Ebd., S.828. Die „Harzburger Front“ war erstmals auf Initiative des ehemaligen Finanzmanagers des Kruppkonzerns, dem Pressemagnaten der Weimarer Republik und DNVP-Vorsitzenden, Alfred Hugenberg (1865-1951) durch ein Treffen von DNVP, Stahlhelm, NSDAP und DVP in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931 zustande gekommen. Siehe dazu: Ebd., S.432.

³¹⁰Vgl.: Ebd., S.838.

³¹¹Vgl.: Ebd., S.843.

³¹²Vgl.: Ebd., S.844.

Franz von Papen und Adolf Hitler am 16., 18. und 21. Januar 1933 zu Abstimmungsgesprächen trafen und am 22. Januar 1933 auch Hindenburgs Staatssekretär Meißner und sein seit 1925 als Adjutant des Reichspräsidenten fungierender Sohn Oskar teilnahmen³¹³ - die Weichen für eine in der Bevölkerung möglichst breit verankerte Regierung gestellt. Parallel zu den Gesprächen erklärten Reichskanzler von Schleicher und das gesamte Kabinett am 28. Januar 1933 ihren Rücktritt.³¹⁴ Auf den Rücktritt reagierten der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und alle Gewerkschaften angesichts einer im Vergleich zur Vorkriegszeit um rund 40 % gesunkenen Industrieproduktion, einer Arbeitslosigkeit von 6 Millionen Personen und einer vom Berliner Institut für Konjunkturforschung im August 1932 festgestellten Tendenzwende in der Weltwirtschaft sogleich mit Schreiben an den Reichspräsidenten, in denen sie darauf hinwiesen, dass die ständigen politischen Krisen die wirtschaftliche Erholung gefährden.³¹⁵ Nach einem weiteren Gespräch zwischen von Papen und Hitler am Vormittag des 29. Januar 1933 konnte Hermann Göring seinem Führer am Nachmittag melden, dass Hindenburg sich mit der Kanzlerschaft Hitlers einverstanden erklärt habe.³¹⁶ Am 30. Januar 1933 wurde Hitler dann im Arbeitszimmer des Reichspräsidenten offiziell zum Reichskanzler ernannt, Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen wurde Franz von Papen.³¹⁷

In Fürth war die Entwicklung bei den Ergebnissen der Reichstagswahlen seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 und der Entmachtung des Reichstags im März 1930 ähnlich wie im Reich verlaufen.³¹⁸

- Die Stimmenanteile der am 30. Januar 1933 die Regierung der nationalen Erhebung bildenden Parteien der jüngeren (NSDAP) und älteren (DNVP) völkisch-nationalen Bewegung, die im Mai 1928 zusammen 18,3 % (Fürth) bzw. 16,8 % (Reich) betragen hatten, stiegen im September 1930 auf 26,3 % (Fürth) bzw. 25,8 % (Reich), Ende Juli 1932 auf 41,4 % (Fürth) bzw. 43,2 % (Reich) und verharrten im November 1932 bei 40,5 % (Fürth) und 42,0 % (Reich).

³¹³Vgl.: Ebd., S.845.

³¹⁴Vgl.: Ebd., S.851.

³¹⁵Vgl.: Ebd., S.710 (Tendenzwende in der Volkswirtschaft) und S.853 (Schreiben des RDI, des DIHT und aller Gewerkschaften).

³¹⁶Vgl.: Ebd., S.857.

³¹⁷Vgl.: Ebd., S.860.

³¹⁸Vgl. dazu die in der folgenden Übersicht wiedergegebenen Angaben von: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980, Tabelle 2, S.461f.:

Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928 bis 1932 Stadt Fürth und Reich in %

	RT-Wahl 20.05.1928		RT-Wahl 14.09.1930		RT-Wahl 31.07.1932		RT-Wahl 06.11.1932	
	Fürth	Reich	Fürth	Reich	Fürth	Reich	Fürth	Reich
NSDAP	6,6	2,6	23,6	18,8	38,7	37,3	35,6	33,1
DNVP	11,7	14,2	2,7	7,0	2,7	5,9	4,9	8,9
SPD	51,1	23,8	43,3	24,5	35,3	21,6	34,4	20,4
KPD	4,9	10,6	8,0	13,1	13,9	14,3	15,0	16,9
BVP+Zentrum	5,4	15,2	5,7	14,6	5,8	15,6	5,4	15,0
DDP/DStP	5,6	4,9	3,1	3,8	0,9	1,0	0,9	1,0
Wirtschaftspartei	6,4	4,5	5,8	3,9	0,5	0,4	0,5	0,3
DVP	3,7	8,7	1,9	4,5	0,6	1,2	1,2	1,9

- Die Stimmenanteile der ehemals linksliberalen DDP/DStP, der mittelständischen Wirtschaftspartei und der nationalliberalen DVP, die im Mai 1928 zusammen 15,7 % (Fürth) bzw. 18,1 % (Reich) betragen hatten, verringerten sich im September 1930 auf 10,8 % (Fürth) bzw. 12,2 % (Reich) und bildeten im Juli und November 1932 nur noch Restgrößen von 2,0 % (Fürth) und 2,6 % (Reich) bzw. 2,6 % (Fürth) und 3,2 % (Reich).
- Die Stimmenanteile der BVP blieben bei allen vier Reichstagswahlen in Fürth (5,4 %, 5,7 %, 5,9 % und 5,4 %) ebenso wie die Stimmenanteile von BVP und Zentrum im Reich (15,2 %, 14,6 %, 15,6 % und 15,0 %) relativ konstant.
- Die Stimmenanteile von SPD und KPD, die im Mai 1928 zusammen 56,0 % (Fürth) bzw. 34,4 % (Reich) betragen hatten, verringerten sich im September 1930 in Fürth auf 51,3 %, während sie im Reich mit 37,6 % geringfügig stiegen, und verblieben im Juli und November 1932 in Fürth mit 49,2% und 49,4 % bzw. im Reich mit 35,9 % und 37,3 % ungefähr auf diesem Niveau, wobei es verglichen mit den Stimmenanteilen im Mai 1928 allerdings zu immer größer werdenden Verschiebungen zu Lasten der SPD und zu Gunsten der KPD kam.

Während die NSDAP in Fürth mit ihren Wahlkampfaktivitäten vor den Reichstagswahlen im September 1930 und im Juli 1932 die Wahlkampfaktivitäten aller anderen Parteien übertrafen,³¹⁹ waren die örtlichen Zeitungen, Druckereien und Wirte mit den Wahlkampfaktivitäten vor der Reichstagswahl im November 1932 nicht zufrieden, da alle Parteien an Geldmangel litten und nur ein sehr bescheidener Wahlkampf geführt wurde. „Der letzte Wahlkampf des Jahres 1932 war in Fürth auch der ruhigste. Abgesehen von der Störung einer DNVP-Versammlung durch die Nationalsozialisten am 3. November verlief der Wahlkampf in Fürth ohne Störungen.“³²⁰ Dagegen war es bei den vorangegangenen Wahlkämpfen im Jahr 1932 noch zu etwas heftigeren Auseinandersetzungen und Protestäußerungen gekommen. So sprengten Angehörige der Eisernen Front und der KPD im Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 einen öffentlichen Sprechabend der NSDAP, der daraufhin von der Polizei aufgelöst wurde.³²¹ Im Wahlkampf zur Reichstagswahl im Juli 1932 kam es dann bei einem Propagandamarsch der SA durch das Arbeiterviertel in der Leyher Straße am 16. Juli 1932 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und ihren Gegnern, die von der Polizei relativ schnell unterbunden werden konnten.³²² Danach wurde am frühen Abend des 30. Juli 1932 die Kraftwagenkolonne Streichers, von der Hitler am Flugplatz Nürnberg-Fürth in Atzenhof zu einer abschließenden Wahlkampfveranstaltung der NSDAP im Nürnberger Stadion abgeholt werden sollte, durch eine am Grünen Markt und in der unteren Königstraße versammelte Menschenmenge mit Steinen, Kartoffeln und faulem Obst beworfen. Ob dabei auch ein Schuss von außen auf die Wagenkolonne abgegeben wurde oder sich bei einem Wageninsassen von selbst löste, konnte auch durch die anschließenden polizeilichen Ermittlungen nicht geklärt werden.³²³

³¹⁹ Vgl.: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980, S.391 und S.397.

³²⁰Ebd., S.409.

³²¹Vgl.: Ebd., S.394.

³²²Vgl.: Ebd., S.402.

³²³Vgl.: Ebd., S.403.

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler feierte die SA am Abend des 30. Januar 1933 nicht nur in Berlin und in anderen Orten, sondern auch in der Stadt Fürth mit einem Fackelzug.³²⁴ Wie von Reichspräsident von Hindenburg am Ende der Ernennungszeremonie angeordnet, hatten die Mitglieder der Regierung der nationalen Erneuerung zu diesem Zeitpunkt bereits ihre Arbeit aufgenommen, in die nach Klärung aller Machtverhältnisse in Parlamenten, kommunalen Gremien, Gewerkschaften und Vereinen ab September 1933 auch das Schul- und Erziehungswesen einbezogen und im Sinne einer totalitären nationalsozialistischen Diktatur umstrukturiert wurde. Von dieser Entwicklung und anderen Ereignissen waren auch die Stadt und die Schulen in Fürth betroffen.

6. Schulen in Fürth in der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurde der in der Weimarer Republik ab Frühjahr 1930 von Reichspräsident von Hindenburg mittels Präsidialkabinetten und Notverordnungen geschaffene autoritäre Staat bis zum Tod des Reichspräsidenten am 2. August 1934 zu einer totalitären nationalsozialistischen Diktatur ausgebaut. Die einzelnen Schritte waren:

- Die von Reichspräsident von Hindenburg am 4. Februar 1933 erlassene Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes, die den Reichsinnenminister und die Landesbehörden ermächtigte, Versammlungen, Aufmärsche und Druckschriften zu verbieten, womit die Wahlkampfaktivitäten von SPD und KPD massiv eingeschränkt wurden, sowie die nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 von Reichspräsident von Hindenburg erlassene Notverordnung zum Schutz von Staat und Volk vom 28. Februar 1933, womit die in der Weimarer Reichsverfassung verankerten Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden.³²⁵
- Die Reichstagswahl vom 5. März 1933, bei der die NSDAP 43,9 %, die SPD 18,3 %, die KPD 12,3 %, das Zentrum 11,3 % (mit BVP 14,0 %) und die aus der DNVP; dem Stahlhelm und dem Reichslandbund der Großagrarier bestehende Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 8,0 % der Stimmen erreichte. Mit 288 Mandaten für die NSDAP und 52 Mandaten für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot verfügte die seit 30. Januar 1933 amtierende Regierung der nationalen Erhebung nun über eine Reichstagsmehrheit von 340 der 647 Sitze.³²⁶
- Die Verordnung von Reichspräsident von Hindenburg zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933, mit der nicht nur das Tragen von Uniformen der an der Regierung beteiligten Parteien und deren Organisationen durch Nichtmitglieder, sondern auch vorsätzliche, nicht an

³²⁴Vgl.: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980, S.415.

³²⁵Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.876-882.

³²⁶Vgl.: Ebd., S.884-888.

Tatsachen orientierte Angriffe in Wort, Schrift und Bild gegen die Regierung unter Strafe gestellt und von Sondergerichten ohne Revisionsmöglichkeiten verhandelt wurden.³²⁷

- Die Eröffnung der Sitzungsperiode des Reichstages am 21. März 1933 in der Garnisonkirche von Potsdam („Tag von Potsdam“), zu der die Abgeordneten der KPD nicht mehr eingeladen und zum Großteil schon verhaftet oder untergetaucht waren sowie die noch nicht verhafteten oder ins Ausland geflohenen Abgeordneten der SPD durch ein Spalier uniformierter und massiv drohender Nationalsozialisten gehen mussten, um in die Sitzung zu gelangen, bei der Adolf Hitler durch eine Regierungserklärung und Reichspräsident von Hindenburg durch einen Besuch am Grab des preußischen Königs Friedrich II. (1712-1788) das Bündnis zwischen der jüngeren (NSDAP) und der älteren (DNVP) völkisch-nationalen Rechten, die sich spätestens seit Gründung der Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) im Jahr 1917 immer für einen entschlossen handelnden Führer an der Staatsspitze ausgesprochen hatte, sowie der Reichswehr in einem feierlichen Akt besiegelten.³²⁸
- Das verfassungsändernde Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933, dem am Tag zuvor mit Ausnahme der nicht mehr geladenen KPD-Abgeordneten und der Ablehnung durch die noch verbliebenen SPD-Abgeordneten alle anderen im Reichstag vertretenen Parteien zugestimmt hatten. Das Gesetz ermächtigte die Reichsregierung, neben Verordnungen auch einfache und verfassungsändernde Gesetze zu erlassen und Verträge mit ausländischen Staaten zu schließen. Zentrum und BVP hatten ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von der Wahrung der Rechte der Kirche und dem Abschluss eines Reichskonkordats abhängig gemacht, was von Adolf Hitler zugesagt worden war.³²⁹ Das Reichskonkordat mit der katholischen Kirche wurde von der Reichregierung am 20. Juli 1933 geschlossen.³³⁰
- Das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933, mit dem die Ergebnisse der Reichstagswahl und die sich daraus ergebenden Mandatsverteilung ohne Berücksichtigung der KPD auf die Länder übertragen wurden, so dass NSDAP und DNVP auch in Bayern und allen anderen Ländern sowie in allen Kommunen eine Parlaments- bzw. Ratsmehrheit bekamen.³³¹

In Bayern war die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten schon vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes und des Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich erfolgt, da der seit 1924 amtierende bayerische Ministerpräsident Heinrich Held (BVP) vom 9. bis 15. März 1933 durch massiven Druck der SA zum Rücktritt genötigt wurde, während der Freikorpsführer und Reichstagsabgeordnete der NSDAP, General Ritter von Epp (1868-1947), als Reichsstatthalter im Auftrag der Reichsregierung die gesamte Staatsgewalt übernahm und am 12. März 1933 Ludwig

³²⁷Vgl. den Artikel Heimtücke-Gesetz, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 08.10.2019.

³²⁸Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.901.

³²⁹Vgl.: Ebd., S.902-906.

³³⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.174.

³³¹Vgl.: Ebd.

Siebert (1874-1942) zum Ministerpräsidenten ernannte.³³² Kultusminister wurde Hans Schemm (1891-1935 durch einen Flugzeugabsturz), der als ausgebildeter Lehrer und Gauleiter von Oberfranken im Jahr 1929 den nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) mit Sitz in Bayreuth gegründet hatte.³³³

In Fürth, wo im September 1923 erstmals eine Ortsgruppe der NDAP gegründet und nach Aufhebung des nach dem Hitler-Putsch erlassenen generellen NSDAP-Verbots im Februar 1925 wiedergegründet worden war,³³⁴ die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 mit 44,8 % der Stimmen das reichsweite Ergebnis um 0,9 Prozentpunkte übertroffen und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot nur 3,5 % statt reichsweit 8,0 % der Stimmen erhalten hatte,³³⁵ wurde Oberbürgermeister Dr. Wild am 16. März 1933 ebenfalls durch ein massives SA-Aufgebot zum Rücktritt gedrängt, einen Tag später offiziell beurlaubt und Franz Jakob (1891-1965), der seit 1925 Mitglied, seit 1929 Kreisleiter, seit 1930 Stadtrat und seit 1932 Landtagsabgeordneter der NSDAP war, zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt. Nach Angleichung der Sitzverteilung an die Reichstagswahlergebnisse erfolgte am 27. April 1933 die offizielle Wahl von Franz Jakob zum Oberbürgermeister durch den Stadtrat, wobei sich die SPD-Stadträte der Stimme enthielten.³³⁶

³³²Ludwig Siebert war nach einem 1900 mit der zweiten juristischen Staatsprüfung abgeschlossenen Jurastudium 1905/06 als Staatsanwalt am Landgericht Fürth, 1907 als Magistratsrat in Lindau, 1908 als rechtskundiger Bürgermeister in Rothenburg ob der Tauber tätig gewesen, bevor er 1919 zum Ersten Bürgermeister und ab 1924 zum Oberbürgermeister in Lindau gewählt wurde und im Januar 1931 von der BVP zur NSDAP übertrat. Vgl. den Artikel Ludwig Siebert, in: wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 17.10.2019.

³³³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.173, S.177 und S.187. Der Gau Oberfranken wurde 1933 auf Initiative von Hans Schemm mit dem Gau Niederbayern-Oberpfalz zum Gau Bayerische Ostmark zusammengeschlossen.

³³⁴Vgl.: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980, S.382f.: Die am 18. September 1923 gegründete **Ortsgruppe Fürth der NSDAP** hatte im November 1923 rund 170 Mitglieder und wurde nach dem Hitler-Putsch zusammen mit der Gesamtpartei verboten. Nach Aufhebung des NSDAP-Verbots wurde die Ortsgruppe Fürth am 16. Februar 1925 wiedergegründet. Bis Anfang 1927 hatte sie etwa 200 Mitglieder. Ab der Reichstagswahl vom September 1930 stieg die Mitgliederzahl bis August 1932 auf mindestens 1.500 Personen, da die Partei über eine Ortsgruppe in Burgfarnbach und drei Ortsgruppen in der Kernstadt mit jeweils höchstens 500 Mitgliedern nach dem neuen Parteistatut verfügte.

Siehe zur NSDAP in Fürth auch: Dieter Schenk, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S.17-33: Vorsitzender der Mitte Februar 1925 wiedergegründeten Fürther Ortsgruppe der NSDAP war bis 1929 der in Fürth geborene spätere Gauleiter von Danzig-Westpreußen Albert Forster (1902-1952 durch Vollstreckung eines Todesurteils in Polen wegen der Verwicklung in rund 120.000 Morde während der NS-Herrschaft in Danzig-Westpreußen bis 1945), der das erste Parteibüro im Anwesen Pfisterstraße 23 eingerichtet hatte und Fürth 1929 verließ, um eine Stelle in der Zentrale des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV) in Hamburg anzunehmen. Im September 1930 zog er als jüngster Abgeordneter der NSDAP in den Reichstag ein und wurde kurz danach mit einer Vollmacht Hitlers von Hermann Göring nach Danzig geschickt, um dort die NSDAP auf Vordermann zu bringen. Nachfolger von Albert Forster als Vorsitzender der NSDAP in Fürth wurde 1929 Franz Jakob und das Parteibüro bis 1933 in das „Braune Haus“, Nürnberger Straße 9 verlegt.

³³⁵Vgl.: Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980. S.458. Gleichzeitig hatte die SPD bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 in Fürth 33,5 % und die KPD 10,0 % der Stimmen erhalten. Während die SPD in Fürth damit das reichsweite Ergebnis von 18,3 % der Stimmen erheblich übertroffen hatte, war die KPD in Fürth dagegen unter dem reichsweiten Ergebnis von 12,3 % der Stimmen geblieben.

³³⁶Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.299-301.

Bis zur offiziellen Oberbürgermeisterwahl von Franz Jakob war neben der Verabschiedung gesetzlicher Maßnahmen durch die Reichsregierung der NS-Terror auf Straßen und in Lagern fortgesetzt worden. Zudem beteiligte sich die SA in Fürth am 1. April 1933 ebenfalls am reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Kanzleien.³³⁷ Danach wurde mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums vom 7. April 1933 die Beamten- und Lehrerschaft von Juden, Marxisten und politisch Unzuverlässigen gesäubert.³³⁸ Davon betroffen waren in Fürth auch die beiden hauptamtlichen jüdischen Lehrkräfte des städtischen Mädchenlyzeums mit angeschlossener Handelsschule am Tannenplatz, Studienrätin Hermine Baßfreund (1885-1941) und Oberlehrer Louis Kissinger (1887-1982), die beurlaubt und im Oktober 1933 in den dauernden Ruhestand versetzt wurden, während die beiden nebenamtlichen jüdischen Religionslehrer, Rabbiner Dr. Behrens und Kantor Adler, vorläufig bleiben und bis zum Ende des Schuljahres 1934/35 unterrichten durften.³³⁹ Außerdem wurden die bereits am 10. März 1933 in Fürth zusammen mit 15 bis 20 anderen Funktionären der KPD, des Reichsbanner und der SPD verhafteten und am 11. April 1933 in das erste offizielle Konzentrationslager in Dachau überstellten KPD-Mitglieder Dr. Rudolf Benario und Ernst Goldmann dort am 12. April 1933 schwer misshandelt und Stunden später durch Kopfschüsse ermordet.³⁴⁰

Schulpolitisch wurde zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1933 in Preußen der Aufbau eines nationalsozialistischen Elitenschulsystems angekündigt,³⁴¹ das zunächst in Form der nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NPEA) und ab 1937 in Form der Adolf-Hitler-Schulen (AHS) entstand.³⁴² Gleichzeitig beschränkte das Gesetz gegen

³³⁷Vgl.: Ebd., S.305.

³³⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.175: Siehe auch: Ebd., S.405: „Im Falle der Entlassung oder der Pensionierung wurde den davon betroffenen Lehrern meist eine Pension in geringerer Höhe gezahlt, manchmal auch nur ein Übergangsgeld oder gar nichts.“

³³⁹Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.122. Während Louis Kissinger auf Drängen seiner Frau 1938 mit seiner Familie in die USA emigrierte, wurde Hermine Baßfreund am 27. November 1941 nach Riga deportiert und dort ermordet.

³⁴⁰Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.303. Siehe dazu mit weiteren biografischen Angaben auch: Siegfried Imholz, Gebt ihnen einen Namen. Widerstand und politische Verfolgung in Fürth 1933-1945, Fürth 2017, S.20-28: **Rudolf Benario** war 1908 in Frankfurt/Main geboren worden, während seines Studiums ab 1927 Schriftführer in der Arbeitsgemeinschaft Republikanischer Studenten sowie ab 1929 Diplom-Volkswirt und Vorsitzender der Jungsozialisten in Fürth. Kurz vor dem reichsweiten Verbot der Jungsozialisten durch die SPD im Juni 1931 wechselte er zusammen mit vier anderen Jungsozialisten in Fürth zur KPD. Am 28. Januar 1933 wurde er von der Universität Erlangen zum Dr. rer. pol. promoviert. **Ernst Goldmann** war 1908 in Fürth geboren worden und gelernter Einzelhandelskaufmann, da seine Eltern im Anwesen Schwabacher Straße 41 ein Schuhgeschäft betrieben, sowie Mitglied der KPD und wie Rudolf Benario Mitglied des 1927 gegründeten Fürther Kanu-Klub. Außerdem hatte er als Mitarbeiter bei der kommunistischen Stadtzeitung „Rotes Signal“ 1932 unter der Überschrift „Faschistische Erziehungsmethoden“ über die schulischen Prügel-Exzesse von vier Fürther Volksschullehrern berichtet, die Mitglieder der NSDAP waren.

³⁴¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.175.

³⁴²Die ersten drei **nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NPEA)**, die an die Tradition der bis 1918 bestehenden Kadettenanstalten anknüpften und in acht Züge (Jahrgangsstufen) gegliedert waren, wurden bereits 1933 in Plön, Köslin und Potsdam gegründet und unterstanden Reichserziehungsminister Bernhard Rust (1883-1945 durch Selbstmord). Bis 1941 gab es dann im Deutschen Reich insgesamt 30 NPEA mit 6.000 Schülern. Bis Kriegsende erhöhte sich die Anzahl schließlich auf 43 NPEA, davon zwei für Mädchen. Vgl. den Artikel Nationalpolitische Erziehungsanstalten, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 05.06.2018. Von den dort in einer Auflistung vermerkten 38 NPEA

die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 fortan die Anzahl jüdischer Schüler/innen an weiterführenden Schulen sowie die Anzahl jüdischer Student/innen an Hochschulen auf den Prozentsatz, der dem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach, und damit auf 1,5 Prozent.³⁴³

Nachdem die Nationalsozialisten den von der Zweiten Arbeiter-Internationale 1889 in Paris als Welttag der Arbeit propagierten 1. Mai im Jahr 1933 in Deutschland zu einem arbeitsfreien Feiertag und Tag der nationalen Arbeit gemacht und sich alle Gewerkschaften an den Aufmärschen und Veranstaltungen beteiligt hatten, wurden sie am 2. Mai 1933 zerschlagen, indem die SA alle Gewerkschaftshäuser besetzte und die Vermögen beschlagnahmte. Am 10. Mai 1933 erfolgte die Gründung der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF), deren Führer Robert Ley (1890-1945 durch Selbstmord kurz vor Beginn der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) wurde. Führer der Angestelltenverbände wurde der 1902 in Fürth geborene Gauleiter von Danzig-Westpreußen, Albert Forster,³⁴⁴ der als gelernter Bankkaufmann von Februar 1928 bis Anfang Oktober 1930 beim Deutschen Handlungsgehilfenverband (DHV) zuerst in Nürnberg und dann in Hamburg tätig gewesen war.³⁴⁵

Aufgrund der Stimmenthaltung bei der Wahl von Franz Jakob zum Oberbürgermeister am 27. April 1933 wurden in Fürth die Stadträte der SPD am 10. Mai 1933 von der Ausübung ihrer Mandate ausgeschlossen. Auf die wachsende Unterdrückung reagierten die Stadtratsfraktion und der Kreisverband der SPD am 12. Mai 1933 mit der Selbstauflösung. Nach einem Erlass von Reichsinnenminister Wilhelm Frick (1877-1946 durch Vollstreckung eines Todesurteils nach dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess) an die Landesbehörden wurden am 22. Juni 1933 reichsweit zahlreiche Funktionäre, Landtags- und Reichstagsabgeordnete der SPD verhaftet,³⁴⁶ darunter am 30. Juni 1933 auch zehn Vorstandsmitglieder der SPD in Fürth, die am 3. Juli 1933 zu-

befand sich keine in Franken und lediglich eine im rechtsrheinischen Bayern (Neubeuern) und zwei in Württemberg (Backnang und Rottweil).

Von den zehn zwischen 1937 bis 1941 geplanten **Adolf-Hitler-Schulen (AHS)**, die der Hitlerjugend und der Deutschen Arbeitsfront unterstanden, eine Schuldauer von sechs Jahren ab Vollendung des 12. Lebensjahres umfassten und nach erfolgreicher Reifeprüfung jede Laufbahn in Partei oder Staat öffnen sollten, war eine in Franken (Hesselberg) vorgesehen. Da die AHS-Bauvorhaben durch die bei Kriegsbeginn einsetzende Knappheit an Arbeitskräften und Material ins Stocken gerieten, wurden ab Herbst 1941 an drei Standorten von NS-Ordensburgen (darunter Sonthofen im Oberallgäu) und an drei Standorten mit Schlössern sechs vorläufige AHS-Schulstandorte eingerichtet. Vgl. den Artikel Adolf-Hitler-Schulen, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 05.06.2018.

³⁴³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.204.

³⁴⁴Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990), S.929.

³⁴⁵Vgl.: Dieter Schenk, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S.29. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) war 1893 als Standesorganisation der Handlungsgehilfen gegründet worden und setzte sich für sozialpolitische Verbesserungen wie das eigenständige Angestelltenversicherungsgesetz im Jahr 1911 ein. Da Juden und Freimaurer beim DHV von Anfang an nicht Mitglieder werden konnten, war der Verband grundsätzlich antiliberal und völkisch ausgerichtet. Bis Ende der zwanziger Jahre schlossen sich viele DHV-Mitglieder auch der NSDAP an und wurden von ihr weltanschaulich und praktisch umfassend betreut und unterstützt.

³⁴⁶Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.946.

sammen mit dreizehn Stadträten der SPD in das Konzentrationslager Dachau gebracht und individuell unterschiedlich nach einigen Monaten oder erst nach einem Jahr wieder entlassen wurden.³⁴⁷ Mit dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 wurde die NSDAP schließlich zur einzigen in Deutschland zugelassenen Partei erklärt und die Weiterführung oder Gründung anderer Parteien mit Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen bedroht.³⁴⁸

Bis September 1933 bekamen in Fürth außerdem alle Vereine durch den von Oberbürgermeister Jakob eingesetzten Gleichschaltungsbeauftragten der NSDAP, Johann Leonhard (Hans) Sandreuther, nationalsozialistische Vorsitzende verordnet.³⁴⁹ Zu diesen Vereinen zählte auch der durch einen Zeitungsaufruf von Dr. Adolf Schwammbberger (1905-1975) am 6. Januar 1933 angeregte **Historische Verein**, an dessen Gründungsversammlung am 20. Februar 1933 noch Oberbürgermeister Dr. Wild teilgenommen, die Unterstützung der Stadt zugesagt und sich als erstes Mitglied eingeschrieben hatte. Zugleich war Dr. Schwammbberger von den 38 Anwesenden, von denen sich 22 für die Vereinsbezeichnung **Alt Fürth – Verein für Heimatforschung** ausgesprochen hatten, zum Vorsitzenden gewählt worden. Während Dr. Schwammbberger bei der Sitzung mit dem örtlichen Gleichstellungsbeauftragten der NSDAP am 16. September 1933 Vorsitzender des Vereins Alt Fürth blieb, wurden die anderen Vorstandsmitglieder und Beisitzer durch neue Personen ersetzt.³⁵⁰ Unabhängig von der personellen Besetzung des Vorstands gab es seit 20. Februar 1933 nun auch in Fürth einen Historischen Verein, zu deren Gründung König Ludwig I. (1786-1868) bereits 1827 aufgefordert hatte. Der erste Historische Verein in Bayern war daraufhin 1830 durch den

³⁴⁷Vgl.: SPD-Kreisverband Fürth-Stadt, 120 Jahre SPD Fürth, Fürth 1992, S.34.

³⁴⁸Vgl.: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990, S.947.

³⁴⁹Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 302.

³⁵⁰Vgl.: Adolf Schwammbberger, 40 Jahre Alt-Fürth, in: Fürther Heimatblätter, Nr.4/1972, S.81-87 sowie Wilhelm Kleppmann, 50 Jahre Alt-Fürth, in: Fürther Heimatblätter, Nr. 2/1982, S.29-71: In der Gründungsversammlung am 20. Februar 1933 hatte Pfarrer Fronmüller dem Verein einige mittelalterliche Kircheninstrumente übergeben und außerdem angeregt, die bis 1579 zurückreichenden Kirchenbücher von St. Michael auszuwerten.

Der Vereinsinitiator **Dr. Adolf Schwammbberger** (1905-1975) wurde in Nürnberg geboren und war ab 1930 als Volksschullehrer in Fürth tätig. Nach einem zusätzlichen Studium in den Fächern Geschichte, Philosophie, Pädagogik und Volkswirtschaftslehre wurde er Mitte 1932 von der Universität Erlangen-Nürnberg promoviert. Ab Mai 1933 war er Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) und nach Aufhebung des im Mai 1933 verhängten Aufnahmestopps ab Mai 1937 Mitglied der NSDAP, ab 1938 Stadtarchivar und zudem Leiter des im alten Krankenhaus an der Schwabacher Straße eingerichteten Stadtmuseums in Fürth. Nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 ging er zusammen mit NS-Oberbürgermeister Franz Jakob (1891-1965) Ende Oktober 1939 nach Thorn, wo er im April 1940 Direktor des Kulturamtes, im April 1942 Kulturdezernent und im November 1942 NSDAP-Kreisschulungsleiter wurde.

Nach seiner Einberufung zur Wehrmacht im Oktober 1944, amerikanischer Kriegsgefangenschaft ab 8. Mai 1945 in Bad Kreuznach (eines der „Rheinwiesenerlager“, in denen die Amerikaner nach der bedingungslosen Kapitulation die große Anzahl deutscher Kriegsgefangener sammelten) und einem in Siegen ausgestellten Entnazifizierungsbescheid aus dem Jahr 1949 mit der Einstufung entlastet war er ab 1951 zunächst wieder Vorsitzender des Vereins Alt-Fürth, ab 1952 erneut Volksschullehrer in Fürth und von 1957 bis zu seiner Pensionierung 1970 hauptamtlicher Leiter des Stadtarchivs, der Volksbücherei und der Freilichtbühne im Stadtpark. Vgl. den Artikel Adolf Schwammbberger, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 18.11.2019. Nach dem Tod von Dr. Schwammbberger im Jahr 1975 wurde der historische Verein Alt Fürth am 19. Februar 1996 in Geschichtsverein Fürth umbenannt. Im Jahr 2003 erhielt die Vereinszeitschrift Fürther Heimatblätter die Bezeichnung Fürther Geschichtsblätter. Vgl. den Artikel Geschichtsverein Fürth, in: www.fuertwiki.de, hier: Ausdruck vom 29.04.2022.

Regierungspräsidenten des Rezatkreises (Mittelfranken) ins Leben gerufen und im Jahr 1878 in Nürnberg ebenfalls ein Geschichtsverein für das Stadtgebiet Nürnberg gegründet worden.³⁵¹

Nach der Klärung der Machtverhältnisse in Parlamenten, kommunalen Gremien, Gewerkschaften und Vereinen wurde auch das Schul- und Erziehungswesen im Sinne des Nationalsozialismus strukturiert. In ihrem Parteiprogramm von 1920 hatte die NSDAP in Punkt 20 gefordert, jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Positionen zu ermöglichen. Kinder armer Eltern sollten ohne Rücksicht auf den Stand oder den Beruf auf Staatskosten ausgebildet werden. Programmpunkt 21 betonte die körperliche Ertüchtigung und Programmpunkt 24 forderte die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl verstoßen.³⁵² Bis zum Ende der nationalsozialistischen Alleinherrschaft im Jahr 1945 wurde aus Programmpunkt 20 allerdings nicht viel, da weiterführende Schulen nach wie vor schulgeldpflichtig blieben.³⁵³ Programmpunkt 21 wurde dagegen zielstrebig umgesetzt, da Hitler anders als im NSDAP-Programm von 1920 zu den nationalsozialistischen Bildungsschwerpunkten in seinem 1925 veröffentlichten Buch *Mein Kampf* eindeutig Stellung bezogen und die körperliche Ertüchtigung in den Mittelpunkt gestellt hatte.³⁵⁴ Und die in Programmpunkt 24 erwähnte Freiheit aller religiösen Bekenntnisse wurde trotz des am 20. Juli 1933 mit der katholischen Kirche geschlossenen Reichskonkordats ab 1934 punktuell unterlaufen und ab 1936/37 systematisch eingeschränkt.

Die Umwandlung der allgemeinen Schulen zu Einrichtungen der körperlichen Ertüchtigung und zur Schaffung nationalsozialistischen Bewusstseins begann im September 1933 mit der **Einführung des Deutschen Grußes („Hitler-Gruß“)** zu Beginn und am

³⁵¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens*, Band 4. Erster Teil: *Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen*. Zweiter Teil: *Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern*, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, Beitrag *Erwachsenenbildung*, S.752 und S.793. „Die Historischen Vereine waren wissenschaftliche Vereine, in ihnen wurden also historische Quellen gesammelt, und es wurde über die neue geschichtliche Forschung berichtet. König und Staatsregierung sorgten für die Bezuschussung der Vereine, damit sie ihre Forschungen publizieren konnten“ (Ebd., S.752).

³⁵²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens*, Band 3: *Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990*, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997 S.173.

³⁵³In Fürth betrug das in zehn Raten zu zahlende Schulgeld an allen drei weiterführenden Schulen, das bei bedürftigen und würdigen Schüler/innen unter Umständen erlassen werden konnte, beispielsweise 200 RM im Jahr (vgl.: Manfred Mümmeler, *Fürth 1933-1945*, Emskirchen 1995, S.119), womit bei einem durchschnittlichen Bruttoentgelt aller Rentenversicherten von 1.583 RM im Jahr 1933 und 1.947 RM im Jahr 1938 Kinder selbst von durchschnittlich verdienenden Eltern vom Besuch weiterführender Schulen weitgehend ausgeschlossen waren, sofern sie sich nicht durch andere nationalsozialistische Auswahlkriterien wie Charakter oder sportliche Leistungen als würdig erwiesen.

³⁵⁴Vgl. ebd., S.174: „Sehr viel konkreter äußerte sich Hitler während seiner Festungshaft in Landsberg am Lech 1924 in seinem Buch ‚*Mein Kampf*‘: ‚Der völkische Staat hat ... seine gesamte Erziehung in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf die Heranbildung kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Hier aber wieder an der Spitze die Entwicklung des Charakters, besonders die Förderung des Willens und der Entschlossenheit, verbunden mit der Erziehung von Verantwortungsbewusstsein und erst als letztes die wissenschaftliche Schulung.‘ Dies bedeutete allerdings „nicht mehr und nicht weniger, als eine Umkehrung der bisherigen Wertordnung im öffentlichen Bildungswesen: die bislang eher vernachlässigte Leibesübung sollte demnach Vorrang erhalten, die bisher hochgeachtete Geistesbildung hingegen zurückgesetzt und eingeschränkt werden.“

Ende des Unterrichts.³⁵⁵ Außerdem war der **Schulalltag in Fürth** durch die aktive Teilnahme der Schüler/innen an den zahlreichen nationalen Gedenk-, Feier- und Aktionstagen, Aufmärschen, Sportveranstaltungen, Wandertagen sowie Haus- und Straßensammlungen geprägt.³⁵⁶ Daneben gab es in den örtlichen Volksschulen und Kindergärten für Kinder, die unter objektiven Armutsverhältnissen litten und denen ein Amtsarzt Unterernährung attestiert hatte, ab Mai 1933 eine **Schülerspeisung**, bei der die Kinder Milch und Semmeln erhielten und die Eltern einen Eigenbeitrag von 15 Pfennigen in der Woche leisten mussten. Die Schülerspeisung wurde in den Jahren 1933 und 1934 von 1.186 Schulkindern und 330 Kindergartenkindern, im Jahr 1935 von 906 Schulkindern und 286 Kindergartenkindern, im Jahr 1936 erneut von 906 Schulkindern und 284 Kindergartenkindern und in den Jahren 1937, 1938 und 1939 jeweils von 1.133 Schulkindern und 283 Kindergartenkindern wahrgenommen.³⁵⁷

Nach Einführung des Deutschen Grußes an Schulen im September 1933 wurden die nationalsozialistischen Erziehungs- und Bildungsaktivitäten mit der Errichtung des **Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung** am 1. Mai 1934 unter dem seit 2. Februar 1933 kommissarisch amtierenden preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust (1883-1945 durch Selbstmord),³⁵⁸ reichseinheitlich und zentral organisiert. Die erste Maßnahme war der Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zur **Errichtung von 23 Landesbildstellen mit nachgeordneten Kreis- und Stadtbildstellen** und zur Gründung der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm in Berlin vom 26. Juni 1934,³⁵⁹ mit der die zur Zeit der Weimarer Republik auf Länderebene in Bayern durch ministerielle Anerkennung der Bayerischen Lichtbildstelle 1921 und der Bayerischen Lichtbildbühne 1929 unternommenen Bemühungen zur Präsentation stehender oder laufender Bilder im Unterricht forciert und auf den Unterrichtsfilm im 16-mm-Schmalformat konzentriert wurden, das technisch seit Ende der zwanziger Jahre zur Verfügung stand. Auch ohne die noch herzustellenden Unterrichtsfilme im 16-mm-Schmalformat kam dem Film im Nationalsozialismus von Anfang an eine zentrale Rolle zu. Durch Schulbesuche in Lichtspieltheatern wurden beispielweise den Schüler/innen des humanistischen Gymnasiums in Fürth 1933/34 die Filme „Blutendes Deutschland“, „Aus dem Leben des Reichsheeres“, „Hitlerjunge Quex“, „Der Sieg des Glaubens“, „Taler, Taler, du musst wandern“ und 1937/38 die Filme „Verräter“, „Wolkenstürmer“, „Tag der Freiheit“, „Tannenberg“ und „Männer machen Geschichte“ gezeigt.³⁶⁰

Parallel zu den Aktivitäten des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zur Organisation eines umfassenden Unterrichtsfilmwesens im 16-mm-

³⁵⁵Vgl.: Ebd., S.187.

³⁵⁶Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.111-115.

³⁵⁷Vgl.: Ebd., S.58-60.

³⁵⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S. 175 und S.453. Bis dahin hatte das Bildungswesen Reichsinnenminister Frick unterstanden. **Bernhard Rust** hatte von 1904 bis 1908 Germanistik, Klassische Philologie, Kunstgeschichte, Philosophie und Musik studiert, war von 1911 bis 1930 Studienrat am Ratsgymnasium in Hannover gewesen und ab 1925 Mitglied der NSDAP, Gauleiter von Lüneburg-Stade und 1930 Reichstagsabgeordneter geworden.

³⁵⁹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.363f.

³⁶⁰Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.118f.

Schmalfilmformat wurde durch Reichsjugendführer Baldur von Schirach (1907-1974) am 7. Juni 1934 der **Samstag zum Staatsjugendtag** erklärt, an dem alle über zehnjährigen Kinder und Jugendlichen schulfrei hatten, die Mitglieder der Hitlerjugend oder des Bundes Deutscher Mädel waren. Unter zehnjährige Kinder, die aufgrund des für die Aufnahme erforderlichen Mindestalters von zehn Lebensjahren nicht zur Hitlerjugend oder zum Bund deutscher Mädel konnten, und ältere Kinder und Jugendliche, die nicht Mitglieder dieser Organisationen waren, mussten an Samstagen in die Schule gehen und wurden dort über die nationalsozialistische Weltanschauung unterrichtet.³⁶¹ Mit dem Gesetz über die Hitlerjugend vom Dezember 1936 wurden die Parteijugendorganisationen dann zu Pflichtorganisationen sowie alle Schüler/innen an bayerischen Schulen ab Januar 1937 an Samstagen wieder unterrichtet.³⁶²

Neben den Schülerinnen und Schülern wurden bis 1937 auch die **Lehrerinnen und Lehrer** in die für sie zuständige nationalsozialistische Organisation, den 1929 gegründeten NSLB eingebunden. Der Einbindungsprozess begann, als nach der mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 durchgeführten Säuberung der Beamten- und Lehrerschaft von Juden, Marxisten und politisch Unzuverlässigen im Juni 1933 insgesamt 44 Lehrerverbände der unter Führung des NSLB gegründeten Deutschen Erziehungsgemeinschaft (DEG) beitraten, und endete mit dem Beitritt aller Lehrer- und Lehrerinnenverbände in den NSLB, dem sich 1936 auch der Bayerische Lehrerverband (BLV) und 1937 der Philologen-Verband anschlossen.³⁶³ Gemessen am Erwerbstätigenanteil von 0,9 % war der Berufsgruppenanteil der Lehrer an den NSDAP-Mitgliedern mit 1,6 % zwar schon vor 1933 höher gewesen als der Anteil anderer Berufsgruppen, stieg aber nach 1933 trotz einer ab Mai 1933 verhängten Aufnahmesperre, von der allerdings Angehörige der Hitlerjugend mit Vollendung des 18. Lebensjahres, Angehörige der NSBO und Dienst bei der SA oder SS Leistende ausgenommen waren, weiter an.³⁶⁴ Im Jahr 1937 gehörten schließlich 97 %

³⁶¹Vgl. Ebd., S.130 und S.128: „Neben dem neuformierten Erziehungssystem in den Schulen leistete die HJ die Feinarbeit nationalsozialistischer Umerziehung, indem absoluter Gemeinschaftssinn, blinder Gehorsam und unumstößliche Gefolgschaftstreue oberste Priorität erlangten.“

Siehe auch. Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.180: „Ein besonderes Kennzeichen nationalsozialistischem Totalitarismus war es, dass er die Schüler nicht nur unter dem nationalsozialistisch infiltrierten Schulunterricht und weltanschaulich entsprechend ausgerichteten Lehrern indoktrinieren wollte, sondern auch im direkten Zugriff über die Hitlerjugend ... 1933 soll sie unter Reichsjugendführer Baldur von Schirach ca. 100.000 Jugendliche umfasst haben. Sie gliederte sich ... auf in das Deutsche Jungvolk (DJ) der 10-14-Jährigen und die eigentliche ‚HJ‘ der 14-18-jährigen Jungen einerseits, in die ‚Deutschen Jungmädel‘ (JM) der 10-14-Jährigen und in den ‚Bund Deutscher Mädel‘ der 14-21-Jährigen andererseits.“

³⁶²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.180 und 181: „Nach dem Ende der Schulpflicht und der pflichtmäßigen Mitgliedschaft in der Hitlerjugend warteten nicht nur die Gliederungen der NSDAP, SA (...), SS (...), NSKK (...) und NSFK (...) auf die jungen Männer, sondern vor allem die halbjährige Arbeitsdienstpflicht und die zweijährige Wehrpflicht, beide 1935 eingeführt.“

³⁶³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.406f.

³⁶⁴Vgl. Ebd., S.403: „Dabei lagen der Prozentsatz der Lehrer in der Zeit von 1925 bis zum 30. Januar 1933 mit 1,6 % NSDAP-Mitgliedern (bei einem Anteil von 0,9 % an der Erwerbsbevölkerung) noch knapp unter dem Anteil der übrigen Beamten und nur wenig über dem Anteil anderer Berufsgruppen. Nach dem 30. Januar 1933 dagegen schnellte der Anteil der Beamten und noch mehr derjenige der Lehrer durch regelrechte Masseneintritte in die Partei in die Höhe (1933 waren allein 4,5 % aller Neueintritte Lehrer). Die Parteieintritte nach dem 30.1.1933 waren bei den Beamten 4mal, bei den Lehrern sogar 6mal so groß wie vor der Machtergreifung, ... so dass 1933 etwa ein Viertel der Lehrer

aller Lehrer in Deutschland dem NSLB an, und von diesen NSLB-Mitgliedern waren zur gleichen Zeit 32,2 % auch Mitglieder der NSDAP.³⁶⁵

Die **Hauptaufgabe des NSLB** war die politische Schulungsarbeit. „Nachdem es Schemm gelungen war, alle anderen deutschen Lehrerverbände auf die eine oder andere Weise seinem NSLB einzuverleiben, bemühte er sich auch, das politische Schulungsmonopol für seine Organisation zu erreichen. Erst unter seinem Nachfolger an der Spitze des NSLB, Fritz Wächtler (1891-1945), kam es zu einem Abkommen mit dem Reichserziehungsminister, demzufolge dieser am 6. Mai 1936 einen Erlass herausgab, die dem NSLB die weltanschauliche Schulung zugestand... Inzwischen hatte der NSLB in den Gauen des Reiches Schulungslager errichtet und Schulungskurse für Lehrer durchgeführt, bei denen vor allem weltanschauliche Schulung, Wehrsport und Geländesport betrieben wurden.“³⁶⁶ Das **Schulungslager des Fürther NSLB** befand sich in Forth bei Eschenau/Mittelfranken, wo sich 1936 nach Schuljahresbeginn auch Schüler/innen der damals siebten und achten Klasse des humanistischen Gymnasiums zwei Wochen lang aufhielten.³⁶⁷ Zu dem im Oktober 1936 eingeweihten Schulungslager war der NSLB durch die Übernahme des seit 1913 von den israelitischen Kultusgemeinden Nürnberg und Fürth auf dem Landschloss Büg betriebenen Schullandheims gekommen, nachdem der nationalsozialistische Gemeinderat in Forth am 12. September 1933 den Aufenthalt ortsfremder Juden auf 12 Stunden beschränkt hatte und das Schullandheim noch am selben Tag geräumt worden war.³⁶⁸

Neben dem Erlass zur weltanschaulichen Schulungsarbeit des NSLB vom 6. Mai 1936 veröffentlichte das Reichserziehungsministerium am 10. Juni 1936 auch einen **Erlass über den Pflichtenkreis der Lehrer im nationalsozialistischen Staat**. Zu dem Pflichtenkreis gehörten die fachliche Weiterbildung, die Teilnahme an weltanschaulichen und fachlichen Schulungen, der Besuch öffentlicher Parteiveranstaltungen, die Übernahme von Parteaufgaben, die Betreuung der Jugend und die Mitwirkung an den zahlreichen außerschulischen Veranstaltungen.³⁶⁹

Mitglied der Partei waren ... Noch höher war der Anteil bei den Ärzten, die zu etwa 45 % in die NSDAP eintraten.“

Siehe dazu auch den Artikel Mitglieder-Aufnahmesperre der NSDAP, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 18.02.2019. Trotz der zum 1. Mai 1933 eingeführten Aufnahmesperre stieg die Anzahl der NSDAP-Mitglieder dank der Ausnahmeregelungen von 850.000 Personen im Januar 1933 auf 2,5 Millionen im Januar 1935. Die Aufnahmesperre wurde 1937 weiter gelockert und der Status als Parteianwärter eingeführt, wodurch die Mitgliederzahl bis 1939 auf 5,3 Millionen Personen stieg, bevor die Aufnahmesperre im Mai 1939 für das Alt-Reich und den Gau Danzig vollständig aufgehoben wurde. Danach wuchs die Anzahl der Parteimitglieder bis 1945 auf 8,5 Millionen Personen.

³⁶⁵Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.177.

³⁶⁶Ebd., S.177f.

³⁶⁷Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S. 116. Forth gehört heute zu der im Rahmen der Gebietsreform 1972 geschaffenen Großgemeinde Eckenthal.

³⁶⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.117. Siehe auch: Martina Schwitalski, Schalom Forth. Jüdisches Dorfleben in Franken, Münster, New York, München, Berlin 2012, S.70-73.

³⁶⁹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.405. Siehe ergänzend auch die Ausführungen zum Deutschen Beamtengesetz vom 26. Januar 1937, in: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil:

Bis zu den Erlassen über die Schulungsarbeit des NSLB vom 6. Mai 1936 und über den Pflichtenkreis der Lehrer vom 10. Juni 1936 sowie der 1937 abgeschlossenen organisatorischen Einbindung aller Lehrerverbände in den NSLB war in Bayern mit Ministerialbekanntmachung vom 24. Januar 1935 auch eine **Neugestaltung der Lehrerbildung** durch die Umwandlung der bisherigen Lehrer- und Lehrerinnenseminare in **Deutsche Oberschulen in Aufbauform** auf den Weg gebracht worden. Die Deutsche Oberschule in Aufbauform sollte Volksschulabsolvent/innen aufnehmen und durch eine Schuldauer von sechs Jahren mit Englisch als erster Fremdsprache und Latein als zweiter Fremdsprache ab dem dritten Schuljahr zu einer uneingeschränkten Hochschulreife führen, an die sich ein viersemestriges Studium an einer Hochschule für Lehrerbildung anschloss. „Dies war für Bayern neu, weil es ebenso wie Württemberg bis zu dieser Zeit an der alten seminaristischen Lehrerbildung festgehalten hatte.“³⁷⁰ Von den bestehenden 14 staatlichen Lehrerseminaren wurden drei (München im Frühjahr 1935, Bayreuth und Würzburg im Herbst 1936) zu Hochschulen für Lehrerbildung, eines (Coburg) aufgelöst und zehn (Amberg, Bamberg, Eichstätt, Freising, Lauingen, Pasing, Schwabach, Straubing, Kaiserslautern und Speyer) zu Deutschen Oberschulen in Aufbauform umgewandelt. Von den vier Lehrerinnenseminaren wurden die drei Seminare in Aschaffenburg, Erlangen und München zu Deutschen Oberschulen in Aufbauform. In der Ministerialbekanntmachung vom 24. Januar 1935 war die Einführung der Deutschen Oberschulen in Aufbauform als wesentlicher Beitrag zur Erfüllung von Punkt 20 des Parteiprogramms der NSDAP betrachtet worden, jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Positionen zu ermöglichen.³⁷¹ Dies hätte durch die Zugangsvoraussetzung für eine wissenschaftliche Ausbildung über einen Volksschulabschluss damals zumindest in einem Berufszweig (Volksschullehrer/in) auch zugetroffen, wenn mit Erlass vom 24. September 1942 die Deutschen Oberschulen in Aufbauform nicht wieder abgeschafft und die Lehrer/innenseminare mit einer Schulbesuchsdauer von fünf Jahren nicht erneut eingeführt worden wären.³⁷²

Im Gegensatz zu der 1942 wieder rückgängig gemachten Ministerialbekanntmachung vom 24. Januar 1935 über eine Neugestaltung der Lehrerbildung durch die Umwandlung der bisherigen Lehrer/innenseminare in Deutsche Oberschulen in Aufbauform wurde mit dem **Erlass des Reichserziehungsministers zu einer reichseinheitlichen Schulferienregelung** vom 28. Januar 1935, die alle bisherigen gesonderten Bestimmungen für Volks-, mittlere und höhere Schulen der Länder aufhob und zu Schuljahresbeginn 1935 in Kraft trat,³⁷³ eine Regelung geschaffen, deren Systematik bis zum

Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.559; „Das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 regelte das Beamtenrecht einheitlich für das ganze Reich. Das Beamtenverhältnis wurde als ‚öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis ... zum Führer und zum Reich‘ definiert. ‚Der Staat fordert von seinem Beamten unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung; er sichert ihm dafür seine Lebensstellung‘.“

³⁷⁰Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.207f. Siehe auch ebd., S.197: „Das Studium sollte 2 Jahre bis zu einer wissenschaftlichen Prüfung dauern. Danach war eine ebenfalls zweijährige Lehrerbildung bis zu einer mehr praktischen Prüfung vorgesehen.“

³⁷¹Vgl.: Ebd., S.208.

³⁷²Vgl.: Ebd., S.204.

³⁷³Vgl.: Ebd., S.237f.

200-jährigen Jubiläum der Erhebung Fürths zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 2018 ununterbrochen fortbestand. Wie bereits die bayerische Ferienordnung aus dem Jahr 1922 legte der Erlass des Reichserziehungsministers vom 28. Januar 1935 die Grunddauer der Ferien einschließlich der Sonn- und Feiertage auf 85 Kalendertage fest. Davon sollten 40 Tage auf die Sommerferien, 15 Tage auf die Weihnachtsferien, 18 Tage auf die Osterferien, 7 Tage auf die Pfingstferien und 5 Tage auf die Herbstferien entfallen, die Bayern damals allerdings nicht einführte und stattdessen die Sommerferien um 5 Tage verlängerte. Außerdem wurden die Sommerferien erstmals durch die Zuordnung der Länder in drei Staffeln in der Zeit zwischen 23. Juni und 31. August entzerrt, wobei für die Staffelung der Sommerferien verkehrstechnische Gründe angeführt wurden. Die süddeutschen Länder und das Saargebiet bildeten zusammen mit den westlichen Provinzen Preußens sowie Hohenzollern die letzte Staffel mit Richtwerten für den Sommerferienbeginn zwischen dem 22. Juli und dem 31. August,³⁷⁴

Mit dem Erlass des Reichserziehungsministers über **Schülersauslese an höheren Schulen** vom 27. März 1935 wurden schwere Leiden und Erbkrankheiten zu einem, insgesamt vier Bereiche (körperlich, charakterlich, geistig und völkisch) umfassenden Auslesekriterium für die Aufnahme an weiterführende Schulen.³⁷⁵ Daneben war durch die **Deutsche Gemeindeordnung** vom 30. Januar 1935, nach der die Oberbürgermeister in größeren Städten und die Bürgermeister in allen anderen Gemeinden die Verwaltung grundsätzlich in voller und ausschließlicher Verantwortung führten und ein beschließendes Gemeindeorgan nicht mehr bestand,³⁷⁶ das Führer- und Alleinherrscherprinzip nun auch rechtlich bei den Kommunen eingeführt worden. Gleichzeitig kam es in Fürth 1935 zu **Umbenennungen des Berolzheimerianums in Volkshilfshaus**, der Krautheimer-Krippe in Johannes-Krippe und des Nathan-Stifts in Wöchnerinnen- und Säuglingsheim.³⁷⁷ Im Schulbereich fand außerdem das **Richtfest für das neue Schullandheim in Cadolzburg** statt.³⁷⁸ Und zu Beginn des Schuljahres 1935/36 erhielt das humanistische Gymnasium in Fürth von Hermann Göring, der die Schule von 1902 bis 1904 besucht hatte, noch ein Bild mit der eigenhändigen Wid-

³⁷⁴Vgl.: Ebd. S.238f.

³⁷⁵Vgl.: Ebd., S.209. Siehe auch ebd., S.459: „Zweifellos hat sich die nationalsozialistische Schulpolitik bei der Auslese der Schüler im Wesentlichen an ihre eigenen programmatischen Vorgaben gehalten. Bereits der Erlass ‚Schülersauslese an den höheren Schulen‘ vom 27.3.1935 dokumentierte dies mit großer Deutlichkeit. Schülersauslese erstreckte sich demnach auf vier Bereiche: körperliche, charakterliche, geistige und völkische Gesamteignung.“

³⁷⁶Vgl.: Ebd., S.192.

³⁷⁷Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.304.

³⁷⁸Vgl.: Manfred Mümmel, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.116. Siehe auch ebd., S.39: „Die Stadt ließ ... die Waldschule Cadolzburg zum Schullandheim umgestalten ...“. Siehe zudem: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, S. 220-222. Danach waren Waldschulen ebenso wie Ferienkolonien vor dem Ersten Weltkrieg entstandene Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge für an Tuberkulose erkrankte Kinder und beruhten vielfach auf Stiftungen jüdischer Unternehmen. So hatte Max Eiermann in Fürth 1906 eine Wohltätigkeitsstiftung über 15.000 Mark errichtet, wodurch eine einfache Walderholungsstätte im Stadtwald entstanden war. 1908 hatte Kommerzienrat Louis Bechmann eine Stiftung für Kinder bis zu 15 Jahren eingerichtet, um ihnen regelmäßig kräftige Nahrung oder einen Aufenthalt in einem Sanatorium, einer Walderholungsstätte, einer Waldschule oder Freiluft- und Freilichtkuren zu ermöglichen. 1911 waren von Rosie Löwensohn, der Ehefrau des Bilderbuchfabrikanten Theodor Löwensohn, 50.000 Mark für Ferienkolonien gestiftet worden, die sich in Cadolzburg, Emskirchen und Pommelsbrunn befanden.

mung „Herrmann Göring, General der Flieger“, das neben dem Eingang zum Direktorenzimmer aufgehängt und mit dem Hinweis versehen wurde: „... allen Schülern täglich ein Ansporn zu großen Taten für Deutschland“.³⁷⁹

Außerdem sollte nach einem Erlass des Reichserziehungsministers vom 10. September 1935 mit dem Schuljahr 1936 eine **möglichst vollständige Rassentrennung** durch die Errichtung gesonderter jüdischer Schulen oder zumindest Klassen durchgeführt werden.³⁸⁰ Parallel zu diesem Erlass verabschiedete der ausschließlich aus Nationalsozialisten bestehende Reichstag auf dem vom 10. bis 16. September 1935 stattfindenden Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg am Abend des 15. September 1935 einstimmig das **Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das Reichsbürgergesetz und das Reichsflaggengesetz**. Durch die drei „Nürnberger Gesetze“ wurden Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden verboten und der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden unter Strafe gestellt, neben der Staatsangehörigkeit nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 auch ein Reichsbürgerrecht mit vollen politischen Rechten nur für Staatsangehörige deutschen und artverwandten Blutes sowie die Hakenkreuzflagge als Reichsflagge eingeführt. Eine vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz am 14. November 1935 erlassene Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz legte fest, dass das Reichsbürgerrecht auch für Staatsangehörige jüdische Mischlinge galt, aber ein Jude kein Reichsbürger sein und auch kein öffentliches Amt bekleiden könne, und definierte anhand der Abstammung von den Großeltern und der Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft die Begriffe jüdischer Mischling und Jude.³⁸¹

³⁷⁹Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.124. Siehe auch: Hitlers Handlanger wuchs in Fürth heran. Hermann Göring verbrachte die frühen Jahre seiner Kindheit bei hiesigen Pflegefamilien, in: Fürther Nachrichten vom 22.08.2005, Lokalteil, S.1 und S.3. Hermann Göring war am 13.01.1893 geboren und im Alter von drei Monaten von seiner Mutter bei einer in Fürth verheirateten Freundin in Pflege gegeben worden. Danach kam er zur Einschulung an einer Privatschule erneut nach Fürth. Im Anschluss an die vierjährige Elementarschulzeit besuchte er in den Schuljahren 1902/1903 und 1903/1904 das humanistische Gymnasium an der Königstraße und wohnte bis 18. Juni 1903 bei Pflegeeltern im Anwesen Hirschenstraße 18 und ab 15. November 1903 bei Pflegeeltern im Anwesen Ottostraße 21. Zum Schuljahr 1904/05 wechselte er an ein Gymnasium in Ansbach. Im Oktober 1905 wurde er dann von seinem Vater an der Kadettenanstalt in Karlsruhe angemeldet.

³⁸⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S..450.

³⁸¹Vgl. den Artikel Nürnberger Gesetze, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 24.10.2019. Als Jude galt, wer von mindestens drei der Rasse nach jüdischen Großelternanteilen abstammte. Als jüdischer Mischling galt, wer von einem jüdischen Elternteil (Mischling ersten Grades) bzw. von einem oder zwei der Rasse nach jüdischen Großelternanteilen (Mischling zweiten Grades) abstammte. Jüdische Mischlinge ersten Grades, die sich zur jüdischen Religionsgemeinschaft bekannten oder mit einem Juden/einer Jüdin verheiratet waren, galten ebenfalls als Juden („Geltungsjuden“). Statistisch wird die Anzahl der Glaubensjuden in Deutschland für das Jahr 1933 auf 505.000 bis 525.000 Personen geschätzt, zu denen im Sinne der Abstammungsdefinition der Nationalsozialisten noch 180.000 assimilierte Juden ohne jüdische Religionszugehörigkeit kamen. Die Anzahl erhöhte sich durch die Einmärsche in Österreich und im Sudetenland 1938 um 185.246 Juden und 150.000 Mischlinge. Obwohl sich die Anzahl der jüdischen Bevölkerung von 1933 bis 1939 durch Emigration um 440.000 Personen verringert hatte, waren nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1939 und den Einmärschen in Österreich und im Sudetenland 1938 im Großdeutschen Reich noch 330.539 Juden (davon 297.407 Glaubensjuden, 71.126 Mischlinge ersten und 41.454 Mischlinge zweiten Grades) verblieben.

Gemäß dem Erlass des Reichserziehungsministers vom 10. September 1935, an allen Schulen eine möglichst vollständige Rassentrennung durchzuführen, wurden die Volksschulen in Fürth von Oberbürgermeister Jakob 1936 für judenfrei erklärt. Im April 1936 war auch die Handelsschule judenfrei. Am Mädchenlyzeum sank die Anzahl der jüdischen Schülerinnen von 40 im Jahr 1932/33 auf eine Schülerin im Jahr 1938/39, am humanistischen Gymnasium verringerte sich die Anzahl der jüdischen Schüler/innen von 26 im Jahr 1933/34 auf null im Jahr 1937/38, an der Oberrealschule von 12 jüdischen Schülern im Schuljahr 1933/34 auf einen im Jahr 1938/39.³⁸² Neben der Durchführung einer möglichst vollständigen Rassentrennung erfolgte in Fürth 1936 die **Aufstockung des Schulgebäudes in Unterfarnbach**,³⁸³ das 1884 entstanden und bei der Eingemeindung im Januar 1918 von der Stadt Fürth übernommen worden war. Außerdem wurde mit dem Erlass des Reichsziehungsministers vom 30. November 1936 zur **Verkürzung der Ausbildungszeit an höheren Schulen** die Schuldauer an humanistischen Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen von neun auf acht Jahre verkürzt,³⁸⁴ was am humanistischen Gymnasium und an der Oberrealschule in Fürth zu Umstellungen bei den Stundenplänen führte, da wesentliche Inhalte der damals neunten Klasse nun bereits in der achten Klasse vermittelt werden mussten.³⁸⁵

Im Jahr 1937 kam es dann zu einer **Neuordnung des höheren Bildungswesens**, als mit einem Erlass des Reichserziehungsministers vom 30. März 1937 die **Oberschule als Hauptform** eingeführt wurde, und zwar mit Englisch als erster Pflichtfremdsprache und Latein als zweiter Pflichtfremdsprache ab der damals dritten Klasse an Oberschulen für Jungen. Das Gymnasium sollte als Nebenform noch bestehen bleiben mit der Fremdsprachfolge Latein, Altgriechisch ab der damals dritten Klasse und Englisch ab der damals siebten Klasse. An Mädchenoberschulen sollte Latein in den unteren und mittleren Klassen grundsätzlich nicht gelehrt werden. Durch die Neuordnung wurden zudem die Oberstufen der Oberschulen in verschiedene Zweige gegliedert: In den **Oberschulen für Jungen** teilte sie sich in einen naturwissenschaftlichen-mathematischen Zweig (ohne dritte Fremdsprache) und in einen sprachlichen Zweig (mit einer zweiten lebenden Fremdsprache nach Englisch und Latein), in den **Oberschulen für Mädchen** in einen hauswirtschaftlichen Zweig ohne zweite Pflichtfremdsprache und in einen sprachlichen Zweig mit Englisch und Latein oder einer weiteren lebenden Fremdsprache.³⁸⁶

Mit den von Reichserziehungsminister Rust am 10. April 1937 erlassenen **Richtlinien für den Unterricht in den vier unteren Klassen der Volksschulen** wurde für Jungen

³⁸²Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.124f.

³⁸³Vgl.: Adolf Schwammerger, Fürth von A-Z, Ein Geschichts-Lexikon. Textlich unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1968, Neustadt/Aisch 1984, S.332.

³⁸⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.209. Offiziell wurde die Verkürzung der Ausbildungszeit an höheren Schulen bevölkerungspolitisch begründet. Tatsächlich war allerdings die 1935 eingeführte einjährige Wehrpflicht im Spätsommer 1936 auf zwei Jahre verlängert worden, so dass durch eine Abiturprüfung nach acht Schuljahren sichergestellt werden konnte, dass der Eintritt in die halbjährliche Reichsarbeitsdienstpflicht mit anschließender zweijähriger Wehrpflicht in der Regel bereits mit Vollendung des 18. Lebensjahres erfolgte. Gleichzeitig wurde auch das Eintrittsalter für die in Bayern zur Lehrerbildung 1935 eingeführte Deutsche Oberschule in Aufbauform auf die sechste Klasse vorverlegt.

³⁸⁵Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.121.

³⁸⁶Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.212.

und Mädchen neben dem Erwerb der Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens auch eine volkstümliche Bildung durch das Fach Heimatkunde angestrebt, das einen Überblick über die Lebenswelt und Geschichte der Heimat vermitteln sollte. Außerdem sollten Jungen Werkunterricht und Mädchen Unterricht in Näharbeit erhalten. Zugleich sollten Mädchen durch Lesetexte die aufopferungsvolle Rolle der Mutter als die eigentliche gesellschaftliche Bestimmung der Frau kennenlernen und damit auf ihre zukünftigen Mütterrollen vorbereitet werden.³⁸⁷ Durch Ministerialbekanntmachung vom 9. April 1937 wurde dann im **Unterricht an höheren Schulen die 45-Minuten-Stunde** statt der 50-Minuten-Stunde und im **Unterricht an Volksschulen die 50-Minuten-Stunde** eingeführt. Außerdem gab es neue **Richtzahlen für die Klassenstärken an höheren Schulen**, und zwar für die damaligen Klassen 1 und 2 nicht mehr als 40 Schüler/innen, für die Klassen 3 bis 5 nicht mehr als 35 Schüler/innen und für die Klassen 6 bis 8 nicht mehr als 25 Schüler/innen.³⁸⁸

Nachdem die nach der Revolution von 1918 am höheren Schulen eingeführten Elternbeiräte in Preußen bereits ab 1934 und in Bayern ab 1935 durch die **Bildung von Schulgemeinden** ersetzt worden waren,³⁸⁹ wurde im Schuljahr 1937/38 aufgrund kulturministerieller Verfügung auch am **Mädchenlyzeum mit angeschlossener Handelsschule am Tannenplatz** erstmals eine Schulgemeinde gebildet, die aus dem Schulleiter, einem Vertreter des NSLB, Vertreterinnen des BDM, der nationalsozialistischen Schuljugendwallerin und drei Eltern bestand.³⁹⁰

Die im März 1937 erlassenen Regelungen zur Neuordnung des höheren Bildungswesens wurden vom **humanistischen Gymnasium in Fürth** und von den in der Stadt an humanistischer Bildung interessierten Kreisen als schwerer Schlag empfunden, da das Gymnasium zum Schuljahr 1938/39 in die **Deutsche Oberschule an der Königstraße** umgewandelt und entsprechend den neuen Vorschriften in den Eingangsklassen 1938/39 und 1939/40 Englisch als erste Fremdsprache eingeführt wurde. Zu Beginn des Schuljahres 1940/41 wurde die **Deutsche Oberschule an der Königstraße** mit der Aufnahme von 27 Lateinschülern in die erste Klasse dann allerdings **wieder ein humanistisches Gymnasium**,³⁹¹ das entsprechend den neuen Vorschriften mit der Sprachfolge Latein, Altgriechisch und Englisch als Nebenform der Oberschulen zulässig war. Die ab der damals sechsten Klasse zu bildende **Oberstufe des reaktivierte[n] Gymnasiums** wurde in einen **sprachlich-geschichtlichen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig** gegliedert.³⁹² Entsprechend den neuen Vorschriften wurde das **Mädchenlyzeum** in Fürth zum Schuljahr 1938/39 zu einer **Mädchenoberschule in der hauswirtschaftlichen Form** umgewandelt. Wegen der insgesamt 560 Schülerinnen musste die Mädchenoberschule mit angeschlossener

³⁸⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.41f.

³⁸⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.218.

³⁸⁹Vgl.: Ebd., S.214.

³⁹⁰Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.30. Ergänzend anzumerken ist, dass die nationalsozialistische Schuljugendwallerin die an einer Schule für Rassenkunde, Erblehre und Erbpflege zuständige Lehrerin war.

³⁹¹Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium, (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.31.

³⁹²Vgl.: Manfred Mümmeler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.119.

Handelsschule am Tannenplatz jedoch erstmals vier Klassenräume in der nahe gelegenen Volksschule an der Maistraße nutzen.³⁹³ Außerdem wurde die **Oberrealschule an der Kaiserstraße** zum Schuljahr 1938/39 zur **Oberschule für Jungen in Fürth** umgewandelt und entsprechend den Vorschriften in der Oberstufe ein mathematisch-naturwissenschaftlicher und ein sprachlicher Zweig eingeführt.³⁹⁴

Mit dem Erlass des Reichserziehungsministers vom 1. Juli 1938 zu einer **reichseinheitlichen Regelung für das gesamte Mittelschulwesen** wurde die bisherige preußische Form der sechsklassigen grundständigen Mittelschule, die auf den vier unteren Klassen der Volksschule aufbaute, reichseinheitlich eingeführt.³⁹⁵ Die auf den ersten vier Klassen der Volksschule aufbauende sechsklassige Mittelschule konnte entweder eigenständig, als vierklassiger Aufbauzug oder als Mittelschuleinrichtung an Volksschulen umgesetzt werden,³⁹⁶ was gemessen an den bayerischen Regelungen vom 3. April 1924, mit denen die sechsklassigen Mädchenmittelschulen in höhere Mädchenschulen und die 1916 eingeführten dreiklassigen Mädchenschulen ohne Fremdsprache in Mädchenmittelschulen umgewandelt worden waren, ein Novum darstellte, das in Fürth allerdings erst nach 1945 umgesetzt wurde.

Durch das **Reichsschulpflichtgesetz vom 6. Juli 1938** erfolgte auch eine reichseinheitliche Regelung der **Volks- und Berufsschulpflicht**, die nach Eintritt der Schulpflicht ab dem 6. Lebensjahr in den ersten vier Jahre von allen Kindern durch den Besuch der Volksschule zu erfüllen war, wie das bereits die Weimarer Reichsverfassung vom 14. August 1919 festgelegt hatte. Kinder, die danach in eine höhere, mittlere oder eine Fachschule wechselten, erfüllten dort ihre Schulpflicht, die fortan generell bis zum Ende des achten Schuljahres reichte. „Für die bayerischen Volksschulen auf dem Lande bedeutete das eine Ausdehnung um ein Jahr, während es in den Städten dieses achte Schuljahr in der Regel bereits gab.“³⁹⁷ Für geistig und körperlich behinderte Kinder waren Sonderschuleinrichtungen, insbesondere Hilfsschulen vorgesehen, wobei die Schulbehörden über die grundsätzliche Schulfähigkeit und die Form der Beschulung entscheiden mussten. Neben der Volksschulpflicht von acht Jahren legte das Reichsschulpflichtgesetz vom 6. Juli 1938 die **Berufsschulpflicht** auf eine Normaldauer von drei Jahren bei einer Altershöchstgrenze von 18 Jahren fest. Der Berufsschulbesuch wurde an die Lehrzeit gekoppelt und für landwirtschaftliche Berufe eine zweijährige Berufsschulpflicht als ausreichend angesehen.³⁹⁸ Parallel zur beruflichen Ausbildung war die Berufsschule fortan entweder zwei oder drei Jahre lang einmal pro Woche für sechs Stunden zu besuchen, ab 1940 dann für kaufmännische Berufe acht Stunden und für gewerbliche Berufe nach wie vor sechs Stunden.³⁹⁹

³⁹³Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.30f.

³⁹⁴Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.20f. „Über die Zeit des Nationalsozialismus ... findet sich in Herrn Trögers Aufsatz vergleichsweise wenig, sei es, weil die Unterlagen ... nicht mehr vollständig vorhanden waren, sei es, weil das Thema 1983 besonders von den älteren Kollegen als sehr heikel empfunden wurde ...“ (Hervorhebungen im Original entfallen).

³⁹⁵Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.213.

³⁹⁶Vgl.: Ebd., S.454.

³⁹⁷Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.215.

³⁹⁸Vgl.: Ebd., S.215f.

³⁹⁹Vgl.: Ebd., S.216f.

Flankiert wurden die Regelungen des Reichspflichtschulgesetzes zur Volks- und Berufsschulpflicht durch das **Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen vom 30. April 1938**, mit dem das Beschäftigungsverbot für Kinder vom 13. auf das 14. Lebensjahr ausdehnt wurde, wobei im Gegensatz zum Kinderschutzgesetz aus dem Jahr 1903 aber in der Land-, Forst- und Hauswirtschaft, im Garten- und Weinbau, in der See- und Binnenschifffahrt, in der Luftfahrt sowie in Familienbetrieben wieder Ausnahmen zugelassen waren. Gleichzeitig war jetzt für die Berufsschulzeit eine Entgeltfortzahlung und eine Anrechnung auf die Arbeitszeit vorgeschrieben.⁴⁰⁰ Außerdem war nach der Machtergreifung 1933 mit Hilfe einer massiven Arbeitsbeschaffungspolitik - bei der das bis 1935 wirksam gewordene Finanzvolumen in Höhe von 5,5 Mrd. RM die vor dem Hintergrund von rund sechs Millionen Arbeitslosen und einem Arbeitslosenanteil von fast 30 % aller abhängig Beschäftigten 1932 vom Präsidialkabinett von Papen geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 300 Mio. RM um das 18-fache übertraf - und durch eine anfangs verdeckte und ab 1935 offene Aufrüstung, die im Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1938 jeweils 16 % des gesamten Sozialprodukts ausmachte, bis 1938 wieder Vollbeschäftigung wie vor dem Ersten Weltkrieg und ein dem Stand von 1914 und 1928 entsprechendes Nettoeinkommensniveau von 100 Prozent erreicht worden.⁴⁰¹

Nachdem Reichserziehungsminister Rust mit einem Erlass vom 29. Februar 1935 das an höheren Schulen geltende Vier-Noten-System (sehr gut, gut, genügend, ungenügend) bereits durch ein Fünf-Noten-System ersetzt hatte, wurde mit einem Erlass des Reichserziehungsministers vom 6. August 1938 auch an höheren Schulen das **Sechs-Noten-System** (sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend) als einheitliches Beurteilungssystem eingeführt, das ab dem Schuljahr 1939/40 gelten sollte.⁴⁰² Zugleich wurde 1938 unter dem Titel „Erziehung und Unterricht in den Höheren Schulen“ in Buchform eine Richtlinie herausgegeben, die mit Beginn des Schuljahres 1938/39 in Kraft trat und für alle höheren Schulen verbindlich war. „An die Stelle des ‚Trugbildes der gebildeten Persönlichkeit‘ (...) setzte sie die ‚Gestalt des wirklichen, d.h. durch Blut und geschichtliches Schicksal bestimmten deutschen Menschen‘ (...). Der traditionelle Bildungsbegriff wurde ersetzt durch eine Erziehung, ‚die vom Leibe ausgeht und die Seele ergreift und innerhalb und außerhalb der Schulräume auch zur Gemeinschaft erzieht‘.“⁴⁰³

Neben der Neuordnung des höheren Bildungswesens und den Attacken gegen den traditionellen Bildungsbegriff durch Reichserziehungsminister Rust verkündete der in Bayern seit 1933 als Innenminister und nach dem Tod von NSLB-Gründer und Kultusminister Hans Schemm (1891-1935) ab Ende November 1936 auch als Kultusminister amtierende Gauleiter von München und Oberbayern, Adolf Wagner (1890-1944), im Oktober 1938 die **Umwandlung der Bekenntnisschulen in Deutsche Gemeinschaftsschulen**.⁴⁰⁴ „Innerhalb der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Organisationen gab es seit den Anfängen der Bewegung zahlreiche Gegner der Bekenntnisschule, die Partei hatte es allerdings bis über die Machtergreifung im Reich

⁴⁰⁰Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familien und Integration), Kinder- und Jugendarbeitsschutz. Unterrichtshilfe für Lehrkräfte, München 2014, S.8.

⁴⁰¹Vgl.: Christoph Sachße, Florian Tennstedt, Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 3, Stuttgart, Berlin, Köln 1992, S.39-45.

⁴⁰²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.218.

⁴⁰³Ebd., S.457.

⁴⁰⁴Vgl.: Ebd., S.192.

hinaus vermieden, zu dieser Frage eindeutig Stellung zu beziehen.⁴⁰⁵ Den Anfang zu einer eindeutigen Stellungnahme hatten schon ein Jahr nach Abschluss des Reichskonkordats mit der katholischen Kirche die lokalen Gliederungen der NSDAP und des NSLB im protestantischen Nürnberg gemacht, als sie bei der Schuleinschreibung 1934 die Deutsche Gemeinschaftsschule propagierten und niedrigere Einschreibungsquoten bei den Bekenntnisschulen erreichten. Nach der Übernahme des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus durch den Gauleiter von München und Oberbayern sowie seit 1933 amtierenden Innenminister Adolf Wagner folgte Anfang 1937 ein propagandistischer Großangriff gegen die Bekenntnisschulen, in dessen Verlauf 96 % der Eltern im eher katholischen München und 91 % der Eltern in eher protestantischen Nürnberg ihre Kinder zur Einschulung bei Deutschen Gemeinschaftsschulen einschrieben. „Beides wurde als hinreichend angesehen, sämtliche Bekenntnisschulen zu beseitigen und durch Gemeinschaftsschulen zu ersetzen.“⁴⁰⁶ Gleichzeitig wurden in Bayern zwischen 1937 und 1939 auch sämtliche Klosterschulen geschlossen und ab 1936 der Religionsunterricht an allen Schulen zunehmend eingeschränkt.⁴⁰⁷

In der Reichsprogromnacht am 9./10. November 1938, in der in Deutschland alle Synagogen zerstört wurden, wurde auch in Fürth die Synagoge in Brand gesteckt. Außerdem wurden jüdische Geschäfte geplündert und zerstört, fast alle jüdischen Bewohner der Stadt aus den Häusern geholt und auf dem Schlageter-Platz, der 1938 durch den Abbruch des 1922 stillgelegten Bahnhofgebäudes der Ludwigseisenbahn geschaffen worden war, zusammengetrieben und erst am Morgen mit Ausnahme von 132 Männern jüdischer Konfession, die mit Autobussen in das KZ Dachau gebracht wurden, wieder nach Hause entlassen. Bei den Übergriffen wurde ein Jude zu Tode geprügelt, ein anderer beging Selbstmord. Gleichzeitig wurden die drei Vorstandsglieder der jüdischen Gemeinde in Fürth am Vormittag des 10. November 1938 gezwungen, die Grundstücke des alten und neuen jüdischen Friedhofs, der alten und neuen Synagoge, des Waisenhauses an der Julienstraße (ab 1982 Hallemannstraße) und der jüdischen Elementar- und Realschule an der Blumenstraße für 100 RM an die Stadt Fürth zu verkaufen.⁴⁰⁸

⁴⁰⁵Ebd., S.190.

⁴⁰⁶Ebd., S.191. „Die enormen Anstrengungen des Systems beim Kampf gegen die Bekenntnisschule muss man vor dem Hintergrund betrachten, dass es in Schuljahr 1932/33 an den 6532 Schulorten Bayerns mit einer Volksschule insgesamt 7719 Schulen gab, von denen nur 226 bekenntnismäßig gemischt waren. Den 5459 katholischen Schulen standen 2014 evangelische gegenüber und 20 jüdische.“ (Ebd., S.194).

⁴⁰⁷Vgl.: Ebd., S.196-200 (Schließung der Klosterschulen) und S.200-203 (Einschränkung des Religionsunterrichts).

⁴⁰⁸Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 308. Siehe auch: Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S.220-239. Die Reichsprogromnacht vom 9./10. November 1938 stand im Zusammenhang mit einer seit dem Einmarsch in Österreich im März 1938 verschärften antisemitischen Hetze und Politik zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung durch staatliche Maßnahmen (Verordnungen über die Anmeldung der Vermögen der Juden vom 26. April 1938, über das Erlöschen der Approbation jüdischer Ärzte und Ärztinnen vom 25. Juli 1938, zur Führung des zweiten Vornamens „Israel“ für männliche und „Sarah“ für weibliche Juden vom 17. August 1938 und zur Aussonderung von Juden aus der Rechtsanwaltschaft vom 22. September 1938) sowie lokale Boykottaktionen, behördliche Schließungen jüdischer Geschäfte und die Abbrüche der Synagogen in München im Juni und in Nürnberg im August 1938.

Den Anlass für die darüber hinausgehenden systematischen und flächendeckenden Aktionen in der Reichsprogromnacht am 9./10. November 1938 bot das am 7. November 1938 aus Protest gegen die Abschiebung seiner Eltern nach Polen verübte Attentat des 17-jährigen Herschel Grynszpan auf den Legationsrat der deutschen Botschaft in Paris, Emil von Rath, worauf es in einzelnen Städten und Regionen (Kassel, München und preußische Provinz Hannover) zu ersten antisemitischen Übergriffen kam. Als Emil von Rath am 9. November 1938 an den Folgen des Attentats verstarb, ordneten

Der Reichsprogromnacht vom 9./10. November folgten sogleich weitere Gesetze und Verordnungen gegen die jüdische Bevölkerung im gesamten Reich. „Am 11. November wurde die ‚Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben‘ erlassen, durch die alle jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe schließen mussten; am 12. November kam das Verbot, Theater, Kino, Konzerte usw. zu besuchen; ebenfalls am 12. November wurde den jüdischen Kindern der Besuch ‚deutscher Schulen‘ nicht mehr gestattet; am 3. Dezember wurde die Entziehung der Führerscheine verordnet; ebenfalls am 3. Dezember kam die ‚Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens‘ heraus. Damit begann die ‚Arisierung‘. Alle Häuser, Gewerbebetriebe, Fabriken usw. mussten verkauft werden; ebenso Wertgegenstände wie Aktien, Juwelen und Kunstgegenstände... 1933 hatte Fürth ca. 77000 Einwohner, davon 1990 jüdischen Glaubens. Viele von ihnen ergriffen die Möglichkeit zur Emigration. 1939 waren nur noch 975 in Fürth verblieben.... Sie mussten aufgrund des ‚Gesetzes über die Mietverhältnisse‘ vom April 1939 ihre Wohnungen aufgeben und in eigens ausgewiesene ‚Judenhäuser‘ ziehen.“⁴⁰⁹

Neben den Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung kam es am 1. Februar 1939 zu einem **Erlass des Reichserziehungsministers zur Errichtung von Haushaltungs-, Kinderpflegerinnen- und Hausgehilfinnen-Schulen als Berufsfachschulen** und von daran oder an den fünfjährigen Besuch einer Mädchenoberschule anschließenden **Frauenfachschulen als weiterführende Berufsfachschulen** mit ein- oder zweijähriger Schuldauer und Vollzeitunterricht.⁴¹⁰ In Fürth wurde daraufhin die 1907 gegründete Frauenarbeitsschule der Schwestern Edelman - die 1922 mit dem Gebäude Pfisterstraße 48 und dem Lehrpersonal von der Stadt übernommen und

Hitler und Goebbels, die zur Gedenkfeier an den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 in München weilten, reichsweite „Sühneaktionen“ gegen alle Juden an. Die Mobilisierung der SA - deren Stärke nach der Verhaftung und Ermordung der gesamten SA-Führung am 30. Juni 1934 beim von Hitler zur Begründung der Mordaktionen erfundenen „Röhm-Putsch“ unter der neuen SA-Führung von 2,6 Millionen Männer 1934 auf 1,2 Millionen Männer im April 1938 abgenommen hatte - war dabei relativ einfach, weil sich die SA-Männer zum Gedenken an den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 überall zu Kameradschaftstreffen zusammengefunden hatten. Sie kamen allerdings auf ausdrückliche Anweisung nicht in ihren Heimatorten, sondern nur in jeweils benachbarten Orten oder benachbarten Landkreisen zum Einsatz.

⁴⁰⁹Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 308f.: Ergänzend anzumerken ist, dass sich die „Judenhäuser“ in den Anwesen Lindenstraße 22 als Wohnheim, Friedrichstraße 14, Bahnhofplatz 1 und 4, Julienstraße 2, Hindenburgstraße 3 (nach 1945 umbenannt in Rudolf-Breitscheid-Straße), Adolf-Hitler-Straße 26 und 32 (nach 1945 wieder Königswarterstraße) und Holzackerstraße 40 befanden. Die Holzackerstraße führte einst vom Haltepunkt der Eisenbahn in Dambach zur Alten Veste, wurde später durch den Bau der Grundig-Villa (Holzackerstraße 50), des Main-Donau-Kanals und der Südwesttangente weitgehend zergliedert und ist seit 2012 durch die Wohnbebauung auf dem Gelände der ehemaligen Grundig-Villa und neue Erschließungsstraßen komplett verschwunden.

Siehe zur Arisierung auch: Siegfried Imholz, Die Arisierung in Fürth – Eine Skizze, in: Mathias Henkel, Eckhardt Diezfelbinger (Hrsg.), Entrechtet. Entwürdigt. Beraubt. Die Arisierung in Nürnberg und Fürth. Begleitbuch zur Ausstellung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg (17. November 2012 bis 31. Juli 2013), Petersberg 2012, S.57-69, hier: S.60: „Ein wichtiges Instrumentarium bildeten die Regelungen gegen Devisen- und Kapitalflucht bei Emigranten, die sich wegen der NS-Politik zur Ausreise gezwungen sahen. Um sie auszurauben, dehnte der NS-Staat die seit 1931 geltende Reichsfluchtsteuer zur Vermeidung von Kapitalflucht auch auf geringe Vermögen und Jahreseinkommen aus. Ihre Festsetzung und Erhebung lag bei den Finanzbehörden. Für Juden lagen die die realen Werteinbußen bereits 1935 bei etwa 80 Prozent, 1939 bei 90 Prozent.“

⁴¹⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.217.

1925 in eine städtische Frauenarbeitsschule mit angeschlossenen Tages- und Abendkursen umbenannt worden war sowie seither schwerpunktmäßig als Berufsbildungsschule bzw. ab 1930 durch die Umbenennung des Schultyps als Berufsschule für Handarbeit und Hauswirtschaft fungiert hatte - am 1. April 1940 in eine **Haushaltungsschule als Berufsfachschule** umgewandelt. Nach der Satzung sollte die weibliche Jugend dort sowohl für hauswirtschaftliche als auch für hausmütterliche Aufgaben im Sinne des nationalsozialistischen Staates sowie den Gegenwartsaufgaben der Volksgemeinschaft vorbereitet werden und zugleich eine berufliche Schulung als Gehilfin in der Familie bei den hauswirtschaftlichen Aufgaben der Hausfrau und Mutter erhalten.⁴¹¹

Zuvor war in Fürth bis Sommer 1939 auch der **Landdienst an Volksschulen**, bei dem ältere Volksschüler/innen während der Sommerferien Aufgaben als Erntehelfer bzw. bäuerliche Haushaltshelferinnen übernahmen, umgesetzt worden. Dabei hatte die Volksschule Schwabacher Straße 13 Jungen, die Volksschule Frauenstraße 15 Jungen und die Volksschule Unterfarnbach sogar 121 Jungen und 56 Mädchen für den Landdienst gemeldet.⁴¹² Da seit Frühjahr 1939 nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch Kriegsvorbereitungen gegen Polen durch Anweisungen und Provokationen angelaufen waren,⁴¹³ spitzte sich die gesamtpolitische Lage mit Beginn der Sommerferien unüberhörbar zu. So verkündete der 1902 in Fürth geborene, 1925 der NSDAP beigetretene, bis 1929 in Fürth als Ortsgruppenleiter fungierende und 1930 im Auftrag Hitlers von Herman Göring als Gauleiter nach Danzig entsandte Albert Forster - der 1934 sowohl vom mehrheitlich mit Nationalsozialisten besetzten Volkstag in Danzig als auch vom ausschließlich mit Nationalsozialisten besetzten Stadtrat in Fürth zum Ehrenbürger ernannt worden war - nach einer zweitägigen Abstimmung mit Hitler auf dem Obersalzberg am 10. August 1939 bei einer Großveranstaltung in Danzig, dass man in den letzten Wochen alles getan habe, um jeden Überfall abzuwehren, und das Großdeutsche Reich und Adolf Hitler jederzeit bereit seien, Danzig im Falle eines Angriffs zur Seite zu stehen. Diese Aussagen wiederholte Albert Forster am 12. August 1939 auch in Fürth bei einer um 21 Uhr stattfindenden Großveranstaltung auf dem Schlageter-Platz (ab 1946 Fürther Freiheit).⁴¹⁴

Neben den propagandistischen Kriegsvorbereitungen war Albert Forster zudem an den militärischen Kriegsvorbereitungen beteiligt gewesen und hatte von Juni bis Juli 1939 in Danzig eine bewaffnete Landespolizei aus SS-Männern aufstellen, über ein fingiertes SS-Sportfest weitere 2.000 militärisch ausgebildete SS-Männer und über die

⁴¹¹Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edlmann zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.16.

⁴¹²Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.119.

⁴¹³Vgl. dazu: Dieter Schenk, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S.50 und S.105f.: Nach der Besetzung der nach dem Münchener Abkommen vom 30. September 1938 verbliebenen Rest-Tschechei im März 1939 und der Installierung eines nationalsozialistischen Marionettenstaates in der Slowakei war am 11. April 1939 als geheime Kommandosache eine Weisung an die Wehrmacht ergangen, einheitliche Kriegsvorbereitungen für 1939/40 zu treffen. In einer Reichstagsrede am 28. April 1939 hatte Hitler dann den mit Polen bestehenden Vertrag der Verständigung, der Friedensgarantie und der guten Nachbarschaft vom 26. Juni 1934 einseitig gekündigt und am 23. Mai 1939 gegenüber führenden Militärs in der Reichskanzlei erläutert, dass es nicht mehr nur um Danzig und den polnischen Korridor zwischen Pommern und Ostpreußen, sondern um die Eroberung von Lebensraum im Osten, die Sicherstellung der Ernährung und die Lösung der Baltikums-Frage gehe.

⁴¹⁴Vgl.: Ebd., S.117f.

Ostsee 20 Geschütze und Flugabwehrkanonen sowie einige Panzerspähwagen einschleusen lassen.⁴¹⁵ Nachdem Außenminister Ribbentrop am 23. August 1939 in Moskau einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion unterzeichnet hatte, empfing Albert Forster am 25. August 1939 das Kadettenschulschiff Schleswig-Holstein samt Besatzung und einem Marinestoßtrupp an Bord zu einem offiziellen Flottenbesuch in Danzig.⁴¹⁶ Wie von Hitler für alle entlang der polnische Grenze stehenden Wehrmachts-einheiten angeordnet, eröffnete das Kadettenschulschiff Schleswig-Holstein am 1. September 1939 um 4.45 Uhr das Feuer auf die von Polen entsprechend dem Versailler Vertrag seit 1919 als Hafen genutzte Westerplatte. Gleichzeitig nahmen die von Albert Forster nach Danzig eingeschleusten SS-Männer zusammen mit der bewaffneten Landespolizei die meisten polnischen Einrichtungen in Danzig kampflos ein. Die einzigen Ausnahmen bildeten die polnische Post und die polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte, die noch bis zum Abend bzw. fünf Tage Widerstand leisteten.⁴¹⁷

Während mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Danzig und Polen sogleich der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und der polnischen Intelligenz (Priester, Ärzte, Beamte, Rechtsanwälte, Richter, Politiker und Intellektuelle) begann,⁴¹⁸ erklärten Frankreich und Großbritannien, die seit Frühjahr 1939 wiederholt Beistandserklärungen für Polen abgegeben und wie Großbritannien am 25. August 1939 sogar einen Beistandspakt mit Polen geschlossen hatten, Hitler und dem Großdeutschen Reich am 3. September 1939 den Krieg. Da bis 6. September 1939 auch die Regierungen der britischen Dominions Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika sowie die britisch kontrollierte Regierung Indiens Kriegserklärungen gegen Deutschland abgaben, entwickelte sich Hitlers Überfall auf Polen wie ein Vierteljahrhundert zuvor der Erste Weltkrieg innerhalb weniger Tage zu einem Weltkrieg.⁴¹⁹

⁴¹⁵Vgl.: Ebd., S.111-114.

⁴¹⁶Vgl.: Ebd., S.122f. Ergänzend anzumerken ist, dass die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt in Ostasien in einen militärischen Grenzkonflikt mit Japan verwickelt war, der erst am 16. September 1939 mit einem Waffenstillstand endete. Da der zwischen dem Großdeutschen Reich und der Sowjetunion am 23. August 1939 unterzeichnete Nichtangriffspakt in einem geheimen Zusatzprotokoll neben einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Öl, Mangan und Nahrungsmittel aus der Sowjetunion gegen Konstruktionspläne für moderne Schlachtschiffe und einen fertiggestellten Kreuzer aus Deutschland) auch eine Aufteilung des polnischen Staatsgebietes vorsah, die den seit der dritten polnischen Teilung im 18. Jahrhundert von 1793 bis 1914 zu Russland, Preußen/Deutschland und Österreich-Ungarn gehörenden Gebieten entsprach, rückte die Rote Armee am 17. September 1939 in Ostpolen ein.

⁴¹⁷Vgl.: Ebd., S.125 und S.131-133.

⁴¹⁸Vgl.: Ebd., S.145: Allein in Danzig-Westpreußen, wo Albert Forster von Hitler 1930 zum Gauleiter und am 26. Oktober 1939 sogar zum Reichsstatthalter ernannt worden war, kamen nach den Unterlagen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg in den Jahren 1939 bis 1945 „zwischen 52794 und 60750 Personen durch nationalsozialistische Gewaltverbrechen ums Leben (...). Bis auf einige hundert Personen sind fast alle Opfer in den ersten Monaten nach dem Einmarsch der deutschen Truppen umgekommen...“ Außerdem wurden im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig bis 1945 noch etwa 65.000 Menschen ermordet.

⁴¹⁹Vgl. dazu und zum Verlauf des Zweiten Weltkrieges: Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Aus dem Amerikanischen übertragen von Helmut Dierlamm, Karlheinz Dürr und Klaus Fritz, Stuttgart 1995. Der Historiker Gerhard Ludwig Weinberg wurde 1928 in Hannover geboren, emigrierte aufgrund der nationalsozialistischen Judenverfolgung als Kind mit seinen Eltern 1938 nach Großbritannien und 1941 in die USA. Dort arbeitete er nach Abschluss seines Studiums von 1951 bis 1954 als wissenschaftlicher Mitarbeiter und danach als Professor an mehreren amerikanischen Universitäten (1954-1957 University of Chicago, 1957-1959 University of Kentucky, 1959-1974 University of Michigan und 1974-1996 University of North Carolina).

In Fürth zeigten sich die Auswirkungen des Krieges an der Einführung von Lebensmittelkarten, die das Ernährungsamt der Stadt einen Tag vor Kriegsbeginn bekanntgegeben hatte,⁴²⁰ und an der Einberufung von Lehrern und Beamten zur Wehrmacht.⁴²¹ Daneben musste die Stadtverwaltung Personal zur Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete, die entweder dem Großdeutschen Reich angegliedert oder wie das „Generalgouvernement“ nicht angegliedert wurden, zur Verfügung stellen. Als einer der ersten der 448 Beamten, 341 Angestellten und 549 Arbeitern, die 1938 bei der Stadt Fürth tätig gewesen waren,⁴²² ging im Oktober 1939 Oberbürgermeister Jakob zusammen mit Stadtarchivar Dr. Schwammberger und einigen Mitarbeitern des Bauamtes als Stadtkommissar in die wieder an das Reich angegliederte Stadt Thorn,⁴²³ die mit 77.000 Einwohner/innen damals etwa über die gleiche Bevölkerungszahl wie die Stadt Fürth verfügte.⁴²⁴ Außerdem gehörte Thorn zum Gaugebiet von Albert Forster, den Hitler am 26. Oktober 1939 zum Reichstatthalter in Danzig-Westpreußen ernannte.⁴²⁵ In Fürth wurde die Stelle des Oberbürgermeisters nach dem Weggang von Franz Jakob nicht mehr besetzt. Vielmehr führte der Verwaltungsjurist und zweite Bürgermeister, Dr. Karl Häupler (1906-1945), die Amtsgeschäfte erst einmal weiter, bis er im Mai 1944 durch das bayerische Innenministerium auch offiziell mit der kommissarischen Wahrnehmung aller Aufgaben des Leiters der Stadt Fürth beauftragt wurde.⁴²⁶

Ähnlich wie im Ersten Weltkrieg führten die Auswirkungen des Krieges im Schulwesen der Stadt zu zunehmenden Einschränkungen. Dabei blieben bereits im Winter 1939/40 das seit einem Jahr die Bezeichnung Deutsche Oberschule führende und erst ab dem Schuljahr 1940/41 reaktivierte **humanistische Gymnasium an der Königstraße** sowie die **Mädchenoberschule mit angeschlossener Handelsschule am Tannenplatz** nach den Weihnachtsferien von Januar bis März 1940 wegen Kohlemangels geschlossen. Da das Schulgebäude der Mädchenoberschule teilweise als Reservelazarett genutzt wurde, musste der Unterricht für die Mädchen zum Teil nachmittags an der Oberschule für Jungen an der Kaiserstraße abgehalten werden.⁴²⁷ Außerdem galt

⁴²⁰Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 311.

⁴²¹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.31; Heinrich-Schliemann-Gymnasium, (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.31.

⁴²²Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.28.

⁴²³Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 309: „Auch wenn er mit großen Worten verabschiedet wurde, wurde er aus Fürth entfernt, weil er wegen persönlicher Bereicherungen und vielen Frauengeschichten nicht einmal mehr für seine Parteigenossen tragbar war ... 1941 wurde Jakob aus der SA entlassen, nachdem er durch das Danziger Gaugericht wegen seiner Verhältnisse zu Frauen ‚ungeklärter Volkszugehörigkeit‘ verwarnt worden war.“

⁴²⁴Thorn (Torun) war 1231 durch den Deutschen Orden gegründet, 1236 wegen der Überschwemmungsgefahr an einen etwa 7,5 km entfernten Standort verlegt worden und später die älteste Stadt Preußens. Vgl. den Artikel Torun, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.10.2019.

⁴²⁵Vgl.: Dieter Schenk, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S.142. Neben Oberbürgermeister Jakob, Stadtarchivar Dr. Schwammberger und einigen Mitarbeitern des Bauamtes gab es 1939 noch einen weiteren Personaltransfer aus Fürth nach Danzig. „Seinen 2. Adjutanten holte sich Forster 1939 (...) aus Fürth, wo Andreas Landmann (Jahrgang 1902) Stadtrat war (...). Er wurde in Forsters Stab mit Parteiangelegenheiten betraut und genoss das besondere Vertrauen des Gauleiters. Landmann begleitete Forster regelmäßig bei seinen Inspektionsreisen im Gau und war Verhandlungspartner der Gauleitung mit dem Danziger Klerus bei der Verfolgung und Ermordung katholischer Priester“ (Ebd., S.190).

⁴²⁶Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.34.

⁴²⁷Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.31; Heinrich-Schliemann-Gymnasium, (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.31: „...in den Wintermonaten gab es wegen Beschlagnahme der Kohlevorräte Kälteferien.“

seit Schuljahresbeginn 1939/40 an allen Oberschulen entsprechend dem Erlass von Reichserziehungsminister Rust aus dem Jahr 1938 ebenfalls das **Notensystem 1 bis 6** (sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend). Und die 1940 an allen Schulen ausgegebenen **Zeugnisse** zeigten jetzt auch die neue Rangordnung der Fächer nach nationalsozialistischen Werten, indem das Fach Religion auf den letzten Platz und das Fach Leiberziehung auf den ersten Platz rückte.⁴²⁸

Die fortan auch an den Zeugnissen sichtbare antireligiöse Schulpolitik der Nationalsozialisten stieß im folgenden Jahr allerdings auf ein erhebliches Akzeptanzproblem, als es nach dem „**Kruzifix-Erlass**“ vom 29. April 1941 - der die nach der Machtergreifung in Bayern herausgegebene Ministerialentschließung zur Einführung eines verbindlichen Schulgebets zu Beginn und am Ende des Unterrichts vom 28. März 1933 aufhob und gleichzeitig darauf hinwies, dass kirchlicher Bilderschmuck und Kruzifixe in der Schule am falschen Platz seien und dafür Sorge zu tragen sei, solchen Wandschmuck allmählich zu entfernen und durch zeitgemäße Bilder zu ersetzen - zu massiven Protesten in der Bevölkerung kam, die am 28. August 1941 zu einem **Stopp-Erlass** führten.⁴²⁹ Gleichzeitig wurde in Fürth die 1907 entstandene Höhere Mädchenschule am Tannenplatz, die 1924 in ein Mädchenlyzeum mit sechsjähriger Schuldauer umgewandelt und 1938 entsprechend den Regelungen zur Neuordnung des höheren Schulwesens in eine Mädchenoberschule mit sechsjähriger Schuldauer umbenannt worden war, ab 15. September 1941 zu einer **Mädchenoberschule als Vollanstalt** umgewandelt, die nun über die seit 1936 an allen höheren Schulen verkürzte Schuldauer von acht Jahren verfügte und zum Abitur führte. Die Oberstufe der auch organisatorisch den Vorschriften angepassten Mädchenoberschule gliederte sich fortan in einen hauswirtschaftlichen und in einen sprachlichen Zweig. Durch die Belegung mit 740 Schülerinnen musste die Schule jetzt allerdings sechs statt bislang vier Räume an der in der Nähe liegenden Volksschule Maistraße nutzen.⁴³⁰

Im Volksschulbereich verfolgte das Reichserziehungsministerium seit Ende 1940 außerdem die Absicht, die **in Österreich bereits übliche Hauptschule** generell einzuführen. „Sie sollte einmal zum ‚Mittel- und Kernstück‘ (...) des gesamten Schulwesens werden: ohne Einschränkungen sollte von ihr aus der Übertritt in jede allgemein- oder berufsbildende Schule möglich werden. Wie die Volksschule war sie schulgeldfrei und

⁴²⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.203.

⁴²⁹Vgl.: S.203. Die Rücknahme des „Kruzifix-Erlasses“ im Jahr 1941 entsprach durchaus der politischen Praxis des Nationalsozialismus, der von Anfang an gegenüber der nach Rassegesichtspunkten arischen Bevölkerung eine „Gefälligkeits- und Stimmungsdiktatur“ war. Für die Überwachung der Massenstimmung sorgten dabei neben dem SD mit seinen fortlaufenden Berichten vor allem die nationalsozialistischen Massenorganisationen durch ihre Integrationsarbeit und das Haus- und Blockwart-System der NSDAP. Für die in Aussicht gestellten und tatsächlichen „Gefälligkeiten“, die über den Raub an den Juden und in den besetzten Gebieten finanziert wurden, sorgten parallel die Führungsspitzen des Regimes.

Siehe dazu: Götz Aly, Hitlers Volkssaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main, 1. Auflage 2005, 2. Auflage 2011, wo der Traum vom Volksreich, die Gefälligkeitsdiktatur, die Kriegsgewinne für das Volk aus der Hauptstütze West (Luxusartikel wie Champagner, Parfüm, Seidenwäsche) und dem Ergänzungsraum Ost (Nahrungsmittel und Land für Siedler), das Prinzip des Staatsraubs, die Geldwäsche für die Wehrmacht, die Subsidien der Verbündeten, die Spur des Goldes und der Raubmord an den Juden ausführlich dargestellt sind.

⁴³⁰Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.31.

dauerte nur vier Jahre, sollte sich aber durch erhöhte Anforderungen deutlich von dieser unterscheiden.⁴³¹ Der Kriegsverlauf im Jahr 1941 (Einmarsch in Jugoslawien und Griechenland, Landung auf Kreta und Überfall auf die Sowjetunion) setzte den Absichten zu einer Aufwertung der Volksschule durch erhöhte Anforderungen jedoch sehr bald Grenzen. „In einem Erlass vom 25.6.1941 räumte der Minister ‚kaum überwindbare Hindernisse bei der Einführung der Hauptschule im gesamten Reichsgebiet‘ ein.“⁴³²

Gleichzeitig rückte nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, der von Hitler wie der Überfall auf Polen als Eroberungs- und völkischer Vernichtungskrieg konzipiert worden war, die Deportation und Vernichtung der europäischen Juden in den Vordergrund der NS-Politik.⁴³³ Während die den drei Heeresgruppen der Wehrmacht zugeteilten Einsatzgruppen der SS-Sicherheitspolizei in den eroberten Gebieten der Sowjetunion bis Jahresende 1941 allein 500.000 Menschen jüdischer Konfession erschossen, mussten im Reich ab 1. September 1941 alle jüdischen Personen ab dem 6. Lebensjahr in der Öffentlichkeit einen Judenstern tragen. Am 17. September 1941 ordnete Hitler an, alle so gekennzeichneten Juden in den Osten zu deportieren.⁴³⁴ Am 23. Oktober 1941 erfolgte für Juden ein Auswanderungsverbot. Mit der elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 wurde dann die automatische Ausbürgerung verfügt, sofern das Reichsgebiet verlassen wurde, womit der Einziehung der nach dem Reichsfluchtsteuergesetz fälligen 90 Prozent des auf Sperrkonten hinterlegten Geldvermögens sowie dem zur Steuererhebung erforderlichen Verkauf des Sachvermögens deportierter Juden formalrechtlich nichts mehr im Wege stand.⁴³⁵ In zeitlichem Einklang mit den steuerrechtlichen Regelungen erfolgte in Fürth die erste von insgesamt sechs Deportationen am 27. November 1941 und umfasste 94 Personen, die nach Riga im Baltikum gebracht wurden. Am 22./23. März 1942 kam es zu einer zweiten Deportation von 237 Personen in das Ghetto Izbica im „Generalgouvernement“ und danach in ein Vernichtungslager, unter denen sich auch die Kinder des jüdischen Waisenhauses in der Julienstraße und dessen Leiter, Dr. Issac Hallemann mit Familie befanden. Die verbliebenen Kinder (drei aus Fürth und drei aus Erlangen) kamen nach Nürnberg. Das Waisenhaus wurde zu einem Altenheim umgewandelt,⁴³⁶

Da es im Großdeutschen Reich kaum noch jüdische Kinder gab, wurde am 30. Juni 1942 die **Schließung aller noch bestehenden jüdischen Schulen** angeordnet und die Schulpflicht für jüdische Kinder aufgehoben.⁴³⁷ Durch diese Anordnung wurde auch

⁴³¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.454.

⁴³²Ebd., S.455.

⁴³³Vgl.: Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Heyes, Mosche Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, 2. Auflage, München 2010, S.183.

⁴³⁴Vgl.: Ebd., S.186: „Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung war zu diesem Zeitpunkt bereits im vollen Gange ... Insgesamt elf ‚Tätigkeits- und Lageberichte der Sicherheitspolizei und des SD in der UdSSR‘, die im Reichssicherheitshauptamt bis April 1942 verfasst und an Parteistellen, an die Wehrmacht und an einzelne Ministerien verteilt wurden, konnten nach dem Krieg in den Akten des Auswärtigen Amtes gefunden werden.“

⁴³⁵Vgl. Ebd., S.179: „Die ... Politik der Deportation der deutschen Juden in den Osten erforderte diese automatische Ausbürgerung, vor allem um mögliche juristische Komplikationen finanzieller Art zu vermeiden.“

⁴³⁶Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.161f.

⁴³⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.451.

die jüdische Schule in Fürth, die 1862 als Bürgerschule an der Theaterstraße/Ecke Blumenstraße entstanden, 1868 mit einem eigenen Gebäude auf dem Grundstück Blumenstraße 31 versehen, 1883/84 mit einem zusätzlichen Gebäude im Hof durch eine Elementarschule ergänzt und zu einer Realschule befördert worden war, geschlossen und das gesamte Schulinventar für 700 RM von der Stadt Fürth übernommen.⁴³⁸ Obwohl nach 1945 emigrierte Fürther/innen jüdischen Glaubens zurückkehrten sowie aus den Konzentrationslagern befreite und durch die amerikanische Militärverwaltung zur Auswanderung nach Palästina oder zur Rückkehr in ihre Herkunftsstaaten auf der Hardhöhe und im Eigenen Heim untergebrachte Menschen jüdischen Glaubens zum Teil in Fürth verblieben, entstand hier nach 1945 keine neue allgemeinbildende jüdische Schule mehr.⁴³⁹

Zum Zeitpunkt der Schließung der jüdischen Elementar- und Realschule in Fürth wurde an den übrigen Volksschulen der 1939 eingeführte Landdienst aufgrund des Arbeitskräftemangels immer wichtiger. Neben dem bisherigen landwirtschaftlichen Einsatz in den Sommerferien wurden alle Schüler der achten Volksschulklassen in Fürth 1942 zusätzlich drei bis vier Wochen vom Unterricht befreit, um bei Forstkulturarbeiten zu helfen.⁴⁴⁰ Durch Einberufungen zur Wehrmacht und Abstellungen zu den Verwaltungen in den besetzten Gebieten war außerdem die Personalstärke der Stadtverwaltung bis Mitte 1942 fast auf die Hälfte ihres Vorkriegsstandes geschrumpft, so dass sich die verbliebenen technischen Beamten nur noch um die Aufgaben des Luftschutzes kümmern konnten, der durch die britischen Brandbombenangriffe auf die Innenstädte von Lübeck und Rostock im März und April 1942 sowie den britischen 1000-Bomber-Angriff auf Köln am 30./31. Mai 1942 zunehmend an Brisanz gewann,⁴⁴¹ während die Tätigkeiten der verbliebenen sonstigen Beamten und Angestellten auf die Aufgaben im Ernährungs- und Wirtschaftsamt konzentriert wurden.⁴⁴² Daneben erfolgte in Fürth am 10. September 1942 die vierte Deportation von 150 Personen jüdischen Glaubens nach Theresienstadt, unter denen sich auch die Bewohner des Altenheims im Gebäude des ehemaligen jüdischen Waisenhauses befanden, das nun zu einem Wohnheim wurde. „Schließlich kamen 48 Personen am 18. Juni 1943 nach Auschwitz, und am 17. Januar 1944 vier Personen nach Theresienstadt. In Fürth blieben 23 Juden, die in ‚Mischehen‘ lebten oder versteckt das ‚Dritte Reich‘ überlebten.“⁴⁴³

Während die freigewordenen Häuser und Wohnungen der von 1933 bis 1939 emigrierten und der ab November 1941 deportierten Menschen jüdischer Konfession in Fürth bei einer von 77.303 Personen im Jahr 1933 auf 81.217 Personen im Jahr 1944 steigenden Gesamteinwohnerzahl⁴⁴⁴ entweder an nationalsozialistische Organisationen oder an Personen und Familien deutschen oder artverwandten Blutes im Sinne des

⁴³⁸Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.163. Siehe auch ebd., S.126: Im Jahr 1936 war die israelitische Realschule noch von 207 Schüler/innen und die israelitische Elementarschule von 107 Schüler/innen besucht worden.

⁴³⁹Vgl. zur Geschichte von Menschen jüdischer Konfession in Fürth nach 1945: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, S.270-279.

⁴⁴⁰Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.117.

⁴⁴¹Vgl. zum Bombenkrieg in Deutschland: Hans Boog, Das Ende des Bombenkrieges. Ein militärgeschichtlicher Rückblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Beilage 18-19/1995, S.10-21.

⁴⁴²Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.29 und S.33.

⁴⁴³Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 310.

⁴⁴⁴Vgl. zu den Einwohnerzahlen: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, S.33, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand.

Reichsbürgergesetzes von 1935 vergeben wurden, kam der Krieg nun nicht mehr nur durch Einberufungen zur Wehrmacht oder die an den Fronten getöteten und verwundeten Soldaten, sondern auch durch die im März 1943 beginnende kombinierte Bomberoffensive der Luftstreitkräfte der Amerikaner (Tagesangriffe) und der Briten (Nachtangriffe) nach Fürth. Im Rahmen des ersten Großangriffs, der am 8./9. März 1943 in mehreren Wellen auf die nationalsozialistischen Symbolstädte München und Nürnberg gerichtet war, wurden auf Fürth ebenfalls Bomben abgeworfen, die zu 42 Todesopfern führten.⁴⁴⁵ Außerdem wurden beim **humanistischen Gymnasium an der Königsstraße** fast alle Fensterscheiben zerstört und der Physik- und Chemiesaal beschädigt, so dass der Unterricht erst nach acht Tagen wieder aufgenommen werden konnte.⁴⁴⁶

Von der bis Kriegsende fortlaufenden Bomberoffensive der amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte war das Schulwesen in Fürth nicht nur durch Gebäudeschäden, sondern auch durch die zahlreichen Luftschutzalarme negativ betroffen, weil viele Schüler/innen meist schon beim Voralarm nach Hause geschickt wurden,⁴⁴⁷ um sich beim Hauptalarm mit Familienangehörigen in einen Luftschutzraum oder Luftschutzbunker begeben zu können.⁴⁴⁸ Daneben wurden ab Mitte 1943 die meisten Schüler der damals sechsten, siebten und achten Klassen der höheren Schulen und damit 15- bis 17-Jährige im Rahmen eines **Kriegsdienst-Hilfseinsatzes als Flakhelfer** bei der Luftwaffe herangezogen, wobei alle Schüler, die regelmäßig am Sportunterricht (Leibeserziehung) teilgenommen hatten, ohne weitere Untersuchung als tauglich galten. Von der **Oberschule für Jungen an der Kaiserstraße** wurden zunächst sechs Schüler der damaligen sechsten Klasse und 54 Schüler der damaligen siebten Klasse abgestellt, denen am 17. Juli 1943 noch 54 Schüler der damaligen fünften Klasse folgten. Die Schüler aus Fürth waren für den Einsatzort Nürnberg vorgesehen und wurden den Einheiten der Luftwaffe klassenweise zugeteilt, um sie durch einen Betreuungslehrer mit einem auf 18 Wochenstunden reduzierten Unterricht einigermaßen ordnungsgemäß unterrichten zu können.⁴⁴⁹ Außerdem wurden sie von der Luftwaffe theoretisch und durch zahlreiche Übungen mit der Bedienung der Flugabwehrkanonen vertraut

⁴⁴⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 312: „Am 10. Mai 1940 fand der erste Luftangriff auf Fürth statt, danach blieb die Stadt bis 1943 verschont.“ Deshalb konnte sich die Bevölkerung in Fürth bis 1943 in scheinbarer Sicherheit wähnen und ein Großteil vielleicht sogar an die von der nationalsozialistischen Propaganda verbreitete Siegeszuversicht glauben, obwohl diese nach dem Scheitern der Wehrmacht vor Moskau und der Kriegserklärung Hitlers gegenüber den USA im Dezember 1941, dem Scheitern des Vorstoßes zum Suezkanal in Nordafrika im Oktober/November 1942 und die Kapitulation der eingekesselten und kurz vor der endgültigen Vernichtung oder dem Verhungern stehenden Truppen in Stalingrad am 31. Januar und 2. Februar 1943 sukzessive konterkariert worden war.

⁴⁴⁶Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium, (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.33.

⁴⁴⁷Der Voralarm wurde ausgelöst, wenn ein Bomberverband, der die Reichsgrenzen überflogen hatte, eine bestimmte Luftsicherungslinie überschritt (z.B. Rhein-Main-Gebiet), aber noch nicht klar war, ob er nun Richtung Würzburg/Nürnberg oder Richtung München weiterfliegt. Sobald dies klar war, wurde entweder Hauptalarm für einen drohenden Luftangriff ausgelöst oder Entwarnung für einen nicht auf die Region zu erwartenden Luftangriff gegeben.

⁴⁴⁸Neben zahlreichen, in den Häusern zu Luftschutzräumen ausgebauten Kellern gab es in Fürth einen Hochbunker am Bahnhofplatz für Eisenbahnreisende am Standort des heutigen Bahnhofscentrums sowie Hochbunker an der Ronwaldstraße, Kronacher Straße, Friedrich-Ebert-Straße, Kieler Straße, Mühlthalstraße, Stettiner Straße, Dr.-Mack-Straße und in der Eschenau. Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 312. Außerdem dienten Teile der Bierkeller der Brauerei Geismann an der Bäumen-/Hallstraße, der Bergbräu an der Wolfsschlucht/Fritz-Mailaender-Straße, der Brauerei Grüner im Grünerpark/Vacher Straße und der Brauerei Humbser an der Schwabacher Straße/Fichtenstraße als Luftschutzkeller.

⁴⁴⁹Vgl.: Manfred Mümmeler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.131-134.

gemacht, die sie bei Luftangriffen unter Anleitung eines für vier Geschütze zuständigen Batterieführers der Luftwaffe völlig eigenständig bedienen mussten. Insofern war der Einsatz als „Flakhelfer“ eigentlich kein „Kriegsdienst-Hilfseinsatz“, sondern echter Kriegseinsatz mit begleitendem Schulunterricht in den Bereitschafts- und Kampfpausen.⁴⁵⁰

Während nun Schüler/innen der Volksschulen in den Landdienst und Schüler/innen der Oberschulen in den Kriegshilfsdienst entweder im Krankenhaus oder in Reserve-lazaretten (Mädchen) oder als „Flakhelfer“ bei der Luftwaffe (Jungen) zogen,⁴⁵¹ machte sich bei der **Lehrerschaft in den Kriegsjahren** zunehmend Enttäuschung über die nationalsozialistische Schulpolitik und ihre eigene Situation breit. „Mangelndes soziales Ansehen, die miserable materielle Lage, die Rückwärtsentwicklung der Ausbildung und die häufig unzumutbaren Arbeitsverhältnisse trugen dazu bei, dass sogar eine regelrechte Flucht aus dem Unterricht einsetzte.“⁴⁵² Unabhängig von den Erwartungen zum sozialen Ansehen, zur materiellen Lage und zu den Arbeitsbedingungen war die Enttäuschung über die Rückwärtsentwicklung der Ausbildung auch darauf zurückzuführen, dass die 1935 zur Volksschullehrer/innen-Ausbildung eingeführten **Deutsche Oberschule im Aufbauform** - die Volksschulabsolvent/innen aufnahm und durch eine Schuldauer von sechs Jahren mit Englisch als erster Fremdsprache und Latein als zweiter Fremdsprache ab dem dritten Schuljahr zu einer uneingeschränkten Hochschulreife führte, an die sich ein viersemestriges Studium an einer Hochschule für Lehrerbildung anschloss - mit Erlass vom 24. September 1942 **abgeschafft** und die Lehrer/innenseminare mit einer Schulbesuchsdauer von fünf Jahren wieder eingeführt worden waren.⁴⁵³ Außerdem wurde 1943 der **Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB)**, dem nach der Eingliederung aller Lehrerverbände 1937 immerhin 97 % aller Lehrer angehört hatten, wegen seiner schlechten Finanzen **von der NSDAP stillgelegt**,⁴⁵⁴ womit auch die früher wegen ihrer kameradschaftlichen Atmosphäre sicherlich geschätzten Aufenthalte in den Schulungslagern des NSLB endgültig entfielen.⁴⁵⁵

Nach einem erneuten Luftangriff am 10. August 1943, der zu 22 Todesopfern führte, kam es in Fürth am 25. Februar 1944 zu einem heftigen Luftangriff, bei dem 122 Menschen starben.⁴⁵⁶ Zugleich wurde das Gebäude der **Mädchenoberschule am Tannenplatz** so beschädigt, dass dort kein Unterricht mehr möglich war. Der Unterricht

⁴⁵⁰Vgl. dazu auch: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.23: „Falls ein Luftwaffenhelfer nicht versetzt werden konnte, musste sein Zeugnis den Zusatz erhalten: ‚Trotz Bewährung im Einsatz konnte in Anbetracht der zu geringen Leistungen eine Versetzung nicht ausgesprochen werden‘.“

⁴⁵¹So leisteten beispielsweise die Schülerinnen der ersten Abschlussklasse der 1941 zur Vollanstalt umgewandelten Oberschule für Mädchen am Tannenplatz im Schuljahr 1942/43 Kriegshilfsdienst im heute zu Polen gehörenden Warthegau/Posen, arbeiteten im städtischen Krankenhaus in Fürth und beteiligten sich in Mittelfranken an bäuerlichen Ernteeinsätzen, bevor sie vom 1. bis 15. März 1943 die Abiturprüfung ablegten, bei der alle Schülerinnen bestanden. Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.31.

⁴⁵²Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.408.

⁴⁵³Vgl.: Ebd., S.204.

⁴⁵⁴Vgl. dazu den Artikel Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB), 1929-1943, in: www.historischeslexikon-bayern.de, hier: Ausdruck vom 14.10.2019.

⁴⁵⁵Das von der Ortsgruppe Fürth des NSLB ab Oktober 1936 genutzte Schulungslager auf dem Landschloss Büg in der Gemeinde Forth war übrigens schon 1941 in ein Aufnahmelager für Russland-Deutsche umgewandelt worden. Vgl.: Martina Schwitalski, Schalom Forth. Jüdisches Dorfleben in Franken, Münster, New York, München, Berlin 2012, S.70-73.

⁴⁵⁶Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 312.

der gesamten Mädchenoberschule wurde deshalb an die Oberschule für Jungen an der Kaiserstraße verlegt, wo er allerdings an fünf Nachmittagen nur eingeschränkt für jeweils vier Stunden stattfinden konnte.⁴⁵⁷ Außerdem hatte die Bomberoffensive der amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte in Deutschland dazu geführt, dass die **Kinderlandverschickung** - die ursprünglich vor dem Ersten Weltkrieg durch Spenden und Stiftungen für bedürftige Stadtkinder zur Erholung auf dem Land eingeführt, nach dem katastrophalen kriegsbedingten Hungerwinter 1916/17 ab 1917 von der Reichszentrale Landaufenthalt für Stadtkinder in großem Stil bis 1932 organisiert, von den Nationalsozialisten ab 1933 in das Hilfswerk Mutter und Kind der NSV übernommen und 1940 auf eine erweiterte Kinderlandverschickung für über 10-Jährige ausgedehnt worden war⁴⁵⁸ - zunehmend als Mittel zur Evakuierung von Müttern mit kleinen Kindern sowie von älteren Kindern und Jugendlichen aus angegriffenen oder gefährdeten Großstädten genutzt wurde.⁴⁵⁹ Als die Kreisleitung der NSDAP in Fürth im April 1944 anordnete, die **Mädchenoberschule am Tannenplatz** zusammen mit allen Lehrer/innen und Schülerinnen in ein Kinderlandverschickungslager bei Danzig zu verlegen, wo der in Fürth geborene und 1934 zum Ehrenbürger ernannte Albert Forster seit 1930 Gauleiter und seit 1939 Reichsstatthalter war, weigerten sich Schulleitung und Elternschaft in einer öffentlichen Versammlung, der Anordnung nachzukommen,⁴⁶⁰ worauf die Verlegung unterblieb und die Schülerinnen weiterhin nachmittags an der Oberschule für Jungen an der Kaiserstraße eingeschränkt unterrichtet werden mussten.

Durch die am 6. Juni 1944 erfolgte Landung der Alliierten in der Normandie - die seit Hitlers Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 von den Amerikanern und Briten systematisch vorbereitet und seit der vom 14. bis 24. Januar 1943 stattgefundenen Konferenz in Casablanca mit der Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation verbunden worden war – sowie eine Mitte Juni 1944 eröffnete Großoffensive der Sowjetunion an der Ostfront begann der Endkampf mit Hitlers Regime. Bei ihrem Vormarsch erreichten die sowjetischen Truppen Ende Juli 1944 auch die Stadt Lublin und den in der Nähe liegenden Ort Majdanek, wo das östlichste Vernichtungslager der

⁴⁵⁷Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.32.

⁴⁵⁸Vgl.: Christoph Sachße, Florian Tennstedt. Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 3, Stuttgart, Berlin, Köln 1992, S.129. Ergänzend anzumerken ist, dass für die Kinderlandverschickung bei unter zehnjährigen Kindern die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und bei über zehnjährigen Kindern und Jugendlichen je nach Geschlecht entweder die Hitlerjugend (HJ) oder der Bund Deutscher Mädel (BDM) zuständig war. Diese Arbeitsteilung hing damit zusammen, dass im Nationalsozialismus die Leistungen des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922, das am 1. April 1924 in Kraft getreten war, für den Bereich der Jugendfürsorge (heute Jugendhilfe) in die Zuständigkeit der NSV und für den Bereich der Jugendpflege (heute Jugendarbeit) in die Zuständigkeit der HJ (Jungen) bzw. des BDM (Mädchen) fielen. Gleichzeitig waren die kommunalen Jugendämter personell äußerst schwach besetzt und beschränkten sich auf hoheitliche Aufgaben wie das Ausstellen von Pflegeerlaubnissen mit amtlichen Stempeln oder die Überprüfung von Einrichtungen, wobei vor allem die aus der Weimarer Republik übernommenen Einrichtungen freier Träger schlechte Karten hatten, weil ihnen durch neu eingeführte Verwaltungsvorschriften gerne die Betriebsgenehmigungen entzogen und die Einrichtungen zur ordnungsgemäßen Ausstattung und Führung der NSV bzw. der HJ oder dem BDM übergeben wurden.

⁴⁵⁹Bis Kriegsende evakuierte die Reichsdienststelle KLV ungefähr 2 Millionen Kinder und versorgte dabei vermutlich 850.000 Schüler/innen im Alter zwischen 10 und 14 Jahren, aber auch ältere in KLV-Lagern. Gleichzeitig wurden die Jüngeren mit Lebensmittelkarten und für 2 RM je Tag vor allem bei Pflegefamilien in ländlichen Regionen untergebracht. Vgl. den Artikel Kinderlandverschickung, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 22.11.2019.

⁴⁶⁰Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.32.

Nazis lag, in dem über 300.000 Menschen ermordet worden waren. Die dort gemachten Filmaufnahmen und Fotos von Baracken, Gaskammern, Krematorien, Bergen von Brillen, Kleidungsstücken, Schuhen, menschlichen Haaren sowie den Maschinen, die menschliche Knochen zu Dünger zermahlten, gingen um die Welt und gaben den dort lebenden Menschen einen ersten Einblick in die nationalsozialistischen Verbrechen,⁴⁶¹ deren gesamtes Ausmaß allerdings erst bis Kriegsende und in der Nachkriegszeit deutlich wurde.⁴⁶²

Nach der Landung der Alliierten in der Normandie wurden in Fürth erst einmal 61 Schüler der damals vierten bis sechsten Klassen der **Oberschule für Jungen an der Kaiserstraße** im Sommer 1944 als Kriegsdienst-Helfer bei der Hopfenernte in Spalt eingesetzt.⁴⁶³ Ab September 1944 wurde dann die 1933 eingeführte Schülerspeisung für bedürftige Schul- und Kindergartenkinder nicht mehr weitergeführt.⁴⁶⁴ Außerdem erfolgten am 8. September, 10. Oktober und 26./27. November 1944 weitere Luftangriffe auf die Stadt, die zu insgesamt 21 Todesopfern führten.⁴⁶⁵ Im November 1944 sammelten sich schließlich 400 fünfzehnjährige Hitlerjungen des Jahrgangs 1929 zum Fronthilfeinsatz auf dem Bahnhofplatz, fuhren mit Sonderwagen der Straßenbahn zum Hauptbahnhof nach Nürnberg und von dort mit weiteren Hitlerjungen aus Nürnberg mit der Eisenbahn in ihre Einsatzgebiete.⁴⁶⁶

Trotz der Totalmobilisierung der männlichen Jugend für eine Kriegswende, für die die Geburtenjahrgänge 1927 und 1928 und damit Siebzehn- und Sechzehn-Jährige vorzeitig zur Wehrmacht eingezogen wurden, zeigte sich die generelle Richtung des Krieges in Fürth spätestens im Dezember 1944, als das **humanistische Gymnasium an der Königstraße** auf Anordnung der NSDAP im dritten Obergeschoss des Schulgebäudes 105 Betten für Flüchtlinge aufstellen musste.⁴⁶⁷ Nach den Weihnachts- und Neujahrsferien 1944/45 mussten dann die Schüler/innen aller Schulen wegen Kohlemangels nicht mehr zum Unterricht.⁴⁶⁸

⁴⁶¹Vgl.: Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Aus dem Amerikanischen übertragen von Helmut Dierlamm, Karlheinz Dürr und Klaus Fritz, Stuttgart 1995, Kapitel Angriff auf Deutschland von allen Seiten, S.704-760, zu Majdanek S.747.

⁴⁶²Nach aktuellem Forschungsstand wurden etwa 6 Millionen Juden, 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, 3,34 Millionen nichtjüdische Zivilisten, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Deportierte, 250.000 geistig oder körperlich behinderte Euthanasieopfer und 220.000 Sinti und Roma und damit insgesamt 13,1 Millionen Menschen zu Opfern nationalistischer Massenmorde. Vgl. den Artikel Tote des Zweiten Weltkrieges, Abschnitt Opfer deutscher Massenverbrechen im Kriegsverlauf, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 25.11.2019. Hinzu kam, dass in der Sowjetunion rund 8 Millionen der im Zweiten Weltkrieg getöteten 14 Millionen Zivilisten nicht nur im belagerten Leningrad, sondern auch durch die systematische Ausplünderung der besetzten Gebiete oder durch die im Sommer 1942 während des Vormarsches auf Stalingrad von der Wehrmacht betriebene Aktion „Kahlfraß“ verhungerten.

⁴⁶³Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.23.

⁴⁶⁴Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.60: „Aus dem letzten Eintrag geht hervor, dass bis Juli 1944 – am 19. Juli begannen die Sommerferien – Milch in den Schulen ... ausgeteilt wurde.“

⁴⁶⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 312.

⁴⁶⁶Vgl.: Manfred Mümmler, Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995, S.136f.

⁴⁶⁷Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium, (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.34.

⁴⁶⁸Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 313. Siehe auch: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S 216: „Gegen Ende des Krieges kam

Daneben kam es in den Weihnachtsferien bei einem schweren Luftangriff auf Nürnberg am 2. Januar 1945 in Fürth ebenfalls zu Bombenabwürfen. Nach einem erneuten schweren Luftangriff auf Nürnberg am 20./21. Februar 1945, der auch in Fürth zu 20 Todesopfern führte,⁴⁶⁹ diente das wegen Kohlemangels ohnehin nicht mehr für Unterrichtszwecke benötigte **humanistische Gymnasium an der Königstraße** zur Registrierung und Verteilung von etwa 2.000 Luftkriegsgeschädigten aus Nürnberg.⁴⁷⁰ Ab März 1945 wurden dann die Lebensmittelrationen herabgesetzt, so dass es in Fürth für eine erwachsene Person („Otto Normalverbraucher“) pro Woche nur noch 1.700 Gramm Brot, 250 Gramm Fleisch und 125 Gramm Fett gab. Außerdem waren Strom, Gas, Benzin und Brennstoffe kaum noch vorhanden.⁴⁷¹

Zu diesem Zeitpunkt hatten die alliierten Streitkräfte im Westen am 12. September 1944 die Reichsgrenze in der Eifel überschritten und bis 22. Oktober 1944 die Stadt Aachen erobert, bevor ihr Vormarsch zum Rhein wegen zu lang gewordener Nachschublinien, der schlechten Wetterlage, die einen Einsatz der weit überlegenen Luftwaffe erschwerte, sowie der Anfang Dezember 1944 begonnenen, aber nach wenigen Tagen an Treibstoffmangel scheiternden Ardennenoffensive durch SS-Panzereinheiten verzögert wurde und erst Anfang 1945 wieder aufgenommen werden konnte,⁴⁷² bereits das gesamte linksrheinische Gebiet erobert. Dabei war den Amerikanern am 7. März 1945 die einst für den Eisenbahnverkehr gebaute „Ludendorff-Brücke“ bei Remagen unzerstört in die Hände gefallen,⁴⁷³ wodurch tagelang amerikanische Truppen samt Waffen und Gerät auf die rechtsrheinische Seite gebracht werden konnten, bevor die Brücke unter der Dauerbelastung zusammenbrach. Danach beteiligten sich die Amerikaner zusammen mit Briten und Kanadiern an der Besetzung des Ruhrgebietes und rückten selbst nach Thüringen und Süddeutschland vor.⁴⁷⁴

insbesondere durch die Auswirkungen des Luftkrieges, aber auch durch andere Begleiterscheinungen des Krieges das Schulwesen insgesamt mehr und mehr zum Erliegen.“

⁴⁶⁹Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 313.

⁴⁷⁰Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium, (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.34.

⁴⁷¹Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 313. Siehe zur Ernährungslage in Deutschland während des Krieges auch: Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, München 2005, 2. Auflage 2011, Kapitel Otto Normalverbraucher, S.195-206: „Weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg konnten sich die Deutschen aus den Erträgen der eigenen Landwirtschaft zureichend ernähren“ (S.195). „Seit 1936 kümmerten sich die Verantwortlichen um den Aufbau der Reichsgetreidereserve und ließen ... flächendeckend Silos und Hallen errichten“ (S.196f.). Neben einer differenzierten und als gerecht empfundenen Lebensmittelrationierung erfolgte mit Kriegsbeginn ein Lebensmittelraub: „Die Lebensmittel aus den besetzten Gebieten kamen in erster Linie deutschen Soldaten zugute. Sie schickten davon einen nicht geringen Teil nach Hause. Ein weiterer, stark ansteigender Teil wurde abtransportiert“ (S.206). Durch das Vorrücken der Alliierten von allen Seiten ab Mitte 1944 verringerte sich auch die verfügbare Lebensmittelmenge: „In Berlin beschwerten sich die Mütter im Februar 1945, dass sie – erstmals – ‚nicht regelmäßig Vollmilch erhalten‘ könnten“ (S.206).

⁴⁷²Vgl.: Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1996, S.148-185. Beim Überschreiten der Reichsgrenze am 12. September 1944 waren die Amerikaner von einem Teil der Bevölkerung im Grenzdorf Roetgen in der Eifel mit Blumen und heißem Kaffee empfangen worden (Vgl. ebd., S.169f.). Dies war weder ungewöhnlich noch unlogisch, da zum Beispiel der für die Überwachung der Stimmung in der Bevölkerung zuständige SD bereits seit Ende 1943 wusste, dass die Bevölkerung die Amerikaner im Gegensatz zu den Ostvölkern nicht fürchtete, sondern als gar nicht so schlimm einschätzte (vgl. ebd., S.89f.).

⁴⁷³Vgl.: Ebd., S.377.

⁴⁷⁴Vgl. dazu ebd. die Kapitel: Die Besetzung des Ruhrgebietes, S.391-656; Die Amerikaner an der Elbe, S.657-776; Das Kriegsende in Süddeutschland und die Konsolidierung der Militärregierung, S.775-1006.

Während des Vormarsches in Süddeutschland kam es am 5. und 8. April 1945 in Fürth zu Luftangriffen.⁴⁷⁵ Als amerikanische Truppen am 14. April 1945 Neustadt/Aisch und Höchststadt/Aisch erreichten, gab das Ernährungsamt in Fürth noch einmal Gefrierfleisch und Butter aus. Außerdem wurden in der Stadt vom 12. bis 17. April 1945 sukzessive alle Brücken und Stege über die Rednitz, die Pegnitz und den Ludwig-Donau-Main-Kanal gesprengt. Im Zuge ihres großen Umfassungsangriffs auf Nürnberg als Stadt der Reichsparteitage überschritten die Amerikaner am 17. April 1945 bei Vach die Regnitz. Am 18. April 1945 rückten sie über Burgfarrnbach auf Oberfürberg und die Westvorstadt vor und erreichten bis zum Abend aus Westen zudem die Hardhöhe, den Scherbsgraben und das Eigene Heim. Die NSDAP-Kreisleitung hatte die Stadt schon in der Nacht des 17. April 1945 verlassen. Nun zogen am 18. April 1945 nachts auch Kampfkommantant Major Flierl und 2.500 zur Verteidigung vorgesehene Soldaten in Richtung Schweinau ab, wo sie am Vormittag des 19. April 1945 von amerikanischen Truppen gefangenen genommen wurden. In Fürth überschritten die Amerikaner an diesem Vormittag die Rednitz und standen mit einigen Panzern bereits am Obstmarkt, als ein amerikanischer Offizier durch einen 70-jährigen Einwohner Kontakt zum kommissarischen Oberbürgermeister Dr. Häupler aufnehmen ließ und ihn mit dem Hinweis, ansonsten Bomberverbände herbeizurufen, zur Übergabe der Stadt aufforderte, worauf Dr. Häupler am 19. April 1945 gegen 11 Uhr der Übergabe zustimmte und per Bekanntmachung dafür sorgte, dass alle Häuser mit weißen Fahnen versehen wurden.⁴⁷⁶

Danach nahmen die Amerikaner am 20. April 1945 Nürnberg ein, führten am nächsten Tag eine große Siegesparade auf dem Hauptmarkt durch und sprengten am 22. April 1945 das große Hakenkreuz auf der Haupttribüne des Reichsparteitagsgeländes. Während in Nürnberg 90 % der Gebäude zerstört und 8.076 Luftkriegstote zu beklagen waren und bei den letzten Kämpfen noch 371 Zivilisten ihr Leben verloren hatten,⁴⁷⁷ waren in Fürth durch den Zweiten Weltkrieg insgesamt 2.553 Gefallene, 2.078 Verwundete und 448 Luftkriegstote zu verzeichnen sowie 2.537 der 24.733 Wohnungen und damit 10,3 % aller Wohnungen zerstört worden.⁴⁷⁸ Zu den letzten Kriegsopfern in Fürth zählte auch die **Turnhalle des humanistischen Gymnasiums an der Königsstraße**, die nach einem Beschuss der gegenüber liegenden Pegnitzau am Espan mit einem durch Angehörige der Hitlerjugend am unterhalb des humanistischen Gymnasiums liegenden Pegnitzufer in Stellung gebrachten Maschinengewehr am Nachmittag des 18. April 1945 sogleich durch einen gezielten Artilleriebeschuss in Brand geraten und trotz aller Löschversuche der benachbarten Feuerwehr völlig ausgebrannt war.⁴⁷⁹

Die weiteren materiellen und immateriellen Kriegsschäden und Kriegsfolgen im Schul- und Bildungswesen wurden erst nach der am 8. Mai 1945 gegenüber den USA und Großbritannien und am 9. Mai 1945 gegenüber der Sowjetunion unterzeichneten bedingungslosen Kapitulation des Großdeutschen Reiches deutlich. Sie stellten die poli-

⁴⁷⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 313.

⁴⁷⁶Vgl.: Manfred Mümmeler, 19. April 1945. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Fürth, in: Fürther Heimatblätter, Nr. 1/1985, S.1-12. Sieh auch: Gottlieb Wünschel, Die Kapitulation von Fürth am 19. April 1945, in: Fürther Heimatblätter, Nr. 1/1965, S.7-16.

⁴⁷⁷Vgl.: Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1996, S.794.

⁴⁷⁸Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S. 313.

⁴⁷⁹Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.33 und S.127f.

tisch Verantwortlichen mit der Wiederinbetriebnahme der Schulen, den durch die Zuwanderung von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern benötigten Wohnungen und Schulgebäuden⁴⁸⁰ sowie den von den Alliierten veranlassten strukturellen Ergänzungen und Veränderungen im Schul- und Bildungswesen bis Mitte der 1960er Jahre vor zahlreiche Herausforderungen die vor Ort auch damit zusammenhingen, dass sich Fürth nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1948/49 zu einer Großstadt mit etwas mehr als 100.000 Einwohner/innen entwickelte.

7. Schulen in Fürth nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 als Großstadt bis zu den Bildungsreformen ab Mitte der 1960er Jahre

Genauso wie die nach der Kriegserklärung Hitlers an die USA am 11. Dezember 1941 mit der Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation verbundene Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 war auch die zivile Verwaltung Deutschlands durch Militärregierungen von den Amerikanern und Briten systematisch vorbereitet worden. Die Amerikaner hatten dazu zwischen 1942 und 1944 in den USA gut ausgebildete Personen rekrutiert, die zu 91 Prozent das College besucht hatten, zu 60 Prozent über den Grad eines Bachelors und zu 40 Prozent über den Grad eines Masters verfügten, sie auf die Aufgaben der zivilen Militärverwaltung vorbereitet und in Detachements (Sondereinheiten) eingeteilt. Das nach Fürth abkommandierte und aus zehn Soldaten bestehende Detachment unter Leitung von Captain John D. Cofer (1898-1971), der in Texas geboren, nach einem Jurastudium Rechtsanwalt in Austin und seit den 1930er Jahren auch Mitglied der Demokratischen Partei war, erreichte das seit 19. April 1945 mit dem Sternenbanner versehene Rathaus am späten Abend des 23. April 1945.⁴⁸¹

Unter der Regie der amerikanischen Militärverwaltung begann am nächsten Tag die Wiederherstellung der Infrastruktur und der öffentlichen Ordnung. Aufgrund der seit den letzten Kriegstagen weitverbreiteten Neigung zu Plünderungen aller Art wurden Plünderungen in der ersten Ausgabe des Mitteilungsblattes der amerikanischen Militärregierung bei harten Strafen, in schweren Fällen sogar bei Todesstrafe, ausdrücklich verboten.⁴⁸² Durch die Wiederherstellung der Infrastruktur gab es in Fürth für die im April gesprengten Brücken und Stege ab Anfang Mai 1945 zumindest wieder Behelfsbrücken und hölzerne Stege, seit 25. April 1945 auch wieder Wasser, ab 3. Mai 1945 wieder Strom und ab 24. Mai 1945 wieder Gas. Ab 7. Juni 1945 funktionierte die Müllabfuhr wieder und bis Mitte Juli 1945 waren alle Straßen vom Schutt beschädigter

⁴⁸⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.637: "Die bedingungslose Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 markiert gleichzeitig den vollständigen Zusammenbruch des Deutschen Bildungswesens ... Viele Schulen waren zerstört, wurden beschlagnahmt oder zweckentfremdet. Es fehlten oft die einfachsten Lern- und Arbeitsmittel. Dazu kam die allgemeine Not der Bevölkerung, der es an Wohnraum, Nahrungsmitteln, Kleidung, Heizmaterial, Geld und Arbeit mangelte."

⁴⁸¹Vgl.: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, Abschnitt Die Militärregierung, S.61-65.

⁴⁸²Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007. S.318. Ergänzend anzumerken ist, dass von der seit den letzten Kriegstagen in Fürth weitverbreiteten Neigung zu Plünderungen nicht nur die Kasernen und Wehrmachtslager in Turnhallen und Schulen, sondern auch Einzelhandelsgeschäfte, Wirtschaftsbetriebe wie die Firma Bachmann, von Blumenthal & Co. (Material, Maschinen, Mobiliar) und die Berufsschulen (Geräte und Mobiliar) betroffen waren.

Häuser geräumt. Im Juli 1945 erfolgte zudem die Wiederinbetriebnahme der Straßenbahnverbindung vom damaligen Hindenburgplatz (1938 bis April 1945 Schlageter-Platz, ab 1946 Fürther Freiheit) zum Plärrer nach Nürnberg und der Eisenbahnverbindung nach Bamberg.⁴⁸³

Angesichts der schlechten Versorgungslage wurde in der 1907 von den Schwestern Edelmann gegründeten und seit 1912 im Gebäude Pfisterstraße 48 untergebrachten Frauenarbeitsschule - die 1922 von der Stadt Fürth übernommen, 1925 in eine städtische Frauenarbeitsschule mit angeschlossenen Tages- und Abendkursen umbenannt und 1940 von den Nationalsozialisten als Haushaltungsschule zu einer hauswirtschaftlichen Berufsfachschule umgewandelt worden war - im Juni 1945 eine **Bildungsstätte für Frauenarbeit** eingerichtet, die in Tages- und Abendkursen Kenntnisse und Fertigkeiten im Schneidern, Nähen, Kochen, Waschen, Weben und Servieren vermittelte und sogleich von 1.000 Kursteilnehmerinnen besucht wurde.⁴⁸⁴ Wichtig waren diese Kenntnisse vor allem zum Selbstherstellen von Bekleidung, wozu durch die in den letzten Kriegstagen und kurz danach stattgefundenen Plünderungen von Wehrmachtslagern und sonstigen Beständen genügend umzuarbeitende Stoffe vorhanden waren,⁴⁸⁵ sowie für Hilfstätigkeiten im Kochen, Waschen und Servieren bei der von den Amerikanern organisierten Truppenbetreuung.

Parallel hatten nach der Festnahme der letzten deutschen Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz (1891-1980) am 31. Mai 1945 in Flensburg die Oberbefehlshaber der amerikanischen, britischen, sowjetischen und französischen Streitkräfte am 5. Juni 1945 in Berlin die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland verkündet, die im Februar 1945 bei der Konferenz in Jalta festgelegten vier Besatzzonen und die Aufteilung Berlins in vier Sektoren bekanntgegeben sowie die Einsetzung eines aus den Oberbefehlshabern der vier Besatzungszonen bestehenden Kontrollrates angekündigt, in dem Beschlüsse, die Deutschland als Ganzes betrafen, einstimmig zu beschließen waren.⁴⁸⁶ Auf der vom 17. Juli bis 2. August 1945 stattfindenden Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion wurden mit nachträglicher Zustimmung der französischen Regierung die vier Grundsatzziele der Besatzungspolitik in Deutschland beschlossen, die auf eine Entnazifizierung, eine Entmilitarisierung, eine Demokratisierung und eine Dezentralisierung abzielten.⁴⁸⁷ Damit wollten die Alliierten dauerhaft verhindern, dass von Deutschland je wieder eine Gefahr für den Weltfrieden ausgeht. Für die Amerikaner bedeutete dies, dass neben der Entnazifizierung und Demokratisierung auch ein durch das Bildungswesen zu vermittelnder Mentalitätswandel und eine Überwindung des als preußisch-

⁴⁸³Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007. S.317.

⁴⁸⁴Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau des Fürther Schulwesens nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.38: „In großen Taschen brachten die Mädchen und Frauen zum Kurs Lebensmittel, Bestecke und auch Heizmaterial aus dem eigenen Haushalt mit. Aus Resten aller Art wurden die knappen Zuteilungen des damaligen Wirtschaftsamttes ergänzt und zu einfachen Kleidungsstücken verarbeitet.“

⁴⁸⁵Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelmann zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.18f: „Else Kress, eine ehemalige Kursleiterin im Bereich Schneiderhandwerk, schrieb mir im Juli 2004, was ab 1945 bis in die 60er Jahre hinein gelehrt wurde ... Vor allem galt immer noch ‚aus Alt mach Neu‘: es wurde gewendet und geändert, Kostüme und Mäntel aus Militäruniformen und Decken genäht.“

⁴⁸⁶Vgl. den Artikel Berliner Erklärung (Alliierte), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.05.2020.

⁴⁸⁷Vgl. den Artikel Potsdamer Abkommen, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.05.2020.

deutsch-militaristisch empfundenen typisch deutschen Charakters durch Reeducation und Reorientation stattfinden müsse.⁴⁸⁸

Wie überall in der amerikanischen Besatzungszone kam es nach der bedingungslosen Kapitulation und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die vier Alliierten auch in Fürth zu einer personellen Erneuerung und Entnazifizierung der Verwaltung. Entsprechend den Richtlinien im Handbuch des Supreme Headquarter Allied Expeditionary Forces (SHAEF) sollten die Leitungsfunktionen mit Personen demokratischer Parteien aus der Zeit der Weimarer Republik besetzt und alle Personen aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden, die vor dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP geworden waren. Durch eine neue Direktive des SHAEF vom 7. Juli 1945 wurde die Entlassung aus dem öffentlichen Dienst auf alle Personen ausgedehnt, die vor Inkrafttreten des Reichsbeamtengesetzes am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP geworden waren. Während nach der ursprünglichen Regelung bei der Stadtverwaltung in Fürth bis Ende Juni 1945 lediglich 75 bis 80 Bedienstete betroffen gewesen wären, stieg die Anzahl der zu entlassenden Personen durch die Neuregelung bis Ende September 1945 auf insgesamt 169 Beamte, 100 Angestellte und 68 Arbeiter.⁴⁸⁹

In den Strudel der Entlassungen durch die Ausdehnung des Parteieintrittsdatums von der Zeit vor dem 1. Mai 1933 auf die Zeit vor dem 1. Mai 1937 geriet in Fürth nun auch der am 20. April 1945 vom amerikanischen Stadtkommandanten zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannte und nach einer Besprechung mit den vor 1933 führenden örtlichen Sozialdemokraten Johann Schmidt,⁴⁹⁰ Konrad Eberhard⁴⁹¹ und Hans Rupprecht⁴⁹² im Mai 1945 von Captain Cofer im Amt bestätigte Adolf Schwiening (1882-1963). Dieser war nach einem Jurastudium in München, Berlin und Erlangen 1913 als Assessor nach Fürth gekommen, 1917 Rechtsrat und 1919 berufsmäßiger Stadtrat, 1937 NSDAP-Mitglied und 1939 Stadtkämmerer geworden.⁴⁹³ Gegen die Bestätigung von Schwiening hatte das Counter Intelligence Corps (CIC) als militärischer

⁴⁸⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.481. Dabei wurde im Rahmen der Entmilitarisierung durch das Kontrollratsgesetz Nr.46 vom 25. Februar 1947 auch Preußen als Staat aufgelöst. Seine Gebiete waren in den Westzonen bereits 1946 bei der Gründung der Länder an einzelne Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen verteilt und im Osten entweder Polen zugeschlagen oder wie Ostpreußen unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt worden.

⁴⁸⁹Vgl.: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, Abschnitt Die politische Säuberung des öffentlichen Dienstes, S.95-111, hier: S.99-101.

⁴⁹⁰**Johann Schmidt** (1872-1952) war ab 1889 Mitglied des Holzarbeiterverbandes und ab 1895 der SPD gewesen. Zusammen mit Hans Böckler (1875-1951) hatte er 1902 die örtliche Allgemeine Ortskrankenkasse gegründet, deren Direktor er bis zu seinem Ruhestand 1934 blieb. Außerdem war Johann Schmidt ab 1902 Gemeindebevollmächtigter, ab 1911 Magistratsrat, ab 1919 Stadtrat und von 1930 bis 1933 Zweiter Bürgermeister der Stadt Fürth gewesen. Vgl. den Artikel Johann Schmidt, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 06.05.2020.

⁴⁹¹**Konrad Eberhard** (1876-1945) war 1919/20 und von 1927 bis 1933 Landtagsabgeordneter sowie Stadtrat der SPD und 1933 sowie 1944 KZ-Häftling in Dachau gewesen. Er starb am 16. September 1945 in Fürth an einer Wurstvergiftung. Vgl. den Artikel Konrad Eberhard, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 07.05.2020.

⁴⁹²**Hans Rupprecht** (1882-1955) war ab 1919 Stadtrat und ab 1927 Vorsitzender der Baugenossenschaft Eigenes Heim, von 1930 bis 1933 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion, die bei der Kommunalwahl im Dezember 1929 mit 19 von 40 Sitzen die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt hatte, sowie 1933 für ein Jahr und 1944 für vierzehn Tage KZ-Häftling in Dachau gewesen. Vgl. den Artikel Hans Rupprecht, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 07.05.2020.

⁴⁹³Vgl. den Artikel Adolf Schwiening, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 05.05.2020.

Abschirmdienst der US-Armee zwar von Anfang an Einwände erhoben, doch als ab Juli 1945 der 1. Mai 1937 das entscheidende Datum für die automatische Entlassung von NSDAP-Mitgliedern aus dem öffentlichen Dienst wurde, begannen auch politisch Verfolgte aus den Reihen der örtlichen KPD gegen Schwiening zu mobilisieren, weshalb dieser am 6. August 1945 als Oberbürgermeister zurücktrat und Johann Schmidt (1872-1950) als 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängter ehemaliger Zweiter Bürgermeister zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt wurde.⁴⁹⁴

Ebenfalls in den Strudel der Entnazifizierung geriet in Bayern der am 28. Mai 1945 nach einer von Kardinal Michael von Faulhaber (1869-1952) erbetenen Vorschlagsliste von der amerikanischen Militärregierung zum Ministerpräsidenten ernannte ehemalige Landtagsabgeordnete (1920-1933) und Parteivorsitzende der BVP (1929-1933) Fritz Schäffer (1888-1967), der 1933 von den Nationalsozialisten verhaftet, 1934 wieder freigelassen und nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 als Mitverdächtiger in das KZ Dachau gebracht worden war.⁴⁹⁵ Als Ministerpräsident kritisierte Schäffer in einer Denkschrift an den Chef des Military Government for Bavaria, General George Smith Patton (1885-1945 durch einen Verkehrsunfall), die Pauschalentlassungen von Beamten, weil diese nur an der formalen Parteimitgliedschaft, aber nicht auch an der persönlichen Verantwortung und Schuld orientiert seien. Da General Patton die Kritik Schäffers teilte, wurde er von Oberbefehlshaber Eisenhower zu einer Konferenz am 28. September 1945 in Frankfurt gebeten, „in der Eisenhower entschied, ‚dass Schäffer und die Minister sofort zu entlassen seien‘. Wenige Tage später wurde auch Patton abgelöst und Brigadegeneral Walter J. Muller zum Chef der OMGB (Office of Military Government for Bavaria) ernannt.“⁴⁹⁶ Nachfolger als bayerischer Ministerpräsident wurde Wilhelm Hoegner (1887-1980),⁴⁹⁷ der sich 1919 der SPD angeschlossen hatte, von 1920 bis 1933 Landtagsabgeordneter, von 1929 bis 1933 auch Reichstagsabgeordneter gewesen, 1933 ins Exil nach Österreich und ab 1934 in die Schweiz gegangen war.⁴⁹⁸ Kultusminister wurde Franz Fendt (1892-1982), der von 1914 bis 1929 als Volksschullehrer und ab 1929 als Berufsschullehrer tätig gewesen war, sich 1927 der SPD angeschlossen hatte und im Juni 1945 von der amerikanischen Militärregierung mit dem Neuaufbau des Schulwesens in Oberbayern beauftragt worden war.⁴⁹⁹

Da in Deutschland 1937 immerhin 97 Prozent aller Lehrer/innen dem NSLB angehört hatten und 32,2 Prozent auch Mitglieder der NSDAP gewesen waren, wurden bei der Entnazifizierung des öffentlichen Dienstes aus dem Schulbereich in Bayern immerhin 50 Prozent aller Lehrer, darunter etwa 9.000 Volksschullehrer entlassen.⁵⁰⁰ Neben der Entlassung unterlagen die Lehrer höherer Schulen zudem einer verschärften Entnazifizierung, bei der vom Counter Intelligence Corps (CIC) die zum Kriegsdienst Eingezogenen und auch Studienräte in die automatic-arrest-Kategorie eingeordnet wurden und automatische Inhaftierungen erfolgten.⁵⁰¹

⁴⁹⁴Vgl.: Hans Woller, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986, S.76f.

⁴⁹⁵Vgl. den Artikel Fritz Schäffer, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 05.05.2020.

⁴⁹⁶Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990*, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.549 und 552.

⁴⁹⁷Vgl.: Ebd., S.556.

⁴⁹⁸Vgl. den Artikel Wilhelm Hoegner, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 19.05.2020.

⁴⁹⁹Vgl. den Artikel Franz Fendt, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.05.2020.

⁵⁰⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990*, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.551.

⁵⁰¹Vgl.: Ebd., S.515.

Bei der **Wiedereröffnung der Schulen**, auf die sich Amerikaner und Briten am 16. Juni 1945 verständigt hatten,⁵⁰² war der mit der Entnazifizierung und Entlassung von Lehrern verbundene Lehrermangel, den man mit der Reaktivierung von Lehrern, die 1933 von den Nationalsozialisten entlassen worden waren, und der **Einführung von Abiturientenkursen zur Lehrer- und Schulhelferausbildung mit neuen Inhalten** zu kompensieren versuchte,⁵⁰³ nicht das einzige Problem. Ein weiteres Problem bestand darin, dass durch das Verbot nationalsozialistischer Schulbücher kaum Lehr- und Lernmittel vorhanden waren, weshalb die Amerikaner bis 1. Oktober 1945 für ihre Besatzungszone 21 Schulbuchtypen aus der Zeit der Weimarer Republik für alle acht Jahrgangsstufen der Volksschulen in einer Gesamtauflage von 5 Millionen Stück auf den Druckmaschinen des Völkischen Beobachters in München nachdruckten.⁵⁰⁴ Ein drittes Problem waren die Schulgebäude, von denen infolge Zerstörung, Beschädigung oder anderweitiger Belegung in Bayern allein im Bereich der Volksschulen rund 30 % des vorherigen Bestandes bei der im September 1945 beginnenden Wiedereröffnung der Schulen nicht zur Verfügung standen.⁵⁰⁵

Auch in Fürth war der **Zustand der Volksschulgebäude** damals äußerst prekär, da

- bei der Mädchenschule am Kirchenplatz die Nordwand durch Kriegsschäden eingerissen war und die Knabenschule am Kirchenplatz während des Krieges als Munitionslager gedient hatte,
- die Schule an der Ottostraße durch Bombentreffer teilzerstört war,
- in der Schule an der Rosenstraße zunächst Volkssturm und danach Polizei sowie in der Schule an der Pfisterstraße zunächst ausgebombte Familien aus Nürnberg und später amerikanische Soldaten untergebracht waren,
- sich in den Schulen an der Mai- und Pestalozzistraße Lazarette befanden,
- in der Schule an der Frauenstraße bis 1946 Esten und Polen und in den Schulen in Dambach und Burgfarnbach Flüchtlinge untergebracht waren,

weshalb in Fürth der Unterrichtsbeginn im September 1945 nur in der Pestalozzi-, der Otto- und Rosenschule sowie in der Dambacher und der Burgfarnbacher Schule möglich war.⁵⁰⁶

⁵⁰²Vgl. Ebd., S.639.

⁵⁰³Vgl.: Ebd., S.516: „In Würzburg wurde noch im Juli 1945 mit Sechswochenkursen die erste Lehrerbildungsstätte mit 80 Studenten, die man aus 2350 Bewerbern ausgesucht hatte, eröffnet (...) und man begann bereits mit neuen Inhalten, die pädagogische Psychologie, Geschichte der Erziehung, Schulverwaltung, Lehrmethoden und praktischen Unterricht umfassten ... Pensionierte Lehrer wurden reaktiviert und die Notlagen auf dem Lande wie in alten Zeiten durch Wanderlehrer abzudecken gesucht ... Im Oktober 1945 konnte ein weiteres Lehrerseminar in Straubing eröffnet werden ... In Bamberg und Coburg wurden mangels Lehrer Schulhelferseminare eingerichtet (...) ... Weitere Lehrerseminare wurden u.a. in Erlangen, Bayreuth, Neuendettelsau und in Eichstätt im Februar 1946 eröffnet. Im April 1946 waren in Bayern 18 Lehrerseminare in Betrieb.“ Siehe auch: Max Eichler, Der Wiederaufbau des Fürther Schulwesens nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.30: „So richtete das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus Abiturientenlehrgänge ein, um möglichst rasch zu neuen Lehrkräften zu kommen. Auch in Fürth besuchten 60 Abiturienten in den Jahren 1946/47 einen solchen Lehrgang.“

⁵⁰⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.514.

⁵⁰⁵Vgl.: Ebd., S.549.

⁵⁰⁶Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007. S.321.

Gleichzeitig gab es vor Ort einen erheblichen Lehrermangel. Das Stadtschulamt Fürth meldete der Regierung am 7. September 1945, dass für einen ordentlichen Unterrichtsbetrieb 180 Lehrkräfte benötigt würden, aber nur 56 vorhanden seien.⁵⁰⁷ Trotzdem war die Wiederaufnahme des Unterrichts nach einer Anfang 1945 begonnenen und neun Monate dauernden Schließung der Schulen auch deshalb wichtig, weil die durch den Nationalsozialismus und die Kriegsauswirkungen verursachten schulischen Defizite offenbar noch gewaltiger ausfielen als der Lehrermangel, weshalb der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken am 10. Mai 1946 anordnete, dass die Schulfertigkeiten (Rechnen, Schreiben, Lesen) bei allen Schülerinnen und Schülern auch höherer Grundschulklassen mindestens so weit zu fördern seien, dass ein Stand erreicht wird, wie er in der Lehrordnung für das erste Schuljahr verlangt wird.⁵⁰⁸

Nicht zuletzt aufgrund der automatischen Arretierung vieler Lehrer begann der Unterricht an den höheren Schulen in Fürth erst um die Jahreswende 1945/46. Den Anfang machte am 20. Dezember 1945 die **Oberschule für Jungen (Oberrealschule) an der Kaiserstraße** in der 1916 errichteten städtischen Schulbaracke Ecke Schwabacher Straße/Jahnstraße, da das eigene Schulgebäude an der Kaiserstraße bis April 1947 zunächst als Militärlazarett und später als Lazarett für in Nürnberg-Langwasser internierte Zivilisten und Generäle diente, die bei den nach dem Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg weitergeführten Kriegsverbrecherprozessen angeklagt wurden. 1946 bekam die Oberschule für Jungen (Oberrealschule) dann zwölf Klassenräume in der Volksschule Frauenstraße zugeteilt, bevor das eigene Schulgebäude an der Kaiserstraße nach einer Renovierung ab 2. September 1947 wieder für Unterrichtszwecke genutzt werden konnte.⁵⁰⁹ Das **humanistische Gymnasium an der Königstraße** nahm den Unterricht im Januar 1946 ebenfalls nicht im eigenen Schulgebäude, sondern in Nebenzimmern mehrerer Gaststätten auf. Das freigegebene und instandgesetzte Schulgebäude an der Königstraße konnte erst zum Schuljahresbeginn 1946/47 wieder für den Unterricht genutzt werden.⁵¹⁰ Mit den größten Unterbringungsproblemen hatte bei der Unterrichtsaufnahme im Januar 1946 allerdings die **Mädchenoberschule mit angeschlossener Handelsschule am Tannenplatz** zu kämpfen, deren Schulgebäude bei einem Luftangriff am 25. Februar 1944 so beschädigt worden war, dass dort kein Unterricht mehr durchgeführt werden konnte. Das danach im beschädigten Schulgebäude am Tannenplatz untergebrachte Lazarett wurde zwar im Mai 1945 aufgelöst, aber das Gebäude nach einer Instandsetzung bis Januar 1952 als Schule von den Amerikanern genutzt. In dieser Zeit war die Mädchenoberschule mit angeschlossener Handelsschule mit Schichtunterricht von 8.00 bis 18.00 Uhr an mehreren Standorten im Stadtgebiet untergebracht, so im Schulgebäude an der Schwabacher Straße, in einer Baracke des Roten Kreuzes, in einem Raum und in der Turnhalle des TV Fürth 1860 an der Turnstraße, in der Oberschule für Jungen (Oberrealschule) an der Kaiserstraße und im Schulgebäude am Helmplatz. Gleichzeitig fand der Religionsunterricht in der Sakristei der evangelischen Kirche St. Paul statt. Direktorat und Sekretariat der Schule befanden sich in einem kleinen Raum im Rathaus.⁵¹¹

⁵⁰⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.641.

⁵⁰⁸Vgl.: Ebd., S.643.

⁵⁰⁹Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.23.

⁵¹⁰Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.35.

⁵¹¹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.32.

Einen noch schwierigeren Neustart hatten in Fürth die **Berufsschulen**, die mit dem Unterricht im Februar und im September 1946 an dreizehn weit auseinanderliegenden Gebäudestandorten begannen, wobei die in den letzten Kriegstagen und kurz danach ausgeplünderten Fachräume bis zur Währungsreform am 20. Juni 1948 nicht mit den nötigen Einrichtungen ausgestattet waren.⁵¹² Insgesamt setzte in Bayern eine schrittweise Verbesserung des Berufsschulwesens erst ab dem Schuljahr 1947/48 ein, nachdem das Berufspädagogische Institut in München am 1. Dezember 1946 und mit einiger Verzögerung auch das Institut für landwirtschaftlichen Unterricht wieder den Betrieb aufgenommen hatten und dadurch Lehrgänge zur Ausbildung von Volksschullehrern zu Berufsschullehrern ermöglicht wurden.⁵¹³ Vor diesem Hintergrund nahm in Fürth zumindest die 1907 von den Schwestern Edelman gegründete, seit 1912 im Gebäude Pfisterstraße 48 untergebrachte, 1922 von der Stadt Fürth übernommene Frauenarbeitsschule, die 1940 von den Nationalsozialisten in eine hauswirtschaftliche Berufsfachschule umgewandelt und im Juni 1945 als Bildungsstätte für Frauenarbeit mit Tages- und Abendkursen teilreaktiviert worden war, ab Mai 1947 unter der Bezeichnung **Städtische Handarbeits- und Haushaltungsschule** mit einjähriger Schuldauer sowie mit Tages- und Abendkursen für Erwachsene⁵¹⁴ als Berufsfachschule und Erwachsenenbildungsstätte wieder den Betrieb in zwei Fachrichtungen auf, die angesichts der damaligen Versorgungs- und Beschäftigungslage für Frauen wichtig und hilfreich waren.

Neben der im Herbst 1945 begonnenen Wiedereröffnung der Schulen hatten die Amerikaner als Bestandteil einer umfassenden und auf demokratisches Bewusstsein abzielenden Erziehungsreform am 25. Oktober 1945 auch **Instruktionen und ein Programm zur Jugendarbeit** erlassen.⁵¹⁵ Die Instruktionen und das Programm umfassten die Durchführung von Sportveranstaltungen und Diskussionsrunden sowie die Bildung von Jugendgruppen für 10- bis 25-Jährige, die von amerikanischen Jugend-Offizieren angeleitet und unterstützt wurden. Neben der Gründung der Jugendgruppen ordnete die amerikanische Militärregierung die Bildung von kommunalen Jugendausschüssen an und untersagte den politischen Parteien eine Einflussnahme auf deren Aktivitäten. Im September 1946 gab es in Bayern überall Jugendausschüsse und insgesamt 150.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren, die in 522 lizenzierten Jugendgruppen organisiert waren und einem Anteil von 20 % aller Heranwachsenden entsprachen.⁵¹⁶ In Fürth hatten die Amerikaner beispielsweise im August 1946 die Acht- bis Siebzehnjährigen auf den Humbser-Sportplatz eingeladen, um sie

⁵¹²Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau des Fürther Schulwesens nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.37.

⁵¹³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.514 und S.563.

⁵¹⁴Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelman zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.18.

⁵¹⁵Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.514. Siehe auch: Ebd., S.680: „Im September 1945 verstärkte die Militärregierung ihre Bemühungen in der Jugendfrage ... Es gab Gruppen von Jugendlichen, die in diesen Notzeiten weitgehend orientierungslos wurden. Eben dieser Orientierungslosigkeit sollte u.a. durch ein Jugendprogramm begegnet werden, das die Militärregierung offiziell mit German Youth Activities bezeichnete.“

⁵¹⁶Vgl.: Ebd., S.680-683.

in amerikanische Sportarten einzuweisen. „Ein halbes Jahr später wird von der ‚Vereinigung freie Jugend Fürth‘ berichtet, deren etwa 3.000 Mitglieder ... in der Halle des TV Fürth 1860 in der Turnstraße Sport treiben. Außerdem steht ihnen dort ein Bastelraum zur Verfügung und kulturelle Veranstaltungen werden abgehalten.“⁵¹⁷

Im Rahmen der auf Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung ausgerichteten amerikanischen Politik begann im Herbst 1945 auch die Wiedezulassung von Parteien. Als erste Partei wurde in Fürth am 1. November 1945 die KPD zugelassen, als zweite am 6. November 1945 die SPD.⁵¹⁸ Am 22. Dezember 1945 folgte die Zulassung der liberalen DDP.⁵¹⁹ Nach einer Ende 1945 in der Gaststätte Reuel in der Karolinenstraße stattgefundenen Zusammenkunft von etwa 20 Personen, von denen zwei Drittel Katholiken und ein Drittel Protestanten waren, wurde am 6. Januar 1946 auch die CSU zugelassen, die nunmehr keine rein katholische, sondern eine beide Konfessionen umfassende christliche Sammelpartei war.⁵²⁰ Im Frühjahr 1946 erfolgte in Fürth noch die Zulassung der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung als politische Partei.⁵²¹ Die Wiedezulassung von Parteien stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem von den Amerikanern beabsichtigten Aufbau einer demokratischen Grundordnung durch Wahlen, die in den Landkreisen mit Gemeindewahlen am 27. Januar 1946 und Kreistageswahlen am 28. April 1946 stattfinden sollten.⁵²² Stadtkreiswahlen sollten am 26. Mai 1946 erfolgen.

Im Vorfeld der Stadtkreiswahlen war es dem in Fürth von 1930 bis 1933 als Zweiter Bürgermeister amtierenden und am 6. August 1945 im Alter von fast 73 Jahren zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannten Johann Schmidt gelungen, den von 1929 bis 1933 in Fürth als Referent in der Stadtverwaltung tätigen Dr. Hans Bornkessel (1892-1977) - der sich 1927 der SPD angeschlossen hatte und nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten 1933 am 10. November 1939 in Berlin verhaftet, vom 20. Januar bis 27. August 1940 in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht sowie nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes in der SBZ zum Landrat in Eberswalde berufen worden war - wieder nach Fürth zu holen und am 19. März 1946 von Captain Cofer zum kommissarischen Oberbürgermeister ernennen zu lassen. Gleichzeitig wurde Johann Schmidt erneut Zweiter Bürgermeister.⁵²³ Bei den Stadtkreiswahlen am 26. Mai 1946, an der sich in Fürth 92,9 % der Wahlberechtigten beteiligten, erhielt die SPD 47,3 %, die CSU 28,9 %, die DDP/FDP 10,0 %, die KPD 9,3 % und die WAV 4,7 % der Stimmen.⁵²⁴ Anschließend wählte der neu gebildete Stadtrat, in dem die SPD über 20, die CSU über 12, die DDP/FDP über 4, die KPD über 3 und die WAV

⁵¹⁷Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.46.

⁵¹⁸Vgl.: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, S.170 und S.177.

⁵¹⁹Vgl.: Ebd., S.195.

⁵²⁰Vgl.: Ebd., S.193.

⁵²¹Vgl.: Ebd., S.197. Siehe dazu auch den Artikel Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (Partei), in: www.wikipedia.de, hier Ausdruck vom 22.05.2020. Die **Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung** war in München gegründet und von der amerikanischen Militärregierung am 8. Dezember 1945 zur politischen Betätigung zuerst im Stadt- und Landkreis München lizenziert worden. Sie war eine Partei des Mittelstandes, die ab 1953 an personellen Querelen zerbrach, aber bis dahin in zahlreichen kommunalen Gremien, im Bayerischen Landtag und im Deutschen Bundestag vertreten war.

⁵²²Vgl.: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, S.198-206.

⁵²³Vgl.: Ebd., S.78f.

⁵²⁴ Vgl.: Ebd., S.207.

über 2 Sitze verfügte, am 6. Juni 1946 Dr. Hans Bornkessel zum Oberbürgermeister und am 20. Juni 1946 Johann Schmidt zum Zweiten Bürgermeister.⁵²⁵

Parallel zur kommunalen Ebene hatten die Amerikaner Anfang 1946 den Aufbau einer demokratischen Grundordnung auch auf Länderebene eingeleitet, als der stellvertretende Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, Lucius D. Clay (1898-1978), die Ministerpräsidenten von Bayern, Hessen und Württemberg-Baden anwies, binnen Jahresfrist demokratische Verfassungen zu verabschieden. In Bayern gab der Leiter des OMGB, Walter J. Muller (1895-1967) am 8. Februar 1946 die Anweisung, einen vorbereitenden Verfassungsausschuss zu bilden, der sich am 8. März 1946 unter Ministerpräsident Hoegner konstituierte. Obwohl die CSU bei der Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 die absolute Mehrheit der Stimmen und Sitze erzielt hatte (CSU 58,8 % und 100 Sitze, SPD 28,8 % und 51 Sitze, KPD 5,3 % und 9 Sitze, WAV 5,1 % und 8 Sitze, FDP 2,5 % und 3 Sitze), arbeiteten CSU und SPD bei der Erstellung des Verfassungstextes eng zusammen, wobei die CSU vor allem ihre schulpolitischen und die SPD in erster Linie ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen durchsetzen konnte. Gegen Teile des von der verfassungsgebenden Landesversammlung am 20. September 1946 verabschiedeten Verfassungsentwurfs erhob die amerikanische Militärregierung am 11. und 22. Oktober 1946 zwar noch Einwände, aber nach Korrekturen durch die verfassungsgebende Landesversammlung genehmigte Lucius D. Clay am 24. Oktober 1946 die Verfassung, die nach einer Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 mit einer Wahlbeteiligung von 75,7 % und einer Zustimmung von 70,6 % am 8. Dezember 1946 in Kraft trat.⁵²⁶

Zum Zeitpunkt ihres Auftrags zur Verabschiedung demokratischer Länderverfassungen mussten die Amerikaner Anfang 1946 allerdings auch feststellen, dass sie mit ihren umfassenden Entnazifizierungsvorstellungen angesichts der Fallzahlen und der personellen Ausstattung ihrer Verwaltungen schlichtweg überfordert waren.⁵²⁷ Zum Glück hatte Ministerpräsident Hoegner, der die Kritik seines Amtsvorgängers Schäffer an den ausschließlich auf die Partei- und Organisationszugehörigkeit und nicht auch auf die persönliche Verantwortung und Schuld abgestellten Entnazifizierungsverfahren teilte, der amerikanischen Militärregierung am 24. November 1945 einen Gesetzentwurf zur Reinigung Bayerns vom Nationalsozialismus und Militarismus durch deutsche

⁵²⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007. S.322f. Direkte Oberbürgermeisterwahlen fanden nach Inkrafttreten der neuen Bayerischen Gemeindeordnung erstmals 1952 statt.

⁵²⁶Vgl. dazu den Artikel Verfassung des Freistaates Bayern, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 11.05.2020.

⁵²⁷Vgl. dazu: Manfred Görtemaker, Christoph Safferling, Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016, Abschnitt Das Problem der Entnazifizierung, S.63-73: Die umfassende Entnazifizierung war eine Idee der Amerikaner, von deren Notwendigkeit sie Großbritannien und die Sowjetunion bei der Konferenz in Jalta im Januar 1945 überzeugt hatten. Die Amerikaner hatten die Idee der umfassenden Entnazifizierung damit begründet, dass es in Deutschland jede Menge Nazis gegeben habe, zu denen sie neben den rund 8,5 Millionen NSDAP-Mitgliedern auch die Mitglieder der Nebenorganisationen (SA, SS, NSKK, NSFK, NSLB, NSV und DAF) zählten und das Potenzial trotz der Mehrfachmitgliedschaften in ganz Deutschland auf bis zu 45 Millionen Personen schätzten.

Zur Erfassung der Verstrickung der Bevölkerung mit NS-Organisationen wurden in der US-Zone ab Juli 1945 Fragebögen mit 131 Einzelfragen verteilt, die von allen über 18-Jährigen Personen auszufüllen waren. Als im März 1946 von 1,39 Millionen Fragebögen insgesamt 1,26 Millionen ausgewertet waren, wurde den Amerikanern klar, dass dies nur ein Bruchteil der noch mit einem Fragebogen zu erfassenden Personen war, denn in der gesamten US-Zone lebten damals 17,4 Millionen Personen und in den drei Westzonen sogar 47,8 Millionen Personen, von denen 40,7 Millionen über 18 Jahre alt waren.

Stellen vorgelegt, den die Amerikaner Ende 1945 ablehnten. Als Ministerpräsident Hoegner daraufhin über den Länderrat der US-Zone die Ministerpräsidenten Hessens und Württemberg-Badens einschaltete, die den Gesetzentwurf ebenfalls unterstützten,⁵²⁸ und klar wurde, dass die Amerikaner mit den Entnazifizierungsverfahren personell überfordert waren, teilte General Lucius D. Clay den Ministerpräsidenten von Bayern, Hessen und Württemberg-Baden am 5. März 1946 mit, dass die Militärregierung das vorgelegte Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus genehmigt habe.⁵²⁹

Während die Entnazifizierung von NSDAP-Mitgliedern damit auf die deutschen Spruchkammern übergang, begnügten sich die Amerikaner fortan bei den Verfahren mit einer stichprobenartigen Kontroll- und einer punktuellen Kassationsfunktion. In Fürth begann die Arbeit der ersten Spruchkammer am 26. Juni 1946.⁵³⁰ Gleichzeitig wurden die Entnazifizierungsbestimmungen gelockert, da der in Bayern von 1. Juli bis 1. Dezember 1946 amtierende Sonderminister Anton Pfeiffer (1888-1957, CSU) für alle zwischen 1919 und 1928 Geborenen eine „Jugendamnestie“ und die amerikanische Militärregierung für Deutschland am 5. Februar 1947 rückwirkend eine „Weihnachtsamnestie“ für alle körperbehinderten und einkommensschwachen Personen erließ, die vom Kläger nicht in die Gruppen I bis III (Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete) eingestuft worden waren.⁵³¹

Insgesamt führten die Spruchkammerverfahren und ein in der amerikanischen Öffentlichkeit und Politik ab 1947 abnehmendes Interesse an der Entnazifizierung dazu, dass einst entlassene und durch ein Spruchkammerverfahren entnazifizierte Lehrer ab Mitte 1947 zunehmend in den Schuldienst zurückkehrten.⁵³² So wurden in Bayern Tausende von amtsentlassenen Lehrern überprüft, geschult und bis auf 219 wieder in den Dienst übernommen.⁵³³ Für die 1945 arretierten Lehrer höherer Schulen, für die aufgrund der vier bis sechs Jahre dauernden wissenschaftlichen Ausbildung keine Ersatzkräfte durch kurzzeitige Abiturientenlehrgänge ausgebildet werden konnten, wurden sogar

⁵²⁸Vgl.: Hans Woller, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986, S.116-119.

⁵²⁹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990*, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.553.

⁵³⁰Vgl.: Hans Woller, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986, S.126.

⁵³¹Vgl. den Artikel Entnazifizierung, in: *historisches-lexikon-bayern.de*, hier: Ausdruck vom 20.05.2020, S.12.

⁵³²Vgl. dazu auch: Max Liedtke (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990*, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.554. So legte das Bayerische Staatsministerium der Finanzen mit Verfügung vom 1. Juni 1947 Wiedereinstellungskriterien fest, nach denen als Mitläufer eingestufte Beamte wieder in das Beamtenverhältnis berufen und als Beamte auf Probe in ihrer früheren Besoldungsgruppe eingestellt wurden, während rechtskräftig als minderbelastet erklärte Beamte erst nach Ablauf der Bewährungsfrist und rechtskräftiger Zuweisung zur Gruppe der Mitläufer oder Entlasteten in das Beamtenverhältnis berufen werden konnten.

⁵³³Vgl.: Ebd., S.555 und S.646: „Für ganz Ober- und Mittelfranken weist die Statistik mit Stand 1.4.1947 folgende Zahlen auf: 4558 Lehrkräfte befanden sich vor dem Einmarsch der Amerikaner im Volksschuldienst, davon sind 2252 entnazifiziert – in Gruppe I (Hauptschuldige) fallen 0, in Gruppe II (Belastete) 23, in Gruppe III (Minderbelastete) 251, in Gruppe IV (Mitläufer) 942, in Gruppe V (Entlastete) 70 Lehrkräfte. 405 Personen sind nicht betroffen, 365 fielen unter die Weihnachtsamnestie, 169 unter die Jugendamnestie. 1230 der Lehrkräfte sind nicht entlassen, 854 wieder in den Dienst gestellt worden.“

spezielle Review Committees (Überprüfungskommissionen) eingerichtet, um die Entnazifizierungsverfahren zu beschleunigen, und die Entlassung aus dem Gefängnis während der laufenden Verfahren erleichtert.⁵³⁴

Neben seinen Tätigkeiten im vorbereitenden Verfassungsausschuss und in der verfassungsgebenden Landesversammlung hatte Kultusminister Fendt 1946 wichtige Verordnungen für einen geordneten sowie die Menschenwürde, die Elternrechte und die christlichen Werte achtenden Schulbetrieb erlassen. Dazu erging

- am 20. März 1946 die **Verordnung zur Errichtung eines staatlichen Schulbuchverlages**, mit dem der Schulbuchmangel behoben werden sollte,
- am 5. Juni 1946 die **Verordnung zum Verbot der körperlichen Züchtigung an Volksschulen**,
- am 29. September 1946 die **Verordnung zur Einführung von Elterntagen**
- und am 12. Oktober 1946 die **Verordnung zur Wiederanbringung von Kreuzen in den Schulräumen**.⁵³⁵

Während wegen des kompletten Unterrichtsausfalls im Jahr 1945 das **Schuljahr 1946/47 an höheren Schulen** in Bayern zu einem **generellen Wiederholungsjahr** erklärt wurde.⁵³⁶ war im Rahmen der Demokratisierung mittlerweile auch das in Deutschland bestehende gegliederte Schulsystem in einem von der sowjetischen Militärverwaltung im Mai/Juni 1946 entwickelten Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule einer fundamentalen Kritik unterzogen⁵³⁷ und mit Beginn des Schuljahres 1946/47 in den Ländern der SBZ ein aus der deutschen Tradition der Reformpädagogik stammendes Gesamtschulsystem eingeführt worden.⁵³⁸ Wenngleich die Amerikaner die Kritik am deutschen Schulsystem teilten,⁵³⁹ kümmerten sie sich zunächst

⁵³⁴Vgl.: Ebd., S.517.

⁵³⁵Vgl.: Ebd., S.560. Siehe zum 1946 erlassenen Züchtigungsverbot an Volksschulen auch: Max Liedtke, 1806 2006. Vom neuen zum modernen Bayern. Schule im Spiegel der Zeit, in: Lehrerinfo. Ein Service des Bayerischen Kultusministeriums für Lehrerinnen und Lehrer, Nr.2/2006, S.5-12, hier: S.10: „Es hat auch nach dem 2. Weltkrieg noch langer Diskussionen bedurft bis das Verbot, Kinder in den Schulen körperlich zu züchtigen, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz fand. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht 1972 den Streit um das schulische Züchtigungsrecht beendet und bestätigt, dass die körperliche Züchtigung verfassungswidrig sei.“

⁵³⁶Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.35.

⁵³⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.483: „Die Präambel der Vorlage zur Einheitsschule rechnete gründlich mit der fehlgelaufenen Geschichte der Schule ab: ‚Die deutsche Schule war nie eine Stätte wirklicher demokratischer Erziehung der Jugend zu verantwortungsbewussten und selbstständigen freien Bürgern. Sie war eine Standesschule. Für die Söhne und Töchter des einfachen Volkes waren die Tore der höheren Schulen und der Hochschulen in der Regel verschlossen, weil nicht die Tüchtigkeit der Kinder, sondern die Vermögen der Eltern über deren Bildungsgang bestimmten‘.“

⁵³⁸Vgl. den Artikel Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 25.05.2020. Die **1946 in der SBZ eingeführte demokratische Einheitsschule** bestand aus insgesamt vier Stufen: 1. einer Vorstufe durch vorschulische Einrichtungen (Kindergärten), die die Kinder zur Schulreife bringen und frühkindliche Förderung in Mengen-, Raum-, Farben- und Formenlehre, Motorik, Spracherziehung, Singen und Malen sicherstellen sollte; 2. einer verbindlichen achtjährigen Grundstufe (Gemeinschaftsschule ohne äußere und innere Differenzierung); 3. einer verbindlichen vierjährigen Oberstufe (Berufs- und Fachschulen sowie höhere Schulen mit der Hochschulreife als Abschluss); 4. einer anschließenden Hochschulstufe (Universitäten, Technische und Pädagogische Hochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen).

⁵³⁹Vgl.: Ebd., S.480: „Für die Amerikaner hatten die Diskussionen zu Hause (...) und die intensive Beobachtung der NS-Schul- und Hochschulpolitik seit 1933 ergeben: Das deutsche Erziehungs- und

um eine Verbesserung der Ernährungs- und Versorgungslage, wozu es ab Juli 1946 auch in Fürth die ersten **CARE-Pakete** gab.⁵⁴⁰ Daneben wurde ab September 1946 eine von der amerikanischen Militärregierung angeordnete und auf Lebensmittelpenden amerikanischer Wohlfahrtsorganisationen beruhende **Schülerspeisung** eingeführt, die mit Modifikationen bis zum Schuljahresende 1950/51 weitergeführt wurde.⁵⁴¹ Ende Oktober 1946 veröffentlichten die Amerikaner dann die Empfehlungen einer Expertenkommission zu einer Schulreform, die auch in der US-Zone auf ein Gesamtschulsystem abzielte, bei dem alle Kinder mindestens sechs Jahre gemeinsam die Elementarschule besuchen sollten. Außerdem sollten alle Schulen in Zukunft einen signifikanten Beitrag zur demokratischen Erziehung leisten und zusätzlicher Unterricht in Gemeinschaftskunde (social studies) und kulturellen Fächern angeboten werden. Die Lehrerausbildung sollte ein Minimum von drei, besser vier Jahren umfassen sowie auf eine Seminausbildung von Lehrkräften verzichtet werden.⁵⁴²

Während der überaus harte Winter 1946/47 den Unterrichtsbetrieb in Fürth wegen Brennstoffmangels nach den Weihnachtsferien 1946 bis März 1947 weitgehend lahmlegte,⁵⁴³ forderte die amerikanische Militärregierung zur Umsetzung einer Schulreform Anfang 1947 die Unterrichtsverwaltungen der Länder ihrer Zone auf, bis 1. April 1947

Bildungswesen hatte seinen unabweisbaren Anteil an der ‚deutschen Katastrophe‘ (...), insbesondere dadurch, dass es die unteren Schichten weitgehend von den höheren Schulen ferngehalten hatte.“

⁵⁴⁰Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.317. Siehe auch den Artikel CARE-Paket, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 27.05.2020: In den USA hatten sich am 27. November 1945 insgesamt 22 Wohlfahrtsorganisationen zur Kooperative CARE zusammengeschlossen, um Hilfsaktionen für Europa zu koordinieren. Daran beteiligte sich anfangs auch die US-Armee und stellte 2,8 Millionen für militärische Zwecke nicht mehr benötigte Lebensmittelpakete zur Verfügung. Ab März 1947 stellte die Hilfsorganisation CARE die Lebensmittelpakete selbst zusammen. Insgesamt wurden in Europa 100 Millionen CARE-Pakete verteilt, davon 10 Millionen in Westdeutschland und in West-Berlin.

⁵⁴¹Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.35 und S.37. Siehe zur Schülerspeisung auch: Svenja Prösdorf, Anna Cornelia Robbert, Der Wandel der Schülerspeisung im 20. und 21. Jahrhundert in Deutschland, in: Technische Universität Dortmund, Professur Gesundheitsförderung und Verbraucherbildung, Arbeitsbericht Nr.21/2014, Ausgewählte Aspekte der Kultur und Geschichte des Haushalts, hrsg. von Prof. Dr. Günter Eissing, Dortmund 2014, S.78-129, hier: S.93f.: Zustande gekommen war die Schülerspeisung, weil eine im Mai 1946 **in Fürth und Zirndorf durchgeführte Umfrage zur Ernährungssituation** ergeben hatte, dass rund 20 Prozent der Schüler/innen ohne Frühstück und ein Großteil auch ohne Pausenbrot die Schule besuchten. Zur Teilnahme an der Schülerspeisung wurden die Kinder in drei Kategorien eingeteilt (normal ernährt, speisungsbedürftig und dringend speisungsbedürftig) und nur dringend speisungsbedürftige Kinder in die Aktion einbezogen.

Da die gespendeten Lebensmittel bereits im Januar 1947 erschöpft waren, wurde die Schülerspeisung zunächst eingestellt. Auf Initiative des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover kam es allerdings kurz danach wieder zu einer Schülerspeisung mit gespendeten Lebensmitteln, die in Bayern im April 1947 begann. Als die Amerikaner nach Gründung der Bundesrepublik ihre kostenlosen Lebensmittellieferungen einstellten, wurden die Kosten für die Schülerspeisung im April 1950 vom Freistaat Bayern übernommen. Im Herbst 1950 wurde die Schülerspeisung noch einmal für ein Jahr verlängert, wobei nur noch Kinder, deren Eltern Fürsorgeleistungen oder Arbeitslosenunterstützung erhielten, kostenfrei sowie andere Kinder und Studenten als Selbstzahler teilnehmen konnten.

⁵⁴²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.524.

⁵⁴³Vgl.: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, S.258: „Fürther Volksschüler beispielweise kehrten erst Mitte März aus den Weihnachtsferien zurück. Bis dahin mussten sie sich täglich bis 10 Uhr vormittags in der Schule melden, empfangen dort eine Hausaufgabe und gingen dann wieder heim.“

eine zusammenfassende Darstellung ihrer Ziele und Aufgaben einzureichen.⁵⁴⁴ Mit ihrer Aufforderung stießen sie in Bayern nun auf den neuen Kultusminister Alois Hundhammer (1900-1974, CSU), da die CSU bei der zusammen mit der Volksabstimmung über die Verfassung am 1. Dezember 1946 stattgefundenen Landtagswahl erneut die absolute Mehrheit der Stimmen (CSU 52,3 %, SPD 28,6 %, WAV 7,4 %, KPD 6,1 % und FDP 5,7 %) erzielt und trotz der absoluten Mehrheit wegen interner Meinungsverschiedenheiten über die Person des Ministerpräsidenten eine Koalition mit der SPD und der WAV gebildet hatte, die nicht den CSU-Parteivorsitzenden Josef Müller (1898-1979), sondern Hans Ehard (1887-1980, CSU) zum Ministerpräsidenten wählte.⁵⁴⁵

Am 31. März 1947 legte Kultusminister Hundhammer der Militärregierung einen Erziehungsplan auf weite Sicht vor, in dem das in der Verfassung geforderte Primat der christlichen Erziehung zum Bildungsziel aller Schulen erklärt, am gegliederten Schulsystem festgehalten, die von den Amerikanern gewünschte Erweiterung der Schulpflicht nach oben (bis zum 18. Lebensjahr) und nach unten (vorschulische Pflichtkindergärten) abgelehnt sowie für die Lehrerausbildung ein auf der 7. Klasse der Volksschule aufbauender und die Hochschulreife vermittelnder siebenjähriger Lehrgang an besonderen Bildungsanstalten vorgeschlagen wurde.⁵⁴⁶ Der Erziehungsplan von Kultusminister Hundhammer führte zu einer bildungspolitischen Auseinandersetzung mit der amerikanischen Militärregierung, in die auch Eltern mit zahlreichen Bittschriften eingriffen, die bestehenden Gymnasien und Oberrealschulen nicht abzuschaffen.⁵⁴⁷

⁵⁴⁴Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.528.

⁵⁴⁵Vgl.: Ebd., S.567. Siehe auch die Artikel Alois Hundhammer und Hans Ehard, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 28.05.2020: **Alois Hundhammer** (1900-1974) hatte nach dem Besuch des humanistischen Dom-Gymnasiums in Freising an der Ludwig-Maximilian-Universität München und der Universität Budapest studiert und war 1923 mit einer Dissertation über die Geschichte des Bayerischen Bauernbundes zum Dr. phil. und 1925 mit einer Dissertation über die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern zum Dr. oec. publ. promoviert worden. Außerdem war Hundhammer von 1923 bis 1927 Referent bei der Kreisbauernkammer Oberbayern und von 1927 bis 1933 stellvertretender Generalsekretär des Bayerischen Christlichen Bauernvereins und wurde 1932 für die BVP in den Landtag gewählt. Wegen seiner Reden und Veröffentlichungen gegen die „braune Gefahr“ wurde er am 21. Juni 1933 verhaftet und acht Tage später bis 22. Juli 1933 in das KZ Dachau überstellt. Danach erhielt er Berufs- und Redeverbot. Zur Bestreitung des Lebensunterhalts eröffnete er nach einer Fachkundeprüfung in München 1934 ein Schuhgeschäft, dem 1938 ein zweites Geschäft folgte. Nach Einberufung zum Verwaltungsdienst in der Wehrmacht und amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Marseille war er Ende 1945 Mitbegründer der CSU, 1946 Mitglied der verfassungsgebenden Landesversammlung, von 1946 bis 1970 Landtagsabgeordneter, von 1946 bis 1950 bayerischer Kultusminister und von 1957 bis 1969 bayerischer Landwirtschaftsminister.

Hans Ehard (1887-1980) hatte nach dem Abitur ab 1907 Rechtswissenschaften in München studiert, war 1912 zum Dr. jur. promoviert worden und während des Ersten Weltkrieges bei der bayerischen Militärjustiz gewesen. 1919 schloss er sich der BVP an und trat in das bayerische Justizministerium ein. Ab 1923 arbeitete er als Staatsanwalt beim Landgericht München, ab 1926 als Landgerichtsrat, ab 1928 als Oberregierungsrat und ab 1931 als Ministerialrat im bayerischen Justizministerium. 1933 wurde er Präsident des Zivilsenats beim Oberlandesgericht München, 1937 zusätzlich Vorsitzender des Erbgerichtshofs München sowie ab 1941 Vorsitzender des Deutschen Ärztegerichtshofs München, der auf persönlichen Wunsch Hitlers als Revisionsinstanz gegen Urteile der ärztlichen Berufengerichte bei Verstößen gegen die Meldepflicht von Erbkrankheiten geschaffen worden war. 1945 wurde Ehard Justizminister im Kabinett des von den Amerikanern eingesetzten bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer und Mitglied der CSU.

⁵⁴⁶Vgl. Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.570.

⁵⁴⁷Vgl.: Ebd., S.531.

Gleichwohl lehnte die Militärregierung nicht nur den ersten, sondern am 23. Dezember 1947 auch den im Juni 1947 bei Kultusminister Hundhammer angeforderten zweiten Schulreformplan ab,⁵⁴⁸ da die beiden Pläne nicht annähernd den amerikanischen und alliierten Vorstellungen entsprachen. Dazu hatte der **Alliierte Kontrollrat** am 29. Juni 1947 die **Direktive Nr.54 mit zehn Grundprinzipien zur Bildung in Deutschland** und am 28. Oktober 1947 die **Direktive Nr.56 mit den Grundprinzipien der Erwachsenenbildung in Deutschland** veröffentlicht, mit denen die Besatzungsmächte ihr einvernehmliches Interesse an einer Bildungsreform verdeutlichten. Die Reformabsichten wurden von der amerikanischen Militärregierung anschließend über Rundfunksendungen und in einer Serie von Präsentationen näher erläutert und umfassten folgende Punkte:

- Gleiche Bildungschancen, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit für alle sowie Unterhaltsstipendien für bedürftige Schüler/innen und Student/innen,
- Pflichtvollzeitschule für Sechs- bis Fünfzehnjährige sowie Pflichtteilzeitschule für Fünfzehn- bis Achtzehnjährige,
- Einführung eines Gesamtschulsystems mit einer Grundstufe und einer Sekundarstufe,
- Betonung der staatsbürgerlichen Erziehung und einer demokratischen Lebensführung, der internationalen Verständigung sowie der Respektierung anderer Nationen und Sprachen,
- Vorkehrungen für eine Erziehungs- und Berufsberatung sowie eine Gesundheitsfürsorge und -erziehung,
- Lehrerausbildung auf Universitätsniveau und Einführung der Mitbestimmung bei der Organisation und Verwaltung der Schulen.⁵⁴⁹

Zugleich wünschten die Amerikaner eine Erleichterung des Wechsels zwischen den Schullaufbahnen und Schulen sowie eine generelle Erweiterung des Anteils des gesellschaftlichen Unterrichts (social studies). Außerdem sollte das Curriculum der akademisch orientierten Sekundarstufe durch Möglichkeiten einer allgemeinen Berufserfahrung ergänzt werden und die Berufsschule zugleich Gelegenheit zum Erwerb allgemeiner Bildung bieten.⁵⁵⁰ Damit war vom Alliierten Kontrollrat einschließlich der Amerikaner ein Programm festgelegt worden, dessen Umsetzung die bildungspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik, in Bayern und in Fürth bis Mitte der 1970er Jahre und partiell sogar noch über die Jahrtausendwende hinaus beeinflussen sollte.

Während im Zuge des Wiederaufbaus und der Neustrukturierung des Bildungswesens die Kontroverse zwischen dem Freistaat Bayern und der amerikanischen Militärregierung weiterschwelte, waren in Fürth schon einige der in den Direktiven Nr.54 und Nr.56 des Alliierten Kontrollrats und in den Erläuterungen der amerikanischen Militärregierung 1947 formulierten Aspekte umgesetzt worden. Im Sinne der gewünschten Vorkehrungen für eine Erziehungs- und Berufsberatung hatte die Stadt Fürth bereits 1946 einen promovierten **Fachpsychologen beauftragt**, „Schulversagern durch Beratung zu einer individuellen Förderung und Laufbahnlenkung zu verhelfen“.⁵⁵¹ Zudem war

⁵⁴⁸Vgl. dazu im Einzelnen: Ebd., S.572-576.

⁵⁴⁹Vgl.: Ebd., S.531.

⁵⁵⁰Vgl.: Ebd., S.500f.

⁵⁵¹Erziehungs- und Familienberatungsstelle Fürth, 60 Jahre, 1952 bis 2012, Fürth 2012, S. 2. Der promovierte Fachpsychologe wurde später in die mit Stadtratsbeschluss vom 3. April 1952 gegründete

nach einem Zeitungsaufwurf von Oberbürgermeister Dr. Bornkessel zu Lehrkräften mit dem im Oktober 1946 begonnenen ersten Semester des neu gegründeten **Fürther Volksbildungswerks** und 44 überwiegend berufspraktisch orientierten Kursen auch die öffentliche Erwachsenenbildung reaktiviert worden,⁵⁵² die einst mit der 1904 von Bürgermeister Kutzer angeregten Gründung des Volksbildungsvereins und des 1906 durch eine Spende von Heinrich Berolzheimer Ecke Theresienstraße/Schwabacher Straße errichteten Volksbildungsheims (Berolzheimerianum) begonnen hatte. Unter der Bezeichnung Volksbildungsstätte war das Volksbildungsheim samt Volksbücherei am 1. April 1937 von der nationalsozialistisch regierten Stadtverwaltung übernommen, fortan zu nationalsozialistischen Zwecken genutzt und der Volksbildungsverein am 16. November 1937 aufgelöst worden.⁵⁵³ Da nach Artikel 87 der am 8. Dezember 1946 in Kraft getretenen Bayerischen Verfassung die örtliche Kulturpflege und Erwachsenenbildung in den engeren Wirkungskreis der Gemeinden fielen und nach Artikel 139 die Erwachsenenbildung durch Volkshochschulen und sonstige mit öffentlichen Mitteln unterstützte Einrichtungen zu fördern war,⁵⁵⁴ wurde das Fürther Volksbildungswerk im Oktober 1948 in **Volkshochschule Fürth** umbenannt.⁵⁵⁵

Bis 1948 war die Wiederherstellung und Neustrukturierung wichtiger Rahmenbedingungen auch in anderen Bereichen vorangekommen. Dabei waren in Fürth unter dem Stichwort Demokratisierung am humanistischen Gymnasium an der Königstraße zu

Schuljugendberatungsstelle übernommen, wo er sich zusammen mit drei Lehrkräften um „Überwachungsschüler“ und andere schwierige Fälle kümmerte. Die Schuljugendberatungsstelle wurde 1953 in eine Schul- und Erziehungsberatungsstelle umgewandelt (vgl. ebd., S.3).

⁵⁵²Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.6. Siehe auch: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.522: „Im Januar 1946 waren kaum Institutionen der Erwachsenenbildung arbeitsfähig. Der Grund lag in der nahezu vollständigen Nazifizierung während des Dritten Reiches. Viele Gebäude der Volkshochschulen waren auch zerstört. Nur in Nürnberg gab es eine Genehmigung zur Wiedereröffnung einer Volkshochschule, sonst wurden nur einzelne Kurse in den Städten durchgeführt (...). Eine größere Anzahl von Neugründungen wurde erst im Juni 1946 gemeldet.“

⁵⁵³Vgl.: Adolf Schwammerger, Fürth von A bis Z. Ein Geschichts-Lexikon, Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt/Aisch 1984, S.375f.

⁵⁵⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.835.

⁵⁵⁵Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.8. Siehe auch den Artikel Volkshochschulen (20. Jahrhundert), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.06.2018. Neben den ab Ende des 19. Jahrhunderts im Rahmen der bürgerlichen Sozialreform entstandenen **Volksbildungsvereinen** war 1896 von Professoren und Dozenten der Universität und der Technischen Hochschule in München ein **Volkshochschulverein** gegründet worden, mit dem wissenschaftliche Erkenntnisse durch allgemein zugängliche Vorträge an ein breiteres Publikum herangetragen werden sollten. Ähnliche Initiativen ergriffen danach auch Professoren und Dozenten der Universitäten in Erlangen und Würzburg.

In der Weimarer Republik erhielt die Erwachsenenbildung erstmals Verfassungsrang, da Artikel 148 der Reichsverfassung von 1919 die Förderung der Erwachsenenbildung zu einer verpflichtenden Aufgabe des Reiches, der Länder und der Kommunen machte und dabei besonders die Volkshochschulen hervorhob. Während es im Reich zu einem Gründungsboom von Volkshochschulen kam, wurde in Bayern eher an der Tradition der Volksbildungsvereine festgehalten und im September 1920 eine Arbeitsgemeinschaft zur Hebung der Volksbildung gegründet, aus der 1921 der Landesverband der Volksbildungsvereine Bayern hervorging, dem als zweiter Vorsitzender auch **Oberbürgermeister Dr. Wild aus Fürth** angehörte. Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.805.

Schuljahresbeginn 1947/48 erstmals wieder **zwei Klassensprecher je Klasse** und **zwei Schülersprecher**, die die Interessen der Schüler gegenüber der Schulleitung vertreten sollten, sowie am 27. November 1947 ein **Elternbeirat** gewählt worden.⁵⁵⁶ Auf übergeordneter Ebene hatten Amerikaner und Briten schon Ende 1946 die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur ihrer Besatzungszonen zum Anlass genommen, zur Verbesserung der Versorgungslage ab Januar 1947 ein Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (Bizone) zu bilden.⁵⁵⁷ Der überaus harte Winter 1946/47 und die damit verbundene Nahrungsmittelknappheit in Europa veranlassten den amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman (1884-1972) und seine Regierung außerdem, sich Gedanken über eine Stabilisierung und Erholung der durch die Kriegseinwirkungen und die nationalsozialistische Besatzungspolitik ruinierten europäischen Wirtschaft zu machen. Die amerikanische Außenminister Goerge C. Marshall (1880-1959) am 5. Juni 1947 in einer Rede vor Studenten an der Harvard-Universität erstmals öffentlich andeutete, als er etwas sybillinisch davon sprach, dass die Initiative für ein Programm zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas von den Europäern ausgehen müsse, die USA die gemeinsame Programmentwicklung freundschaftlich fördern und das Programm später unterstützen könnten. Das Programm wurde aber bereits seit Mai 1947 im amerikanischen Außenministerium entwickelt und nach einer Reihe inneramerikanischer Diskussionen im April 1948 vom Kongress als „Marshallplan-Gesetz“ verabschiedet. Danach luden die USA alle europäischen Staaten zu einer Konferenz ein, um ihnen die Konditionen zu erläutern, bei der sich am 16. April 1948 sechzehn europäische Staaten in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC, ab 1961 OECD) zusammenschlossen und von den USA bis 1952 finanzielle Unterstützung in Höhe von 13,12 Mrd. US-Dollar (bei einem damaligen Wechselkurs von 4,20 DM/\$) garantiert bekamen, während die Sowjetunion und die unter ihrem Einfluss stehenden mittel- und osteuropäischen Staaten auf eine Teilnahme verzichteten.⁵⁵⁸

Parallel zur Verabschiedung und Umsetzung des Marshallplanes hatten sich die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande im Februar 1948 zu einer Sechsmächte-Konferenz in London getroffen,

⁵⁵⁶Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.38.

⁵⁵⁷Vgl. dazu den Artikel Bizone, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 04.06.2020. Während in der britischen Zone die großen Grundstoff- und Industriegebiete des Rheinlandes, des Ruhrgebietes und Westfallens lagen, gab es in der amerikanischen Zone große landwirtschaftliche Gebiete und einen beträchtlichen Teil der verarbeitenden Industrie. Trotz des Angebotes der USA, sich an einer wirtschaftlichen Vereinigung zu beteiligen, hatten die Sowjetunion und Frankreich 1946 auf eine Beteiligung verzichtet und auf die bei der Potsdamer Konferenz 1945 vereinbarte komplette Eigenverwaltung der jeweiligen Zone durch die zuständige Besatzungsmacht bestanden.

⁵⁵⁸Vgl. dazu den Artikel Marshallplan, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 03.06.2020. Die von den Amerikanern bis 1952 garantierten Finanzhilfen waren zu zwei Dritteln Subventionen und zu einem Drittel Darlehen und bedingte Hilfen. Für die in Dollar geleisteten Subventionen konnten Waren und Investitionsgüter importiert werden.

Zudem musste der Gegenwert der Dollarsubventionen von den Empfängerstaaten in Landeswährung in einen Gegenwertfonds eingezahlt werden. Die Gegenwertfonds sollten zu 95 Prozent der Förderung des nationalen Wiederaufbaus der Wirtschaft dienen.

In Westdeutschland, das die Subventionen überwiegend in Form von Nahrungsmitteln, Treibstoffen und Medikamenten erhielt, entstand zur Kreditvergabe für die Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus aus dem nationalen Gegenwertfonds die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt/Main, die am 16. Dezember 1948 den Betrieb aufnahm und bis in die Gegenwart immer wieder Kredite aus den zwischen 1948 und 1952 durch die Marshallplan-Subventionen gebildeten Gegenwertfonds vergab und vergibt. Insofern war der Marshallplan nicht nur eine kurzfristige Nothilfe, sondern zugleich ein langfristig angelegtes Programm zur Förderung und Modernisierung der Wirtschaft durch die Schaffung von Kreditfonds in den Empfängerstaaten.

um über die Modalitäten zur Gründung eines separaten demokratischen und föderalen Gesamtstaates in den drei Westzonen zu beraten. Während die Sowjetunion gegen die Durchführung der Konferenz mit einer diplomatischen Note protestierte und am 20. März 1948 den Alliierten Kontrollrat verließ, verständigten sich die drei Westmächte mit Zustimmung der drei Beneluxstaaten bis 6. März und 2. Juni 1948 darauf, ab 1. April 1948 eine gemeinsame Besatzungszone (Trizone) zu bilden, dort eine Währungsreform durchzuführen und die Länder der Westzonen mit der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung für einen demokratischen und föderalen Weststaat zu beauftragen, wobei Frankreich als Gegenleistung für die Beteiligung an der Trizone eine Abtrennung des Saarlandes und dessen wirtschaftliche Angliederung an Frankreich sowie die Einrichtung einer internationalen Behörde zur Kontrolle der Kohle-, Koks- und Stahlproduktion im Ruhrgebiet durchsetzen konnte.⁵⁵⁹

Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948, die die Amerikaner ab September 1947 durch das Drucken von DM-Banknoten und den zwischen Februar und April 1948 erfolgten Transfer der Banknoten von den USA nach Deutschland vorbereitet sowie am 18. Juni 1948 über Bekanntmachungen und im Rundfunk angekündigt hatten, wurde in Deutschland der umfangreiche Geldüberhang - der durch die Finanzierung der Rüstung in den Jahren 1936 bis 1945 und die nach Kriegsbeginn hohen Zwangsabgaben der besetzten Länder entstanden, aber durch den Lohn- und Preisstopp sowie die Lebensmittelkarten und Bezugsscheine nicht als offene Inflation sichtbar geworden war⁵⁶⁰ - beseitigt und zugleich eine stabile Währung für die nach dem Marshall-Plan

⁵⁵⁹Vgl. dazu den Artikel Londoner Sechsmächtekonferenz, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 03.06.2020.

⁵⁶⁰Vgl. den Artikel Währungsreform 1948 (Westdeutschland), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 10.06.2020. Bei der Währungsreform am 20. Juni 1948 gab es an den Ausgabestellen zunächst ein Kopfgeld von 40 DM für 40 RM und einen Monat später noch einmal ein Kopfgeld von 20 DM für 20 RM. Gleichzeitig mussten bis 26. Juni 1948 in einem Formular alle Bargeld- und Bankguthaben angegeben werden, weil sie sonst verfielen. Danach wurden die gemeldeten Bargeld- und Bankguthaben zum Kurs 100 RM zu 6,50 DM sowie Schuldbuchverschreibungen, Hypotheken und Prämienrücklagen bei privaten Versicherungen zum Kurs von 100 RM zu 10 DM umgestellt. Der Nennwert von Aktien sowie alle Löhne, Renten, Pensionen, Pachten, Mieten und Preise wurden zum Kurs von 1 RM zu 1 DM festgesetzt.

Da Bargeld- und Bankguthaben im Verhältnis von 100 RM zu 6,50 DM, aber alle Schuldforderungen im Verhältnis 100 RM zu 10 DM und Preise im Verhältnis von 1 RM zu 1 DM umgestellt wurden, zählten alle Schuldner, darunter als größter der Staat, mit 90 Prozent weniger Schulden und alle Besitzer von Sachwerten (Betriebsanlagen, Immobilien und gehortete Waren) zu den Gewinnern der Währungsreform von 1948, während Sparer mit 93,5 Prozent weniger Geldvermögen zu den Verlierern gehörten. Siehe zur Währungsumstellung und den Auswirkungen in der Region auch: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, S.295-306.

Unabhängig von den Amerikanern hatte **Ludwig Erhard** (1897-1977), der als promovierter Ökonom von 1942 bis 1945 das von ihm gegründete und von der Reichsgruppe Industrie (bis 1933 Reichsverband der Deutschen Industrie) finanzierte Institut für Industrieforschung leitete, bereits in einer von der Reichsgruppe Industrie, wo sein Schwager Karl Gluth als Hauptgeschäftsführer tätig war, in Auftrag gegebenen Denkschrift zum Thema „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ deutlich gemacht, dass nach einem verlorenen Krieg eine Währungsreform durchgeführt werden müsse, um die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Endfassung der Denkschrift von Ludwig Erhard wurde auf Wunsch der Reichsgruppe Industrie im November 1944 auch dem im Reichswirtschaftsministerium die Nachkriegsplanungen leitenden SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf übergeben, so dass auch dort das Erfordernis einer Währungsreform noch vor dem Kriegsende bekannt war. Vgl: Bernt Engelmann, Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung, Gütersloh 1980, S.263-272.

Die Amerikaner lernten Ludwig Erhard nach Kriegsende sehr früh kennen, weil er von ihnen in Fürth zum Leiter des Wirtschaftsamttes ernannt sowie im September 1945 von einem Offizier mit einem

zu bildenden Gegenwertfonds und einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung geschaffen. Außerdem beauftragten die drei Westmächte die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen am 30. Juni 1948 in Frankfurt/Main, eine Verfassung für einen demokratischen westdeutschen Bundesstaat auszuarbeiten.⁵⁶¹ Da der bei der Währungsreform weitgehend aufgehobene Preisstopp zu Preissteigerungen führte, kam es ab Sommer 1948 zu Tumulten vor Geschäften, spontanen Streiks und Demonstrationen sowie am 12. November 1948 zu einem Generalstreik der Gewerkschaften in der Bizone, worauf der bei der Währungsreform aufrechterhaltene Lohnstopp ebenfalls aufgehoben wurde.⁵⁶²

Während mit der Währungsreform und der Freigabe der Preise die seit Kriegsende üblichen Hamsterfahrten sowie Tausch- und Schwarzmarktgeschäfte spätestens nach Aufhebung des Lohnstopps langsam ausliefen, hatte sich im Sommer 1948 in Bayern die Auseinandersetzung mit der amerikanischen Militärregierung über die Schulreform zugespitzt. Entsprechend der bei der Ablehnung seines zweiten Schulreformplanes erfolgten Anweisung der Militärregierung vom 23. Dezember 1947 war von Kultusminister Hundhammer sogleich ein dritter Schulreformplan entwickelt worden, der sich an den amerikanischen Vorstellungen orientierte und als Vorstufe einen Kindergarten, als Grundstufe eine entweder vier oder sechs Jahre umfassende Gemeinschaftsschule und daran anschließend einen Pflichtzweig A mit dreijährigem allgemeinbildenden Zug und dreijährigem berufsbegleitenden Unterricht, einen Pflichtzweig B mit dreijähriger Fachmittel- und dreijähriger Fachoberschule und einen Pflichtzweig C mit einem sechsjährigen Reformzug und einem sechsjährigen naturwissenschaftlichen Zug vorsah. Im Anschluss an die insgesamt zwölfjährige Pflichtschulzeit waren beim Zweig A zweijährige Spezialfachschulen und eine dreijährige Sonderreifepfung, beim Zweig B dreijährige Akademien und beim Zweig C nach einem generellen einjährigen Philosophikum entweder eine zweijährige Akademieausbildung oder ein vierjähriges

Jeep abgeholt und nach München gebracht worden war, um dort unter Ministerpräsident Hoegner bis Ende 1946 als bayerischer Wirtschaftsminister zu amtieren. Anschließend war Ludwig Erhard an den Vorbereitungen der Währungsreform vom 20. Juni 1948 indirekt beteiligt, weil er ab 1947 nach seiner Ernennung zum Honorarprofessor durch die Universität München die Expertenkommission Geld und Kredit bei der unter der Oberhoheit von Amerikanern und Briten stehenden Verwaltung für Finanzen der Bizone leitete und ab März 1948 in dem für die Trizone geschaffenen zweiten Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes neben den Direktoren für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Finanzen, für Verkehr, für Post- und Fernmeldewesen und für Arbeit, die einschließlich des Oberdirektors alle der CDU oder der CSU angehörten, auf Vorschlag der FDP ohne Zugehörigkeit zu einer politischen Partei zum Direktor für Wirtschaft ernannt wurde.

Über den Zeitpunkt der Währungsreform wurde Ludwig Erhard von den Westalliierten allerdings erst fünf Tage vor dem Termin informiert und gab dann einen Tag vor dem Termin über Rundfunk bekannt, dass Zwangsbewirtschaftung und Preisbindung ab morgen in einigen Bereichen aufgehoben seien. Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007. S.373f.

⁵⁶¹Vgl. den Artikel Frankfurter Dokumente, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 03.06.2020. Die Ministerpräsidenten der Trizone hatten dazu nach einer Konferenz im Hotel Rittersturz in Koblenz zwar Bedenken und Einwände geäußert, die die drei Westmächte zurückwiesen und an ihrem Kurs einer Weststaatsgründung festhielten. Zugleich hatte die Sowjetunion auf die Währungsreform in den drei Westzonen vom 20. Juni 1948 vier Tage später mit einer improvisierten Währungsreform in der SBZ und in ganz Berlin reagiert, bei der die alten RM-Banknoten mit Aufklebern („Tapeten-Mark“) versehen wurden, und sogleich eine Blockade aller Land- und Wasserwege nach Berlin durchgeführt, als die Westmächte in ihren drei Sektoren DM-Banknoten mit Aufklebern des Berliner Bären („Bären-Mark“) herausgaben. Um während der bis 12. Mai 1949 dauernden Berlin-Blockade die Militär-angehörigen und die Bevölkerung in den drei West-Sektoren zu versorgen, richteten die Amerikaner mit zahlreichen Transportflugzeugen eine „Luftbrücke“ ein.

⁵⁶²Vgl.: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, S.306f.

Studium an einer pädagogischen oder anderen Hochschule oder an einer Universität vorgesehen, womit alle drei Zweige Bildungslaufbahnen bis zum Hochschul- und Universitätsabschluss ermöglichten.⁵⁶³

Nach der am 31. Januar 1948 erfolgten Versendung des dritten Schulreformplanes an die amerikanische Militärregierung reagierte diese zunächst mit der Zuteilung von Finanzmitteln für eine Stiftung zum Wiederaufbau des Bayerischen Erziehungs- und Bildungswesens, die Kultusminister Hundhammer am 5. April 1948 gründete.⁵⁶⁴ Als der bayerische Landtag jedoch bei den Beratungen über den Gesetzentwurf zur Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Schulen und zur Schulgeldfreiheit an höheren Schulen am 14. Juli 1948 beschloss, die Einführung wegen der unmittelbar nach der Währungsreform angespannten Finanzlage bis Oktober 1948 zurückzustellen, kündigte die Militärregierung an, die Kosten zu übernehmen und sie Bayern als Besatzungskosten in Rechnung zu stellen. Nach dieser Ankündigung und mehreren Gesprächen verständigten sich Ministerpräsident Ehard und General Lucius D. Clay schließlich darauf, dass die Schulgeld-, Lehr- und Lernmittelkosten ab dem Schuljahr 1948/49 in Höhe von 50 %, ab dem Schuljahr 1949/50 in Höhe von 75 % und ab dem Schuljahr 1950/51 in Höhe von 100 % durch den Staat übernommen werden.⁵⁶⁵ Dieser Kompromiss wurde vom bayerischen Landtag mit dem **Gesetz über die Lehrmittelfreiheit vom 5. März 1949** verabschiedet.⁵⁶⁶

Ohne größere Probleme mit den Amerikanern verlief dagegen die bildungspolitische Restrukturierung und Neuausrichtung in Fürth, wo das Amerika-Haus Nürnberg im September 1948 mit Oberbürgermeister Dr. Bornkessel im ersten Obergeschoss des

⁵⁶³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S 579:

Plan von Kultusminister Alois Hundhammer für die Schulreform in Bayern vom 31.01.1948 nach Schuljahren entsprechend der Anweisung der Militärregierung

17.	Sonderreifeprüfung →				Pädagogische und andere Hochschulen und Universitäten				
16 15.									Akademien
14, 13.	Spezialfachschulen				← Philosophikum				
	Zweig A: Berufsbegleitender Unterricht				Zweig B		Zweig C		
12. 11. 10.	Gewerblich	Kaufmännisch	Landwirtschaftlich	Hauswirtschaftlich	Fachoberschulen	Reformzug	Naturwissenschaftlicher Zug	Ober- schule	
9. 8. 7.	Allgemeinbildender Zug				Fachmittelschulen			Mittel- schule	
6. 5.	Wahlfächer: Englisch, Latein, Werken								
4. 3. 2. 1.	Grundschule								
Kindergarten									

⁵⁶⁴Vgl.: Ebd., S.584.

⁵⁶⁵Vgl.: Ebd., S.583 und 585: „Darüber hinaus wurde in Verhandlungen mit der Militärregierung der Termin für die Schulreform vom 1.9.1948 auf 1.9.1949 verschoben ...“.

⁵⁶⁶Vgl. dazu: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.37: „Es gibt jetzt wieder Lehrbücher ..., nach dem Gesetz vom 5.3.1949 in Bayern sogar lernmittelfrei. Schulgeld musste ab dem Schuljahr 1950/51 nicht mehr gezahlt werden (zuletzt DM 5,- im Monat).“

Rathauses einen **Reading Room**, dessen Handbibliothek 2.000 Bücher umfasste, eröffnete und damit das seit der Gründung des Volksbildungsvereins 1904 und der Errichtung des Berolzheimerianums 1906 bis 1937 ohne nationalsozialistische Zweckentfremdung bestandene öffentliche Bibliothekswesen reaktivierte. Im August 1949 wurde der Reading Room vom Rathaus in das Berolzheimerianum verlegt, im April 1951 aufgelöst und der Bücherbestand der am ursprünglichen Standort wieder eingerichteten **Fürther Volksbücherei** überlassen.⁵⁶⁷

Inzwischen war nach der im August 1948 erfolgten Einberufung eines vorbereitenden Verfassungsausschusses (Herrenchiemsee-Konferenz) und der im September 1948 erfolgten Einberufung eines nach Bevölkerungszahl und Parteienproporz in den Länderparlamenten zusammengesetzten Parlamentarischen Rates mit 65 stimmberechtigten Mitgliedern, unter denen sich auch vier Frauen befanden, am 23. Mai 1949 durch die Verkündung des Grundgesetzes auch der von den drei Westmächten gewünschte demokratische Bundestaat entstanden und die Bundesrepublik Deutschland gegründet worden.⁵⁶⁸ Mit dem auf der Außenministerkonferenz der drei Westmächte in Washington vereinbarten Besatzungsstatut zur Abgrenzung der Befugnisse und Verantwortlichkeiten zwischen der zukünftigen bundesdeutschen Regierung und der Alliierten Kontrollbehörde vom 10. Mai 1949, das nach der ersten Bundestagswahl am 14. September 1949 und der Wahl Konrad Adenauers (1876-1967) zum Bundeskanzler am 21. September 1949 in Kraft trat, wurde der Bundesrepublik und den Ländern die gesetzgebende, vollziehende und rechtssprechende Gewalt in inneren Angelegenheiten eingeräumt, womit auch die Bildungspolitik zu einer, im Grundgesetz näher geregelten inneren Angelegenheit wurde.⁵⁶⁹

⁵⁶⁷Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.48.

⁵⁶⁸Vgl. dazu auch den Artikel Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee und den Artikel Parlamentarischer Rat, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrucke vom 22.06.2020.

Von der von 10. bis 23. August 1948 tagenden Herrenchiemsee-Konferenz - die sich aus je einem stimmberechtigten Mitglied der elf Länder der Trizone (darunter der Präsident des Badischen Staatsgerichtshofs, der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, ein Professor für Völkerrecht und drei Justizminister), 14 Mitarbeitern der stimmberechtigten Mitglieder und fünf juristischen Sachverständigen (darunter ein Professor für Rechtswissenschaft sowie vier hochrangige Ministerialbeamte und Dezernenten für Finanzen) zusammensetzte - wurde für die Beratungen im Parlamentarischen Rat ein 149 Artikel umfassender Verfassungsentwurf erstellt.

Im Parlamentarischen Rat, der am 1. September 1948 zusammentrat, gehörten von den 65 stimmberechtigten Mitgliedern 27 der CDU/CSU, 27 der SPD, 5 der FDP, 2 der nach wie vor rein katholischen Deutschen Zentrumspartei aus Nordrhein-Westfalen, 2 der Deutschen Partei aus Niedersachsen und 2 der KPD aus Nordrhein-Westfalen an. Zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Rates wurde der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende **Konrad Adenauer** (1876-1967) gewählt, der von 1906 bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei und von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister von Köln gewesen war.

⁵⁶⁹Vgl. den Artikel Besatzungsstatut, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 25.06.2020. Auf den Gebieten der Außenpolitik, Entmilitarisierung, Wiedergutmachung, Aufnahme von Flüchtlingen und Kontrolle des Ruhrgebietes blieben dagegen Vorbehaltsrechte der drei Westmächte bestehen, die von Hohen Kommissaren, die auch ein Vetorecht bei Verfassungsänderungen hatten, wahrgenommen wurden. Die Vorbehaltsrechte entfielen mit Ausnahme der Zuständigkeit für gesamtdeutsche Fragen beim Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Jahr 1955. Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag zur Deutschen Einheit entfielen 1990 auch die Vorbehaltsrechte für gesamtdeutsche Fragen, weil der um die ostdeutschen Länder erweiterten Bundesrepublik Deutschland von den drei Westmächten und der Sowjetunion die volle Souveränität auf allen Gebieten zuerkannt und sie zur generellen Friedensstaatlichkeit verpflichtet wurde.

Zu diesem Zeitpunkt war durch eine Zuwanderung von 12 bis 13 Millionen Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die bis Kriegsende als Flüchtlinge oder Evakuierte, nach Kriegsende bis zur Potsdamer Konferenz im August 1945 als Vertriebene und danach als Umsiedler in die vier Besatzungszonen, davon 8 bis 9 Millionen in die drei Westzonen, gekommen waren,⁵⁷⁰ die Einwohnerzahl in Westdeutschland trotz der Kriegsverluste in der Bevölkerung von 43,0 Millionen Personen 1939 auf 49,2 Millionen Personen 1949 gestiegen.⁵⁷¹ Gleichzeitig hatte sich die Einwohnerzahl in Fürth von 82.315 Personen 1939 auf 101.807 Personen 1949 erhöht,⁵⁷² da bis 1947 rund 13.000 - davon 1.000 aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, 2.000 bis 3.000 aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten und mehr als zwei Drittel aus dem Sudetenland - und bis 1948 sogar rund 15.000 Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler in die Stadt gekommen waren.⁵⁷³ Angesichts der Kriegszerstörungen war die Unterbringung der Flüchtlinge, Vertriebenen und Umsiedler längst zu einem großen Problem des von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion im Februar 1945 bei der Konferenz in Jalta beschlossenen „Bevölkerungstransfers“ geworden, weshalb die Alliierten mit dem Kontrollratsgesetz Nr.18 vom 8. März 1946 eine Wohnungsbewirtschaftung durch kommunale Wohnungsämter eingeführt hatten, mit der alle Eigentümer bei einer Fortgeltung des Mietensstopps zur Meldung von Wohnraum und notdürftigen Instandsetzung beschädigter Wohnungen, zu zusätzlichen Einquartierungen in unterbelegte Wohnungen und zum Neuzuschnitt zu großer Wohnungen verpflichtet werden konnten.⁵⁷⁴

Neben den Aktivitäten des kommunalen Wohnungsamtes waren in Fürth zur Unterbringung der zahlreichen Sudetendeutschen auch die 1941 an der Heilstättenstraße in Waldnähe errichteten 30 Luftwaffenhelferinnen-Baracken mit je 10 einfachen Wohnungen versehen und zur Erschließung 1948 die Adalbert-Stifter-, die Paul-Keller- und die Jakob-Böhme-Straße angelegt worden.⁵⁷⁵ 1949 wurde dort eine erste und 1952 eine zweite Baracke zur **Schule an der Adalbert-Stifter-Straße** umgebaut.⁵⁷⁶ Außerdem war 1949 zur Bewältigung des Wohnungsmangels auf Initiative des Vorsitzenden

⁵⁷⁰Vgl.: R. M. Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Richter, 2. durchgesehene Auflage, München 2012 und darin die Abschnitte Die Volksdeutschen während des Krieges (und ihre Fluchtbewegung nach Westen beim Rückzug der Wehrmacht ab Ende 1943), S.60-89; Der Plan (zur Umsiedlung), S.90-122; Die „wilden Vertreibungen“ (vor der Potsdamer Konferenz 1945), S.123-167; Die Lager (in Polen und der Tschechoslowakei nach der Potsdamer Konferenz 1945), S.168-209; Die „organisierten Vertreibungen“ (oder Umsiedlungen entsprechend den Anweisungen der drei Siegermächte nach der Potsdamer Konferenz 1945-1948), S.210-243.

⁵⁷¹Hermann Korte, Bevölkerung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in drei Bänden, hier: Band 2, Gesellschaft, Frankfurt/Main 1983, S.13-34, hier: S.14. Unter der Gesamtbevölkerung von 49,2 Millionen Personen befanden sich 1949 auch noch rund 250.000 der bei Kriegsende 1945 in Westdeutschland anwesenden 2 Millionen Kriegsgefangenen und 6 Millionen zivilen Zwangsarbeiter, die nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren wollten.

⁵⁷²Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Fürth 2005, S.33, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand.

⁵⁷³Vgl.: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, S.260 und S.310.

⁵⁷⁴Vgl. den Artikel Kontrollratsgesetz Nr.18, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 29.06.2020.

⁵⁷⁵Vgl. den Artikel Heilstättensiedlung, in: www.fuertwiki.de, hier: Ausdruck vom 29.06.2020.

⁵⁷⁶Vgl.: Adolf Schwammerberger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.332; Max Eichler, Der Wiederaufbau des Fürther Schulwesens nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.31.

der Baugenossenschaft Eigens Heim, Hans Rupprecht/SPD zusammen mit dem Bauverein Fürth, der Baugenossenschaft Volkswohl und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Fürth eine Arbeitsgemeinschaft der Fürther Baugenossenschaften gegründet worden. die auf einer von der Stadt überlassenen Grundfläche zwischen Flöß-
austraße, Schwabacher Straße, Kaiserstraße und Hätznerstraße neue mehrgeschos-
sige Wohngebäude errichtete.⁵⁷⁷

Parallel hatte in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1950er Jahre auf der Grundlage der stabilisierten Währung, des Marshall-Plans und einer trotz Kriegszerstörungen und Demontagen günstigen Produktionsstruktur mit dem „Korea-Boom“ ein wirtschaftlicher Aufschwung begonnen, der zu hohen jährlichen Wachstumsraten, einer Reduzierung der Arbeitslosenquote (11,0 Prozent 1950, 5,0 Prozent 1955, 1,3 Prozent 1960), einer Erhöhung der Exportquote (9,1 Prozent 1950, 17,2 Prozent 1960) und einem Anstieg des Reallohnindex-Wertes (Basis 1913 = 100) auf rund 200 im Jahr 1960 führte und eine Verdoppelung des Lebensstandards ermöglichte,⁵⁷⁸ so dass es in der Bevölkerung zu großen Konsumwellen (Fress-, Bekleidungs-, Einrichtungswelle) kam. Zugleich wirkten das 1950 vom Bundestag verabschiedete Erste Wohnungsbaugesetz, mit dem der Wohnungsmangel durch eine staatliche Förderung von „Sozialwohnungen“ im Geschosswohnungsbau flächendeckend angegangen wurde, und das Zweite Wohnungsbaugesetz von 1956, das die finanzielle Förderung des Baus von Einfamilienhäusern vorsah,⁵⁷⁹ als Konjunkturprogramme, die den wirtschaftlichen Aufschwung über Multiplikator- und Akzelerator-Effekte verstetigten.

Mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung nahm die Wirtschaft auch in Fürth wieder Fahrt auf und erreichte rasch steigende Produktions-, Verkaufs- und Beschäftigtenzahlen. Dabei etablierten die seit 1927 bzw. 1939 in Fürth ansässigen Firmen Grundig und Metz mit einer 1947/48 aufgenommenen Produktion von Rundfunkgeräten und ab 1950/51 mit einer ergänzenden Produktion von Fernseh- und anderen elektronischen Geräten einen neuen Industriezweig in der Stadt. Daneben entwickelte sich das 1927 von Gustav Schickedanz (1895-1977) gegründete Versandhaus Quelle - das 1949 an der Freiheit zum Präsenzverkauf auch sein erstes Warenhaus einrichtete, 1954 seine Werbebroschüre Neueste Quelle-Nachrichten durch den Quelle-Katalog ersetzte, 1956 an der Fürther Straße in Nürnberg den ersten Bauabschnitt eines

⁵⁷⁷Vgl. den Artikel 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft Fürther Baugenossenschaften GmbH (Broschüre), in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 25.06.2020. Ergänzend anzumerken ist, dass die Baugenossenschaft Eigenes Heim bereits 1909 zur Errichtung einer Gartenbausiedlung an der Vacher Straße gegründet und in den zwanziger Jahren auch im sozialen Wohnungsbau aktiv war. Der Bauverein Fürth entstand 1938 durch eine Umbenennung des 1898 gegründeten Mieter- und Hausbauvereins. Die Baugenossenschaft Volkswohl war 1920 von Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins und der christlichen Gewerkschaften, die Wohnungsgesellschaft Fürth im selben Jahr von ehemaligen Teilnehmern des Ersten Weltkrieges gegründet worden.

⁵⁷⁸Vgl.: Werner Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt/Main 1983, S.20-24 (Bilanz der Ressourcen), S.94-98 (Der Rekonstruktionsprozess), S.110 (Entwicklung der Arbeitslosenquote) und S.148 (Exportquote). Siehe auch ebd., S.85: „Wirtschaftswachstum ist das zentrale Leitmotiv der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Seit Anfang der fünfziger Jahre der Vorkriegsstand wieder erreicht war, hat sich das Sozialprodukt und damit das Volkseinkommen bis Anfang der achtziger Jahre pro Kopf fast vervierfacht. Die Bundesrepublik versteht sich nicht zuletzt als eine Gemeinschaft zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Mehrung des materiellen Wohlstands; andere Ziele, die ebenso unbestritten gewesen wären, finden sich wenige.“

⁵⁷⁹Vgl.: Hannelore Brunhöber, *Wohnen*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in drei Bänden*, hier: Band 2, *Gesellschaft*, Frankfurt/Main 1983, S.183-208, hier: S.186-189.

großen Versandzentrums fertigestellte, 1957 bereits fünf Millionen Pakete versandte und über 8.000 Beschäftigte verfügte - bis 1964 zum größten Versandhaus Europas. Außerdem wurden durch den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung auch die traditionellen Fürther Industriezweige wie die Glasherstellung (DETAG), die Spielwarenherstellung (Mangold/GAMA und Neuhierl/CARRERA), die Metallpulverherstellung (Eckart), die Prägefolienproduktion (Kurz) und das Baugewerbe (Röllinger und Schönwasser) auf einen Erfolgskurs mit erheblichen Beschäftigungswirkungen gebracht.⁵⁸⁰

Dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung auch qualifizierter Arbeitskräfte bedurfte, war in Bayern von der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern schon in einer Denkschrift vom 20. Oktober 1949 deutlich gemacht worden, in der sie auf die Bemühungen der Betriebe zur Herausbildung qualifizierten Nachwuchses verwies und zugleich ein gut ausgebautes Berufsschulwesen forderte. In dasselbe Horn stieß der Bayerische Handwerkertag, der bei jeder Gelegenheit auf die unzulänglichen Verhältnisse in den Berufsschulen hinwies.⁵⁸¹ „Angesichts solcher Klagen aus Kreisen der Wirtschaft kam ab 1950 Bewegung in die Berufsschulreform.“⁵⁸² Den Startschuss gab am 14. Juni 1950 die SPD mit einem von der FDP unterstützten Entwurf für ein Berufsschulgesetz, dem am 14. November 1950 kurz vor der Landtagswahl ein gleichnamiger Gesetzentwurf von Kultusminister Hundhammer folgte.⁵⁸³ Als nach der Landtagswahl vom 26. November 1950, bei der die CSU nur einen Stimmenanteil von 27,4 % erreicht hatte (SPD 28,0 %, Bayernpartei 17,9 %, Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten 12,3 %, FDP 7,1 % und WAV 2,8 %), eine Koalition aus CSU, SPD und BHE gebildet, Hans Ehard erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und Josef Schwalber (1902-1969, CSU) zum Kultusminister ernannt wurde, verlor Alois Hundhammer zwar sein Ministeramt, wurde aber zum Landtagspräsidenten gewählt,⁵⁸⁴ so dass das

⁵⁸⁰Vgl.: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007. S.336-343. Max Grundig (1908-1989) hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die von ihm mit einem später ausgeschiedenen Geschäftspartner 1930 gegründete Firma Radio Vertrieb Fürth im Hof des Anwesens Jakobinenstraße 24 reaktiviert, die wegen des alliierten Fertigungsverbotes für Radiogeräte unter der Bezeichnung „Heinzelmann“ zunächst nur Radio-Baukästen herstellte. 1947 erwarb er von der Stadt Fürth das Grundstück des ehemaligen Kurbades an der Kurgartenstraße und ließ dort die ersten Fabrikhallen errichten, in denen 1949 rund 800 Beschäftigte bereits 12.000 Radiogeräte im Monat produzierten, womit die Firma, die das Fürther Stadtwappen (Kleeblatt) in das Firmenlogo integriert hatte, zum Marktführer wurde. Ab 1951 wurden auch Fernsehgeräte hergestellt. Bis 1952 avancierte die Firma dann zum größten Batteriehersteller in Europa und hatte bereits 6.000 Beschäftigte.

Die 1938 in Nürnberg von Paul Metz (1911-1993) gegründete Firma Transformatoren- und Apparatebau Metz hatte 1939 das Fabrikgelände der ehemaligen Spiegelfabrik Wiederer an der Leyher Straße übernommen. Während des Zweiten Weltkrieges produzierte die Firma Metz dort Transformatoren, UKW-Empfangsanlagen und Spezialgeräte für die Wehrmacht. Nach Kriegsende brachte sie 1947 ein Radiogerät für MW- und LW-Empfang auf den Markt und hatte 1948/49 bereits 900 Beschäftigte. Neben Radioschränken und Fernsehgeräten baute die Firma Metz ab 1950 mit dem „Baby“ das kleinste Kofferradio der Welt, 1951 mit dem „Baby-Phon“ auch ein Kofferradio mit Plattenspieler und wurde mit dem 1952 für die Fotografie entwickelten MECA-Blitzgeräten in diesem Bereich sogar Marktführer in Europa.

⁵⁸¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.729f.

⁵⁸²Ebd., S.730.

⁵⁸³Vgl.: Ebd., S.730.

⁵⁸⁴Vgl.: Ebd., S.700. Siehe dazu auch die Artikel Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten sowie Bayernpartei, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrucke vom 09.07.2020.

Der **Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)** war nach Aufhebung des von den Alliierten erlassenen Parteigründungsverbots für Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler im Januar 1950 in Schleswig-Holstein gegründet worden. wo er aufgrund des höchsten Flüchtlingsanteils an der Bevölkerung (33 %) bei der Landtagswahl 1950 immerhin 23,9 % der Stimmen erreichte und eine Koalition mit der CDU bildete. Neben seiner bis 1962 andauernden parlamentarischen Präsenz in

Berufsschulgesetz vom 25. Mai 1953 trotz der personellen Wechsel weitgehend der kultusministeriellen Vorlage aus dem Jahr 1950 entsprach.⁵⁸⁵

Mit dem **Berufsschulgesetz vom 25. März 1953** wurden die Gemeinden nun generell verpflichtet, ab einer bestimmten Anzahl von berufsschulpflichtigen Jugendlichen landwirtschaftliche, gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufsschulen einzurichten. Außerdem wurden die bislang für Berufsschulen rechtlich nicht präzisierten, sondern nach der jeweiligen Haushaltslage gewährten Sach- und Personalkostenzuschüsse gesetzlich in Höhe von 50 % der Sach- und Personalkosten festgelegt.⁵⁸⁶ Durch die Regelungen zu einem **Berufsschulbeirat**, in dem Eltern, Lehrer und die Wirtschaft vertreten waren,⁵⁸⁷ wurde schließlich das **duale Berufsbildungssystem** (praktische Ausbildung in den Betrieben sowie allgemeiner und fachtheoretischer Unterricht in den Berufsschulen), das sich seit der Jahrhundertwende sukzessive herausgebildet hatte, institutionell ergänzt und endgültig etabliert.

Aufgrund der Vorgaben zur Errichtung von Berufsschulen und der mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wachsenden Anzahl von betrieblichen Ausbildungsverträgen wurde in Fürth 1953 sogleich das 1912 errichtete Gebäude der 1911 vom Gewerbeverein gegründeten und 1930 wegen mangelnder Nachfrage geschlossenen **Handwerkerschule für die Holzindustrie zur Schreiner- und Holzbildhauerausbildung** an der Turnstraße - das im März 1933 von der SA zur Internierung, Misshandlung und Folter ortsansässiger Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter und nach der Eröffnung des KZ Dachau im April 1933 bis März 1935 als „SA-Schule“ genutzt worden war⁵⁸⁸ - zu einer gewerblichen Berufsschule umgebaut.⁵⁸⁹ Außerdem erhielt die **landwirtschaftliche Berufsschule an der Jahnstraße** 1955 einen Anbau an den

Schleswig-Holstein war der BHE, der sich im November 1952 in Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) umbenannte, in den 1950er Jahren auch im Bundestag (1953-1957) und in den Länderparlamenten von Baden-Württemberg (1952-1964), Bayern (1950-1962), Bremen (1951-1955), Hessen (1950-1962) und Niedersachsen (1951-1963) vertreten. Die am 28. Oktober 1946 in München gegründete **Bayerpartei (BP)** war eine bäuerliche und mittelständische sowie katholische, aber eher antiklerikale und liberale Partei, die bei den Kommunalwahlen am 30. Mai 1948 erstmals an Wahlen teilnahm. Mit der Forderung nach einer Eigenständigkeit des Freistaats Bayern und dem Slogan „Bayern den Bayern“ verstand sie sich als die einzig wirkliche bayerische Partei. Zwischen 1949 und 1953 war die Bayernpartei mit 17 Abgeordneten auch im Bundestag vertreten, da sie bei der Bundestagswahl 1949 in Bayern 20,9 % der Stimmen erhalten und damit die damals nur auf ein Bundesland bezogene 10-%-Klausel übertroffen hatte.

⁵⁸⁵Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.730: „Dass vom Entwurf bis zur Verabschiedung drei Jahre vergingen, hatte vor allem finanzielle Gründe.“

⁵⁸⁶Vgl.: Ebd., S.731. Landwirtschaftliche Berufsschulen waren zu errichten, wenn im Gebiet einer Gemeinde mindestens 60 berufsschulpflichtige Jugendliche in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt waren oder ohne berufliche Beschäftigung ihren Aufenthalt hatten. Gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufsschulen waren zu errichten, wenn im Gebiet einer Gemeinde zusammen mindestens 800 berufsschulpflichtige Jugendliche außerhalb der Landwirtschaft beruflich beschäftigt waren oder ohne berufliche Beschäftigung ihren Aufenthalt hatten.

⁵⁸⁷Vgl.: Ebd., S.967.

⁵⁸⁸Vgl. den Artikel Folter im Fürther KZ-Notgefängnis. NS-Herrschaft: Zum 90. Jubiläum der „Reichs(tags)brandverordnung“ ergaben Recherchen: In der Südstadt gab es ein illegales Internierungslager, in: Fürther Nachrichten vom 28.02.2023, S.27 (Lokalteil). Die Nutzung als „SA-Schule“ endete, als das Gebäude von der im März 1935 aus der Reichswehr hervorgegangenen Wehrmacht übernommen wurde. 1945 wurde es von den Amerikanern beschlagnahmt, die es 1952 an die Stadt zurückgaben.

⁵⁸⁹Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau des Fürther Schulwesens nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.37.

1919 für die damalige landwirtschaftliche Winterschule errichteten Neubau,⁵⁹⁰ da die bisherige landwirtschaftliche Berufsschuldauer von zwei Jahren mit dem **Schulpflicht-Gesetz vom 2. Januar 1952** der seit 1938 in den übrigen Berufsschulzweigen geltenden Pflichtschuldauer von drei Jahren angeglichen worden war.⁵⁹¹ Da nach dem Berufsschulgesetz von 1953 neben landwirtschaftlichen, gewerblichen und kaufmännischen auch hauswirtschaftliche Berufsschulen einzurichten waren, wurde die seit 1912 im Gebäude Pfisterstraße 48 untergebrachte und 1922 von der Stadt Fürth übernommene Frauenarbeitsschule der Schwestern Edelmann, die seit Mai 1947 unter der Bezeichnung Städtische Handarbeits- und Haushaltungsschule mit einjähriger Schuldauer auch Tages- und Abendkurse für Erwachsene angeboten hatte, 1957 in eine ausschließliche **Haushaltungsschule** umgewandelt.⁵⁹²

In den Prozess der Bewältigung der mit dem Wirtschaftsaufschwung zunehmenden Qualifikationsanforderungen war in der ersten Hälfte der 1950er Jahre auch die **Volkshochschule Fürth** eingebunden, deren Geschäftsstelle sich bis 1965 in einem Turmzimmer des Rathauses befand und die für ihre Kurse vor allem Räume in den Schulgebäuden an der Helm-, Rosen- und Schwabacher Straße nutzte.⁵⁹³ Da der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft sich entschlossen hatten, ihre Weiterbildungsangebote mit der Volkshochschule Fürth zu koordinieren, übernahm diese ab Herbst 1950 auch die Erwachsenenbildung der Gewerkschaften, so dass 1951 an der Volkshochschule in erster Linie Kurse in Betriebswirtschaft, Buchhaltung und Stenografie besucht wurden. Da von den Kursteilnehmer/innen 66,9 Prozent im Alter von 20 bis 30 Jahren und 19,1 Prozent im Alter von unter 20 Jahren waren,⁵⁹⁴ warf die Altersstruktur zugleich ein Schlaglicht auf die durch Nationalsozialismus und Krieg hinterlassenen beruflichen Bildungsdefizite,⁵⁹⁵ die in der nun aufstrebenden Wirtschaft nachträglich zu beseitigen waren.

Parallel zu den Anstrengungen bei der beruflichen Bildung wurde in Fürth bis Mitte der 1950er Jahre auch die Wiederherstellung der schulischen Infrastruktur abgeschlossen und die letzte bauliche Kriegshinterlassenschaft beseitigt. Anfang 1952 war dabei der **Mädchenoberschule mit angeschlossener Handelsschule** wieder das Schulgebäude am Tannenplatz übergeben worden,⁵⁹⁶ da die seit Mai 1945 dort untergebrachte amerikanische Schule in den fertiggestellten Schulkomplex der in mehreren Bauabschnitten für amerikanische Militärangehörige zwischen 1950 und 1955 errichteten „Kalb-Housing“ gezogen war.⁵⁹⁷ Im Juli 1952 übergaben die Amerikaner dann den

⁵⁹⁰Vgl.: Adolf Schwammerger, Fürth von A bis Z. Ein Geschichts-Lexikon, Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt/Aisch 1984, S.375f.

⁵⁹¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.728.

⁵⁹²Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau des Fürther Schulwesens nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.37.

⁵⁹³Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, S.30.

⁵⁹⁴Vgl.: Ebd., S.7f.

⁵⁹⁵Bei den 20- bis 30-Jährigen im Jahr 1951 handelte es sich um Angehörige der Geburtsjahrgänge 1921 bis 1931, die zwischen 1933 und 1945 entweder einen Teil ihrer Volksschulzeit und ihre gesamte Berufsschulzeit oder sogar die gesamte Volksschulzeit und zumindest einen Teil ihrer Berufsschulzeit in der Zeit des Nationalsozialismus absolviert hatten.

⁵⁹⁶Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.33. Nach der Übergabe im Januar 1952 musste das Schulmobiliar komplett neu beschafft werden, so dass die Unterrichtsaufnahme erst im März 1952 erfolgen konnte.

⁵⁹⁷Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.66: „Am 4. Januar 1952 wird das amerikanische Schulhaus an der Fronmüllerstraße nach achtmonatiger Bauzeit eröffnet und

Hans-Lohnert-Sportplatz an die Stadt, der nach einer dringend erforderlichen Sanierung ab April 1954 wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung stand.⁵⁹⁸ Außerdem erfolgte 1954 der **Abbruch** der am Nachmittag des 18. April 1945 und damit am vorletzten Kriegstag in Fürth nach einem gezielten Artilleriebeschuss völlig ausgebrannten **Turnhalle des humanistischen Gymnasiums** an der Königstraße.⁵⁹⁹

Bereits ein halbes Jahr nach dem Wiedereinzug der Mädchenoberschule mit angeschlossener Handelsschule in das Schulgebäude am Tannenplatz war im September **an Gymnasien, Oberrealschulen und Mädchenoberschulen die 9. Jahrgangsstufe wiedereingeführt** worden, wie sie bis 1936 bestanden hatte. Durch ministerielle EntschlieÙung vom 27. Oktober 1952 wurde die **Mädchenoberschule am Tannenplatz in ein Mädchenrealgymnasium mit Real- und Handelsschule** umbenannt, wobei die Realschule als Unterbau des Realgymnasiums verstanden und für Schülerinnen angegliedert wurde, die nach der damals 6. Jahrgangsstufe mit einem Abschluss austreten wollten,⁶⁰⁰ um eine bezahlte berufliche Ausbildung aufzunehmen, für die eine Mittlere Reife erforderlich war. Durch die Umwandlung der Mädchenoberschule mit angeschlossener Handelsschule am Tannenplatz in ein Mädchenrealgymnasium mit angeschlossener Real- und Handelsschule wurde in Fürth versucht, dem nach 1945 allgemein zu verzeichnenden Trend nach einer Mittelschulbildung entgegenzukommen, ohne eine eigenständige Mittelschule errichten zu müssen.⁶⁰¹

nach Johann Georg Kalb benannt ... Später nennt man die gesamte Wohnsiedlung ‚Kalb-Housing‘. Das Schulgebäude selbst umfasst einen Kindergarten, eine achtklassige Elementary-School (...) und eine dreiklassige High-School und kann bis zu 1.000 Schüler aufnehmen.“ Siehe auch ebd., S.69: „Der amerikanische Stadtteil im Süden Fürths ist 1955 fertiggestellt. Auf 25 Hektar sind 87 Häuser mit 1.258 Wohnungen errichtet worden.“ Daneben eine Schule, ein Kino, eine Tankstelle sowie ein Einkaufszentrum für Lebensmittel (PX) und ein Kaufhaus ohne Lebensmittel (Commissary).

⁵⁹⁸Vgl.: Ebd., S.70f.: „Der Lohnert-Sportplatz hat anfangs als Truppenunterkunft für Fahrzeug-Einheiten der Amerikaner gedient. Wegen der besseren Tragfähigkeit für die schweren Fahrzeuge sind die Spielfelder mit Bauschutt aufgefüllt worden. Der Untergrund ist mit Öl durchtränkt. Ab 1947 ist der Sportplatz von der GYA genutzt worden.“

⁵⁹⁹Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.37.

⁶⁰⁰Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.34f.

⁶⁰¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.556, S.565 und S.735f. Während in Fürth schon länger keine Mittel- oder Realschulen mehr existierten, weil diese zu höheren Schulen befördert worden waren (Oberrealschule für Jungen ab 1920 und vollständige Mädchenoberschule ab 1941), hatte es in Bayern nach der ab Mai 1945 erfolgten Wiedezulassung der von den Nationalsozialisten 1938 aufgelösten kirchlichen Mädchenmittelschulen bis zum Schuljahr 1948/49 einen über die Volksschulbildung hinausgehenden Mädchenmittelschulboom gegeben, so dass Kultusminister Hundhammer die Gemeinden mit Bekanntmachung vom 23. Mai 1949 aufforderte, Mittelschulen nicht nur für Mädchen, sondern auch für Knaben zu errichten.

Nach der von Kultusminister Hundhammer erlassenen **Bekanntmachung zur Errichtung von Mittelschulen für Knaben und Mädchen vom 23. Mai 1949** sollte die eigenständige Mittelschule nach sieben Jahren Volksschule eine dreijährige Schuldauer haben und allgemeinen Unterricht mit Englisch als Fremdsprache anbieten. Unter berufsbezogenen Aspekten waren wirtschaftliche, handelskundliche, gewerbliche und landwirtschaftliche Zweige vorgesehen. Außerdem sollten in die Lehrpläne Maschinenschreiben und Stenografie sowie für Mädchen Hauswirtschaft aufgenommen werden (vgl. ebd., S.735).

Mit der **Richtlinie für die Umstellung dreiklassiger in vierklassige Mittelschulen vom August 1956** wurde dann die vorgeschaltete Volksschuldauer auf sechs Jahre verkürzt und die Mittelschuldauer auf vier Jahre verlängert, wobei die vierklassige Form den Vorteil hatte, dass sich die Schüler/innen nicht schon bei der Aufnahme, sondern erst nach einem Schuljahr für einen der vier berufsbezogenen Zweige entscheiden mussten (vgl. ebd., 736).

Aufgrund der gegenüber dem Vorkriegsstand von 1939 mit der Zuwanderung von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern bis 1949 verbundenen Bevölkerungszunahme um rund 19.500 Personen oder +23,5 Prozent musste in Fürth neben dem Mangel an Wohnungen auch ein größerer Schulraummangel im Volksschulbereich durch Neubauten beseitigt werden. Das erste Projekt war das 1955 fertiggestellte, zweigeschossige **Schulgebäude an der Friedrich-Ebert-Straße**, das nicht mehr nach dem früher üblichen „Kasernenstil“ (bis zu fünf Geschosse mit beidseitig an langen Gängen aufgereihten Klassenräumen und festeingebauten Tischen und Bänken) konzipiert, sondern durch eine dezentrale Anordnung von zwei Klassen je Geschoss und vier Klassen je Treppenhaus sowie durch eine ansprechende farbliche Gestaltung und eine Ausstattung mit einzelnen Stühlen und Zweiertischen in den Klassenräumen gekennzeichnet war, wodurch eine flexible Innenraum- und Unterrichtsgestaltung sowie ein Wohlfühlklima bei den Schülerinnen und Schülern geschaffen werden sollte.⁶⁰² Diese Gestaltungsform entsprach zugleich den auf den drei Schulbautagungen 1949/50 in Nordrhein-Westfalen, Hannover und Stuttgart verabschiedeten Leitlinien für den Schulhausneubau, in die neben der von den Alliierten seit der Potsdamer Konferenz von 1945 angestrebten Entmilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung auch zahlreiche gesundheitliche Aspekte und reformpädagogische Gedanken eingeflossen waren.⁶⁰³ Nach dem Muster des 1955 an der Friedrich-Ebert-Straße fertiggestellten Schulgebäudes wurden in Fürth im Volksschulbereich 1957 auch das **Schulgebäude an der Hummelstraße** in Burgfarrnbach und 1959 das **Schulgebäude an der Kiderlinstraße** in der Südstadt errichtet.⁶⁰⁴

Parallel zum Bau neuer Schulgebäude kam es im Volksschulbereich ab Mitte der 1950er Jahre zu qualitativen Ergänzungen. So wurden in den Schuljahren 1955/56 bis 1958/59 für sprachbehinderte Kinder **Sprachheilklassen** eingeführt.⁶⁰⁵ Außerdem beschloss der Stadtrat aufgrund steigender Bildungswünsche und zunehmender Qualifikationsanforderungen im Juli 1956, ab dem Schuljahr 1956/1957 **Aufbauklassen an Volksschulen** zu bilden, um nach einer zehnjährigen Schulzeit einen dem Mittelschulabschluss entsprechenden Abschluss zu ermöglichen. Wegen des durch die Zuwanderung erhöhten Bevölkerungsanteils der Katholiken entstand in Fürth ab dem Schuljahr 1957/58 auch wieder eine **katholische Bekenntnisschule**, deren Klassenzahl bis zum Schuljahr 1966/67 von 2 auf 24 Klassen stieg.⁶⁰⁶ Mit dem **Lehrerbildungsgesetz vom 14. Juni 1958** wurde im Volksschulbereich schließlich die von der amerikanischen Militärregierung 1945/46 mit Abiturientenlehrgängen eingeführte und auf einem Abiturabschluss beruhende **Ausbildung von Volksschullehrer/innen** fortgesetzt und dabei die einst von den Amerikanern gewünschte wissenschaftliche Ausbildung **in Form eines dreijährigen Studiums an Pädagogischen Hochschulen**, die den drei

⁶⁰²Vgl: Karl Dubois, 1974 – ein Schulbaujahr, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.49-60, hier: S.49.

⁶⁰³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.208f.

⁶⁰⁴Vgl.: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, Fotos mit Begleittext, S.28f.

⁶⁰⁵Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.37.

⁶⁰⁶Vgl.: Ebd., S.35.

Landesuniversitäten angeschlossen wurden, nach fast zehnjähriger innerbayerischer Diskussion umgesetzt.⁶⁰⁷

Ab Mitte der 1950er Jahre erfasste der Modernisierungsprozess des Schulwesens in Fürth auch die höheren Schulen. So nahm die **Oberschule für Jungen (Oberrealschule) an der Kaiserstraße** ab dem Schuljahr 1957/58 erstmals Mädchen auf.⁶⁰⁸ Am **humanistischen Gymnasium an der Königsstraße** wurden ab 1955 die aus dem Jahr 1896 stammenden feststehenden Bänke und Tische sukzessive durch flexible Stühle und Tische sowie 1961 die Kohleöfen in den Klassenräumen durch eine Gaszentralheizung ersetzt.⁶⁰⁹ Trotz der Modernisierung des Mobiliars und der Heizung konnte dort offensichtlich kein Wohlfühlklima geschaffen werden, weil der Schulalltag noch stark von traditionellen Leitbildern beherrscht wurde. „Der Abstand zwischen Schülern und Lehrern wurde deutlich, denn auch der junge Assessor musste mit ‚Herr Professor‘ angesprochen werden... Auch die Lehrer untereinander waren sich ihrer Würde wohl bewusst... Die älteren Kollegen mussten von den jüngeren ebenfalls mit ‚Herr Professor‘ angesprochen werden, und es ist belegt, dass Verstöße dagegen vom

⁶⁰⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.701-714. Die von Juni 1945 bis April 1946 zur Kompensation des Lehrermangels, der durch die Entlassung und Entnazifizierung aller bis Mai 1937 der NSDAP beigetretenen Lehrer/innen entstanden war, an achtzehn Lehrerseminaren in Bayern eingerichteten **Abiturientenkurse** hatten zunächst eine Dauer von drei Monaten, die 1947 auf zwölf Monate verlängert wurde.

Als die amerikanische Militärregierung im Rahmen der Auseinandersetzung um die Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Schulen und die Schulgeldfreiheit an höheren Schulen ab Schuljahresbeginn 1948/49 Neuaufnahmen an Lehrerseminaren untersagte, wurden von Kultusminister Hundhammer 1948 für Abiturient/innen **pädagogische Lehrgänge** mit einer Dauer von 18 Monaten eingeführt, die bestehenden Lehrerbildungsseminare in eine Kurzform der höheren Schulen umgewandelt und von seinem Nachfolger Josef Schwalber 1954 in **Institute für Lehrerbildung** umbenannt.

Die anschließenden Reformversuche der nach der Landtagswahl vom 28. November 1954 unter Ministerpräsident Hoegner/SPD gebildeten „Viererkalition“, die aus SPD, Bayerpartei, GB/BHE und FDP bestand, scheiterten an Einwänden der Universitäten München und Würzburg sowie der Kirchen. Der Durchbruch zu einer Reform gelang erst, als die Bayernpartei 1957 die „Viererkalition“ verließ, um eine Koalition mit der CSU einzugehen, die diese allerdings mit dem GB/BHE und der FDP bildete. Zum Ministerpräsidenten der Koalition aus CSU, GB/BHE und FDP wurde der seit 1955 amtierende CSU-Parteivorsitzende Hanns Seidel (1901-1961) gewählt, zum Kultusminister der ebenfalls der CSU angehörende und seit 1952 als Professor für Öffentliches Recht an der Universität München tätige Theodor Maunz (1901-1993) ernannt. Gegen den am 3. Februar 1958 von der CSU-Landtagsfraktion als „Seidel-Plan“ vorgelegten Gesetzentwurf, der **konfessionell ausgerichtete und den Universitäten zugeordnete Pädagogische Hochschulen** vorsah, äußerten die Kirchen und die Universitäten keine Einwände mehr, so dass das Lehrerbildungsgesetz am 2. Juni 1958 vom Landtag verabschiedet werden konnte. „Damit wurden die so benannten Pädagogischen Hochschulen Augsburg, München und Regensburg der Universität München zugeordnet, die Pädagogischen Hochschulen Bayreuth und Nürnberg der Universität Erlangen und jene in Bamberg und Würzburg der Universität Würzburg angegliedert ... Im Hinblick auf die konfessionelle Bindung waren Augsburg, Bamberg, Regensburg und Würzburg sowie die 1958 unter der Trägerschaft der Diözese Eichstätt errichtete nichtstaatliche PH Eichstätt katholisch ausgerichtet. Bayreuth und Nürnberg trugen evangelischen Charakter. Die PH München war eine Verwaltungseinrichtung zweier Hochschulen, einer katholischen und einer evangelischen“ (Ebd., S.714).

⁶⁰⁸Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.55f. Ergänzend anzumerken ist, dass der Mädchenanteil bis zum Schuljahr 1970/71 allerdings noch bescheiden blieb, da sich damals unter den 1.292 Schüler/innen lediglich 92 Mädchen (= 7,12 %) und unter den 103 Abiturient/innen nur fünf junge Frauen (= 4,85 %) befanden.

⁶⁰⁹Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.37.

Schulleiter in einem ernsten Gespräch gerügt wurden.“⁶¹⁰ Angesichts dieses Schulklimas und der durch die dynamische Wirtschaftsentwicklung und die Exportorientierung wachsenden mathematisch-technischen, kaufmännischen und fremdsprachlichen Bildungswünsche und Qualifikationsanforderungen war es eigentlich nicht verwunderlich, dass es am humanistischen Gymnasium zu einem Rückgang der Neuanmeldungen kam, worauf die Schulleitung 1957 mit einem Antrag zur Angliederung eines realgymnasialen Zweiges mit grundständigem Latein reagierte, den das Kultusministerium wegen nicht ausreichender Klassenräume zunächst ablehnte. Als der Antrag schließlich zum Schuljahr 1962/63 doch genehmigt und das **humanistische Gymnasium an der Königstraße zum humanistischen und neusprachlichen Gymnasium** umbenannt wurde, verdoppelte sich dort auch wieder die Zahl der Neuanmeldungen.⁶¹¹

Nach der im Herbst 1956 durch Stadtratsbeschluss erfolgten Einführung von Aufbauklassen an Volksschulen, die nach zwei zusätzlichen Schuljahren einen Mittelschulabschluss ermöglichten und bis zum Ende des Schuljahres 1967/68 von insgesamt 1.785 Schüler/innen besucht wurden,⁶¹² wurde in der Stadt Fürth aufgrund einer Bekanntmachung des Kultusministeriums vom 14. April 1959 an der **gewerblichen Berufsschule Fichtenstraße/Turnstraße** im Herbst 1959 sogleich eine **dreijährige Berufsaufbauschule** eingerichtet,⁶¹³ die zur Fachschulreife führen und zusammen mit dem Berufsabschluss den Übertritt in Ingenieurs- und Meisterschulen ermöglichen sollte. Die politische Debatte über die Schaffung von Berufsaufbauschulen war in Bayern dadurch ausgelöst worden, dass nach Inkrafttreten des Berufsschulgesetzes von 1953 einige Berufsschulen eigenständig Berufsaufbauschulen eingeführt hatten, ihnen aber die finanziellen Mittel zum weiteren Ausbau fehlten, und lief im Landtag unter den Stichworten **Zweiter Bildungsweg**.⁶¹⁴ Mit dem vom Landtag verabschiedeten **Gesetz über Berufsschulen und Berufsaufbauschulen vom 16. Juni 1960** wurde der 1953 erstmals gesetzlich festgelegte staatliche Zuschuss für die Berufsschulen, denen nun zusätzlich Berufsaufbauschulen angegliedert werden konnten, von 50 auf 70 Prozent der Sach- und Personalkosten erhöht. Die angegliederten Berufsaufbauschulen umfassten jeweils zwei Jahre Teilzeitunterricht mit acht Wochenstunden an zwei Abenden

⁶¹⁰Ebd., S.38f.

⁶¹¹Vgl.: Ebd., S.39: „Gegen Ende der fünfziger Jahre gingen die Anmeldungen zum Humanistischen Gymnasium ständig zurück. 1954 waren es noch 362 Schüler, am Anfang der sechziger Jahre nur noch etwa 300.“

⁶¹²Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.35.

⁶¹³Vgl.: Ebd., S.37: „Als eine der ersten Städte Bayerns gründete die Stadt Fürth im Jahr 1959 die Berufsaufbauschule an der Berufsschule I.“

⁶¹⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.971f. Die Landtagsdebatten begannen, als die SPD-Landtagsfraktion nach dem Scheitern der seit 1954 aus SPD, Bayernpartei, GB/BHE und FDP bestehenden „Viererkoalition“, der Bildung einer Koalition aus CSU, GB/BHE und FDP und der Wahl des CSU-Parteivorsitzenden Hanns Seidel zum Ministerpräsidenten am 26. Oktober 1957 den Antrag stellte, für eine größere Anzahl von Jugendlichen einen Zweiten Bildungsweg zu schaffen. Um den auch von den Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften befürworteten Zweiten Bildungsweg zu installieren, legte die CSU-Landtagsfraktion am 5. Februar 1958 ebenfalls einen Antrag vor, der auf eine der Mittleren Reife gleichgestellte Fachschulreife durch Zusatzunterricht im zweiten und dritten Berufsschuljahr sowie einen anschließenden einjährigen Vollzeitunterricht abzielte. Dieser Antrag wurde vom Landtag am 5. März 1959 verabschiedet und vom Kultusministerium in die Bekanntmachung vom 14. April 1959 gegossen. Die gesetzliche Regelung erfolgte schließlich mit dem Gesetz über Berufsschulen und Berufsaufbauschulen vom 16. Juni 1960.

oder an Samstagen neben der betrieblichen Berufsausbildung und dem regulären dreijährigen Berufsschulunterricht (Jugendliche) oder neben der Berufstätigkeit und einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung (Erwachsene), einen anschließenden einjährigen Vollzeitunterricht mit 33 Wochenstunden und eine abschließende Fachschulreifeprüfung.⁶¹⁵ Im Rahmen der mit dem Wirtschaftsaufschwung wachsenden beruflichen Bildungsanforderungen wurde 1960 auch der berufsschulbezogene Jugendarbeitsschutz erweitert. War durch das Jugendschutzgesetz von 1938 für die Berufsschulzeit bereits eine Entgeltfortzahlung und eine Anrechnung auf die Arbeitszeit vorgeschrieben worden, so wurde mit dem **Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960** zusätzlich ein Beschäftigungsverbot vor einem vor neun Uhr beginnenden Berufsschulunterricht und ein generelles Beschäftigungsverbot für Berufsschultage mit einer Unterrichtsdauer von sechs und mehr Stunden eingeführt.⁶¹⁶

In Fürth waren Berufs- und Berufsaufbauschulen schon deshalb bedeutsam, weil sich seit 1947/48 mit den Firmen Grundig und Metz ein innovativer, verkaufs- und beschäftigungswirksamer Industriezweig der Radio-, Fernseh-, Plattenspieler-, Tonband-, Blitzlichtgeräte- und Batterieherstellung herausgebildet hatte und das ebenfalls verkaufs- und beschäftigungswirksame sowie modernste Bestell- und Versandtechniken nutzende Versandhaus Quelle sich bis 1964 zum größten Versandhaus Europas entwickelte, womit es großen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften im gewerblichen und kaufmännischen Bereich gab. Zum Ausbau und zur Konzentration der 1946 noch auf dreizehn Standorte verteilten Berufsschulen errichtete die Stadt Fürth zwischen 1959 und 1962 zunächst ein großes und modernes Gebäude mit Werkstätten für die **gewerbliche Berufsschule mit Berufsaufbauschule an der Fichtenstraße/Turnstraße** und zwischen 1960 und 1964 ein großes und modernes Gebäude für die **kaufmännische Berufsschule an der Theresienstraße/Hirschenstraße**, an die im September 1966 **ebenfalls eine dreiklassige Berufsaufbauschule** angegliedert wurde.⁶¹⁷

Die Bedeutung einer qualifizierten allgemeinen und beruflichen Bildung im gewerblichen und kaufmännischen Bereich zeigte sich in Fürth auch bei den Gewerbeansiedlungen auf der Hardhöhe, wo die Gebrüder Hertel in der Wehlauer Straße 1952 eine Firma zur Herstellung von Bohr-, Fräs- und Schneidwerkzeugen für die Hartmetallbearbeitung eingerichtet hatten. Als 1954 der Baubeginn des neuen regionalen Verkehrsflughafens in Nürnberg-Kraftshof stattfand, erwarb die Stadt das 56 ha umfassende, 1938 durch die Firma Bachmann, von Blumenthal & Co. zur Reparatur und Wartung von Flugzeugen der Luftwaffe erworbene und mit einer Landebahn versehene Gelände auf der Hardhöhe, wo seit 1950 mit Genehmigung und Bauunterstützung durch Pioniereinheiten der Amerikaner ein provisorischer regionaler Verkehrsflugplatz betrieben wurde, der seinen Betrieb drei Tage nach der am 6. April 1955 erfolgten Eröffnung

⁶¹⁵Vgl.: Ebd., S.972 und S.973. „Angesichts der Probleme, die sich aus dem Teilzeitunterricht ergaben, wurde die BAS ab dem Schuljahr 1970/71 auch als 1½-jähriger Vollzeitunterricht angeboten. Ihre einschneidendste Veränderung erfuhr die BAS im Jahr 1987, als ihre Dauer auf ein Jahr Vollzeitunterricht verkürzt wurde.“

⁶¹⁶Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familien und Integration, Kinder- und Jugendarbeitsschutz. Unterrichtshilfe für Lehrkräfte, München 2014, S.9.

⁶¹⁷Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.37.

des neuen modernen regionalen Verkehrsflughafens in Nürnberg-Kraftshof einstellte.⁶¹⁸

Durch den Grunderwerb standen der Stadt zusammen mit anderen Grundflächen auf der Hardhöhe insgesamt 78 ha zur Verfügung, auf denen zur Beseitigung des Wohnungsmangels zahlreiche mehrgeschossige, von größeren Grünflächen umgebene Wohngebäude, drei 12- bis 14-geschossige Hochhäuser im Zentrum, Einfamilienhäuser an der südwest- und nordwestlichen Peripherie sowie eine Kirche, eine Schule, Kindergärten, eine Polizeistation, eine Sparkasse, ein Postamt und eine Ladenzeile zum Einkaufen entstehen sollten. Außerdem waren 20 Prozent der Gesamtfläche für die Ansiedlung größerer Gewerbebetriebe vorgesehen.⁶¹⁹ Auf einem Teil des Gewerbeflächenanteils errichtete die Firma Siemens ab 1955 mehrere Gebäude für ein modernes Datenverarbeitungszentrum ihrer Hauptbuchhaltung für das gesamte Bundesgebiet sowie Werkstätten und Lager für die Siemensniederlassung in Nürnberg. Die Bremer Möbelgroßhandelsfirma Friedrich A. Flamme reaktivierte 1957/58 das 1940 vom Reichsluftfahrtministerium als Lager errichtete und mit Klinkern verkleidete Betongebäude an der Würzburger Straße für den Möbelgroßhandel. 1960 baute die Firma Grundig auf dem gegenüber zwischen Würzburger Straße und Ruhsteinweg liegenden Gelände des ehemaligen Lagers für russische Kriegsgefangene, die bei der Firma Bachmann, von Blumenthal & Co und auf dem Luftwaffenstützpunkt in Atzenhof als Arbeitskräfte vor allem für schwere Erdarbeiten eingesetzt worden waren, das Werk 10 und stellte dort elektronische Datensicht- und Messgeräte sowie Steuerungen für Werkzeugmaschinen her.⁶²⁰

Neben den Gewerbeansiedlungen hatte auf der Hardhöhe bereits 1956 der zur Beseitigung des gesamtstädtischen Wohnungsmangels vorgesehene und staatlich geförderte Wohnungsbau („Sozialwohnungen“ nach dem Ersten Wohnungsbaugesetz von 1950) durch die seit 1949 in der Arbeitsgemeinschaft der Fürther Baugenossenschaften zusammengeschlossenen vier Baugenossenschaften und eine durch Stadtratsbeschluss vom 25. März 1957 gegründete Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Fürth (WBG) begonnen. Gleichzeitig errichteten private Bauherren ihre nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz von 1956 ebenfalls staatlich geförderten Einfamilienhäuser an der Kepler-, der Kopernikus- und der hinteren Hardstraße. Obwohl die Wohnbebauung erst 1966 mit der Errichtung der drei 12- bis 14-geschossigen Hochhäuser im Zentrum abgeschlossen wurde, lebten 1960 auf der Hardhöhe schon rund 4.000 Menschen,⁶²¹ ohne dass die von der Stadt für September 1960 angekündigte

⁶¹⁸Vgl.: Winfried Roschmann, Udo Sponsel, Bernd Jesussek, Die Fürther Hardhöhe. Aufmarschfeld, Hardsiedlung, Industrieflughafen, Trabantenstadt, Fürth 1999, 2. Aufl. 2009, Abschnitt Fürth bekam das mittelfränkische Tor zur Welt, S.49-85 und Abschnitt Der Rüstungsbetrieb – Bachmann, von Blumenthal & Co, Flugzeugbau Fürth (By), S.21-35. Das von der Firma Bachmann, von Blumenthal & Co 1938 erworbene Gelände war der Stadt Fürth 1916 von der Gothaer Waggon- und Flugzeugwerke AG abgekauft worden, die seit 1898 in Gotha Eisenbahnwaggons produziert hatte und 1913 in den militärischen Flugzeugbau eingestiegen war. Trotz der Absichten, in Fürth militärische Flugzeuge zu produzieren, erfolgte die Errichtung von Fabrikationsanlagen erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in den Jahren 1920/21. Da nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 vom Deutschen Reich insgesamt 5.000 Lokomotiven und 150.000 Eisenbahnwaggons als Wiedergutmachung abzuliefern waren und der Versailler Vertrag die Produktion von Flugzeugen untersagte, konzentrierten sich die Aktivitäten der „Waggon“ auf der Hardhöhe in den zwanziger Jahren auf die Produktion von Eisenbahnwagen, deren Abtransport zur Eisenbahnstrecke Nürnberg-Würzburg über die Flugplatzbahn erfolgte.

⁶¹⁹Vgl.: Ebd., Abschnitt Die Trabantenstadt entsteht, S.86-95.

⁶²⁰Vgl.: Ebd., S.95-99.

⁶²¹Vgl.: Ebd., S.92-95.

Volksschule an der Soldnerstraße termingerecht fertiggestellt war, was zu erheblichem Unmut in der Bevölkerung führte, der sich erst abschwächte, als bei einer Versammlung mit Vertretern des Schulamtes deutlich wurde, dass es sich um eine kurzzeitige Verzögerung handelte. Tatsächlich wurde der erste Bauabschnitt der Schule nach den Weihnachtsferien fertiggestellt und am 11. Januar 1961 eingeweiht.⁶²² 1962 kam der zweite Bauabschnitt zum Abschluss, und 1964 wurden in einem dritten Bauabschnitt acht weitere Klassenräume und eine Dreifach-Turnhalle errichtet. Die bei der Teileröffnung im Januar 1961 vom Schulleiter und vom Oberschulrat als modernste Schule in Fürth bezeichnete Volksschule an der Soldnerstraße war mehrfach gegliedert und verfügte über einen Schulkindergarten zur vorschulischen Erziehung der Kinder, über einen konfessionsübergreifenden Gemeinschaftsschulzweig und über einen katholischen Bekenntnisschulzweig. Im Schuljahr 1962/63 wurde die Schule von rund 700 Schüler/innen und nach Abschluss der Wohnungsbaumaßnahmen auf der Hardhöhe im Schuljahr 1967/68 von 1.305 Schüler/innen besucht.⁶²³

Zu diesem Zeitpunkt war im Volksschulbereich bereits die seit 1937 geltende 50-Minuten-Unterrichtsstunde mit **Bekanntmachung zur Auflockerung des Klassenlehrerprinzips vom 20. Juni 1963** durch das Kultusministerium auf eine **45-Minuten-Unterrichtsstunde** verkürzt und damit der seit 1937 an höheren Schulen geltenden 45-Minuten-Unterrichtsstunden-Regelung angeglichen worden. Die Herabsetzung der Unterrichtsstundendauer im Volksschulbereich hing mit einem Lehrermangel zusammen, der durch eine Auflockerung des Klassenlehrerprinzips ausgeglichen werden sollte, weil die Unterrichtspflicht von 30 Wochenstunden durch das Klassenlehrerprinzip bei vielen Lehrer/innen nicht ausgeschöpft war. „Durch deren volle Ausschöpfung konnten nun zusätzliche Stundenkapazitäten, die die Lehrer in anderen Klassen abzuleisten hatten, gewonnen werden ... Um die Zusatzbelastung der Lehrer in Grenzen zu halten, führte man gleichzeitig die 45-Minuten-Unterrichtsstunde ein.“⁶²⁴ Außerdem zog in Fürth im September 1963 die **städtische Handelsschule** von ihrem bisherigen Standort am Tannenplatz in **renovierte Räume der Schulgebäude Helmplatz 4 und 6**,⁶²⁵ nachdem bereits 1953 bei der Umwandlung der Mädchenoberschule mit angeschlossener Handelsschule in ein Mädchenrealgymnasium mit Real- und Handelsschule der Gedanke geäußert worden war, die Schulen räumlich zu trennen und die Handelsschule mit einer eigenen Leitung zu versehen.⁶²⁶

Insgesamt war die Zeit nach dem 1950 einsetzenden „Korea-Boom“ nicht nur beim Wohnungsbau, sondern auch bei der Anwendung moderner Industrie und Technik, der schrittweisen Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Wochenstunden ab 1956,⁶²⁷

⁶²²Vgl.: Ebd., S.131-133.

⁶²³Vgl.: Ebd., S.134f.

⁶²⁴Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.723f.

⁶²⁵Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.37.

⁶²⁶Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.19.

⁶²⁷Vgl.: Vorstand der Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), 100 Jahre Industriegewerkschaft Metall. 1891 bis 1991. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, Köln 1991, S.418: „Im Bremer Abkommen von 1956 konnte die Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich von achtundvierzig auf fünfundvierzig Wochenstunden verkürzt werden. Brachte das Bad Sodener Abkommen 1957 eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit von fünfundvierzig auf vierundvierzig Wochenstunden ab 1. Januar 1959, so folgte 1960 in Bad Homburg mit einem Stufenplan der Durchbruch zur Verkürzung auf die Vierzigstundenwoche. Nachdem die letzte Stufe

der Übertragung der dynamischen Wirtschaftsentwicklung und der Reallohnsteigerungen auf die Rentenentwicklung durch die Rentenreform von 1957,⁶²⁸ der ab 1957 die Steinkohle verdrängenden Primärenergieerzeugung aus Erdöl, der damit verbundenen Heizungsumstellung, der wachsenden Kunststoffverwendung und Automobilherstellung sowie der zunehmenden europäischen Integration (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes und Europäische Atomgemeinschaft zur friedlichen Nutzung der Kernenergie 1957/58)⁶²⁹ ein höchst dynamisches und fortschrittgläubiges Zeitalter. Außerdem waren von 1950 bis 1961 rund 3,6 Millionen Personen aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen,⁶³⁰ die hier als qualifizierte Arbeitskräfte zwar nicht unbedingt sogleich eine eigene Wohnung, aber umso schneller Arbeit und bessere Konsummöglichkeiten gefunden hatten, und deren Zustrom mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 und der Errichtung von Sperranlagen entlang der gesamten innerdeutschen Grenze seitens der DDR verunmöglicht wurde.

um eineinhalb Jahre verschoben wurde, betrug die tarifliche Arbeitszeit in der Metall- und Elektroindustrie ab 1. Januar 1967 vierzig Wochenstunden.“ Nach dieser Vorreiterrolle der IG-Metall bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit durch Rahmentarifverträge mit den Arbeitgebern in der Metall- und Elektroindustrie zogen die Gewerkschaften in anderen Branchen nach und erreichten bis Ende der 1960er Jahre ebenfalls eine Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden.

⁶²⁸Vgl.: Hans Günter Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945-1957, Stuttgart 1980, S.320-425. Mit der Rentenreform von 1957 wurden die Rentenleistungen zeitlich verzögert am durchschnittlichen Bruttolohn aller Versicherten orientiert und die Lohnentwicklung durch zeitlich verzögerte Rentenanpassungen alljährlich auf die Renten übertragen („Bruttolohndynamische Rente“). Durch die Reform erhöhten sich die damals sechs Millionen Bestandsrenten sogleich erheblich, und zwar in der Arbeiterrentenversicherung um durchschnittlich 65,3 Prozent und in der Angestelltenversicherung um durchschnittlich 71,9 Prozent. Außerdem betrug die monatliche Rente eines Durchschnittsverdieners („Modellrentner“) mit 40 bzw. 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren, zu denen Beitragszeiten, Ausfallzeiten wie Arbeitslosigkeit und Krankheit oder Ersatzzeiten wie Wehr- und Kriegsdienst sowie Kriegsgefangenschaft zählten, nun 50,9 bzw. 57,3 Prozent des Bruttolohns und 52,2 bzw. 66,6 Prozent des Nettolohns eines durchschnittlich verdienenden Versicherten.

Bundeskanzler Adenauer hatte dazu bereits bei der Veröffentlichung des Grundentwurfs zur Neuregelung der Rentenversicherung im April 1956 Folgendes erklärt: „Ein soziales System, das den veränderten Bedingungen unserer modernen Wirtschaft und Technik entspricht, ist eine der Voraussetzungen dafür, dass die gesamte Bevölkerung den bestehenden, demokratischen und sozialen Bundesstaat mit seiner Wirtschaftsordnung in einem tieferen Sinne als verteidigungswert anerkennt“ (Konrad Adenauer, Erhaltung und Förderung der sozialen Sicherheit und Freiheit, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr.78/1956 vom 25. April 1956, S.723).

Nach der Verabschiedung der Rentenreform erläuterte Bundeskanzler Adenauer bei einer Rede in der Sendereihe „Politik aus erster Hand“ des Bayerischen Rundfunks noch folgende Aspekte: „Es ist ein Gesetz, das sich fundamental von der bisherigen Ordnung der Sozialrenten, die für Arbeiter 1889 und für Angestellte 1911 eingeführt worden war, unterscheidet... Das neue Gesetz berücksichtigt die Tatsache, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik unlösbar miteinander verbunden sein müssen. So wie eine gute Wirtschaftspolitik die Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik ist, so schafft umgekehrt eine sinnvolle Sozialpolitik wichtige Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entfaltung“ (Konrad Adenauer, Es gibt nur einen deutschen Staat. Der Bundeskanzler zum Brief Bulgariens – Wir sind keine Angreifer. Das Rentengesetz von der denkbar größten sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr.31/1957 vom 14. Februar 1957, S.265f., hier: S.265).

⁶²⁹Vgl.: Rainer Karlesch, Raymond G. Stokes, Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003, Abschnitt „Wirtschaftswunder“, europäische Integration und Liberalisierung der Märkte: Auf dem Weg zu einer modernen Mineralölwirtschaft 1956-1964, S.303-321. Ergänzend anzumerken ist, dass zu den Gründungsstaaten der EGKS 1952 sowie der EWG und EUROATOM 1957/58 Frankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande, die Bundesrepublik Deutschland und Italien gehörten.

⁶³⁰Vgl.: Werner Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/Main 1983, S.95f.

Vor diesem Hintergrund wurde die Mobilisierung einfach und höher qualifizierter Arbeitskräfte in der Bundesrepublik zu einer zentralen Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und der Fortführung des von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard in einer Buchveröffentlichung 1957 propagierten Wohlstandes für alle.⁶³¹ Zur Mobilisierung einfach qualifizierter Arbeitskräfte war aufgrund der ab Mitte der 1950er Jahre bestehenden Vollbeschäftigung schon 1955 ein erstes Abkommen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte mit Italien geschlossen worden, dem 1960 Abkommen mit Griechenland und Spanien sowie nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 weitere Abkommen mit der Türkei 1961, mit Marokko 1963, mit Portugal 1964, mit Tunesien 1965 und mit Jugoslawien 1968 folgten.⁶³² Im Oktober 1964 umfasste die von der Bundesregierung als wichtig eingeschätzte Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte bereits eine Million Personen,⁶³³ doch waren die ausländischen Arbeitnehmer 1966 zu 90 % als Arbeiter und zu 72 % nur als an- oder ungelernete Arbeiter beschäftigt,⁶³⁴ was zu einer Ausdifferenzierung der Beschäftigtenstruktur und einem sozialen Mobilitätsschub mit zusätzlichen Qualifikationsanforderungen bei der einheimischen Bevölkerung führte. „In den 60er Jahren bildete sich also in den Gastarbeitern ein Subproletariat vorwiegend schlecht qualifizierter Hilfsarbeiter heraus, das fehlende deutsche Arbeitskräfte in den unteren Bereichen der Arbeitsplatzhierarchie ersetzte, zum anderen aber die Voraussetzungen für einen massiven sozialen Mobilitätsschub der deutschen Arbeitnehmer schuf.“⁶³⁵

Abgesehen von dem mit der Beschäftigung einfach qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer verbundenen sozialen Mobilitätsschub deutscher Arbeitnehmer erforderte die Herausbildung höher qualifizierte Arbeitskräfte nach dem Mauerbau auch eine umfassende Bildungs- und Qualifizierungsoffensive. Am vehementesten wurde dieser Gedanke 1964 von Georg Picht (1913-1982) in einer Buchveröffentlichung zur deutschen Bildungskatastrophe formuliert, in der er die im internationalen Vergleich zu niedrigen Bildungsausgaben, die zu geringe Abiturentenquote und die zu großen Bildungsunterschiede zwischen Stadt und Land in der Bundesrepublik Deutschland kritisierte und eine grundlegende Reform des dreigliedrigen Schulsystems und der Erwachsenenbildung forderte, weil ansonsten wesentliche Nachteile im internationalen Wettbewerb für die Wirtschaft zu befürchten seien.⁶³⁶ Ähnlich äußerte sich im Februar 1964 auch Kultusminister Maunz in der Haushaltsrede vor dem bayerischen Landtag, als er darauf hinwies, dass nach einer 1963 durchgeführten Umfrage immerhin 50,7 Prozent der Erziehungsberechtigten für den Besuch der Mittelschule votiert hätten.⁶³⁷ Daneben bezeichnete er die Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich als Triebfedern, um

⁶³¹Vgl.: Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957.

⁶³²Vgl.: Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S.206-208.

⁶³³Vgl.: Ebd. S..210: „Anlässlich der Beschäftigung des einmillionsten Gastarbeiters im Herbst 1964 schrieb Arbeitsminister Blank: ‚Diese Million Menschen auf deutschen Arbeitsplätzen trägt mit dazu bei, dass unsere Produktion weiterwächst, unsere Preise stabil und unsere Geltung auf dem Weltmarkt erhalten bleibt.‘“

⁶³⁴Vgl.: Ebd., S.213.

⁶³⁵Ebd., S.214. Siehe auch ebd., S.213: „Insgesamt stiegen nach den Berechnungen des Soziologen Friedrich Heckmann zwischen 1960 und 1970 etwa 2,3 Millionen Deutsche von Arbeiter- zu Angestelltenpositionen auf.“

⁶³⁶Vgl.: Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analysen und Dokumentationen, Freiburg/Breisgau 1964.

⁶³⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.748.

die Durchlässigkeit des Bildungswesens auszubauen. So müssten nach englischem und französischem Vorbild künftig noch mehr Übergangsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Schularten ermöglicht und der zweite Bildungsweg ausgebaut werden.⁶³⁸

An der Umsetzung konnte sich der seit 1952 als Professor für Öffentliches Recht an der Universität München tätige und seit 1957 als Kultusminister amtierende Theodor Maunz/CSU nicht mehr beteiligen, weil er nach Bekanntwerden seiner Verwaltungs- und Staatsrechtskommentare - die er einst nach Beitritt zur NSDAP und zur SA 1933 sowie der Ernennung zum außerordentlichen Professor an der Universität Freiburg 1934 in deutlicher Abgrenzung zu den in der Weimarer Republik und in einem Rechtsstaat geltenden Prinzipien immer im Sinne des damals von den Nationalsozialisten eingeführten Führerprinzips und Führerwillens verfasst hatte - unter massiven politischen Druck geriet und am 10. Juli 1964 als Kultusminister zurücktrat.⁶³⁹ Sein Nachfolger als Kultusminister wurde am 7. Oktober 1964 Ludwig Huber (1928-2003, CSU),⁶⁴⁰ der sich fortan mit der Umsetzung des von der Kultusministerkonferenz vorbereiteten und am 25. Oktober 1964 von der Ministerpräsidentenkonferenz unterzeichneten **Hamburger Abkommens zur Vereinheitlichung des Schulwesens** auseinandersetzen musste.⁶⁴¹

Gemäß dem auf einheitliche Begriffe und Organisationsformen im Schulwesen abzielenden Hamburger Abkommen sollten die seit 1919 für alle Schüler/innen verbindlichen Unterstufen der Volksschulen (1. bis 4. Klasse) künftig als **Grundschulen**, die Oberstufen der Volksschulen (5. bis 8/9. Klasse) als **Hauptschulen**, verbindliche gemeinsame 5. und 6. Schuljahre als **Förder- oder Beobachtungsstufen**, die Hilfsschulen für körperlich, geistig, lern- und seelisch behinderte Kinder als **Sonderschulen**, alle Mittelschulen als **Realschulen**, Schulen für Berufstätige in Abendkursen mit dem Ziel des Realschulabschlusses als **Abendrealschulen**, alle zur allgemeinen Hochschulreife führenden Schulen als **Gymnasien** mit Kennzeichnung des Schultyps und gegebenenfalls Führung eines gesonderten Namens, Schulen für Berufstätige in Abendkursen mit dem Ziel der allgemeinen Hochschulreife als **Abendgymnasien** und Institute zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife als **Kolleg** bezeichnet werden.

⁶³⁸Vgl.: Ebd., S.749.

⁶³⁹Vgl. den Artikel Theodor Maunz, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.07.2020. Trotz Bekanntwerden seiner in der NS-Zeit vertretenen Rechtsauffassungen und seines Rücktritts als Kultusminister blieb Theodor Maunz (1901-1993) bis zu seiner Emeritierung 1969 Professor für Öffentliches Recht an der Universität München. In dieser Eigenschaft gab er zusammen mit Günter Dürig (1920-1996), der 1956 an der Universität Tübingen zum Professor für Öffentliches Recht berufen worden war, seit 1958 in Form einer mehrbändigen Loseblattsammlung einen der führenden Kommentare zum Grundgesetz heraus. Günter Dürig entwickelte dabei eine Grundrechtsdogmatik, die von Art.1 Abs.1 GG („Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist oberste Aufgabe aller staatlichen Gewalt“) ausgeht und diesen Absatz nicht als normales Grundrecht, sondern als verbindlichen Maßstab und oberstes Konstitutionsprinzip (Leitnorm) für alle Staatsaufgaben, das gesamte Staatshandeln und den Staatszweck versteht. Siehe dazu den Artikel Günter Dürig, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.08.2020.

⁶⁴⁰**Ludwig Huber** (1920-2003) war von 1946 bis 1959 Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der Jungen Union, ab 1959 Landtagsabgeordneter der CSU, von März 1962 bis Dezember 1972 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion und von Oktober 1964 bis Dezember 1970 zugleich bayerischer Kultusminister. Vgl. den Artikel Ludwig Huber, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.08.2020.

⁶⁴¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.751f.: „Große Auswirkungen auf die Bildungspolitik in Bayern hatte das ‚Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens‘, das am 25. Oktober 1964 auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Hamburg unterzeichnet worden war.“

Außerdem sollten die Klassen aller Schularten ausgehend vom 1. Grundschuljahr fortlaufend bis zum 13. Schuljahr durchnummeriert werden,⁶⁴² womit die bisherige Trennung der Nummerierung zwischen Volksschulen und weiterführenden Schulen entfiel.

Bei den Organisationsformen sollten nach dem Hamburger Abkommen

- die **Hauptschulen** an die Grundschulen anschließen, ab der 5. Klasse eine Fremdsprache (in der Regel Englisch) vermitteln und mit der 9. Klasse enden, wobei allerdings auch eine 10. Klasse zulässig war;
- die **Realschulen** entweder in **Normalform** (sechsjährig nach der 4. Klasse Grundschule oder vierjährig nach der 6. Klasse Hauptschule bzw. einer gemeinsamen Förder- oder Beobachtungsstufe) oder in **Aufbauform** (dreijährig nach der 7. Klasse Hauptschule) eingerichtet werden, eine Fremdsprache (in der Regel Englisch) als Pflichtfach vermitteln, eine zweite Fremdsprache als Wahlfach anbieten und nach der 10. Klasse enden;
- die **Gymnasien** entweder in **Normalform** (neunjährig nach der 4. Klasse bzw. siebenjährig nach der 6. Klasse einer gemeinsamen Förder- oder Beobachtungsstufe) oder in **Aufbauform** eingerichtet werden. In der Aufbauform sollten die Gymnasien für Schüler/innen der Hauptschule spätestens nach der 7. Klasse beginnen, wenn Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache nicht vorausgesetzt wurden. Für Realschüler/innen sollten die Gymnasien in Aufbauform nach der 10. Klasse und damit dem Realschulabschluss beginnen. Ab der 11. Klasse sollten alle Gymnasien in Schultypen gegliedert werden. Der **Fremdsprachenunterricht an Gymnasien** sollte ab der 5. Klasse in der Regel mit Englisch oder Latein als erste Fremdsprache beginnen und ab der 7. Klasse entweder mit Latein, Französisch oder Englisch als zweite Fremdsprache fortgesetzt werden. War Latein die erste Fremdsprache, musste Englisch als zweite Fremdsprache folgen. Ab der 9. Klasse konnte an Gymnasien eine dritte Fremdsprache angeboten werden, wobei Schüler/innen, die ein Reifezeugnis des altsprachlichen Schultyps anstrebten, Altgriechisch nehmen mussten, wozu allerdings Latein als erste oder zweite Fremdsprache vorausgesetzt wurde. Im Übrigen sollte der **Übertritt an eine Realschule oder an ein Gymnasium** nur nach einer bestandenen Aufnahmeprüfung möglich sein.⁶⁴³

Zugleich führte das Hamburger Abkommen zu einer **Änderung der Schulfriendedauer**, die Reichserziehungsminister Rust mit Erlass vom 28. Januar 1935 und damals durchaus im Einklang mit der bayerischen Ferienordnung aus dem Jahr 1922 für alle Schultypen reichseinheitlich auf 85 Kalendertage im Jahr einschließlich der Sonn- und Feiertage festgelegt hatte. Durch einen 1960 gefassten Beschluss der Kultusministerkonferenz war diese Regelung dahingehend modifiziert worden, dass die Feiertage Neujahr, Karfreitag, Oster- und Pfingstmontag, erster und zweiter Weihnachtsfeiertag bei der jährlichen Feriengesamtdauer von 85 Kalendertagen nicht mehr eingerechnet wurden und außerdem die Woche nach Pfingsten für Tagungen der Lehrer/innen-Organisationen unterrichtsfrei zu halten war. Mit dem Hamburger Abkommen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 25. Oktober 1964 wurde die Feriengesamtdauer auf **75 Werktagen im Jahr** festgelegt, wobei zusammenhängende Ferienabschnitte in der Oster- und Weihnachtszeit und die Sommerferien gestaffelt nach Bundesländern in der Zeit zwischen dem 1. Juli und dem 10. September liegen sollten.⁶⁴⁴ Hatte bereits die

⁶⁴²Vgl.: Ebd., S.752.

⁶⁴³Vgl.: Ebd., S.753.

⁶⁴⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter

Nichtberücksichtigung von sechs Feiertagen und das Unterrichtsfreihalten von vier Tagen nach Pfingsten für Tagungen der Lehrer/innen-Organisationen ab 1960 zu einer faktischen Verlängerung der Feriendauer von 85 auf 95 Kalendertage und damit von 12,14 auf 13,5 Kalenderwochen geführt, so führte die Umstellung auf 75 Werktage zusammen mit dem Unterrichtsfreihalten von vier Tagen für Tagungen der Lehrer/innen-Organisationen ab 1964 zu einer faktischen Verlängerung der Feriendauer auf 79 Werktage und damit bei einer Sechs-Tage-Woche auf 13,6 Kalenderwochen und bei einer Fünf-Tage-Woche auf 15,8 Kalenderwochen. Dies galt allerdings nur für Schülerinnen und Schüler, aber nicht unbedingt für Lehrerinnen und Lehrer, weil diesen offiziell lediglich 30 Urlaubstage zustanden und der Rest unterrichtsfreie Zeit war, in der zum Teil andere dienstliche oder außerdienstliche Aufgaben wie liegengebliebene Korrekturen oder Teilnahmen an Verbandstagungen und Fortbildungen zu erledigen waren.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Hamburger Abkommens durch die Ministerpräsidentenkonferenz war nicht mehr zu übersehen, dass in der Bundesrepublik seit Mitte der fünfziger Jahre mit der Vollbeschäftigung, den Reallohnsteigerungen, der Rentenreform, dem Beginn des Erdölzeitalters, den Konsumwellen bei Eigenheimen, Kraftfahrzeugen und Reisen, einem vierwöchigen gesetzlichen Urlaubsanspruch für Beschäftigte durch das Bundesurlaubsgesetz vom Januar 1963, der Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 48 auf 45/40 Stunden und der erweiterten Schulferienregelung ein **Epochenwechsel** stattgefunden hatte.⁶⁴⁵ Nach dem seit 1950 staatlich geförderten umfassenden Wohnungsbau gehörten zu dem Epochenwechsel auch die 1965 erfolgte Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und des Mietensstopps sowie das Wohngeldgesetz, das durch staatliche Zuschüsse für einkommensschwache Personen soziale Härten bei Mietsteigerungen abfedern sollte.⁶⁴⁶

Außerdem war es zu einem Wechsel im Bundeskanzleramt gekommen, nachdem CDU und CSU bei der Bundestagswahl 1961 ihre 1957 erzielte absolute Mehrheit verloren hatten, bei den Koalitionsverhandlungen auf Drängen der FDP die Amtszeit von Bundeskanzler Adenauer auf zwei Jahre beschränkt und nach dessen Rücktritt - wie 1961 von der FDP gefordert – Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard am 18. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt worden war.⁶⁴⁷ Nach der Bundestagswahl vom 19. September 1965, bei der die Union mit einem Stimmenanteil von 47,6 % die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt und erneut eine Koalition mit der FDP gebildet hatte, erklärte Bundeskanzler Erhard in der Regierungserklärung am 10. November 1965 die

Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.240f. Die für Tagungen von Lehrer/innen-Organisationen freizuhaltende Woche nach Pfingsten wurde durch einen am 18. Januar 1969 gefassten Beschluss der Kultusministerkonferenz in die Woche nach Ostern verlegt.

⁶⁴⁵Vgl.: Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963. Mi einem einleitenden Essay von Johannes Groß (= Geschichte der Bundesrepublik in fünf Bänden, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Johannes C. Fest und Eberhard Jäckel, Band 3), Stuttgart, Wiesbaden 1983.

⁶⁴⁶Vgl. den Artikel Wohnraumbewirtschaftungsgesetz, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 29.06.2020.

⁶⁴⁷Vgl.: Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963. Mi einem einleitenden Essay von Johannes Groß (= Geschichte der Bundesrepublik in fünf Bänden, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Johannes C. Fest und Eberhard Jäckel, Band 3), Stuttgart, Wiesbaden 1983, S.225-239.

Nachkriegszeit offiziell für beendet.⁶⁴⁸ Zugleich kündigte er an, dass der soziale Wohnungsbau als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet fortgesetzt und die Bildung von Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung ihren Vorrang behalten werde.⁶⁴⁹ Bildungspolitisch fügte er hinzu, dass die Bundesregierung ihren Teil dazu beitragen werde, dass alle bildungswilligen und bildungsfähigen jungen Menschen unabhängig von wirtschaftlichen Voraussetzungen die Ausbildung erhalten, die ihrer Begabung und Neigung entspricht.⁶⁵⁰

Insgesamt war die bildungspolitische Diskussion damals nicht nur durch das 1964 von Georg Picht veröffentlichte und mit der Forderung nach einer Erhöhung der Abiturienten- und Studierendenquote verbundene Buch zur Bildungskatastrophe geprägt, sondern auch durch das 1965 von Ralf Dahrendorf (1929-2009) mit der plakativen Feststellung Bildung ist Bürgerrecht als Buch herausgegebene Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik zur Herstellung von mehr Chancengleichheit sowie gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe angereichert worden.⁶⁵¹ Daneben hatten der Bund und die Bundesländer schon 1965 einen **Deutschen Bildungsrat zur Bildungsplanung** gegründet, der sich aus einer mit Wissenschaftlern und Bildungsfachleuten besetzten Bildungskommission und einer mit politischen Vertretern des Bundes und der Länder besetzten Regierungskommission zusammensetzte und 1966 die Arbeit aufnahm.⁶⁵²

Zusammen mit einem seit 1957 in der Bundesrepublik zu verzeichnenden Anstieg der Lebendgeborenen („Baby-Boom“),⁶⁵³ der absehbar mit einem bis in die 1980er Jahre

⁶⁴⁸Vgl.: Der Auftrag an Regierung und Parlament. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr.179/1965 vom 11.11.1965, S.1427-1449, hier: S.1427: „Die Nachkriegszeit ist zu Ende.“

⁶⁴⁹Vgl.: Ebd., S.1444.

⁶⁵⁰Vgl.: Ebd., S.1443.

⁶⁵¹Vgl.: Ralf Dahrendorf, Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, München, Zürich 1965. Bei seinem Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik identifizierte Ralf Dahrendorf durch empirische Daten vier soziologische Gruppen, die in der Bundesrepublik schlechte Chancen auf höhere Bildung hatten: Mädchen, Kinder in ländlichen Regionen, Kinder aus katholischen Haushalten und Arbeiterkinder. Siehe auch den Artikel Ralf Dahrendorf, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 15.12.2020. Ralf Dahrendorf war nach einem in der Nachkriegszeit begonnenen Studium der Philosophie und Klassischen Philologie an der Universität Hamburg, einer anschließenden Promotion durch die Universität Hamburg zum Dr. phil. 1952, einer weiteren Promotion durch die London School of Economics 1956 und einer Habilitation an der Universität Saarbrücken 1957 von 1958 bis 1960 Professor für Soziologie an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, danach an der Universität Tübingen sowie an der 1966 gegründeten Universität Konstanz und von 1966 bis 1968 auch Mitglied der Bildungskommission des 1965 von Bund und Ländern gegründeten Deutschen Bildungsrates. Politisch schloss er sich nach 1945 zunächst der SPD an, wechselte 1967 zur FDP und galt in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre als deren Vordenker. Außerdem war Ralf Dahrendorf in den Jahren 1968/69 für die FDP Mitglied des baden-württembergischen Landtages, in den Jahren 1969/70 Mitglied des Bundestages und zugleich parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium unter Leitung des FDP-Bundesvorsitzenden Walter Scheel (1919-2016).

Nach anschließenden Tätigkeiten für die nach dem Zusammenschluss der EGKS, der EWG und EUROATOM 1967 entstandene Europäische Gemeinschaft (EG), der 1973 auch Großbritannien, Irland und Dänemark beitraten, wandte sich Ralf Dahrendorf ab 1974 wieder dem Wissenschaftsbereich zu und war von 1974 bis 1984 Direktor der London School of Economics, von 1984 bis 1986 Professor an der Universität Konstanz, 1986/87 Professor an der Russell Sage Foundation in New York, von 1987 bis 1997 Rektor des St. Antony's College der Universität Oxford und von 1991 bis 1997 zugleich Pro-Vizekanzler der Universität Oxford.

⁶⁵²Vgl. den Artikel Deutscher Bildungsrat, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.12.2020.

⁶⁵³Vgl. zu den Lebendgeborenen: Statisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1966, S.54 und 1976, S.67. Im Einzelnen waren in der Bundesrepublik (mit West-Berlin und ab 1957 mit Saarland) 1957 = 897.995, 1958 = 907.475, 1959 =

hineinreichenden „Schülerberg“ verbunden war, führte die mit der Umsetzung des Hamburger Abkommens zur Vereinheitlichung des Schulwesens sowie den Gedanken der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Herstellung von Chancengleichheit, gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe verknüpfte Bildungs- und Qualifizierungsoffensive ab Mitte der 1960er Jahre zu einer gewaltigen Bildungsexpansion, von der auch die Schulen in Fürth nicht verschont blieben.

8. Schulen in Fürth von den Bildungsreformen ab Mitte der 1960er Jahre bis zur Deutschen Einheit 1990

In Fürth hatte Mitte der 1960er Jahre ein Wechsel an der Stadtspitze stattgefunden, da Oberbürgermeister Dr. Bornkessel (1892-1977, SPD) im Alter von 72 Jahren bei der direkten Oberbürgermeisterwahl am 8. März 1964 nicht mehr kandidierte und der bisherige Wirtschaftsreferent Kurt Scherzer (1920-2006, FDP) bei einer Wahlbeteiligung von 72,7 % mit einem Stimmenanteil von 51,7 % gegenüber einem Stimmenanteil von 48,3 % für den ebenfalls kandidierenden Bürgermeister Heinrich Stranka (1922-1983, SPD) zum Oberbürgermeister gewählt worden war.⁶⁵⁴ Anschließend wählte der Stadtrat Karl Hauptmannl (1918-1993, SPD) zum Referenten für Schule, Kultur und Sport,⁶⁵⁵ der im August 1964 seinen Dienst antrat und sich fortan vor Ort um die Umsetzung des Hamburger Abkommens und um die Bewältigung des durch den „Baby-Boom“ in Fürth ebenfalls zu erwartenden „Schülerbergs“ kümmern musste.⁶⁵⁶

951.949, 1960 = 968.629, 1961 = 1.012.687, 1962 = 1.018.552, 1963 = 1.057.123, 1964 = 1.065.437, 1965 = 1.049.799, 1966 = 1.050.945, 1967 = 1.019.458, 1968 = 969.825, 1969 = 903.456, 1970 = 819.808, 1971 = 798.578, 1972 = 701.218, 1973 = 635.633 und 1974 = 626.973 Lebendgeborene zu verzeichnen.

⁶⁵⁴Während seiner 1946 durch Ernennung begonnenen und nach der ersten Kommunalwahl durch Stadtratsbestätigung weitergeführten Amtszeit war Dr. Bornkessel/SPD bei der ersten direkten Oberbürgermeisterwahl 1952 und einer Wahlbeteiligung von 69,7 % mit einem Stimmenanteil von 52,3 % (Dr. Eckstein/CSU 39,8 % und Dr. Stritzke/BHE 7,9 %) und bei der zweiten direkten Oberbürgermeisterwahl 1958 als einziger Kandidat bei einer Wahlbeteiligung von 40,1 % mit einem Stimmenanteil von 98,2 % wiedergewählt worden. Vgl. zu den Wahlergebnissen: Stadt Fürth, Wirtschafts- und Umweltreferat, Statistisches Amt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1988, Fürth 1993, S.193.

Kurt Scherzer war 1920 in Fürth geboren worden und hatte sein Abitur 1940 am örtlichen Gymnasium an der Königstraße abgelegt, das damals durch die im März 1937 von Reichserziehungsminister Rust erlassene Neuregelung des höheren Bildungswesens zum Schuljahr 1938//39 in eine Deutsche Oberschule umgewandelt und zum Schuljahr 1940/41 wieder in ein als Nebenform der Oberschulen zulässiges humanistisches Gymnasium zurückverwandelt worden war. Nach anschließender Kriegsteilnahme und Kriegsgefangenschaft sowie einem Jura- und Volkswirtschaftsstudium an den Universitäten Erlangen und München hatte Kurt Scherzer 1950 seinen Dienst bei der Stadt Fürth aufgenommen, wo er 1952 Stadtrechtsrat und 1953 Wirtschaftsreferent geworden war. Vgl. den Artikel Kurt Scherzer, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 31.08.2020.

⁶⁵⁵**Karl Hauptmannl** hatte als Sudetendeutscher 1938 seine erste Lehramtsprüfung an der Lehrerbildungsanstalt in Prag abgelegt, war 1939 zum Kriegsdienst bei der Wehrmacht eingezogen worden und nach dem Krieg als Lehrer zunächst im Landkreis Rothenburg ob der Tauber und später in der damals noch zum Landkreis Fürth gehörenden Gemeinde Stadeln tätig gewesen. Von 1954 bis 1970 war er außerdem bayerischer Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie von 1968 bis 1979 einer von elf Gewerkschaftsvertretern in Bayerischen Senat und dort im Ausschuss für Kulturpolitik tätig. Vgl. den Artikel Karl Hauptmannl, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 27.04.2020.

⁶⁵⁶In Fürth verlief die Geburtenentwicklung ähnlich wie in der Bundesrepublik. Hatte es in der Stadt bei einer Gesamtbevölkerung von rund bzw. knapp 100.000 Einwohner/innen von 1950 bis 1955 jährlich zwischen 1.102 (1951) und 1.170 (1955) Lebendgeborene gegeben, waren 1956 = 1.221, 1957 =

Zur Unterbringung der am **humanistischen Gymnasium** an der Königsstraße seit der Einführung eines neusprachlichen Zweiges zum Schuljahr 1962/63 wieder steigenden Neuanmeldungen und Schüler/innenzahlen entstanden auf der 1954 freigeräumten Grundfläche der am Nachmittag des 18. April 1945 nach einem Artilleriebeschuss völlig ausgebrannten Turnhalle 1964 zwei Schulpavillons mit zwei Klassenräumen und zwei kleinen Elternsprechzimmern.⁶⁵⁷ Gleichzeitig zog die im Juni 1945 eingerichtete und in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit ihren Tages- und Abendkursen im Schneidern, Nähen, Kochen, Waschen, Weben und Servieren besonders wichtige **Bildungsstätte für Frauen** nach der Einweihung des Neubaus der kaufmännischen Berufsschule an der Theaterstraße/Hirschenstraße 1964 vom Gebäude Pfisterstraße 48 in renovierte Räume des Gebäudes Mathildenstraße 7,⁶⁵⁸ das 1863 für die damalige Lateinschule errichtet und 1915 den in der Stadt Fürth seit 1914 verbindlich eingeführten Berufsbildungsschulen als eigenständiges Gebäude überlassen worden war. Nach der im September 1963 erfolgten räumlichen Trennung der Handelsschule vom Mädchenrealgymnasium beschloss der städtische Schulausschuss im Oktober 1964 auch die **organisatorische Trennung** der beiden Schulen, die am 1. April 1965 durch eine **eigene Schulleitung für die Handelsschule** vollzogen wurde.⁶⁵⁹

Auf übergeordneter Ebene wurde in Bayern ab Mitte 1965 zur Umsetzung des Hamburger Abkommens der erforderliche rechtliche Rahmen in Form von Gesetzen, kulturministeriellen Bekanntmachungen, Richtlinien und Verordnungen geschaffen, die mit der Anpassung an die Bedingungen des modernen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens begründet wurden.⁶⁶⁰ Die erste rechtliche Regelung war dabei die **Bekanntmachung über die Schulreform des höheren Schulwesens in Bayern vom 15. Juni 1965**, die zur Neubezeichnung aller höheren Schulen als Gymnasien führte und insgesamt sechs gymnasiale Schultypen umfasste: Neben dem bisherigen Humanistischen Gymnasium, das Neusprachliche Gymnasium anstelle des Realgymnasiums, das Mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium anstelle der Oberrealschule, das Musische Gymnasium anstelle der Deutschen Oberschule, das Wirtschaftsgymnasium anstelle der Wirtschaftsoberrealschule und das Sozialwissenschaftliche Gymnasium für Mädchen. Außerdem kam es an Gymnasien zur **Einführung eines zusätzlichen freiwilligen Ergänzungsunterrichts** in Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache, falls bei Schüler/innen Übergangsprobleme vom Volksschulunterricht zum Gymnasialunterricht bestanden.⁶⁶¹ Im Jahr 1967 wurde an Gymnasien noch die **Möglichkeit einer Nachprüfung** eingeführt, falls Schüler/innen das Klassenziel nicht erreicht hatten.⁶⁶²

1.270, 1958 = 1.273, 1959 = 1.315, 1960 = 1.419, 1961 = 1.401, 1962 = 1.517, 1963 = 1.472, 1964 = 1.499, 1965 = 1.344, 1966 = 1.369, 1967 = 1.370, 1968 = 1.201, 1969 = 1.125, 1970 = 951, 1971 = 934, 1972 = 950, 1973 = 876 und 1974 = 898 Lebendgeborene zu verzeichnen. Der einzige Unterschied zur Entwicklung in der Bundesrepublik war, dass der „Baby-Boom“ in Fürth zwei Jahre früher (1956) einsetzte und ein Jahr früher (1969) auslief.

⁶⁵⁷Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.40.

⁶⁵⁸Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.38.

⁶⁵⁹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.37.

⁶⁶⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.750.

⁶⁶¹Vgl.: Ebd., S.772.

⁶⁶²Vgl.: Ebd., S.774.

Im Mittelschulbereich wurde mit **Verordnung vom 30. Juni 1965** die bisherige Bezeichnung Mittelschule durch die **Bezeichnung Realschule** ersetzt. Zugleich begann eine **intensive Bildungswerbung**, bei der Kultusminister Huber unter dem Titel „Aus meinem Kind soll etwas werden“ insgesamt 600.000 Broschüren drucken und in Umlauf bringen ließ.⁶⁶³ Außerdem wurde das Bildungsangebot an Realschulen 1965 umstrukturiert, indem die Wahlpflichtfachgruppe III mehr auf die Berufe im sozialen, musischen und handwerklichen Bereich ausgerichtet, die Sprachfertigkeiten in Englisch durch die Einrichtung von Sprachlaboren verbessert und durch einen Sprachfertigkeitsschein im Abschlusszeugnis akzentuiert wurden. Parallel wurde an Realschulen das Schulfernsehen in den Unterricht einbezogen und das Stundenangebot durch mehr Wirtschaftskunde und mehr naturwissenschaftlichen Unterricht für Mädchen ergänzt.⁶⁶⁴

Mit dem vom Landtag am 25. Juni 1965 verabschiedeten und am 1. Januar 1966 in Kraft tretenden **Gesetz über die Errichtung und den Betrieb von Sonderschulen** - dessen Entwurf die seit der Landtagswahl vom 25. November 1962 mit einem Stimmenanteil von 47,5 % und 108 Sitzen erstmals seit 1946 wieder über eine absolute Mehrheit verfügende Landtagsfraktion der CSU bereits 1963 eingebracht hatte - und der **Ausführungsverordnung des Kultusministeriums vom 24. August 1965** wurde die bisherige Bezeichnung Hilfsschulen in die **Bezeichnung Sonderschulen** geändert.⁶⁶⁵ Daneben wurden die bisher an die Volksschulen gebundenen Hilfsschulen für lernbehinderte Kinder organisatorisch von diesen getrennt und als Sondervolksschulen mit eigenen Schulleitungen versehen sowie für alle an intellektuellen, physischen und psychischen Beeinträchtigungen leidenden Kinder und Jugendlichen ein eigenständiges Sonderschulsystem geschaffen. In dieses Sonderschulsystem wurden erstmals auch Kinder mit geistigen Behinderungen einbezogen, da das Reichsschulpflichtgesetz von 1938 nur taube, blinde, krüppelhafte oder lernschwache Kinder entweder zum Besuch von Hilfsschulen für lernschwache Kinder oder zum Besuch von Anstaltschulen für taube, blinde und krüppelhafte Kinder verpflichtet hatte und diese Regelung aus der NS-Zeit unverändert in das Bayerische Schulpflichtgesetz von 1952 übernommen worden war,⁶⁶⁶ obwohl der Ausschluss geistig behinderter Kinder von der Schulpflicht spätestens seit 1949 im Prinzip verfassungswidrig war, weil er der in Art. 1 GG als oberste Staatsaufgabe festgelegten Achtung der Menschenwürde und dem in Art. 3 GG festgelegten Gleichheitsgrundsatz widersprochen hatte.

In Fürth war das Schulwesen schon vor der Verabschiedung und Veröffentlichung der in Bayern geltenden Neuregelungen in den Strudel der Umsetzung des Hamburger

⁶⁶³Vgl.: Ebd., S.769.

⁶⁶⁴Vgl.: Ebd., S.769f. Siehe auch den Artikel Schulfernsehen, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 31.08.2020. **Schulfernsehen** hatte der Bayerische Rundfunk als erster Fernsehsender in der Bundesrepublik im Herbst 1964 und damit noch zu Zeiten des Schwarz-Weiß-Fernsehens eingeführt. Nach der Einführung des Farbfernsehens im August 1967 bei der Funkausstellung in West-Berlin wurde Schulfernsehen ab 1969 auch vom Westdeutschen Rundfunk und bis 1972 schließlich von allen Ländersendern der ARD ausgestrahlt.

⁶⁶⁵Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.767-769 und S.915: Im Schuljahr 1964/65 gab es in Bayern insgesamt 93 Schulen für Lernbehinderte, die als „Hilfsschulen“ bezeichnet und von 12.625 schulpflichtigen Kindern besucht wurden. Hinzu kamen 4.620 Schüler/innen in Anstaltshilfsschulen sowie in Anstaltsschulen von Kinderheilstätten, Blinden- und Taubstummenanstalten, für Erziehungsschwierige und Körperbehinderte.

⁶⁶⁶Vgl.: Ebd., S.916f.

Abkommens und der damit verknüpften Bildungs- und Qualifizierungsoffensive zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Herstellung von mehr Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten geraten, als der Stadtrat aufgrund der nach 1945 in der Bevölkerung gestiegenen Bildungswünsche und der mit der wirtschaftlichen Entwicklung zunehmenden Qualifikationsanforderungen am 8. April 1965 beschloss, beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus die **Errichtung einer staatlichen Realschule** zu beantragen. Parallel wurde die 1963 räumlich und bis 1. April 1965 auch organisatorisch vom Mädchenrealgymnasium am Tannenplatz getrennte, in den Schulgebäuden Helmplatz 4 und 6 untergebrachte und mit einer eigenen Schulleitung versehene städtische Handelsschule durch die Einführung eines Realschulzweiges im September 1965 zu einer **städtischen Real- und Handelsschule** erweitert.⁶⁶⁷ Bereits ein Jahr später nahm die im April 1965 beantragte staatliche Realschule in Fürth am 6. September 1966 mit einem mathematisch-naturwissenschaftlichen, einem kaufmännischen und einem sozialem Zweig sowie 150 Schüler/innen (davon 121 in der 7. Jahrgangsstufe und 29 in der 8. Jahrgangsstufe sowie 74 aus der Stadt und 76 aus dem Landkreis Fürth) den Unterricht auf und war zunächst verteilt auf Räume in den Schulgebäuden Schwabacher Straße, Kiderlinstraße und Kirchenplatz, der Schulbaracke Ecke Schwabacher Straße/Jahnstraße und in Burgfarnbach untergebracht.⁶⁶⁸

Mit der Einführung einer städtischen Realschule 1965 und einer staatlichen Realschule 1966 wurden die zu Schuljahresbeginn 1956/57 eingeführten Aufbauklassen an Volksschulen, die bislang nach einer insgesamt zehnjährigen Schuldauer einen dem Mittelschulabschluss entsprechenden Abschluss ermöglicht hatten und von 1.785 Schüler/innen besucht worden waren, Ende des Schuljahres 1967/68 aufgelöst.⁶⁶⁹ Im Bereich der Erwachsenenbildung hatte die **Volkshochschule** Fürth schon 1965 **Kurse zum Nachholen der Mittleren Reife** eingeführt und war mit der Geschäftsstelle von dem seit ihrer Gründung als Volksbildungswerk 1946 und Umbenennung zur Volkshochschule 1948 genutzten Turmzimmer im Rathaus in renovierte Räume im Erdgeschoss des Berolzheimerianums umgezogen.⁶⁷⁰

Durch Ministerialentschließung vom 9. Juni 1965 erhielt das **Mädchenrealgymnasium** am Tannenplatz im Rahmen der Umsetzung des Hamburger Abkommens zu Schuljahresbeginn 1965/66 neben dem bisherigen neusprachlichen Zweig auch einen **sozialwissenschaftlichen Zweig** mit zwei Pflichtfremdsprachen, der vom Kultusministerium als neuer gymnasialer Schultyp für Mädchen propagiert wurde,⁶⁷¹ obwohl er im Bereich der höheren Mädchenbildung eigentlich nicht neu war, weil schon die bayerische Schulordnung von 1911 an den höheren Mädchenschulen mit sechsjähriger Schuldauer für die letzten zwei Schuljahre oder das letzte Schuljahr eine Frauenschule vorgesehen hatte, die die Schülerinnen auf die späteren kulturellen und sozialen Aufgaben der Frau vorbereiten sollte, und die Mädchen damals mit einer weiteren Ausbil-

⁶⁶⁷Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.19f.

⁶⁶⁸Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.2 und Fotos auf S.25.

⁶⁶⁹Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.35.

⁶⁷⁰Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.12 und S.30.

⁶⁷¹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.37f.

derung entweder Erzieherinnen oder Elementarschullehrerinnen werden konnten. Alternativ konnten sie sich damals in Fürth nach drei Jahren höherer Mädchenschule durch einen Wechsel an die Handelsschule für Mädchen aber auch für kaufmännische oder administrative Tätigkeiten qualifizieren. Neu am gymnasialen sozialwissenschaftlichen Zweig war dagegen die zweite Pflichtfremdsprache, die anders als an den bis 1924 nur über eine Pflichtfremdsprache und keine qualifizierenden Abschlüsse (Absolutorien) verfügenden sechsjährigen höheren Mädchenschulen zum Erwerb des Abiturs erforderlich war.

Da die Firma Grundig der Stadt Fürth für alle Schulen ein Sprachlabor geschenkt und im Volksschulgebäude an der Maistraße untergebracht hatte, begann in Fürth als neue Form eines technisch unterstützten Unterrichts in modernen Fremdsprachen im Schuljahr 1965/66 die **Sprachlaborarbeit**, wozu ein Arbeitskreis aus Vertretern aller Schulen gebildet wurde, um ein Konzept zu erstellen.⁶⁷² Gleichzeitig wurden entsprechend den Vorgaben des Hamburger Abkommens in Bayern **ab dem Schuljahr 1965/66 die Jahrgangsstufen an allen Schulen ausgehend von der 1. Jahrgangsstufe der Volksschulen fortlaufend durchgezählt**, so dass es jetzt an Gymnasien nicht mehr die 1. bis 9. Klasse, sondern die 5. bis 13. Klasse, an Realschulen nicht mehr die 1. bis 4. Klasse, sondern die 7. bis 10. Klasse und an Handelsschulen nicht mehr die 1. bis 3. Klasse, sondern die 8. bis 10. Klasse gab.⁶⁷³

Zur Anpassung der Bezeichnungen der höheren Schulen an die Regelungen des Hamburger Abkommens erfolgte in Fürth am 14. April 1966 die **Umbenennung des Humanistischen Gymnasiums an der Königstraße in Heinrich-Schliemann-Gymnasium** mit humanistischem und neusprachlichem Zweig,⁶⁷⁴ danach die **Umbenennung**

⁶⁷²Vgl.: Ebd., S.38.

⁶⁷³Vgl.: Ebd., S.38. Siehe auch: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.20: „In der Handelsschule erhalten die Klassen H1 bis H3 die Bezeichnung H8 bis H10.“

⁶⁷⁴Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.40. Siehe auch den Artikel Heinrich Schliemann, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.03.2017. **Heinrich Schliemann** (1822-1890) war nach einem aus Geldmangel erzwungenen Abbruch des Gymnasiums, dem Besuch einer Realschule und dem aus gesundheitlichen Gründen erfolgten Abbruch einer Lehre als Handelsgehilfe ab 1841 durch das Erlernen von Fremdsprachen (Niederländisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch, Russisch) zunächst Korrespondent und Buchhalter in zwei niederländischen Handelshäusern geworden. Durch die Gründung eines eigenen Handelshauses in St. Petersburg 1847, der anschließenden Gründung einer Bank für Goldhandel während des Goldrausches in Kalifornien und Investitionen in amerikanische Eisenbahnprojekte 1850 bis 1852 sowie durch die Lieferung von Munitionsrohstoffen an die zaristische Armee während des Krim-Krieges 1853 bis 1856 wurde er dann ein erfolgreicher und reicher Kaufmann. Ab 1856 erlernte Heinrich Schliemann schließlich Latein und Altgriechisch, unternahm 1864 Studienreisen nach Asien und Mittelamerika und veröffentlichte 1865 ein Buch über China und Japan. Ab 1866 studierte er Sprachen, Literatur und Altertumskunde an der Sorbonne in Paris, unternahm 1868 seine erste Forschungsreise nach Griechenland und schrieb in Paris sein zweites Buch unter dem Titel Ithaka, der Peleponnes und Troja, das er zusammen mit seinem ersten Buch über China und Japan bei der Universität Rostock als Dissertation einreichte und zum Dr. phil. promoviert wurde. Danach ließ er von 1870 bis 1873 durch angestellte Arbeiter das alte Troja und von 1874 bis 1876 das alte Mykene freilegen, wodurch er zu einem Pionier der Feldarchäologie wurde. 1877 brachte er den in Troja gefundenen Schatz des Priamos zu einer Ausstellung nach London und veranlasste bis zu seinem Tod 1890 weitere Grabungen in Troja.

der Oberrealschule an der Kaiserstraße in Hardenberg-Gymnasium mit mathematisch-naturwissenschaftlichem und neusprachlichem Zweig⁶⁷⁵ und durch Stadtratsbeschluss vom 21. Dezember 1966 die **Umbenennung des Mädchenrealgymnasiums am Tannenplatz in Helene-Lange-Gymnasium** mit neusprachlichem und sozialwissenschaftlichem Zweig.⁶⁷⁶

Durch das **Inkrafttreten des Sonderschulgesetzes** am 1. Januar 1966, das zu einer Schulpflicht und Schulgeldfreiheit für geistig behinderte Kinder sowie zur Anerkennung schulvorbereitender Einrichtungen als Vorstufe der Beschulung führte, wurden die Bemühungen der Lebenshilfe Fürth - die 1961 von Eltern geistig behinderter Kinder gegründet worden war, im Mai 1963 bei der Wohnungsbaugenossenschaft Eigenes Heim einen Raum mit einer Fläche von 60 m² zur Kinderbetreuung bekommen hatte und danach in den von der AWO aufgelösten und ab 1965 für 21 geistig behinderte Kinder als Sonderschule genutzten Kindergarten in der Heilstättensiedlung gezogen war⁶⁷⁷ - auf eine neue rechtliche und fördertechnische Grundlage gestellt, da der Freistaat Bayern nun auch freien Trägern sämtliche Personal- und Sachkosten erstattete und außerdem Investitionskostenzuschüsse gewährte.⁶⁷⁸

Im Bereich der Volksschulen erfolgte in Fürth im Januar 1966 die **Einweihung des Erweiterungsbaus der Volksschule Pestalozzistraße**, den der Stadtrat zur Behebung eines durch Wohnungsbaumaßnahmen im Schulsprengel entstandenen Schulraum Mangels bereits am 7. Juni 1963 beschlossen hatte.⁶⁷⁹ Daneben begannen 1966 die Bauarbeiten für eine **Großturnhalle an der Volksschule Kiderlinstraße** und für einen durch den Bau zahlreicher Einfamilienhäuser erforderlich gewordenen **Anbau an die Volksschule in Unterfarnbach**, die bis 1967 fertiggestellt wurden.⁶⁸⁰

⁶⁷⁵Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.24. Siehe auch den Artikel Karl August von Hardenberg, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 06.11.2020. **Karl August von Hardenberg** (1750-1822) stammte aus einem kurhanoverschen Adelsgeschlecht und studierte von 1766 bis 1770 Rechtswissenschaften an den Universitäten Göttingen und Leipzig. Danach trat er in den Staatsdienst ein, und zwar von 1770 bis 1781 im Kurfürstentum Hannover und von 1781 bis 1790 im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel. 1790 ging er als leitender Minister zum Markgrafen von Ansbach und Bayreuth, Christian Friedrich Carl Alexander (1736-1806), der mangels eigener Nachkommen seine Herrschaftsrechte seinem preußischen Vetter, König Friedrich Wilhelm II. (1744-1797), übertragen wollte, 1792 abdankte und nach Großbritannien ging, womit Preußen die markgräflichen Gebiete Ansbach und Bayreuth übernahm. Nach dem Tod von König Friedrich Wilhelm II im Jahr 1797 war Hardenberg unter dessen Nachfolger König Friedrich Wilhelm III (1770-1840) in Preußen ab 1803 Minister für auswärtige Angelegenheiten, von 1804 bis 1806 Außenminister und von 1810 bis zu seinem Tod 1822 Staatskanzler.

⁶⁷⁶Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.38. Zur Biografie von **Helene Lange** (1848-1930) als Protagonistin der bürgerlichen Frauenbewegung und der höheren Mädchenbildung siehe Anmerkung 120 auf Seite 31 der vorliegenden Ausarbeitung.

⁶⁷⁷Vgl.: Lebenshilfe Fürth e.V. 1961-2001, in: Lebenshilfe Fürth aktuell, Nr.1/2001, S.5-8, hier: S.5. Die Sonderschule Heilstätte wurde 1969 von 68 geistig behinderten Schüler/innen besucht, wobei ein Teil des Unterrichts auch in Räumen des städtischen Kindergartens Weiherhofer Straße stattfand. Siehe auch den Artikel Bundesvereinigung Lebenshilfe, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 28.10.2020. Die Bundesvereinigung Lebenshilfe war am 23. November 1958 von Fachleuten für geistige Behinderungen und Eltern geistig behinderter Kinder in Marburg gegründet worden. 1968 verfügte sie über 300 Orts- und Kreisverbände, 38.000 Mitglieder und betreute in Sonderkindergärten, Sonderschulen und Werkstätten mit Wohnheimen insgesamt 18.000 geistig Behinderte.

⁶⁷⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.769.

⁶⁷⁹Vgl.: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.40f.

⁶⁸⁰Vgl.: Adolf Schwammerberger, Fürth von A bis Z. Ein Geschichts-Lexikon. Textlich unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1968, Neustadt/Aisch 1984, S.332 und S.363f.

Auf übergeordneter Ebene gab das Kultusministerium 1966 Richtlinien für die bayerischen Volksschulen zur Einführung eines neunten Volksschuljahres heraus,⁶⁸¹ das der Landtag aber erst im März 1969 zusammen mit der Einführung von Grund- und Hauptschulen und eines qualifizierenden Hauptschulabschlusses gesetzlich regelte, da nach

- **dem Rücktritt von Bundeskanzler Erhard** am 30. November 1966, der mit einer sich abzeichnenden Wirtschaftskrise verbunden und durch den Ende Oktober 1966 erfolgten Austritt der Steuererhöhungen zur Haushaltskonsolidierung ablehnenden fünf FDP-Minister aus der Bundesregierung ausgelöst worden war,⁶⁸²
- **der Bildung einer Großen Koalition** aus CDU/CSU und SPD am 1. Dezember 1966, die den seit 1958 amtierenden baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler wählte und über eine Zwei-Drittel-Mehrheit für Verfassungsänderungen verfügte,⁶⁸³
- **und dem Ausscheiden der FDP aus dem bayerischen Landtag**, die bei der Landtagswahl am 20. November 1966 bayernweit zwar 5,1 % der Stimmen erzielt, aber den damals in einem Regierungsbezirk erforderlichen Mindeststimmenanteil von 10 % in keinem Regierungsbezirk erreicht hatte,

die schul- und bildungspolitische Diskussion in den folgenden zwei Jahren durch außerparlamentarische Aktivitäten erheblich beeinflusst wurde.

⁶⁸¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.755.

⁶⁸²Vgl.: Klaus Hildebrand, Von Erhard bis zur Großen Koalition.1963-1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Johannes C. Fest und Eberhard Jäckel, Band 4), Stuttgart, Wiesbaden 1984, S.218-224.

⁶⁸³Vgl.: Ebd., S.251-258. Siehe auch den Artikel Kurt Georg Kiesinger, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 17.11.2020. **Kurt Georg Kiesinger** (1904-1988) hatte nach dem Abschluss einer Realschule ab 1919 eine Ausbildung zum katholischen Volksschullehrer absolviert, 1926 das Abitur nachgeholt und ein Studium der Rechtswissenschaften begonnen, das er 1931 mit der ersten und 1934 mit der zweiten Staatsprüfung abschloss. Außerdem war er 1925/26 Mitglied in den katholischen Studentenverbindungen Alamannia und Askania sowie im Februar 1933 Mitglied der NSDAP geworden. Im Rahmen der nationalsozialistischen Gleichschaltung wurde Kurt Georg Kiesinger als NSDAP-Mitglied ab Juli 1933 Korporationsführer der katholischen Studentenverbindung Askania und blieb dies bis zu deren Selbstaflösung 1937/38. Zugleich war er ab 1934 als Rechtsanwalt und ab 1940 als Mitarbeiter in der Rundfunkabteilung des Reichsaußenministeriums tätig. Am 30. April 1945 wurde er von den Amerikanern verhaftet und achtzehn Monate interniert, 1946/47 in zwei deutschen Spruchkammerverfahren zunächst als Mitläufer und danach als entlastet eingestuft sowie 1947 Landesgeschäftsführer der CDU in Württemberg-Hohenzollern.

Von 1949 bis Februar 1959 war Kurt Georg Kiesinger dann Bundestagsabgeordneter der CDU, von 1949 bis 1957 auch Vorsitzender des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat sowie von Dezember 1958 bis November 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Nach der Wahl zum Bundeskanzler am 1. Dezember 1966 wurde er 1967 zum CDU-Bundesvorsitzenden gewählt und auf dem Bundesparteitag der CDU am 7. November 1968 von Beate Klarsfeld - einer 1939 in Berlin geborenen Journalistin, die mit ihrem 1935 geborenen jüdischen Ehemann Serge Klarsfeld, dessen Vater und Verwandte im Rahmen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ermordet worden waren, zu den NS-Verbrechen in Frankreich recherchiert und zahlreiche Artikel veröffentlicht hatte - wegen seiner NS-Vergangenheit öffentlich geohrfeigt. Nach dem Ende der Großen Koalition 1969 blieb Kurt Georg Kiesinger bis 1971 CDU-Bundesvorsitzender und bis 1980 CDU-Bundestagsabgeordneter.

Die außerparlamentarischen Aktivitäten in schul- und bildungspolitischen Fragen beeinflussten im Verlauf des Jahres 1967 zunächst die **Abschaffung der Bekenntnisschulen**. Dazu hatte die FDP-Landtagsfraktion schon vor der Landtagswahl am 20. November 1966 bei den Beratungen des Volksschulgesetzes - das vom Landtag am 17. November 1966 verabschiedet wurde und die Klassengliederung an allen Volksschulen (nur noch maximal zwei Jahrgangsstufen in einer Klasse) sowie den Religionsunterricht an Bekenntnisschulen für die konfessionelle Minderheit regelte - den Antrag auf eine Verfassungsänderung zur Abschaffung der Bekenntnisschulen gestellt, der von der absoluten CSU-Mehrheit im Landtag abgelehnt worden war.⁶⁸⁴ Wegen der Pläne zu einer Notstandsverfassung, die nach den 1958, 1960, 1963 und 1965 von den CDU/CSU- und CDU/CSU-FDP-Bundesregierungen vorgelegten und an der fehlenden parlamentarischen Zustimmung der SPD gescheiterten Entwürfen nun von der Großen Koalition mit Unterstützung der SPD verfolgt wurden, ging die FDP zuerst auf Bundesebene zu einem die parlamentarische Vertretung ergänzenden außerparlamentarischen Kurs über und beteiligte sich ab 1967 zusammen mit dem im August 1966 von der IG-Metall in Frankfurt/Main eingerichteten Kuratorium Notstand der Demokratie, das bereits im Oktober 1966 einen Kongress mit Verfassungsrechtlern über die Gefahren einer Notstandsverfassung veranstaltet hatte, und mit den übrigen DGB-Gewerkschaften, die die Notstandsverfassung ebenfalls ablehnten, an einem außerparlamentarischen Bündnis.⁶⁸⁵

Parallel begab sich die bayerische FDP nach dem Ausscheiden aus dem Landtag in schul- und bildungspolitischen Fragen ebenfalls auf einen außerparlamentarischen Kurs und startete 1967 ein **Volksbegehren zur Abschaffung der Bekenntnisschulen**, dem sich auch die mit 79 Mandaten im Landtag vertretene SPD anschloss. Daneben strebte jetzt die über die absolute Mehrheit im Landtag (110 Mandate) verfügende CSU-Fraktion im Einvernehmen mit den Kirchen - die aufgrund der seit der Zuwanderung von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der bis zum Mauerbau 1961 erfolgten Zuwanderung zahlreicher Menschen aus der DDR sowie der damit verbundenen Auflösung der einst in den einzelnen bayerischen Regionen hohen konfessionellen Homogenität zunehmend Probleme bei der Organisation ausschließlich katholisch oder evangelisch ausgerichteter Bekenntnisschulen bekommen hatten – ebenfalls ein Volksbegehren zu einer Christlichen Volksschule an. In diesem Zusammenhang erklärten der seit 1962 amtierende Ministerpräsident Alfons Goppel⁶⁸⁶ und Kultusminister Ludwig Huber am 16. November 1967 die

⁶⁸⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.756.

⁶⁸⁵Vgl. den Artikel Notstandsgesetze (Deutschland), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 13.11.2020, Abschnitt Kritik an den Plänen.

⁶⁸⁶**Alfons Goppel** (1905-1991) hatte nach dem Abitur von 1925 bis 1929 in München Rechtswissenschaften studiert und wurde danach Rechtsanwalt in Regensburg sowie 1930 Mitglied der BVP. In der NS-Zeit übernahm er 1933 in Regensburg die Kanzlei eines nach Palästina geflohenen jüdischen Rechtsanwalts, wurde im November 1933 Mitglied der SA sowie nach Aufhebung des 1933 verhängten Aufnahmestopps 1937 Mitglied der NSDAP. Nach Kriegsteilnahme und dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Alfons Goppel Mitglied der CSU und 1947 zum Landrat in Aschaffenburg gewählt, aber vom bayerischen Innenministerium wegen seiner ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft nicht bestätigt. Nach der Gründung der Bundesrepublik wurde Alfons Goppel dann 1952 zweiter Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg, von 1954 bis 1978 Landtagsabgeordneter der CSU und von 1962 bis 1978 auch bayerischer Ministerpräsident. In seiner Amtszeit als Ministerpräsident entwickelte sich Bayern endgültig von einem Agrar- zu einem modernen Industrie- und Flächenstaat. Vgl. den Artikel Alfons Goppel, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 06.11.2020.

Bereitschaft zu gemeinsamen Gesprächen mit der Opposition, die zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf für eine Verfassungsänderung führten, der am 6. Februar 1968 in einer Presseerklärung vorgestellt wurde, so dass beim **Volksentscheid am 7. Juli 1968** über zwei Volksbegehren und einen gemeinsamen Entwurf abgestimmt werden musste. Dabei erzielte das Volksbegehren von FDP und SPD zu einer Gemeinschaftsschule 13,5 % Ja-Stimmen und 13,7 % Nein-Stimmen, das Volksbegehren der CSU zu einer Christlichen Volksschule 8,5 % Ja-Stimmen und 15,4 % Nein-Stimmen und der Gesetzentwurf des Bayerischen Landtages 76,3 % Ja-Stimmen und 3,3 % Nein-Stimmen, womit die öffentlichen Schulen in Bayern fortan zu **gemeinsamen Schulen für alle Volksschulpflichtigen Kinder** wurden, die dort **nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse zu unterrichten und zu erziehen** waren.⁶⁸⁷

Eine weitere außerparlamentarisch erheblich beeinflusste bildungspolitische Entscheidung war die **Umwandlung der Ingenieursschulen und Akademien in Fachhochschulen** und die damit zusammenhängende **Einführung zweijähriger Fachoberschulen**. Dabei ging es einerseits um die Konsequenzen aus einer seit Mitte der 1960er Jahre geführten Diskussion über die Niederlassungsfreiheit innerhalb der EWG. Während die meisten EWG-Partner, allen voran Frankreich, entsprechend ihren Regelungen nur Ingenieure anerkennen wollten, die über eine zwölfjährige Schulausbildung und ein vierjähriges Studium an einer Hochschule verfügten, mussten die praxisorientierten graduierten Fachschulingenieure (Ing. grad.) an den Ingenieursschulen in der Bundesrepublik damals lediglich eine Ausbildungszeit von drei Jahren absolvieren, wobei die Zulassungsvoraussetzungen nur an eine Fachschulreife bzw. eine Mittlere Reife mit zweijähriger Praktikantenausbildung oder mit abgeschlossener Lehre gebunden waren. Um im internationalen Wettbewerb bestehen und in Zukunft praktische Aufgaben auf der Basis einer akademischen Ausbildung schneller lösen zu können, forderte auch die deutsche Wirtschaft eine bessere Qualifikation der graduierten Ingenieure. Als schließlich nach dem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979) am 11. April 1968 - das in West-Berlin zu Blockaden des Axel-Springer-Hochhauses und der Auslieferung der Bild-Zeitung, im Studentenviertel München-Schwabing zu gewalttätigen Krawallen mit zwei Toten und an vielen anderen Orten zu Demonstrationen von Studierenden und Schüler/innen führte - die um ihre berufliche Zukunft fürchtenden rund 60.000 Studierenden der Ingenieursschulen zu Vorlesungsboykotten und Demonstrationen übergingen und eine Verbesserung ihrer nicht mehr zeitgemäßen Ausbildungssituation forderten, beschlossen die **Ministerpräsidenten der Länder auf einer Sondersitzung am 5. Juli 1968**, die bisherigen Ingenieursschulen und Akademien in Fachhochschulen umzuwandeln und das Schulwesen durch zweijährige Fachoberschulen zu ergänzen.⁶⁸⁸

Während es nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Erhard und der Bildung einer Großen Koalition bundesweit zu zunehmenden außerparlamentarischen Aktivitäten, Demonstrationen und Protesten kam,⁶⁸⁹ wurde die Entwicklung an den Schulen in Fürth

⁶⁸⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.758-760. Durch die in allen Regionen Bayerns gewachsene konfessionelle Heterogenität waren im Schuljahr 1965/1966 von 1.369 evangelischen Bekenntnisschulen lediglich 261 (19,07 %) und von 4.931 katholischen Bekenntnisschulen nur 1.790 (36,30 %) noch konfessionell reine Bekenntnisschulen gewesen (vgl. ebd., S.756).

⁶⁸⁸Vgl.: Ebd., S.982f.

⁶⁸⁹Zu den außerparlamentarischen Aktivitäten zählten neben den von FDP und SPD eingebrachten Volksbegehren gegen die christliche Bekenntnisschule in Bayern, den durch das Attentat auf Rudi

bis Frühjahr 1968 vor allem durch die Lösung von Raumproblemen geprägt. Dabei wurden 1967 drei Klassen des humanistischen und neusprachlichen **Heinrich-Schliemann-Gymnasiums** an der Königsstraße in das Volksschulgebäude Rosenstraße verlegt.⁶⁹⁰ Anschließend beschloss der Stadtrat im Januar 1968, für das neusprachliche und sozialwissenschaftliche **Helene-Lange-Gymnasium** am Tannenplatz zwei Schulpavillons mit sechs Klassenräumen zu errichten, die im September 1968 fertiggestellt wurden.⁶⁹¹ Bis zur Fertigstellung der beiden Schulpavillons im September 1968 hatte allerdings die Protestwelle einer Nachkriegsgeneration - die der NS-Zeit und den darin möglicherweise oder tatsächlich auf die eine oder andere Weise verstrickten über Dreißigjährigen („Trau keinem über dreißig“) äußerst kritisch gegenüberstand, mehr Demokratie und Mitbestimmung forderte und politisch zunehmend mobilisiert wurde⁶⁹² - nach dem Attentat auf den Studentenfürer Rudi Dutschke am 11. April 1968 auch die Gymnasien in Fürth erreicht, vor denen Studentengruppen schon seit längerem immer wieder Flugblätter verteilt hatten. So organisierte nun beispielsweise die **SMV am Heinrich-Schliemann-Gymnasium** an der Königstraße in der Unterrichtszeit für die Ober- und Mittelstufe ein in der Studentenbewegung seit Jahren übliches Teach-In, das von der Schulleitung offiziell genehmigt wurde. Als anderntags mit einem Sit-In im Pausenhof der Zugang zum Schulgebäude blockiert und der Unterricht verhindert werden sollte, ordnete die Schulleitung sogleich an, dass in der folgenden Stunde in

Dutschke am 11. April 1968 ausgelösten gewalttätigen „Osterunruhen“ sowie den Demonstrationen und Vorlesungsboykotten der Studierenden der Ingenieursschulen und Akademien gegen ihre Ausbildungssituation auch ein vom Kuratorium Notstand der Demokratie und der Kampagne für Demokratie und Abrüstung - in die sich die 1963 gegründete Kampagne für Abrüstung („Ostermarschbewegung“) 1968 umbenannt hatte - organisierter Sternmarsch auf Bonn mit 30.000 Teilnehmer/innen und eine parallel veranstaltete Großdemonstration des DGB in Dortmund am 11. Mai 1968 gegen die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsverfassung.

⁶⁹⁰Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.40.

⁶⁹¹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.39.

⁶⁹²Vgl. dazu: Eckhard Siepmann u.a. (Hrsg.), Che, Schah, Shit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow, Berlin (West) 1984, 208 Seiten mit Beiträgen und zahlreichen Abbildungen über den Mauerbau 1961, die Kuba-Krise 1962, die gesellschaftliche, wirtschaftliche, außen- und innenpolitische Situation der Bundesrepublik in den 1960er Jahren, den Contergan-Skandal, das Theater, das Kino und die Literatur der 1960er Jahre, die Rockmusik (Beatles, Rolling Stones u.a.), den Minirock, Twist und Twiggy, die wachsenden Plastikmeere, die Sexy Sixties (Titelfotos von Illustrierten mit barbusigen jungen Frauen und Aufklärungsfilme für Erwachsene von Oswald Kolle im Kino), die sexuelle Revolution, die Kommunen I und II in West-Berlin, die zunehmenden Wohngemeinschaften, die langhaarigen jungen Männer, die Kinderläden, die Anti-Schah-Demonstration und den Tod des Studenten Benno Ohnesorg (1940-1967) durch eine Polizeikugel in den Hinterkopf in West-Berlin am 2. Juni 1967, die Revolte gegen die traditionellen Riten und fehlenden studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten an Universitäten, das am 9. November 1967 von zwei Studenten einer Professorengruppe vorausgetragene Transparent „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“, den gegen den durch zunehmende Luftangriffe, Napalm- und Entlaubungsmittelinsätze der USA eskalierenden Vietnamkrieg gerichteten Internationalen Vietnam-Kongress an der Technischen Universität in West-Berlin am 17./18. Januar 1968, die Ermordung des amerikanischen Bürgerrechtlers Martin Luther King in Memphis/Tennessee am 4. April 1968 und die Black-Power-Bewegung in den USA, das Attentat auf Rudi Dutschke in West-Berlin am 11. April 1968, die Anti-Springer-Kampagne, den Mai 1968 in Frankreich (Studentendemonstrationen, Streiks der Gewerkschaften und Krawalle pour une vie meilleure – für ein besseres Leben), den Prager Frühling und sein Ende durch den Einmarsch von etwa 500.000 Soldaten der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens in die Tschechoslowakei in der Nacht zum 21. August 1968, die Anfänge einer neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik, das Treibhaus einer neuen antiautoritären Philosophie, die Feststellung, dass die Mörder der NS-Zeit noch unter uns leben und sich nach wie vor mit ihren einst erhaltenen militärischen Orden und Auszeichnungen zu „Kameradschaftstreffen“ zusammenfinden, und die in der Nachkriegszeit geborenen und mit langen Haaren und in Hippie-Kleidung umherschweifenden „Haschisch-Rebellen“.

jeder Klasse über die Notstandsgesetze diskutiert werden sollte, um eine Eskalation zu vermeiden.⁶⁹³

Bis zur Verabschiedung der Notstandsverfassung am 30. Mai 1968 konnte die am Ende der Amtszeit von Bundeskanzler Erhard im Oktober 1966 einsetzende Wirtschaftskrise - durch die das um den Preisanstieg bereinigte, reale Bruttoinlandsprodukt 1967 erstmals seit 1950 um 0,3 Prozent gesunken war sowie die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung bis Februar 1967 mit 673.522 Arbeitslosen und 343.000 Kurzarbeitern ein seit Mitte der 1950er Jahre nicht mehr gekanntes Ausmaß erreicht hatte⁶⁹⁴ - von der Großen Koalition durch den Übergang zu einer keynesianischen Globalsteuerung mit Hilfe des Stabilitätsgesetzes vom 8. Juni 1967 und den Zielen Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges angemessenes Wirtschaftswachstum, der Bildung einer „Konzertierten Aktion“ zur tarifpolitischen Einbindung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften und einer konjunkturpolitisch motivierten großzügigen Kreditaufnahme („Defizit-Spending“) bis 1968 relativ rasch überwunden werden.⁶⁹⁵ Gleichzeitig kam in Fürth die Erwachsenenbildung einen Schritt voran, weil die **Volkshochschule** in dem seit 1965 errichteten modernen Ersatzneubau des städtischen „Waldheims Sonnenland“ ab 1968 wegen der dort vorhandenen Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten zahlreiche Wochenendseminare durchführen konnte.⁶⁹⁶

Durch das „Defizit-Spending“ und die wieder anspringende Konjunktur erhöhten sich auch die öffentlichen Finanzierungsspielräume, so dass der Stadtrat in Fürth am 10. Oktober 1968 den **Neubau eines zweiten Volksschulgebäudes auf der Hardhöhe** beschloss, das aufgrund der gewachsenen Schüler/innenzahlen und der angekündigten bayernweiten Einführung eines neunten Schuljahres im Jahr 1969 für dringend erforderlich erachtet wurde. Nach einer bereits 1967 erfolgten Prüfung von möglichen Standorten, die aber mangels Verkaufsbereitschaft der Privateigentümer oder wegen der bisherigen und ebenfalls wichtigen Spielplatznutzung nicht in Frage gekommen waren, wurde der Schulneubau zum Leidwesen des Stadtvereins Hardhöhe, der am 27. Mai 1964 gegründet worden war und seit 1965 alljährlich ein Sommerfest organisiert hatte, auf dem im Bebauungsplan von 1955 ausgewiesenen Festplatzgelände errichtet.⁶⁹⁷ Außerdem erhielt das **Hardenberg-Gymnasium an**

⁶⁹³Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.40.

⁶⁹⁴Vgl.: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2013, Wiesbaden 2013, S.315.

⁶⁹⁵Vgl.: Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/Main 1983, S.100: „Der Schock der Rezession von 1966/67 war groß, aber er hielt nicht lange an. Schon zwei Jahre später kletterten die Wachstumsraten erneut in Höhen, die an die fünfziger Jahre erinnerten.“

⁶⁹⁶Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S. 38. Siehe auch: Adolf Schwammberger, Fürth von A bis Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.349, Stichwort Sonnenland: „An der Stelle des neuen städtischen Gebäudes stand bis 1965 ein Schullandheim („Waldheim Sonnenland“). 1965ff. wurde ein Neubau für die Zwecke des Schullandheims und die Erwachsenenbildung errichtet. Pächter ist die Arbeiterwohlfahrt.“

⁶⁹⁷Vgl.: Winfried Roschmann, Udo Sponsel, Bernd Jesussek, Die Fürther Hardhöhe. Aufmarschfeld, Hardsiedlung, Industrieflughafen, Trabantenstadt, Fürth 1999, 2. Aufl. 2009, S.135f.

der Kaiserstraße zur Lösung von Raumproblemen 1968 im Schulhof ein Schulpavillon, das 1972 durch die Errichtung eines zweiten Schulpavillons im Hof der Frauenschule ergänzt wurde.⁶⁹⁸

Während der Freistaat Bayern mit dem **Bayerischen Begabtenförderungsgesetz vom 12. Juli 1966** die 1948 von Kultusminister Hundhammer eingeführte Begabtenförderung für Studierende - die neben einer Unterhaltsbedürftigkeit durch zu niedrige anrechnungspflichtige Einkommen und Vermögen der Studierenden und deren Eltern auch einen Mindestnotendurchschnitt vorausgesetzt hatte - auf Schüler/innen an weiterführenden Schulen ausgedehnt und an einen Notendurchschnitt von mindestens 2,5 in allen Vorrückungsfächern geknüpft hatte,⁶⁹⁹ führte das **Hardenberg-Gymnasium** an der Kaiserstraße in Fürth zu Schuljahresbeginn 1968/69 einen **Leistungszug für begabte Schüler/innen** ein, der ebenfalls einen Notendurchschnitt von mindestens 2,5 voraussetzte. Mit diesem Leistungszug sollten begabte Schüler/innen, unabhängig von einer einkommens- und vermögensabhängigen Unterhaltsleistung nach dem Bayerischen Begabtenförderungsgesetz, die Möglichkeit erhalten, durch erhöhte Anforderungen in der 6. bis 10. Jahrgangsstufe das 11. Schuljahr zu überspringen und gleich in die 12. Jahrgangsstufe zu wechseln und damit die Schuldauer um ein Jahr zu verkürzen.⁷⁰⁰ Das vom Hardenberg-Gymnasium entwickelte „**Fürther Modell**“ eines Leistungszuges wurde ab dem Schuljahr 1969/1970 vom Kultusministerium als Schulversuch auf insgesamt 20 Gymnasien in Bayern ausgeweitet.⁷⁰¹

Zur Bewältigung der aufgrund der gestiegenen Qualifikationsanforderungen, der seit der Nachkriegszeit zunehmenden Elternwünsche nach höherer Bildung und sozialem Aufstieg ihrer Kinder, der unter den Stichworten „Aus meinem Kind soll etwas werden“ synchron laufenden Bildungswerbung des Kultusministeriums und der geburtenstarken Jahrgänge an weiterführenden Schulen wachsenden Schüler/innenzahlen wurden in Fürth ab 1968 neben der Errichtung von Schulpavillons auch schulische Großprojekte und neue Schulformen angestrebt. Als Großprojekt beschloss der Stadtrat 1968

⁶⁹⁸Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.40.

⁶⁹⁹Vgl. den Artikel Stipendium für besonders Begabte, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.10.2020. Siehe zum Bayerischen Begabtenförderungsgesetz vom 12. Juni 1966 und den Verordnungen vom 13. Juli 1966 und 16. August 1968: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr.12/1966, S.230-234 und Nr.12/1968, S.307ff.

Aufgrund zu geringer anrechnungspflichtiger Einkommen und Vermögen der Eltern konnten nach der **Verordnung vom 16. August 1968** neben Schüler/innen an weiterführenden Schulen, die 1968 nach der 8. Jahrgangsstufe und ab 1969 nach der 9. Jahrgangsstufe nicht mehr volksschulpflichtig waren und in allen Vorrückungsfächern über einem Notendurchschnitt bis 2,5 verfügten („**Vollbegabte**“), auch Schüler/innen an weiterführenden Schulen, die bei fünf Vorrückungsfächern in mindestens zwei, bei sechs bis neun Vorrückungsfächern in mindestens drei und bei mehr als neun Vorrückungsfächern in mindestens vier Vorrückungsfächern einen Notendurchschnitt von 1,5 und besser erreicht hatten („**einseitig Begabte**“), Leistungen nach dem Bayerischen Begabtenförderungsgesetz erhalten.

Zuvor war es nach der ursprünglichen Verordnung vom 13. Juli 1966 sogar möglich gewesen, dass Schüler/innen der 5. bis 8. Jahrgangsstufe an weiterführenden Schulen eine monatliche Leistung von bis zu 30 DM nach dem Bayerischen Begabtenförderungsgesetz erhalten konnten, wenn sie in allen Vorrückungsfächern einen Notendurchschnitt von mindestens 2,5 erreicht hatten, wobei allerdings nach der Einkommens- und Vermögensanrechnung verbliebene monatliche Zahlbeträge unter 10 DM gemäß § 18 Abs.2 nicht zur Auszahlung kamen.

⁷⁰⁰Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, S.24.

⁷⁰¹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.774.

zunächst, für das **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** an der Königstraße einen Neubau zu errichten, wozu 1971 ein Grundstück am Kieselbühl erworben werden konnte.⁷⁰² Als weiteres Großprojekt unterbreitete Schul-, Kultur- und Sportreferent Karl Hauptmann dem Stadtrat im Herbst 1968 den Vorschlag, **am Tannenplatz ein Schulzentrum zu errichten und dort den Schulversuch einer kooperativen Gesamtschule zu erproben**. Der Schulversuch einer kooperativen Gesamtschule, bestehend aus der Oberstufe der Volksschule (ab September 1969 Hauptschule) Maistraße, der städtischen Real- und Handelsschule und dem Helene-Lange-Gymnasium, wurde am 2. Mai 1969 vom Kultusministerium genehmigt und begann zum Schuljahr 1969/1970. Zuvor hatte der Stadtrat mit Beschluss vom 28. Februar 1969 die **Koedukation** eingeführt. Ab dem Schuljahr 1969/70 wurden am **Helene-Lange-Gymnasium** - das seit seiner Gründung als Höhere Mädchenschule im Jahr 1907 trotz aller Umwandlungen (Mädchenlyzeum, Mädchenoberschule als Teil- und Vollanstalt, Mädchenrealgymnasium) immer eine reine Mädchenschule gewesen war – **erstmalig auch Jungen** aufgenommen,⁷⁰³ die damals nur den neusprachlichen Zweig besuchen konnten, da der sozialwissenschaftliche Zweig den Mädchen vorbehalten blieb.⁷⁰⁴

Standortbezogen wurde der vom Kultusministerium genehmigte Schulversuch einer kooperativen Gesamtschule dadurch erleichtert, dass die **städtische Real- und Handelsschule** - die 1963 noch als ausschließliche Handelsschule räumlich und 1965 auch organisatorisch vom damaligen Mädchenrealgymnasium am Tannenplatz getrennt und in den Schulgebäuden Helmplatz 4 und 6 untergebracht worden war - zu Beginn des Schuljahres 1969/70 wieder in einen für sie am Tannenplatz errichteten Schulneubau und in das sich im Umbau befindliche Gebäude des Nathanstifts umzog, da das Nathanstift als 1909 errichtetes Wöchnerinnen- und Säuglingsheim 1967 zusammen mit der neu errichteten Kinderklinik in das Krankenhaus auf der Schwand integriert worden war.⁷⁰⁵ Mit der Verlegung an den Tannenplatz wurde der Realschulteil, der seit 1965 nur aus der kaufmännischen Wahlpflichtfächergruppe II bestanden hatte, um die mathematisch-naturwissenschaftliche Wahlpflichtfächergruppe I erweitert. Am 19. März 1971 erfolgte dann die Einweihung des als zusätzliches Schulgebäude für die städtische Real- und Handelsschule umgebauten Nathanstifts.⁷⁰⁶ Außerdem hatte bereits zu Beginn des Schuljahres 1969/70 die 1966 eingerichtete, über einen mathematisch-naturwissenschaftlichen, einen kaufmännischen und einen sozi-

⁷⁰²Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.39f.

⁷⁰³Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.39f.

⁷⁰⁴Vgl.: Horst Gemeinhardt, Zur Geschichte der Gesamtschule Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.43-47, hier: S.43. Siehe zu dieser am traditionellen Rollenverständnis orientierten Regelung auch: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.772: „Als Erfolg der eigenen Bemühungen nannte Huber u.a. die Einführung eines sozialwissenschaftlichen Zweiges, womit sichergestellt werden könnte, dass die gesamte Ausbildungsrichtung vor allem den Schülerinnen zugutekomme.“

⁷⁰⁵Vgl.: Adolf Schwammberger, Fürth von A bis Z. Ein Geschichtsllexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.270f.

⁷⁰⁶Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.21.

alen Zweig verfügende und zunächst auf mehrere Schulgebäude im Stadtgebiet verteilte **staatliche Realschule** das für sie umgebaute **ehemalige Volksschulgebäude an der Ottostraße** bezogen.⁷⁰⁷

Durch die Verlegung der städtischen Real- und Handelsschule an den Tannenplatz konnte das **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** an der Königstraße 1969 das Schulgebäude Helmplatz 4 mit insgesamt 10 Klassenzimmern und 1970 auch die erste Etage des 1907 errichteten ehemaligen Eichamtsgebäudes Helmplatz 6 übernehmen. 1971 wurde im Schulgebäude Helmplatz 4 ein moderner Chemiesaal und im ehemaligen Eichamt ein Zeichensaal, ein Fotolabor und ein Werkraum eingerichtet.⁷⁰⁸ Daneben hatte der Stadtrat im März 1970 die **Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs für den Bau eines Schulzentrums am Tannenplatz** beschlossen, der in drei Bauabschnitten erfolgen sollte. Ab September 1970 bekam das **Helene-Lange-Gymnasium** am Tannenplatz neben den bestehenden neusprachlichen und sozialwissenschaftlichen Zweigen noch einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig,⁷⁰⁹ so dass dort für Jungen fortan zwei Zweige zur Verfügung standen.

Im Rahmen der zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seit Mitte der 1960er Jahren betriebenen Vereinheitlichung des Bildungswesens wurde nach den vom Landtag am 26. März 1969 verabschiedeten gesetzlichen Regelungen ab dem Schuljahr 1969/70 an bayerischen Volksschulen eine organisatorische **Trennung der Volksschulen in Grund- und Hauptschulen** vorgenommen sowie in der bisherigen Oberstufe (jetzt Hauptschule) ein **9. Schuljahr** und neben dem erfolgreichen einfachen Hauptschulabschluss auch ein **Qualifizierender Hauptschulabschluss** eingeführt, der zum Übertritt in die 10. Klasse von Realschulen oder zum Übertritt in zur Fachschulreife führende Berufsfachschulen berechnete.⁷¹⁰ Damit wurden in Bayern nicht nur die Vorgaben des Hamburger Abkommens der Ministerpräsidenten vom Oktober 1964, sondern zugleich das bereits im dritten, auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung entstandenen und dieser am 31. Januar 1948 übersandten Schulreformplan von Kultusminister Hundhammer vorgesehene neunte Schuljahr im Zweig A (Grundschule, allgemeinbildender Zug, berufs begleitender Unterricht, Spezialfachschulen, Sonderreifeprüfung) zusammen mit der von den Amerikanern im Sekundarbereich gewünschten Ergänzung des Unterrichts durch allgemeine Berufserfahrungen nach über 20 Jahren umgesetzt und mit dem Qualifizierenden Hauptschulabschluss ein Zugang zur Mittleren Reife und zu den Berufsfachschulen geschaffen.⁷¹¹

⁷⁰⁷Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.24. Statt 150 Schüler/innen im Jahr 1966 verfügte die staatliche Realschule im Schuljahr 1969/70 bereits über 849 Schüler/innen.

⁷⁰⁸Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.40.

⁷⁰⁹Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.40 und Karl Dubois, 1974 – ein Schulbaujahr, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.49-60, hier: S.52.

⁷¹⁰Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.35.

⁷¹¹Der Erwerb eines **Qualifizierenden Hauptschulabschlusses** war an **höhere Qualifikationsanforderungen und eine Sonderprüfung** geknüpft, an der nur Schülerinnen und Schüler teilnehmen konnten, die im neunten Schuljahr den Leistungskurs A in Deutsch, Mathematik und Englisch besucht und dort oder alternativ statt in Englisch im Leistungskurs Physik/Chemie und im Unterrichtsfach Arbeits- und Soziallehre mindestens die Note befriedigend erreicht hatten. Zur Prüfung zugelassen wurden auch externe Bewerber/innen, die diese Qualifikationen anderweitig erworben hatten und

In Fürth war die Einführung des neunten Schuljahres und des Qualifizierenden Hauptschulabschlusses sogleich mit einer Veränderung im Berufsschulwesen verbunden, da die seit 1912 im Gebäude Pfisterstraße 48 untergebrachte und 1922 von der Stadt Fürth übernommene Frauenarbeitsschule der Schwestern Edelmänn, die seit Mai 1947 unter der Bezeichnung Städtische Handarbeits- und Haushaltungsschule mit einjähriger Schuldauer auch Tages- und Abendkurse für Erwachsene angeboten hatte, 1957 eine ausschließliche Haushaltungsschule geworden und 1964 vom Gebäude Pfisterstraße 48 in das Schulgebäude Mathildenstraße 7 verlegt worden war, im September 1971 in eine zweijährige **Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Kinderpflege** umgewandelt wurde.⁷¹²

Nach dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 5. Juli 1968, die Ingenieursschulen und Akademien in Fachhochschulen umzuwandeln und das Schulwesen durch zweijährige Fachoberschulen zu ergänzen, wurden in Bayern zu Beginn des Schuljahres 1970/71 insgesamt 50 **Fachoberschulen (FOS) und Berufsoberschulen (BOS)** eingerichtet, darunter auch eine in der Stadt Fürth, die anfangs über 143 Schüler/innen und im Schuljahr 1973/74 schon über 291 Schüler/innen verfügte. Die Klassen waren allerdings bis zur Bereitstellung eines eigenen Gebäudes vorerst in Berufsschulgebäuden untergebracht,⁷¹³ wobei die offizielle Adresse der örtlichen FOS/BOS zunächst Fichtenstraße 9 und damit der Standort der gewerblichen Berufsschule mit gewerblicher Berufsaufbauschule war.

Die mit den Fachoberschulen verknüpften **Berufsoberschulen** waren das Ergebnis einer bildungspolitischen Diskussion, die in Bayern nach den 1959 durch eine Richtlinie des Kultusministeriums eingeführten, in Fürth damals sofort umgesetzten und 1960 durch den Landtag gesetzlich geregelten Berufsaufbauschulen eingesetzt und auf die Durchlässigkeit der beruflichen Schulen bis zur Hochschulreife abgezielt hatte.⁷¹⁴ Mit

nachweisen konnten. „Mit der Institutionalisierung des 9. Schuljahres und dem Angebot eines Qualifizierenden Hauptschulabschlusses wurden **vier wesentliche Schwerpunkte einer neuen anspruchsvollen Hauptschule** angestrebt:

- die pflichtmäßige Verankerung der Fächer Englisch und Arbeits- und Soziallehre,
- eine Leistungsdifferenzierung in A- und B-Kurse mit qualitativer Differenzierung in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Physik/Chemie,
- Angebote von praktischen, berufsbezogenen Wahlpflichtfächern,
- Arbeitsgemeinschaften in musischen Fächern (...).“

Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.788f., Zitat S.789 (Hervorhebungen Dr. RR).

⁷¹²Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.37. Siehe auch: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelmänn zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.19.

⁷¹³Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.40.

⁷¹⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S. 980f.: Um die Durchlässigkeit der beruflichen Schulen bis zur Hochschulreife zu ermöglichen, war es in Bayern 1961 und 1962 zur **Gründung von Abendkollegs in München und Nürnberg** gekommen, die einen mittleren Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzten und zur allgemeinen Hochschulreife führten. Angeregt durch das Modell der Technischen Oberschule in Stuttgart, stellte die SPD-Landtagsfraktion am 25. November 1965 den Antrag, auch in Bayern Möglichkeiten

den 1969 in München als Schulversuch begonnenen und 1970 an weiteren Orten als Schulversuch eingeführten Berufsoberschulen wurde in Bayern die bereits im dritten, auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung entstandenen und dieser am 31. Januar 1948 übersandten Schulreformplan von Kultusminister Hundhammer für den Zweig A (Volks- und Berufsschulen) vorgesehene Sonderreifeprüfung für ein Hochschulstudium ermöglicht. Außerdem waren durch die 1968 stattgefundenen massiven Proteste der Studierenden der Ingenieursschulen die im dritten Schulreformplan von Kultusminister Hundhammer für den Zweig B vorgesehenen und den allgemeinbildenden Fachmittelschulen folgenden Fachoberschulen nach über 20 Jahren umgesetzt worden.⁷¹⁵

Im Gegensatz zu den Berufsoberschulen, die den verlängerten Arm der Berufsaufbauschulen bildeten, waren die 1970 in Bayern eingeführten **Fachoberschulen** trotz der mit dem Gesetz über das berufliche Schulwesen vom 15. Juni 1972 erfolgten Zuordnung zum beruflichen Schulwesen im Prinzip eher allgemeinbildende Schulen, weil sie selbst keinen direkten Berufsabschluss vermittelten, sondern dieser nur durch eine anschließende verkürzte betriebliche Berufsausbildung oder durch ein mindestens vierjähriges Studium an einer Fachhochschule erworben werden konnte. Gleichwohl waren und blieben die Fachoberschulen der einzige Schultyp in Bayern, in dem die einst von der amerikanischen Militärregierung gewünschte Ergänzung des Unterrichts durch allgemeine Berufserfahrungen am stärksten ausgeprägt war, da in der 11. Jahrgangsstufe ein halbes Jahr fachpraktischer Unterricht (Vollzeitpraktikum) und ein halbes Jahr fachtheoretischer Unterricht erfolgte. Daneben konnten Schüler/innen, die über eine mittlere Reife und eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten, sich den Besuch der fachpraktischen und fachtheoretischen 11. Jahrgangsstufe der FOS ersparen und sogleich in die zur Fachhochschulreife führende 12. Jahrgangsstufe eintreten.⁷¹⁶ Diese Schüler/innen waren übrigens die einzigen, die nach einem gescheiterten Fachhochschulstudium nicht ohne einen Berufsabschluss dastanden.

zu schaffen, um von der Berufsaufbauschule (BAS) in eine Oberschule wechseln und dort eine Hochschulreife erwerben zu können.

Nach Verhandlungen mit der Technischen Universität München, die Kultusminister Huber Mitte 1967 eingeleitet hatte, beschloss der kulturpolitische Landtagsausschuss am 17. Januar 1968, als Schulversuch eine **Berufsoberschule als höhere Berufsfachschule zur Erlangung einer fachgebundenen Hochschulreife mit der Berechtigung zum Studium des Diplom-Ingenieurs und des Lehramtes** einzurichten. Durch weitere Verhandlungen mit der Stadt München wurde mit kultusministerieller Bekanntmachung vom 26. April 1969 die erste bayerische Berufsoberschule in München als Schulversuch etabliert. Ab 1970 wurden Berufsoberschulen als Schulversuch auf weitere Standorte in Bayern ausgedehnt.

Die Festschreibung als Regelschultyp erfolgte mit dem **Gesetz über das berufliche Schulwesen vom 15. Juni 1972**. „Die BOS bildet als berufliche Schule die Brücke zwischen verschiedenen Formen mittlerer Schulabschlüsse und einer abgeschlossenen Berufsausbildung einerseits und wissenschaftlichen Hochschulen andererseits“ (Ebd., S.981). Ergänzend anzumerken ist, dass es Berufsoberschulen nicht in allen Bundesländern, sondern nur in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gibt.

⁷¹⁵Die 1970 in Bayern eingeführten Fachoberschulen unterschieden sich von den im dritten Schulreformplan von Kultusminister Hundhammer aus dem Jahr 1948 vorgesehenen Fachoberschulen durch eine kürzere Schuldauer (zwei statt drei Jahre), weil die Schuldauer an Realschulen 1970 mit vier Jahren um ein Jahr länger ausfiel, als 1948 im dritten Schulreformplan mit drei Jahren vorgesehen.

⁷¹⁶Vgl. zur Unterrichtskonzeption der Fachoberschulen in der 11. und 12. Jahrgangsstufe: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S. 984.

In der Stadt Fürth, wo bereits im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs bis Mitte der 1960er Jahre eine gewerbliche und eine kaufmännische Berufsaufbauschule eingerichtet und das Berufsschulwesen durch zwei Neubauten auf den modernsten Stand gebracht worden war, bildeten eine Fachoberschule und eine Berufsoberschule schon deshalb wichtige Qualifikationsebenen, weil sich seit 1947/48 mit den Firmen Grundig, Metz, Hertel, GAMA und Neuhierl/CARRERA äußerst innovative sowie verkaufs- und beschäftigungswirksame Zweige der Elektro-, Metall- und Spielwarenindustrie herausgebildet hatten und sich das ebenfalls verkaufs- und beschäftigungswirksame sowie modernste Bestell- und Versandtechniken nutzende Versandhaus Quelle bis 1964 zum größten Versandhaus Europas entwickelt hatte, womit es vor Ort großen Bedarf an qualifizierten und jetzt noch besser zu qualifizierenden Arbeitskräften im gewerblichen und kaufmännischen Sektor gab. Vor dem Hintergrund eines allgemein wachsenden Bildungs- und Qualifikationsinteresses richtete die **Volkshochschule** 1970 in Räumen des Anwesens Nürnberger Straße 84, das 1882 erbaut und in den 1950er Jahren als Filiale der Stadtparkasse genutzt worden war, mit finanzieller Förderung des Bundes für die Erwachsenenbildung ein **Bildungs- und Informationszentrum (BIZ)** ein und gewann dadurch eine zusätzliche Anlaufstelle für Tageskurse und Wochenendseminare.⁷¹⁷ Außerdem erfolgte im Volksschulbereich am 19. November 1970 die **Einweihung des Erweiterungsbaus der Volksschule an der Soldnerstraße**. Einige Tage später zogen dort fünfzehn Klassen vom bisherigen Schulgebäude, das fortan mit der Hauptschule belegt war, in den Erweiterungsbau, der fortan als Grundschule fungierte.⁷¹⁸

Auf übergeordneter Ebene beteiligte sich mittlerweile auch der Bund an der von der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder im Oktober 1964 mit der Unterzeichnung des Hamburger Abkommens zur Vereinheitlichung des Schulwesens eingeleiteten Bildungsoffensive. Die Große Koalition hatte dazu durch eine Grundgesetzänderung (Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969) den **Aus- und Neubau wissenschaftlicher Hochschulen**, die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zu **Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern** erklärt und den Ländern eine Kostenübernahme in Höhe der Hälfte der Ausgaben durch den Bund zugesichert.⁷¹⁹ Nach der Bundestagswahl am 28. September 1969, bei der CDU und CSU 46,1 %, die SPD 42,7 % und die FDP 5,8 % der gültigen Stimmen erhalten und SPD und FDP eine sozialliberale Koalition gebildet hatten, äußerte Bundeskanzler Willy Brandt in der Regierungserklärung am 28. Oktober 1969,⁷²⁰ dass Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung an der

⁷¹⁷Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.12 und S.30. Siehe auch den Artikel Nürnberger Straße 84, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 03.12.2020.

⁷¹⁸Vgl.: Winfried Roschmann, Udo Sponsel, Bernd Jesussek, Die Fürther Hardhöhe. Aufmarschfeld, Hardsiedlung, Industrieflughafen, Trabantenstadt, Fürth 1999, 2. Aufl. 2009, S.137.

⁷¹⁹Vgl.: Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz) vom 12. Mai 1969, in: Bundesgesetzblatt 1969, Nr.17, S.359-362, hier: S.359.

⁷²⁰Vgl.: Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. In Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaier, Stuttgart, 4. Auflage 1983, S.165-194.

Willy Brandt (1913-1992) war unter seinem Geburtsnamen Herbert Frahm in Lübeck 1930 Mitglied der SPD geworden. Im Herbst 1931 schloss er sich der von sechs SPD-Reichstagsabgeordneten aus Protest gegen die Tolerierung des Präsidialkabinetts Brüning gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands an und emigrierte nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler anstelle eines bereits verhafteten prominenten-SAPD-Funktionärs unter dem Decknamen Willy Brandt 1933 über Dänemark nach Norwegen, um von dort aus den antifaschistischen Widerstand der SAPD zu organisieren.

Spitze der Reformen stehen, die es voranzutreiben gelte, und fügte im Sinne der bereits Mitte der 1960er Jahre veröffentlichten Analysen und Forderungen von Georg Picht und Ralf Dahrendorf hinzu: „Bildung, Ausbildung und Forschung müssen als ein Gesamtsystem begriffen werden, das gleichzeitig das Bürgerrecht auf Bildung sowie die Bedarfe der Gesellschaft an möglichst hochqualifizierten Fachkräften und an Forschungsergebnissen berücksichtigt. Grundlegende Reformen sind zugleich Bedingungen für die zukünftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.“⁷²¹ Da Bildung, Ausbildung und Forschung als Gesamtsystem begriffen wurden, wurde nun das seit 1962 bestehende **Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung** - das wiederum aus dem 1955 mit sehr spezifischen Forschungsaufgaben gegründeten Bundesministerium für Atomfragen und dessen Nachfolgeministerien (1957 Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, 1961 Bundesministerium für Atomkernenergie) hervorgegangen war – von der sozialliberalen Koalition zum **Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft** umgewandelt, womit eine deutliche Akzentverschiebung von der zuvor in erster Linie auf reine Forschungseinrichtungen bezogenen Forschungspolitik zu einer allgemein orientierten Bildungs- und Wissenschaftspolitik stattfand.⁷²²

Da die Bevölkerung durch die seit Mitte der 1960er Jahre betriebene intensive Bildungswerbung, die Akzentuierung von Bildung als Bürgerrecht (Ralf Dahrendorf), die Proteste und Demonstrationen von Student/innen und Schüler/innen gegen das „Establishment“ und die institutionellen Mängel eines als nicht mehr zeitgemäß, undemokratisch und unzureichend empfundenen Bildungssystems sowie eine umfangreiche mediale Berichterstattung zu Bildungsfragen erheblich sensibilisiert worden war, wurde in Bayern mit dem **Gesetz zur Änderung der Lehrerbildung vom 27. Juli 1970** und damit kurz vor der Landtagswahl auch eine Reform der Ausbildung der Volksschullehrer/innen eingeleitet. Dabei wurden die 1958 gegründeten und den drei Landesuniversitäten (München, Erlangen und Würzburg) angegliederten **Pädagogischen Hochschulen** (Augsburg, München und Regensburg, Bayreuth und Nürnberg, Bamberg und Würzburg) bis 1. August 1973 als Erziehungswissenschaftliche Fakultäten (Fachbereiche) **in die 1958 schon vorhandenen Landesuniversitäten** (München, Erlangen/Nürnberg und Würzburg) **und in die vier neu gegründeten Landesuniversitäten** (Regensburg 1962, Augsburg 1969, Bayreuth 1971 und Bamberg 1972) bzw. wie die katholische PH Eichstätt in die 1972 mit staatlicher Genehmigung zugelassene Kirchliche Gesamthochschule Eichstätt (ab WS 1979/80 Universität Eichstätt) eingegliedert. Die endgültige Eingliederung erfolgte mit dem **Eingliederungsgesetz**

Nach Kriegsende kehrte Willy Brandt als norwegischer Staatsbürger und Korrespondent skandinavischer Zeitungen bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg nach Deutschland zurück und erhielt 1948 wieder die von den Nationalsozialisten 1938 aberkannte deutsche Staatsangehörigkeit. Als Mitglied der Nachkriegs-SPD war Willy Brandt von 1949 bis 1957 einer der west-berliner Abgeordneten im Bundestag und ab 1955 auch Präsident des west-berliner Abgeordnetenhauses. Danach wurde er von 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister in West-Berlin, bei der Bundestagswahl 1961 auch Kanzlerkandidat der SPD sowie nach dem Tod von Erich Ollenhauer 1964 SPD-Bundesvorsitzender und während der Großen Koalition von 1966 bis 1969 Außenminister und Vizekanzler. Vgl. den Artikel Willy Brandt, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.01.2021

⁷²¹Vgl.: Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969, in: Wolfram Bickelrich (Hrsg.), Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982, S.167-184, hier: S.174-176, Zitat S.176.

⁷²²Vgl. den Artikel Bundesministerium für Bildung und Forschung, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.12.2020. Nach der vorgezogenen Bundestagswahl am 19. November 1972 wurde von der sozialliberalen Koalition neben dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft auch wieder ein Bundesministerium für Forschung und Technologie eingerichtet.

vom 25. Juli 1972,⁷²³ womit fortan alle Grund- und Hauptschullehrer/innen in Bayern die bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 vorgesehene und in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch von den Alliierten geforderte volluniversitäre Ausbildung mit einer Studiendauer von drei bzw. vier Jahren erhielten.⁷²⁴

Parallel zur Änderung der Lehrerbildung wurden durch das ebenfalls kurz vor der Landtagswahl verkündete **Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulweges** vom 12. Oktober 1970 die Beförderungskosten für einen einfachen Schulweg ab einer Entfernung von zwei Kilometern durch den Freistaat Bayern übernommen, wobei die Kommunen für die Planung und Organisation des Schülertransports zuständig waren. Die Regelungen waren eine Folge der mit dem Volksschulgesetz vom 19. Oktober 1966 eingeführten Verbandsschulen, mit denen die zahlreichen und wegen zu geringer Schülerzahlen vielfach nicht untergliederten Dorfschulen durch neue, staatlich mit Sonderkonditionen (bis zu 80 % statt 60 % der Baukosten) geförderte, nach Grund- und Hauptschulen und Jahrgangsstufen gegliederte und von Schulverbänden mehrerer Gemeinden zu errichtende **Mittelpunktschulen** abgelöst wurden. Während sich durch den Bau von Mittelpunktschulen in ländlichen Regionen die Gesamtzahl der Volksschulen in Bayern von 7.000 auf 3.000 reduzierte,⁷²⁵ galt die 1970 eingeführte

⁷²³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4, Erster Teil: Geschichte der Schule in Bayern, Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten und Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.705-707: Während der Studienbeginn an der 1962 gegründeten Universität Regensburg zum Wintersemester 1967/68 und an der 1969 gegründeten Universität Augsburg 1970 erfolgt war, nahm die 1971 gegründete Universität Bayreuth erst zum Wintersemester 1975/76 den Studienbetrieb auf, weshalb die ehemalige PH Bayreuth als Erziehungswissenschaftliche Fakultät bis dahin an der Universität Erlangen-Nürnberg verblieben war. In Bamberg wurde 1972 durch einen Zusammenschluss der Theologischen Hochschule, der Pädagogischen Hochschule und der Höheren Fachschule für Sozialwesen eine Gesamthochschule gegründet, die 1979 in Otto-Friedrich-Universität Bamberg umbenannt wurde.

⁷²⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.815: „Neu war ferner in der Konzeption der Volksschullehrerbildung, dass das Studium sowohl in einem sechssemestrigen als auch in einem achtsemestrigen Studium absolviert werden konnte, wobei sich im Anschluss an das Langstudium die Möglichkeit der Promotion anbieten konnte.“

⁷²⁵Entsprechend den traditionellen Regelungen hatte auch nach dem Schulorganisationgesetz von 1950 jede Gemeinde und damit jedes selbstständige Dorf wenigstens eine Schule zu unterhalten. Die Ablösung der nicht oder kaum gegliederten Dorfschulen durch Schulverbände und Mittelpunktschulen war eine Folge des in den ländlichen Regionen Bayerns erfolgten Strukturwandels, der wiederum auf die Zuweisung von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Zuwanderung von Menschen aus der DDR bis zum Mauerbau 1961, den Wirtschaftsaufschwung in den 1950er Jahren sowie auf den zunehmenden Bau von nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz von 1956 geförderten Eigenheimen durch Stadtbewohner zurückzuführen war.

Als Konsequenz war in dem von Kultusminister Theodor Maunz 1963 vorgelegten Bayerischen Bildungsplan mit der Begründung, dass sich das Dorf durch die Umschichtung der Bevölkerung, die enge Verflechtung mit der Stadt und die wachsende Technisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft in seinem äußeren Erscheinungsbild wie auch im geistig-seelischen Bereich entscheidend gewandelt habe, festgelegt worden, dass für Landschulen die gleichen Grundsätze gelten sollten wie für Stadtschulen. Im Prinzip war damit bereits ein Lösungsansatz für die von Georg Picht 1964 in dem Buch Die Bildungskatastrophe massiv kritisierten Bildungsunterschiede zwischen Stadt und Land vorweggenommen worden.

Da außerdem das Schulverbandsgesetz von 1961, wenn auch in sehr begrenztem Umfang, die Bildung von Schulverbänden zugelassen hatte, weigerte sich nach dem Rücktritt von Theodor Maunz der ab Oktober 1964 amtierende Kultusminister Ludwig Huber, kleinste Dorfschulen beizubehalten oder zu neuen kleinen Dorfschulen zusammenzufassen, und sprach sich für größere Einheiten aus, die nach Zustimmung des Landtags mit dem Volksschulgesetz vom 19. Oktober 1966 als Verbands- und Mittelpunktschulen ermöglicht wurden. Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des

Kostenfreiheit des Schulweges ab einer Entfernung von zwei Kilometern zwischen Wohn- und Schulstandort aus Gründen der Gleichbehandlung auch in Städten, kam aber in Fürth überwiegend nur Schüler/innen an weiterführenden Schulen zugute, da die Grund- und Hauptschulen nach dem Schulsprengelprinzip damals noch meist in der Nähe der jeweiligen Wohnstandorte lagen.⁷²⁶

Nach der Landtagswahl am 22. November 1970, bei der die CSU mit einem Stimmenanteil von 56,4 % und 124 Sitzen ihre absolute Mehrheit im Landtag ausbauen konnte und neben der SPD mit einem Stimmenanteil von 33,3 % und 70 Sitzen auch die FDP mit einem Stimmenanteil von 5,6 % und 10 Sitzen wieder in den Landtag einzog, wurde Ludwig Huber am 8. Dezember 1970 zum Finanzminister und Professor Hans Maier zum neuen Kultusminister ernannt.⁷²⁷ Im ersten Jahr der Amtszeit von Hans Maier legte die Kultusministerkonferenz am 2. Juli 1971 einen **Entwurf zur Vereinheitlichung und Neuregelung der gymnasialen Oberstufe durch eine Kollegstufe** vor, der von folgenden Grundsätzen ausging: Pflicht- und Wahlfächer aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen, dem sprachlichen und literarisch-künstlerischen sowie dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Das Klassenprinzip sollte nach der 11. Jahrgangsstufe durch ein System von Halbjahreskursen (Semestern) ersetzt und von den Kollegiatinnen und Kollegiaten in zwei zu wählenden Leistungskursfächern die wissenschaftliche Studierfähigkeit eingeübt werden.⁷²⁸ Parallel wurde in Bayern der bisherige Kind bezogene und volkstümliche Grundschulunterricht mit dem **Lehrplan**

Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.751 und S.842-847.

⁷²⁶Dies änderte sich in Fürth erst ab Mitte der 1970er Jahre, als für die Wohnstandorte in Dambach, Unterfürberg und Oberfürberg die neue gemeinsame Grundschule an der Oberfürberger Straße als eine Art innerstädtischer Mittelpunktschule entstand und zunächst der Grundschulstandort an der Adalbert-Stifter-Straße in der Heilstättensiedlung und Mitte der 1980er Jahre auch der Grundschulstandort an der Weiherhofer Straße in Dambach aufgelöst wurde.

⁷²⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.781. Siehe auch den Artikel Hans Maier, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 04.12.2020.

Hans Maier (geboren 1931) hatte nach dem Abitur Geschichte, Germanistik, Romanistik und Philosophie studiert und 1956 das Staatsexamen für das höhere Lehramt abgelegt. 1957 wurde er nach Vorlegen einer Dissertation zum Thema Revolution und Kirche, Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie 1789-1850 promoviert und habilitierte sich 1962 mit einer Schrift über Thomas von Aquin (1225-1274). Danach wurde er noch 1962 Professor für politische Wissenschaften am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München und war von 1966 bis 1970 Mitglied der Bildungskommission des 1965 von Bund und Ländern gegründeten Deutschen Bildungsrates.

Als Professor für Politische Wissenschaften veröffentlichte Hans Maier 1969 ein Buch unter dem Titel Politische Wissenschaft in Deutschland, Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis, 1970 ein Buch zur Kritik der Politischen Theologie sowie zusammen mit Joseph Ratzinger (geboren 1927 und von 2005 bis 2013 Papst Benedikt XVI.) - der nach einer Promotion zum Dr. theol. 1953 und einer Habilitation 1957 sowie mehreren kurzzeitigen Professuren an der Hochschule Freising, der Universität Bonn, der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Münster und der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen im Jahr 1969 Professor für Dogmen und Dogmengeschichte der 1962 gegründeten Universität Regensburg geworden war - ein Buch zum Thema Demokratie in der Kirche, Möglichkeiten und Grenzen.

Abgesehen von den engen thematischen und persönlichen wissenschaftlichen Kontakten zur katholischen Kirche war Hans Maier zu Beginn seiner Amtszeit als Kultusminister weder Mitglied der CSU noch des Bayerischen Landtages. Landtagsabgeordneter wurde er erst nach der Landtagswahl am 15. Oktober 1978 mit einem CSU-Mandat für den Wahlkreis Günzburg und gehörte dem Landtag bis zu seiner Mandatsniederlegung am 31. Dezember 1987 an. Danach übernahm er von 1988 bis zu seiner Emeritierung 1999 eine Professur für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München.

⁷²⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.800f.

für Grundschulen von 1971 durch einen vereinfachten wissenschaftsorientierten Unterricht ersetzt. Dies geschah durch die Mathematisierung des Rechenunterrichts einschließlich Mengenlehre und die Einführung des Faches Sachkunde mit vereinfachtem Physik- und Chemieunterricht anstelle der bisherigen Heimatkunde. Da sich bei der Umsetzung des neuen Lehrplans immer wieder Überforderungen der in erster Linie noch in konkreten Alltagserfahrungen und heimatlicher Verbundenheit denkenden sechs- bis zehnjährigen Schüler/innen zeigten, wurde der Lehrplan für Grundschulen von 1971 schon 1974 einer Korrektur unterzogen, indem das Fach Sachkunde in Heimat- und Sachkunde umbenannt und anstelle eines frühen Fachunterrichts wieder ein heimatlicher Bezug zur Lebens- und Erfahrungswelt der Kinder hergestellt wurde.⁷²⁹

Durch das am 26. August 1971 verkündete **Bundesausbildungsförderungsgesetz** wurde von der sozialliberalen Koalition außerdem die von Bundeskanzler Erhard bereits in der Regierungserklärung am 10. November 1965 geäußerte Ankündigung umgesetzt, dass die Bundesregierung ihren Teil dazu beitragen werde, dass alle bildungswilligen und bildungsfähigen jungen Menschen unabhängig von wirtschaftlichen Voraussetzungen die Ausbildung erhalten, die ihrer Begabung und Neigung entspricht. Im Gegensatz zu der seit 1966 in Bayern praktizierten Begabtenförderung war die zum 1. Oktober 1971 in Kraft tretende Bundesausbildungsförderung nicht mehr an einen Mindestnotendurchschnitt gebunden, sondern nur noch an eine Unterhaltsbedürftigkeit durch zu niedrige anrechnungspflichtige Einkommen und Vermögen von Schüler/innen ab der 11. Jahrgangsstufe und von Studierenden sowie der privatrechtlich unterhaltspflichtigen Eltern geknüpft. Die finanziellen Aufwendungen für die öffentlichen Unterstützungsleistungen, die bei Schüler/innen als reiner Zuschuss und bei Studierenden als Zuschuss mit Teildarlehen gewährt wurden, waren zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent von den Ländern aufzubringen.⁷³⁰ In der Stadt Fürth war bereits 1968 für die bayerische Begabtenförderung von Schüler/innen an weiterführenden Schulen, die nicht mehr volksschulpflichtig waren, ein dem **Schulverwaltungsamt angegliedertes Ausbildungsförderungsamt** eingerichtet worden, das nun die Bearbeitung der Förderanträge von Schüler/innen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz übernahm. Insgesamt erhielten in Fürth von 1968 bis 1973 2.215 Schüler/innen eine finanzielle Ausbildungsförderung.⁷³¹

Aufgrund einer noch am Ende der Amtszeit von Kultusminister Huber erlassenen Bekanntmachung vom 27. Oktober 1970 beteiligte sich das **Hardenberg-Gymnasium** an der Kaiserstraße ab dem Schuljahr 1971/72 als eines von insgesamt 40 Gymnasien in Bayern an einem Schulversuch zur Kollegstufe.⁷³² Ab dem Schuljahr 1972/73 nahm auch das **Helene-Lange-Gymnasium** am Tannenplatz an dem Schulversuch zur Kollegstufe teil.⁷³³ Am **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** an der Königstraße wurde der zum Schuljahr 1962/63 mit grundständigem Latein eingeführte neusprachliche Zweig

⁷²⁹Vgl.: Ebd., S.871-873.

⁷³⁰Vgl.: Bundesgesetz über die individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) vom 26. August 1971, in: Bundesgesetzblatt 1971, Nr.87, S.1409-1424.

⁷³¹Vgl.: Max Eichler, Der Wiederaufbau der Fürther Schulen nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42, hier: S.40.

⁷³²Vgl.: Hardenberg Gymnasium Fürth, Jahresbericht 1970/71, S.5-10 und Jahresbericht 1971/72, S.8-13.

⁷³³Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.41.

ab 1973 auch mit Englisch als erster Fremdsprache angeboten, wodurch die Neuansmeldungen erneut anstiegen.⁷³⁴ Gleichzeitig bemühte sich dort der seit 1972 amtierende Schulleiter 1974 um eine Teilnahme am Schulversuch zur Kollegstufe, scheiterte aber an der fehlenden Zustimmung des Lehrerkollegiums.⁷³⁵

Daneben war es 1971 erstmals zu einer **langfristigen Sommerferienregelung** gekommen, wozu die Kultusministerkonferenz bereits 1969 einen Arbeitsausschuss eingesetzt hatte, der die Länder nach Bevölkerungszahlen in sechs Gruppen einteilte (1. Nordrhein-Westfalen; 2. Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen; 3. Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein; 4. Bremen, Niedersachsen; 5. Baden-Württemberg und 6. Bayern), die im Zeitraum von Mitte Juni bis Ende Juli eines Jahres in dieser Reihenfolge mit den Sommerferien beginnen sollten. Auf dieser Grundlage beschloss die Kultusministerkonferenz am 4. Juni 1971 die erste langfristige Sommerferienregelung für die Jahre 1972 bis 1978.⁷³⁶ was angesichts der schon 1935 von Reichserziehungsminister Rust für die Staffelung der Sommerferien angeführten verkehrstechnischen Gründe und der ab Mitte der 1960er Jahre in der Bundesrepublik rasant wachsenden Automobilisierung, der bestehenden gesetzlichen und zunehmenden tarifvertraglichen Urlaubsansprüche sowie der Reiselust in der Bevölkerung immer wichtiger wurde, um das Verkehrsaufkommen einigermaßen bewältigen zu können.⁷³⁷

Während die städtische Real- und Handelsschule in Fürth am 25. Februar 1972 in **Hans-Böckler-Schule** umbenannt wurde,⁷³⁸ übernahm die Stadt Fürth mit den im

⁷³⁴Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.39.

⁷³⁵Vgl.: Ebd., S.42f.

⁷³⁶Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.241. Weitere langfristige Sommerferienregelungen folgten mit Beschlüssen der Kultusministerkonferenz vom 10. März 1977 für die Jahre von 1979 bis 1986 und vom 24. Juni 1983 für die Jahre von 1984 bis 1994.

⁷³⁷Vgl. zur Automobilisierung auch: Bernhard Schäfers, Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, 9. völlig überarbeitete Auflage, Konstanz, München 2012, Tabelle 33, S.264. In der Bundesrepublik hatte es 1950 nur 2,025 Mio. Kfz gegeben (darunter 0,54 Mio. Pkw und 0,93 Mio. Krafträder). Bis 1960 stieg der Bestand auf 8 Mio. Kfz (darunter 4,489 Mio. Pkw und 1,891 Mio. Krafträder), bis 1970 auf 16,783 Mio. Kfz (darunter 13,941 Mio. Pkw und 0,229 Mio. Krafträder), bis 1980 auf 27,116 Mio. Kfz (darunter 23,192 Mio. Pkw und 0,73 Mio. Krafträder) und bis 1990 auf 35,748 Mio. Kfz (darunter 30,685 Mio. Pkw und 1,414 Mio. Krafträder), so dass sich der Pkw-Bestand von 1950 bis 1960 verneunfacht und von 1960 bis 1970 bei einem Rückgang des Krafträderbestandes noch einmal verdreifacht hatte.

⁷³⁸Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.21. **Hans Böckler** (1875-1951) wurde in Trautskirchen geboren. Da sein Vater bereits seit 1869 in Fürth arbeitete, zog die gesamte Familie 1876 nach Fürth. Hier begann Hans Böckler 1888 eine Metallschlägerlehre, wurde 1894 Mitglied der SPD und des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), 1895 Mitbegründer des Arbeiter Turn- und Sportvereins (Tuspo), 1901 Vorsitzender des Fürther Gewerkschaftskartells und 1902 Gemeindebevollmächtigter. 1903 verließ er Fürth, um gewerkschaftliche Aufgaben im Saarland, in Frankfurt/Main und Breslau wahrzunehmen. 1914 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und 1915 nach einer schweren Verwundung entlassen. Von 1916 bis 1918 übernahm er wieder DMV-Funktionen in Danzig, Kattowitz und Siegen und war nach Unterzeichnung des Stinnes-Legin-Abkommens über eine Zentralarbeitsgemeinschaft von November 1918 bis März 1920 einer der beiden Gewerkschaftsvertreter im paritätisch auch mit zwei Vertretern der Arbeitgeber besetzten Sekretariat der Zentralarbeitsgemeinschaft. Anschließend wurde er Leiter des DMV in Köln, 1924 bis 1928 zudem Stadtverordneter in Köln, 1927 Leiter des ADGB-Bezirks Rheinland-Westfalen-Lippe mit Sitz in Düsseldorf und 1928 bis 1933 auch Reichstagsabgeordneter der SPD. Nach 1945 wurde Hans Böckler zunächst Vorsitzender des DGB in der

Rahmen der bayerischen Gebietsreform erfolgten **Eingemeindungen** von Sack, Bislohe, Braunsbach, Herboldshof, Steinach, Stadeln, Mannhof, Vach, Ritzmannshof und Flexdorf ab Mitte 1972 auch das 1930 errichtete **Volksschulgebäude an der Sacker Hauptstraße**, das Gebäude der **Hauptschule Stadelner Hauptstraße** und den 1970 begonnenen und 1974 fertiggestellten **Neubau für eine Grundschule an der Hans-Sachs-Straße in Stadeln** und das **Schulgebäude an der Zedernstraße in Vach**.⁷³⁹ Gleichzeitig wurde die **Volkshochschule Knoblauchland in die Volkshochschule Fürth** eingegliedert.⁷⁴⁰ Insgesamt führten die Eingemeindungen zu einem Zuwachs des Stadtgebietes von 4.461 Hektar auf 6.335 Hektar (+44 Prozent) sowie zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl, die sich seit 1948 von 104.503 Einwohner/innen ab Mitte der 1950er Jahre sukzessive auf 93.415 Einwohner/innen 1971 verringert hatte, auf wiederum 104.397 Einwohner/innen 1972.⁷⁴¹ Daneben hatte die **Hans-Böckler-Schule** im örtlichen Schulwesen am 5. Februar 1973 probeweise die **Fünf-Tage-Woche** eingeführt, die ab Schuljahresbeginn 1973/74 mit Zustimmung des Stadtrates für verbindlich erklärt wurde.⁷⁴² Zugleich gab es im Rahmen der im Hamburger Abkommen vom Oktober 1964 festgelegten Schulferiendauer von jährlich 75 Werktagen plus den für Tagungen von Lehrer/innen-Organisationen unterrichtsfrei zu haltenden vier Tagen nach Ostern in Bayern 1973 **erstmalig zweiwöchige Pfingstferien**.⁷⁴³

Angesichts der Raumprobleme der Schule an der Pestalozzistraße, die trotz der im Januar 1966 erfolgten Einweihung des Erweiterungsbaus aufgrund einer zunehmenden Wohnbebauung im Norden des Schulsprengels, neuer Hochhäuser am Laubenweg und an der Wolfringstraße sowie geburtenstarker Jahrgänge seit dem Schuljahr 1970/71 entstanden waren und zur Ausgliederung von Klassen in die Schulgebäude am Kirchenplatz und zu Missmut in der Bevölkerung geführt hatten, war das städtische Hochbauamt in Fürth bereits im Juni 1972 beauftragt worden, die Unterbringung von sechs Schulpavillons auf einem Grundstück zwischen der verlängerten Flur- und der Seeackerstraße zu prüfen. Da als Problemfelder auch der Raummangel der seit 1970 auf die Berufsschulen verteilten Fach- und Berufsoberschule sowie ein Planungsstopp

britischen Zone und ab Oktober 1949 Vorsitzender des DGB für die gesamte Bundesrepublik. In dieser Funktion setzte er 1950/51 mit der Androhung eines Generalstreiks die Weiterführung der von den Alliierten nach 1945 eingeführten paritätischen Montanmitbestimmung gegen den ehemaligen Kölner Oberbürgermeister und damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer durch. Vgl.: Ulrich Borsdorf, Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters 1875-1945, Köln 1982 sowie Vorstand der Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), 100 Jahre Industriegewerkschaft Metall. 1891 bis 1991. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, Köln 1991, S.334f., S.349, S.351, S.353 und S.377-386.

⁷³⁹Vgl. zu den örtlichen Eingemeindungen im Rahmen der bayerischen Gebietsreform 1972, mit der seitens der Staatsregierung die Absicht verfolgt wurde, größere Verwaltungseinheiten zu schaffen: Barbara Ohm, Fürth. Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.345-349. Durch die Gebietsreform 1972 verringerte sich die Anzahl der Landkreise in Bayern von 141 auf 71, die Anzahl der kreisfreien Städte von 48 auf 25. In Fürth kam es im Vorfeld der Gebietsreform vor allem in den Gemeinden Stadeln und Vach zu Widerständen gegen eine Eingemeindung und danach in beiden Ortsteilen 1979 zur Gründung von Bürgerinitiativen zur Wiederherstellung der Selbstständigkeit.

⁷⁴⁰Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.17.

⁷⁴¹Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, Tabelle 2.6, Entwicklung des Stadtgebietes, S.25 und Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand, S.33.

⁷⁴²Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.22.

⁷⁴³Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.241.

für die Erweiterung des Volksschulgebäudes in Sack wegen der Lage in der Einflugschneise des Flughafens Nürnberg hinzukamen, wurde schließlich ein **dreigeschossiger Schulneubau an der Seeacker Straße** mit 13 Klassen für Grundschul Kinder und weiteren Räumen zur vorübergehenden Unterbringung der Fach- und Berufsober- schule geplant, der im September 1974 fertiggestellt wurde.⁷⁴⁴

Zu einer dauerhaften und eigenständigen Unterbringung der **Fach- und Berufsober- schule** war bereits am 1. August 1972 ein aus der Stadt Fürth, dem Landkreis Fürth und dem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim bestehender **Zweckverband** ge- gründet worden.⁷⁴⁵ der seine Planungsaktivitäten fortan auf das ehemalige Landrats- amtsgebäude an der Amalienstraße/Dambacher Straße konzentrierte,⁷⁴⁶ das nach dem 1966 erfolgten Umzug der Landkreisverwaltung in das zwischen 1962 und 1966 errichtete neue Landratsamtsgebäude am Stresemannplatz 1967 zu einer Landwirt- schaftsschule umgebaut worden war.⁷⁴⁷ Zugleich begannen nach dem im Herbst 1968 auf Vorschlag von Schulreferent Karl Hauptmannl vom Stadtrat gefassten Grundsatz- beschluss und der 1970 erfolgten Ausschreibung eines Wettbewerbs im Oktober 1972 endlich die Arbeiten für den **ersten Bauabschnitt des Schulzentrums am Tannen- platz**, das von allen an der kooperativen Gesamtschule Fürth beteiligten Schulen ge- meinsam genutzt werden sollte. Im Verlauf der Bauphase erhielt die Schule am 9. Ok- tober 1973 durch das Kultusministerium eine endgültige Genehmigung als **Gesamt- schule Fürth**, wozu der **Handelsschulzweig der Hans-Böckler-Schule** am 1. Au- gust 1973 in einen **Wirtschaftsschulzweig** umgewandelt worden war.⁷⁴⁸ Die koope- rative Gesamtschule Fürth verfügte 1973 über 450 Schüler/innen in den 5. bis 9. Klas- sen der Hauptschule Maistraße, über 620 Schüler/innen in den 7. bis 10. Klassen des Realschulzweiges und über 550 Schüler/innen in den 8. bis 10. Klassen des Wirt- schaftsschulzweiges der Hans-Böckler-Schule sowie über 1.500 Schüler/innen in den 5. bis 13. Klassen des Helene-Lange-Gymnasiums,⁷⁴⁹ wobei es aufgrund des Schu- lraum mangels am Helene Lange-Gymnasium zu einem kompletten Schichtunterricht von 7.50 Uhr bis 17.50 Uhr kam.⁷⁵⁰

Während der Bayerische Rundfunk nach der Einführung des Schulfernsehens im Herbst 1964 seine über das Dritte Fernsehprogramm ausgestrahlten Bildungsaktivitä-

⁷⁴⁴Vgl.: Karl Dubois, 1974 – ein Schulbaujahr, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.49-60, hier: S.58. Siehe auch: Pestalozzische Schule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzische Schule 1906-2006, Fürth 2006, S.41f.

⁷⁴⁵Fernmündliche Mitteilung des Schulverwaltungsamtes der Stadt Fürth vom 26.11.2020.

⁷⁴⁶Vgl.: Adolf Schwammberger, Fürth von A-Z. Ein Geschichtslexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988, S.236, Stichwort Landratsamt. Als Institution ging das Landratsamt auf das Bezirksamt zurück, das in Fürth 1862 im Gebäude Königstraße 76 und damit in der ehemaligen Armen- und Waisenschule untergebracht worden war. 1899 erwarb der bay- erische Staat dann ein Grundstück an der Amalienstraße/Dambacher Straße, um ein eigenes Bezirk- samtsgebäude zu errichten, das am 17. November.1901 bezogen wurde. In der NS-Zeit wurden die Bezirksämter 1939 in Landratsämter umbenannt. 1967 hatte der Landkreis Fürth 74.058 Einwohner.

⁷⁴⁷Vgl.: Ebd., S.332, Stichwort Schulhäuser. Siehe auch den Artikel Landkreis Fürth, in: www.fürthwiki.de, hier: Ausdruck vom 28.10.2020.

⁷⁴⁸Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jäh- rigen Jubiläum, Fürth 2009, S.22.

⁷⁴⁹Vgl.: Horst Gemeinhardt, Zur Geschichte der Gesamtschule Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.43-47, hier: S.43. Zusammen waren dies immerhin 3.120 Schüler/innen.

⁷⁵⁰Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.41.

ten mit der am 2. Januar 1967 begonnenen und zur Mittleren Reife führenden Sendereihe **Telekolleg I** sowie der 1972 eingeführten und zur Fachhochschulreife führenden Sendereihe **Telekolleg II** auch auf die Erwachsenenbildung und den Zweiten Bildungsweg ausgedehnt hatte,⁷⁵¹ übernahm die **Volkshochschule Fürth** in der örtlichen Erwachsenenbildung 1973 die Tages- und Abendkurse im Schneidern, Nähen, Kochen, Waschen, Weben und Servieren der im Juni 1945 eingerichteten und seit 1964 in den Räumen des Schulgebäudes Mathildenstraße 7 untergebrachten **Bildungsstätte für Frauen**.⁷⁵² Daneben erweiterte die **staatliche Realschule an der Ottostraße** das Unterrichtsangebot ab dem Schuljahr 1973/74 auf die Fächer Haushalt und Ernährung, Werken und Kunst der Wahlpflichtfachgruppe III.⁷⁵³

Im Rahmen der Mitte der 1960er zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bundesweit eingeleiteten Bildungs- und Qualifizierungsoffensive war der **Neubau moderner Grund-, Haupt- und Sonderschulen** in Fürth ebenfalls zu einem großen kommunalen Handlungsfeld geworden. Dazu zählten neben den 1966 und 1970 eingeweihten **Erweiterungsbauten der Schulen an der Pestalozzi- und an der Soldnerstraße** und dem ab 1972 geplanten und 1974 fertiggestellten **Schulneubau an der Seeackerstraße** auch:

- Der 1969 mit einem Stadtratsbeschluss zur Ausschreibung eines Wettbewerbs eingeleitete Neubau einer **Haupt- und Sonderschule mit Schulkindergarten und Zweigstelle der Volksbücherei am Finkenschlag**, dessen erster Bauabschnitt (Sonderschule für lernbehinderte Kinder und Jugendliche, Zweigstelle der Volksbücherei) im November 1971 begonnen und 1974 fertiggestellt wurde.⁷⁵⁴
- Der ebenfalls 1969 mit einem Planungsauftrag des Stadtrates eingeleitete Neubau einer **Grundschule an der Oberfürberger Straße**, der 1973 begonnen und 1974 fertiggestellt wurde.⁷⁵⁵

⁷⁵¹Vgl. den Artikel Telekolleg, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 31.08.2020. Unter der ursprünglichen Bezeichnung Studienprogramm wurde die zur Mittleren Reife führende Sendereihe **Telekolleg I** zunächst nur in Bayern ausgestrahlt. Als 1972 die in zwei Unterrichtsjahren zur Fachhochschulreife führende Sendereihe **Telekolleg II** eingeführt wurde, waren die Träger des Programms bis 2002 die Kultusministerien der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie nach der Deutschen Einheit 1990 auch Brandenburg. Wegen schwindender Nachfrage war die Sendereihe **Telekolleg I** bereits 1984 eingestellt worden. Bis dahin hatten über diesen Zweiten Bildungsweg im Fernsehen etwa 22.000 Personen die Mittlere Reife nachgeholt.

⁷⁵²Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelmann zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.19f.: „Mit der Pensionierung der Studiendirektorin der Berufsschule III, Paula Weber Ende des Schuljahres 1972/73, endeten die Kurse der Bildungsanstalt für Frauenarbeit. Die Lehrkräfte und die Kurse der Bildungsanstalt wurden der Volkshochschule Fürth angegliedert, mit eigenem Programm innerhalb des Volkshochschulangebotes. Die Kurse der Bildungsstätte waren billiger wie die VHS-Kurse... Im Gegensatz zur Volkshochschule gab es Halbjahreskurse und keine Trimester.“

⁷⁵³Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.24.

⁷⁵⁴Vgl.: Karl Dubois, 1974 – ein Schulbaujahr, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.49-60, hier: S.49f.

⁷⁵⁵Vgl.: Ebd., S.55. Ergänzend anzumerken ist, dass der Planungsauftrag des Stadtrates zur Errichtung einer Grundschule an der Oberfürberger Straße in unmittelbarem Zusammenhang mit der beabsichtigten Ersetzung der 1941 errichteten, 1948 für Wohnzwecke von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern aus dem Sudetenland und 1949/1952 zur Unterbringung einer Volksschule an der Adalbert-Stifter-Straße umgebauten 30 Luftwaffenhelferinnen-Baracken an der Heilstättenstraße durch zeitgemäße Wohnungen mit moderner Ausstattung stand. Die Stadt Fürth hatte dazu Ende der 1960er Jahre einen Bebauungsplan für mehrere Hochhäuser erstellt, von denen allerdings nur zwei, von der

- Der in den Jahren 1975 bis 1977 mit einer staatlichen Förderung von 1 Million DM durch die Lebenshilfe Fürth errichtete Neubau einer modernen **Sonderschule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche an der Aldringer Straße**, wo im Rahmen des 1969 von der Großen Koalition verabschiedeten und 1970 in Kraft getretenen Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) in den Jahren 1971 bis 1973 bereits eine Beschützende Werkstatt zur beruflichen Integration von 45 geistig Behinderten entstanden war.⁷⁵⁶

Parallel wurde im September 1974 der im Oktober 1972 begonnene erste Bauabschnitt **des Schulzentrums am Tannenplatz mit den Klassen- und Fachräumen** fertiggestellt und am 11. Oktober 1974 offiziell eingeweiht.⁷⁵⁷ Durch die vorläufige Unterbringung in Räumen des ebenfalls fertiggestellten Schulgebäudes an der Seeackerstraße lautete die offizielle **Adresse der Fach- und Berufsoberschule** ab Schuljahresbeginn 1974/75 nicht mehr Fichtenstraße 9, sondern Flurstraße 81. Zugleich zogen 1974 die **Geschäftsstelle und das Bildungs- und Informationszentrum (BIZ) der Volkshochschule Fürth** in das 1864 für die damalige königliche Gewerbe- und Handelsschule errichtete dreigeschossige, repräsentative Schulgebäude **Ecke Blumenstraße/Julienstraße (ab 1982 Hallemannstraße)**. Neben den dort vorhandenen Räumen erhielt die Volkshochschule Fürth für Tageskurse noch zusätzliche Raumkapazitäten in der Theresienstraße und bis 1986 auch im Gebäude Mathildenstraße 7.⁷⁵⁸

Die Mitte der 1960er Jahre zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Bundesrepublik eingeleitete Bildungsoffensive war nicht nur mit baulichen Aktivitäten, sondern auch mit neuen Formen eines technisch unterstützten Unterrichts verbunden. Dazu zählte beispielweise die **Sprachlaborarbeit** in modernen Fremdsprachen, die in Fürth mit dem im Schuljahr 1966/67 von der Firma Grundig der Stadt Fürth geschenkten und im Volksschulgebäude Maistraße für alle Schulen untergebrachten Sprachlabor begonnen und bis Mitte der 1970er Jahre zur Einrichtung von Sprachlaboren an allen örtlichen Realschulen und Gymnasien geführt hatte. Außerdem hatte das **Hardenberg-Gymnasium** an der Kaiserstraße schon 1970 eine **EDV-Abteilung** für

städtischen WBG errichtete 13-geschossige Hochhäuser an der Heilstättenstraße 135 und 137 zur Ausführung kamen, da nach Protesten und Unmutsäußerungen in der Bevölkerung die anschließenden Neubauten der Bau- und Siedlungsgenossenschaft Fürth lediglich halb so hoch ausfielen (vgl. den Artikel Heilstättensiedlung, in: fürthwiki.de, hier: Ausdruck vom 29.06.2020).

Die **Bau- und Siedlungsgenossenschaft Fürth** war im Dezember 1948 von aus dem Komotauer Raum im Sudetenland stammenden Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern zur Verwaltung der zu Behelfswohnungen umgebauten Luftwaffenhelferinnen-Baracken gegründet worden. Im Rahmen der staatlichen Förderung nach dem Ersten Wohnungsbaugesetz von 1950 hatte die Bau- und Siedlungsgenossenschaft dann 1953/54 in der Flurstraße, 1957 und 1960 in der Erlanger Straße, 1961 am Prater sowie 1964 in der Aussiger Straße auf der Hardhöhe mehrere Wohngebäude errichtet, bevor sie sich von 1972 bis 1978 dem Neubau von 148 modernen Wohnungen in mehrgeschossigen Gebäuden in der Heilstättensiedlung widmete, denen 1985 und 1986 noch jeweils zwei moderne Wohngebäude an der Paul-Keller-Straße folgten. Vgl.: Heinz Erban, Die Bau- und Siedlungsgenossenschaft Fürth, in: Dambach, Oberfürberg, Unterfürberg. 100 Jahre bei Fürth 1901-2001, Fürth 2001, S.52f.

⁷⁵⁶Vgl.: Lebenshilfe Fürth e.V. 1961-2001, in: Lebenshilfe Fürth aktuell, Nr.1/2001, S.5-8, hier: S.5f. Im Jahr 1974 hatte auch die Frühförderung der Lebenshilfe Fürth ihre Arbeit aufgenommen und nach der Fertigstellung der modernen Sonderschule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche an der Aldringer Straße zogen die Bewohner des Wohnheims der Beschützenden Werkstatt 1977 in das 1968 errichtete Lehrlingswohnheim des Diakonischen Werkes an der Friedrich-Ebert-Straße um.

⁷⁵⁷Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.41 und Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.22.

⁷⁵⁸Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.30.

freiwillige Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, in denen Lehrkräfte für Mathematik und Physik interessierten Schüler/innen Kenntnisse im Programmieren von Kleincomputern vermittelten.⁷⁵⁹ Nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts des modernen Schulzentrums am Tannenplatz im Jahr 1974 erhielt das **Helene-Lange-Gymnasium** anlässlich des 25. Gründungsjubiläums seiner **Elternvereinigung** nach einer Spendenammlung mit einem Erlös von 30.000 DM am 26. November 1975 ebenfalls einen modernen, mehrsprachigen Kleincomputer.⁷⁶⁰

Zu diesem Zeitpunkt wurden die Aktivitäten im Bildungswesen bereits von der Weltwirtschaftskrise 1974/75 überlagert, deren Auswirkungen nicht so rasch wie bei der Wirtschaftskrise 1966/67 überwunden werden konnten, da das um den Preisanstieg bereinigte, reale Bruttoinlandsprodukt, das 1974 nur um 0,9 Prozent gestiegen und 1975 sogar um 0,9 Prozent gesunken war, von 1976 bis 1980 zwar wieder eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von knapp 3,4 Prozent erreichte, aber zugleich die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von 582.000 Personen 1974 auf 1.029.985 Personen 1977 stieg und 1980 immer noch bei 888.900 Personen lag.⁷⁶¹ Während Bundeskanzler Helmut Schmidt,⁷⁶² der nach dem Rücktritt von Willy Brandt im Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt worden war,⁷⁶³ im November 1974 noch davon ausging, wieder „sehr schnell in ein Fahrwasser von erheblichen Produktivitätszuwächsen“ zu kommen,⁷⁶⁴ wies er zwei Jahre später in der Rundfunk- und Fernsehansprache

⁷⁵⁹Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, S.24.

⁷⁶⁰Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.42.

⁷⁶¹Vgl.: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2013, Wiesbaden 2013, S.315.

⁷⁶²**Helmut Schmidt** (1918-2015) hatte sich nach dem Abitur freiwillig zum Wehrdienst gemeldet, den er bei der Flakartillerie in Bremen absolvierte, wo er ab 1939 bei der Luftverteidigung eingesetzt wurde, bevor er von August bis Ende 1941 als Flakartillerieoffizier an die Ostfront kam. Ab 1942 war er dann Referent für Ausbildungsvorschriften der leichten Flakartillerie im Reichsluftfahrtministerium und geriet im April 1945 in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er am 31. August 1945 entlassen wurde. Anschließend studierte Helmut Schmidt an der Universität Hamburg Volkswirtschaftslehre und wurde 1949 Diplom-Volkswirt. Politisch schloss er sich im März 1946 der SPD an und wurde 1947/48 Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in der britischen Zone. Von 1953 bis Anfang 1962 und von 1965 bis 1987 war er Mitglied des Bundestages, in der dazwischenliegenden Zeit von Ende 1961 bis Ende 1965 Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg, wo er durch eine erfolgreiche Koordination des Großeinsatzes von Polizei, Rettungsdiensten, THW und Bundeswehr bei der Sturmflut an der Nordseeküste im Februar 1962 hohes Ansehen als Krisenmanager erwarb. Während der Großen Koalition von 1967 bis 1969 wurde er Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, danach von 1969 bis 1972 Bundesverteidigungsminister, ab Frühjahr 1972 Bundeswirtschafts- und -finanzminister und ab Herbst 1972 Bundesfinanzminister. Vgl. den Artikel Helmut Schmidt, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.05.2021.

⁷⁶³Vgl. zum Rücktritt von Willy Brandt, Arnulf Baring, Machtwechsel, Die Ära Brandt-Scheel. In Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Stuttgart, 4. Auflage 1983, S.722-759. Mit seinem Rücktritt im Mai 1974 übernahm Willy Brandt die politische Verantwortung in der Agentenaffäre Günter Guillaume (1927-1995), der 1956 von der Stasi der DDR als „Flüchtling“ in die Bundesrepublik eingeschleust, 1957 Mitglied und ab 1964 hauptamtlicher Funktionär der hessischen SPD geworden und wegen seines Organisationstalents vom Bundeskanzleramt 1972 als persönlicher Kanzlerreferent eingestellt worden war. Außerdem hatte man zwei Monate vor dem Rücktritt von Willy Brandt am 22. März 1974 noch mit großer Mehrheit, „also auch mit Unionsstimmen, die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre beschlossen (obwohl es in allen Parteien Zweifel an der Weisheit dieser Entscheidung gab, aber niemand wollte damals als jugendfeindlich, als gestrig gelten)“ (Ebd., S.719).

⁷⁶⁴Bundeskanzler Helmut Schmidt, Stabilität und Reformen, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 23.11.1974, Nr.141, S.1416-1418, hier: S.1418.

zum Jahreswechsel 1976/77 darauf hin, dass man sich derzeit in einem tiefen Veränderungsprozess der Weltwirtschaft befinde und nichts wieder so sein werde wie vor 1974.⁷⁶⁵

Auf die seit 1974 veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatte die **Volkshochschule Fürth** bereits 1975 reagiert, als sie unter dem Motto „Ohne Quali keine Lehrstelle“ für Jugendliche die **Möglichkeit zum Nachholen des Qualifizierenden Hauptschulabschlusses** einführte, wobei das nachholende Bildungs- und Qualifizierungsangebot im Laufe der Zeit zu einer Dauereinrichtung an der örtlichen Volkshochschule wurde.⁷⁶⁶ Bundesweit wurde zum 1. Januar 1976 für Jugendliche durch eine Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes das Mindestalter zur Aufnahme einer Beschäftigung von 14 auf 15 Lebensjahre erhöht und für Berufsschultage mit mindestens fünf Unterrichtsstunden eine Freistellung von der Arbeit festgelegt.⁷⁶⁷

Mit Schuljahresbeginn 1976/77 wurde in Bayern dann die **Kollegstufe als Regelform der gymnasialen Oberstufe verbindlich** eingeführt, was nach dem gemeinsamen Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 schon im Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 25. Februar 1974 angekündigt worden war. Um alle Schüler/innen über die Bedingungen der Kollegstufe zu informieren, hatte das Staatsinstitut für Schulpädagogik im März 1974 eine Broschüre unter dem Titel „Einführung in die Kollegstufe von Gymnasien“ veröffentlicht.⁷⁶⁸ Durch die verbindliche Einführung zum Schuljahr 1976/77 musste nun die Kollegstufe in Fürth auch am Heinrich-Schliemann-Gymnasium an der Königstraße umgesetzt werden, das sich trotz der Bemühungen seines seit 1972 amtierenden Schulleiters im Gegensatz zum Hardenberg-Gymnasium an der Kaiserstraße (seit dem Schuljahr 1971/72) und zum Helene-Lange-Gymnasium am Tannenplatz (seit dem Schuljahr 1972/73) wegen der 1974 nicht zustande gekommenen Zustimmung des Lehrerkollegiums nicht am Schulversuch zur Kollegstufe beteiligt hatte.⁷⁶⁹ Anlässlich der verbindlichen Einführung resümierte Kultusminister Hans Maier in einer Rede vor der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren am 12. November 1976, dass der Zweck der Neuordnung der gymnasialen Oberstufe weitgehend erreicht sei, da mit dem Kollegstufenmo-

⁷⁶⁵Vgl.: Rede des Bundeskanzlers zum Jahreswechsel 1976/77, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 04.01.1977, Nr.1, S.1f., hier: S.1.

⁷⁶⁶Vgl.: Barbara Ohm, 75 Jahre Volkshochschule Fürth. Eine Erfolgsgeschichte, herausgegeben von der Volkshochschule Fürth, Fürth 2021, S.32f.

⁷⁶⁷Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familien und Integration, Kinder- und Jugendarbeitsschutz. Unterrichtshilfe für Lehrkräfte, München 2014, S.9.

⁷⁶⁸Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.801f. In der Broschüre wurden die Einzelheiten der Kollegstufe beschrieben, zu denen zwei Leistungskurse mit jeweils sechs Wochenstunden, Grundkurse mit jeweils zwei bis vier Wochenstunden, eine separate Abiturprüfung und die Vergabe von Punkten statt Noten zählten. Insgesamt konnten sowohl in den zwei Leistungskursen inklusive der Facharbeit in einem Leistungskurs als auch in den Grundkursen und in der Abiturprüfung in vier Fächern (die zwei Leistungskurse und zwei Grundkurse) jeweils maximal 300 Punkte erreicht werden. Um die Allgemeine Hochschulreife zu erhalten, waren in den zwei Leistungskursen, den Grundkursen und der separaten Abiturprüfung jeweils mindestens 100 Punkte erforderlich.

⁷⁶⁹Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.42f.

dell die Studierfähigkeit der Abiturientinnen und Abiturienten verbessert, das Grundwissen auch in der Breite abgesichert und die Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung gefördert werden könne.⁷⁷⁰

Zu Beginn des Schuljahres 1976/77 wurden in Bayern außerdem die bereits Mitte der 1960er Jahre mit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und dem zunehmenden Familiennachzug verbundenen Organisationsprobleme der **Beschulung von Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit** verbindlich geregelt, indem Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die dem Unterricht in deutscher Sprache ohne Sprachprobleme folgen konnten, den **Regelklassen** zugeteilt wurden, während für Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die dem Unterricht in einer deutschen Regelklasse nicht folgen konnten oder deren Eltern sich ausdrücklich dafür entschieden, **Übergangsklassen** mit Unterricht in der Herkunftssprache und in deutscher Sprache einzurichten waren.⁷⁷¹ Der zweisprachige Unterricht wurde zudem auf **weiterführende Schulen** ausgedehnt. „Ähnlich wie bei den Realschulen wurden auch an den Gymnasien für Kinder ausländischer Arbeitnehmer besondere Fördermaßnahmen vorgesehen. Durch die Einbringung der Muttersprache in den Fächerkanon des Gymnasiums, durch die Verlegung des Beginns der regulären Fremdsprache in die 7. Jahrgangsk-

⁷⁷⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.803.

⁷⁷¹Vgl.: Ebd., S.1040-1045: Obwohl aufgrund der ab Mitte der 1950er Jahre bestehenden Vollbeschäftigung zur Mobilisierung einfach qualifizierter Arbeitskräfte bereits 1955 ein erstes Abkommen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte mit Italien geschlossen worden war, dem 1960 Abkommen mit Griechenland und Spanien sowie nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 weitere Abkommen mit der Türkei 1961, Marokko 1963, Portugal 1964, Tunesien 1965 und Jugoslawien 1968 folgten und bis Oktober 1964 schon eine Million ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik gekommen waren, wurde die mit dem in Etappen erfolgenden Familiennachzug - bei dem die Ehefrauen ausländischer Arbeitskräfte zunächst mit ihren meist jüngeren Kindern kamen und die älteren Kinder nachgeholt wurden - verbundene Beschulung von Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit vom Kultusministerium eher nachrangig behandelt. „Das Bild, das man sich von einem kurzen Aufenthalt der Ausländer machte, bestimmte auch die Maßnahmen, die für den Unterricht ihrer Kinder getroffen bzw. zunächst nicht getroffen wurden“ (Ebd., S.1040). Erst auf Druck der Konsulate Italiens, Griechenlands und Spaniens, denen eine schulische Bildung der Kinder im Falle der Rückkehr in das Heimatland besonders am Herzen lag und die immer wieder im Kultusministerium vorstellig geworden waren, wurden 1962/63 die Bezirksregierungen ermächtigt, in den Städten München, Nürnberg und Augsburg für Kinder der italienischen und griechischen Gastarbeiter an bayerischen Volksschulen einen Wahlunterricht mit bis zu 5 Wochenstunden in italienischer bzw. griechischer Sprache, Geschichte und Geografie einzurichten.

Als die Kultusministerkonferenz - die noch im Mai 1964 zur Vermittlung von Grundkenntnissen in Deutsch die Zusammenfassung von Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit in „Vorklassen“ empfohlen und zugleich vorgeschlagen hatte, auch Unterricht in der Muttersprache durch von den diplomatischen Vertretungen der Heimatländer zu vermittelnde Lehrkräfte anzubieten - am 3. Dezember 1971 mehrheitlich beschloss, Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit grundsätzlich in die Regelklassen zu integrieren, hielt das bayerische Kultusministerium an seiner Position fest, dass eine Integration in deutschsprachige Regelklassen eine Loslösung vom Heimatland bedeute und entwickelte 1972 das sogenannte „offene Modell“, das dem Erhalt der Muttersprache und der kulturellen Identität einen hohen Stellenwert beimaß.

Das Modell wurde zwischen 1972 und 1975 für Schüler/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zunächst in 81 Klassen und später in 215 Klassen erprobt und 1976 in Form der „Übergangsklassen“ für verbindlich erklärt. „Nachdem auch einige andere Länder Versuche mit zweisprachigem Unterricht unternommen hatten, beschloss die Kultusministerkonferenz am 8.4.1976 neue Regelungen... Die Vorbereitungsklassen blieben nicht mehr alleinige Unterrichtsform. Sie wurden durch Klassen mit Muttersprache und deutscher Sprache als Unterrichtssprache ergänzt. Übertritte aus diesen zweisprachigen Klassen in die Regelschule sind möglich. Damit war ein Großteil der bayerischen Vorstellungen übernommen worden“ (Ebd., S.1045).

stufe und durch die Intensivierung des Deutschunterrichts in den ersten beiden Jahrgangsstufen sollten insbesondere die sprachlichen Schwierigkeiten ausgeräumt werden.⁷⁷²

Im Bereich der Grund- und Hauptschulen wurde zu Beginn des Schuljahres 1976/77 die 1969 erfolgte organisatorische Trennung von Grund- und Hauptschulen aufgehoben, so dass es nun wieder **gemeinsame Grund- und Hauptschulen (GHS) mit einer gemeinsamen Schulleitung** gab.⁷⁷³ Zugleich wurde die **verbindliche Höchstzahl der Schüler/innen je Volksschulklasse auf 45 Kinder** begrenzt, aufgrund der im Volksschulbereich zunehmenden Anzahl der Schüler/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit die Anzahl der Lehrer/innen in Bayern von 44.208 Personen 1974 auf 46.887 Personen 1976 erhöht und an Hauptschulen der **Beginn des Unterrichts im Fach Arbeitslehre von der 8. auf die 7. Jahrgangsstufe** vorgezogen.⁷⁷⁴ Nach der 1964 und damit noch vor Verabschiedung des Sonderschulgesetzes von 1965 erfolgten Schaffung eines Staatsinstituts für die Ausbildung von Lehrer/innen an Sonderschulen in München veränderte sich mit dem **Lehrerbildungsgesetz von 1977** auch die Sonderschullehrerausbildung, indem das bisherige Zusatzstudium für Volksschullehrer/innen durch ein **eigenständiges Studium einer sonderpädagogischen Fachrichtung** ersetzt wurde.⁷⁷⁵

Ähnlich wie die Wirtschaftskrise 1966/67 hatte auch die Weltwirtschaftskrise 1974/75 sogleich die öffentlichen Finanzierungsspielräume des Bundes, der Länder und der Kommunen verengt, so dass die Stadt Fürth die **Planungen** für den nach dem Stadtratsbeschluss im Jahr 1968 und dem Grunderwerb im Jahr 1971 beabsichtigten **Neubau des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums am Kieselbühl**, zu dem Elternbeirat und Lehrerausschüsse schon gemeinsame Vorschläge für das Raumprogramm unterbreitet hatten, 1974 aus finanziellen Gründen vorläufig einstellte.⁷⁷⁶

Fortgeführt wurden in Fürth dagegen die Baumaßnahmen für das Gebäude der Haupt- und Sonderschule mit Schulkindergarten und Zweigstelle der Volksbücherei am Finkenschlag und für das Schulzentrum am Tannenplatz, wo 1974 die ersten Bauabschnitte fertiggestellt worden waren. Am 15. September 1978 erfolgte dann die **Einweihung der im zweiten Bauabschnitt des Schulzentrums am Tannenplatz** fertiggestellten Mensa und Schulbibliothek, der Zweigstelle der Volksbücherei und der Tiefgarage, wodurch der seit 1973 am **Helene-Lange-Gymnasium** von 7.50 Uhr bis 17.50 Uhr stattfindende Schichtunterricht beendet und zu einem regulären Vormittagsunterricht übergegangen werden konnte.⁷⁷⁷ Zugleich ermöglichte die Tiefgarage der **Volkshochschule Fürth**, zahlreiche Lernkurse in das verkehrsgünstig gelegene Schulzentrum am Tannenplatz zu verlegen.⁷⁷⁸ Die für den **zweiten Bauabschnitt** der Haupt- und Sonderschule mit Schulkindergarten und Zweigstelle der Volksbücherei **am Fin-**

⁷⁷²Ebd., S.804.

⁷⁷³Vgl. dazu: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.42.

⁷⁷⁴Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.786f. und S.790.

⁷⁷⁵Vgl.: Ebd., S.918f.

⁷⁷⁶Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.39f.

⁷⁷⁷Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.43.

⁷⁷⁸Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.30.

kenschlag vorgesehene Hauptschule wurde ebenfalls im September 1978 fertiggestellt und nach dem am 27. März 1977 verstorbenen Gründer des Großversandhauses Quelle, Dr. h.c. Gustav Schickedanz benannt.⁷⁷⁹ Daneben wurde zu Beginn des Schuljahres 1978/79 auch das **eigenständige Gebäude für die Fach- und Berufsober- schule**, das der 1972 gegründete und aus der Stadt Fürth, dem Landkreis Fürth und dem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim bestehende Zweckverband durch einen Umbau des ehemaligen Bezirks- und Landratsamtsgebäudes Ecke Amalienstraße/Dambacher Straße geplant hatte, fertiggestellt und am 24. April 1979 in Anwesenheit von Kultusminister Hans Maier eingeweiht. Die offizielle Adresse der FOS und BOS lautete nun Amalienstraße 2-4 und in den seit 1974 vorübergehend genutzten Räumen im neuen **Schulgebäude Seeackerstraße** wurde die bestehende **Grund- schule** durch eine **Teilhauptschule** ergänzt.⁷⁸⁰

Da die Vermittlungschancen auf dem seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 durch die bundesweite Sockelarbeitslosigkeit von jahresdurchschnittlich rund einer Million Personen verengten Arbeits- und Ausbildungsmarkt mit höheren Bildungs- und Qualifikationsabschlüssen stiegen, war in Fürth an der über einen Wirtschafts- und einen Real- schulzweig verfügenden städtischen **Hans-Böckler-Schule** am Tannenplatz bereits

⁷⁷⁹Vgl. Dr.-Gustav-Schickedanz-Schule auf der Schwand feiert im Mai ihr 25-jähriges Bestehen, in: Fürther Nachrichten vom 19.04.1999, S.41. Siehe auch den Artikel Gustav Schickedanz, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.07.2021: **Gustav Schickedanz** (1895-1977) war 1901 in die Volksschule an der Schwabacher Straße eingeschult worden und besuchte ab 1905 die Königliche Realschule mit Handelsabteilung an der Hirschenstraße, wo er 1911 die Mittlere Reife (Einjährigen-Berechtigung) erhielt. Danach begann er eine zweijährige kaufmännische Lehre bei der von Jakob Walter Spier - der nach einem Aufenthalt in den USA die englische Schreibweise seines Namens Spear beibehalten hatte – im Jahr 1870 als Import- und Exportgeschäft für Kurzwaren in Fürth gegründeten Firma Jacob Walter Spear & Söhne, die bis zur Jahrhundertwende zu einem renommierten Hersteller von Brett-, Bastel-, Quartett-, Reise- und Unterhaltungsspielen avancierte, 1898 auf der Nürnberger Seite der Höfener Straße ein neues Fabrikgebäude errichtete und seit 1904 ihre Produkte in einem Katalog („Illustrierte Preisliste“) anbot.

Nach Abschluss der Lehre absolvierte Gustav Schickedanz im Oktober 1913 seinen durch die Einjährigen-Berechtigung auf ein Jahr verkürzten Militärdienst in der Infanteriekaserne an der Flöß- austraße und wurde im Ersten Weltkrieg am 8. Oktober 1914 so verwundet, dass er bis Kriegsende zum Truppenübungsplatz nach Grafenwöhr versetzt wurde. Trotz der im November 1918 begonnenen Demobilmachung blieb er als Unterzahlmeister zunächst beim Militär und wurde erst Ende Juni 1919 auf eigenen Wunsch entlassen, um eine Stelle als Angestellter bei der Kurzwarenhandlung en gros von Georg Lennert in Fürth anzutreten, wo er nach kurzer Zeit auch Teilhaber wurde.

Anfang Januar 1923 gründete Gustav Schickedanz dann seinen eigenen Großhandel für Kurzwaren in Fürth mit Sitz in der Moststraße. Im Dezember 1926 verlegte er die Kurzwarengroßhandlung in das Anwesen Königswarterstraße 10, erwarb von der Zichorien-Fabrik Julius Cohn das gegenüber liegende Geschäftshaus Hinderburgstraße 10 und gründete Ende Oktober 1927 das Versandhaus Quelle mit Sitz in der Königswarterstraße 10, das von 1933 bis 1938 nicht zuletzt durch den Erwerb des großen Textilversandunternehmens Ignaz Mayer zum erfolgreichsten Versandunternehmen in Deutschland wurde. Als Mitglied der NSDAP seit November 1932 und NSDAP-Stadtrat in Fürth seit 1935 erhielt Gustav Schickedanz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Berufsverbot als Unternehmer. Bis Ende April 1949 wurden seine Unternehmen von Treuhändern verwaltet. Da Gustav Schickedanz im März 1949 im Entnazifizierungsverfahren von der Hauptspruchkammer Nürnberg als „Mitläufer“ eingestuft wurde, eröffnete er am 22. Juni 1949 an der Fürther Freiheit das erste Quelle Kaufhaus. Danach begann der Aufstieg der Firma Quelle zum größten Versandhaus Europas. Die Einweihung des modernen Kaufhausneubaus an der Fürther Freiheit im Herbst 1977, der statt der bisher auf mehrere Gebäude verteilten Verkaufsfläche von 1.900 m² nun über eine Verkaufsfläche von 8.600 m² und ein Kundenparkhaus an der Friedrichstraße verfügte, hat der im März 1977 verstorbene Firmengründer nicht mehr erlebt.

⁷⁸⁰Vgl. Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.42: „Echte Entspannung (...) ergab sich erst zu Beginn des Schuljahres 1978/79 mit dem Umzug der Fachober- schule und der Ausgestaltung der Seeackerschule zu einer Grund- und Teilhauptschule.“

zu Beginn des Schuljahres 1976/77 für Schüler/innen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss die Möglichkeit eingeführt worden, innerhalb von zwei Jahren in Übergangsklassen die Mittlere Reife zu erwerben. Ab März 1977 konnten dort auch alle Schüler/innen eine **Schullaufbahnberatung** wahrnehmen.⁷⁸¹

Nach einer schon 1972 begonnenen Diskussion trat in Bayern zum 1. September 1978 ein **Berufsgrundschuljahr (BGJ)** mit Vollzeitunterricht für Schüler/innen ohne Ausbildungsvertrag in Kraft, das berufliche Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten sowie allgemeine Bildung in Deutsch, Sozialkunde und Religion vermittelte und für holzverarbeitende, landwirtschaftliche, gastronomische und hauswirtschaftliche Berufe verpflichtend wurde. An das Berufsgrundschuljahr sollten sich zwei weitere Jahre mit regulärer betrieblicher und schulischer Berufsausbildung nach dem 1953 eingeführten dualen System anschließen, die aber nicht verbindlich waren, da alle Schüler/innen, die nach Abschluss des Berufsgrundschuljahres keine auf zwei Jahre verkürzte reguläre Berufsausbildung mit Berufsschulberechtigung im Teilzeitunterricht aufnahmen, die dreijährige Berufsschulpflicht durch das Berufsgrundschuljahr auch ohne duale Berufsausbildung bereits erfüllt hatten.⁷⁸² Mit der Einführung des Berufsgrundschuljahres wurde in Fürth die **Ausbildung zu Hauswirtschafter/innen an der Berufsfachschule Theresienstraße/Hirschenstraße** zu Schuljahresbeginn 1979/80 auf drei Jahre ausgedehnt.⁷⁸³

Während die **Lebenshilfe Fürth** 1979 die Trägerschaft der im städtischen Gebäude Theaterstraße 7 untergebrachten **Sprachheilschule** übernahm,⁷⁸⁴ stellte das **Hardenberg-Gymnasium** an der Kaiserstraße den im Herbst 1968 für begabte Schüler/innen mit einem Notendurchschnitt von mindestens 2,5 geschaffenen und vom Kultusministerium 1969 als „Fürther Modell“ auf 20 weitere Gymnasien in Bayern ausgedehnten Leistungszug 1979 ein, da Eltern durch eine Verschärfung der von der Westdeutschen Rektorenkonferenz bereits am 27. März 1968 für Hochschulstudien beschlossenen Zulassungsbeschränkungen - zu denen für die am stärksten nachgefragten Universitätsstudiengänge auch eine relativ niedrige Höchstnote im Abitur („Numerus-Clausus“) zählte – bei einer um ein Jahr verkürzten Schulzeit verstärkt negative Auswirkungen auf den Abiturnotendurchschnitt ihrer Kinder befürchteten.⁷⁸⁵ Gleichzeitig wurden zu

⁷⁸¹Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.22.

⁷⁸²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.986: „Bei der Verabschiedung des Gesetzes über das berufliche Schulwesen von 1972 hatte zunächst weitgehende Einigkeit über die Einführung eines BGJ bestanden. (...). Die bald einsetzende Kritik der Wirtschaft blieb nicht ohne Einfluss auf die politische Meinungsbildung... Nach Behandlung in den zuständigen Ausschüssen wurde der Regierungsentwurf vom Plenum des Landtages bereits am 1. September 1978 in Kraft gesetzt (...). Die berufliche Grundbildung konnte nun in kooperativer Form als BGJ angeboten werden, die Wirtschaft hatte sich durchgesetzt.“ Ergänzend anzumerken ist, dass die Gewerkschaften ein Berufsgrundschuljahr immer als Basisjahr in allen Berufen mit anschließend auf zwei Jahre verkürzter betrieblicher und schulischer Ausbildung verstanden hatten.

⁷⁸³Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelmänn zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.19.

⁷⁸⁴Vgl.: Lebenshilfe Fürth e.V. 1961-2001, in: Lebenshilfe Fürth aktuell, Nr.1/2001, S.5-8, hier: S.6.

⁷⁸⁵Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, S.24. Ergänzend anzumerken ist, dass die **Westdeutsche Rektorenkonferenz** nach dem Beschluss zu Zulassungsbeschränkungen für Hochschulstudien vom 27. März 1968 auch eine **Registrierstelle** einrichtete, um die Bewerbungen für bestimmte Studiengänge besser verteilen zu können. Außerdem

Schuljahresbeginn 1979/80 in Fürth auf Antrag der Stadt alle bestehenden Berufsschulen verstaatlicht,⁷⁸⁶ wobei auch die Fachgebiete der Metall- und Elektrotechnik von den übrigen Fachgebieten der gewerblichen Berufsschule I an der Fichtenstraße getrennt und organisatorisch einer neuen **Berufsschule IV für Metall- und Elektrotechnik** zugeordnet wurden, die bis zur Fertigstellung eines eigenen **Berufsschulneubaus an der Ottostraße** im Jahr 1981 im Schulgebäude an der Fichtenstraße verblieb. Auch nach Fertigstellung des eigenen Berufsschulgebäudes an der Ottostraße mussten rund 2.000 Schüler/innen der **Berufsschule IV für Metall- und Elektrotechnik** ab 1981 zwischen dem neuen Standort Ottostraße und dem ehemaligen Standort Fichtenstraße hin und her pendeln, da die Metallwerkstätten vorläufig nur am Standort Fichtenstraße vorhanden waren.⁷⁸⁷

Nach den 1974 von der Stadt Fürth aus finanziellen Gründen eingestellten Planungen für einen Ersatzneubau am Kieselbühl war die Schulraumnot am **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** wegen des erhöhten Raumbedarfs der Kollegstufe und der gestiegenen Schüler/innenzahlen seit längerem wieder akut geworden, eine Problemlösung aber erst in Gang gekommen, als Grete Schickedanz nach dem Tod von Gustav Schickedanz nachfragte, was denn aus den 5 Millionen DM geworden sei, die ihr Mann 1970 zweckgebunden für den Neubau des Gymnasiums gespendet habe. Der Finanzreferent der Stadt musste daraufhin am 13. September 1978 einräumen, dass die Spende bis auf 6 Pfennige aufgebraucht worden sei. Nach dieser Offenbarung spendete Grete Schickedanz am 19. Oktober 1978 erneut zweckgebunden 25.000 DM, worauf der Stadtrat im Januar 1979 beschloss, Finanzmittel für einen **Erweiterungsbau am Heinrich-Schliemann-Gymnasium** an der Königstraße mit geschätzten Kosten in Höhe von etwa 4,7 Millionen DM bereitzustellen. Der Erweiterungsbau entstand auf der Grundfläche der am Nachmittag des 18. April 1945 nach einem gezielten Artilleriebeschuss völlig ausgebrannten Turnhalle, wo 1964 zwei Schulpavillons errichtet

vergab die Registrierstelle die gemessen an der Anzahl der Bewerbungen viel zu geringen Studienplätze für Human-, Veterinär- und Zahnmedizin nur an Bewerber/innen mit besten Abiturnoten. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1972 („Numerus-Clausus-Urteil“) wurde die Registrierstelle der Westdeutschen Rektorenkonferenz durch einen Staatsvertrag aller Bundesländer **1973 in eine Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)** als Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt. Da das Bundesverfassungsgericht in einer weiteren Entscheidung vom 8. Februar 1977 verlangte, bei der Vergabe von Studienplätzen neben der Abiturnote und der Wartezeit auch weitere Kriterien wie Benachteiligungs- oder Länderquoten mit Abschlägen und Zuschlägen (Boni und Mali), Tests und Praktika zu berücksichtigen, verständigten sich die Länder 1978 auf eine entsprechende Neufassung des Staatsvertrages, die zum Wintersemester 1981/82 in Kraft trat. Organisatorisch wurde die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) als Anstalt des öffentlichen Rechts nach einer von den Bundesländern im Juni 2008 beschlossenen Neufassung des Staatsvertrages **ab 2010 durch eine öffentlich-rechtliche Stiftung für Hochschulzulassung** ersetzt. Vgl. den Artikel Stiftung für Hochschulzulassung, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.05.2021.

⁷⁸⁶Vgl.: Renate Trautwein, Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitschule der Geschwister Edelmann zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005, S.19.

⁷⁸⁷Vgl.: Wilfried Büchel (Schulleiter), B III Fürth vor 2004, Fürth 2009, in: Homepage der Martin-Segitz-Schule Fürth, www.b3-fuerth.de. Für die Berufsschüler/innen der Metall- und Elektrotechnik dauerte das Pendeln zwischen dem neuen Standort Ottostraße und dem ehemaligen Standort Fichtenstraße insgesamt 21 Jahre, da die Bauplanung für die Metallwerkstätten der Berufsschule an der Ottostraße zwar 1982 eingeleitet, aber im Verlauf der 1980er Jahre zu den Akten gelegt wurde. Eine zweite Bauplanung erfolgte 1993, wurde aber ebenfalls nicht umgesetzt. Die dritte Bauplanung für die Metallwerkstätten der 1981 fertiggestellten Berufsschule an der Ottostraße erfolgte schließlich 1998. Im Jahr 2000 kam es zum Baubeginn und 2002 zur Fertigstellung der Metallwerkstätten.

worden waren, und wurde am 24. Juni 1982 eingeweiht.⁷⁸⁸ Außerdem war am **Hardenberg-Gymnasium** an der Kaiserstraße schon 1981 die **neue Doppelturnhalle** eingeweiht worden.⁷⁸⁹

Trotz der auf Antrag der Stadt 1979 erfolgten Verstaatlichung der in Fürth bestehenden Berufsschulen blieb der Stadtrat im Berufsschulbereich weiterhin auch organisatorisch aktiv und beschloss am 16. April 1980, an der städtischen **Hans-Böckler-Schule** am Tannenplatz eine neue **Berufsschule für Wirtschaft mit integrierter Berufsaufbauschule** einzurichten. Mit dem Schuljahr 1980/81 begann an der Hans-Böckler-Schule zudem ein **Schulversuch zur Integration von Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit** ab der 7. Klasse. Gleichzeitig wurde der Realschulzweig der Hans-Böckler-Schule um die **musische Wahlfachgruppe III** ergänzt.⁷⁹⁰ An den kommunalen Bemühungen zur Verbesserung der schulischen Bildung und der Vermittlungschancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt beteiligte sich auch die **Volkshochschule Fürth**, indem sie 1981 einen ersten Tageslehrgang für arbeitslose ausländische Jugendliche und fortlaufende Kurse zur Alphabetisierung von Erwachsenen sowie ab 1982 alljährlich zwei Tageslehrgänge für deutsche und ausländische Jugendliche anbot.⁷⁹¹

Inzwischen war die in den Jahren 1959 bis 1967 von der IG-Metall durch Rahmentarifverträge mit den Arbeitgebern in der Metall- und Elektroindustrie schrittweise verwirklichte **Fünf-Tage-Woche**, die Gewerkschaften in anderen Branchen bis Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre ebenfalls erreicht hatten, auch sukzessive im Schulwesen angekommen, da der Samstagsunterricht zunehmend als dysfunktional empfunden wurde, weil er sich negativ auf die Wochenendplanungen der Familien auswirkte und keine Gleichstellung der Lehrer/innen mit den übrigen Arbeitnehmer/innen ermöglichte. Das Kultusministerium hatte deshalb ab dem Schuljahr 1969/70 den zweiten Samstag im Monat für schulfrei erklärt. Ab 1971 wurde dann der vierte Samstag im Monat ebenfalls für schulfrei erklärt, wobei die Stunden an den nicht unterrichtsfreien Samstagen nachzuholen waren. Schließlich wurde die Fünf-Tage-Woche ab dem Schuljahr 1979/80 am **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** an der Königstraße nach Zustimmung von Lehrerrat, Elternbeirat und SMV generell eingeführt.⁷⁹² Am **Hardenberg-Gymnasium** an der Kaiserstraße erfolgte die generelle Einführung der Fünf-Tage-Woche 1982.⁷⁹³ Im selben Jahr ging der seit 1964 in der Stadt Fürth als Referent für Schule, Kultur und Sport amtierende ehemalige bayerische Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1954-1970) und von 1968 bis 1979 als einer von elf Gewerkschaftsvertretern in Bayerischen Senat vertretene und

⁷⁸⁸Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.43: „Inzwischen war die Schülerzahl weiter angewachsen; mit 738 Schülern im Schuljahr 1981/82 war der Höhepunkt erreicht. Ursache dafür war unter anderem, dass von 1980 bis 1986 türkische Modellklassen, aufbauend von der 5. bis zur 8. Klasse, an unserer Schule geführt wurden.“

⁷⁸⁹Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, S.24.

⁷⁹⁰Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.23; „Die musische Ausbildung hat an der HBS einen besonderen Stellenwert: Schulplatzmiete, Theatergruppe, Chor- und Instrumentengruppe.“

⁷⁹¹Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, S.17.

⁷⁹²Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.43.

⁷⁹³Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, S.24.

dort im Ausschuss für Kulturpolitik tätige Karl Hauptmannl im Alter von 64 Jahren in den Ruhestand. Zum Nachfolger wurde vom Stadtrat Erich Reinhardt (geb. 1929/SPD) gewählt.

Neben der Einführung der Fünf-Tage-Woche, der Errichtung moderner Schulneubauten und der Ausstattung der Schulen mit Sprachlaboren und Kleincomputern hatte sich durch das Fortwirken der in der zweiten Hälfte der 1960er entstandenen neuen anti-autoritären Philosophie und der neuen Frauenbewegung mittlerweile auch das **Schul-klima von einem eher autoritären zu einem eher kooperativen Verhältnis** zwischen Lehrer/innen und Schüler/innen gewandelt.⁷⁹⁴ Da Eltern körperliche Übergriffe auf ihre Kinder nicht mehr duldeten, sondern mit Beschwerden und der Androhung strafrechtlicher Konsequenzen reagierten und das Bundesverfassungsgericht die körperliche Züchtigung 1972 für verfassungswidrig erklärt hatte, war es auch zu einem endgültigen Züchtigungsverbot gekommen. Durch die von der neuen Frauenbewegung propagierte Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen war zudem der **Anteil von Mädchen und Frauen an weiterführenden Schulen** gestiegen. Hatte es beispielweise in Fürth am Hardenberg-Gymnasium an der Kaiserstraße, das bis 1957 eine reine Knaben-Oberrealschule gewesen war, im Schuljahr 1970/71 insgesamt 1.200 Schüler und 92 Schüler/innen (= 7,12 %) gegeben, so nahm der Schülerinnenanteil bis 1983 auf 34 % (836 Schüler und 431 Schülerinnen) zu.⁷⁹⁵

Nach dem altersbedingten Ausscheiden des seit 1962 amtierenden Ministerpräsidenten Alfons Goppel (1905-1991) und der Landtagswahl am 15. Oktober 1978, bei der die CSU mit 59,1 % der gültigen Stimmen (SPD 31,4 %, FDP 6,2 %) erneut die absolute Mehrheit erreicht hatte, war in Bayern der seit 1961 amtierende CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß zum Ministerpräsidenten gewählt worden.⁷⁹⁶ Danach wurden durch

⁷⁹⁴Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.40: „Die späten sechziger und die frühen siebziger Jahre waren eine Zeit des Umbruchs in der Gesellschaft der Bundesrepublik... Die Lehrer verloren ihre Amtsautorität weitgehend; jetzt wurden sie auch mit ihrem Namen ohne Dienstgrad angesprochen. Sie mussten sich vermehrt um das Vertrauen der Schüler bemühen, und die Beziehungen zu ihnen wurden eher partnerschaftlich.“ Ergänzend anzumerken ist, dass dies auch damit zusammenhing, dass die Studentenbewegung, die die neue antiautoritäre Philosophie und die Forderungen der neuen Frauenbewegung vertrat, nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 bis zur Bundestagswahl im September 1969 in drei Richtungen zerfallen war. Abgesehen von der zahlenmäßig kleinsten Gruppe derjenigen, die auf Gewalt setzten und die Rote-Armee-Fraktion (RAF) bildeten, und einer zahlenmäßig größeren Gruppe, die kommunistische Aufbauorganisationen („K-Gruppen“) gründete, schlossen sich die meisten der von Rudi Dutschke im Februar 1968 ausgegebenen Parole vom „langen Marsch durch die Institutionen“ an und wurden Lehrer/innen an Schulen und Hochschulen oder Mitarbeiter/innen in öffentlichen Verwaltungen und in der Wirtschaft, um diese Bereiche von innen heraus antiautoritär umzugestalten. Vgl.: Arnulf Baring, Machtwechsel, Die Ära Brandt-Scheel. In Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Stuttgart, 4. Auflage 1983, S.89-93.

⁷⁹⁵Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, S.55f.

⁷⁹⁶**Franz Josef Strauß** (1915-1988) hatte nach der Volksschule eine Realschule und ein humanistisches Gymnasium in München besucht, wo er 1935 das Abitur mit der bayernweit besten Note abschloss und mit einer Förderung durch die Stiftung Maximillianeum ein Lehramtsstudium der Altphilologie (Latein, Griechisch, Alte Geschichte), Geschichte, Staatswissenschaften und Germanistik begann. Als Radsportler im Verein RC Amor München war er außerdem 1934 bayerischer Straßenmeister geworden.

Nach Aufnahme seines Lehramtsstudiums trat er dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und 1937 auch dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps bei. 1939 wurde er zum Militärdienst eingezogen. Durch kurzzeitige Beurlaubungen legte er im März 1940 die erste Staatsprüfung und im April 1941 nach einem kriegsbedingt verkürzten Referendariat die zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien ab, die er mit der Note 1,1 und damit der besten Note bestand, die in

zwei Landtagsbeschlüsse 1981 **neue Prüfungsbedingungen für den Qualifizierenden Hauptschulabschluss** eingeführt, die ab dem Schuljahr 1982/83 in Kraft traten. Nach den neuen Bedingungen konnten die Kenntnisse für den Qualifizierenden Hauptschulabschluss zwar nach wie vor auch außerhalb der Hauptschulen erworben, aber die Abschlussprüfungen nur noch an den Hauptschulen selbst abgelegt werden, da die Gleichwertigkeitsanerkennungen für andere Prüfungsorte nicht mehr erteilt wurden. Außerdem entfielen die bisherigen Zulassungsvoraussetzungen (mindestens Notenstufe befriedigend im Leistungskurs A in Deutsch, Mathematik und Englisch oder statt in Englisch im Leistungskurs Physik/Chemie und im Unterrichtsfach Arbeits- und Soziallehre), doch musste bei der Prüfung jetzt mindestens die Note 3,0 erreicht werden.⁷⁹⁷

Mit dem Verzicht auf die Zulassungsvoraussetzungen nahm der Anteil der Teilnehmer/innen an den Prüfungen zum Qualifizierenden Hauptschulabschluss - der von 38,46 Prozent aller Hauptschüler/innen der neunten Jahrgangsstufe seit der Einführung im Schuljahr 1969/70 bis zum Schuljahr 1981/82 auf 68,85 Prozent gestiegen war - in den Schuljahren 1982/83 bis 1985/86 zwar auf 81,43 Prozent bis 84,75 Prozent zu. Jedoch verringerte sich die Erfolgsquote der an den Prüfungen teilnehmenden Hauptschüler/innen - die in den Schuljahren 1969/70 und 1980/81 mit Zulassungsvoraussetzungen noch 97,86 Prozent und 97,40 Prozent betragen hatte - nach der Neuregelung in den Schuljahren 1982/83 bis 1985/86 auf 71,98 Prozent bis 73,39 Prozent, so dass nach den ursprünglichen Prüfungsbedingungen im Schuljahr 1981/82 von allen 75.782 Hauptschüler/innen der neunten Jahrgangsstufe noch 50.877 oder 67,14 Prozent einen Qualifizierenden Hauptschulabschluss erworben hatten, während es nach dem Verzicht auf die Zulassungsvoraussetzungen im Schuljahr 1985/86 von allen 60.708 Hauptschüler/innen nur noch 37.761 oder 62,20 Prozent waren, die die Prüfung bestanden und einen Qualifizierenden Hauptschulabschluss erhielten.⁷⁹⁸

Gemessen an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war diese Entwicklung eher kontraproduktiv, da es in den Jahren 1981/82 zu einer erneuten Wirtschaftskrise gekommen war, mit der sich die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise von

Bayern seit 1910 vergeben worden war. Von September 1941 bis Februar 1942 wurde Franz Josef Strauß bei der Wehrmacht zum Offizier ausgebildet und danach bei der Flakartillerie in der Ukraine, auf der Krim und vor Stalingrad eingesetzt, wo er sich Erfrierungen an beiden Füßen zuzog und nach Deutschland zurückverlegt wurde. Nach einem weiteren fünfmonatigen Lehrgang wurde er ab Mitte 1943 Ausbildungsoffizier und Offizier für wehrgeistige Führung einer Flakartillerieschule bei Schongau und geriet bei Kriegsende in Kriegsgefangenschaft, aus der er noch 1945 als politisch unbelastet entlassen und von den Amerikanern zum stellvertretenden Landrat von Schongau ernannt wurde. 1946 gehörte er zu den Mitbegründern des CSU-Kreisverbandes Schongau und wurde nach der Kommunalwahl am 28. April 1946 vom Kreistag zum Landrat von Schongau gewählt.

Nach Gründung der Bundesrepublik war Franz Josef Strauß von 1949 bis 1978 Mitglied des Bundestages. Daneben war er von Hans Ehard schon 1949 zum ersten Generalsekretär der CSU ernannt worden und wurde 1953 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Nach der Bundestagswahl 1953 berief ihn Bundeskanzler Adenauer zum Bundesminister für besondere Aufgaben und im Oktober 1955 zum Bundesminister für Atomfragen. Ab Oktober 1956 war Franz Josef Strauß bis zu seinem wegen der Spiegel-Affäre von den FDP-Ministern erzwungenen Rücktritt am 30. November 1962 Bundesverteidigungsminister und seit 1961 Parteivorsitzender der CSU. Während der Großen Koalition von 1966 bis 1969 war er Bundesfinanzminister und ab 1969 einer der führenden Oppositionspolitiker gegen die sozialliberale Koalition im Bundestag. Vgl. den Artikel Franz Josef Strauß, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 02.06.2021.

⁷⁹⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.789.

⁷⁹⁸Vgl. zu den Zahlen; Ebd., Tabelle, S.791.

1974/75 auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt noch einmal erheblich verschärften. Waren 1980 bei einer Zuwachsrate des um den Preisanstieg bereinigten, realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 888.900 Arbeitslose registriert worden, so stieg die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit bei einem realen wirtschaftlichen Wachstum um 0,5 Prozent 1981 auf 1.271.574 Personen und bei einem „Minuswachstum“ um 0,2 Prozent 1982 auf 1.833.244 Personen.⁷⁹⁹

Die Wirtschaftskrise 1981/82 führte auch zu einem Regierungswechsel, bei dem es um die Ausrichtung der Politik ging. Hatte die sozialliberale Koalition nach der Wirtschaftskrise 1974/75 bis zur Bundestagswahl 1980 noch eine „Politik der mittleren Linie“ betrieben,⁸⁰⁰ die aus angebotsorientierten Steuererleichterungen, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Leistungseinschränkungen sowie aus nachfrageorientierten staatlichen Investitionsprogrammen bestand,⁸⁰¹ hielt der FDP-Vorsitzende, Vizekanzler und Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher (1927-2016) in einem Schreiben an die FDP-Bundestagsabgeordneten im August 1981 eine Wende zu einer ausschließlichen Angebotsorientierung für unverzichtbar.⁸⁰² Diese Wende trat Anfang September 1981 ein, als bei den Kabinettsberatungen über die „Haushaltsoperation‘82“ der Antrag der SPD scheiterte, ein arbeitsmarktpolitisches Programm über eine Ergänzungsabgabe zu finanzieren,⁸⁰³ womit die nachfrageorientierte Komponente der bisherigen „Politik der mittleren Linie“ entfiel. Als die SPD ein Jahr später das am 12. September 1982 von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff veröffentlichte angebotsorientierte Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Scheidungspapier für die sozialliberale Koalition verstand,⁸⁰⁴ traten die vier FDP-Minister am 17. September 1982 zurück. Danach verständigten sich CDU/CSU und FDP auf eine Koalition und auf ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt, bei

⁷⁹⁹Vgl.: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2013, Wiesbaden 2013, S.315.

⁸⁰⁰So Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am 17. April 1980 in der Rede zum Jahreswirtschaftsbericht 1980. Vgl.: Jahreswirtschaftsbericht 1980 vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 18. April 1980, Nr.41, S.347-356, hier: S.352. **Otto Graf Lambsdorff** (1926-2009) war seit 1951 Mitglied der FDP, von 1968 bis 1978 Schatzmeister des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, von 1972 bis 1978 Mitglied des Bundestages, dort von 1972 bis 1977 und von 1984 bis 1997 wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und von 1977 bis 1984 Bundeswirtschaftsminister.

Als Bundeswirtschaftsminister trat Otto Graf Lambsdorff 1984 zurück, nachdem der Bundestag im Zuge der Flick-Parteispendenaffäre im Dezember 1983 seine Immunität auf Antrag der Staatsanwaltschaft aufgehoben hatte und 1984 Anklage wegen Steuerhinterziehung erhoben wurde. Nach einem eineinhalb Jahre dauernden Gerichtsprozess, bei dem auch der Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch und der vormalige und von 1972 bis 1977 amtierende Bundeswirtschaftsminister Hans Friedrich/FDP angeklagt waren, wurde Otto Graf Lambsdorff wegen Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe in Höhe von 180.000 DM verurteilt, aber vom Vorwurf der Bestechlichkeit freigesprochen. Vgl. den Artikel Otto Graf Lambsdorff, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 28.05.2021.

⁸⁰¹Zu den angebotsorientierten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Leistungseinschränkungen zählten das Haushaltstrukturgesetz vom Dezember 1976, das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz und das 20. Rentenanpassungsgesetz vom Juni 1977 sowie das 21. Rentenanpassungsgesetz vom Juli 1978. Zu den nachfrageorientierten staatlichen Investitionsprogrammen gehörten das Zukunftsinvestitionsprogramm vom März 1977 mit einem finanziellen Gesamtvolumen in Höhe von 16 Mrd. DM, ergänzt durch zusätzliche Finanzmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vom Mai 1977 und ein regionales Schwerpunktprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom Mai 1979.

⁸⁰²Vgl. zu diesem Schreiben: Wolfram Bickerich (Hrsg.), Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982, S.241.

⁸⁰³Vgl.: Der Spiegel, 1981, Nr.37, S.19-27, hier: S.21.

⁸⁰⁴Vgl.: Das Lambsdorff-Papier, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Dokumente der Reaktion. Die Kampfansage der Rechten an den Sozialstaat, Bonn o.J. (1983), S.27-32.

dem der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 zum Bundeskanzler gewählt wurde und in der Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 eine „Politik der Erneuerung“ und eine „Atempause in der Sozialpolitik“ ankündigte.⁸⁰⁵

Zu der am 16. Dezember 1982 mit der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 eingeleiteten „Politik der Erneuerung“ gehörten bildungspolitisch auch eine im Herbst 1983 in Kraft tretende **Beschränkung der Bundesausbildungsförderung für Schüler/innen**, die zuvor allen Schüler/innen aus einkommensschwächeren Haushalten ab der 11. Jahrgangsstufe gewährt worden war, auf Schüler/innen, die ausbildungsbedingt nicht bei ihren Eltern wohnen konnten, **und eine Umstellung der Bundesausbildungsförderung für Studierende** aus einkommensschwächeren Haushalten von Teildarlehen (150 DM im Monat) **auf Voll darlehen**. Gemessen am damaligen Förderhöchstsatz beliefen sich die individuellen Schulden bei Studierenden nach einer maximal fünfjährigen Förderung mit Voll darlehen auf bis zu 70.000 DM, die sechs Jahre nach Ende der Förderhöchstdauer wie bereits beim Teildarlehen in monatlichen Raten oder als einmalige Pauschale, die um einen Abschlag für die vorzeitige Tilgung reduziert wurde, zurückzahlen waren.⁸⁰⁶

Parallel war in Bayern zu Schuljahresbeginn 1982/83 ein **neuer Lehrplan für Grundschulen** eingeführt worden, den das Kultusministerium bereits am 16. Juli 1981 veröffentlicht hatte und der auf den pädagogisch-didaktischen Pfeilern einer Orientierung am Kind statt einer vereinfachten Wissenschaftsorientierung, eines Vorrangs grundlegender Allgemeinbildung und Erziehung vor bloßer Wissensvermittlung und einer Stärkung des Erziehungsauftrags der Schule beruhte.⁸⁰⁷ Der neue Grundschullehrplan löste nun endgültig den Grundschullehrplan aus dem Jahr 1971 mit vereinfachtem wissenschaftsorientierten Unterricht ab, der aufgrund der bei den Kindern zutage getretenen Überforderungen bereits 1974 durch die Umbenennung des Faches Sachkunde in Heimat- und Sachkunde und die Wiederherstellung eines heimatlichen Bezugs zur Lebens- und Erfahrungswelt der Kinder modifiziert worden war.

Die Einführung des neuen Grundschullehrplans zu Schuljahresbeginn 1982/83 fiel in eine Zeit, in der die Anzahl der alljährlich mit Vollendung des sechsten Lebensjahres

⁸⁰⁵Vgl.: Stenografische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Band 122. 9. Wahlperiode, 123. Sitzung, S.7218. Siehe auch den Artikel Helmut Kohl, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 20.07.2021. **Helmut Kohl** (1930-2017) besuchte ab 1936 eine Volksschule und ab 1940 eine 1925 als Oberrealschule gegründete Oberschule für Jungen in Ludwigshafen-Friesenheim. Nach einem durch Kinderlandverschickung, Ausbildung zum Flakhelfer in Berchtesgaden und Kriegsschäden am Schulgebäude in Ludwigshafen-Friesenheim verzögerten Abitur studierte er ab 1950 Rechtswissenschaften, Geschichte und Staatwissenschaften und wurde 1958 zum Dr. phil. promoviert. Bereits als Schüler war Helmut Kohl 1946 Mitglied der CDU und 1947 Mitbegründer der Jungen Union in Ludwigshafen geworden. Nach der Promotion wurde er 1959 Kreisvorsitzender der CDU in Ludwigshafen und zugleich in den Landtag von Rheinland-Pfalz gewählt, wo er neben seiner von 1960 bis 1969 dauernden Tätigkeit als Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion in Ludwigshafen ab 1963 den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion übernahm. 1966 wurde er in Rheinland-Pfalz zum CDU-Landesvorsitzenden und 1969 zum Ministerpräsidenten gewählt. Nach einer vergeblichen Kandidatur 1971 wurde Helmut Kohl 1973 auch Bundesvorsitzender der CDU. Um nach der als Kanzlerkandidat der Union verlorenen Bundestagswahl 1976 den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu übernehmen, verzichtete er 1976 auf das Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und blieb bis zu seiner Wahl zum Bundeskanzler im Oktober 1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

⁸⁰⁶Vgl.: Berliner Initiative gegen Bafög-Voll darlehensregelung, Das Bafög-Voll darlehen 1983 – 1990 und seine Rückzahlung, 7. aktualisierte Auflage, Oktober 2002.

⁸⁰⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.793.

einzuschulenden Kinder ebenso sank wie die Gesamtzahl aller Schüler/innen,⁸⁰⁸ da sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Stadt Fürth zu Beginn der 1970er Jahre ein Geburtenrückgang eingesetzt hatte, der ab 1973 bis Ende der 1980er Jahre anhielt.⁸⁰⁹ Die Kinder der geburtenschwächeren Jahrgänge, die ihre ersten Lernerfahrungen häufig mit dem vom Diplom-Ingenieur und Spielwarenfabrikanten Ernst A. Bettag in Fürth 1972 entwickelten und seither millionenfach produzierten Bobby-Car machten,⁸¹⁰ lernten bei der Einschulung nun ein baulich vielfach modernisiertes, züchtigungsfreies, von einem kooperativen Schulklima und einer Fünf-Tage-Woche geprägtes sowie an einem Kind bezogenen Grundschullehrplan orientiertes Schulwesen kennen.

Demgegenüber wurden die Schul- und Studienabgänger/innen der „Baby-Boomer“-Jahrgänge zunehmend mit den Folgen einer Sockelarbeitslosigkeit von jahresdurchschnittlich mehr als zwei Millionen Personen und steigenden Qualifikationsanforderungen konfrontiert, da bereits vor der Bundestagswahl am 6. März 1983 deutlich geworden war, dass die CDU/CSU-FDP-Koalition nicht von einer raschen Überwindung der Wirtschaftskrise 1981/82 ausging. In der Rundfunk- und Fernsehansprache zum Jah-

⁸⁰⁸Vgl. zu den sinkenden Schülerzahlen beispielsweise: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.42: „Erst ab dem Schuljahr 1978/79 nahm die Schülerzahl langsam ab, bis auf 15 Klassen im Schuljahr 1985/86.“

⁸⁰⁹Waren in der Bundesrepublik zwischen 1958 und 1970 jeweils über 900.000 Lebendgeborene mit den Höhepunkten in den Jahren 1961 bis 1967 von über einer Million Lebendgeborener zu verzeichnen gewesen, sank deren Anzahl 1970 auf 819.808, 1971 auf 798.578, 1972 auf 701.218, 1973 auf 635.633, 1974 auf 626.973 Lebendgeborene, um danach bis Ende der 1980er Jahre auf diesem Niveau zu verharren (1975 = 600.512, 1976 = 602.851, 1977 = 582.944, 1978 = 576.468, 1979 = 581.984, 1980 = 620.654, 1981 = 624.557, 1982 = 621.177, 1983 = 584.177, 1984 = 584.154, 1985 = 586.155, 1986 = 625.962, 1987 = 642.010, 1988 = 677.259 Lebendgeborene).

Das Gleiche galt für die Stadt Fürth, wo zwischen 1957 und 1968 jeweils über 1.200 Lebendgeborene mit den Höhepunkten in den Jahren 1960 bis 1964 mit über 1.400 bis 1.500 Lebendgeborenen zu verzeichnen gewesen waren. Die Anzahl der Lebendgeborenen sank 1970 auf 951, 1971 auf 934, 1972 auf 950, 1973 auf 876, 1974 auf 898 Kinder und verstetigte sich danach auf einem Niveau von meist unter 900 Kindern je Jahr (1975 = 894, 1976 = 856, 1977 = 848, 1978 = 807, 1979 = 832, 1980 = 869, 1982 = 968, 1983 = 883, 1984 = 897 Lebendgeborene), bevor sie ab Mitte der 1980er Jahre wieder auf über 900 bzw. über 1.000 Lebendgeborene stieg (1985 = 966, 1986 = 907, 1987 = 1.025, 1988 = 1.155 und 1989 = 1.170 Lebendgeborene).

⁸¹⁰Der Diplom-Ingenieur **Ernst A. Bettag** (1929-2003) hatte nach Abschluss eines Elektronikstudiums an der Technischen Hochschule München 1954 die Blechspielzeugfirma seines Schwiegervaters Leonhard Hoefler in Fürth übernommen. 1956 stellte er die Spielwarenproduktion auf Kunststoff um, führte 1962 den Firmennamen BIG und 1968 den Büffel als Firmenlogo ein und baute von 1969 bis 1972 neue Fabrikationsstätten in Fürth-Stadeln. Außerdem entwickelte er 1972 das mit einem Sitz, einem Lenkrad und vier Rädern ausgestattete Bobby-Car als Rutschfahrzeug, um kleinen Kindern das Laufen-Lernen zu erleichtern.

Wie bei Erwachsenen der VW-Käfer bzw. der VW-Golf, von denen bis 2003 insgesamt 21,5 Millionen Exemplare bzw. von 1974 bis 2019 sogar 35 Millionen Exemplare gebaut wurden, entwickelte sich das Bobby Car ebenfalls zu einem Verkaufsschlager, so dass bis 2002 immerhin 10 Millionen Exemplare hergestellt wurden. Nach einem Großbrand in der Firma BIG in Stadeln 1998 wurde die Produktion der Bobby Cars in eine neugebaute BIG-Fabrik nach Burghaslach im Steigerwald verlegt, die täglich 2.000 Bobby-Cars herstellte. Als Ernst A. Bettag 2003 verstarb, wurde die Firma BIG 2004 von der Spielwarenfirma Simba-Dickie-Toys übernommen, die 1993 durch einen Zusammenschluss der 1971 und 1982 in Stadeln gegründeten Spielwarenfirmen Dickie Toys und Simba Toys entstanden war und die Gesamtproduktion der Bobby Cars bis 2020 auf mehr als 17 Millionen Fahrzeuge steigerte. Vgl. den Artikel Die Bobby-Car-Story. Erfolgsgeschichte seit 30 Jahren. Das knallrote Rutschfahrzeug feiert Jubiläum, in: Fürther Nachrichten vom 28./29.12.2002, Lokalteil, S.3 sowie den Artikel Bobby-Car und den Artikel Ernst A. Bettag, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 02.07.2021.

reswechsel 1982/83 äußerte Bundeskanzler Kohl, dass die wirtschaftliche Wiederbelebung Zeit und das Opfer aller verlange, um die Investitionskraft der Wirtschaft zu stärken und dadurch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu gewinnen.⁸¹¹ Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 wurde die CDU/CSU-FDP-Koalition mit Stimmenanteilen von 48,8 % für die CDU und CSU sowie 7,0 % für die FDP gegenüber Stimmenanteilen von 38,2 % für die SPD und 5,6 % für die neu in den Bundestag einziehende Partei Die Grünen bestätigt.⁸¹² Durch die seit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 begonnene und in den folgenden Jahren fortgesetzte Angebotsorientierung wurde 1983, 1984, 1985, 1986 und 1987 zwar wieder ein Zuwachs des um den Preisanstieg bereinigten, realen Bruttoinlandsprodukts um 1,6 Prozent, 2,8 Prozent, 2,3 Prozent, 1,4 Prozent und 3,7 Prozent erreicht, doch ging dieser Aufschwung am Arbeitsmarkt vorbei,⁸¹³ da von 1983 bis Ende der 1980er Jahre immer eine jahresdurchschnittliche Sockelarbeitslosigkeit von rund 2,2 Millionen Personen zu verzeichnen war.

Der Grund für diese Entwicklung lag darin, dass die mit der Angebotsorientierung von der CDU/CSU-FDP-Koalition verfolgte Stärkung der Investitionskraft der Wirtschaft von den Unternehmen vor allem zu Automatisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen genutzt wurde, die die Produktivität erhöhten, aber zugleich zu einem Abbau von einfachen Arbeitsplätzen führten.⁸¹⁴ Außerdem wurden im Rahmen der Automatisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen neue Qualifikationsanforderungen wie problemlösendes Denken und Computerkenntnisse bedeutsam, da zur Konstruktion und Fertigung von Produkten vermehrt CAD-, CAM- und CAQ-Programme verwendet wurden, die nicht mehr wie noch in den 1950er und 1960er Jahre nur auf Großrechnern

⁸¹¹Vgl.: Rede des Bundeskanzlers zum Jahreswechsel 1982/83, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 03.01.1983, Nr.1, S.1f.

⁸¹²Die im Januar 1980 gegründete **Partei Die Grünen** ging aus der ab 1972 nach dem Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums entstandenen Ökologiebewegung, der ab 1974 zu Besetzungen und Besetzungsversuchen von Bau- und Endlagerstandorten (Wyhl 1974, Grohnde 1977, Gorleben 1980) übergegangen Anti-Atomkraft-Bewegung sowie der ein breites Spektrum umfassenden neuen Linken und neuen Frauenbewegung hervor. Außerdem waren Die Grünen in der nach dem NATO-Doppelbeschluss zur Nachrüstung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen Ende 1979 gewaltig wachsenden Friedensbewegung und in der 1979/80 aufkeimenden Haus- und Instandbesetzer-Bewegung verankert.

Der erste Landesverband der Grünen wurde im Oktober 1978 in West-Berlin mit der Alternativen Liste gegründet. Weitere Landesverbände folgten im September 1979 in Baden-Württemberg und im Dezember 1979 in Nordrhein-Westfalen. Neben einigen Öko-Konservativen, die allerdings im Juni 1980 die Partei wieder verließen und 1981 die Ökologische Partei Deutschlands (ÖDP) gründeten, waren vor allem ehemalige Aktivisten der Studentenbewegung und der APO der 1960er Jahre sowie Angehörige der Geburtenjahrgänge ab 1954 Mitglieder der Grünen, weshalb die Partei auch als „Post-68er-Bewegung“ galt. Vgl. den Artikel Bündnis 90/Die Grünen, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.06.2021.

In Fürth waren Die Grünen als einer der ersten Kreisverbände in Bayern 1979 von Rotraud Grashey (geb.1937), die nach dem Abitur an den Universitäten Heidelberg, Paris, Göttingen und Erlangen Französisch, Germanistik und Kunstgeschichte studiert hatte, und anderen alternativen Aktivisten gegründet worden. Bei der Kommunalwahl 1984 wurde Rotraud Grashey zusammen mit Lothar Berthold in den Stadtrat gewählt, dem sie bis 1999 angehörte. Vgl. den Artikel Rotraud Grashey, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 22.06.2021.

⁸¹³Vgl.: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2013, Wiesbaden 2013, S.315.

⁸¹⁴Vgl.: Harm G. Schröter, Von der Teilung bis zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S.356-426, hier: S.399: „Mit der Produktivität stieg zugleich die Arbeitslosigkeit, weil die Freigesetzten nicht im entsprechenden Maße Beschäftigung im tertiären Sektor finden konnten.“ Siehe auch ebd., S.408: „Während die Arbeitslosigkeit bis 1982 ... um 4,5 % pendelte, stieg sie in der Zeit der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik auf ca. 9 %.“

und Kleincomputern,⁸¹⁵ sondern auch auf den von experimentierfreudigen Computer-enthusiasten in den USA ab 1976 für den individuellen Gebrauch in Durchschnittshaushalten entwickelten, relativ kleinen und preisgünstigen persönlichen Computern (PCs) betrieben werden konnten. Ab Mitte der 1980er Jahre ließen die ursprünglich für Computerspiele vertriebenen persönlichen Computer auch professionelle Nutzungen für Textverarbeitungen, Tabellenkalkulationen und Grafiken zu,⁸¹⁶ so dass sie in den Betrieben zunehmend für Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Statistikerarbeiten verwendet wurden. Der Trend zu computergestütztem Arbeiten erfasste auch das Bildungswesen, da sich einzelne Studierende an Universitäten und Fachhochschulen erste individuelle PCs zulegten und die **staatliche Realschule** an der Ottostraße in Fürth zu Beginn des Schuljahres 1983/84 ebenfalls den ersten Computer anschaffte,⁸¹⁷ nachdem das Hardenberg-Gymnasium an der Kaiserstraße und das Helene-Lange-Gymnasium am Tannenplatz schon seit 1970 bzw. 1975 über einen Kleincomputer verfügt hatten.

Daneben kam es in Fürth bei der Kommunalwahl am 18. März 1984 zu einem Wechsel an der Stadtspitze, weil Oberbürgermeister Kurt Scherzer im Alter von 64 Jahren nicht mehr kandidierte und Uwe Lichtenberg (1934-2011/SPD) mit einem Stimmenanteil von 54,4 % (Alfred Fischer/CSU 36,4 %, Dr. Herbert Jungkuntz/FDP 5,3 %, Rotraut Grashey/Die Grünen 2,2 %, Werner Riedel/DKP 1,5 %) zum Oberbürgermeister gewählt wurde.⁸¹⁸ Mit Auslaufen des Schuljahres 1984/85 wurde die seit der Einweihung

⁸¹⁵Vgl. dazu den Artikel CAD, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.06.2021. CAD (computer-aided design, rechnergestütztes Konstruieren) ist ein Teilbereich der CAX-Technologien, zu denen auch die computergestützte Fertigung (computer-aided manufacturing, CAM) und die computergestützte Qualitätssicherung (computer-aided quality, CAQ) zählen. Ein erstes CAD-System, das auf IBM-Großrechnern und speziellen Bildschirmen basierte, wurde ab 1965 vom Flugzeughersteller Lockheed in den USA zur Erstellung von technischen Zeichnungen entwickelt und später von IBM bis in die 1980er hinein vermarktet, als PC-gestützte CAD-Programme auf den Markt kamen und die Großrechnerprogramme ablösten.

⁸¹⁶Vgl. dazu den Artikel Personal Computer, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.06.2021. Während in den 1950er und 1960er Jahren Computer noch ganze Räume füllten oder als Minicomputer so groß wie ein Schrank waren, ermöglichten erst TTL-Chips ab 1961 und Mikrochips ab 1971 die Entwicklung kleinerer Mehrzweckcomputer. Als die Komponenten Mitte der 1970er Jahre für einen preisgünstigen persönlichen Computer erschwinglich wurden, gründeten Computerenthusiasten und Tüftler im März 1975 in der Region San Francisco den Homebrew Computer Club. Zu den Clubmitgliedern gehörte auch Steve Wozniak (geb. 1950), der bis April 1976 mit dem Apple I einen ersten funktionsfähigen PC entwickelte und zusammen mit Steve Jobs (1955-2011) und Ronald Wayne (geb. 1934) die Firma Apple gründete, wobei sich die drei Computerenthusiasten und Firmengründer seit einer kurzzeitigen Beschäftigung beim Unterhaltungselektronik- und Computerspielehersteller Atari kannten.

Der Apple I war ein aus einer Platine bestehender Computer mit einer schreibmaschinenähnlichen Tastatur, der an ein Fernsehgerät als Bildschirm und an einen Kassettenrecorder zum Speichern der Programme auf Audiokassetten angeschlossen werden musste und 666 \$. (damals 1.665 DM) kostete. Der im April 1977 vorgestellte Apple II wurde dann auch in einer Komplettversion mit Gehäuse, Netzteil, Tastatur und Monitor für 1.298 \$ (3.245 DM) ausgeliefert. Als Marktführer für Großrechneranlagen stieg IBM 1981 ebenfalls in die Produktion und den Vertrieb von PCs ein und brachte im Februar 1984 mit dem IBM-Portable Personal Computer eine frühe Form des Laptops (Schoßrechner) bzw. Notebooks (Notizbuch) heraus.

⁸¹⁷Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.26.

⁸¹⁸Während seiner 1964 begonnenen Amtszeit war Oberbürgermeister Kurt Scherzer/FDP bei der noch unabhängig von der Stadtratswahl stattfindenden Oberbürgermeisterwahl am 8. März 1970 mit einem Stimmenanteil von 69,9 % (Karl Hauptmann/SPD 28,0 %, Dr. Joachim Mertens/NPD 2,1 %), bei der Kommunalwahl nach den Eingemeindungen von Sack, Bislohe, Braunsbach, Herboldshof, Steinach, Stadeln, Mannhof, Vach, Ritzmannshof und Flexdorf am 11. Juni 1972 mit einem Stimmenanteil von 95,5 % (Werner Riedel/DKP 4,7 %) und bei der Kommunalwahl am 5. März 1978 mit einem Stim-

der neuen Grundschule an der Oberfürberger Straße im Jahr 1974 von den Eltern in Dambach abgelehnte **Schließung des alten Dambacher Schulgebäudes an der Weiherhofer Straße** vollzogen und dort nach einem Umbau der Innenräume bis 1986 ein integrativer Kindergarten der Lebenshilfe Fürth mit zwei Gruppen für jeweils zehn nichtbehinderte und fünf behinderte Kinder untergebracht.⁸¹⁹ An den örtlichen Hauptschulen wurden zu Schuljahresbeginn 1985/86 die in Kraft tretenden **Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hauptschule** umgesetzt, die der Landtag bereits am 1. April 1982 beschlossen hatte, um den Hauptschulen ein neues Profil zu verleihen. Bei der Neuprofilierung sollte vor allem das Erzieherische auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes gestärkt, eine Konzentration auf das Wesentliche erfolgen, der Praxisbezug und die Berufsorientierung verbessert, das Fach Arbeitslehre erweitert und die Kooperation von Haupt- und Berufsschulen ausgebaut werden.⁸²⁰ Angesichts des seit den Wirtschaftskrisen 1974/75 und 1981/82 zunehmend verengten Arbeits- und Ausbildungsmarktes sowie den mit den computergestützten Automatisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen verbundenen Qualifikationsanforderungen wäre es vielleicht besser gewesen, statt einer Konzentration auf das Wesentliche an den Hauptschulen in Bayern ein 10. Schuljahr mit differenzierter Wissensvermittlung einzuführen, wie das von Bundeskanzler Willy Brandt bereits in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 für die gesamte Bundesrepublik gefordert worden war.⁸²¹

Ein die wirtschaftliche Entwicklung und die Qualifikationsanforderungen der 1980er Jahre besser erfassender Beschluss wurde dagegen in der Stadt Fürth im Frühjahr 1986 gefasst, als sich der Stadtrat dafür aussprach, die **Hans-Böckler-Schule** um eine **Berufsfachschule für kaufmännische Assistenten** zu erweitern. Zugleich wurde am **Realschulzweig der Hans-Böckler-Schule** am Tannenplatz im Herbst 1986 das **Pflichtfach Informatik** eingeführt.⁸²² Daneben waren von der **Volkshochschule Fürth** im Herbst 1985 die ersten **EDV-Kurse** zur beruflichen und persönlichen Weiterbildung von Erwachsenen angeboten worden.⁸²³ Auch bei der musischen Bildung kam es damals in Fürth zu einer Ergänzung der Angebote, als nach Abstimmungsgesprächen mit Schul- und Kulturreferent Erich Reinhardt, dem die musische Erziehung besonders am Herzen lag, von Robert Wagner im Juli 1986 eine **private Musikschule** gegründet wurde, die gegen Entgelt allen Interessierten offenstand und

menanteil von 65,3 % (Dr. Rudi Richter/CSU 31,7 %, Werner Riedel/DKP 3,0 %) wiedergewählt worden. Vgl. zu den Wahlergebnissen: Stadt Fürth, Wirtschafts- und Umweltreferat, Statistisches Amt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1988, Fürth 1993, S.193f. Siehe auch den Artikel Uwe Lichtenberg, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 07.06.2021: **Uwe Lichtenberg** war 1934 in Ahrensburg bei Hamburg geboren worden, in München und Oberbayern aufgewachsen und hatte nach einer Lehre als Einzelhandelskaufmann eine Ausbildung zum Diakon absolviert. Danach wurde er 1958 Jugendgerichtshelfer beim Jugendamt der Stadt Fürth, 1959 Mitglied der SPD und örtlicher Jusovorsitzender, 1966 in den Stadtrat, 1972 zum Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion und 1975 zum Sozial- und Krankenhausreferenten der Stadt gewählt.

⁸¹⁹Vgl.: Dambach, Oberfürberg, Unterfürberg. 100 Jahre bei Fürth 1901-2001, Fürth 2001, S.41f.

⁸²⁰Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.793f.

⁸²¹Vgl.: Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969, in: Wolfram Bickerich (Hrsg.), Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982, S.167-184, hier: S.175. „Wir brauchen das 10. Schuljahr, und wir brauchen einen möglichst hohen Anteil von Menschen in unserer Gesellschaft, der eine differenzierte Schulausbildung bis zum 18. Lebensjahr erhält.“

⁸²²Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth, 2009, S.24: „Von diesem Zeitpunkt an gehören Computer zum Schulalltag.“

⁸²³Vgl.: Barbara Ohm, 75 Jahre Volkshochschule Fürth. Eine Erfolgsgeschichte, herausgegeben von der Volkshochschule Fürth, Fürth 2021, S.67.

fortan in der Stadt Fürth wichtige Dienste bei der musischen Ausbildung und Betätigung leistete.⁸²⁴ Ab 1. August 1986 durften dann in Bayern auch Jungen den bislang nur für Mädchen zugelassenen sozialwissenschaftlichen Zweig an Gymnasien besuchen, womit das **Helene-Lange-Gymnasium** am Tannenplatz nun in allen drei Zweigen Schüler/innen und Schüler aufnehmen konnte.⁸²⁵ Daneben wurde im Herbst 1986 die im Juni 1945 eingerichtete und ehemals selbstständige **Bildungsstätte für Frauen vollständig in die Volkshochschule Fürth** integriert.⁸²⁶

Die Öffnung der gymnasialen sozialwissenschaftlichen Zweige für Jungen war eine der letzten bildungspolitischen Aktivitäten in der Amtszeit von Kultusminister Hans Maier, der nach der Landtagswahl am 12. Oktober 1986 - bei der die CSU mit einem Stimmenanteil von 55,8 % (SPD 27,5 %) wieder die absolute Mehrheit erreicht hatte und die Grünen mit einem Stimmenanteil von 7,5 % in den Landtag eingezogen waren, aber die FDP mit einem Stimmenanteil von 3,8 % an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war - am 29. Oktober 1986 auf eine Fortsetzung seiner Tätigkeiten als Minister verzichtete, da Ministerpräsident Franz Josef Strauß das Ministerium zweiteilte und Hans Maier nur noch für Wissenschaft zuständig sein sollte.⁸²⁷ Nachfolger von Hans Maier wurden für den Bereich Unterricht und Kultus Hans Zehetmair und für den Bereich Wissenschaft und Kunst Wolfgang Wild.⁸²⁸ Im ersten Amtsjahr von Kultusminister

⁸²⁴Vgl. dazu den Artikel Musikschule Fürth und den Artikel Robert Wagner, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdrücke vom 22.10.2020). **Robert Wagner** (geb.1960) besuchte von 1970 bis 1979 das Hardenberg-Gymnasium in Fürth und begann nach der Allgemeinen Hochschulreife ein Studium zum Lehramt an Hauptschulen mit dem Schwerpunkt Musik, das er 1983 mit der ersten und 1985 mit der zweiten Staatsprüfung abschloss. 1986 gründete er die Musikschule Fürth e.V., die er seither leitet. Außerdem war er von 1993 bis 2003 Dozent für Musikpädagogik an der Musikhochschule Nürnberg-Augsburg.

⁸²⁵Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.44.

⁸²⁶Vgl.: Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986, S.17. Siehe auch ebd., S.38: „Derzeit verteilt sich das Kursangebot der VHS auf 30 Kursorte im Stadtgebiet. Für Kurse, die tagsüber stattfinden, bzw. Wochenendseminare und Kompaktkurse sind fast ausschließlich die Räume im Haus Mathildenstraße 7 nutzbar.“

⁸²⁷Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.829: „Allen Presseberichten ist gemeinsam, dass Maier ein unbequemer, aber auch sehr kompetenter Minister war, der dem Regierungschef gerne in die Parade fuhr (...), dem im konservativen Lager intellektuell keiner so leicht das Wasser reichen konnte (...) und der in der Vergangenheit oft Schwierigkeiten hatte, weil das Verhältnis Ministerpräsident und Kultusminister nicht gerade von Freundschaft und Vertrauen geprägt war (...). Mit der Weigerung, den Torso des neuen Wissenschaftsministeriums zu übernehmen, schied Hans Maier aus der aktiven bayerischen Bildungspolitik aus.“

⁸²⁸Vgl.: Ebd., S.829. Siehe auch den Artikel Hans Zehetmair und den Artikel Wolfgang Wild, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 16.06.2021. **Hans Zehetmair** (1936-2022) besuchte das humanistische Dom-Gymnasium in Freising und studierte nach dem Abitur von 1957 bis 1962 an der Universität München klassische Philologie (Latein, Griechisch, Alte Geschichte), Germanistik, Geschichte und Soziologie für das Lehramt an Gymnasien. Nach dem zweiten Staatsexamen war er von 1964 bis 1974 Gymnasiallehrer am Dom-Gymnasium in Freising und von 1966 bis 1978 Stadtrat der CSU und von 1976 bis 1978 auch zweiter Bürgermeister in Erding sowie von 1972 bis 1978 außerdem Kreisrat und stellvertretender Landrat im Landkreis Erding und von 1974 bis 1978 Mitglied des Bayerischen Landtages. Danach war Hans Zehetmair von 1978 bis 1986 Landrat im Landkreis Erding und ab 1978 zugleich Vorsitzender des kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU.

Wolfgang Wild (geb. 1930) war Kernphysiker, der nach einem Studium der Physik an der Universität München und seiner Promotion 1955 als wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Hochschule München gearbeitet hatte. Nach der Habilitation 1960 war er 1961 zunächst außerordentlicher Professor an der Technischen Universität in West-Berlin und ab November 1961 ordentlicher Professor für Theoretische Physik an der Technischen Hochschule München, die 1970 in eine Technische Universität umbenannt wurde. Im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung wurde Wolfgang Wild

Hans Zehetmair wurde 1987 ein **qualifizierender beruflicher Bildungsabschluss (Qualbi)** eingeführt, der Schüler/innen mit einfachen oder qualifizierenden Hauptschulabschlüssen und einer Berufsausbildung sowie einer Durchschnittsnote von mindestens 2,5 beim Berufsschul- und/oder Lehrabschluss über das berufliche Schulwesen zu einem mittleren Bildungsabschluss verhalf,⁸²⁹ der die betrieblichen Weiterbeschäftigungschancen nach der Ausbildung verbesserte. Die **Berufsaufbauschulen**, die in der Stadt Fürth bereits bei der Einführung 1959 für den gewerblichen Bereich und 1966 auch für den kaufmännischen Bereich eingerichtet worden waren und bislang einen mittleren Bildungsabschluss mit der Möglichkeit zum Übertritt in eine Meister- oder Ingenieursschule bzw. ab 1970 in eine Berufsoberschule vermittelt hatten, wurden ab dem Schuljahr 1987/88 in **berufliche Oberschulen** umbenannt, wobei der qualifizierende Hauptschulabschluss (Quali) oder der qualifizierende berufliche Bildungsabschluss (Qualbi) nun zur Aufnahmevoraussetzung für die ehemaligen Berufsaufbauschulen erklärt und die Schuldauer auf ein Jahr Vollzeitunterricht festgelegt wurde.⁸³⁰ Gleichzeitig wurde 1987 in Fürth die **kaufmännische Berufsschule** an der Theresienstraße/Hirschenstraße **nach Ludwig Erhard benannt**.⁸³¹

Die mit den Automatisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen verbundenen höheren Qualifizierungsanforderungen und die mit der Einführung des Qualbi und der Umbenennung der Berufsaufbauschulen in berufliche Oberschulen für Hauptschüler/innen geschaffenen Weiterbildungsmöglichkeiten wurden zwei Jahre später durch eine dritte, zunächst als Schulversuch vorgesehene Komponente ergänzt, als Hans Zehetmair, der seit dem Ausscheiden von Wolfgang Wild im Juni 1989 nicht nur Kultusminister, sondern auch geschäftsführender Wissenschaftsminister war, auf dem am 13. Oktober 1989 in Fürth stattfindenden 10. Berufsschultag den **Schulversuch einer dreistufigen Berufsoberschule** vorstellte. Mit diesem Bildungsgang sollten Hauptschulabsolvent/innen nach dem Erwerb des Qualbi zu einer Hochschulreife geführt werden, und zwar nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife, nach drei Jahren zur fachgebundenen Hochschulreife und mit Zusatzprüfung zur Allgemeinen Hochschulreife. Ab September 1990 wurde der Schulversuch einer dreistufigen Berufsoberschule dann in der Ausbildungsrichtung Technik an drei Fachoberschulen (Amberg, Ansbach

am 1. Oktober 1980 zum Präsidenten der Technischen Universität München gewählt, die damals die zweitgrößte Technische Universität in der Bundesrepublik war und sich auf drei Standorte (München, Weihenstephan/Freising und Garching) verteilte, wobei in Garching seit 1957 der erste deutsche Forschungsreaktor stand, der bis zum Jahr 2000 betrieben wurde.

Als Wolfgang Wild am 20. Juni 1989 als Generaldirektor in die neugegründete Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten nach Bonn wechselte und dort bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1993 verblieb, wurde das Ministerium für Wissenschaft und Kunst von Kultusminister Hans Zehetmair geschäftsführend übernommen und nach der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 von Ministerpräsident Max Streibl (1932-1998, CSU), der nach dem Tod von Franz Josef Strauß am 19. Oktober 1988 zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, wieder mit dem Ministerium für Unterricht und Kultus zusammengelegt und Hans Zehetmair zum Minister für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst ernannt.

⁸²⁹Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.973. Die drei alternativen Voraussetzungen zum Erwerb eines qualifizierenden beruflichen Bildungsabschlusses (Qualbi) waren a) ein erfolgreicher Berufsschulabschluss mit einer Durchschnittsnote von mindestens 2,5 plus ein Lehrabschluss mit einer Durchschnittsnote von mindestens 2,5, b) ein Qualifizierender Hauptschulabschluss plus ein erfolgreicher Berufsschulabschluss plus ein Lehrabschluss mit einer Durchschnittsnote von mindestens 2,5, c) ein Berufsabschluss an einer Berufsfachschule mit einer Durchschnittsnote von mindestens 2,5.

⁸³⁰Vgl.: Ebd., S.973f.

⁸³¹Vgl. den Artikel Ludwig Erhard, in: www.fuerthwik.de, hier: Ausdruck vom 06.12.2022.

und Bayreuth) sowie an drei Berufsoberschulen (Altötting, Kempten und Regensburg) erprobt.⁸³² Außerdem waren in Bayern aufgrund einer zunehmenden Anzahl hier geborener und aufgewachsener Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit seit 1976 auch Fortschritte bei deren Beschulung gemacht worden. „Wurden anfangs fast 50 % der Ausländerkinder in zweisprachigen Klassen unterrichtet, waren es im Schuljahr 1989/90 nur noch 24 %.“⁸³³

In der Stadt Fürth war zu diesem Zeitpunkt mit dem **dritten und letzten Bauabschnitt des Schulzentrums am Tannenplatz (Dreifachturnhalle)** begonnen worden, wozu der Stadtrat nach Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts im Herbst 1978 am 24. Mai 1982 einen Planungsauftrag beschlossen hatte. Nach der Kommunalwahl am 18. März 1984 war das Projekt dann von Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg aufgegriffen und politisch durchgesetzt worden. Die Fertigstellung der Dreifachturnhalle erfolgte im Herbst 1990.⁸³⁴ Parallel zum Baubeginn der Dreifachturnhalle für das Schulzentrum am Tannenplatz zeigten sich in Fürth im Jahr 1988 die ersten Auswirkungen der von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion 1986 unter den Stichworten Perestroika (Umgestaltung) und Glasnost (Offenheit) eingeleiteten Veränderungen,⁸³⁵ als die von der Sowjetunion bis dahin immer wieder abgelehnte Ausreise von deutschstämmigen Aussiedler/innen, ihren Ehepartner/innen und minderjährigen Kindern einsetzte,⁸³⁶ die nach der Ankunft in der Bundesrepublik gemäß dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die

⁸³²Vgl.: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997, S.987f.

⁸³³Ebd., S.1049.

⁸³⁴Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.44.

⁸³⁵Michail Gorbatschow (geb. 1931) wurde 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. 1986 leitete er einen wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozess in der Sowjetunion sowie eine Wiederaufnahme der internationalen Abrüstungsgespräche ein, da die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts und des Volkseinkommens seit 1970 von einem Fünfjahresplan zum nächsten gesunken waren und sich die Sowjetunion durch eine nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluss vom Dezember 1979 mit der Entsendung von Soldaten erfolgte militärische Unterstützung der kommunistischen Regierung in Afghanistan gegen aufständische Mudschahidin (Kämpfer), die von den USA mit modernen Waffensystemen beliefert wurden, in eine ähnlich fatale Situation wie die USA in den 1960er Jahren in Vietnam gebracht hatte.

Unter Gorbatschow zog die Sowjetunion ihre Truppen von Mitte Mai 1988 bis Mitte Februar 1989 aus Afghanistan ab und verzichtete 1989 auch erstmals auf einen zentralen Fünfjahresplan, da die Wirtschaft eigenständig von den Betrieben und den Regionen gesteuert werden sollte. Danach zerfiel dann ab Sommer 1989 der gesamte Ostblock, da die kommunistischen Parteien in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der DDR ihre Machtpositionen verloren. Vgl.: Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Übersetzt von Yvonne Badal, München 1995, Kapitel Das Ende des Sozialismus, S.572-617, hier: S.583-614.

⁸³⁶Waren im Gesamtzeitraum von 1951 bis 1987 insgesamt 1,4 Millionen Aussiedler/innen, die meisten davon aus Polen und Rumänien, in die Bundesrepublik gekommen, stieg die Zuwanderung von Aussiedler/innen ab 1988 an und umfasste 1990 fast 400.000 Personen. Zuvor waren es allenfalls in einer Dekade so viele Aussiedler/innen (438.255 Personen von 1951 bis 1959, 221.561 Personen von 1960 bis 1969 und 355.381 Personen von 1970 bis 1979) gewesen wie im Jahr 1990, weshalb nun in der Bundesrepublik ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt wurde, bei dem die Einreisewilligen bereits im Herkunftsland die Aufnahmekriterien nachweisen mussten, zu denen ab 1995 auch ein Sprachnachweis zählte.

Außerdem wurde der Begriff Aussiedler/in ab 1993 durch den Begriff Spätaussiedler/in ersetzt. Insgesamt kamen von 1950 bis 2005 als Aussiedler/innen und Spätaussiedler/innen 2.334.000 Personen aus der Sowjetunion oder den Nachfolgestaaten, 1.445.000 Personen aus Polen, 430.000 Personen aus Rumänien, 105.000 Personen aus der Tschechoslowakei und 90.000 Personen aus Jugoslawien oder den Nachfolgestaaten in die Bundesrepublik. Vgl. den Artikel Aussiedler und Spätaussiedler, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.06.2021.

einzelnen Bundesländer, Landkreise und kreisfreien Städte verteilt wurden.⁸³⁷ Hinzu kam ab August/September 1989 eine Zuwanderung von Menschen aus der DDR, die über die geöffnete ungarische Grenze oder die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau in die Bundesrepublik übersiedelten, bevor sich die Staatsführung der DDR angesichts der wachsenden Ausreisen über Prag und Ungarn und der in der DDR zunehmenden Massendemonstrationen für Reformen und allgemeine Reisefreiheit am 9. November 1989 genötigt sah, ab dem folgenden Tag Reisefreiheit in alle Länder zu gewähren, und aufgrund des spontanen Andrangs an den Grenzübergängen in Berlin noch vor Mitternacht die Mauer geöffnet wurde.⁸³⁸

Mit der Zuwanderung von Aussiedler/innen aus der Sowjetunion und von Übersiedler/innen aus der DDR stieg in Fürth die Anzahl der Einwohner/innen, die nach den Eingemeindungen von Sack, Bislohe, Braunsbach, Herboldshof, Steinach, Stadeln, Mannhof, Vach, Ritzmannshof und Flexdorf am 1. Juli 1972 bis zur Volkszählung 1987 von 104.392 Personen auf 97.480 Personen gesunken war, bis 1989 wieder auf 100.906 Personen.⁸³⁹ Zur Erleichterung der Integration der Aussiedler/innen in den Arbeitsmarkt richtete die **Volkshochschule Fürth**, die schon nach den 1955 und 1960 mit Italien und Griechenland geschlossenen Abkommen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in den 1960er Jahren Sprachkurse für Gastarbeiter aus Italien und Griechenland durchgeführt hatte, 1989 die **Lehrgänge Deutsch als Fremdsprache mit einem Zertifikat für die erfolgreiche Teilnahme** ein,⁸⁴⁰ die im Rahmen der allgemeinen Integrationsmaßnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert wurden.

Gleichzeitig begann nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 ein Prozess der inneren Umstrukturierung der DDR und ein international mit den vier Mächten und den Staaten der Europäischen Gemeinschaft abgestimmter Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der am 1. Juli 1990 zu einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Einführung der D-Mark in der DDR sowie am 3. Oktober 1990 zum Inkrafttreten des Einheitsvertrages und zur vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland führte, die im Gegenzug von den vier Mächten zur Friedenstaatlichkeit verpflichtet wurde.⁸⁴¹ Außerdem war es nach dem Mauerfall und der Währungsunion durch die Konsumgüternachfrage von DDR-Bürger/innen zu einem wirtschaftlichen „Einheits-Boom“ gekommen,⁸⁴² durch den das preisbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt 1989 um 3,9 Prozent, 1990 um 5,3 Prozent und 1991 um 5,1 Prozent stieg. In

⁸³⁷Der „Königsteiner Schlüssel“, auf den sich die Länder der Westzonen im März 1949 und damit vor Gründung der Bundesrepublik bei einer Konferenz in Königstein/Taunus verständigt hatten, regelte die Anteile der einzelnen Länder bei gemeinsamen Finanzierungen und richtete sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl eines Landes. Der Schlüssel wurde später auch auf die Verteilung von Aussiedler/innen und Asylsuchenden übertragen. Vgl. den Artikel Königsteiner Schlüssel, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.06.2021.

⁸³⁸Vgl. den Artikel Revolutionen im Jahr 1989, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 22.06.2021.

⁸³⁹Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand, S.33.

⁸⁴⁰Vgl.: Barbara Ohm, 75 Jahre Volkshochschule Fürth. Eine Erfolgsgeschichte, herausgegeben von der Volkshochschule Fürth, Fürth 2021, S.39f.

⁸⁴¹Vgl. dazu mit weiteren Einzelheiten: Wolfgang Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Dirk Koch und Klaus Wirtgen, Stuttgart 1991, hier: Zeittafel vom 11. September 1989 (Grenzöffnung in Ungarn) bis 18. Januar 1991 (Vereidigung der Bundesminister nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990), S.289-314.

⁸⁴²Beim „Einheits-Boom“ wirkte das 1970 in der Bundesrepublik für Besucher/innen aus der DDR in Höhe von 30 DM und maximal zwei jährlichen Auszahlungen eingeführte, 1988 auf 100 DM bei nur

Westdeutschland sank die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit nun von 2.037.781 Personen 1989 auf 1.596.457 Personen 1991, während sie in Ostdeutschland durch den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft bis 1991 auf 1.005.746 Personen anwuchs.⁸⁴³ Aufgrund der Konsumgüternachfrage in Ostdeutschland erlebten im „Einheits-Boom“ auch die Firmen Grundig und Quelle in Fürth wieder einen Aufschwung. Die Firma Grundig, die nach einem von Max Grundig veranlassten Verkauf der Aktienmehrheit seit 1984 zum niederländischen Elektronik-Konzern Philips gehörte, erzielte dabei 1991 einen Rekordumsatz von 4,55 Mrd. DM,⁸⁴⁴ während das Großversandhaus Quelle bis 1992 in Leipzig ein neues Versandzentrum baute und von der

noch einer jährlichen Auszahlung erhöhte „Begrüßungsgeld“ nach dem Mauerfall wie eine Konjunkturspritze, da bis 20. November 1989 schon 11 Millionen der 16 Millionen DDR-Bürger/innen die Bundesrepublik und West-Berlin besucht, „Begrüßungsgeld“ erhalten und dieses für den Kauf von in der DDR raren Lebensmitteln wie Kaffee, Schokolade und Süßigkeiten ausgegeben hatten. Bei einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten George H.W. Bush (1924-2018) wurden die Ausgaben für das „Begrüßungsgeld“ von Bundeskanzler Helmut Kohl am 3. Dezember 1989 auf insgesamt 1,8 Mrd. DM beziffert.

Die Auszahlung von „Begrüßungsgeld“ wurde am 29. Dezember 1989 eingestellt und das „Begrüßungsgeld“ ab 1. Januar 1990 durch einen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vereinbarten Devisenfonds ersetzt, in den die Bundesrepublik 1,4 Mrd. DM einzahlte und aus dem DDR-Bürger/innen für Besuche in der Bundesrepublik einmal jährlich 100 DM erhalten und außerdem 500 DDR-Mark im Verhältnis 5:1 in D-Mark umtauschen konnten. Vgl. den Artikel Begrüßungsgeld, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 29.06.2021. Hinzu kam, dass bei der Währungsunion ab 1. Juli 1990 der Umtauschkurs für DDR-Mark in DM pro Person bis 2.000 DDR-Mark auf 1:1 und darüber hinaus auf 2:1 festgelegt wurde. Vgl.: Harm G. Schröter, Von der Teilung bis zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S.356-426, hier: S.416.

⁸⁴³In der DDR war die Chemiebranche ab 1960 massiv ausgebaut worden, um durch Erdöllieferungen aus der Sowjetunion petrochemische Rohstoffe für alle im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen sozialistischen Staaten produzieren zu können. Da die Sowjetunion das Erdöl zum durchschnittlichen Weltmarktpreis der vergangenen fünf Jahre lieferte und sich aus Rohöl nur zu 10 % petrochemische Rohstoffe herstellen ließen, mussten 90 % des Rohöls zu Benzin, Heizöl und Diesel verarbeitet werden.

Die preisgünstigen Erdöllieferungen aus der Sowjetunion wurden nach der Ölkrise 1973/74 und der Weltwirtschaftskrise 1974/75, als der Weltmarktpreis für eine Tonne Rohöl von 13 Dollar 1970 auf 75 Dollar 1975, 144 Dollar 1980 und 272 Dollar 1982 stieg, zu einem lukrativen Geschäftsmodell für die von Erich Honecker 1971 propagierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der die Lebensverhältnisse und die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und modernen Wohnungen verbessert werden sollten. Die DDR stellte dazu nicht nur den Energieverbrauch im Inland von Braunkohle auf Heizöl-, Diesel und Schweröl um, sondern exportierte zur Devisenbeschaffung auch Benzin, Heizöl und Diesel zu günstigen Preisen an die Mineralölkonzerne im Westen.

Dieses Geschäftsmodell zerbrach, als die Sowjetunion 1980/81 die zwischen 1962 und 1975 von 2,6 auf 17,0 Millionen Tonnen im Jahr gesteigerten Erdöllieferungen an die DDR drosselte, um zur Lösung ihrer eigenen Wirtschaftsprobleme selbst mehr Erdöl zu höheren Preisen auf den Weltmarkt verkaufen zu können. Um zur Devisenbeschaffung weiterhin größere Mengen Benzin, Heizöl und Diesel in den Westen exportieren zu können, reaktivierte die DDR für den inländischen Energieverbrauch in den 1980er Jahren die Braunkohleförderung, wozu sie allerdings 12 bis 15 Milliarden DDR-Mark investieren musste, die an anderen Stellen fehlten und zum Teil im Westen als Kredite aufgenommen wurden. Gleichzeitig führte die Reaktivierung der Braunkohle zu gewaltigen Umweltbelastungen, so dass die DDR 1989 sowohl finanziell als auch ökologisch vor dem Bankrott stand. Vgl.: Rainer Karlesch, Raymond G. Stokes, Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003, S.332-342. Siehe auch: Harm G. Schröter, Von der Teilung bis zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S.356-426, hier: S.413f.

⁸⁴⁴Nach der Wirtschaftskrise 1974/75 hatten die in Fürth ansässigen Firmen Grundig und Quelle dank relativ guter Umsätze mit rund 38.500 bzw. 43.000 Beschäftigten in den Jahren 1978/79 den personellen Höchststand ihrer Firmenentwicklung erreicht.

Stadt Fürth zugleich umfangreiche Flächen zur Errichtung einer neuen zentralen Hauptverwaltung auf der westlichen Hardhöhe erwarb.⁸⁴⁵

Daneben hatte der Stadtrat in Fürth im schulischen Bereich am 23. Juli 1990 beschlossen, das bestehende Hort- und Hausaufgabenbetreuungsangebot durch das Modell einer auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Personal beruhenden **Ganztagsbetreuung an Grundschulen** zu ergänzen,⁸⁴⁶ die ab Herbst 1990 an sieben Grundschulen angeboten und von 238 Grundschüler/innen besucht wurde. Mit diesem Beschluss reagierte die Stadt Fürth auf die seit den 1970er Jahren zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen und die damit verbundenen Veränderungen in den Familien.⁸⁴⁷ Zugleich öffnete sie damit auf kommunaler Ebene das Tor zu ganztägigen Schulformen, die nach der Jahrtausendwende zu einem Charakteristikum der Bildungspolitik in allen Bundesländern wurden.⁸⁴⁸ Außerdem wurde Fürth nach der Deutschen Einheit 1990 bis zum 200. Jubiläum der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 2018 zu einer von 103.562 auf fast 130.000 Einwohner/innen wachsenden Großstadt. Begleitet wurde der Bevölkerungszuwachs von einer Reihe allgemeiner Entwicklungen, zu denen die weiter zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen, der

Mit Ausbruch der Wirtschaftskrise 1981/82 waren dann die Umsätze bei der Firma Grundig eingebrochen. Max Grundig hatte daraufhin die Aktienmehrheit seiner 1972 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten und vermögensrechtlich von der 1970 gegründeten Grundig-Stiftung verwalteten Firma 1984 an den niederländischen Elektronik-Konzern Philips verkauft, mit dem er 1979 zur Entwicklung eines gemeinsamen Videosystems eine Geschäftsbeziehung eingegangen war, und die Firmenleitung an Philips abgegeben.

Während die Mitarbeiterzahl bei der Firma Grundig unter der Leitung von Philips durch Automatisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen in den 1980er Jahren auf 28.000 Beschäftigte sank, legte Max Grundig das Kapital seiner Stiftung wie schon ab Mitte der 1970er Jahre in Luxushotels an (1974 bis 1976 Kauf und Modernisierung des Luxushotels Schloss Fuschl mit den dazu gehörenden Anwesen Hotel Jagdhof und Hotel Baderluck in Hof bei Salzburg, 1976 bis 1978 Neubau des Forsthaus-Hotels in Fürth) und kaufte 1986 das am Nordschwarzwald mit Ausblick auf das obere Rheintal gelegene, 1912 als privates Genesungsheim für Offiziere gebaute und seit 1921 für private Kuraufenthalte genutzte Kurhaus Bühler Höhe in Bühlerhöhe/Baden, das er bis 1988 zu einem Luxushotel umgestalten ließ. Dort verstarb Max Grundig am 8. Dezember 1989 im Alter von 81 Jahren. Vgl. den Artikel Grundig (Unternehmen) und den Artikel Max Grundig, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 11.06. und 14.07.2021.

⁸⁴⁵Vgl.: Barbara Ohm, Fürth, Geschichte der Stadt, Fürth 2007, S.340.

⁸⁴⁶Vgl. Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.199.

⁸⁴⁷Vgl.: Svenja Prösdorf, Anna Cornelia Robbert, Der Wandel der Schülerspeisung im 20. und 21. Jahrhundert in Deutschland, in: Technische Universität Dortmund, Professur Gesundheitsförderung und Verbraucherbildung, Arbeitsbericht Nr.21/2014, Ausgewählte Aspekte der Kultur und Geschichte des Haushalts, hrsg. von Prof. Dr. Günter Eissing, Dortmund 2014, S.78-129, hier: S.103f.: „Ab den 70er Jahren lässt sich ... verstärkt die berufliche Emanzipation der Frau anführen, so dass eine Ergänzung der erzieherischen Funktion der Familie, bspw. hinsichtlich der Ordnung, des guten Benehmens sowie der Hausaufgabenhilfe erforderlich wurde, da beide Elternteile weder zeitlich, noch vorbildungsmäßig, noch gewillt waren, ihre alte Erziehungsfunktion in dem Maße wie früher auszuüben (...).“

⁸⁴⁸Vgl. ebd., S.110: „Insbesondere die Veröffentlichung der PISA-Studie 2001 ließ die deutsche Halbtagsschule im Vergleich zu den anderen teilnehmenden Ländern als Ausnahmesituation und rückständig erscheinen. Gerade die Chancenungleichheit, die Dreigliedrigkeit des Schulsystems, die rein auf Leistung basierende Unterrichtsschule sowie die getrennten Verantwortungsbereiche der Betreuung und Bildung, legten die im Halbtagsschulgedanken verankerten Schwächen des deutschen Bildungssystems offen.“ Siehe auch: Ebd. S.117: „Die Ganztagschule wurde daher zu Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend zur bestmöglichen Realisierung schulischer Lern- und Rahmenbedingungen (...). Mit einem zunehmenden Ausbau der Ganztagschulen von 2002 bis 2011 auf die dreifache Anzahl kam es somit auch zu einer Erweiterung und größeren Nachfrage der schulischen Verpflegungsangebote (...).“

ökonomische Wandel zu einer überwiegenen Dienstleistungsgesellschaft,⁸⁴⁹ die fortschreitende europäische Integration, die zunehmende Globalisierung und die digitale Revolution⁸⁵⁰ sowie die weiter steigenden Bildungs- und Qualifizierungsanforderungen zählten, die das gesamte Bildungswesen und die örtlichen Schulen vor neue Herausforderungen stellten.

9. Schulen in Fürth nach der Deutschen Einheit 1990 bis zur PISA-Studie 2000

Mit Ausnahme der vom Stadtrat im Juli 1990 beschlossenen Einführung einer Ganztagsbetreuung an Grundschulen verlief die Entwicklung der Schulen in Fürth nach der Deutschen Einheit zunächst noch weitgehend in den seit den Bildungsreformen ab Mitte der 1960er Jahre üblichen Bahnen. Dabei wurde neben der Fertigstellung der Dreifachturnhalle des Schulzentrums am Tannenplatz 1990 auch die rußgeschwärzte **Fassade des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums an der Königstraße** durch Spenden des Hauses Schickedanz, der Elternvereinigung und Freunde des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums, der Abituria und Finanzmittel der Stadt restauriert.⁸⁵¹ Bundesweit

⁸⁴⁹Bei einer von 1950 bis 2010 wachsenden Erwerbstätigenzahl hatten sich in der Bundesrepublik die Anteile der Erwerbstätigen in den drei Wirtschaftssektoren bis 1970 zu Lasten des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) zunächst zu Gunsten des sekundären Sektors (Produzierendes Gewerbe inklusive Bergbau und Bauwirtschaft) und des tertiären Sektors (Handel und Verkehr, Gastronomie, öffentliche Verwaltung, Banken, Versicherungen, Medien, Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen) erhöht. Danach waren sie bis 1990 weiter zu Lasten des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) und auch zu Lasten des sekundären Sektors (Produzierendes Gewerbe inklusive Bergbau und Bauwirtschaft) nur noch im tertiären Sektor (Handel und Verkehr, Gastronomie, öffentliche Verwaltung, Banken, Versicherungen, Medien, Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen) weiter angestiegen. Dieser Trend setzte sich nach der Deutschen Einheit fort, so dass bis 2010 in Deutschland 71,2 % aller Erwerbstätigen im tertiären Sektor, 24,4 % im sekundären Sektor und nur noch 2,1 % im primären Sektor tätig waren. Vgl. dazu die hier wiedergegebene Tabelle, in: Bernhard Schäfers, Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, 9. völlig überarbeitete Auflage, Konstanz, München 2012, S.184:

Anteile der Erwerbstätigen in den Produktionssektoren der Wirtschaft seit 1950 ¹					
Jahr	1950	1970	1990	2003	2010
Gesamtzahl der Erwerbstätigen	22.474.000	26.560.000	29.513.000	35.536.000	40.483.000
Anteil im primären Sektor in %	23,3	8,5	3,6	2,4	2,1
Anteil im sekundären Sektor in %	42,3	48,9	40,6	27,3	24,4
Anteil im tertiären Sektor in %	34,5	42,6	55,8	70,4	73,5

1) 1950 bis 1990 alte Bundesländer, 2003 und 2010 alte und neue Bundesländer.

⁸⁵⁰Vgl. zur Globalisierung und deren Zusammenhang mit der digitalen Revolution: Ebd., S. 27f.: „Die neue Stufe der Globalisierung hat die digitale Revolution seit Beginn der 1970er Jahre zur Voraussetzung. Das Besondere liegt u.a. in folgenden Punkten:

- Zunahme transnationaler Unternehmen, Investitions- und Finanzaktivitäten;
- weltumspannende Kommunikationen und Informationsnetze ...;
- digitale Steuerung von Produktionsprozessen, die auch die globalen Zeitverschiebungen ausnutzen;
- Ausweitung der weltweiten Verstärkerprozesse und der Global Cities (...).“

Zum wichtigsten Hebel der neuen Stufe der Globalisierung wurde dabei die 1989 vom britischen Physiker Tim Berners-Lee entwickelte Internetsprache HTML (Hypertext Markup Language): „Die Bedeutung des Internets steigerte sich durch das World Wide Web geradezu exponentiell: für das Berufsleben und Finanzaktivitäten, für den privaten Gebrauch und alle nur denkbaren Aktivitäten (...). In Deutschland verfügten im Jahr 2010 80 % aller Haushalte über einen Computer, sei es als stationäre Anlage, Laptop oder Notebook. 75 % aller Personen über 10 Jahren haben Internetzugang und nutzen ihn, Männer zu 80 % und Frauen zu 70 % (...).“ (Zitat, ebd., S.135).

⁸⁵¹Vgl.: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996, S.43.

kam es nach einer in einem Rechtsgutachten aus dem Jahr 1987 und einer 1989 abgegebenen Empfehlung des Beirates für Ausbildungsförderung des Bundesbildungsministeriums bei der **Förderung von Studierenden aus einkommensschwächeren Haushalten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz** im Herbst 1990 allerdings zu einer Teilrevision der 1983 eingeführten Volldarlehensförderung, da die Studierendenförderung nun zu 50 Prozent als Zuschuss und zu 50 Prozent als Darlehen gewährt wurde.⁸⁵² Außerdem wurde die vom Stadtrat in Fürth beschlossene **Ganztagsbetreuung an Grundschulen** am 4. Februar 1991 vom Kultusministerium als Schulveranstaltung anerkannt, womit die teilnehmenden Schüler/innen dem gesetzlichen Unfallversicherungsschutz unterlagen.⁸⁵³

Die ersten schulischen Neuerungen in Fürth zeichneten sich ab, als das **Helene-Lange-Gymnasium am Tannenplatz** zu Schuljahresbeginn 1990/91 nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz, den europäischen Gedanken angesichts der von ursprünglich sechs auf mittlerweile zwölf Mitgliedsstaaten gewachsenen und vor der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes ab 1992 stehenden Europäische Gemeinschaft künftig stärker im Bildungswesen zu verankern,⁸⁵⁴ vom Kultusministerium als eines von fünf Gymnasien in Bayern mit der Durchführung eines im Herbst 1991 startenden **Modellversuchs zum Europäischen Gymnasium** (Typ I) beauftragt wurde. Bei diesem gymnasialen Schultyp sollte die zweite Fremdsprache Französisch bzw. Latein bereits ab der 6. statt der 7. Jahrgangsstufe beginnen und ab der 9. Jahrgangsstufe als dritte Fremdsprache Spanisch folgen.⁸⁵⁵ Außerdem war in Bayern zu Beginn des Schuljahres 1990/91 im Rahmen eines **Schulversuchs an Grundschulen**

⁸⁵²Vgl.: Berliner Initiative gegen Bafög-Volldarlehensregelung, Das Bafög-Volldarlehen 1983 – 1990 und seine Rückzahlung, 7. aktualisierte Auflage, Oktober 2002, S.5.

⁸⁵³Vgl.: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.199.

⁸⁵⁴Zu den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG), die 1967 durch eine Fusion der von Frankreich, Luxemburg, Belgien, den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie der von diesen Staaten 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (Euroatom) entstanden war, gehörten seit 1973 auch Großbritannien, Irland und Dänemark, seit 1981 Griechenland und seit 1986 Portugal und Spanien („Europa der 12“).

Seit einem im Dezember 1985 in Luxemburg zu einer Einheitlichen Europäischen Akte gefassten Beschluss des Europäischen Rates und dem anschließend im Februar 1987 vorgelegten Plan des von 1985 bis 1995 amtierenden Kommissionspräsidenten Jacques Delors (geb. 1925) befand sich die Europäische Gemeinschaft außerdem auf dem Weg zu einem ab 1992 vorgesehenen Europäischen Binnenmarkt, der mit dem 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht zur Gründung einer Europäischen Union (EU) führte, deren Kompetenzen über den Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EG hinausgehen und auch die Koordinierung der Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik sowie Innen- und Justizpolitik umfassen sollten.

Der europäische Binnenmarkt der EU wurde ab 1993 durch den Wegfall aller Personen- und Warenkontrollen, der gegenseitigen Anerkennung und Harmonisierung von Produktnormen und Lebensmittelstandards, der Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchssteuern, der EU-weiten Öffnung des Beschaffungsmärkte für öffentliche Aufträge ab 10 Mio. DM sowie die vollständige Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer/innen und die uneingeschränkte Niederlassungsfreiheit für alle Selbstständigen und Freiberufler sukzessive realisiert. Vgl. den Artikel Europäische Union, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.06.2021.

⁸⁵⁵Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.45. Siehe auch den Artikel Europäisches Gymnasium, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.10.2021: Der Schulversuch zum Europäischen Gymnasium wurde in Bayern 1999 um eine Variante II mit intensiviertem Unterricht im Fach Physik und um eine Variante III mit den Pflichtfächern Informatik sowie Natur und Technik erweitert. Der Schulversuch endete nach Ablauf des Schuljahres 2008/2009 mit der endgültigen Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums (G8) und dem Auslaufen der elften Klassen an den neunjährigen Gymnasien (G9).

für die 3. und 4. Jahrgangsstufe erstmals **Unterricht in einer Fremdsprache** eingeführt worden.⁸⁵⁶ Eine weitere Neuerung war in Fürth 1991 die **Umbenennung der staatlichen Realschule an der Ottostraße in Leopold-Ullstein-Realschule**.⁸⁵⁷

Zugleich öffnete sich nach der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages zur Deutschen Einheit - der bis 1994 mit dem vertraglich vereinbarten Abzug aller 400.000 in der ehemaligen DDR stationierten Soldaten der Sowjetunion, einem parallel von Präsident George H.W. Bush 1990 angekündigten Abbau der amerikanischen Truppen in Deutschland bis 1995 und einer gleichzeitigen Reduzierung der zusammen mit der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR über 700.000 Soldaten verfügenden Bundeswehr auf 370.000 Soldaten verbunden war⁸⁵⁸ - in Fürth ein gewaltiges kommunales Handlungsfeld zur Konversion von Militärf lächen, da die Amerikaner im Stadtgebiet über ein Flächenpotenzial von 287,9 ha verfügten, das bei einem Abzug für zivile Nutzungen wie Gewerbe oder Wohnen in Frage kam. Bei einer Reduzierung der Bundeswehr stand außerdem die 10,8 ha umfassende Fläche des Mobilmachungsstützungspunktes an der äußeren Schwabacher Straße zur Verfügung,⁸⁵⁹ so dass das gesamte Flächenpotenzial 4,72 % des Stadtgebiets von 6.335 ha ausmachte.

Aufgrund der durch die Zuwanderung von Aussiedler/innen aus der Sowjetunion und von Übersiedler/innen aus der DDR von 97.480 Personen 1987 auf 103.906 Personen

⁸⁵⁶Vgl.: Hubert Buchinger, Die bayerische Volksschule im Wandel der Zeit. Ein Beitrag zur Schulgeschichte Bayerns von 1800 bis zur Gegenwart. Überarbeitete Fassung eines Festvortrages zur Sonderausstellung Schule und Bildung im Landkreis Regensburg am 27. April 2007, Regensburg 2008, S.13.

⁸⁵⁷Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.26. **Leopold Ullstein** (1826-1899) war in Fürth als vierter Sohn des jüdischen Papierhändlers Hajum Hirsch Ullstein im Anwesen Mohrenstraße 2 geboren worden, hatte die 1836 als Ergänzungsschule von Dr. Heinrich Brentano in Fürth gegründete private Erziehungsanstalt für Knaben mit Vormittags- und Nachmittagsunterricht, den Fächern Religion, Deutsch, Latein, Französisch, Italienisch, Mathematik, Geografie, Geschichte und Physik sowie einer von 17.00 bis 19.00 Uhr dauernden Hausaufgabenbetreuung besucht und ab dem 14. Lebensjahr bei seinem Vater eine Lehre als Papier- und Buchhändler absolviert. Da das bayerische Judenedikt von 1813 alle jüdischen Haushaltsvorstände zur Annahme eines deutschen Familiennamens und zur Registrierung in einer Matrikel verpflichtet hatte und die zur Ausübung eines eigenen Gewerbes und zu einer Verheiratung erforderliche Matrikelnummer erst nach dem Tod des Haushaltsvorstandes auf den ältesten männlichen Nachkommen übertragen werden konnte, blieb lediglich der älteste Bruder von Leopold Ullstein in Fürth, während seine beiden älteren Brüder als Papierhändler 1856 nach Leipzig und Leopold Ullstein nach Berlin auswanderten und sächsische bzw. preußische Staatsbürger wurden, weil es auch nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 bis zum Reichs- und Staatsbürgergesetz von 1913 keine deutsche Staatsangehörigkeit gab. In Berlin war Leopold Ullstein ab 1856 zunächst als Papierhändler tätig, bevor er 1877 eine Zeitung erwarb und anschließend ein Presse-Imperium aufbaute, das das Neue Berliner Tagblatt, die Berliner Zeitung, die Berliner Illustrierte Zeitung, die Berliner Abendpost verlegte und anlässlich des Attentats auf Kaiser Wilhelm I (1797-1888) im Jahr 1877 auch ein erstes Extra-Blatt herausgab. Vgl.: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, S.139f. (Judenedikt von 1813), S.140 (Leopold Ullstein) und S.172f. (Private Erziehungsanstalt für Knaben von Dr. Heinrich Brentano).

⁸⁵⁸Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.161 und S.170 (Monteith-Barracks).

⁸⁵⁹Vgl. zu den Angaben der von den Amerikanern genutzten Flächen: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S. 13. Dabei umfassten die Monteith Barracks 122 ha, die W.-O.-Darby-Barracks 42 ha, die Kalb-Siedlung 40,8 ha, die Johnson-Barracks 40 ha, die Dambach-Housing 9,2 ha, die PX (Lebensmittelmarkt) und Commissary (Kaufhaus ohne Lebensmittel) 10,6 ha, das Zennwald-Depot 10,0 ha, der Schießplatz Tulpenweg 2,5 ha und der Mobilmachungsstützungspunkt der Bundeswehr 10,8 ha.

1990, 105.297 Personen 1991 und 107.239 Personen 1992 steigenden Einwohnerzahlen⁸⁶⁰ waren vor allem die 1.234 in der Kalb-Siedlung seit Mitte der 1950er Jahre existierenden und über Wohnflächen zwischen 90 m² und 100 m² verfügenden amerikanischen Drei- und Vier-Zimmer-Wohnungen zur Unterbringung von Familien mit Kindern interessant. Das Gleiche galt wegen eines zunehmenden Schulraummangels für das am 4. Januar 1952 eröffnete **amerikanische Schulgebäude an der Frommüllerstraße**, in dem ein Kindergarten als Vorschule, eine achtklassige Elementary-School und eine dreiklassige High-School untergebracht worden waren. Hinzu kamen die von den Amerikanern nach dem Ende des Vietnam-Krieges in Fürth errichteten Schulgebäude. Dazu zählten das am 26. August 1975 als Ergänzung des bisherigen Schulgebäudes an der Frommüllerstraße eingeweihte **Grundschulgebäude an der John-F.-Kennedy-Straße**, die im März 1982 um eine Sporthalle, eine Bibliothek und zusätzliche Klassenräume **erweiterte High-School an der Frommüllerstraße**, ein im Dezember 1985 eröffnetes **Schul- und Therapiezentrum für behinderte Kinder** neben der High-School und ein von 1987 bis 1990 errichtetes **Grundschulgebäude in den Monteith-Barracks** mit 33 Klassenzimmern, zahlreichen Hobbyräumen, einer Turnhalle und einem Kindergarten.⁸⁶¹

Der von Präsident George H.W. Bush 1990 angekündigte Abbaus der amerikanischen Truppen in Deutschland verzögerte sich allerdings durch den am 2. August 1990 erfolgten Einmarsch irakischer Truppen in das Emirat Kuwait und dessen Annexion durch den Irak am 8. August 1990, die der UN-Sicherheitsrat in zwei Resolutionen einstimmig als völkerrechtswidrig verurteilte. Da Saudi-Arabien ebenfalls eine Eroberung durch den Irak fürchtete, bemühten sich die USA um eine internationale militärische Allianz zum Schutz Saudi-Arabiens und zur Wiederherstellung der vom UN-Sicherheitsrat geforderten territorialen Integrität und Souveränität Kuwaits, der sich insgesamt 34 Staaten anschlossen, wobei die USA 74 Prozent der 825.000 Soldaten stellten. An der Allianz beteiligte sich auch die Bundesrepublik mit Finanzmitteln in Höhe von 17,9 Mrd. DM und im Rahmen des NATO-Vertrages durch die Übernahme von Aufgaben der Seeweg- und Luftsicherung im Mittelmeer und in der Türkei.⁸⁶² Als die amerikanische Regierung Anfang November 1990 beschloss, das in Franken stationierte und 71.000 Soldaten umfassende VII. US-Corps nach Saudi-Arabien zu verlegen, wurden die in Nürnberg, Fürth, Zirndorf und Erlangen stationierten amerikanischen Verbände ebenfalls in die Allianz einbezogen, worauf in Fürth am 6. Dezember 1990 neunzig Militärpolizisten als erste amerikanische Soldaten die Stadt in Richtung Saudi-Arabien verließen. Weitere Soldaten folgten bis Weihnachten.⁸⁶³

Nachdem der amerikanische Kongress am 12. Januar 1991 beschlossen hatte, den Irak mit militärischen Mitteln aus Kuwait zu vertreiben, begann am 17. Januar 1991 eine massive Luftoffensive gegen irakische Ziele. Die Bodenoffensive setzte am 24.

⁸⁶⁰Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, Tabelle 3.1, Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes nach dem jeweiligen Gebietsstand, S.33.

⁸⁶¹Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.139f. Siehe zur Anzahl der Amerikaner in Fürth auch ebd., S.134: „Genaue Zahlen, wie viele amerikanische Soldaten in Fürth arbeiten, gibt es nicht. Man kann aber davon ausgehen, dass bis 1990 immer etwa 9.000 bis 11.000 Amerikaner in Fürth gelebt haben, davon die Hälfte Soldaten.“

⁸⁶²Vgl. den Artikel Zweiter Golfkrieg, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.09.2021.

⁸⁶³Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.161f.

Februar 1991 ein und führte bis 27. Februar 1991 zur Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait, worauf Präsident George H.W. Bush am 28. Februar 1991 eine Waffenruhe verkündete. Auf der Grundlage einer Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 2. März 1991 über die Rahmenbedingungen für einen dauerhaften Waffenstillstand begannen am 3. März 1991 Verhandlungen über eine Waffenstillstandsvereinbarung, die am 12. April 1991 in Kraft trat.⁸⁶⁴ Am 29. April 1991 kamen die ersten 600 der in Mittelfranken stationierten amerikanischen Soldaten wieder auf dem Flughafen in Nürnberg an, wo im Laufe der Zeit täglich bis zu sieben Großraumflugzeuge mit zurückkehrenden Soldaten und Soldatinnen landeten, die von Brigadegeneral Wesley B. Taylor oder Oberst MacLellen mit Handschlag begrüßt wurden, wobei zeitweise auch die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Garnisonsstädte, darunter der Fürther Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg, an der Begrüßungszeremonie teilnahmen.⁸⁶⁵

Ab Sommer 1991 begann dann auch in Fürth der von Präsident George H.W. Bush 1990 angekündigte Abbau der amerikanischen Truppen in Deutschland von 215.000 auf 65.000 Soldaten. Dabei wurde der Stadtverwaltung von den Amerikanern im August 1991 mitgeteilt, dass das vor 1945 zur Lagerung von Munition von der Wehrmacht mit 14 massiven Munitionsbunkern errichtete und 1957 als Ersatz für Munitionslagerstätten auf dem Gelände der Dynamit-Nobel AG in Stadeln von den Amerikanern übernommene **Zennwald-Depot in Burgfarrnbach** geräumt und die 10 ha umfassende Fläche an die Bundesvermögensverwaltung übergeben worden sei. Da zu diesem Zeitpunkt seitens des Bundes noch keine Entscheidung darüber getroffen war, ob die Fläche als Munitionslager für die Bundeswehr genutzt oder für andere Zwecke freigegeben werden soll, blieb die Fläche bis 1994 weitgehend sich selbst überlassen. Der Stadtverwaltung gelang es erst im August 1994, mit der Bundesvermögensverwaltung einen Vertrag zur Übernahme des Zennwald-Depots, zum Abbruch der Munitionsbunker und zur Wiederaufforstung der Fläche zu schließen.⁸⁶⁶

Einen Monat nach der Mitteilung über die Räumung des Zennwald-Depots machten die Amerikaner im September 1991 erstmals Angaben zur vollständigen Räumung der über eine Fläche von 122 ha verfügenden **Monteith-Barracks an der Vacher Straße**, die bis 1993 erfolgen sollte, wobei der Abzug der Soldaten am 22. November 1991 mit der Verabschiedung einer Unterstützungsabteilung der 1. Panzerdivision eingeleitet wurde.⁸⁶⁷ Gleichzeitig übergaben die Amerikaner den einst von der Wehrmacht an der

⁸⁶⁴Vgl. den Artikel Zweiter Golfkrieg, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.09.2021.

⁸⁶⁵Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.163.

⁸⁶⁶Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.87f.: „Im August 1994 unterzeichnet die Stadt beim Bundesvermögensamt schließlich einen Vertrag zur Übernahme des Zennwald-Depots. Sie erhält das Areal zum Nulltarif, denn der Grundstückswert wird mit den Abbruchkosten der insgesamt 14 Munitionsbunker aufgerechnet. Pro Gebäude kostet das bis zu 78.000 DM (rd. 40.000 Euro). Das technische Hilfswerk packt bei der Sprengung der einzelnen Bunker mit an... Ziel der Stadt ist die Wiederaufforstung der Fläche... Die Kosten für das Naturprojekt belaufen sich auf 150.000 DM (ca. 80.000 Euro). Die Stadt übernimmt davon die Hälfte der Kosten, hinzu kommen Spenden des Bürgervereins und der Sparkasse. Ein Restbetrag soll aus dem Liegenschaftsfonds beigesteuert werden. Im Herbst 1997 starten die ersten Pflanzaktionen, die Bienenzüchter beginnen, das Gelände zu nutzen“ (Zitat, S.88).

⁸⁶⁷Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.169.

Bernbacher Straße/Tulpenweg angelegten **Schießplatz in Burgfarnbach** im November 1992 an die Bundesvermögensverwaltung.⁸⁶⁸ Nach dem im Sommer 1993 erfolgten Abzug der letzten in den Monteith-Barracks untergebrachten Soldaten wurde das Kasernengelände mit Ausnahme des eine Fläche von 50 ha umfassenden Golfplatzes am 15. September 1993 an die Bundesvermögensverwaltung übergeben.⁸⁶⁹ Zu einer zivilen Folgenutzung hatte der Stadtrat aufgrund eines mit der seit 1987 von 97.480 Personen auf 107.239 Personen 1992 gestiegenen Einwohnerzahl zusammenhängenden und vom Baureferat ermittelten zusätzlichen Wohnbedarfs schon im Januar 1993 beschlossen, dass mehr Wohnraum gebraucht werde und dieser auf dem Monteith-Areal entstehen solle.⁸⁷⁰

Daneben war es der Stadtverwaltung bereits während des laufenden Abzugs der Amerikaner aus den Monteith-Barracks gelungen, durch eine Anmietung von Räumen in dem von den Amerikanern zwischen 1987 und 1990 errichteten Grundschulgebäude einen mit dem gesamtstädtischen Einwohnerzuwachs verbundenen Schulraummangel zu beheben, indem dort ab September 1992 zehn Klassen mit etwa 230 Schüler/innen aus dem Fürther Grundschulbereich untergebracht und täglich mit Bussen hingefahren und wieder abgeholt wurden. Parallel besuchten damals noch etwa 430 amerikanische Kinder das für 1.200 Schüler/innen ausgelegte Schulgebäude. Nach der Räumung und Übergabe des Kasernengeländes mit Ausnahme des Golfplatzes an die Bundesvermögensverwaltung im September 1993 war das Schulgebäude ab September 1994 mit 28 Klassen wieder voll belegt,⁸⁷¹ weil es auch als Ergänzungs- und Ausweichquartier für die Zeit des **zweiten Erweiterungsbaus an der Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße** diente.

Der zweite Erweiterungsbau war erforderlich geworden, weil es an der Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße durch eine in der ersten Hälfte der 1980er Jahre begonnene Wohnbebauung auf den im Bebauungsplan Nr. 301c vom 6. Februar 1981 festgelegten und jenseits des „Frankenschnellweges“ liegenden Grundflächen Alte Reutstraße/Leipziger Straße ab 1986 zu einem zunehmenden Anstieg der Schüler/innenzahlen gekommen war, weshalb die Schulleitung 1988 entweder einen zweiten Erweiterungsbau oder eine Änderung des Schulsprengels gefordert hatte. Aufgrund der die Raumkapazitäten übersteigenden Schüler/innenzahlen mussten 1991 drei Klassen an die Schule an der Seeackerstraße und 1992 drei Klassen an die Grundschule an der Holsteiner Straße in Nürnberg-Schniegling („Wahlerschule“) verlegt werden. In dieser

⁸⁶⁸Vgl.: Ebd., S.176; „Drei Jahre später präsentierte sich der Schießplatz immer noch so, wie ihn die Amerikaner verlassen hatten.“ Ergänzend anzumerken ist, dass die Bundesvermögensverwaltung das Gelände 1998 an einen Landwirt aus Veitsbronn verkaufte, der es als neuer Grundeigentümer mit Material aus den Schutzwällen auffüllte, planierte und einer landwirtschaftlichen Nutzung zuführte. Mail-Mitteilung des Stadtplanungsamtes der Stadt Fürth vom 21.10.2021.

⁸⁶⁹Vgl.: Ebd., S.170.

⁸⁷⁰Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärfeldern im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.38f. Insgesamt hatte das Baureferat drei Nutzungskonzepte entwickelt, die entweder einen neuen Stadtteil mit Wohnungen, Schule und Kindergarten für etwa 5.000 Menschen oder eine gewerbliche Nutzung oder eine Nutzung für Freizeit und Naherholung vorsahen. Für eine Wohnnutzung mit Schule und Kindergarten sprachen dabei die vorhandenen Mannschaftsgebäude und die zwischen 1987 und 1990 von den Amerikanern errichtete Schule mit Kindergarten, für eine gewerbliche Nutzung die auf dem ehemaligen Flugplatzgelände vorhandenen Hangars und für eine Nutzung für Freizeit und Naherholung der von den Amerikanern eingerichtete, aber noch nicht an die Bundesvermögensverwaltung übergebene und 50 ha umfassende Golfplatz.

⁸⁷¹Vgl.: Bernd Jesussek, Sternbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.171.

Situation setzten sich Schulleitung, Lehrer/innen, Elternbeirat, Eltern und der neue Schul- und Kulturreferent Gerd Fleischmann (1941-1999, SPD), der im Juli 1992 vom Stadtrat als Nachfolger des im Alter von 63 Jahren in den Ruhestand gegangenen Schul- und Kulturreferenten Erich Reinhardt gewählt worden war, für einen zweiten Erweiterungsbau an der Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße ein, den der Stadtrat 1994 beschloss. Danach wurden während der bis 1996 laufenden Bauzeit insgesamt acht dritte und vierte Klassen in die angemietete ehemalige amerikanische Elementary-School auf dem Gelände der Monteith-Barracks verlegt, was einen täglichen Bustransfer für rund 200 Schüler/innen erforderte.⁸⁷²

Außerdem erfolgte zu Beginn der Amtszeit von Schul- und Kulturreferent Gerd Fleischmann 1993 eine **zweite Bauplanung für die Metallwerkstätten der 1981 fertiggestellten Berufsschule IV für Metall- und Elektrotechnik an der Ottostraße**, nachdem die erste Bauplanung aus dem Jahr 1982 im Verlauf der 1980er Jahre nicht umgesetzt worden war. 1994 wurde auch ein **Konzept für die Neuorganisation der Berufsschulen in Fürth** entwickelt, das unter Beibehaltung der Standorte eine organisatorische Eingliederung der Berufsschule III für Hauswirtschaft und Kinderpflege an der Theresienstraße/Hirschenstraße und der Berufsschule V für Landwirtschaft an der Jahnstraße in die gewerbliche Berufsschule I an der Fichtenstraße, den Bau der Metallwerkstätten für die Berufsschule IV an der Ottostraße sowie den Umbau und die Sanierung der kaufmännischen Berufsschule II an der Theresienstraße/Hirschenstraße vorsah.⁸⁷³

Zur Ergänzung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweigs mit zwei Fremdsprachen und des neusprachlichen Zweigs mit drei Fremdsprachen richtete das **Hardenberg-Gymnasium an der Kaiserstraße** im September 1994 einen zusätzlichen **wirtschaftswissenschaftlichen Zweig** mit zwei Fremdsprachen ein,⁸⁷⁴ den es einst an den Vorgängerschulen (Königliche Gewerbe- und Handelsschule 1849-1864, Königliche Gewerbeschule 1867-1873, Königliche Gewerbeschule mit Handelsabteilung 1873-1877, Königliche Realschule mit Handelsabteilung 1877-1920 und Oberrealschule 1920-1938) gegeben hatte. Genauso wie die Handelsabteilung damals im Rahmen der beginnenden und eine gewaltige Dynamik entfaltenden Industrialisierung entstanden und weiterentwickelt worden war, passte jetzt auch der wirtschaftswissenschaftliche Zweig des Hardenberg-Gymnasiums zu dem 1992/93 geschaffenen europäischen Binnenmarkt und der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft.

Während in Bayern die nach der Verabschiedung des Sonderschulgesetzes im Juli 1965 eingeführte Bezeichnung Sonderschule 1994 durch die **Bezeichnungen Förderschule bzw. Schule mit sonderpädagogischem Förderbedarf** ersetzt wurde,⁸⁷⁵ entwickelte sich in Fürth die Übernahme aller amerikanischen Militärfächen, Wohngebäude und Schulen zu einem Planungs- und Finanzierungsschwerpunkt der Stadt, als der amerikanische Standortkommandeur am 16. Oktober 1994 im Rathaus gegenüber dem zweiten Bürgermeister Günter Brand den vollständigen Abzug der Amerikaner bis

⁸⁷²Vgl.: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.42.

⁸⁷³Vgl.: Wilfried Büchel (Schulleiter), B III Fürth vor 2004, Fürth 2009, in: Homepage der Martin-Segitz-Schule Fürth, www.b3-fuerth.de.

⁸⁷⁴Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.27.

⁸⁷⁵Monika Fenn, Schulwesen (nach 1945), in: www.historisches-lexikon-bayerns.de, hier: Ausdruck vom 16.05.2018, S.13 von 19.

Ende 1995 ankündigte.⁸⁷⁶ Da in der Kalb-Housing zur Deckung des Wohnbedarfs 1.234 Wohnungen zu Verfügung standen und nach Einschätzung des Baureferates in dem daran angrenzenden Darby-Areal mit einem Flächen- und Gebäudepotenzial für über 1.000 Wohneinheiten gerechnet werden konnte, beschloss der Stadtrat am 8. Februar 1995, die in der Stadtverwaltung begonnene Stadtteilplanung für das Monteith-Areal zu Gunsten eines städtebaulichen Wettbewerbs auf dem Darby-Areal in der Südstadt zurückzustellen,⁸⁷⁷ und legte als städtebauliche Grundkonzeption für das Kasernengebiet die Anlage eines zentralen Südstadtparks, Wohnen im Westteil und schonendes Gewerbe im Ostteil fest.⁸⁷⁸

Im Mai 1995 erwarb die Stadt von der Bundesvermögensverwaltung dann das seit September 1992 angemietete Schulgebäude, den Kindergarten, die Mehrzweckhalle und die dazu gehörenden Freiflächen in den Monteith-Barracks für knapp 8 Millionen DM (ca. 4 Millionen Euro).⁸⁷⁹ Außerdem wurde im Rahmen des laufenden Komplettabzugs der Amerikaner am 17. Mai 1995 bei der High-School an der Fronmüllerstraße letztmalig die amerikanische Flagge eingeholt. Am 16. November 1995 übergaben die Amerikaner dann alle Schulen und Kindergärten in der Kalb-Siedlung an die Bundesvermögensverwaltung.⁸⁸⁰ Der Abzug der Amerikaner endete, als am 19. Dezember 1995 in den W.-O.-Darby-Barracks zum letzten Mal die amerikanische Flagge eingeholt wurde. Bis dahin hatte das Baureferat auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 8. Februar 1995 bereits einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für das Darby-Areal vorbereitet, der sich an Architekten, Stadt- und Landschaftsplaner richtete und im Februar 1996 öffentlich ausgelobt wurde.⁸⁸¹ Außerdem gab die Stadt Fürth im Februar 1996 zur Übernahme der amerikanischen Schulgebäude sowie zur Beseitigung zahlreicher schulorganisatorischer Engpässe an den im gesamten Stadtgebiet bestehenden Schulstandorten sowie zur Sicherung ordnungsgemäßer Belegungsstandards und Klassenstärken einen von Schulreferent Gerd Fleischmann vorgeschlagenen Schulentwicklungsplan bei der Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart (GUS) in Auftrag.⁸⁸²

⁸⁷⁶Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.41. Siehe auch den Artikel Günter Brand, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 27.10.2021. **Günter Brand** (1941-2001) hatte nach dem Besuch der Volksschule eine Lehre zum Mechaniker, danach die Meisterprüfung und anschließend einen Lehrgang zum Wassermeister in Rosenheim absolviert, den er mit der bis dahin besten Prüfungsleistung in der Bundesrepublik abschloss (siebzehnmals Note sehr gut und einmal Note gut). Beruflich war er danach als technischer Leiter und Geschäftsführer beim Wasserwerk Knoblauchsland in Stadeln/Mannhof tätig. Außerdem war er Mitglied der IG-Metall und der SPD. Bei der Kommunalwahl 1978 wurde Günter Brand in den Stadtrat, dort von 1986 bis 1993 zum Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion und 1993 vom Stadtrat zum zweiten Bürgermeister der Stadt Fürth gewählt.

⁸⁷⁷Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.43.

⁸⁷⁸Vgl.: Ebd., S.49f.

⁸⁷⁹Vgl.: Ebd., S.41.

⁸⁸⁰Vgl.: Bernd Jesussek, Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996, S.171.

⁸⁸¹Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.50.

⁸⁸²Vgl.: GUS – Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart, Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen in Fürth. Abschlussbericht, Stand 17.12.1996, Stuttgart 1997, S.1.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine Übernahme aller amerikanischen Militärfächen, Wohngebäude und Schulen in der Stadt Fürth schon erheblich verschlechtert, da der „Einheitsboom“ nach einer Abschwächung der Zuwachsraten des gesamtdeutschen realen, preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 5,1 Prozent 1991 auf 1,9 Prozent 1992 ausgelaufen und 1993 sogar ein „Minuswachstum“ von 1,0 Prozent zu verzeichnen war. In Westdeutschland hatte sich zudem die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit wieder von 1.596.450 Personen 1991 auf 2.149.466 Personen 1993 und 2.604.920 Personen 1996 und in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum von 1.005.746 auf 1.318.622 Personen erhöht.⁸⁸³ Da die seit 1984 mit der Aktienmehrheit zum Philips-Konzern gehörende Firma Grundig nach dem im „Einheitsboom“ 1991 erzielten Rekordumsatz von 4,55 Mrd. DM in einen Abwärtstrend geraten war, der bis 1996 zu einem Abbau der Beschäftigtenzahl an allen Produktionsstandorten von 16.250 auf 8.580 Personen und zu einem 1996 von Philipps im Rahmen einer Umstrukturierung des Gesamtkonzerns veranlassten Verkauf der Firma Grundig an ein bayerisches Konsortium unter Leitung des Antennen- und Satellitentechnikherstellers Anton Kathrein geführt hatte,⁸⁸⁴ hatten sich krisenbedingt auch die gesamten städtischen Gewerbesteuererinnahmen verringert und eine Haushaltskonsolidierung durch zahlreiche Sparmaßnahmen ausgelöst.⁸⁸⁵

Angesichts der finanziellen Misere wurde bei der Konversion der Militärfächen nun das 1993 in das Baugesetzbuch eingeführte Planungsinstrument des Städtebaulichen Vertrages ins Gespräch gebracht, bei dem sich die Kommune mit dem Grundstückseigentümer auf eine Ausgleichszahlung für Infrastrukturmaßnahmen verständigte, die der Grundeigentümer von jedem an Dritte weiterverkauften Quadratmeter Grundfläche an die Kommune als Infrastrukturbeitrag abzuführen hatte, womit die Baumaßnahmen für die notwendige technische und soziale Infrastruktur wie Straßen, Kanäle, Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Spielplätze und Grünanlagen finanziert werden konnten.⁸⁸⁶ Da Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg zur Bewältigung der Konversionsproblematik nicht nur eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt hatte, die die Ziele und den Weg zur Umsetzung der Konversion erarbeiten sowie die Kosten für die erforderliche technische und soziale Infrastruktur ermitteln sollte, sondern auch veranlasst hatte, dass die Bundesvermögensverwaltung als Verhandlungspartnerin in die Arbeitsgruppe einbezogen wurde, kam es dazu, dass die planerischen und finanziellen Überlegungen zu städtebaulichen Verträgen vom Bund und von der Stadt auf

⁸⁸³Vgl. zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland auch: Harm G. Schröter, Von der Teilung bis zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S.356-426, hier: S.418: „Die Volkswirtschaft der DDR war überindustrialisiert, die neuen Länder mussten den Deindustrialisierungsprozess ... schlagartig und von einem höheren Ausgangsniveau ausgehend durchführen.“

⁸⁸⁴Vgl. den Artikel Grundig (Unternehmen), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 11.06.2021.

⁸⁸⁵Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärfächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.11: „Der Abzug der Amerikaner und damit die gesamte Konversionsproblematik trifft Fürth in einer schwierigen Phase der Stadtentwicklung... Geringe Gewerbesteuererinnahmen zwingen zu umfangreichen Sparmaßnahmen und Kürzungen im städtischen Haushalt.“

⁸⁸⁶Vgl.: Ebd., S.11f. Bei einer nach der Baugesetzgebung seit 1971 vorgesehenen und ab 1993 ebenfalls möglichen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme hätte die Kommune finanzielle Vorleistungen für den Erwerb der zu beplanenden Grundflächen und für die bauliche und technische Infrastruktur übernehmen und darauf hoffen müssen, nach Abschluss des Planungsverfahrens und der Infrastrukturinvestitionen die als Bauland ausgewiesenen und bebaubaren Flächen auch zu ihrem gesteigerten Wert verkaufen und dadurch die entstandenen Kosten decken zu können.

der Basis gemeinsam entwickelter Einschätzungen umgesetzt wurden. Dabei konnte im Frühjahr 1996 vom Stadtrat ein erster städtebaulicher Vertrag für die Johnson-Barracks beschlossen werden,⁸⁸⁷ wo ab Dezember 1997 ein Gewerbegebiet und von Anfang 2000 bis Mitte 2003 der Gewerbehof Complex entstanden.⁸⁸⁸

Nachdem der seit 1984 amtierende Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg (1934-2011) bei der Kommunalwahl am 3. März 1990 noch mit einem Stimmenanteil von 63,0 % im Amt bestätigt worden war, kam es nach der Kommunalwahl am 18. März 1996 zu einem Wechsel an der Stadtspitze, weil Uwe Lichtenberg nur einen Stimmenanteil von 43,8 % und nicht die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen sowie bei der anschließenden Stichwahl am 24. März 1996 gegenüber einem Stimmenanteil von 50,8 % für den bei der Kommunalwahl zweitplatzierten Kandidaten Wilhelm Wenning (geb. 1950, CSU) lediglich einen Stimmenanteil von 49,2 % erreicht hatte.⁸⁸⁹ Damit fielen alle weiteren Entscheidungen zum städtebaulichen Wettbewerb für das Darby-Areal und zum Schulentwicklungsplan in die im Mai 1996 beginnende Amtszeit von Oberbürgermeister Wilhelm Wenning.

Im Juni 1996 erzielte die Stadt dabei zunächst eine seit längerem vorbereitete und ausgehandelte Einigung mit der Bundesvermögensverwaltung über die Erwerbsmodalitäten der Kalbsiedlung.⁸⁹⁰ Im Juli 1996 tagte dann das Preisgericht zum städtebau-

⁸⁸⁷Vgl: Ebd., S.12f. und S.14f.

⁸⁸⁸Vgl.: Ebd., S.77-83 (Gewerbegebiet) und S. 84f. (Gewerbehof Complex).

⁸⁸⁹Vgl. zu den Wahlergebnissen: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004, Fürth 2005, S.216f. Siehe auch den Artikel Wilhelm Wenning, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 21.04.2022. **Wilhelm Wenning** hatte nach dem Abitur am Hardenberg-Gymnasium in Fürth ab 1970 Rechtswissenschaften in Erlangen studiert und war nach Abschluss des zweiten Staatsexamens 1979 als Richter am Verwaltungsgericht Ansbach und ab 1982 als Jurist im Landratsamt Neustadt/Aisch-Bad Windsheim tätig gewesen. Von 1978 bis 1990 war er außerdem Stadtrat der CSU in Fürth und von 1990 bis 1994 Landtagsabgeordneter der CSU.

⁸⁹⁰Vgl. dazu: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärfächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.98. „Die städtische WBG erwirbt den gesamten Gebäudebestand und verpflichtet sich zur Sanierung der Wohnungen und Erschließung der Gebäude. Zehn Prozent des Kaufpreises müssen angezahlt werden, der Restbetrag soll mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent in vier Jahren abgezahlt werden. Der Kaufpreis von ca. 76,5 Millionen DM (ca. 39 Millionen Euro) kann aufgrund der geltenden Haushaltsvorschriften des Bundes nicht weiter nach unten verhandelt werden. Er lässt sich außerdem nur dadurch erzielen, dass sich die Stadt verpflichtet, gleichzeitig alle öffentlichen Gebäude ... für ca. 11 Millionen DM (ca.5,6 Mio. Euro) zu erwerben. Nach der Weigerung des Bundes, einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, hegt die Stadt die Absicht, Infrastrukturbeiträge in Höhe von 8 Millionen DM (ca. 4 Millionen Euro) von der WBG einzufordern, was sich angesichts der später auftretenden Probleme (...) nicht umsetzen lässt. Im Oktober 1996 tritt der Vertrag in Kraft. 40 % der Wohnungen sollen als Eigentum verkauft werden, 20 % als Sozialwohnungen vermietet werden, der Rest soll als Mietwohnungen vermarktet werden. Insgesamt muss die WBG für Kauf, Renovierung und die Umgestaltung der Außenanlagen ca. 208 Millionen DM (ca. 106 Millionen Euro) aufbringen.“

Siehe zu den Gründen für die Übernahme der Kalbsiedlung mit 1.234 Wohnungen durch die 1957 zur Bebauung der Hardhöhe gegründete städtische WBG auch ebd., S.94f.: „Mit dem Leerstand der Kalb-Housing-Area entsteht ein Problem von erheblicher sozialpolitischer und finanzieller Sprengkraft ... In der Stadtverwaltung werden Berechnungen angestellt, wie viele Haushalte mit Anspruch auf Sozialhilfe die Stadt angesichts ohnehin explodierender Sozialhilfekosten noch verkraften kann... Die Erfahrungen mit privaten Investoren, die ohne Rücksicht auf eine ausgewogene Sozialstruktur ihre Neubauwohnungen belegen, um die den Anlegern gegebenen Vermietungsgarantien zu erfüllen, erhöhen die Unsicherheit... In dieser Situation ruft der Baureferent alle Fürther Wohnungsbauträger zusammen in der Hoffnung, durch Aufteilung der Kalbsiedlung ‚auf viele Schultern‘ das Problem angehen zu können. Das Resultat ist ernüchternd. Niemand ist bereit, sich angesichts der aktuellen

lichen Wettbewerb für das Darby-Areal, an dem sich 15 Architekten-, Stadt- und Landschaftsplaner-Gemeinschaften beteiligt hatten, und vergab den ersten Preis an die Planer Pesch/Aufmkolk.⁸⁹¹ Als der von der Stadt mit dem Bund geschlossene Vertrag über den Erwerb der Kalbsiedlung schließlich im Oktober 1996 in Kraft trat, waren nach einer im September 1996 durchgeführten Besichtigungsveranstaltung, an der Oberbürgermeister Wilhelm Wenning sowie Mitarbeiter/innen der WBG und der für den Vertrieb der Eigentümerwohnungen zuständigen Stadtparkasse teilnahmen, bereits die ersten Miet- und Kaufverträge für die in mehreren Abschnitten zu renovierenden und mit Balkonen auszustattenden Wohnungen in der Kalbsiedlung unterschrieben.⁸⁹²

Außerdem war zu diesem Zeitpunkt im Schulbereich der 1994 begonnene und in drei Bauabschnitte gegliederte **zweite Erweiterungsbau der Grund- und Hauptschule an der Pestalozzistraße** mit Ausnahme der Einrichtungen für den Schulsport (Doppeltturnhalle und Freisportanlage) fertiggestellt worden. Auch ohne neue Doppeltturnhalle und Freisportanlage verfügte die Schule nun über ausreichende und moderne Klassenräume, Gruppenräume für die Ganztagsbetreuung, einen weiteren Raum für Informatik, einen mit einer wasserdurchlässigen Pflasterung versehenen und in überschaubare Bereiche gegliederten Pausenhof sowie ein befestigtes Spielfeld für Basket- und Volleyball,⁸⁹³ das auch von der Ganztagsbetreuung genutzt werden konnte.

Zu dem im Februar 1996 in Auftrag gegebenen Schulentwicklungsplan legte die Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart (GUS) im Dezember 1996 einen Abschlussbericht vor, der auf einer vom Statistischen Amt der Stadt Fürth erstellten Bevölkerungsprognose beruhte, nach der die Anzahl der Einwohner/innen von 108.418 Personen 1995 bis 2005 auf 117.000 Personen (Berechnungsvariante 1) oder 121.000 (Berechnungsvariante 2) steigen sollte.⁸⁹⁴ In der Zusammenfassung des Berichtes der GUS wurden die Umstrukturierung der Schulen für individuelle Lernförderung am Finkenschlag und an der Frauenstraße/Vacher Straße zu Förderzentren, der erforderliche Neubau bzw. Umzug der Hauptschule Stadelner Hauptstraße, die Kapazitätsprobleme am Schulzentrum Tannenplatz und die Belegung der Schulgebäude in der Kalbsiedlung als zukünftige Maßnahmenschwerpunkte vorgeschlagen und hinzugefügt: „Im Rahmen des Schulentwicklungsplanes ist es nicht leistbar, einen Zeitplan für die Umstrukturierung und die erforderlichen Baumaßnahmen zu erstellen. Entscheidungen

Situation auf dem Wohnungsmarkt in der Kalbsiedlung zu engagieren. Gleichzeitig bieten sich überregionale Immobilienkonzerne an, die Kalbsiedlung zu übernehmen. Das Baureferat warnt angesichts der geschilderten Probleme dringend davor, den städtischen Einfluss auf die Belegung der Wohnungen durch Vergabe an Private aufzugeben. Es bleibt nur ein Ausweg: Die städtische Wohnungsbau-genossenschaft, die WBG, muss die Entwicklung übernehmen. Dieser zunächst abenteuerliche Gedanke – schließlich ist die WBG ein kleines Unternehmen mit selbst nur ca. 1.500 Wohnungen ohne nennenswertes Eigenkapital – reift in den städtischen Gremien sowie im Aufsichtsrat der WBG und wird trotz erheblicher Bedenken in der Geschäftsführung umgesetzt. Da der Bund bei der Kalbsiedlung das Modell des städtebaulichen Vertrages ablehnt (...), muss die WBG die gesamte Kalbsiedlung erwerben.“

⁸⁹¹Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.58.

⁸⁹²Vgl.: Ebd., S.99.

⁸⁹³Vgl.: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.43-45.

⁸⁹⁴Vgl.: GUS – Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart, Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen in Fürth. Abschlussbericht, Stand 17.12.1996, Stuttgart 1997, S.26.

hierzu können nur gemeinsam von den betroffenen Abteilungen der Stadtverwaltung sowie den Vertretern der Schulen, Schüler und Eltern getroffen werden.⁸⁹⁵

Daraufhin berief Gerd Fleischmann, der 1992 vom Stadtrat lediglich zum Referenten für Schule und Kultur gewählt worden war und nach dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Wilhelm Wenning zusätzlich die Bereiche Jugend und Soziales übertragen bekommen hatte, eine moderierte Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Schul-, Bau- und Finanzverwaltung sowie der betroffenen Schulleitungen ein, die sich bis Anfang Mai 1997 zur Beschlussfassung durch den Stadtrat auf folgende Vorschläge für die Umorganisation des Schulwesens in der Stadt Fürth bis 2005 mit dem Schwerpunkt Alt-, Ost- und Südstadt verständigte, denen der Stadtrat in der Sitzung am 14. Mai 1997 zustimmte:

- In einer ersten Etappe Umzug der Hans-Böckler-Schule vom Tannenplatz in die High-School der Amerikaner an der Fronmüllerstraße, anschließend Umzug der Leopold-Ullstein-Realschule von der Ottostraße in die bisherigen Räume der Hans-Böckler-Schule am Tannenplatz, wo auch das Helene-Lange-Gymnasium freierwerdende Räume nutzen sollte, Einrichtung einer Grund- und Hauptschule an der John-F.-Kennedy-Straße, Errichtung eines Förderzentrums Süd an der Jakob-Wassermann-Straße, Umwandlung der Schule Kiderlinstraße in eine Hauptschule, Auflösung der Hauptschule Maistraße und Nutzung der Räume durch die Grundschule Maistraße.
- In einer zweiten Etappe war dann der Umzug der Hauptschule Pfisterstraße in ein generalsaniertes Schulgebäude Ottostraße und der Umzug der Grundschule Rosenstraße in das Schulgebäude Pfisterstraße vorgesehen.⁸⁹⁶

Im Bereich der Erwachsenenbildung waren inzwischen in Fürth auch die seit Mitte der 1980er Jahre verfolgten Absichten für ein **Haus der Volkshochschule** entscheidungsreif geworden, da die 1909 und 1910 für die Stadtparkasse (Erdgeschoss und Untergeschoss), das Bauamt (erstes und zweites Obergeschoss) und Ausstellungen des Kunstvereins (drittes Obergeschoss) sowie für ein öffentliches Brause- und Wannabad errichteten städtischen Gebäude Hirschenstraße 27 und 29 nach dem 1994 erfolgten Umzug des Sozialamtes in das neu errichtete Verwaltungsgebäude für den Sozialbereich am Königsplatz („Sozialrathaus“) freigeworden waren. Der Umbau der Gebäude zu einem Haus der Volkshochschule wurde angesichts der angespannten kommunalen Finanzsituation durch ein von der Firma Finanzmanagement (FIMA) in Gesprächen mit dem Referat für Kultur, Schule, Jugend und Soziales entwickeltes Bürgerbeteiligungsmodell finanziert, wozu im Juni 1997 die Bürgerbeteiligungsgesellschaft zur Unterstützung kommunaler Vorhaben Haus der Volkshochschule Fürth GbR gegründet und ein Vertrag zwischen der Stadt Fürth, der Firma FIMA und der Bürgerbeteiligungsgesellschaft geschlossen worden war. Die Sanierung und der Umbau der städtischen Gebäude Hirschenstraße 27 und 29 begann im Juli 1997 und endete am 26. Juni 1998 mit der offiziellen Einweihung des Hauses der Volkshochschule durch Oberbürgermeister Wilhelm Wenning.⁸⁹⁷

⁸⁹⁵Vgl.: Ebd., S.74f. (Zitat, S.75).

⁸⁹⁶Vgl.: Umorganisation des Schulwesens für den Zeitraum bis ca. 2005 mit Schwerpunkt Alt-, Ost- und Südstadt. Beschlussvorlage für die Sitzung des Stadtrates am 14.05.1997, S.7f. und Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth, 2009, S.26.

⁸⁹⁷Vgl. zum Haus der Volkshochschule und dessen Vorgeschichte: Barbara Ohm, 75 Jahre Volkshochschule Fürth. Eine Erfolgsgeschichte, herausgegeben von der Volkshochschule, Fürth 2021, S.42-48

Zu diesem Zeitpunkt war aufgrund des seit Mitte der 1980er Jahre beruflich und privat immer mehr um sich greifenden PC-Zeitalters die Vermittlung von EDV-Kenntnissen zu einem Schwerpunkt der Erwachsenenbildung an der Volkshochschule Fürth geworden. Hatte es dort 1985/86 nur vier EDV-Kurse gegeben, waren es 1996 über 100 EDV-Kurse. Um EDV-Kurse anbieten zu können, war 1987 der erste Computerraum eingerichtet und 1992 in den angemieteten Räumen im City Center um zwei weitere Computerräume ergänzt worden.⁸⁹⁸ Zur Inanspruchnahme des gesamten und 16 Bereiche umfassenden Bildungsangebots der Volkshochschule konnte im Wintersemester 1995/96 festgestellt werden, dass rechnerisch jede/r siebte Fürther/in einen Kurs und jede/r vierte bis fünfte eine Veranstaltung der Volkshochschule besucht hatte.⁸⁹⁹

Durch das in zahlreichen Berufen zunehmende computergestützte Arbeiten mit PCs und Laptops, mit CAD-, CAM- und CAQ-Programmen zur Konstruktion, Fertigung und Qualitätssicherung von Produkten sowie mit Textverarbeitungs-, Tabellenkalkulations- und Grafik-Programmen bei Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Statistiktätigkeiten kam es auch zu einer entsprechenden Anpassung der Berufsbilder und der Berufsausbildungsgänge. Dabei nahmen in Fürth zu Schuljahresbeginn 1997/98 die **Berufsschule IV für Metall- und Elektrotechnik** Ottostraße und die **kaufmännische Berufsschule II** Theresienstraße/Hirschenstraße die **Beschulung in den neuen IT-Berufen** auf. Nachdem für die Metallwerkstätten der 1981 fertiggestellten Berufsschule IV für Metall- und Elektrotechnik an der Ottostraße schon 1982 eine erste Bauplanung durchgeführt, aber ebenso wenig wie die 1993 durchgeführte zweite Planung baulich umgesetzt worden war, erfolgte 1998 unter Berücksichtigung des Raumbedarfs für die neuen IT-Berufe eine **dritte Planung der Metallwerkstätten**. Als 1999 das 1994 entwickelte Konzept zur Neuorganisation der Berufsschulen in Fürth unter Beibehaltung der Standorte umgesetzt und die Berufsschule III für Hauswirtschaft und Kinderpflege an der Theresi-

und S.62: Für die aus dem 1946 von Oberbürgermeister Bornkessel gegründeten Volksbildungsverein 1948 hervorgegangene Volkshochschule Fürth bestand von Anfang an ein Problem darin, dass ihre Kurse und Veranstaltungen auf mehrere Orte im Stadtgebiet verteilt waren und es lediglich eine zentrale Geschäftsstelle gab, die bis 1966 in einem Turmzimmer im Rathaus, danach im Berolzheimianum, ab 1975 im städtischen Gebäude Blumenstraße 22 und ab 1990 im City Center an der Schirmstraße untergebracht war.

Als Mitte der 1980er Jahre das 1823/24 fertigstellte und damals für Knaben genutzte Schulgebäude am Kirchenplatz frei wurde, sollten dort das zweite und dritte Obergeschoss für die Volkshochschule umgebaut werden. Wegen einer Quecksilbersanierung des einst zur Spiegelfabrik Bendit gehörenden, 1938 arisierten und fortan als Amtshaus genutzten Gebäudes am Kohlenmarkt entschied der Stadtrat jedoch 1987, die Beschäftigten der Verwaltung vorübergehend im freigewordenen Schulgebäude am Kirchenplatz unterzubringen. Als Zwischenlösung für ein eigenes Gebäude der Volkshochschule wurden 1990 Räume im City Center an der Schirmstraße angemietet. Außerdem sollte der Verkaufserlös des sanierungsbedürftigen und 1992 an die Kirchengemeinde St. Michael veräußerten Schulgebäudes am Kirchenplatz zur Mitfinanzierung eines Hauses der Volkshochschule dienen, zu dessen Finanzierung seitens der Befürworter 1993 auch ein Förderverein Haus der Volkshochschule gegründet wurde.

Da seit dem Verkauf des Schulgebäudes am Kirchenplatz ein Standort für ein Haus der Volksschule fehlte, rückten ab 1994 durch den Umzug des Sozialamtes in das neu errichtete Verwaltungsgebäude für den Sozialbereich am Königsplatz die städtischen Gebäude Hirschenstraße 27 und 29 in den Fokus der Standortsuche. Der Durchbruch zur Finanzierung des Hauses der Volkshochschule gelang allerdings erst, als Kultur-, Schul-, Jugend- und Sozialreferent Gerd Fleischmann 1997 im Stadtrat das von der Firma FI-MA vorgeschlagene Bürgerbeteiligungsmodell vorstellte, das dort auf breite Zustimmung stieß.

⁸⁹⁸Vgl.: Ebd., S.67.

⁸⁹⁹Vgl.: Ebd., S.71.

enstraße/Hirschenstraße sowie die Berufsschule V für Landwirtschaft an der Jahnstraße organisatorisch in die gewerbliche Berufsschule I an der Fichtenstraße eingliedert wurden, wurde die **Berufsschule IV für Metall- und Elektrotechnik an der Ottostraße neu nummeriert und zur Berufsschule III**. Der Startschuss für den Bau ihrer Metallwerkstätten fiel dann im Jahr 2000 und wurde 2002 mit der **Fertigstellung der Metallwerkstätten** abgeschlossen.⁹⁰⁰

Um Jugendlichen ohne Schulabschlüsse - die in Fürth nach Auslaufen des „Einheitsbooms“ zwar berufsschulpflichtig, aber ebenso wie viele nicht oder nur niedrig qualifizierte Erwachsene immer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren - mit Hilfe von Praxisprojekten wie einem Stadt- und Familienservice zu beruflichen Kenntnissen und Erfahrungen sowie mittels begleitender Lernkurse zu nachträglichen Schulabschlüssen zu verhelfen, hatte das Referat für Schule und Kultur, Jugend und Soziales im Rahmen des für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen entwickelten Programms der Hilfe zur Arbeit im September 1997 die städtische **Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Einsteigen, Lernen, Arbeiten, Neuorientieren (ELAN)** als gemeinnützige GmbH gegründet, die vom Jugendamt im 1958 für die Jugendarbeit errichteten Jugendhaus Lindenhain an der Kapellenstraße untergebracht wurde.⁹⁰¹ In die gemeinnützige GmbH wurde vom Jugendamt auch das 1983 im Rahmen der berufsbezogenen Jugendhilfe entstandene Projekt für arbeitslose Jugendliche integriert, bei dem anfangs 33 Jugendliche durch von der Bundesanstalt für Arbeit bezuschusste und zeitlich befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei Ämtern und Dienststellen der Stadtverwaltung beschäftigt und von zwei vollzeitbeschäftigten und ebenfalls auf Basis von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzierten Sozialpädagogen/innen betreut worden und 1996 noch elf arbeitslose Jugendliche und zwei teilzeitbeschäftigte Sozialpädagogen/innen tätig waren.⁹⁰²

⁹⁰⁰Vgl.: Wilfried Büchel, W (Schulleiter), B III Fürth vor 2004, Fürth 2009, in: Homepage der Martin-Segitz-Schule Fürth, www.b3-fuerth.de.

⁹⁰¹Vgl. den Artikel ELAN, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 16.02.2023.

⁹⁰²Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Schule, Jugend, Kultur und Soziales/Sozialamt, Das Programm Hilfe zur Arbeit. Arbeit statt Sozialhilfe. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 03.12.1997, Fürth 1997, S.13-16, Abschnitt Bisherige Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in der Stadt Fürth, hier: S.13: „Als zweites Projekt der berufsbezogenen Jugendhilfe entstand 1984 auf Initiative des evangelischen Vereins zur Förderung jugendlicher und erwachsener Arbeitsloser das Projekt Arbeiten und Lernen mit 39 Plätzen, die zu je einem Drittel für Schreiner-, Schlosser- und Näharbeiten zur Verfügung standen... Die Trägerschaft des Projektes wurde 1992 von der Kinderarche übernommen.“ Da es in der Stadt Fürth für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen seit Ende der 1960er Jahre aufgrund der lange Zeit eher günstigen Arbeitsmarktlage lediglich einige Stellen beim Grünflächenamt zur Prüfung der Arbeitsbereitschaft nach § 20 BSHG gegeben hatte und in der Stadt Nürnberg angesichts der seit 1981/82 hohen Arbeitslosigkeit 1984 die ersten 20 Stellen nach der Entgeltvariante gemäß § 19 BSHG eingerichtet worden waren, die 1986 auf 60 Stellen aufgestockt werden sollten, bewilligte der Stadtrat in Fürth im Juli 1985 ebenfalls Finanzmittel für 20 örtliche Arbeitsstellen nach der Entgeltvariante. „Durch die 20 Arbeitsstellen nach der Entgeltvariante gemäß § 19 BSHG, die ab 01.01.1986 bei der Stadt, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Initiativen zur Verfügung gestellt wurden, konnten bis Ende 1996 insgesamt 224 Personen für mindestens ein Jahr, rund ein Drittel sogar für die Dauer von bis zu zwei Jahren beschäftigt werden. Falls anschließend keine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden wurde, waren zumindest Ansprüche auf Arbeitslosengeld für 6 bis 12 Monate und anschließende Arbeitslosenhilfe gegeben. Die Gesamtkosten der Beschäftigungsmaßnahmen beliefen sich von 1986 bis Ende 1996 auf 6,65 Millionen DM“ (Ebd., S.14). Durch das Programm der Hilfe zur Arbeit wurde nun der Kreis der in Arbeit zu vermittelnden Sozialhilfeempfänger/innen auf alle potenziell geeigneten Personen ausgedehnt, die Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt ohne oder mit Lohnkostenzuschüssen in den Vordergrund gerückt und die Anzahl der Stellen nach der Entgeltvariante gemäß § 19 BSHG erhöht.

Da das 1906 für den Volksbildungsverein und dessen Volksbücherei mit einer Spende von Heinrich Berolzheimer errichtete „Berolzheimerianum“ seit längerem sanierungsbedürftig und für den Bücherbestand der dort seit 1951 wieder untergebrachten Volksbücherei viel zu klein geworden war, hatten sich durch die Übernahme der Kalb-Siedlung auch neue Perspektiven für die **Volksbücherei** ergeben, die 1998 in ein für ihre Zwecke umgebautes ehemaliges Gebäude der Amerikaner an der Fronmüllerstraße umzog.⁹⁰³ Zugleich mieteten die Komödianten Volker Heißmann (geb. 1969) und Martin Rassau (geb. 1967), die für ihre 1991 in Nürnberg gegründete „Kleine Comödie“ eine größere Spielstätte in ihrer Geburtsstadt Fürth suchten, nach Verhandlungen mit der Stadt gegen Erbpacht das **Berolzheimerianum an der Theresienstraße** und sanierten das Gebäude auf eigene Kosten für 4 Millionen DM als neue Spielstätte für die „**Kleine Comödie**“.⁹⁰⁴

Mit der Eröffnung des aus den Standorten Schnaittach, Fürth und Schwabach bestehenden **Jüdischen Museums Franken** wurde in Fürth am 15. Juli 1999 im Anwesen Königstraße 89 eine Anregung von Werner Heymann aus der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verwirklicht,⁹⁰⁵ die von Anfang an von Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg - der sich seit seinem Amtsantritt 1984 immer um ein besonders gutes Verhältnis zur jüdischen Kultusgemeinde in Fürth und um vermehrte Kontaktaufnahmen und Besuche der in der NS-Zeit emigrierten Fürther/innen jüdischen Glaubens und deren Nachkommen bemüht hatte - und der von 1986 bis 1998 amtierenden Fürther SPD-Bezirksrätin Helga Pavlicek (1938-2022) unterstützt worden war. Zur Umsetzung war 1988 ein Förderverein und 1990 ein aus dem Bezirk Mittelfranken, der Stadt Fürth, dem Landkreis Nürnberger Land, der Marktgemeinde Schnaittach und der Stadt Schwabach bestehender Trägerverein gegründet worden. Die Sanierung des für das Jüdische Museum Franken am Standort Fürth vorgesehenen Gebäudes Königstraße 89, das um 1700 mit einer Laubhütte und einem Ritualbad (Mikwe) erbaut worden war und sich nach den Adressbüchern der Stadt Fürth von 1819 bis 1890 im Eigentum von Kaufleuten jüdischen Glaubens befunden hatte, bevor es 1891 von einem Ölfarbhändler und einem Metzgermeister nichtjüdischen Glaubens erworben worden war, begann im Februar 1995.⁹⁰⁶ Gleichzeitig kam 1995 der beim Jüdischen Museum in

⁹⁰³Vgl. zum Umzug der Volksbücherei in die Kalbsiedlung den Artikel Volksbücherei, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 25.05.2022

⁹⁰⁴Vgl. den Artikel Volker Heißmann und den Artikel Martin Rassau, in: www.fuertwiki.de, hier: Ausdrucke vom 27.05.2022.

⁹⁰⁵Vgl.: Barbara Ohm, Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014, S.278. Siehe auch den Artikel Werner J. Heymann und den Artikel, Kleeblatt und Davidstern (Buch). in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdrücke vom 16.05.2022: **Werner J. Heymann** (1920.1992) war der Urenkel von Jonas Heymann (1807-1901), der sich 1833 in Fürth als Messerschmied niedergelassen hatte, der Enkel von Adolf Heymann (1852-1920), der zusammen mit seinen Brüdern den Familienbetrieb auf Gummibandweberei umstellte, sowie der Sohn von Theodor Heymann (1894-1954) und emigrierte 1937 als siebenzehnjähriger Fürther jüdischen Glauben in die Schweiz, während seine Eltern von den Nationalsozialisten in Fürth im November 1938 unter Androhung der Zwangsarisierung zum Verkauf ihres Besitzes, zu dem auch das 1905 errichtete Gebäude der Gummibandfabrik Heymann, Schwabacher Straße 117 gehörte, zu einem weit unter dem Wert liegenden Preis gezwungen wurden. Nach Kriegsende und einem Rückabwicklungsverfahrens der 1938 erzwungenen Vermögensveräußerungen konnte Werner Heymann das Gebäude 1954 wieder zur Gummibandproduktion übernehmen. Ab 1983 veröffentlichte er zudem Aufsätze zur örtlichen jüdischen Geschichte, die 1987 in den vom Bayerischen Fernsehen ausgestrahlten Film „Ein fränkisches Jerusalem“ und in das von Werner Heymann herausgegebene und in München erschienene Buch „Kleeblatt und Davidstern. Aus 400 Jahren jüdischer Vergangenheit in Fürth“ mündeten, bevor Werner Heymann 1992 im Alter von nicht ganz 72 Jahren verstarb.

⁹⁰⁶Vgl. den Artikel Jüdisches Museum Franken, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 16.05.2022.

Wien als Kurator (Pfleger) für Ausstellungen und Sammlungen tätige Kunsthistoriker Bernhard Purin (geb. 1963) als Kurator nach Franken, um hier die Sammlungen und Ausstellungen des Jüdischen Museums Franken in den Häusern Schnaittach (Eröffnung 1996) und Fürth (Eröffnung 1999) aufzubauen und zu organisieren. Nach der Eröffnung des Jüdischen Museums in Fürth führte das von Bernhard Purin verfolgte Konzept eines jüdischen Museums als Ort des ständigen Diskurses - der wie bei einer kommentierten Präsentation des nationalsozialistischen antisemitischen Propagandafilms *Jud Süß* auch provokante und missverständliche Züge annahm - zu erheblichen Kontroversen mit den jüdischen Kultusgemeinden Fürth und Nürnberg, deren Vorstände ihm mehrfach den Rücktritt nahelegten, den er 2003 auch vollzog.⁹⁰⁷ Nachfolgerin wurde am 1. April 2003 Daniela F. Eisenstein (geb. 1969 in Buffalo/New York), die an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und der Hebräischen Universität in Jerusalem die Fächer Jüdische Studien sowie Mittlere und Neue Geschichte studiert hatte und vom Jüdischen Museum in Frankfurt/Main zum Jüdischen Museum Franken in Fürth und Schnaittach wechselte.⁹⁰⁸

Daneben konnten in Fürth die im Dezember 1996 im Abschlussbericht der Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart (GUS) zur Schulentwicklung genannten und im Mai 1997 auf Vorschlag der Verwaltung vom Stadtrat für die erste Etappe beschlossenen Schulbaumaßnahmen bis 2003 abgeschlossen werden. Dabei waren nach dem im Herbst 1996 begonnenen Bezug der ersten Wohnungen in der Kalb-Siedlung bereits am 16. September 1997 alle Klassen der ersten bis dritten Jahrgangsstufe der **Grund- und Hauptschule Kiderlinstraße**, deren Schulsprengel um das Gebiet der Kalb-Siedlung erweitert wurde, in renovierte Räume des 1975 von den Amerikanern eingeweihten Grundschulgebäudes an der John-F.-Kennedy-Straße eingezogen. Ab dem Schuljahr 1998/99 bestand die Grund- und Hauptschule Kiderlinstraße dann aus zwei Standorten – einer als Dependance geführten **Grundschule an der John-F.-Kennedy-Straße** mit 16 Grundschulklassen und einer **Hauptschule an der Kiderlinstraße** mit 16 Hauptschulklassen einschließlich einer **freiwilligen 10. Jahrgangsstufe zum Erwerb eines mittleren Schulabschlusses**, die mit fünfzehn über einen qualifizierenden Hauptschulabschluss verfügenden Schüler/innen im Rahmen eines bayernweiten Schulversuchs zu Schuljahresbeginn 1996/97 eingeführt worden war.⁹⁰⁹ Außerdem konnte bei dem von der GUS empfohlenen Ersatzneubau für die baufällig gewordene Hauptschule Stadelner Hauptstraße am neuen Standort bei der Grundschule und dem Hallenbad an der Hans-Sachs-Straße in Stadeln schon im April 1998 Richtfest gefeiert werden.⁹¹⁰ Nach der Fertigstellung wurde die Hauptschule Stadelner Hauptstraße 1999 in **Hauptschule Hans-Sachs-Straße** umbenannt.⁹¹¹

Da nach längeren Verhandlungen über die Altlastenfrage zwischen der Bundesvermögensverwaltung und der Stadt Fürth im September 1998 der **städtebauliche Vertrag**

⁹⁰⁷Vgl. den Artikel Bernhard Purin, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 16.05.2022.

⁹⁰⁸Vgl. den Artikel Daniela F. Eisenstein, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 16.05.2022.

⁹⁰⁹Vgl.: Homepage der GHS und späteren MS Kiderlinstraße, <https://hp.mskid.de/index.php/unserschule/schulgeschichte>, hier: Abruf vom 13.05.2022. Ergänzend anzumerken ist, dass Schüler/innen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss schon seit Beginn der 1970er Jahre die Möglichkeit hatten, zum Erwerb der Mittleren Reife zusätzlich eine Realschule zu besuchen. Diese Möglichkeit wurde nun ohne Schulwechsel auch an den bisher von den Schüler/innen besuchten Hauptschulen angeboten, sofern diese M-Züge einrichteten.

⁹¹⁰Vgl. den Artikel An der Baustelle neben dem Hallenbad wurde jetzt mit viel Prominenz Richtfest für den Neubau der Hauptschule gefeiert. Stadelner Ersatzneubau nimmt Gestalt an, in: *Fürther Nachrichten* vom 9./10.04.1998, S.37.

⁹¹¹Mail-Mitteilung des Schulverwaltungsamtes der Stadt Fürth vom 21.03.2021.

für das Darby-Areal unterzeichnet werden konnte und der Stadtrat das Kasernenareal bereits am 21. Juni 1995 zum Sanierungsgebiet erklärt hatte sowie der städtebauliche Wettbewerb durch die Vergabe des ersten Preises an die Planer Pesch/Aufmkolk seit Juli 1996 abgeschlossen war, erfolgte im September 1999 der Startschuss für die Umgestaltung des Darby-Areals in eine moderne Wohnsiedlung mit großem Park. In einem ersten Schritt wurden dazu rund 60 nichtdenkmalgeschützte Gebäude abgebrochen, damit eine Bebauung durch ein vom Freistaat Bayern finanziell gefördertes Siedlungsmodell umgesetzt werden konnte.⁹¹²

Neben den Aktivitäten im staatlich geförderten Wohnungsbau entwickelte der Freistaat Bayern 1998/99 im Grundschulbereich ebenfalls neue Aktivitäten. Während in der Stadt Fürth zur Ergänzung der bestehenden Hort- und Hausaufgabenbetreuungen schon 1990 an sieben Grundschulen eine auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Personal beruhende Ganztagsbetreuung bis 16.00 Uhr eingerichtet und das Betreuungsangebot 1995 auf Wunsch teilzeitbeschäftigter Frauen an der Grundschule Oberfürberger Straße durch eine Mittagsbetreuung bis 13.00 Uhr ergänzt worden war,⁹¹³ kündigte Edmund Stoiber (geb. 1941, CSU) - der seit dem durch die „Amigo-Affäre“ ausgelösten Rücktritt von Ministerpräsident Max Streibl im Mai 1993 als bayerischer Ministerpräsident amtierte - nach der von der CSU erneut mit absoluter Mehrheit gewonnenen Landtagswahl vom 13. September 1998 in der Regierungserklärung am 29. Oktober 1998 an, ab dem Schuljahr 1999/2000 im Grundschulbereich zwischen 7.30 und 13.00 Uhr nach Bedarf eine kinder- und familiengerechte Halbtagschule einzuführen. Das anschließend von der neuen Kultusministerin Monika Hohlmeier (geb. 1962, CSU) - die seit 1993 Staatssekretärin in dem von Hans Zehetmair geleiteten und nun wieder zweigeteilten Ministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst gewesen war⁹¹⁴ - entwickelte Konzept für eine Halbtagsgrundschule lief allerdings nur auf eine **Mittagsbetreuung bis 13.00 Uhr** hinaus und wurde von der SPD-Landtagsfraktion wegen des fehlenden pädagogischen Konzepts als Mogelpackung für die von Ministerpräsident Stoiber angekündigte kinder- und familienbezogene Halbtagschule bezeichnet.⁹¹⁵

⁹¹²Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärfächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.61, 62 und 69.

⁹¹³Vgl. zur Einführung der Mittagsbetreuung an der Grundschule in Oberfürberg: Stadt Fürth/Jugendamt (Hrsg.), Kindertagesstätten-Bericht 1995 und Kindertagesstätten-Bedarfsplan 1997 bis 2000. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 15.01.1997, S.7.

⁹¹⁴Vgl. den Artikel Monika Hohlmeier, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 02.05.2022. **Monika Hohlmeier** war 1962 als Tochter von Franz Josef Strauß geboren worden, hatte nach der Grundschule ab 1972 bis zu ihrem Abitur 1981 ein Gymnasium in München besucht und von 1981 bis 1983 eine Ausbildung als Hotelkauffrau absolviert. Daneben war sie 1976 der Jungen Union und 1978 der CSU beigetreten. Nach dem Tod ihrer Mutter Marianne Strauß übernahm sie ab 1984 auch die Begleitung ihres Vaters als Ministerpräsident bei offiziellen Anlässen bis zu dessen Tod 1988. Danach war Monika Hohlmeier von 1990 bis 1996 Mitglied des Gemeinderates in Vaterstetten und von 1990 bis 1993 auch Landtagsabgeordnete der CSU, bevor sie unter Ministerpräsident Edmund Stoiber 1993 Staatssekretärin in dem von Hans Zehetmair geleiteten Ministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst und 1998 im Ministerium für Unterricht und Kultus wurde.

⁹¹⁵Vgl.: Bayern SPD Landtagsfraktion, Pressemitteilung vom 20.07.1999, Mogelpackung Mittagsbetreuung. Die Staatsregierung hält ihre Versprechen nicht, PDF, 6 Seiten, hier: S.1f.: „Mittagsbetreuung und ‚kind- und familiengerechte Halbtagschule‘ sind zweierlei: Eine Mittagsbetreuung ist eine Betreuung einiger Kinder, eine Grundschule, die sich an den Schulvormittag anschließt. An die Betreuer werden keine besonderen pädagogischen Anforderungen gestellt ... Es gibt kein pädagogisches Konzept ... Das für die Bildung und Unterricht der bayerischen Schulkinder verantwortliche Kultusministerium erklärt ... (Schreiben vom 24.2.1999) in zwei dünnen Sätzen: ‚Die Schulen werden sich verstärkt um die kindgemäße Gestaltung des Schulvormittags bemühen und die verlässliche Beaufsichtigung

Auch ohne dezidiertes pädagogisches Konzept wurde die Mittagsbetreuung im September 1999 vom Kultusministerium als „verlässliche Halbtagschule“ mit einem Staatszuschuss für jede Kindergruppe, deren Betreuung von den Grundschulen durch das Lehrerkollegium mit Unterstützung von ehrenamtlich tätigen und durch den Staatszuschuss zu finanzierenden Eltern von 7.30 Uhr bis Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsschluss bis 13.00 Uhr sichergestellt werden sollte, bayernweit eingeführt. In Fürth besuchten daraufhin im Dezember 1999 von 5.874 Kindern im Alter von sechs bis unter elf Jahren 537 Kinder die bestehenden Kinderhorte, 36 Kinder die beiden Netze für Kinder und die Hausaufgabenbetreuung des Sozialdienstes, 314 Kinder die 1990 von der Stadt Fürth eingeführten Ganztagsbetreuungen und 145 Kinder die neuen Mittagsbetreuungen an Grundschulen.⁹¹⁶ Außerdem hatte der Stadtrat für die auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Personal beruhenden **Ganztagsbetreuungen an Grundschulen** im Juni 1999 **zehn Planstellen für pädagogisch ausgebildete Fachkräfte als Gruppenleitungen** beschlossen,⁹¹⁷ da sich der Anteil der pädagogisch oder sozialpädagogisch ausgebildeten Fachkräfte (Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher) am ABM-finanzierten Betreuungspersonal aufgrund des Rückgangs der Zuwanderung von Spätaussiedler/innen aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, aus Polen, Rumänien und Ungarn von fast 100 Prozent 1990 auf 45 Prozent 1996 verringert hatte. Die im Juli 1999 vom Stadtrat für die Ganztagsbetreuung beschlossenen zehn Planstellen für pädagogisch ausgebildete Gruppenleitungen wurden 2001 um weitere Planstellen für pädagogisch ausgebildetes Personal ergänzt.⁹¹⁸

Um die beruflichen Ausbildungs- und Erwerbschancen von Hauptschüler/innen zu verbessern, wurden in Bayern ab Schuljahresbeginn 1999/2000 **Mittlere-Reife-Züge an Hauptschulen** eingeführt, sofern es dort genügend interessierte Schüler/innen für mindestens eine M-Klasse gab. Die Mittleren-Reife-Züge begannen ab der 7 Jahrgangsstufe entsprechend dem Lehrplan der Hauptschule mit verstärktem Unterricht in

bis zum Ende des stundenplanmäßigen Unterrichts Gewähr leisten. Grundschulen werden in Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Trägern der Jugendhilfe und den Eltern eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung planen und unterstützen.' Als finanzielle Hilfestellung gewährt der Freistaat im kommenden Schuljahr 6500 DM pro Kindergruppe, die nach Unterrichtsschluss in der Schule bleiben will... Pädagogisches Konzept des Kultusministeriums? Fehlanzeige.“

⁹¹⁶Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur/Jugendamt (Hrsg.), Grundlagenplan zur kombinierten Jugendhilfeplanung für die Bereiche Kindertagesstätten, Beratungsangebote, Erziehungshilfen sowie Kinder- und Jugendarbeit in Fürth 2002 bis 2005, hier: Tabelle Hort- und Gesamtbetreuungsgrade für Kinder im Alter von 6 bis unter 11 Jahren in Fürth 1999 nach Bezirken. Fürth Dezember 2001, S.25.

⁹¹⁷Vgl.: Pestalozzischule Fürth (Hrsg.), 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006, S.199.

⁹¹⁸Vgl.: Stadt Fürth/Jugendamt (Hrsg.), Kindertagesstätten-Bericht 1996 und Kindertagesstätten-Bedarfsplan 1998 bis 2001. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 12.11.1997, S.9f.: „Während 1990 fast alle ABM-finanzierten Betreuungskräfte über eine pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung verfügten, waren 1996 nur noch 9 der 20 Betreuungskräfte pädagogische oder sozialpädagogische Fachkräfte. Lediglich bei dem auf Honorarbasis bezahlten und die Freizeit gestaltenden Kulturgruppenpersonal hatte eine von 16 Kräften keine pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung.“ Ergänzend anzumerken ist, dass die Berufsabschlüsse von Spätaussiedler/innen in der Bundesrepublik in der Regel grundsätzlich um eine Qualifikationsstufe niedriger als von den Herkunftsländern ausgewiesen anerkannt wurden, so dass beispielsweise aus Ingenieuren lediglich Techniker und aus Lehrerinnen und Lehrern nur Erzieherinnen und Erzieher wurden. Da die Bundesanstalt für Arbeit ein Interesse an einer schnellen Integration von Spätaussiedler/innen in den Arbeitsmarkt hatte und die meisten Spätaussiedler/innen ebenfalls an einer schnellen gesellschaftlichen Integration interessiert waren, wurden diese nach einem gegebenenfalls erforderlichen Sprachkurs auch relativ schnell in reguläre Arbeit oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt.

den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie in den Fächern Arbeitslehre und kaufmännisch-technischer Bereich mit Computerunterricht. Der eigentliche Mittlere-Reife-Unterricht fand in der 10. Jahrgangsstufe statt, um auch Schüler/innen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss sowie an Gymnasien und Realschulen gescheiterten Schüler/innen den Erwerb einer Mittleren Reife zu ermöglichen.⁹¹⁹ Daneben wurden in Bayern ab Schuljahresbeginn 1999/2000 für Schüler/innen der achten und neunten Jahrgangsstufe mit großen Lern- und Leistungsrückständen **Praxisklassen an Hauptschulen mit begleitender sozialpädagogischer Unterstützung** eingeführt, davon auch eine in Fürth an der **Hauptschule am Finkenschlag**. Die Praxisklassen sollten bei Schüler/innen mit großen Lern- und Leistungsrückständen die Persönlichkeitsentwicklung stabilisieren, die größten Defizite im Bereich der Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen beheben sowie das Grundwissen und die Grundfertigkeiten in Deutsch und Mathematik festigen und damit zumindest einen einfachen Hauptschulabschluss ermöglichen. Außerdem sollten die Schüler/innen durch die Kooperation mit Betrieben in Form von Praktika auf dem Weg in das Berufsleben begleitet und ihnen berufliche Erfahrungen für den erfolgreichen Abschluss eines Ausbildungsvertrages vermittelt werden.⁹²⁰

Als der Stadtrat in Fürth im Juni 1999 die zehn Planstellen für pädagogisch ausgebildete Fachkräfte als Gruppenleitungen an den Ganztagsbetreuungen beschloss und das Kultusministerium im September 1999 die Mittagsbetreuung an Grundschulen sowie die Mittleren-Reife-Züge und die Praxisklassen an Hauptschulen einführte, war Schul-, Kultur-, Jugend- und Sozialreferent Gerd Fleischmann schon seit Frühjahr 1999 schwer erkrankt und verstarb am 27. November 1999.⁹²¹ Der von ihm 1992 übernommene und später eingeleitete Bildungs- und Baufortschritt an den örtlichen Schulen und Bildungseinrichtungen wurde dadurch nicht tangiert. Vielmehr legten am **Helene-Lange-Gymnasium** im Mai/Juni 2000 erstmals Schüler/innen, die an dem im Herbst 1991 begonnenen **Modellversuch Europäisches Gymnasium** teilgenommen hatten, die Prüfungen zur Allgemeinen Hochschulreife ab. Mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 wurde das **Helene-Lange-Gymnasium** am Tannenplatz dann im Eingangsbereich mit dem Hinweisschild „**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**“ versehen und war damit eine von 60 Antirassismus- und Courage-Schulen in

⁹¹⁹Vgl. den Artikel Mittlere-Reife-Zug, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.05.2022.

⁹²⁰Vgl. dazu den Artikel Praxisklasse, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.05.2022.

⁹²¹Zum Tod von Gerd Fleischmann (1941-1999) schrieb Oberbürgermeister Wilhelm Wenning in einer offiziellen Mitteilung der Stadt Fürth vom 29.11.1999: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe die traurige Pflicht, Ihnen mitzuteilen, dass Gerd Fleischmann, berufsmäßiger Stadtrat und Schulrat, am 27. November nach schwerer Krankheit im Alter von 58 Jahren verstorben ist. Die Stadt Fürth verliert einen ihrer wertvollsten und kompetentesten Mitarbeiter, aber auch einen herausragenden Menschen und Freund.... Mit großem Engagement wirkte er nach dem Abzug der amerikanischen Militäreinheiten in maßgeblicher Weise an der Erneuerung des Fürther Schul- und Kindergartenwesens mit. Zentrale Weichenstellungen wie die Erstellung des Schulentwicklungsplans, aber auch der Erweiterungsbau der Pestalozzischule und der Neubau der Stadelner Hauptschule wären ohne die fachliche Kompetenz und das Geschick Gerd Fleischmanns nicht denkbar gewesen.... Die Beisetzung findet am Donnerstag, 02. Dezember, um 13.00 Uhr auf den Friedhof in Burgthann statt. Anstelle von Blumen und Kränzen bittet die Familie um eine Spende für die Anfinanzierung einer städtischen Galerie.“ Die **städtische Galerie**, zu deren Initiatoren Gerd Fleischmann, Oberbürgermeister Wilhelm Wenning und der aus bildenden Künstlerinnen und Künstlern in Fürth bestehende Kulturring C gehörten, wurde nach dem Tod von Gerd Fleischmann in der Schalterhalle des ehemaligen Gebäudes der Vereinigten Sparkasse des Landkreises Fürth am Königsplatz 1, das nach deren Fusion mit der Stadtparkasse Fürth zur gemeinsamen Sparkasse Fürth im Jahr 2000 freigeworden war, unterbracht und am 7. November 2002 eröffnet. Vgl. den Artikel Kunstgalerie Fürth, in: www.fuertwiki.de, hier: Ausdruck vom 12.05.2022.

Deutschland und die erste allgemeinbildende Schule dieser Art in Bayern.⁹²² Aufgrund der Einführung der Mittleren-Reife-Züge an Hauptschulen wurden an der **Hans-Böckler-Schule** die zu Schuljahresbeginn 1976/77 für Schüler/innen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss in der Wirtschaftsschule zum Erhalt der Mittleren Reife eingerichteten Übergangsklassen H9Ü und H10Ü im September 2000 aufgelöst und in eine **zweijährige Wirtschaftsschule umgewandelt**, deren Unterricht mit der 10. Jahrgangsstufe begann und nach der 11. Jahrgangsstufe mit dem Wirtschaftsabschluss endete. Außerdem zog die **Hans-Böckler-Schule** im Jahr 2002 in den Sommerferien vom Tannenplatz in das sanierte ehemalige High-School-Gebäude der Amerikaner an der **Fronmüllerstraße** und das bisher im Förderzentrum Nord in den Monteith-Barracks untergebrachte **Förderzentrum Süd** mit 269 Schüler/innen in das sanierte ehemalige amerikanische Schulgebäude an der **Jakob-Wassermann-Straße**.⁹²³

Auf Bundesebene war nach der Bundestagswahl am 27. September 1998, bei der CDU/CSU und FDP nur Stimmenanteile von 35,1 % und 6,2 % erreicht, aber SPD, Bündnis'90/Die Grünen sowie die PDS Stimmenanteile von 40,9 %, 6,7 % und 5,1 % erzielt hatten, die sechzehnjährige Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU/CSU-FDP-Koalition zu Ende gegangen, als eine Koalition aus SPD und Bündnis'90/Die Grünen gebildet und der Kanzlerkandidat der SPD, Gerhard Schröder,⁹²⁴ zum Bundeskanzler gewählt wurde. Zuvor hatten SPD und Bündnis'90/Die Grünen bei den Koalitionsverhandlungen unter anderem die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts vereinbart, das den automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland und die Möglichkeit zu einer doppelten Staatsangehörigkeit vorsah, was von CDU und CSU abgelehnt wurde. Da die CDU im hessischen Landtagswahlkampf eine Unterschriftenaktion gegen den „Doppelpass“ startete und im Januar 1999 die Landtagswahl in Hessen gewann, verloren SPD und Bündnis'90/Die Grünen ihre Mehrheit im Bundesrat und übernahmen nun zur Herstellung einer Mehrheit den Vorschlag der FDP zu einer Optionsregelung, die im Mai 1999 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde und im Januar 2000 in Kraft trat.

Nach der **Optionsregelung** erhielten Kinder von seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebenden ausländischen Eltern bei der Geburt in Deutschland automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, mussten sich aber bis zum 23. Lebensjahr zwischen der nach dem Territorialprinzip erworbenen deutschen und der von den El-

⁹²²Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.46.

⁹²³Vgl.: Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth 2009, S.28f, Siehe auch den Artikel Förderzentrum Süd zieht in die renovierte US-Mittelschule ein: Schulparadies in bunten Farben. Das Gebäude leuchtet in Rot und Blau: Kletterwand, Spielplatz und Werkstätten, in: Fürther Nachrichten vom 11.09.2002, Lokalteil, S.1.

⁹²⁴**Gerhard Schröder** (geb. 1944) hatte nach Abschluss der Volksschule von 1958 bis 1961 eine Lehre als Einzelhandelskaufmann absolviert, von 1962 bis 1964 neben seiner Arbeit als Einzelhandelskaufmann auf einer Abendschule die Mittlere Reife und anschließend bis 1966 in einem Kolleg die Allgemeine Hochschulreife nachgeholt. Danach begann er ein Studium der Rechtswissenschaften an der Ernst-August-Universität in Göttingen, das er 1971 mit dem ersten juristischen Staatsexamen und nach einem Referendariat 1976 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen abschloss. Politisch war Gerhard Schröder seit 1963 Mitglied der SPD, ab 1971 Juso-Vorsitzender im Bezirk Hannover und von 1978 bis 1980 Juso-Bundesvorsitzender, von 1980 bis 1986 Mitglied des Bundestages und von 1986 bis 1990 Mitglied des niedersächsischen Landtages. Nach der Landtagswahl 1990 wurde er bis 1998 niedersächsischer Ministerpräsident und 1997/98 turnusgemäß auch Präsident des Bundesrates. Vgl. den Artikel Gerhard Schröder, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.05.2022.

tern nach dem Abstammungsprinzip übernommenen ausländischen Staatsangehörigkeit entscheiden. Außerdem konnten Erwachsene mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebten, nun nach einem Einbürgerungstest die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, mussten danach aber die ausländische Staatsangehörigkeit abgeben, sofern ihnen nicht erhebliche Nachteile entstanden.⁹²⁵ Durch den für Kinder von seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebenden ausländischen Eltern mit der Geburt in Deutschland verbundenen automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sank der Anteil der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Altersgruppe der unter Sechsjährigen in Fürth von 22,92 Prozent 1999 (1.637 von insgesamt 6.842 Kindern) bis 2006 auf 3,42 Prozent (211 von insgesamt 6.167 Kindern).⁹²⁶ Außerdem wurde in der amtlichen Statistik die Unterscheidung zwischen Ausländern und Deutschen ab 2005 durch das Konzept der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ersetzt.⁹²⁷

Auf europäischer Ebene war durch die am 19. Juni 1999 von den Bildungsministern aus 29 europäischen Staaten unterzeichnete „**Bologna-Erklärung**“ eine bis zum Jahr 2010 abzuschließende **Harmonisierung des europäischen Hochschul- und Studiensystems** eingeleitet worden, bei der mittels eines European Credit Transfer Systems (ECTS) eine größere Verträglichkeit und Vergleichbarkeit der Leistungen und Abschlüsse erreicht werden sollte.⁹²⁸ In Fürth mussten deshalb alle Schüler/innen, die

⁹²⁵Vgl.: Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S.332f. Ergänzend anzumerken ist, dass die Optionspflicht zur Wahl der Staatsangehörigkeit bis zum 23. Lebensjahr durch eine Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts im Dezember 2014 für alle im Inland aufgewachsenen Personen mit einem gewöhnlichen Inlandsaufenthalt bis zum 21. Lebensjahr von mindestens acht Jahren, einem regelmäßigen sechsjährigen inländischen Schulbesuch oder einem inländischen Schul- oder Ausbildungsabschluss entfallen ist.

⁹²⁶Vgl.: Statistisches Jahrbuch der Stadt Fürth 2004. S.34 und Statistisches Jahrbuch der Stadt Fürth 2007, S.38.

⁹²⁷Vgl. dazu: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Datenreport für Deutschland 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2016, S.218 und S.220. Durch das 2005 in der amtlichen Statistik eingeführte **Konzept der Bevölkerung mit Migrationshintergrund** zählen seither alle Personen, die entweder als deutsche Staatsbürger nicht in Deutschland geboren sind oder bei denen mindestens ein Elternteil nicht als deutscher Staatsbürger in Deutschland geboren ist, als **Migrantinnen und Migranten mit deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit**.

Zudem gibt es seither die Bezeichnung **Migranten der ersten Generation** für alle direkt aus dem Ausland zugewanderten Personen und die Bezeichnung **Migranten der zweiten Generation** für alle in Deutschland geborenen Abkömmlinge von direkt aus dem Ausland zugewanderten Personen.

Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 80,9 Mio. Menschen umfasste die Bevölkerungsgruppe der Migrantinnen und Migranten in Deutschland 2014 rund 16,4 Mio. Personen, von denen rund 9,2 Mio. Personen über die deutsche Staatsangehörigkeit (darunter 3,1 Mio. Spätaussiedler/innen, 1,1 Mio. Kinder von Spätaussiedler/innen, 2,4 Mio. Eingebürgerte, 1,2 Mio. Kinder von Eingebürgerten und 1,4 Mio. Kinder mit einem oder zwei ausländischen Elternteilen und deutscher Staatsangehörigkeit bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und anschließendem Optionsrecht auf die deutsche Staatsangehörigkeit) und rund 7,2 Mio. Personen über eine ausländische Staatsangehörigkeit verfügten.

⁹²⁸Vgl. dazu im Einzelnen den Artikel Bologna-Prozess, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 17.05.2022. Nach der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes, der seit 1993 sukzessive verwirklicht worden war, hatten die Bildungsminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens anlässlich der Feiern zum 800-jährigen Bestehen der Sorbonne in Paris am 28. Mai 1998 eine Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der europäischen Hochschulbildung unterzeichnet, die ein zweistufiges System berufsqualifizierender Abschlüsse (undergraduate und graduate, in Deutschland umgesetzt als Bachelor und Master), eine Förderung von Auslandssemestern, ein einheitliches Punktesystem (European Credit Transfer System – ECTS) zur besseren Vergleichbarkeit der Leistungen und Abschlüsse sowie als wichtige Qualifikationsmerkmale Fremdsprachenkenntnisse und die Anwendung neuer Informationstechnologien vorsah.

eine Fachhochschulreife oder eine Allgemeine Hochschulreife anstreben, perspektivisch mit neuen Rahmenbedingungen bei einem Studium rechnen. Zugleich wurde aufgrund einer Bewerbung der Stadtverwaltung die Westliche Innenstadt in Fürth - die nach der zu Beginn der 1980er Jahre abgeschlossenen Flächensanierung des ehemaligen Gänsbergviertels seit längerem als baulich und strukturell dringend sanierungsbedürftig angesehen worden war - 1999/2000 in das von der rot-grünen Koalition zusammen mit den Ländern auf den Weg gebrachte **städtebauliche Bund-Länder-Programm Soziale Stadt** aufgenommen.⁹²⁹ Wie bei der Konversion der Militärf Flächen wurde auch beim städtebaulichen Bund-Länder-Programm Soziale Stadt für die Westliche Innenstadt zur Entwicklung förderfähiger Projekte eine Arbeitsgruppe aus allen relevanten Teilen der Stadtverwaltung gebildet, die bis 2010 zu mehr als 50 Sitzungen zusammentrat.

Nach dem Tod von Gerd Fleischmann war die Stelle des Referenten für Schule, Kultur, Jugend und Soziales zunächst unbesetzt geblieben und der Geschäftsbereich im

Daran knüpfte die am 19. Juni 1999 von den Bildungsministern aus 29 europäischen Staaten im größten Saal (Aula Magna) der 1088 gegründeten und damit ältesten Universität Europas unterzeichnete „Bologna-Erklärung“ an, mit der die in der „Sorbonne-Erklärung“ festgelegten Maßnahmen zur Harmonisierung des europäischen Hochschulwesens bis 2010 umgesetzt werden sollten.

Bei der Umsetzung wurde in Deutschland auf Drängen der Arbeitgeberverbände vor allem eine bessere Berufsfähigkeit der Absolvent/innen angestrebt und auf der Grundlage von ECTS-Punkten ein System von drei aufeinander aufbauenden Zyklen der Hochschulausbildung geschaffen, die zu folgenden Abschlüssen führten und den jeweils nachfolgenden Abschluss ermöglichten: **Zyklus 1** mit 180 bis 240 ECTS-Punkten und Bachelor-Qualifikation, **Zyklus 2** mit 60 bis 120 ECTS-Punkten und Master-Qualifikation und **Zyklus 3** Promotionsstudium ohne ECTS-Punktzahl, aber mit einem angenommenen Arbeitsaufwand von drei bis vier Jahren in Vollzeit und Doktorabschluss.

Da 60 ECTS-Punkte dem Leistungsumfang eines Studienjahres entsprachen und eine Gesamtregeldienstzeit von fünf Jahren nicht überschritten werden sollte, wurde die Studiendauer bei einem Bachelorstudium meist auf drei Jahre und bei einem anschließenden Masterstudium meist auf zwei Jahre festgelegt. Bachelor- und Masterstudiengänge konnten dabei sowohl an Fachhochschulen als auch an Universitäten eingeführt werden. Dadurch wurden die bisherigen Fachhochschulen abgesehen vom Promotionsrecht - das nur Universitäten und ihnen statusmäßig gleichgestellten Gesamthochschulen, Medizinischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen oder Technischen Hochschulen mit Universitätsabschluss besaßen - nun formal mit den Universitäten gleichgestellt.

In Deutschland entstanden durch den Bologna-Prozess zwischen 2000 und 2012 an Fachhochschulen und Universitäten rund 13.000 Bachelor- und Masterstudiengänge, von denen allerdings rund 2.000 wegen mangelnder Nachfrage wiedereingestellt wurden. Gleichzeitig kam die Umstellung der Studiengänge mit Staatsexamen (Lebensmittelchemie, Lehramt, Medizin, Pharmazie, Rechtswissenschaften und Zahnmedizin) nur schleppend in Gang, weil zum Beispiel der Deutsche Ärztetag, die Bundesärztekammer und die Arbeitsgemeinschaft für Hochschulmedizin die Einführung medizinischer Bachelor- und Masterstudiengänge mit dem Hinweis auf drohende Qualitätsverluste bei der Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern vehement ablehnten.

Aus Bestandsschutzgründen konnten außerdem alle Studierenden, die ihr Hochschulstudium entweder vor oder nach der am 19. Juni 1999 von den Bildungsministern aus 29 europäischen Staaten unterzeichneten „Bologna-Erklärung“ zu den Bedingungen der geltenden Magister- und Diplom-Studien- und Prüfungsordnungen aufgenommen hatten oder aufnahmen, das Hochschulstudium noch mit einem Magister- oder Diplom-Abschluss beenden.

⁹²⁹Vgl.: Joachim Krauß, Baureferent, 10 Jahre Programm „Soziale Stadt“ in der Fürther Innenstadt, in: Baureferat der Stadt Fürth (Hrsg.), 10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Innenstadt Fürth. 100 Projektbeispiele von A-Z, Fürth 2010, S.4: „10 Jahre sind vergangen seit von der Stadt Fürth im Jahr 2000 erste Mittel aus dem Bund-Länder-Förderprogramm ‚Die Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf‘ abgerufen wurden. In dieser Zeit hat sich in der Fürther Innenstadt ein beachtlicher Stadtentwicklungsprozess vollzogen, dessen Grundlage durch die flexiblen Fördermöglichkeiten und den ganzheitlichen Ansatz des Programms ‚Soziale Stadt‘ begünstigt wurde. So konnten in der zurückliegende Dekade 188 Projekte aus allen Handlungsfeldern, zuzüglich 313 Maßnahmen aus dem Sanierungsergänzungsprogramm, mit einem Fördervolumen von 35 Millionen Euro umgesetzt werden.“

Stadtrat durch den Baureferenten vertreten worden. Im Juli 2000 wählte der Stadtrat dann Dr. Karl Scharinger (geb. 1950, SPD) zum neuen Referenten, der seinen Dienst am 1. November 2000 antrat.⁹³⁰ Eine seiner Aufgaben bestand nun darin, die seit 1999 für Jugendliche im Ferienprogramm des Jugendamtes angebotene PC-gestützte außerschulische Vermittlung von Medienkompetenz, die über den Umgang mit Text- und Kalkulationsprogrammen oder technischen CAD-, CAM- und CAQ-Programmen hinausging und vor allem die kreativen und künstlerischen Gestaltungsmöglichkeiten wie Musik und Videos fokussierte, in einem gesonderten Jugendmedienzentrum unterzubringen. Dazu wurde in den Jahren 2000 und 2001 ein Teil der Innenräume des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Stadtwerke an der Theresienstraße/Ottostraße im Rahmen des Förderprogramms Soziale Stadt zum **Jugendmedienzentrum Connect** und ein anderer Teil der Innenräume für Jugendkulturarbeit zum **Jugendkulturmanagement Con-Action** umgebaut.⁹³¹ Zugleich begann 2001 das von der Volkshochschule durchgeführte **Projekt Mama lernt Deutsch** für Mütter ausländischer Kinder in der westlichen Innenstadt, das im ersten Jahr noch über das Programm Soziale Stadt und in den Jahren 2002 bis 2006 durch das Programm Lernende Region gefördert wurde.⁹³²

Um das Bildungs- und Qualifikationsniveau der in der Innenstadt lebenden Menschen zu verbessern, die nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 im Vergleich zur Bevölkerung in allen anderen Fürther Stadtteilen über den höchsten Anteil von Volks- und Hauptschulabsolventen (79,1 %), den niedrigsten Anteil von Realschulabsolventen (11,7 %) und den zweitniedrigsten Anteil von Fachhochschul- und Hochschulabsolventen (9,1 %) verfügten,⁹³³ hatte sich das von Dr. Scharinger geleitete Referat für Schule, Kultur, Jugend und Soziales im Zusammenhang mit dem Programm Soziale Stadt 2001 um eine Förderung aus dem **Programm Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken** beworben. Das Kernstück des von der Europäischen Union initiierten Programms Lernende Regionen war das **Aktionsprogramms Lebensbegleitendes Lernen für alle**. Da sich auch die Städte Nürnberg und Erlangen um eine Förderung beworben hatten, bestand der für die Vorprüfung der Anträge zuständige

⁹³⁰**Karl Scharinger** war 1950 in Eichstätt geboren worden, hatte nach dem Besuch der Volksschule eine Lehre als Rundfunk und Fernsehtechniker bei der Firma Grundig in Fürth absolviert und auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachgeholt. Danach studierte er Soziologie und Philosophie an der 1968 gegründeten Universität Dortmund (seit 2007 Technische Universität) und wurde dort als Soziologe zum Dr. phil. promoviert. Beruflich war er ab 1981 Jugendreferent in Nordrhein-Westfalen, ab 1988 Hauptabteilungsleiter der Jugendarbeit im Jugendamt der Stadt Nürnberg, ab 1994 Leiter des niedersächsischen Landesjugendamtes und ab 1998 Leiter des Referates Jugendhilfe und Schule im niedersächsischen Kultusministerium, wobei er während seiner beruflichen Tätigkeiten in Nürnberg und Niedersachsen seinen Hauptwohnsitz immer in Fürth hatte und auch Mitglied der örtlichen SPD sowie der Tennisfreunde Grün-Weiß Fürth e.V. war. Vgl. den Artikel *Wie seniorenfreundlich ist Fürth? Interview mit Karl Scharinger über seine Ziele*, in: *Sechsendsechzig – Magazin für ältere selbstbewusste Menschen*, herausgegeben vom Verein zur Förderung des Dialogs der Generationen e.V. in Nürnberg und Beilage der Fürther und Nürnberger Nachrichten, Ausgabe 2/2002, S.26f., hier: S.26 (Stichwort zur Person).

⁹³¹Vgl.: Baureferat der Stadt Fürth (Hrsg.), *10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Innenstadt Fürth. 100 Projektbeispiele*, Fürth 2010, S.49.(Jugendmedienzentrum Connect) und S.15 (Con-Action).

⁹³²Vgl.: Ebd., S.72.

⁹³³Vgl.: Stadt Fürth/Jugend- und Sozialamt (Hrsg.), *Daten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Fürth 1994*, S.22f. Im gesamtstädtischen Durchschnitt lag der Anteil der Volks- und Hauptschulabsolventen nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 bei 68,3 %, der Anteil der Realschulabsolventen bei 18,3 % und der Anteil der Fachhochschul- und Hochschulabsolventen bei 13,4 %.

Freistaat Bayern darauf, dass sich die drei Nachbarstädte zu einer Region zusammenschließen. So entstand eine gemeinsame Lernende Region, bei der jede der drei Städte nach der jeweiligen Bevölkerungsgröße gestaffelte Fördermittel für das Personal zur Schaffung und Koordinierung eines Netzwerkes außerschulischer und schulischer Bildungsträger erhielt. Die offizielle Eröffnung der gemeinsamen Lernenden Region der drei Nachbarstädte, die sich zuvor auf zusätzliche Bildungsmaßnahmen in den Bereichen Sprachenlernen, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie gesellschaftlich-kulturelle Bildung verständigt hatten und diese vor allem in den vom wirtschaftlichen und qualifikatorischen Strukturwandel besonders betroffenen Soziale-Stadt-Gebieten der Nürnberger Südstadt mit einem Ausländeranteil von 30 Prozent und der Fürther Innenstadt mit einem Ausländeranteil von fast 40 Prozent durchführen wollten, fand im Februar 2002 statt und wurde von der Beteiligten als **Aufbruch in die zukünftige Wissensgesellschaft** gewertet.⁹³⁴

Dass angesichts des nicht mehr zu übersehenden Trends zu einer zukünftigen Informations- und Wissensgesellschaft mehr und verbesserte Bildungsmaßnahmen erforderlich waren, verdeutlichten auch die 2001 veröffentlichten Ergebnisse der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) - die 1961 aus der 1948 im Rahmen des Marshall-Plans auf einer von den USA initiierten Konferenz von 16 europäischen Staaten gegründeten Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) hervorgegangen war - durchgeführten **PISA-Studie 2000**, die in der Bundesrepublik vielfach als Warnsignal („**PISA-Schock**“) für die internationale Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend digitalisierten und globalisierten Welt angesehen wurden: „Im internationalen Vergleich der Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in den OECD-Ländern und vier weiteren Ländern (Brasilien, Lettland, Liechtenstein, Russische Föderation) im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften schnitt Deutschland in allen Bereichen unterdurchschnittlich ab... In der nationalen Vergleichsstudie in Deutschland auf Länderebene, genannt PISA 2003, lagen indes die Ergebnisse für bayerische Schülerinnen und Schüler deutlich über dem OECD-Durchschnittswert.“⁹³⁵ Noch bevor die für bayerische Schülerinnen und Schüler deutlich über dem OECD-Durchschnittswert liegenden Ergebnisse

⁹³⁴Vgl. den Artikel Großraum Nürnberg geht neue Wege und beteiligt sich am Aktionsprogramm „Netzwerk Lernende Region“. Aufbruch in die künftige Wissensgesellschaft. Ein Schritt gegen die Zersplitterung des Bildungswesens. Schwerpunkte: Sprachförderung, neue Technologien und kulturelle Bildung, in: Fürther Nachrichten vom 07.02.2002, Regionalteil, S.15.

⁹³⁵Monika Fenn, Schulwesen (nach 1945), in: www.historisches-lexikon-bayern.de, hier: Ausdruck vom 16.05.2018, S.7 von 19. Siehe auch den Artikel PISA-Studien, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 17.05.2022. Trotz der zahlreichen Bildungsreformen hatte die Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren an keinem internationalen Bildungsvergleich teilgenommen. Für die von der OECD in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften im Jahr 2000 erstmals durchgeführten und alle drei Jahre wiederholten PISA-Studien (Programms for International Student Assessment) wurden in jedem teilnehmenden Land etwa 5.000 Schüler/innen einer Altersstufe (15-Jährige) ausgewählt und auf ihre Kompetenzen und ihr Wissen getestet, wobei jeweils einer der drei Kompetenz- und Wissensbereiche den Schwerpunkt bildete (2000 Lesekompetenz, 2003 Mathematik, 2006 Naturwissenschaften, 2009 wieder Lesekompetenz, 2012 wieder Mathematik und 2015 wieder Naturwissenschaften usw.).

Anhand von Fragenbogen wurde dabei auch die soziale Herkunft der teilnehmenden Schüler/innen ermittelt, so dass sich bei der PISA-Studie 2000 ergab, dass der Zusammenhang zwischen Testergebnis und sozialem Beruf der Eltern in keinem Land so stark ausgeprägt war wie in Deutschland. Außerdem fiel die bei der PISA-Studie als Schwerpunkt ermittelte Lesekompetenz in Deutschland bei Mädchen erheblich besser aus als bei Jungen. Und schließlich waren in Deutschland bei der PISA-Studie 2003 die Mathematikleistungen bei aus dem Ausland zugewanderten Kindern der ersten Mig-

des Ländervergleichs in der PISA-Studie 2003 überhaupt bekannt waren, hatte in Bayern nach der PISA-Studie 2000 sogleich ein bildungspolitischer Aufwertungs- und Ergänzungsprozess eingesetzt, der bis 2011 viele Bereiche des Bildungswesens erfasste und am Ende einer zweiten Welle der Mitte der 1960er Jahre begonnenen Bildungsreformen gleichkam.

10. Schulen in Fürth von der PISA-Studie 2000 bis zum 200. Jubiläum der Ernen- nung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 2018

Der in Bayern nach der PISA-Studie 2000 als zweite Welle der Mitte der 1960er Jahre begonnenen Bildungsreformen einsetzende bildungspolitische Aufwertungs- und Ergänzungsprozess, in den auch alle Bildungseinrichtungen in der Stadt Fürth einbezogen waren, erfasste zunächst die zur vorschulischen Förderung und Persönlichkeitsentwicklung zuständigen Kindergärten, bei denen zu Schuljahresbeginn 2001/2002 für Kinder mit einem Sprachförderbedarf, der vom pädagogischen Personal anhand wissenschaftlicher Kriterien zu ermitteln und festzustellen war, die **Vorkurse Deutsch 160 bzw. 240** verpflichtend eingeführt wurden. Bis 2009 bestanden die Vorkurse aus insgesamt 160 und danach aus insgesamt 240 Sprachförderstunden zu je 45 Minuten, von denen 80 bzw. 120 Stunden zu je 45 Minuten im vorletzten Kindergartenjahr auf die Kindergärten und 80 bzw. 120 Stunden zu je 45 Minuten im letzten Kindergartenjahr auf die Grundschulen in Zusammenarbeit mit den Kindergärten entfielen, um bei der Einschulung eine gute Integration in den Grundschulunterricht sicherzustellen.⁹³⁶

Zu Schuljahresbeginn 2002/2003 wurden dann **sechsjährige Realschulen mit einem Übertritt nach der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule** geschaffen, wie sie einst in Fürth für Knaben an der 1877 aus der königlichen Gewerbe- und Handelsschule hervorgegangenen königlichen Realschule und an der 1883/84 aus der Israelitischen Bürgerschule hervorgegangenen Israelitischen Realschule mit dem Abschluss einer „Einjährigen-Berechtigung“ bestanden hatten und bis zur Errichtung des humanistischen Gymnasiums an der Königstraße im Jahr 1896 die höchsten örtlichen Schulen für Knaben gewesen waren. Für Mädchen hatte es in Fürth eine sechsjährige Schuldauer nach vierjähriger Elementarschulzeit dagegen erst ab 1908 an der höheren Töchterschule am Tannenplatz mit einfachem Abschlusszeugnis und nach deren Umwandlung in ein Mädchenlyzeum 1924 mit dem formalen Prüfungsabschluss einer Mittleren Reife gegeben.

Die Wiedereinführung einer sechsjährigen Schuldauer mit Übertritt nach der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule stellte vor allem die **Leopold-Ullstein-Realschule** an der Ottostraße, die wegen der nach dem Auszug der Hans-Böckler-Schule vorgesehenen Sanierung des Gebäudes des ehemaligen Nathanstifts am Tannenplatz erst

rantengeneration besser als die Mathematikleistungen bei hier geborenen und aufgewachsenen Kindern der zweiten Migrantengeneration – ein Ergebnis, das durchaus ein Schlaglicht auf die Bildungsqualität in Deutschland warf.

⁹³⁶Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familien und Integration und Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst (Hrsg.), Vorkurs Deutsch 240 in Bayern. Eine Handreichung für die Praxis. Modul A: Rechtlich-curriculare Grundlagen (68 Seiten). Modul B: Prozessbegleitende Sprachstanderfassung und methodisch-didaktische Grundlagen der Vorkursgestaltung (104 Seiten). Modul C: Toolbox zum Vorkurs (50 Seiten), alle drei Broschüren in aktualisierter Auflage, München 2016.

2003 umziehen konnte, vor akute Raumprobleme. „Als die sechsstufige Realschule an der Leopold-Ullstein-Realschule 2002/2003 an den Start ging, begann der Unterricht für die sechs fünften Klassen in Zweigstellen an der Blumenstraße und Marienstraße und für die R6 erfolgte eine Änderung in der Wahlpflichtfachgruppe IIIb, die seither vom Profilfach Sozialwesen geprägt wird.“ An den durch die sechsjährige Schuldauer ausgelösten Raumproblemen änderte sich für die Leopold-Ullstein-Realschule auch nach dem im Herbst 2003 erfolgten **Umzug vom Schulgebäude Ottostraße in das sanierte Gebäude des ehemaligen Nathanstifts am Tannenplatz** wenig. „Das Gebäude war für 25 Klassen ausgelegt, allerdings waren es beim Einzug bereits 34 Klassen mit 1011 Schülern (492 Jungen und 519 Mädchen). Die Einweihungsfeier fand am 17.10.2003 statt.“⁹³⁷

Während der bildungspolitische Aufwertungsprozess des Kultusministeriums in Fürth durch punktuelle und über das städtebauliche Förderprogramm Soziale Stadt finanzierte Maßnahmen, wie die 2002 erfolgte **Öffnung des Hofes der Hauptschule Pfisterstraße** und das von 2002 bis 2004 laufende **Trainingsprogramm Förderung der Konzentrationsfähigkeit für Grundschul Kinder in der Innenstadt** ergänzt wurde,⁹³⁸ war das Grundig-Gelände an der Kurgartenstraße vom bayerischen Konsortium unter Leitung des Antennen- und Satellitentechnikherstellers Anton Kathrein, an das Philipps die Firma Grundig 1996 verkauft hatte, zunehmend geräumt und die Firmenzentrale im Jahr 2000 von Fürth nach Nürnberg verlegt worden. Als im Herbst 2002 auch noch die Kredite für die **Firma Grundig** von den Banken nicht mehr verlängert wurden, meldete das Konsortium am 14. April 2003 Konkurs an, wobei die Firma Grundig damals nur noch über 3.500 Beschäftigte und somit lediglich über 9,1 Prozent des 1978/79 erreichten Höchststandes von 38.500 Beschäftigten verfügte. Im Januar 2004 wurde der Bereich Home Intermedia Systems und der Firmennamen schließlich vom türkischen Elektronikhersteller Beko-Elektronik übernommen.⁹³⁹

In diesem Zusammenhang hatte das Referat für Schule, Kultur, Jugend und Soziales bereits die im Jahr 2000 erfolgte Verlegung des Firmensitzes der Firma Grundig nach Nürnberg dazu genutzt, das nach einem Stadtratsbeschluss im September 1987 von Gerd Walther aufgebaute und 1993 im Marstall des Schlosses in Burgfarnbach untergebrachte **Rundfunkmuseum** - dessen Gerätesammlung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunächst durch Gerätespenden aus der Bevölkerung und den Archiven der Firmen Grundig, Metz und Quelle sowie 1990 durch den Erwerb einer 400 Geräte umfassenden Privatsammlung zustande gekommen war - im Jahr 2001 in angemietete Räume im alten Direktionsgebäude mit Türmchen der Firma Grundig an der Kurgartenstraße zu verlegen.⁹⁴⁰

⁹³⁷Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.26.

⁹³⁸Vgl.: Baureferat der Stadt Fürth (Hrsg.), 10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Innenstadt Fürth. 100 Projektbeispiele, Fürth 2010, S.90.(Schulhof-Öffnung Pfisterstraße) und S.106 (Trainingsprogramm Förderung der Konzentrationsfähigkeit für Grundschul Kinder in der Innenstadt).

⁹³⁹Vgl. den Artikel Grundig (Unternehmen), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 11.06.2021. Siehe zum endgültigen Abschied von Grundig aus der Region im Dezember 2016 den Artikel Grundig ist auch in Nürnberg nur noch Geschichte, in: Fürther Nachrichten vom 07.01.2017, S.27 (Lokalteil). „Das einstige Weltunternehmen Grundig hat sich in diesen Tagen endgültig vom Standort Nürnberg verabschiedet, die Mietverträge für die Räumlichkeiten in der Beuthener Straße 41 sind ausgelaufen.“

⁹⁴⁰Vgl. den Artikel Rundfunkmuseum, in: fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 03.05.2022. Siehe auch den Artikel Gerd Walther, in: fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom:13.06.2022. **Gerd Walther** war 1950 in Fürth geboren worden, hatte die Volksschule an der Friedrich-Ebert-Straße, danach das Hardenberg-Gymnasium in Fürth besucht, nach dem Abitur Geschichte, Deutsch und Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg studiert und das erste und zweite Staatsexamen für das

Außerdem kam es in Fürth bei der Kommunalwahl am 3. März 2002 wieder zu einem Wechsel an der Stadtspitze, da Oberbürgermeister Wilhelm Wenning lediglich einen Stimmenanteil von 41,4 % erreichte und Dr. Thomas Jung als Kandidat der SPD einen Stimmenanteil von 53,3 % erzielte und damit zum Oberbürgermeister gewählt wurde.⁹⁴¹ Zugleich hatte die SPD 24 der 50 Stadtratsmandate und damit fast die absolute Mehrheit im Stadtrat gewonnen. Da die SPD-Stadtratsfraktion statt der 1996 zu Beginn der Amtszeit von Oberbürgermeister Wenning erfolgten Zusammenlegung des Referates für Schule und Kultur mit den Geschäftsbereichen Jugend und Soziales des ehemaligen Referates für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ausländerberatung und Sport zum Referat für Schule, Kultur, Jugend und Soziales immer wieder ein eigenständiges Schulreferat gefordert hatte und der seit 1993 für die Geschäftsbereiche Ausländerberatung und Sport zuständige Bürgermeister Günter Brand am 30. August 2001 verstorben sowie vor der Kommunalwahl im März 2002 kein neuer Bürgermeister gewählt worden war, wurde Hartmut Träger (1945-2011), der seit 1984 dem Stadtrat angehörte, beruflich seit 1988 als Rektor der Hauptschule Pfisterstraße tätig gewesen und 1992 zum Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion gewählt worden war, im Mai 2002 vom Stadtrat mit 34 Stimmen zum Bürgermeister und Referenten für Schule und Sport gewählt.⁹⁴²

Nach den zu Schuljahresbeginn 1999/2000 für Schüler/innen der achten und neunten Jahrgangsstufe mit großen Lern- und Leistungsrückständen sowie begleitender sozialpädagogischer Unterstützung an der Hauptschule Finkenschlag eingeführten Praxisklassen, die im Herbst 2002 an die Hauptschule Soldnerstraße verlegt wurden, begann in Fürth nun ein **Prozess der Umwandlung zahlreicher Regelschulen von reinen Halbtags-Unterrichtsschulen in Ganztagschulen mit begleitender sozialpädagogischer Unterstützung**, wodurch bis Ende 2018 **sukzessive Sozialpädagogen-Stellen** an sieben der dreizehn städtischen Grundschulen, an sechs der acht 2011 zu Mittelschulen umgewandelten Hauptschulen, an einem der zwei Förderzentren, an den beiden Realschulen und an den drei Berufsschulen sowie **Ganztagsbetreuungen bzw. Ganztagszüge** an allen Grundschulen, an den acht 2011 zu Mittelschulen um-

Lehramt an Hauptschulen abgelegt. 1984 bewarb er sich beim Stadtmuseum Fürth als Museumsführer, wo er im Juli 1987 eine Ausstellung zur Radio-Geschichte durchführte und vom Stadtrat im September 1987 mit dem Aufbau eines Rundfunkmuseums beauftragt wurde.

⁹⁴¹Vgl.: Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005, S.217. Siehe auch. den Artikel, Thomas Jung, in: www.fuertwiki.de, hier: Ausdruck vom 29.04.2021. **Thomas Jung** war 1961 in Fürth geboren worden, hatte die Volksschule in Stadeln, danach den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig des Helene-Lange-Gymnasiums am Tannenplatz besucht und nach Erhalt der Allgemeinen Hochschulreife Rechtswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg studiert, wo er nach Abschluss des ersten und zweiten Staatsexamens und Einreichen einer Dissertation 1989 zum Dr. jur. promoviert worden war. Beruflich arbeitete er ab 1990 als Rechtsanwalt und ab 1993 als Staatsanwalt beim Landgericht Nürnberg-Fürth. Zudem war er seit Anfang 1979 Mitglied der SPD, wurde bei der Kommunalwahl 1984 als örtlicher Juso-Vorsitzender in den Stadtrat gewählt und bei der Bundestagswahl 1990 örtlicher SPD-Kandidat, erreichte aber nicht das für den Einzug in den Bundestag erforderliche Direktmandat. Nach dem Tod des SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Günter Hefele am 26. September 1990 wurde Thomas Jung zum Kreisvorsitzenden der SPD gewählt und örtlicher SPD-Kandidat für die Landtagswahl 1994, bei der er gegen den seit 1990 amtierenden CSU-Landtagsabgeordneten Wilhelm Wenning das Direktmandat gewann und in den Landtag einzog. Aufgrund eines weiteren Wahlerfolges bei der Landtagswahl 1998 blieb Thomas Jung Landtagsabgeordneter, bis er bei der Kommunalwahl 2002 als SPD-Kandidat zum Oberbürgermeister der Stadt Fürth gewählt wurde.

⁹⁴²Vgl. dazu den Artikel Hartmut Träger, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 02.06.2022.

strukturierten ehemaligen Hauptschulen, an den beiden Förderzentren und an den beiden Realschulen sowie an den Unterstufen der drei Gymnasien entstanden. Als erste Schule erhielt dabei die **Grundschule Frauenstraße** im Herbst 2002 eine Sozialpädagogen-Stelle zur sozialpädagogischen Unterstützung von Schüler/innen der Regelklassen. Daneben entstand im Rahmen eines bayernweiten Schulversuchs 2003 an der Hauptschule Soldnerstraße **der erste gebundene Ganztagszug mit rhythmisiertem Unterricht** an einer örtlichen Regelschule.⁹⁴³ Im Herbst 2004 bekam dann die **Hauptschule Schwabacher Straße** als erste Hauptschule in Fürth eine Stelle für Sozialpädagogik zur sozialpädagogischen Unterstützung der Schüler/innen der Regelklassen. Im Herbst 2005 folgte an der **Hauptschule Soldnerstraße** ebenfalls eine Stelle für Sozialpädagogik zur sozialpädagogischen Unterstützung der Schüler/innen der Regelklassen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der in Bayern nach der PISA-Studie 2000 begonnene bildungspolitische Aufwertungs- und Ergänzungsprozess zu Beginn des Schuljahres 2004/2005 auch die Gymnasien erfasst, als für Schüler/innen der 5. und 6. Jahrgangsstufe eine **auf acht Jahre verkürzte gymnasiale Schuldauer** eingeführt wurde.⁹⁴⁴ Anders als bei der erstmals 1936 an Gymnasien, Oberrealschulen und Mädchenlyzeen als „Notabitur“ eingeführten und 1952 wieder aufgehobenen Schuldauer von acht Jahren ging es diesmal nicht wie einst bei Reichserziehungsminister Rust um bevölkerungspolitische Gründe, die damals mit der im Spätsommer 1936 auf zwei Jahre verlängerten Wehrpflicht zusammenhingen, sondern um eine Reduzierung und Harmonisierung der im internationalen Vergleich bis zur Allgemeinen Hochschulreife in Deutschland zu langen Schuldauer. Um Qualitätsverluste beim Abitur durch die auf acht Jahre verkürzte Schuldauer zu vermeiden, hatte die Kultusministerkonferenz an der für neunjährige Gymnasien vorgeschriebenen Unterrichtszeit von insgesamt 265 Wochenstunden festgehalten und diese auf acht Jahre verteilt, was zu einer Erhöhung der jahresdurchschnittlichen Unterrichtszeit von 30 Wochenstunden bei den bisherigen neunjährigen Gymnasien auf 34 Wochenstunden bei den nun achtjährigen Gymnasien führte und regelmäßigen Nachmittagsunterricht erforderte, was Eltern-, Lehrer- und Schülerorganisationen als Überforderung aller Betroffenen zum Teil heftig kritisierten.⁹⁴⁵

⁹⁴³Vgl. den Artikel Interesse für Ganztag: Die Klasse füllt sich. Soldner-Hauptschule rechnet mit 25 Kindern, in: Fürther Nachrichten vom 22.07.2003, Lokalteil, S.1. Siehe auch den Artikel Gebundene Ganztagschule, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 15.06.2022: Anders als bei den bisherigen Ganztags- und Mittagsbetreuungen mussten **gebundene Ganztagschulen oder gebundene Ganztagszüge an Schulen** nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17. Oktober 2003 drei konstitutive Merkmale erfüllen: Erstens eine zeitliche Mindestangebotsdauer von über den Vormittag hinausgehenden Angeboten von täglich mindestens sieben Stunden an mindestens drei Wochentagen, zweitens eine Unterbrechung des ganztägigen Schulbetriebs durch eine längere Mittagspause und drittens ein Konzept mit dem Nachweis des Zusammenhangs zwischen dem vormittäglichen Unterricht und den ergänzenden Angeboten am Nachmittag. Sofern diese Bedingungen erfüllt waren, gewährten die Kultusministerien zusätzliche Stunden für die Lehrkräfte und Zuschüsse für das Personal der nachmittäglichen Betreuungsangebote. In Bayern waren dies je Klasse und Schuljahr zwölf zusätzliche Wochenstunden für Lehrkräfte und 6.000 Euro für das Personal der nachmittäglichen Betreuungsangebote.

⁹⁴⁴Vgl.: Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.), 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007, S.47.

⁹⁴⁵Vgl. den Artikel Abitur nach der zwölften Jahrgangsstufe, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 23.05.2022. Siehe auch den Artikel Fast ein Full-Time-Job. „Oft sehr müde“. G8 in der sechsten Klasse, in: Fürther Nachrichten vom 03.12.2004, Lokalteil, S.5 (Sonderreihe: Das große Thema G8 in Fürth mit insgesamt vier Artikeln aus der Stadt und dem Landkreis). Ergänzend anzumerken ist, dass Aussagen von Schüler/innen der sechsten Jahrgangsstufe, am neuen G8 oft sehr müde zu sein,

Mit der **Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8)** erfolgte zugleich eine Neuorganisation der Lehrpläne und der gesamten Oberstufe, bei der die mit der 1976 verbindlich eingeführten Kollegstufe geschaffene Differenzierung zwischen Leistungs- und Grundkursen abgeschafft und durch verbindliche Pflicht- und Wahlpflichtfächer sowie teilweise wählbare Profulfächer ersetzt wurde.⁹⁴⁶ „Zwei spezielle, jeweils über eineinhalb Jahre laufende Seminare treten hinzu und bieten den Schülerinnen und Schülern insofern eine Spezialisierungsmöglichkeit, als konkrete Themen aus dem angebotenen Pool der Schule wählbar sind. Die in der Oberstufe zu belegenden P-Seminare (Projekt-Seminare) sollen mittels einer Berufsfeldorientierung und eines sich anschließenden Projektes auf die Berufs- und Studienwahl vorbereiten. Die W-Seminare (Wissenschaftspropädeutische Seminare) sollen die Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe auf das wissenschaftliche Arbeiten an Hochschulen heranzuführen, indem sie mit Unterstützung einer Lehrkraft an einem Thema gemeinsam arbeiten und dann eine individuelle Abschlussarbeit erstellen.“⁹⁴⁷ Die Abiturprüfung erfolgte am G8 grundsätzlich in den Pflichtfächern Deutsch und Mathematik, der als Wahlpflichtfach fortgeführten Fremdsprache, einem gesellschaftswissenschaftlichen Wahlpflichtfach und in einem weiteren Fach nach Wahl aus dem Bereich der Wahlpflicht- und der Profulfächer.⁹⁴⁸ Verglichen mit der Kollegstufe führten diese Neuregelungen zu qualitativen Verbesserungen bei den Deutsch- und Mathematikkenntnissen - die von Hochschulprofessor/innen seit Mitte der 1970er Jahre in internen Sitzungen vor allem bei Erstsemester/innen regelmäßig als unzureichend beklagt worden waren - und bei der Studien- und Berufsorientierung und damit der Studierfähigkeit der Abiturient/innen.⁹⁴⁹

durchaus als reliabel und valide angesehen werden können, weil die Schüler/innen zuvor in der 5. Jahrgangsstufe noch das G9 kennengelernt hatten und deshalb auch stichhaltige Vergleiche mit ihrer persönlichen Situation am G9 und am G8 ziehen konnten.

⁹⁴⁶Vgl. den Artikel Abitur in Bayern (G8), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 03.11.2022, S.7 von 17 Seiten. Zu den **Pflichtfächern** in der zweijährigen und nun als Qualifizierungsstufe 11 und 12 bezeichneten Oberstufe des G8 gehörten bis zur Abiturprüfung in jedem Semester Deutsch und Mathematik mit vier Wochenstunden, Religionslehre oder Ethik, Geschichte und Sozialkunde sowie Sport mit jeweils zwei Wochenstunden, zu den **Wahlpflichtfächern** eine moderne Fremdsprache mit vier Wochenstunden, eine Naturwissenschaft (Biologie, Chemie oder Physik), eine zweite Naturwissenschaft oder eine weitere Fremdsprache oder Informatik mit jeweils drei Wochenstunden, Geografie oder Wirtschaft und Recht sowie Kunst oder Musik mit jeweils zwei Wochenstunden und zu den **Profulfächern** ein wissenschaftspropädeutisches Seminar mit Seminararbeit und ein Projektseminar zur Studien- und Berufsorientierung mit jeweils drei Wochenstunden in den ersten beiden Semestern und jeweils einer Woche im dritten Semester, ein „Additum“ (Zusatzunterricht) mit zwei Wochenstunden in Musik, Kunst oder Sport, falls eines dieser Fächer zum Abiturprüfungsfach gewählt werden sollte, und ein weiteres Fach aus dem Wahlpflichtfachbereich oder ein Zusatzangebot mit jeweils zwei Wochenstunden.

⁹⁴⁷Monika Fenn, Schulwesen (nach 1945), in: www.historisches-lexikon-bayern.de, hier: Ausdruck vom 16.05.2018, S.11 von 19. Ergänzend anzumerken ist, dass es sich bei der Wissenschaftspropädeutik um einen „Vorbereitungsunterricht“ und damit um die Einführung in die Sprache und Methoden einer Wissenschaft handelt.

⁹⁴⁸Vgl. den Artikel Abitur in Bayern (G8), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 03.11.2022, S.9 von 17 Seiten.

⁹⁴⁹Im Gegensatz zu den bei den achtjährigen Gymnasien eingeführten wissenschaftspropädeutischen Seminaren waren die Facharbeiten in der Kollegstufe meist ohne größere methodische und inhaltliche Anleitung und Unterstützung durch eine Lehrkraft und einem Diskurs in einer Arbeitsgruppe rein individuell zu erstellen gewesen. Außerdem gab es in der Kollegstufe keine Projektseminare zur Praxisorientierung, wie sie etwa an Fachoberschulen durch verpflichtende halbjährliche Praktika stattfand.

Da die Universitäten anders als die gymnasiale Kollegstufe weniger Wert auf die Lehre legten, sondern fachbezogene und fachübergreifende Grundkenntnisse voraussetzten und in erster Linie for-

Um die drei Gymnasien in Fürth baulich an die Bedingungen des G8 anzupassen, beschloss der Stadtrat im Juli 2004, dass das Helene-Lange-Gymnasium sechs Schulpavillons und das Hardenberg-Gymnasium bis Herbst 2006 einen Neubau erhalten sollten. Außerdem sollte die Hauptschule an der Maistraße nicht mehr, wie vom Stadtrat noch im Mai 1997 bei den Maßnahmen zur Umsetzung des Schulentwicklungsplans beschlossen, zusammen mit der Hauptschule Pfisterstraße in das Schulgebäude Ottostraße verlegt werden, sondern für 2,5 Mio. Euro durch Räume auf dem ehemaligen Deko-Maier-Gelände an der Sommerstraße erweitert werden, damit die von der Hauptschule Maistraße seit der Zeit der kooperativen Gesamtschule am Schulzentrum Tannenplatz genutzten Räume für das Helene-Lange-Gymnasium frei wurden.⁹⁵⁰

Im Sommer 2005 folgte ein detailliertes und Kosten in Höhe von rund sechs Millionen Euro umfassendes Maßnahmenpaket, mit dem die für den Nachmittagsunterricht und die Intensivierungsstunden, zu denen die Klassen geteilt werden mussten, erforderlichen Speise-, Aufenthalts- und Intensivierungsräume geschaffen werden sollten. Dabei war für das **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** an der Königstraße, das bereits über eine Küche verfügte, der Umbau der Hausmeisterwohnung in einen Speiseraum für 70 Schüler/innen mit Kosten in Höhe von 510.000 Euro, für das **Helene-Lange-Gymnasium** am Tannenplatz, das ebenfalls bereits über eine Küche verfügte, eine Aufstockung des Schulgebäudes zur Unterbringung eines zentralen Aufenthaltsraums mit verschiedenen Kommunikationsbereichen, Arbeitsecken mit Internetzugang und Aktivzonen mit Kletterwand, Tischtennisplatten und Hangelpfad sowie Gesamtkosten in Höhe von 1,12 Mio. Euro und für das **Hardenberg-Gymnasium** an der Kaiserstraße anstelle der aus dem Jahr 1968 stammenden und mittlerweile sehr marode gewordenen Schulpavillons ein Erweiterungsneubau entlang der Frauenstraße und der Kaiserstraße mit Kosten in Höhe von 4,1 Mio. Euro vorgesehen.⁹⁵¹ Außerdem lagen die Planungen für den Erweiterungsbau der Hauptschule Maistraße seit Januar 2005 voll im Zeitplan, so dass davon ausgegangen wurde, dass es ab dem Schuljahr 2006/2007 sowohl an der Grundschule Maistraße als auch an der Hauptschule Maistraße sowie am Helene-Lange-Gymnasium keine Raumprobleme mehr geben werde. Zugleich sollte die **Hauptschule Soldnerstraße**, die 2003 als erste Hauptschule in Fürth einen gebundenen Ganztagszug mit rhythmisiertem Unterricht bekommen hatte, auch **baulich in eine Ganztagschule** umgewandelt werden,⁹⁵² wozu der Baubeginn und die Fertigstellung der Mensa noch 2005 erfolgten.⁹⁵³

schungsorientiert waren, hatten Kollegiatinnen und Kollegiaten nach dem Abitur und einer Studienaufnahme oft ihr „blaues Wunder“ erlebt, weil sie sich Grundwissen und Grundkenntnisse in allen Studiengängen weitgehend autodidaktisch aneignen oder vertiefen mussten. Außerdem verbrachten sie beispielweise in Naturwissenschaften wie Biologie oder Chemie meist den ganzen Studientag mit vorgegebenen Experimenten in Laboren. Zugleich mussten sie sich beispielsweise in mathematischen Vorlesungen und Übungen damit auseinandersetzen, dass von Professoren und anderen Lehrpersonen immer eine von mehreren Tafeln fortlaufend beschrieben und die bereits beschriebenen Tafeln von wissenschaftlichen Hilfskräften nach relativ kurzer Zeit wieder gelöscht wurden, um Platz für die fortlaufende Neubeschriftung zu schaffen.

⁹⁵⁰Vgl. den Artikel Kein Platz zum Lernen. Stadt verspricht Gymnasien Abhilfe bei ihrer Raumnot, in: Fürther Nachrichten vom 22.07.2004, Lokalteil, S.1.

⁹⁵¹Vgl. den Artikel Fünf-Millionen-Paket für mehr Platz. Teurer Aus- und Umbau: Die drei Fürther Gymnasien werden fit für das G8 gemacht, in: Fürther Nachrichten vom 10.06.2005, Lokalteil, S.1.

⁹⁵²Vgl. den Artikel Hoffen auf den Mai. Erweiterungsbau der Hauptschule in der Oststadt, in: Fürther Nachrichten vom 14.01.2005, Lokalteil, S.31.

⁹⁵³Vgl.: Stadt Fürth, Bürgermeister- und Presseamt (Hrsg.), 2002-2022. 20 Jahre für Fürth. Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Fürth 2022, S.14, Jahr 2005.

Neben den baulichen Planungen und Aktivitäten war auf Anregung der SPD-Stadtratsfraktion in Fürth im April 2005 die **Berufsschule für Metall- und Elektrotechnik an der Ottostraße nach Martin Segitz** benannt worden.⁹⁵⁴ Gegen die Absichten, das Stadtmuseum in das Erdgeschoss des Schulgebäudes Ottostraße zu verlegen und in den Obergeschossen Lofts unterzubringen,⁹⁵⁵ machten in Fürth im Sommer 2005 Eltern von Kindern und Jugendlichen der Hauptschule Pfisterstraße mobil, die nach wie vor auf eine Umsetzung des im Mai 1997 vom Stadtrat zum Schulentwicklungsplan beschlossenen Umzugs der Hauptschule Pfisterstraße in das Schulgebäude Ottostraße bestanden.⁹⁵⁶ Da jedoch Oberbürgermeister Dr. Jung, Baureferent Joachim Krauß und Herr Peter von der Immobilienfirma Peter und Partner im Oktober 2005 in der Umwandlung des Ottoschulhauses in ein „Stadtpalais“ mit Stadtmuseum und Wohnungen ein enormes Potenzial für die Innenstadt erblickten,⁹⁵⁷ wurde das Schulgebäude trotz der Elternproteste bis Ende 2006 entsprechend umgebaut.⁹⁵⁸

Unterdessen war in Bayern Kultusministerin Monika Hohlmeier wegen ihrer Verwicklung in die Münchner CSU-Affäre, bei der es um gefälschte Aufnahmeanträge und um Stimmenkauf im CSU-Bezirk München ging, am 15. April 2005 zurückgetreten,⁹⁵⁹ worauf Ministerpräsident Edmund Stoiber den CSU-Landtagsabgeordneten Siegfried Schneider (geb. 1956) zum neuen Minister für Unterricht und Kultus ernannte.⁹⁶⁰ Zu Schuljahresbeginn 2005/2006 wurde dann bayerweit ein **Büchergeld in Höhe von 20 Euro an Grundschulen und in Höhe von 40 Euro an sonstigen Schulen für maximal zwei Kinder je Familie** mit Befreiungsmöglichkeiten für einkommensschwache

⁹⁵⁴Vgl. den Artikel Späte Ehre für einen Fürther Gewerkschafter. Berufsschule an der Ottostraße nach Martin Segitz benannt. IG-Metall-Chef Jürgen Peters kam zum Festakt, in: Fürther Nachrichten vom 30.04.2005, Lokalteil, S.3. Wie bereits bei der Schilderung der Ereignisse im Jahr 1919 erwähnt, war **Martin Segitz** 1853 in Fürth geboren worden, gelernter Zinngießer und Metallschläger, Mitglied der SPD und des Metallarbeiterverbandes, ab 1894 in Nürnberg erster hauptamtlicher Arbeitersekretär der Gewerkschaften und von 1894 bis 1919 Gemeindebevollmächtigter in Fürth, von 1898 bis 1903 auch Reichstagsabgeordneter, 1919/20 als Mitglied der MSPD bayerischer Sozialminister sowie von 1897 bis zu seinem Tod in Fürth 1927 bayerischer Landtagsabgeordneter gewesen.

⁹⁵⁵Vgl. den Artikel Erhard-Haus in Sicht. Stadtmuseum soll 2008 in den Ottoschulbau wechseln, in: Fürther Nachrichten vom 17.03.2005, Lokalteil, S.1.

⁹⁵⁶Vgl. den Artikel Eltern machen sich für einen Umzug der Pfisterschule stark. Vorstoß in letzter Minute: Im Otto-Schulhaus sollen wieder Klassen statt Lofts ihren Platz haben, in: Fürther Nachrichten vom 28.07.2005, Lokalteil, S.1.

⁹⁵⁷Vgl. den Artikel „Enormes Potenzial“. Projekt Ottoschulhaus. Wendemarke für Fürths City, in: Fürther Nachrichten vom 22.10.2005, Lokalteil, S.1.

⁹⁵⁸Vgl.: Baureferat der Stadt Fürth (Hrsg.), 10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Innenstadt Fürth. 100 Projektbeispiele, Fürth 2010, S.96 (Stichwort: Stadtmuseum Fürth „Ludwig Erhard“, wobei die Benennung nach Ludwig Erhard 2010 erfolgte und in den Jahren 2015/16 wieder entfiel, um eine Verwechslung mit dem von der Ludwig-Erhard-Stiftung geplanten Bau eines Ludwig-Erhard-Zentrums in der Ludwig-Erhard-Straße auszuschließen).

⁹⁵⁹Vgl. den Artikel Monika Hohlmeier, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 02.05.2022.

⁹⁶⁰Vgl. den Artikel Siegfried Schneider, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 10.06.2022. **Siegfried Schneider** hatte nach dem Abitur 1975 an der Katholischen Gesamthochschule Eichstätt (ab WS 1979/80 Universität Eichstätt) von 1977 bis 1980 ein Studium für das Lehramt an Volksschulen absolviert und war danach von 1980 bis 1995 als Lehrer an verschiedenen Grund-, Haupt- und Förderschulen tätig gewesen. Daneben war er seit 1977 Mitglied der CSU und 1985 in den Kreisvorstand der CSU im Landkreis Eichstätt gewählt worden. 1994 wurde er über die Landesliste der CSU in den Landtag gewählt, wo er ab 2002 bildungspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Bildung, Jugend und Sport und ab 2003 dessen Vorsitzender war.

Eltern eingeführt,⁹⁶¹ wodurch die Lernmittelfreiheit - die von der amerikanischen Militärregierung in Bayern erst 1948 mit der Drohung gegenüber der CSU-geführten Staatsregierung und der CSU-Landtagsmehrheit, die Kosten für die Lernmittelfreiheit zu übernehmen und sie als Besatzungskosten in Rechnung zu stellen, in vier Jahreschritten bis 1952 durchgesetzt werden konnte - erstmals wieder eingeschränkt wurde. In Fürth kam erschwerend hinzu, dass ein Büchergeld für Grund- und Hauptschüler/innen ein schon seit rund 150 Jahren nicht mehr gekanntes Phänomen war, weil die Stadt Fürth nach einem Antrag des sozialdemokratischen Magistratsrats Gabriel Löwenstein die Schulgeldpflicht an den damals siebenjährigen Elementarschulen zum 1. April 1873 aufgehoben hatte und lediglich die weiterführenden Schulen bis zur Einführung der allgemeinen Lernmittelfreiheit 1952 schulgeldpflichtig geblieben waren.

Zudem wurde in Bayern zu Schuljahresbeginn 2005/2006 die zum Schuljahr 1990/91 als Schulversuch begonnene **Einführung einer Fremdsprache für die dritte und vierte Jahrgangsstufe an Grundschulen** für allgemeinverbindlich erklärt,⁹⁶² womit der nach der PISA-Studie begonnene bildungspolitische Aufwertungs- und Ergänzungsprozess nun auch die Grundschulen erfasst hatte. Dabei machte ein frühes allgemeinverbindliches Erlernen einer Fremdsprache in der Grundschule auch deshalb Sinn, weil die europäische Integration fortgeschritten und die 1993 aus der Europäischen Gemeinschaft hervorgegangene und aus 12 Staaten (Frankreich, Luxemburg, Belgien, Niederlande, Deutschland, Italien, Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland, Portugal und Spanien) bestehende Europäische Union 1995 durch die Erweiterung um Österreich, Schweden und Finnland auf 15 Staaten und 2004 durch die Erweiterung um Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Tschechien, Slowenien, Ungarn, Malta und Zypern mittlerweile auf insgesamt 25 Staaten angewachsen war.⁹⁶³

Durch die Einweihung des mit fünf Professoren besetzten Zentralinstituts für neue Materialien und Prozesstechnik der Universität Erlangen-Nürnberg (ZMP), zu dessen Errichtung der Freistaat Bayern im August 2003 ein weiteres Grundstück auf dem ehemaligen Grundig-Areal im Anschluss an die im Juli 2001 gegründete und dort untergebrachte Neue Materialien Fürth GmbH (NMF) erworben hatte,⁹⁶⁴ wurde Fürth im März 2006 zu einer **Universitätsstadt**.⁹⁶⁵ Außerdem wurde im Rahmen des nach der PISA-Studie 2000 in Bayern begonnenen bildungspolitischen Aufwertungs- und Ergänzungsprozesses die **Grundschule an der Rosenstraße** zu Schuljahresbeginn 2006/2007 eine der ersten zehn bayerischen Grundschulen, die fortan **mit einem gebundenen Ganztagszug und rhythmisiertem Unterricht bis 15.00 Uhr** geführt wurden, was Bürgermeister und Schulreferent Hartmut Träger angesichts des hohen Mig-

⁹⁶¹Vgl. den Artikel Lernmittelfreiheit, Abschnitt Bayern, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 04.06.2020.

⁹⁶²Vgl.: Hubert Buchinger, Die bayerische Volksschule im Wandel der Zeit. Ein Beitrag zur Schulgeschichte Bayerns von 1800 bis zur Gegenwart. Überarbeitete Fassung eines Festvortrages zur Sonderausstellung Schule und Bildung im Landkreis Regensburg am 27. April 2007, S.13.

⁹⁶³Vgl. den Artikel Europäische Union, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.06.2021.

⁹⁶⁴Vgl. den Artikel Kabinett entscheidet gestern für Ankauf der Räume für Zentralinstitut. Fürth wird Universitätsstadt. Im Anschluss an staatlich gefördertes Technikum neue Materialien angesiedelt, in: Fürther Nachrichten vom 27.08.2003, Lokalteil, S.1.

⁹⁶⁵Vgl. den Artikel Fürth wird akademisch. Das neue Zentralinstitut der Universität eingeweiht, in: Fürther Nachrichten vom 03.06.2006, Lokalteil, S.1.

rantenanteils und der sozialen Situation als Aufwertung der westlichen Innenstadt wertete.⁹⁶⁶ In das Projekt war das Jugendamt über das für die Mittagsverpflegung und die ergänzenden Angebote am Nachmittag zuständige Spielhaus eingebunden, das sich wegen der Schließung seines sanierungsbedürftigen Gebäudes in der Theaterstraße 7 vorübergehend im 1864 für die königliche Gewerbe- und Handelsschule errichteten Gebäude Blumenstraße 22 befand. Bei der im September 2006 stattfindenden Eröffnung des ersten gebundenen Ganztagsgrundschulzuges in der Stadt Fürth, der mit der 1. Jahrgangsstufe begann und in den kommenden drei Jahren schrittweise auf alle vier Jahrgangsstufen ausgedehnt werden sollte, bezeichnete Oberbürgermeister Dr. Jung die Ganztagsbetreuung mit rhythmisierten Unterricht als „einen Schritt in die richtige Richtung“.⁹⁶⁷ Zusätzlich unterstützt wurde dieser Schritt durch die seit 2005/2006 in der westlichen Innenstadt über das städtebauliche Programm Soziale Stadt bis 2007/2008 geförderten Projekte eines Gruppentrainings zur Förderung der Aufmerksamkeit von Grundschulkindern mit Verhaltensauffälligkeiten, eines Kurses für Eltern türkisch stämmiger Kinder unter dem Motto Starke Eltern – starke Kinder und eines Kinderbuchhauses im Gebäude Theaterstraße 22.⁹⁶⁸

Während im Herbst 2006 ungelöste Giftprobleme die Neubauabsichten für die Hauptschule Maistraße auf dem ehemaligen und von der Stadt erworbenen Deko-Maier-Gelände an der Sommerstraße stoppten,⁹⁶⁹ konnte die im Juli 1986 von Robert Wagner gegründete und in Gebäuden an der Kaiserstraße 177 untergebrachte **Sing- und Musikschule** Ende September 2006 nicht nur ihr 20-jähriges Bestehen, sondern zugleich den Umzug in ein **neues Gebäude im Südstadtpark** feiern. Die Stadt Fürth hatte dazu von der Bundesvermögensverwaltung das Gebäude Nr.47 im William-O.-Darby-Bereich am Westrand des Südstadtparks erworben und es in Erbbaurecht an die Firma Regionalkonzept (vormals FIMA) verpachtet. Der Umbau des Gebäudes kostete 4,1 Millionen Euro, von denen die eine Hälfte über eine von der Firma Regionalkonzept gegründete Stiftung und die andere Hälfte über Fördermittel aufgebracht wurden.⁹⁷⁰ In der Kalb-Siedlung wurde außerdem die seit 2004 mit Kosten in Höhe von 4,6 Millionen Euro komplett sanierte **Turnhalle im Gebäude Nr.1470 an der John-F.-Kennedy-Straße** im Oktober 2006 dem Betrieb übergeben und nach dem von 1984 bis 1993 amtierenden Bürgermeister Horst Weidemann benannt.⁹⁷¹ Kurz danach fand

⁹⁶⁶Vgl. den Artikel Rosenschule ist Ganztagsschule. Schulreferent sieht eine Aufwertung der westlichen Innenstadt, in: Fürther Nachrichten vom 05.07.2006, Lokalteil, S.3. „Der Durchbruch für die Rosenschule gelang bei der Konzeptvorstellung im Februar. ‚Ohne die Unterstützung mit guten Ideen durch das Fürther Jugendamt hätten wir uns viel schwerer getan‘, sagte der Schulreferent. Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund und die soziale Situation hatten bei der Auswahl eine entscheidende Rolle gespielt.“

⁹⁶⁷Vgl. den Artikel Eine Premiere mit Fischstäbchen und Salat. Gestern war der erste Tag für die Ganztagsklassen an der Grundschule in der Rosenstraße, in: Fürther Nachrichten vom 19.09.2006, Lokalteil, S.1.

⁹⁶⁸Vgl.: Baureferat der Stadt Fürth (Hrsg.), 10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Innenstadt Fürth. 100 Projektbeispiele von A-Z, Fürth 2010, S.53 (Kinderbuchhaus, Förderung 2006-2008), S.81 (Projektarbeit und Gruppentraining zur Förderung der Aufmerksamkeit, Förderung 2005-2008) und S.100 (Starke Eltern – Starke Kinder, Förderung 2006-2007).

⁹⁶⁹Vgl. den Artikel Das Restrisiko verzögert den Schulhausbau. Ungelöstes Giftproblem stoppt Sanierungsprojekt an der Maistraße nach langem Ringen, in: Fürther Nachrichten vom 29.09.2006, Lokalteil, S.1.

⁹⁷⁰Vgl. den Artikel Noten lernen unterm Lärchenbaum. Die Sing- und Musikschule feiert ihren 20. Geburtstag – und den Umzug in ein neues Haus im Südstadtpark, in: Fürther Nachrichten vom 30.09.2006, Lokalteil, S.5.

⁹⁷¹Vgl. den Artikel Die Turnhallensituation hat sich entspannt. Betrieb ist ohne Einschränkungen möglich. Horst-Weidemann-Turnhalle in der Südstadt, in: Fürther Nachrichten vom 12.10.2006, Lokalteil,

an der Kaiserstraße das **Richtfest für den Erweiterungsbau des Hardenberg-Gymnasiums** statt, der dort anstelle der 1968 errichteten und im März 2006 abgebrochenen Schulpavillons entstanden war.⁹⁷²

Als am 9. Februar 2007 mit einer Ausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte zur 1000-Jahr-Feier der ersten urkundlichen Erwähnung Fürths die feierliche Eröffnung des seit 2005 im Erdgeschoss des ehemaligen Schulgebäudes Ottostraße eingerichteten **neuen Stadtmuseums** stattfand, gab der seit 2003 amtierende bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Thomas Goppel, in seiner Rede den Beschluss der bayerischen Staatsregierung bekannt, der Stadt Fürth den **Titel Wissenschaftsstadt** zu verleihen.⁹⁷³ Offiziell wurde der Stadt Fürth der Titel Wissenschaftsstadt - der 1997 erstmals von der hessischen Landesregierung an die Stadt Darmstadt für die herausragenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Leistungen der dort seit 1877 bestehenden Technischen Universität vergeben worden war - von der bayerischen Staatsregierung erst im August 2007 verliehen. Außerdem erhielten in Bayern im August 2007 auch die Stadt Straubing und im Oktober 2016 die Stadt Burghausen den Titel Wissenschaftsstadt.⁹⁷⁴ Zu den herausragenden wissenschaftlichen Einrichtungen zählten in Fürth neben der Neue Materialien Fürth (NMF) GmbH, dem Zentralinstitut für Neue Materialien und Prozesstechnik (ZMP) und dem Fraunhofer-Entwicklungszentrum für Röntgentechnik (EZRT), die im Technikum in der Uferstadt untergebracht waren, auch die Unternehmen UVEX, Kennametal, Polyic und ab 2017 das Bayerische Polimerinstitut. Das Fraunhofer-Entwicklungszentrum für Röntgentechnik (EZRT) zog 2013 vom ehemaligen Grundig-Gelände in der Uferstadt in die ehemaligen Monteith-Barracks,⁹⁷⁵ wo nach dem am Jahresende 2004 durch die

S.1. Siehe auch den Artikel „Architekt“ des Kulturforums Schlachthof ist gestorben. Ein Freund der Jugend: Trauer um früheren Fürther Bürgermeister Horst Weidemann, in: Fürther Nachrichten vom 12.10.2001, S.37 und den Nachruf von Oberbürgermeister Wilhelm Wenning, in: Stadtzeitung, Nr.20 vom 17.10.2001, S.3. **Horst Weidemann** (1942-2001) war nach einem Studium für das Lehramt an Volksschulen beruflich als Lehrer tätig gewesen und von 1980 bis 1984 Rektor der Grundschule Hans-Sachs-Straße in Stadeln. Seit 1962 war er zudem Mitglied der SPD und bei der Kommunalwahl 1978 in den Stadtrat gewählt worden. Nach der Kommunalwahl 1984 wurde er vom Stadtrat zum 2. Bürgermeister und Referenten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ausländerberatung und Sport der Stadt Fürth gewählt. Am 31. Oktober 1993 wurde er als Beamter aus gesundheitlichen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt und verstarb am 11. Oktober 2001.

⁹⁷²Vgl. den Artikel Hardenbergler warten schon ungeduldig auf ihren Neubau. Gestern wurde Richtfest für die 4,1 Millionen Euro teure Erweiterung des Gymnasiums in der Fürther Südstadt gefeiert, in: Fürther Nachrichten vom 24.10.2006, Lokalteil, S.1 und den Artikel Schulcontainer werden zu Kleinholz gemacht, in: Fürther Nachrichten vom 31.03.2006, Lokalteil, S.1.

⁹⁷³Vgl. den Artikel Stadtmuseum Ludwig Erhard geht an den Start. Ab Samstag sind auf 1.000 Quadratmetern Ausstellungen über Fürths Geschichte und das Handwerk zu sehen, in: Fürther Nachrichten vom 08.02.2007, Lokalteil, S.1 und den Artikel Stadtmuseum, in: www.fuertwiki.de, hier: Ausdruck vom 15.06.2022. Siehe auch den Artikel Thomas Goppel, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 23.06.2022: **Thomas Goppel**, geboren 1947, war einer von sechs Söhnen des von 1962 bis 1978 amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel (1905-1991). Nach dem Abitur 1966 absolvierte er von 1967 bis 1970 ein Studium zum Lehramt an Volksschulen und wurde 1982 von der Universität Salzburg promoviert. Beruflich war Thomas Goppel von 1970 bis 1974 als Volksschullehrer tätig, von 1974 bis 2018 Landtagsabgeordneter der CSU und außerdem 1986 bis 1990 Staatssekretär für Wissenschaft und Kunst, 1990 bis 1994 Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, 1994 bis 1998 Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, 1998 bis 2003 Generalsekretär der CSU und 2003 bis 2008 Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

⁹⁷⁴Vgl. den Artikel Wissenschaftsstadt, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 23.06.2022.

⁹⁷⁵Vgl. ebd. sowie den Artikel Fürther Röntgenforscher heben ab. Auf dem alten Flugplatz wird nächste Woche das neue Entwicklungszentrum eingeweiht, in: Fürther Nachrichten vom 04.07.2013, S.29 (Lokalteil) und den Artikel Fürth und seine Forschungseinrichtungen, in: Fürther Nachrichten vom 15.09.2017, S.35 (Lokalteil).

Bundesvermögensverwaltung und die Stadt Fürth unterzeichneten städtebaulichen Vertrag mittlerweile das Gewerbegebiet Golfpark entstanden war.⁹⁷⁶

Weniger erfreulich als die von Thomas Goppel als Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst bei der Eröffnung des Stadtmuseums am 9. Februar 2007 bekanntgegebene und im August 2007 durchgeführte Verleihung des Titels Wissenschaftsstadt waren allerdings die von Thomas Goppel befürworteten **allgemeinen Studiengebühren**, die vom Kabinett 2005 beschlossen, vom Landtag 2006 verabschiedet und zum Sommersemester 2007 eingeführt wurden, da sie die meisten Studierenden aus Fürth finanziell belasteten und die Studienaussichten der in Fürth eine allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife anstrebenden Schülerinnen und Schüler trübten. Rechtlich waren die allgemeinen Studiengebühren in Höhe von 300 bis 500 Euro an Universitäten und Kunsthochschulen sowie in Höhe von 100 bis 500 Euro an Fachhochschulen vorgesehen, betrug jedoch faktisch an allen Hochschulen eher 400 bis 500 Euro je Semester, da der rechtlich mögliche Rahmen meist im oberen Bereich genutzt wurde. Wie bisher musste zusätzlich der Semesterbeitrag für das Studentenwerk und den Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) in Höhe von 35 bis 45 Euro je Semester bezahlt werden. Ausgenommen von Studiengebühren waren lediglich Studierende, die Kinder unter 18 Jahren erzogen oder für unter 18-jährige Kinder Unterhalt leisteten. Daneben konnten die bayerischen Hochschulen 10 % der Studierenden aufgrund besonderer Leistungen von der Zahlung der Studiengebühren befreien.⁹⁷⁷ Bildungspolitisch waren Studiengebühren an staatlichen Hochschulen in Westdeutschland zwar kein Novum,⁹⁷⁸ standen aber in deutlichem Widerspruch zu den Bil-

⁹⁷⁶Vgl.: Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005, S.46. „Zum Jahresende 2004 kann endlich der lang diskutierte städtebauliche Vertrag mit dem Bund abgeschlossen und damit die Finanzierung für die notwendigen Infrastruktureinrichtungen gesichert werden. Auch dem Beginn der Kanal- und Straßenbaumaßnahmen steht nun nichts mehr im Wege.“

⁹⁷⁷Vgl. den Artikel Studiengebühren in Deutschland, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.07.2021.

⁹⁷⁸Vgl. ebd.: In Deutschland war die einst vom Alliierten Kontrollrat geforderte Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit lediglich in der sowjetischen Besatzungszone komplett umgesetzt worden, während in Westdeutschland einschließlich West-Berlin neben einem Semesterbeitrag für das Studentenwerk und den Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) auch „Hörergelder“ erhoben wurden, denen erst die massiven Studentenproteste in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bis 1970 ein Ende setzten. Das im Zuge der Bildungsreformen unter Federführung der sozialliberalen Koalition vom Bund verabschiedete erste Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976 sah dann keine Regelungen zu Studiengebühren mehr vor. Vielmehr sollten Lehre und Forschung ausschließlich über Finanzmittel der Länder oder Drittmittel finanziert werden.

Als von den unionsgeführten Landesregierungen in Baden-Württemberg 1997 für Langzeitstudierende, die die Regelstudienzeit um vier Semester überschritten hatten, und in Bayern 1999 für ein Zweitstudium Studiengebühren eingeführt wurden, reagierte die nach der Bundestagswahl vom 27. September 1998 gebildete Koalition aus SPD und Bündnis'90/Die Grünen darauf mit der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes vom 8 August 2002, bei der § 27 HRG durch einen vierten Absatz ergänzt wurde, der ein Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und ein Studium in einem zeitlich folgenden Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führte, für studiengebührenfrei erklärte.

Diese Regelung betrachteten die unionsgeführten Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt als unzulässigen Eingriff des Bundes in die Kulturhoheit der Länder und riefen das Bundesverfassungsgericht an, das die Regelung in einer Entscheidung vom 26. Januar 2005 für verfassungswidrig erklärte, da sie in die Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer eingreife. Daraufhin wurden mit Gesetzgebungsverfahren in den unionsge-

dungsreformen seit Mitte der 1960er Jahre und der seit der PISA-Studie 2000 in Bayern verfolgten Aufwertung und besseren Vermittlung höherer schulischer und beruflicher Qualifikationsabschlüsse. Darüber hinaus führten sie zu erheblichen Protesten der Studierenden, zur Ablösung CDU-geführter Landesregierungen bei Wahlen sowie zu einem Verlust der seit 1970 bei Landtagswahlen üblichen absoluten Stimmenmehrheit der CSU in Bayern und wurden schließlich bis 2014 in allen Bundesländern wieder abgeschafft.⁹⁷⁹

Bis es so weit war, erfolgte in Fürth im August 2007 die **organisatorische Trennung der Grund- und Hauptschule Kiderlinstraße**, wodurch der ursprüngliche Standort Kiderlinstraße zur ausschließlichen Hauptschule und der seit 1997 von den Amerikanern übernommene Standort John-F-Kennedy-Straße zu einer eigenständigen Grundschule wurde.⁹⁸⁰ Zu Schuljahresbeginn 2007/2008 war außerdem der **Erweiterungsbau des Hardenberg-Gymnasiums** mit neun Klassenzimmern, zwei Kursräumen, Mensa, Küche, Multimedia-Raum, Lern- und Ruhezentrum sowie einem Aktivraum mit Kletterwand im Keller fertiggestellt und von den Schülerinnen und Schülern der fünften und sechsten Jahrgangsstufe bezogen worden. Zusammen mit weiteren Schülerinnen und Schülern warteten diese allerdings noch bei der offiziellen Einweihung des Ersatzneubaus Anfang Dezember 2007 auf die Inbetriebnahme der Mensa, weil das Hardenberg-Gymnasium zur Bereitstellung von Speisen und Getränken einen neuen professionellen Caterer suchte, da der ursprünglich vorgesehene Caterer sich mit der Bereitstellung von 700 Mittagessen überfordert gefühlt hatte und abgesprungen war.⁹⁸¹ Da der bisherige Pausenhof aufgrund der Flächenvorgabe von 3 m² je Schüler/in durch den Erweiterungsbau nicht mehr ausreichte, wurde eine bereits während der Bauphase als Ersatzpausenhof genutzte Teilfläche der Langhans-Anlage nun dauerhaft zu einer Ergänzungspausenhoffläche des Hardenberg-Gymnasiums und bis Frühjahr 2010 entsprechend umgestaltet.⁹⁸²

Nachdem Kultusminister Hans Zehetmair schon auf dem am 13. Oktober 1989 in Fürth stattgefundenen 10. Berufsschultag den **Schulversuch einer dreistufigen Berufsoberschule** vorgestellt hatte, mit dem Hauptschulabsolvent/innen nach Erwerb eines Qualifizierenden Berufsschulabschlusses (Qualbi) an Berufsoberschulen und Schüler/innen mit Mittlerer Reife an Fachoberschulen nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife, nach drei Jahren zur fachgebundenen Hochschulreife und mit Zusatzprüfung zur

fürten Bundesländern zum Wintersemester 2006/2007 in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen, zum Sommersemester 2007 in Baden-Württemberg, in Bayern und in Hamburg und zum Wintersemester 2007/2008 in Hessen und im Saarland allgemeine Studiengebühren eingeführt.

⁹⁷⁹Vgl. ebd.: Die zur Finanzierung der Lehre eingeführten allgemeinen Studiengebühren wurden in Hessen nach heftigen Protesten der Studierenden und einer Wahlniederlage der CDU-FDP-Koalition von einer Koalition aus SPD und Grünen 2008, im Saarland von einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP 2010, in Nordrhein-Westfalen und in Hamburg von einer SPD-Alleinregierungen 2011, in Baden-Württemberg von einer Koalition aus Grünen und SPD 2012, in Bayern nach einem erfolgreichen Volksbegehren der Freien Wähler von einer CSU-FDP-Koalition 2013 und in Niedersachsen von einer Koalition aus SPD und Grünen 2014 wieder abgeschafft.

⁹⁸⁰Vgl. Homepage der MS Kiderlinstraße, <https://hp.mskid.de/index.php/unsere-schule/schulggeschichte>, hier: Abruf vom 13.05.2022.

⁹⁸¹Vgl.: Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.), 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008, S.33 und den Artikel Endlich Platz fürs Hardenberg-Gymnasium. Erweiterungsbau eingeweiht. Unterricht in Containern gehört der Vergangenheit an, in: Fürther Nachrichten vom 07.12.2007, Lokalteil, S.1.

⁹⁸²Vgl. den Artikel Hardenberg-Gymnasium erhält Freiraum. Langhans-Anlage wurde als Erweiterung des Schulhofs umgestaltet. Bolzplatz bleibt erhalten, in: Fürther Nachrichten vom 27.04.2010, Lokalteil, S.3.

Allgemeinen Hochschulreife geführt werden sollten, und der Schulversuch ab September 1990 in der Ausbildungsrichtung Technik an drei Fachoberschulen (Amberg, Ansbach und Bayreuth) sowie an drei Berufsoberschulen (Altötting, Kempten und Regensburg) erprobt worden war, erfasste der in Bayern nach der PISA-Studie 2000 begonnene bildungspolitische Aufwertungs- und Ergänzungsprozesses nun auch alle Berufs- und Fachoberschulen. Dazu war bereits zu Schuljahresbeginn 2004/2005 und damit parallel zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums an 19 Berufs- und Fachoberschulen in allen Regierungsbezirken für Schüler/innen mit einem Mindestnotendurchschnitt von 2,5 eine **13. Klasse zur Erlangung der fachgebundenen Hochschulreife mit Kenntnissen in einer Fremdsprache oder der allgemeinen Hochschulreife mit Kenntnissen in zwei Fremdsprachen** eingeführt worden, jedoch nur auf eine relativ geringe Resonanz gestoßen. Um die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen, wurde der Schulversuch zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 mit einem auf 2,8 reduzierten Mindestnotendurchschnitt in 26 Klassen aller Fachrichtungen an verschiedenen Standorten und einem den **Oberstufen der Gymnasien angeglichenen Bewertungssystem von 0 bis 15 Punkten**, das seit dem Schuljahr 2006/2007 das zuvor an Berufs- und Fachoberschulen geltende Notensystem von 1 bis 6 abgelöst hatte, erneut und mit größerer Resonanz gestartet. Der Schulversuch mit einem auf 2,8 reduzierten Mindestnotendurchschnitt, an dem sich auch die **Berufs- und Fachoberschule an der Amalienstraße/Dambacher Straße in Fürth** beteiligte, wurde schon nach einem Jahr beendet und die 13. Klasse mit Schuljahresbeginn 2008/2009 zum festen Bestandteil aller Berufs- und Fachoberschulen, die fortan als **Berufliche Oberschulen Bayern (BOB)** bezeichnet wurden.⁹⁸³ Kurz vor der allgemeinverbindlichen Einführung einer 13. Klasse zum Erwerb einer fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife an allen Berufs- und Fachoberschulen war die über die Ausbildungsrichtungen Technik, Wirtschaft/Verwaltung und Sozialwesen verfügende **Berufs- und Fachoberschule an der Amalienstraße/Dambacher Straße in Fürth am 1. Juli 2008 nach Max-Grundig** benannt worden,⁹⁸⁴ der damals 100 Jahre alt geworden wäre und als Rundfunkpionier und Unternehmer die wirtschaftliche Entwicklung und die Bildung und Ausbildung in der Stadt seit der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Mitte der 1980er Jahre erheblich mitgeprägt hatte.⁹⁸⁵

⁹⁸³Vgl. den Artikel Fachoberschulen, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 29.10.2020. Siehe auch den Artikel 13. Klasse, in: www.mgs-fuerth.de, hier: Ausdruck vom 30.10.2020 und den Artikel FOS-Schüler pauken für die Uni. Fachoberschule bietet bald 13. Klasse an. Erweiterungsbau verzögert sich erneut, in: Fürther Nachrichten vom 02.03.2007, Lokalteil, S.3.

⁹⁸⁴Vgl. den Artikel Max-Grundig-Schule, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 05.07.2020.

⁹⁸⁵Vgl. den Artikel Max Grundig, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.07.2021. **Max Grundig** (1908-1989) war der Sohn eines 1920 an den Folgen einer Blinddarmoperation verstorbenen Lagerverwalters der Fahrradfabrik Hercules in Nürnberg und hatte nach Abschluss der Volksschule 1922 eine Lehre als Einzelhandelskaufmann bei der Heizungsinstallationsfirma Jean Hilpert in Nürnberg begonnen. Nach der ersten Rundfunksendung in Deutschland, die am 23. Oktober 1923 aus dem 1908 als Bürogebäude Potsdamer Straße 4 in Berlin erbauten „Vox-Haus“ ausgestrahlt wurde, befasste sich Max Grundig als 16-jähriger Jugendlicher in seiner Freizeit ab 1924 mit der neuen Rundfunktechnik und baute sich mit gekauften Teilen selbst ein erstes Detektor-Empfangsgerät. Als Rundfunkenthusiast besuchte er 1926 im Auftrag seines Chefs, Max Hilpert, die dritte Deutsche Funkausstellung in Berlin und übernahm danach die Leitung der Filiale der Firma Hilpert in Fürth. Am 1. November 1930 kündigte er seinen Arbeitsvertrag und eröffnete am 15. November 1930 zusammen mit einem Geschäftspartner im Anwesen Sternstraße 4 die Firma Radio-Vertrieb Fürth Grundig & Wurzer OHG, womit die Unternehmensgeschichte der Firma Grundig begann. Siehe dazu auch den Artikel Der Mann der Marktwirtschaft. Vor 100 Jahren kam der Rundfunkpionier Max Grundig zur Welt. Aus einem kleinen Laden wurde ein Konzern mit 40 000 Menschen, in: Fürther Nachrichten vom 03.05.2008, Hauptteil, S.5.

Während sich in Fürth schon im Januar 2007 gezeigt hatte, dass an den örtlichen Schulen mehr Büchergeld zusammengekommen war als zur Beschaffung von Büchern nötig gewesen wäre,⁹⁸⁶ wurde im Verlauf des Jahres 2007 offensichtlich auch den Landtagsabgeordneten der CSU bewusst, dass das im Herbst 2005 für maximal zwei Kinder je Familie in Höhe von 20 Euro an Grundschulen und in Höhe von 40 Euro an sonstigen Schulen eingeführte Büchergeld womöglich den Wahlerfolg bei der im September 2008 anstehenden Landtagswahl gefährdete. Da der seit 1993 amtierende Ministerpräsident Edmund Stoiber im Januar 2007 zudem seinen Verzicht auf das Ministerpräsidentenamt für Herbst 2007 angekündigt hatte, wurde auf einer Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion am 29. September 2007 Innenminister Günther Beckstein zum Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt und zum Spitzenkandidaten der CSU für die Landtagswahl im September 2008 gewählt. Als designierter Ministerpräsident kündigte Günther Beckstein an, das **Büchergeld ab dem Schuljahr 2008/2009 abzuschaffen** und den Gemeinden die Erhebung für das laufende Schuljahr freizustellen, und wurde am 9. Oktober 2007 vom Landtag mit 122 von 178 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.⁹⁸⁷ Trotz der Abschaffung des unpopulären Büchergeldes erhielt die CSU bei der Landtagswahl am 28. September 2008 nur einen Stimmenanteil von 43,3 % (SPD 18,6 %, FDP 8,0 %, Grüne 9,4 %, Freie Wähler 10,2 %), womit sie sowohl die seit 1970 bestehende absolute Stimmenmehrheit bei bayerischen Landtagswahlen als auch die bereits seit 1962 bestehende absolute Mehrheit der Sitze im bayerischen Landtag verlor, weshalb Günther Beckstein nach diesem Wahldebakel auf eine erneute Kandidatur als Ministerpräsident verzichtete.⁹⁸⁸

Anders als bei der Landtagswahl im September 2008 war dagegen die politische Entwicklung bei der Kommunalwahl am 2. März 2008 in der Stadt Fürth verlaufen, wo Amtsinhaber Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung einen Stimmenanteil von 80,1 % erreicht und seinen 2002 erzielten Stimmenanteil von 53,3 % gewaltig übertroffen hatte. Mit einem Stimmenanteil von 54,2 % und 28 von 50 Mandaten erzielte außerdem die SPD erstmals seit 1972 wieder die absolute Mehrheit im Stadtrat.⁹⁸⁹ Auf Vorschlag von Oberbürgermeister Dr. Jung wählte dieser am 7. Mai 2008 den seit 2002 amtierenden Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Markus Braun, zum neuen zweiten Bürgermeister und Referenten für Schule, Bildung und Sport,⁹⁹⁰ der sich nun um

⁹⁸⁶Vgl. den Artikel Büchergeld liegt auf den Konten. Auch in Fürth haben Schulen mehr gesammelt als nötig, in: Fürther Nachrichten vom 11.01.2007, Lokalteil, S.1.

⁹⁸⁷Vgl. den Artikel Lernmittelfreiheit, Abschnitt Bayern, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 04.06.2020.

⁹⁸⁸Vgl. den Artikel Günther Beckstein, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 28.06.2022. **Günther Beckstein** (geb. 1943) hatte nach dem Abitur am Willstätter-Gymnasium in Nürnberg ab 1962 an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und München Rechtswissenschaften studiert, ab 1971 eine Rechtsanwaltskanzlei betrieben und war 1975 in Erlangen zum Dr. jur. promoviert worden. Von 1973 bis 1978 war er Bezirksvorsitzender der Jungen Union Nürnberg-Fürth und wurde bei der Landtagswahl im Oktober 1974, die mit einem Stimmanteil von 62,1 % der größte Wahlerfolg in der bisherigen Geschichte der CSU war, in den Landtag gewählt, dem er bis 2013 angehörte. In der Amtszeit von Ministerpräsident Edmund Stoiber war Günther Beckstein von 1993 bis 2007 außerdem bayerischer Innenminister, bevor er im Oktober 2007 zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt wurde.

⁹⁸⁹Vgl.: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Stadt Fürth 2018. Nürnberg 2019, S.193 (Ergebnisse Fürther Stadtratswahlen) und S.194 (Ergebnisse Fürther Oberbürgermeisterwahlen).

⁹⁹⁰**Markus Braun** (geb. 1967) hatte ab 1974 die Grundschule an der Friedrich-Ebert-Straße und ab 1978 den neusprachlichen Zweig des Helene-Lange-Gymnasiums besucht, nach der Allgemeinen Hochschulreife 1987 von 1988 bis 1990 Zivildienst an der Kinderklinik in Fürth geleistet, von 1990 bis 1994 ein Studium für das Lehramt an Grundschulen an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-

die Umsetzung zahlreicher schulischer Projekte kümmern musste, die noch in der Amtszeit von Bürgermeister und Schulreferent Hartmut Träger auf den Weg gebracht worden waren. Dazu zählten die von den Mitgliedern des Bauausschusses im Oktober 2007 verabschiedeten Pläne zum Neubau der Hauptschule Maistraße - der wegen der 2006 in einem Gutachten der Landesgewerbeanstalt Bayern festgestellten Schadstoffbelastung jetzt nicht mehr auf dem ehemaligen Deko-Maier-Grundstück an der Sommerstraße, sondern auf einem Grundstück der Stadtgärtnerei an der Otto-Seeling-Promenade entstehen sollte - sowie die baulichen Sanierungen und Modernisierungen der Grundschulen am Kirchenplatz, an der Hummelstraße und an der Oberfürberger Straße mit Gesamtkosten in Höhe von 23 Millionen Euro.⁹⁹¹ Außerdem zählte dazu die im April 2008 vom Kultusministerium erteilte Genehmigung zu den von der Stadt Fürth beantragten gebundenen Ganztagszügen mit rhythmisiertem Unterricht an den Hauptschulen Maistraße und Kiderlinstraße sowie zu einem zweiten gebundenen Ganztagszug mit rhythmisiertem Unterricht an der Hauptschule Soldnerstraße.⁹⁹²

Die Umsetzung der noch in der Amtszeit von Bürgermeister und Schulreferent Hartmut Träger auf den Weg gebrachten schulischen Projekte begann im Juli 2008 mit dem **Spatenstich für den Neubau der Hauptschule Maistraße an der Otto-Seeling-Promenade**, bei dem Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun noch einmal die Notwendigkeit des Neubaus betonte, der das Helene-Lange-Gymnasium, die Leopold-Ullstein-Realschule und die Grund- und Hauptschule Maistraße entlasten werde. Im Rahmen der aus Klimaschutzgründen allgemein propagierten Abkehr von fossilen Energien, die vor Ort nach dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Dr. Jung schon im Dezember 2003 mit der Einweihung einer großen Photovoltaikanlage auf dem ehemaligen Müllberg in Atzenhof begonnen hatte, wurde der Neubau des Schulhauses an der Otto-Seeling-Promenade durch die Verwendung von Erdwärmepumpen und Photovoltaikanlagen zur Beheizung und Stromgewinnung nun zum ersten öffentlichen Gebäude in Fürth, das komplett über regenerative Energien versorgt wurde.⁹⁹³

Im August 2008 zeichnete sich im örtlichen Schulwesen ein weiteres Novum ab, als der **Humanistische Verband** - der schon im Februar 2004 eine humanistische Reformschule für zwei Grundschulklassen in dem von Stadtrat zum Verkauf ausgeschriebenen, aber für zwei Klassen viel zu großen Schulgebäude Ottostraße unterbringen wollte⁹⁹⁴ - von der Regierung von Mittelfranken nach einer Ablehnung im Jahr 2004,

Nürnberg, 1994 bis 1996 ein Referendariat an der Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße absolviert und war ab 1996 Lehrer und ab 2006 Rektor an der Grundschule Rosenstraße geworden. Außerdem war er seit 1987 Mitglied der SPD, seit 1996 Stadtrat und ab 2002 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Vgl. den Artikel Markus Braun, in: www.fuerhwiki.de, hier: Ausdruck vom 01.07.2022.

⁹⁹¹Vgl. den Artikel 23 Millionen in 30 Minuten: Maischule ist durch. Bauausschuss stimmte auch Sanierung von Kirchenplatz, Farrnbachschule und Adalbert-Stifter-Schule zu, in: Fürther Nachrichten vom 19.10.2007, Lokalteil, S.1, „Erstmals konnten die Stadträte im Bauausschuss auch ein Modell der neuen Hauptschule in Augenschein nehmen. Ein gradliniger Zweckbau, drei Stockwerke hoch und in der Mitte von einer gläsernen Aula durchbrochen. So soll die Sichtachse, die zwischen der Maischule und dem alten Stadtgärtnerhaus besteht, erhalten bleiben. Die Otto-Seeling-Promenade davor wird zum langgestreckten Pausenhof, mit Bäumen bepflanzt und bis zum letzten Meter ausgenutzt.“

⁹⁹²Vgl. den Artikel Ganztagszüge sind genehmigt. Das bayerische Kultusministerium hat Anträgen für die Hauptschulen entsprochen, in: Fürther Nachrichten vom 11.04.2008. Lokalteil, S.3.

⁹⁹³Vgl. den Artikel Stadt verbaut 8 Millionen Euro für Maischule. Spatenstich in der Otto-Seeling-Promenade. Nur regenerative Energie im Einsatz, in: Fürther Nachrichten vom 04.07.2008, Lokalteil, S.1.

⁹⁹⁴Vgl. den Artikel Neuer Zündstoff. Humanistischer Verband plant eine Reformschule, in: Fürther Nachrichten vom 16.02.2004, Lokalteil, S.1: Das von den Eltern aufzubringende Schulgeld wurde von HVD-Geschäftsführer Michael Bauer damals auf etwa 200 Euro im Monat geschätzt.

einer vor dem Verwaltungsgericht Ansbach gescheiterten Klage des HVD und einer am 1. April 2008 erfolgreichen Berufungsverhandlung vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München die **Genehmigung für eine Grundschule** erhielt.⁹⁹⁵ Zur Errichtung der Schule hatte der Humanistische Verband von der Bundesvermögensverwaltung an der Waldstraße und am Marsweg eine 5.500 m² große Grundfläche erworben. Auf einem Teil der Grundfläche begannen im August 2008 Arbeiten in Holzständerbauweise für ein Gebäude, das ab Mitte September 2008 Platz für 40 bis 50 Schüler/innen bieten sollte, die seit 2004 in angemieteten Räumen der Grundschule Frauenstraße unterrichtet worden waren. In einem zweiten Bauabschnitt sollten dann 2009 ein Kindergarten und eine Kinderkrippe am Marsweg und in einem dritten Bauabschnitt ab 2010 in Massivbauweise das endgültige Schulgebäude für eine Grundschule mit vier Jahrgangsstufen zusammen mit einem Kinderhort zur Ganztagsbetreuung entstehen.⁹⁹⁶

Nach dem Wahldebakel der CSU bei der Landtagwahl am 28. September 2008 und dem Verzicht von Günther Beckstein auf eine erneute Kandidatur als Ministerpräsident wurde Horst Seehofer am 27. Oktober 2008 zum neuen Ministerpräsidenten einer CSU-FDP-Koalition gewählt. Dieser berief danach den CSU-Landtagsabgeordneten Ludwig Spaenle zum Minister für Unterricht und Kultus und den FDP-Landtagsabgeordneten Wolfgang Heubisch zum Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst.⁹⁹⁷

⁹⁹⁵Vgl. den Artikel Humanistische Grundschule Fürth, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 12.07.2022.

⁹⁹⁶Vgl. den Artikel Private Schule am Start. Zusage für Humanistischen Verband so gut wie sicher, in: Fürther Nachrichten vom 26.07.2008, Lokalteil, S.5.

⁹⁹⁷**Horst Seehofer** (geb. 1949) hatte nach der Mittleren Reife an einer Realschule von 1965 bis 1967 in Ingolstadt eine Ausbildung für den mittleren kommunalen Verwaltungsdienst und danach bis 1970 mit Zusatzprüfungen den Aufstieg in den gehobenen kommunalen Verwaltungsdienst absolviert. Zugleich war er seit 1969 Mitglied der Jungen Union und seit 1970 Mitglied der CSU. Als Direktkandidat der CSU für den Wahlkreis Ingolstadt wurde er 1980 in den Bundestag gewählt, dem er bis 2008 angehörte. Daneben war er von 1989 bis 1992 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, von 1992 bis 1998 Bundesminister für Gesundheit und von 2005 bis zu seiner Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten 2008 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Nachdem er seit 1994 bereits stellvertretender CSU-Vorsitzender gewesen war, wurde er zwei Tage vor der Wahl zum Ministerpräsidenten am 25. Oktober 2008 auch zum neuen CSU-Parteivorsitzenden gewählt. Vgl. den Artikel Horst Seehofer, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 04.07.2022.

Ludwig Spaenle (geb. 1961) hatte nach dem Abitur 1980 ein Studium der Geschichte und der Katholischen Theologie an der Ludwig-Maximilian-Universität München aufgenommen, 1986 als Magister Artium (M.A.) abgeschlossen und war nach Einreichen einer Dissertation 1989 zum Doktor der Philosophie (Dr. phil.) promoviert worden. Außerdem war er ab 1974 Mitglied der Schüler-Union, ab 1975 der Jungen Union und ab 1977 der CSU, 1977/78 Bezirksvorsitzender der Schüler-Union München, 1988 bis 1991 Kreisvorsitzender der Jungen Union München-Schwabing und ab 1994 Landtagsabgeordneter der CSU. Als Landtagsabgeordneter war er ab 2003 Vorsitzender des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur und gleichzeitig Mitglied im Vorstand der CSU-Landtagsfraktion. Vgl. den Artikel Ludwig Spaenle, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 01.07.2022.

Wolfgang Heubisch (geb. 1946) hatte nach dem Abitur in München 1967 eine Ausbildung als Bankkaufmann absolviert, 1970 bis 1975 an der Ludwig-Maximilian-Universität München Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss Diplom-Kaufmann und 1975 bis 1981 Zahnmedizin studiert, war 1981 approbiert und nach Einreichen einer Dissertation 1983 zum Dr. med. dent. promoviert worden. Von 1985 bis zur Übernahme des Ministeramtes im Oktober 2008 betrieb er eine eigene Zahnarztpraxis in München, war 1994 bis 1998 Vizepräsident der Bayerischen Zahnärztekammer, 2000 bis 2008 Präsident des Verbandes Freie Berufe Bayern und 2003 bis 2008 Vizepräsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Bei der Landtagwahl 2008 hatte Wolfgang Heubisch erstmals für die FDP kandidiert, war aber nicht als Direktkandidat für den Stimmkreis München-Schwabing, sondern über die FDP-Regierungsbezirksliste Oberbayern in den Landtag eingezogen und gehörte bei den anschließenden Verhandlungen über eine CSU-FDP-Koalition zur Verhandlungsdelegation der Freien

Zeitgleich war es ab Mitte September 2008 zum offenen Ausbruch einer seit August 2007 durch einen Zinsanstieg für Interbankkredite schwelenden **Finanzkrise** gekommen, als die amerikanische Investmentbank Lehmann Brothers - die sich wie die gesamte Finanzbranche in den USA im Verlauf eines 2003 begonnenen Immobilienbooms durch Immobilienkredite an Kunden mit geringer Bonität („Subprime-Markt“) und einen daraus zur Weitergabe der Kreditrisiken entwickelten und mit relativ hohen Renditezusagen verbundenen weltweiten Handel mit „Derivaten“ engagiert hatte - in eine gravierende Liquiditätskrise geriet und nicht mehr durch Interbankkredite anderer Institute oder mit staatlichen Mitteln von den für den Finanzmarkt zuständigen amerikanischen Regulierungsbehörden gerettet wurde. Um die Auswirkungen der Finanzkrise auf die weltweit verflochtenen Finanzmärkte und die Realwirtschaft einzudämmen, reagierten in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten die Regierungen in den USA und der Bundesrepublik Deutschland mit Garantiezusagen über die Sicherheit von Sparguthaben, mit Staatsbeteiligungen an vom Konkurs bedrohten Banken und mit finanziellen Unterstützungs- und Regulierungsprogrammen für die Finanzmärkte sowie mit Konjunkturprogrammen für die Realwirtschaft.⁹⁹⁸ Durch die Finanzkrise erreichte das preisbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr

Demokraten. Vgl. den Artikel Wolfgang Heubisch, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 01.07.2022.

⁹⁹⁸Um ein Übergreifen der Krise auf andere Segmente des Finanzmarktes zu verhindern, gab die amerikanische Regierung am 19. September 2008 eine staatliche Garantie für Geldmarktfonds. Zur Gewährung der Garantien und zum Ankauf von Kreditderivaten verabschiedete sie am 3. Oktober 2008 auch ein Hilfsprogramm über 700 Mrd. US-Dollar. In Deutschland garantierten Bundeskanzlerin Angela Merkel/CDU und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück/SPD am 5. Oktober 2008 allen Bundesbürger/innen die Sicherheit von Spareinlagen. Gleichzeitig verhinderte ein Konsortium Deutscher Banken und der Bundesregierung durch Kredite in Höhe von rund 50 Mrd. Euro die Insolvenz der Hypo Real Estate. Während Island am 7. Oktober 2008 vor einem Staatsbankrott stand und die gesamte Kontrolle über sein Bankgewerbe übernahm, verabschiedete der Bundestag in Deutschland am 16. Oktober 2008 das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das am 18. Oktober 2008 in Kraft trat und einen Stabilisierungsfonds zur Gewährung von Garantien für Verbindlichkeiten oder zur Rekapitalisierung bei Veräußerungen von Fondsanteilen oder stillen Fondsbeteiligungen in Höhe von 470 Mrd. Euro vorsah. Finanzmittel aus dem Fonds wurden bis Ende Oktober/Anfang November 2008 von der Hypo Real Estate, der Commerzbank, der Bayerischen Landesbank und der Landesbank HSH Nordbank in Anspruch genommen. Als Ergänzung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 18. Oktober 2008 wurde in Deutschland am 7. April 2009 das Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes mit Regelungen zum schnellen und flexiblen Einsatz von Stabilisierungsmaßnahmen und einer zeitlich befristeten Verstaatlichung von Unternehmensanteilen des Finanzmarktes gegen eine angemessene Entschädigung verabschiedet. Vgl. die 15 Seiten umfassende PDF Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Verlauf der Finanzkrise. Entstehungsgründe, Verlauf und Gegenmaßnahmen, www.bundestag.de/WD_4-3000-07509-pdf-data, Berlin 2009.

Siehe auch: Kai Eicker-Wolf, Torsten Niechoj und Achim Truger, Vom unerwarteten Aufschwung in den Sog der Weltrezession. Zur makroökonomischen Politik unter der Großen Koalition, in: Kai Eicker-Wolf, Stefan Körzell, Torsten Niechoj und Achim Truger (Hrsg.), In gemeinsamer Verantwortung. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005 bis 2009, Marburg 2009, S.19-73, hier: S.51f.: „Erstmals in der Tagespresse thematisiert wurden die Probleme am amerikanischen Immobilienmarkt zu Beginn des Jahres 2007. Im Februar berichteten Zeitungen in den USA, dass immer mehr Hypothekenkreditinstitute Kreditausfälle zu verzeichnen hätten. Im Laufe der Jahre 2007 und 2008 spitzte sich die Krise in den USA immer weiter zu. Und aufgrund des zunehmenden Misstrauens der Banken kam es weltweit zu erheblichen Verwerfungen am Interbankenmarkt. Im Herbst 2008 schließlich wuchs sich die Finanzkrise nach dem Zusammenbruch der Lehmann-Bank zu einer weltweiten Systemkrise aus – mit dramatischen realwirtschaftlichen Folgen.“

Siehe zudem ebd., S.52: „Kurz nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz spannte die Regierung Merkel am 5. November 2008 einen ‚Schutzschirm für Arbeitsplätze‘ auf – dieses (erste) Konjunkturpaket wurde am 12. November noch einmal leicht überarbeitet. Die Bundesregierung erklärte, dass die auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur insgesamt in den nächsten beiden Jahren Investitionen in Höhe von 50 Mrd. Euro anstoßen werde und dadurch etwa eine Million

in Deutschland 2008 nur noch eine Zuwachsrate von 0,8 Prozent und sank 2009 um 5,6 Prozent, was den stärksten Wirtschaftseinbruch in der Bundesrepublik seit 1949 darstellte, der erst in den Jahren 2010 und 2011 mit Wachstumsraten des preisbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts um 3,9 Prozent und 3,7 Prozent ausgeglichen werden konnte. Dank der auf Vorschlag der Bundesregierung von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Konjunkturpakete I und II blieb zumindest die jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen trotz des Untergangs einzelner Unternehmen auf einem relativ stabilen Niveau von 3,259 Millionen Personen 2008, 3,415 Millionen Personen 2009 und 3,239 Millionen Personen 2010, bevor sie 2011 auf 2,976 Millionen Personen sank.

In Fürth schien die Stadt zunächst von der Finanzkrise zu profitieren, da die im Rahmen des „Einheits-Booms“ 1992 an das Großversandhaus Quelle zur Ansiedlung einer neuen zentralen Hauptverwaltung verkauften Grundflächen auf der westlichen Hardhöhe im Dezember 2008 für acht Millionen Euro von einem Immobilienfonds zurückerworben werden konnten.⁹⁹⁹ Im Mai 2009 gelang der Stadt ein zweiter Grundstücksdeal, als für das Direktionsgebäude mit Türmchen auf dem ehemaligen Grundig-Areal, das 2001 zur Unterbringung des Rundfunkmuseums für zehn Jahre angemietet worden war, ein außerordentlich günstiges Kaufangebot vorlag, über das der Stadtrat auf Vorschlag von Oberbürgermeister Dr. Jung im Juni 2009 zustimmend entschied, womit die Diskussion über eine Verlegung des Rundfunkmuseums in das Gebäude der Centralgarage an der Mathildenstraße beendet war und es am Standort Kurgartenstraße verbleiben konnte.¹⁰⁰⁰

Danach wurden die Stadt und ihre bei der Firma Quelle beschäftigten Bürger/innen im Juni 2009 allerdings zu Opfern der negativen realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise und einer seit dem Ende des „Einheits-Booms“ aufgrund der erreichten Ausstattung der Haushalte mit länger- und langlebigen Konsumgütern und des aufkommenden Internethandels anhaltenden Strukturkrise des Massenkonsums über die traditionellen Kauf- und Versandhäuser, als die im September 1999 durch eine Fusion der Schickedanz Handelswerte GmbH & Co. KG mit der Warenhaus-Kette Karstadt AG entstandene und 2007 in Arcandor AG umbenannte KarstadtQuelle AG vor dem Bankrott stand und einen Insolvenzantrag stellte.¹⁰⁰¹ Außerdem hatte die Stadt zu diesem Zeitpunkt wegen eines Einbruchs bei den Gewerbesteuererinnahmen den 2007

Arbeitsplätze gesichert würden.“ Siehe im Weiteren ebd., S.55: „Dem ersten Konjunkturpaket musste ein zweites folgen. Angesichts der Schärfe des Abschwungs und der Kritik an der Größe des Konjunkturpakets I reagierte die Bundesregierung mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses vom 12. Januar 2009 und brachte ein weiteres Konjunkturpaket auf den Weg. Insgesamt enthielt das Konjunkturpaket II Maßnahmen im Umfang von rund 50 Mrd. Euro, die sich allerdings auf die Jahre 2009 und 2010 verteilen, wobei der größere Anteil mit fast 30 Mrd. Euro erst im Jahr 2010 einen Impuls auslösen wird.“

⁹⁹⁹Vgl. den Artikel Grundstückskauf: Fürth profitiert von der Krise. Stadt erwirbt für acht Millionen Euro das ehemalige Quelle-Areal auf der Hardhöhe von einem Immobilienfonds, in: Fürther Nachrichten vom 19.12.2008, Lokalteil, S.1: „Der Wirtschaftsreferent reibt sich die Hände, der Oberbürgermeister spricht von ‚Fürths größtem Grundstücksgeschäft der Nachkriegsgeschichte‘. Für gerade einmal acht Millionen Euro kaufte die Stadt auf der Hardhöhe die ehemals an Quelle veräußerte Gewerbefläche zurück – und erweist sich dabei als Profiteur der Finanzkrise.“

¹⁰⁰⁰Vgl. den Artikel Das Rundfunkmuseum bleibt in der Uferstadt. Der Stadt liegt laut OB Jung ein „außerordentlich günstiges“ Angebot zum Kauf der Grundig-Direktion vor, in: Fürther Nachrichten vom 30.05.2009, Lokalteil, S.1.

¹⁰⁰¹Vgl. den Artikel Quelle, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 06.07.2020 und den Artikel Arcandor, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 22.08.2022. Zu Beginn der 1990er Jahre bestand die Schickedanz-Firmengruppe aus 37 Einzelunternehmen, die in die Bereiche Handel, Papier und

beschlossenen Ausbau des Oberfürberger Grundschulgebäudes sowie zahlreiche andere Projekte vorerst gestoppt, was zu Ärger mit Eltern und dem Verein Moggerla e.V. führte, weshalb Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun versicherte, dass das Moggerla-Projekt (Kinderhort mit Kinderkrippe) und die Grundschulerweiterung nicht in Frage gestellt seien, das Tempo der Realisierung aber neu überdacht werden müsse und ein Neubau bestenfalls erst im Dezember 2010 zur Verfügung stünde.¹⁰⁰²

Mit der Absolvierung der letzten elften Klassen an den auslaufenden neunjährigen Gymnasien (G9) und der endgültigen Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums (G8) wurde in Bayern der im September 1990 begonnene **Schulversuch zum Europäischen Gymnasium**, an dem sich das Helene-Lange-Gymnasium mit dem Typ I beteiligt hatte, zum Ende des Schuljahres 2008/2009 eingestellt und die seit 1999 bestehenden drei Schulversuchsvarianten in die **Regellehrpläne der achtjährigen Gymnasien** übernommen.¹⁰⁰³ Damit wurden alle Gymnasien, die über neusprachliche oder

Brauereien gegliedert waren, wobei die Quelle neben dem Großversand noch über 25 Warenhäuser in Deutschland verfügte. Auf den nach Auslaufen des „Einheits-Booms“ rückläufigen Massenkonsum über Kaufhäuser reagierte die Quelle bis zum Tod von Grete Schickedanz am 23. Juli 1994 mit der Schließung oder Vermietung der meisten Warenhäuser und verfügte nur noch über das in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Grete Schickedanz zur Reaktivierung der Firma gegründete Quelle-Warenhaus in Hersbruck und das Quelle-Warenhaus beim Großversandzentrum an der Fürther Straße in Nürnberg, während die 1881 gegründete Warenhaus-Kette Karstadt AG, die 1977 eine Mehrheitsbeteiligung und 1984 die komplette Neckermann Versand AG erworben hatte, zur Verbesserung ihrer Geschäftschancen im November 1993 die Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH mit 115 Kaufhäusern und 35 Billigkaufhäusern (bilka) übernahm.

Trotz der von Quelle und der Karstadt AG 1999 durchgeführten Fusion zur KarstadtQuelle AG kam es schon zwischen 2002 und 2004 zu Einbrüchen beim Gesamtumsatz und beim Jahresüberschuss sowie 2004 zu einem Gesamtverlust von 1,264 Mrd. Euro. Daraufhin erfolgte nach einem Solidar-pakt zwischen Arbeitnehmer/innen und Gewerkschaft sowie Management und Anteilseignern eine Umstrukturierung des Konzerns, bei der im August 2005 die Fachhandelskette Runners Point, 75 kleinere Karstadt-Filialen und 51 SinnLefers-Modehäuser verkauft wurden. Im März 2006 wurde ein Großteil der verbliebenen Konzern-Immobilien in einen Gemeinschaftsfonds mit der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs eingebracht, an dem die KarstadtQuelle AG einen 49-Prozent-Anteil hielt. Durch die Transaktion des Immobilienvermögens an den Fonds befand sich die Karstadt-Quelle AG 2006 erstmals wieder in einer Bilanzgewinnzone und schuf nach der Umbenennung zu Arcandor 2007 das weltweit drittgrößte Touristikunternehmen, indem die Tochterfirma Thomas Cook mit der britischen MyTravel plc fusioniert wurde. Als Arcandor im März 2008 seinen 49-Prozent-Anteil am Gemeinschaftsfonds mit der Investmentbank Goldman Sachs für die Konzern-Immobilien ebenfalls an den Fonds veräußerte, wurden die Mietzahlungen für die über 15 Jahre laufenden Mietverträge dem Konzern zum Verhängnis. Wie der Nachfolger des promovierten Betriebswirts Dr. Thomas Middelhoff (geb. 1953), der 2004 auf Drängen von Madelaine Schickedanz (geb. 1943) zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates und 2005 zum Vorstandsvorsitzenden der KarstadtQuelle AG berufen worden war, im Februar 2009 bekanntgab, hatte Arcandor Schulden in Höhe von 2,6 Mrd. Euro, von denen allein 650 Mio. Euro bis Juni 2009 fällig waren und zugleich jährlich Mietzahlungen in Höhe von 350 Mio. Euro zu leisten, so dass Arcandor am 9. Juni 2009 zur Beruhigung der Gläubiger einen Insolvenzantrag stellte.

Im anschließenden Insolvenzverfahren wurden die Aktienanteile von Arcandor am Touristikunternehmen Thomas Cook von der BayernLB, der Commerzbank und der Royal Bank of Scotland am 10. September 2009 an der Londoner Börse verkauft. Da für die Quelle kein Großinvestor gefunden werden konnte, sondern die Otto-Versandgruppe Ende 2009 lediglich den Markennamen übernahm, wurde die Quelle im Insolvenzverfahren zerschlagen und das verbliebene Immobilien- und Sachvermögen einzeln veräußert. Die Karstadt AG wurde 2010 vom amerikanischen Großinvestor Berggruen übernommen, der das Unternehmen 2014 an die Sigma Holding veräußerte, die es Ende 2018 mit der Kaufhof AG fusionierte.

¹⁰⁰²Vgl. den Artikel Eltern warten auf Plätze zur Kinderbetreuung. Die Luft in Oberfürberg: Vorläufiger Stopp der geplanten Schulerweiterung sorgt für massiven Ärger, in: Fürther Nachrichten vom 02.06.2009, Lokalteil, S.1.

¹⁰⁰³Vgl. den Artikel Europäisches Gymnasium, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.10.2021.

mathematisch-naturwissenschaftliche Zweige verfügten, auch ohne explizite Bezeichnung inhaltlich und konzeptionell zu europäischen Gymnasien, was durchaus dem Trend der erreichten europäischen Integration entsprach, da die Europäische Union seit 1993 über einen gemeinsamen Binnenmarkt verfügte, durch die Erweiterungen 1995 und 2004 sowie die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien 2007 inzwischen von 12 auf 27 Staaten gewachsen und an den Hochschulen der 1999 eingeleitete Bologna-Prozess weitgehend umgesetzt worden war.¹⁰⁰⁴

Abgerundet wurde die endgültige Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums (G8) in Fürth damit, dass das **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** zu Schuljahresbeginn 2009/2010 einen **musischen Zweig** einführte und den seit 1896 bestehenden humanistischen und den ab 1962 mit Latein als erste Fremdsprache und ab 1973 alternativ auch mit Englisch als erste Fremdsprache angebotenen neusprachlichen Zweig um einen dritten Zweig ergänzte.¹⁰⁰⁵ Dadurch war die musische Ausbildung an Schulen in Fürth, die im September 1980 mit der Einführung der musischen Wahlfachgruppe III am Realschulzweig der Hans-Böckler-Schule begonnen hatte und im Juli 1986 durch die von Robert Wagner gegründete Musikschule auf alle interessierten Altersgruppen ausgedehnt worden war, institutionell auch im gymnasialen Bereich zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife und der Vorkenntnisse für ein Studium musischer Fächer wie Musik, Kunst und darstellendes Spiel angekommen.

Dass der 1999 begonnene **Bologna-Prozess** zur Harmonisierung des europäischen Hochschul- und Studiensystems vor allem bei den davon Betroffenen, zu denen auch Studierende und potenziell eine allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife anstrebenden Schüler/innen aus Fürth zählten, auf Kritik stieß, zeigten im Sommer 2009 die in mehreren europäischen Ländern stattfindenden **Demonstrationen, Universitätsbesetzungen und Streiks von Studierenden, Schüler/innen und Auszubildenden**. Dabei gingen in Deutschland unter dem Motto „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“ schätzungsweise 230.000 Personen auf die Straße. Ihre Hauptkritikpunkte am Bologna-Prozess waren, dass der auf drei Jahre verkürzte Bachelor-Studiengang zu einem weniger qualifizierenden Abschluss führe, den Studierenden durch die gestraffte Ausbildungsform und die zumeist vorgegebenen Lehrinhalte die Möglichkeit genommen werde, eigene wissenschaftliche Interessenschwerpunkte zu bilden, die Umstellung der alten Magister- und Diplomstudiengänge allzu oft nach der Devise Umbenennen, Verdichten und Verschulen geschehen sei, die Nachfrage nach weiterführenden Masterstudiengängen durch das bestehende Angebot bei weitem nicht abgedeckt werde und die mit dem Mangel verbundenen Zugangshürden einen hohen Konkurrenz-, Noten- und Leistungsdruck vom ersten Bachelorsemester mit sich gebracht hatten.¹⁰⁰⁶

Abgesehen von der Tendenz, dass die Umstellung der vierjährigen Magister- und Diplomstudiengänge auf die dreijährigen Bachelor- und anschließend zweijährigen Masterstudiengänge vielfach nach dem Motto Umbenennen, Verdichten und Verschulen geschehen war, reflektierte die Kritik der Studierenden an einem die Nachfrage nicht abdeckenden Angebot an Masterstudiengängen ein strukturelles Kernproblem des Bologna-Prozesses, da Bachelorabsolvent/innen in Deutschland grundsätzlich keinen

¹⁰⁰⁴Vgl. den Artikel Europäische Union, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 21.06.2021.

¹⁰⁰⁵Vgl. den Abschnitt Schuljubiläum, 125 Jahre HSG (1896-2021), in: Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.), Jahresbericht 2020/2021, S.34-53, hier: S.47f.

¹⁰⁰⁶Vgl. den Artikel Bologna-Prozess, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 17.05.2022, hier: S.15f. von 25 Seiten.

Zugang zum höheren öffentlichen Dienst hatten und viele bei Bewerbungen in der Privatwirtschaft von Arbeitgebern und Personalverantwortlichen gefragt worden waren, wieso sie denn keinen Masterabschluss gemacht hätten, und die ausgeschriebenen Stellen nicht bekamen. In diesem Zusammenhang bestand das strukturelle Kernproblem des Bologna-Prozesses vor allen darin, dass ein zweistufiges System berufsqualifizierender Abschlüsse (undergraduate und graduate, in Deutschland Bachelor und Master) eingeführt wurde, das in einem Zeitalter, in dem mittlere, höhere und sogar höchste Schul- und Qualifikationsabschlüsse längst zu einem wichtigen Kriterium für die Erwerbsbeteiligung und das Arbeitsmarktrisiko geworden waren, arbeitsmarktbezogen eher dysfunktional wirkte und Studierende nach Abschluss eines Bachelorstudiums zur Aufnahme eines ergänzenden Masterstudiums zwang. Eine solche arbeitsmarktbezogen eher dysfunktionale Unterscheidung zwischen undergraduate und graduate wie bei den Bachelor- und Masterabschlüssen hatte es zuvor bei den Magister- und Diplomstudiengängen nicht gegeben, da beide formal über die gleiche Mindeststudienzeit von vier Jahren verfügten und grundsätzlich als graduierte Abschlüsse galten, auch wenn Magisterstudiengänge nur an Universitäten und Diplomstudiengänge sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen absolviert werden konnten und das Diplom bei Fachhochschulabsolvent/innen mit den Zusatz FH zu versehen war.

Dass höhere und höchste Schul- und Qualifikationsabschlüsse immer wichtiger wurden, hatte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit schon 2008 verdeutlicht, als es zu den Erwerbschancen und Arbeitsmarktrisiken der Qualifikationsgruppen ausführte, dass gegenwärtig ab einem Alter von Mitte Dreißig fast das gesamte akademische Bevölkerungspotenzial erwerbstätig sei und die Erwerbsquote bis etwa zum 60. Lebensjahr bei rund 90 % liege. Demgegenüber falle die Erwerbsbeteiligung der mittleren Qualifikationsgruppen ab dem 50. Lebensjahr bereits deutlich niedriger als bei Akademiker/innen aus und ab dem 57. Lebensjahr seien die mittleren Qualifikationsgruppen schon zu nennenswerten Teilen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Und bei den Geringqualifizierten seien schon im Alter von 20 bis 30 Lebensjahren 20 % arbeitslos sowie in den daran anschließenden Lebensabschnitten nie mehr als 50 % bis 60 % in Arbeit, bevor die Erwerbsbeteiligung im Alter von 55 und mehr Lebensjahren massiv einbreche. Da sich die Bundesrepublik Deutschland wie auch andere hochentwickelte Wirtschaftsnationen auf dem Weg in eine Wissens- und Informationsgesellschaft befinde, werde der Bedarf an Hochqualifizierten weiter steigen, während für Geringqualifizierte weitere massive Beschäftigungseinbußen zu erwarten seien.¹⁰⁰⁷

Vor diesem Hintergrund ließ der Drang zu höheren Schul- und Qualifikationsabschlüssen in Fürth trotz der durch den Bologna-Prozess nicht einfacher gewordenen Studienbedingungen nicht nach, weshalb die am 1. Juli 2008 in Max-Grundig-Schule umbenannte **Berufs- und Fachoberschule an der Amalienstraße/Dambacher Straße** bereits ein Jahr nach der in Bayern an allen Berufs- und Fachoberschulen zu Schuljahresbeginn 2008/2009 zum Erwerb einer fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife verbindlich eingeführten 13. Klasse einen derart starken Anstieg der Schüler/innenzahl zu verzeichnen hatte, dass die in einem vor fünf Jahren geplanten und 2010 offiziell eingeweihten **Erweiterungsbau** geschaffenen elf neuen Klassenzimmer

¹⁰⁰⁷Vgl.: Wolfgang Biersack, Anja Kettner, Alexander Reinberg, Franziska Schreyer, Akademiker/innen auf dem Arbeitsmarkt. Gut positioniert, gefragt und bald sehr knapp, in: IAB-Kurzbericht 18/2008, S.1-8, hier: S.3 und S.5.

zu Schuljahresbeginn 2009/2010 nicht mehr ausreichen und an den Berufsschulen Fichtenstraße und Jahnstraße zusätzliche Ausweichräume mobilisiert und drei Wanderklassen eingerichtet werden mussten.¹⁰⁰⁸ Daneben wurde in Fürth in der zweiten Oktoberhälfte 2009 endgültig klar, dass die Quelle nach dem von der Arcandor AG am 9. Juni 2009 gestellten Insolvenzantrag nicht mehr zu retten war, sondern nach einem vier bis sechs Wochen dauernden Abverkauf des Lagerbestandes und einer Auflösung der für drei Monate durch das Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Transfergesellschaft bis Weihnachten 2009 die Lichter ausgehen werden und bundesweit ein Verlust von 5.000 Quelle-Arbeitsplätzen drohte.¹⁰⁰⁹

Hoffnung auf eine Besserung keimte bei den Verantwortlichen der Stadt auf, als der Freistaat Bayern Ende November 2009 zum Ausgleich der Arbeitsplatzverluste in Aussicht stellte, das Statistische Landesamt von München nach Fürth zu verlegen und zusätzlich eine wirtschaftliche Strukturförderung in Höhe von 4 Millionen Euro zu gewähren.¹⁰¹⁰ Im April 2010 erklärte Oberbürgermeister Dr. Jung, dass die Arbeitslosigkeit trotz des Verlustes von 1.800 Quelle-Arbeitsplätzen im Stadtgebiet nicht so stark wie ursprünglich erwartet gestiegen sei, da sich viele ehemalige Quelle-Beschäftigte in Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit befänden und deshalb nicht als arbeitslos galten, und verwies darauf, dass der Freistaat Bayern bis Juni 2010 das Gebäude der Quelle Hauptverwaltung Nürnberger Straße 91-95 als künftigen Sitz des Statistischen Landesamtes erwerben und dort zunächst 240 Beschäftigte zur Vorbereitung und Durchführung der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung beim Zensus 2011 unterbringen wolle.¹⁰¹¹ Anfang August 2010 ging das Statistische Landesamt in der ehemaligen Hauptverwaltung der Quelle mit den ersten 39 Beschäftigten für den Zensus 2011 an den Start. Bis Dezember 2010 sollten es 50 und bis zur Hochphase des Zensus 2011 insgesamt 240 Beschäftigte werden.¹⁰¹²

Zu diesem Zeitpunkt hatte der nach der PISA-Studie 2000 in Bayern begonnene bildungspolitische Aufwertungs- und Ergänzungsprozess auch die Hauptschulen erreicht, die durch ein vom Kultusministerium entwickeltes Konzept ab dem Schuljahr

¹⁰⁰⁸Vgl. den Artikel Neuer Anbau und trotzdem zu wenig Raum. Die Fach- und Berufsoberschule in Fürth platzt aus allen Nähten. Unterricht vorerst nur bis Herbst gesichert, in: Fürther Nachrichten vom 04.09.2009, Lokalteil, S.1.

¹⁰⁰⁹Vgl. den Artikel Quelle: Noch vor Weihnachten gehen hier die Lichter aus. Bundesweit droht Verlust von 5000 Arbeitsplätzen. Abverkauf der Lagerbestände soll vier bis sechs Wochen dauern. Transfergesellschaft steht ebenfalls vor dem Aus, in: Fürther Nachrichten vom 21.10.2009, Hauptteil, S.1 sowie Leitartikel, S.2 und weitere Berichte Hauptteil S.3 und S.9.

¹⁰¹⁰Vgl. den Artikel „Großer Wurf“ gibt der Stadt neue Hoffnung. Statistikamt und millionenschwere Strukturförderung aus München. Fürther Oberbürgermeister ist begeistert, in: Fürther Nachrichten vom 23.11.2009, Lokalteil, S.1.

¹⁰¹¹Vgl. den Artikel Katastrophe nach der Quelle-Pleite blieb aus. Aufatmen im Rathaus: Die Zahl der Arbeitslosen stieg nicht dramatisch an. Viele neue Jobs in Sicht, in: Fürther Nachrichten vom 20. April 2010, Lokalteil, S.1.

¹⁰¹²Vgl. den Artikel Das Statistikamt geht in Fürth an den Start. Ein Markstein: Gestern haben die ersten Beschäftigten in der früheren Hauptverwaltung der Quelle losgelegt, in: Fürther Nachrichten vom 03.08.2010, Lokalteil, S.1. Siehe zum **Statistischen Landesamt in Fürth** auch den Artikel Bayerisches Landesamt für Statistik, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 09.09.2022. Nach der Sanierung der Quelle-Gebäude und einem Neubau auf einem ehemaligen Quelle-Areal an der Spiegelstraße, bei dem im Mai 2016 Richtfest gefeiert wurde, und einer symbolischen Schlüsselübergabe im Oktober 2016 hat das Statistische Landesamt mit einer Außenstelle in Schweinfurt seinen Hauptsitz nicht mehr in München, sondern in Fürth. Anfang Januar 2017 wurde auch das neue Statistische Jahrbuch für Bayern erstmals in Fürth vorgestellt.

2011/2012 zu Mittelschulen mit Ganztagsbetreuung umgewandelt werden sollten.¹⁰¹³ In Fürth kam es dabei zu einer Auseinandersetzung über die vom Schulreferat der Stadt beabsichtigte Schließung der Hauptschule Pfisterstraße, gegen die am 12. November 2009 die davon betroffenen Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte demonstrierten.¹⁰¹⁴ Daraufhin kündigte Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun, der die Schließung befürwortete, weil das Schulgebäude sanierungsbedürftig sei und die Schule nicht über die für Mittelschulen vorgeschriebenen Elemente wie eine Turnhalle, eine Mensa und ein Ganztagsangebot verfüge und unter dem größtem Schülerrückgang aller Fürther Hauptschulen leide, ein Dialogforum zur Hauptschulreform an, das am 10. Januar 2010 in der Stadthalle stattfand.¹⁰¹⁵ Dort präsentierte eine Vertreterin der Regierung von Mittelfranken eine Grafik, die zeigte, dass es in Fürth 1999 noch 3.031 Hauptschüler/innen gegeben hatte, während es 2009 nur 2.156 Hauptschüler/innen waren. Anschließend erläuterte sie, dass das Kultusministerium aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen an allen Hauptschulen in Bayern die Haupt- zu Mittelschulen mit drei berufsorientierten Zweigen (Technik, Wirtschaft, Soziales), einem Ganztagsangebot und einem zur Mittleren Reife führenden Angebot umstrukturieren wolle. Kleine Schulen könnten dies schon aus räumlichen Gründen nicht umsetzen, weshalb es Schulverbünde geben solle. Dazu stellte die Leiterin des Staatlichen Schulamtes in Fürth vier Varianten vor, bei denen die Pfisterschule nur in Variante A vorkam. Nach den anderen drei Varianten bildeten lediglich acht Hauptschulen ohne die Pfisterschule entweder zwei oder drei Schulverbünde. Am Ende des Dialogforums überreichte ein Vater Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun eine Liste mit 2011 Unterschriften gegen die beabsichtigte Schließung der Pfisterschule.¹⁰¹⁶

Gleichwohl sprachen sich die Hauptschulleiter am 19. Januar 2010 mit großer Mehrheit für die Variante C aus, die bei der Umwandlung der Haupt- in Mittelschulen drei Schulverbünde mit acht Standorten ohne die Hauptschule Pfisterstraße vorsah, und zwar einen Nordwestverbund (HS Hans-Sachs-Straße/Stadeln, HS Soldnerstraße/Hardhöhe und HS Dr.-Gustav-Schickedanz/Finkenschlag), einen Nordostverbund (HS Seeackerstraße, HS Pestalozzistraße und HS Maistraße) und einen Südverbund (HS Schwabacher Straße und HS Kiderlinstraße).¹⁰¹⁷ Diesem Votum schloss sich der Schulausschuss Anfang Februar 2010 mit der Mehrheit der SPD-Stadträte

¹⁰¹³Vgl. Monika Fenn, Schulwesen (nach 1945), in: Historisches Lexikon Bayerns, hier: Ausdruck vom 16.05.2018. hier: S.9 von 19: „95 % der bayerischen Hauptschulen bieten ab dem Schuljahr 2011/12 eine Ganztagsbetreuung, sie ermöglichen nach der neunten Jahrgangsstufe mit einem weiteren Schuljahr einen mittleren Bildungsabschluss und bieten ab der achten Jahrgangsstufe eine berufsbezogene Spezialisierung in den Bereichen Technik, Wirtschaft, Soziales. Zudem sollen Intensivierungsstunden und zusätzlicher Englischunterricht die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler verbessern.“

¹⁰¹⁴Vgl. den Artikel Bunte Demo für die Pfisterschule. Schüler, Eltern und Lehrer gehen gegen die Schließungspläne der Stadt auf die Straße, in: Fürther Nachrichten vom 13.11.2009, Lokalteil, S.1 und den Artikel Geplante Mittelschule strapaziert die Nerven. Die Umsetzung des Reform-Modells wirft in der Praxis viele Fragen auf. Eltern und Lehrer wollen mitreden, in: Fürther Nachrichten vom 18.11.2009, Lokalteil, S.1.

¹⁰¹⁵Vgl. den Artikel Das Prinzip Hoffnung. Eiertanz um Staatsmodell Mittelschule in Fürth, in: Fürther Nachrichten vom 24.11.2009, Lokalteil, S.33.

¹⁰¹⁶Vgl. den Artikel Mammutgespräch zur Mittelschule. Dialogforum in der Kleinen Stadthalle befasst sich mit Hauptschulreform, in: Fürther Nachrichten vom 14.01.2010, Lokalteil, S.1.

¹⁰¹⁷Vgl. den Artikel Modell C bevorzugt. Hauptschulleiter beraten heute über die Mittelschule, in: Fürther Nachrichten vom 19.01.2010, Lokalteil, S.3.

gegen die Stimmen der CSU, der Grünen sowie des ehemaligen Rektors, Bürgermeisters und Schulreferenten Hartmut Träger an.¹⁰¹⁸ Das Gleiche geschah in der Stadtratssitzung am 24. Februar 2010, als mit Ausnahme von Hartmut Träger die Mehrheit der SPD-Stadträte zusammen mit zwei Stimmen von den Grünen und der FDP die Schließung der Pfisterschule und die vom Schulausschuss beschlossenen Schulverbände befürwortete. Zuvor hatte Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun die Schließung der Pfisterschule noch einmal mit dem hohen Schülerschwund, der Sanierungsbedürftigkeit des Gebäudes und den fehlenden Elementen wie Mensa, Anbau und Ganztagsbetreuung begründet. Auch für Oberbürgermeister Dr. Jung führte an der Schulschließung kein Weg vorbei: „Die Schulart Hauptschule habe in Fürth heute mit 2152 Jungen und Mädchen den geringsten Zulauf. Bildungspolitisches Ziel dürfe deshalb nicht sein, darabende Einrichtungen mühsam aufrechtzuerhalten, sondern die Zahl der Absolventen mit höheren Abschlüssen weiter zu steigern.“¹⁰¹⁹

Durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Insolvenz des Arcandor-Konzerns und den Untergang des Großversandhauses Quelle war in Fürth mittlerweile der kommunale Haushalt in eine so gewaltige Schiefelage geraten, dass die Regierung von Mittelfranken bei der Haushaltsgenehmigung im Mai 2010 die Stadt zu einem rigorosen Sparkurs verdonnerte und Einsparungen in Höhe von 13 Millionen Euro verlangte.¹⁰²⁰ Dazu wurde im Juni 2010 auch ein **Umzug der Stadtbildstelle** vom Förderzentrum Nord in die Zweigstelle der Volksbücherei an der Soldnerstraße und im Juli 2010 ein Sparpaket in Höhe von 5,7 Millionen Euro beschlossen, dem im Herbst 2010 ein weiteres Sparpaket in Höhe von 12 Millionen Euro folgte.¹⁰²¹ Nach einem Dachbrand während der Bauarbeiten im Dezember 2009 konnte im September 2010 zu Schuljahresbeginn der mit Erdwärmepumpen und Photovoltaikanlagen zur Beheizung und Stromversorgung versehene **Neubau der Hauptschule Maistraße an der Otto-Seeling-Promenade** eingeweiht werden.¹⁰²² Außerdem wurden gebundene Ganztagszüge mit rhythmisiertem Unterricht im **fertiggestellten Neubau der Grundschule in Oberfürberg** und im **Grundschulbereich des Förderzentrums Nord** sowie offene Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für die **Unterstufe des Helene-Lange-Gymnasiums** und den **Hauptschulbereich des Förderzentrums Nord** eingeführt, da der Freistaat Bayern die bislang nur für Grundschulen mögliche Förderung ab dem Schuljahr 2010/2011 auf weiterführende Schulen ausgedehnt hatte.¹⁰²³

¹⁰¹⁸Vgl. den Artikel Mehrheit für eine Schließung der Pfisterschule. Der Fürther Schulausschuss hat nach heftiger Kritik die Weichen zur Entwicklung der Mittelschule gestellt, in: Fürther Nachrichten vom 05.02.2010, Lokalteil, S.3.

¹⁰¹⁹Vgl. den Artikel Stadtrat beschließt aus für Pfisterschule. Mehrheit stimmte für Pläne im Zuge der Mittelschulreform. „Keine Überlebenschance“, in: Fürther Nachrichten vom 25.02.2010, Lokalteil, S.1.

¹⁰²⁰Vgl. den Artikel Fürth wird zu rigorosem Sparen verdonnert. Herber Schlag für das Rathaus: Die Regierung verlangt statt zehn nun 13 Millionen Euro Etatkürzungen, in: Fürther Nachrichten vom 26.05.2010, Lokalteil, S.1.

¹⁰²¹Vgl. den Artikel Stadtbildstelle zieht bald um. Zusammenlegung mit einer Filiale der Volksbücherei soll für Einsparungen sorgen, in: Fürther Nachrichten vom 16.06.2010, Lokalteil, S.3 und den Artikel Fürth läutet die nächste Sparrunde ein. Kommende Woche soll ein 5,7-Millionen-Paket beschlossen werden, im Herbst folgen 12 Millionen, in: Fürther Nachrichten vom 24.07.2010, Lokalteil, S.1.

¹⁰²²Vgl. den Artikel Teurer Dachbrand im Neubau der Maischule. Feuer richtete Schaden von rund 200 000 Euro an. Kosten des Projektes sprengten schon zuvor den Rahmen, in: Fürther Nachrichten vom 11.12.2009, Lokalteil, S.1 und Stadt Fürth, Bürgermeister- und Presseamt (Hrsg.), 2002-2022. 20 Jahre für Fürth. Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Fürth 2022, S.27, Jahr 2010.

¹⁰²³Vgl. den Artikel Die Ganztagschule soll neue Stützpunkte bekommen. Auch weiterführende Einrichtungen kommen jetzt in Frage. Ein Konzept wird entwickelt. Neubau in Oberfürberg, in: Fürther Nachrichten vom 12.02.2010, Lokalteil, S.3. „Der Freistaat Bayern fördert die Ganztagsbetreuung

Nach den Privatschulaktivitäten des Humanistischen Verbandes, der seit 2004 in angemieteten Räumen der Grundschule Frauenstraße 40 bis 50 Kinder unterrichtet und für diese auf einer von der Bundesvermögensverwaltung erworbenen Grundfläche an der Waldstraße und am Marsweg im Vorgriff auf einen endgültigen Massivbau im August 2008 ein Modulgebäude in Holzständerbauweise errichtet hatte, kündigte auch das evangelische Dekanat in Fürth am 31. Oktober 2010 die Einführung einer eigenen Grundschule an, deren Unterricht zum Schuljahr 2011/12 beginnen sollte.¹⁰²⁴ Als im September 2011 die **Sanierung der städtischen Grundschulgebäude am Kirchenplatz, in Oberfürberg, an der Hummelstraße in Burgfarnbach und an der Zedernstraße in Vach** abgeschlossen waren,¹⁰²⁵ wurde die Grundschule des evangelischen Dekanats zunächst in den hinter dem Gebäude der städtischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Einsteigen, Lernen, Arbeiten, Neuorientieren (ELAN) an der Kapellenstraße für die Zeit der Sanierung der Grundschule am Kirchenplatz errichteten Schulcontainern untergebracht, bevor sie im März 2014 in umgebaute Räume des ehemaligen Gemeindezentrums der evangelischen Kirchengemeinde St. Paul an der **Benno-Meyer-Straße/Fichtenstraße** umzog und nach der am 15. August 2008 im Alter von 85 Jahren verstorbenen Organistin, Kantorin und Kirchenmusikdirektorin von St. Paul **Luise-Leikam-Schule** benannt wurde.¹⁰²⁶

Als weitere Privatschule war in Fürth im Dezember 2010 das **Jenaplan-Gymnasium Nürnberg** vorübergehend in leerstehenden Räumen des Schulgebäudes an der Pfisterstraße untergekommen. Die Schule war in Nürnberg von Eltern initiiert worden, die die Pädagogik der Jenaplan-Grundschule Nürnberg in einer weiterführenden Schule fortsetzen wollten und die eingetragene Genossenschaft Jenaplan-Gymnasium Nürnberg eG gegründet hatten. Nach der Anerkennung als Ersatzschule durch das Kultusministerium hatte das Jenaplan-Gymnasium den Schulbetrieb mit einem wirtschaftswissenschaftlichen und einem sozialwissenschaftlichen Zweig im September 2010 in Räumen des ehemaligen Quelle-Komplexes in Nürnberg-Eberhardshof aufgenommen, musste aber zur Fortsetzung des Schulbetriebs einen neuen Standort suchen, als dort eine erhöhte Schadstoffkonzentration festgestellt wurde. Der Mietvertrag für die Unterbringung im Schulgebäude Pfisterstraße wurde im Mai 2011 von der Stadt

mit 6000 Euro pro Klasse. Dafür können zwei Kräfte für die Mittagsbetreuung engagiert werden. Weil darüber hinaus aber auch noch zusätzliche Lehrerleistungen nötig sind, muss die Stadt jährlich 4500 Euro beisteuern.“

¹⁰²⁴Vgl. den Artikel Evangelische Schule für Fürth geplant. Kirche präsentiert am Reformationstag neues Projekt. Start schon im nächsten Schuljahr, in: Fürther Nachrichten vom 02.11.2010, Lokalteil, S.1.

¹⁰²⁵Vgl. den Artikel Hübsche Zimmer und besserer Unterricht. Vier Grundschulen sind saniert, Stadt setzt weiter auf „neue pädagogische Qualität“ der Grundschulen, in: Fürther Nachrichten vom 09.09.2011, Lokalteil, S.1.

¹⁰²⁶Vgl. den Artikel Individuelles Lernen. Evangelische Luise-Leikam-Schule offiziell eröffnet, in: Fürther Nachrichten vom 29.03.2014, S.37 (Lokalteil). Siehe auch den Artikel Luise Leikam, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 21.10.2022. **Luise Leikam** wurde 1923 geboren und wuchs ohne Elternhaus auf. Im Fürther Waisenhaus arbeitete sie später als Kindergärtnerin und unterrichtete dort Kinder und Jugendliche an verschiedenen Musikinstrumenten. 1956 übernahm sie bei der evangelischen Kirchengemeinde St. Paul die Stelle der Organistin und wurde auch zur Kantorin (Chorleiterin) ernannt. Sie gründete dort Flötengruppen, einen Jugendchor sowie einen Kammermusikkreis und unterrichtete interessierte Kinder und Jugendliche der Gemeinde an Musikinstrumenten. Zu diesen zählten auch die späteren Organisten Norbert Kübel, Erich Rückel und Dieter Kittler sowie der Kabarettist und Sänger Volker Heißmann. Für ihre langjährige und erfolgreiche Arbeit als Kirchenmusikerin verlieh ihr die evangelische Landeskirche in Bayern 1982 den Titel Kirchenmusikdirektorin. Luise Leikam starb am 15. August 2008 und wurde auf dem Fürther Hauptfriedhof an der Erlanger Straße im Grab des Waisenhauspersonals bestattet.

Fürth verlängert, wobei Oberbürgermeister Dr. Jung dem Jenaplan-Gymnasium sogar ein Angebot zu einem Neubau in Fürth unterbreitete. Im September 2013 übersiedelte das Jenaplan-Gymnasium jedoch auf das Soldan-Gelände an der Herderstraße in Nürnberg-Schniegling, wo es einen für die gewachsene Schülerzahl ausreichenden Standort gefunden hatte.¹⁰²⁷

Im Gegensatz zu den privaten Schul- und Bildungsaktivitäten wurde der kommunale Gestaltungsspielraum durch die haushaltspolitischen Vorgaben der Regierung von Mittelfranken in den Jahren 2010, 2011 und 2012 nicht unerheblich eingeschränkt. Wie im Vorjahr verpflichtete die Regierung die Stadt auch bei der Haushaltsgenehmigung im Juli 2011 weiterhin zu einem strikten Sparkurs und verlangte diesmal sogar eine Kürzung bei den Investitionen, wodurch die geplante Generalsanierung des 1883 erbauten Grundschulgebäudes an der Rosenstraße in Gefahr geriet.¹⁰²⁸ Finanziell verausgabt hatte sich die Stadt Fürth vor allem mit den Eigenanteilen für arbeitsmarktpolitisch durchaus sinnvolle Projekte, die durch das nach der Finanzkrise 2008 von der Großen Koalition zur wirtschaftlichen Stabilisierung im Januar 2009 auf den Weg gebrachte Konjunkturpaket II gefördert wurden.¹⁰²⁹ Eine finanzielle Entspannung trat ein, als sich im Dezember 2011 für den Haushalt 2012 keine zusätzliche Nettoneuverschuldung mehr abzeichnete und Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung die Kämmerin Stefanie Ammon lobte,¹⁰³⁰ die vom Stadtrat am 24. Juni 2009 einstimmig zur Referentin für Finanzen, Organisation und Personal gewählt worden war und anschließend alle Ämter und Dienststellen der Stadtverwaltung zu einer „Syntegration“ zusammengerufen hatte, um ein gemeinsam abgestimmtes Konzept zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung zu entwickeln.¹⁰³¹ Überwunden waren die Haushaltsprobleme der Stadt allerdings erst, als im Dezember 2013 für den Haushalt 2014 so viel Geld vorhanden

¹⁰²⁷Vgl. den Artikel Jenaplan-Gymnasium Nürnberg, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 28.09.2022 und den Artikel Nürnberger Privatschule bleibt vorerst in Fürth. Das Jenaplan-Gymnasium hat den Mietvertrag für die „Pfister“ verlängert. OB macht Angebot für Neubau, in: Fürther Nachrichten vom 07.05.2011, Lokalteil, S.1.

¹⁰²⁸Vgl. den Artikel Fürth wird zum strikten Sparkurs verdonnert. Regierung will, dass die Stadt bei den Investitionen kürzt. Die Sanierung der Rosenschule droht zu kippen, in: Fürther Nachrichten vom 29.07.2011, Lokalteil, S.1.

¹⁰²⁹Vgl. den Artikel Geldgeschenk strapaziert Stadtkasse. Fürth hat sich mit dem Eigenanteil für Förderprojekte des Konjunkturpakets II verausgabt, in: Fürther Nachrichten vom 08.09.2011, Lokalteil, S.1.

¹⁰³⁰Vgl. den Artikel Harte Hand bringt Fürth auf Kurs. Keine Nettoneuverschuldung 2012. OB lobt seine Kämmerin Stefanie Ammon, in: Fürther Nachrichten vom 06.12.2011, Lokalteil, S.3.

¹⁰³¹Vgl. zur Biografie den Artikel Stefanie Ammon, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 20.10.2022 und ergänzende Angaben zur Schullaufbahn durch eine Mail von Stefanie Ammon an den Autor der vorliegenden Ausarbeitung vom 26.10.2022: **Stefanie Ammon** (geb. 1964) hatte, bedingt durch die beruflichen Tätigkeiten ihres Vaters als Diplom-Mathematiker, die Grundschule in der schweizer Gemeinde Zumikon im Kanton Zürich, danach die 5. und 6. Jahrgangsstufe der Bertha-von-Suttner-Schule - eine 1973 gegründete und mittig zwischen den damals noch selbstständigen Städten Mörfelden und Waldorf, die erst mit Inkrafttreten der Gebietsreform in Hessen am 1. Januar 1977 zusammengeschlossen wurden, liegende integrierte Gesamtschule mit Oberstufe - und danach bis zur Allgemeinen Hochschulreife die 7. bis 13. Jahrgangsstufe am neusprachlichen Zweig des 1971 gegründeten und nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts 1974 und des zweiten Bauabschnitts 1977 mit einem Festakt am 17. Februar 1978 eingeweihten Gymnasiums in Oberasbach besucht. Nach einer 1983 begonnenen Ausbildung bei der Kommunalverwaltung der Stadt Fürth war sie ab 1986 Sachbearbeiterin für Stadtratsangelegenheiten im Hauptamt, studierte berufsbegleitend Psychologie, Rechtswissenschaften und Soziologie an der Fernuniversität Hagen und wurde dort 2005 promoviert. Danach wurde sie bei der Stadt Fürth 2006 Leiterin des Personal- und Organisationsamtes und 2009 vom Stadtrat einstimmig zur Referentin für Finanzen, Organisation und Personal gewählt.

war, dass mit dem Schuldenabbau begonnen werden konnte.¹⁰³² Der Schuldenabbau wurde auch im Dezember 2014 mit dem Haushalt 2015 fortgesetzt.¹⁰³³ Zu den nach der Finanzkrise 2008 und der Wirtschaftskrise 2009 eingetretenen und durch Sparen überwundenen kommunalen Haushaltsproblemen äußerte Oberbürgermeister Dr. Jung im Oktober 2016 in einem Interview mit den Fürther Nachrichten rückblickend: „Wir standen im Jahr 2009 kurz davor, keinen genehmigten Haushalt mehr zu bekommen. Das war mehr Erbarmen des Innenministers, dass wir uns weiter selbst regieren dürften. Wir haben damals in den Abgrund geschaut und das diszipliniert sehr. Das hat auch bei mir persönlich was verändert. Ich will so was nicht mehr erleben.“¹⁰³⁴

Im Rahmen der kommunalen Sparpolitik war die Hauptschule Pfisterstraße aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom Februar 2010, die Hauptschulen bei der Mittelschulreform ohne die Hauptschule Pfisterstraße in einem Nordwest-, einem Nordost- und einem Südverbund zusammenzuführen, bereits mit Ablauf des Schuljahres 2010/11 im Juli 2011 geschlossen worden. Die in ihrem Schulsprengel in der Innenstadt lebenden Kinder und Jugendlichen konnten und können seither wählen, ob sie den Unterricht entweder am Schulstandort Maistraße oder am Schulstandort Soldnerstraße wahrnehmen wollen.¹⁰³⁵ Die acht in Fürth verbliebenen Hauptschulen verfügten bei der bayernweiten **Einführung der Mittelschulen zu Schuljahresbeginn 2011/12** alle über verpflichtende offene oder gebundene Ganztagsangebote und mit Ausnahme der HS Finkenschlag und der HS Hans-Sachs-Straße hatten sechs der acht verbliebenen Hauptschulen auch Stellen für Jugendsozialarbeit zur sozialpädagogischen Unterstützung der Schülerinnen und Schüler.¹⁰³⁶ Begleitend zur Hauptschulreform war 2011 zudem eine energetische Sanierung der Fassade des 1959 errichteten Schulgebäudes an der Kiderlinstraße erfolgt.¹⁰³⁷

Mit der **Umwandlung der Hauptschulen in Mittelschulen** wurde ein seit Anfang der 1980er Jahre laufender Prozess der punktuellen Anpassung der Hauptschulen an die seit den Wirtschaftskrisen 1974/75 und 1981/82 verengten Ausbildungs- und Arbeitsmärkte und die zunehmenden beruflichen Qualifikationsanforderungen abgeschlossen, indem alle sukzessive eingeführten Einzelmaßnahmen wie Berufsorientierung, Projektarbeit, Praxisklassen, M-Züge zum Erwerb der Mittleren Reife, Angebote der offenen oder gebundenen Ganztagsbetreuung sowie der sozialpädagogischen Unterstützung systematisch gebündelt und generell verankert wurden. Aus den bisherigen einfachen und qualifizierenden Hauptschulabschlüssen wurden die **einfachen und**

¹⁰³²Vgl. den Artikel Stadt beginnt mit Schuldenabbau. Im Haushalt 2014 ist Geld für Tilgung, aber auch für viele Investitionen eingeplant, in: Fürther Nachrichten vom 30.11.2013, S. 37 (Lokalteil).

¹⁰³³Vgl. den Artikel Politik stellt Weichen für das Jahr 2015. Gegen acht Stimmen hat der Stadtrat den Etat verabschiedet. Schuldenberg soll weiter schrumpfen, in: Fürther Nachrichten vom 03.12.2014, S.29 (Lokalteil).

¹⁰³⁴So im Artikel Jetzt Schuldenstand tilgen. OB Jung spricht über Fürths neue Sparkultur, in: Fürther Nachrichten vom 07.10.2016, S.16 (Metropolregion und Bayern).

¹⁰³⁵Fernmündliche Mitteilung von Herrn Bürgermeister Braun vom 06.10.2022.

¹⁰³⁶**Offene Ganztagsangebote** gab es seit 2009 an der HS Finkenschlag und der HS Pestalozzistraße, seit 2010 an der HS Schwabacher Straße und seit 2011 an der HS Hans-Sachs-Straße, **gebundene Ganztagszüge mit rhythmisiertem Unterricht** seit 2003 an der HS Soldnerstraße und ab 2011 auch an der HS Maistraße und der HS Kiderlinstraße. **Stellen für Jugendsozialarbeit** zur sozialpädagogischen Unterstützung der Schülerinnen und Schüler existierten seit 2004 an der HS Schwabacher Straße, seit 2005 an der HS Soldnerstraße, seit 2008 an der HS Kiderlinstraße sowie seit 2009 an der HS Pestalozzistraße und der HS Seeackerstraße. Vgl. die verwaltungsinterne Zusammenstellung von Referat IV/Stab-Planung vom Juli 2019 zur Sozialplanung unter dem Titel Betreuungsmöglichkeiten und Jugendsozialarbeit an Schulen.

¹⁰³⁷Vgl. den Artikel Mittelschule Kiderlinstraße, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 17.06.2022.

qualifizierenden Mittelschulabschlüsse, denen nun aber inhaltlich eine vertiefte Wissensvermittlung durch individuelle Förderung und modulare Lerngruppen zugrunde lag, die in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch für die fünften und sechsten Jahrgangsstufen verpflichtend war. Durch die drei berufsorientierten Fächer Technik, Wirtschaft und Kommunikation, Ernährung und Soziales, die ab der 7. Jahrgangsstufe zu besuchen waren, sollten die Schüler/innen grundlegende berufliche Fähigkeiten erlernen und mittels Unterricht, Übungen und Praktika die Gelegenheit bekommen, ihre beruflichen Neigungen und Fähigkeiten besser kennenzulernen. Ab der 8. Jahrgangsstufe erfolgte dann eine Beschränkung auf eines der drei berufsorientierten Fächer, das die Schüler/innen aufgrund ihrer Neigungen und Fähigkeiten selbst auswählen konnten.¹⁰³⁸ Gleichzeitig gab es an den Mittelschulen für lernschwache Schüler/innen die Möglichkeit zum Besuch von Praxisklassen mit verstärktem Praxisanteil durch ein acht Wochenstunden umfassendes Praktikum, das entweder in einem Betrieb oder in überbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren war. Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und ohne ausreichende Deutschkenntnisse gab es außerdem zum Übergang in die Regelklassen oder parallel zu den Regelklassen eine begleitende Sprachförderung in Deutschkursen mit vier Wochenstunden („Deutsch-PLUS Kurs“) oder in Kleingruppen („Deutsch-PLUS-Differenzierung“).¹⁰³⁹

Das Kernstück der Umwandlung der Hauptschulen in Mittelschulen bildeten allerdings die **Mittleren-Reife-Züge**: Damit wurden nach der 2002 vorgenommenen Wiedereinführung von sechsjährigen Realschulen, deren Unterricht wie bei den Gymnasien bereits nach Abschluss der vierjährigen Grundschulzeit begann, die vom Kultusministerium 1949 und 1956 für die damaligen Mittelschulen, die im Rahmen der Umsetzung der Hamburger Abkommens der Ministerpräsidentenkonferenz Mitte der 1960er Jahre in Realschulen umbenannt worden waren, geschaffenen Regelungen zum Erwerb der Mittleren Reife nach Abschluss der siebten bzw. der sechsten oder siebten Klasse der Volksschulen reaktiviert. So konnte der Übertritt in einen M-Zug der neu eingeführten Mittelschulen nun nach der sechsten, siebten, achten und neunten Jahrgangsstufe erfolgen und setzte nach der sechsten Jahrgangsstufe einen Notendurchschnitt von 2,66 und besser in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch im Halbjahres- oder im Jahreszeugnis der sechsten Jahrgangsstufe oder das Bestehen einer gesonderten Aufnahmeprüfung mit einer Note von 2,66 und besser voraus. Ab der siebten, achten oder neunten Jahrgangsstufe war der Übertritt in den M-Zug an einen Notendurchschnitt in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch von 2,33 und besser im Halbjahres- oder im Jahreszeugnis oder das Bestehen einer Aufnahmeprüfung mit einer Note von 2,33 und besser gebunden. Außerdem konnten Schüler/innen, die während ihrer regulären Schulzeit keinen M-Zug besuchten, nach einem qualifizierenden Mittelschulabschluss mit einem Gesamtnotendurchschnitt von 2,5 und besser durch

¹⁰³⁸Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Die bayerische Mittelschule, Stand: Juli 2019, München 2019, S.8 (Abschlüsse), S.12f. (Individuelle/modulare Förderung und Individuelle Förderung im Überblick) und S.23 (Berufsorientierte Fächer). Während das Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss der Mittelschule nach Bestehen der 9. Jahrgangsstufe erteilt wurde, war das Zeugnis über den **qualifizierenden Mittelschulabschluss** an eine gesonderte Leistungsprüfung gebunden, die die **Fächer Deutsch und Mathematik** sowie **eine Projektprüfung** einschließlich der Lerninhalte des Faches Arbeit-Wirtschaft-Technik und des in der 9. Jahrgangsstufe als Wahlpflichtfach besuchten berufsorientierenden Faches Technik, Wirtschaft und Kommunikation oder Ernährung und Soziales, **eines der Fächer** Englisch, Physik/Chemie/Biologie, Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde **und eines der Fächer** Religionslehre, Ethik, Sport, Musik, Kunst, Informatik, Buchführung, Werken und Gestaltung umfasste (vgl. ebd., S.14).

¹⁰³⁹Vgl. ebd., S.18f. (Praxisklassen) und S.30f. (Deutschfördermaßnahmen).

zwei zusätzliche Schuljahre in Vorbereitungsklassen und eine Abschlussprüfung ebenfalls noch einen mittleren Abschluss an den Mittelschulen erreichen.¹⁰⁴⁰

Parallel zur allgemeinverbindlichen Einführung von M-Zügen an allen Mittelschulverbänden erfolgte in Bayern zu Schuljahresbeginn 2011/12 auch eine **Änderung beim Erwerb des der Mittleren Reife entsprechenden qualifizierenden beruflichen Bildungsabschlusses (Qualbi)**, den Kultusminister Zehetmair 1987 vor dem Hintergrund der damals mit den Automatisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen verbundenen höheren Qualifizierungsanforderungen an Berufsschulen für Schüler/innen mit einfachen oder qualifizierenden Hauptschulabschlüssen und einer Berufsausbildung zur Verbesserung der betrieblichen Weiterbeschäftigungschancen eingeführt hatte. Statt wie seit 1987 eine Mindestnote bis zu 2,5 war für den Erwerb des Qualbi jetzt nur noch eine Mindestnote von bis zu 3,0 erforderlich, wobei die Note in Englisch statt wie seit 1987 bis zu 3,0 jetzt nur noch bis zu 4,0 betragen musste.¹⁰⁴¹ Insgesamt zielten sowohl die allgemeinverbindliche Einführung der M-Züge an allen Mittelschulverbänden als auch die Änderungen beim Erwerb des Qualbi an Berufsschulen darauf ab, die Anzahl der Schulabsolvent/innen mit Mittlerer Reife zu erhöhen, da diese seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend zu einer Art Basisabschluss auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geworden war.

Die vom Kultusministerium bei der Umwandlung der Hauptschulen in Mittelschulen verstärkte **Berufsorientierung** zur Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hatte sich in Fürth bereits im Rahmen des von 2002 bis 2006 laufenden Förderprogramms Lernende Region durch die Zusammenarbeit des Netzwerkkoordinators bei der Stadtverwaltung mit den örtlichen Berufsschulen, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer zu einem Schwerpunkt zusätzlicher Bildungsaktivitäten entwickelt. An diesem Schwerpunkt wurde auch nach Auslaufen des Förderprogramms Lernende Region mit anders zugeschnittenen Fördermitteln des Bundes und des Freistaats Bayern festgehalten und von der Koordinationsstelle bei der Stadtverwaltung das **Vertrauensnetzwerk Schule-Beruf** weitergeführt. Dabei wurden zusammen mit örtlichen Partnern wie der städtischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Einsteigen, Lernen, Arbeiten, Neuorientieren (ELAN), der Volkshochschule Fürth, dem Internationalen Bund für Sozialarbeit und dem Jugendmedienzentrum Connect in den Jahren 2006 bis 2010 im Bereich Übergang Schule-Beruf zahlreiche Praxismodule entwickelt und durchgeführt. Die Koordinationsstelle bei der Stadtverwaltung wurde 2010 offiziell in ein **Projektbüro für Schule und Bildung** umgewandelt, das mit dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten **Projekt Vertrauensnetzwerk Schule-Beruf - Regionales Übergangsmanagement Fürth** und dem durch den Arbeitsmarktfonds des Freistaats Bayern geförderten **Praxisprojekt „Match Point“** in den Jahren 2010 bis 2013 zwei weitere Großprojekte zur Integration in den Ausbildungsmarkt durchführte.¹⁰⁴² Trotz der seit Schuljahresbeginn 2011/12 bestehenden verstärkten Berufsorientierung an den Mittelschulen wurden vom Projektbüro für Schule und Bildung in den Jahren 2013 bis 2016 mit Fördermitteln des Freistaats Bayern zur **passgenauen Vermittlung von 75 Schülern an Ausbildungsbetriebe** und mit Fördermitteln des Bundes zur **Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen** zusätzliche Projekte zur Integration in den Ausbildungsmarkt und

¹⁰⁴⁰Vgl. ebd., S.16f. (Mittlerer-Reife-Zug: und Vorbereitungsklassen).

¹⁰⁴¹Vgl.: Monika Fenn, Schulwesen (nach 1945), in: Historisches Lexikon Bayerns, hier: Ausdruck vom 16.05.2018. S.9 von 19.

¹⁰⁴²Vgl.: Mail von Herrn Bronnenmeyer zur Geschichte des Bildungsbüros vom 19.05.2022.

eine Beratung sowie ein Durchhalte- und Konditionstraining im ersten Jahr einer dualen Berufsausbildung organisiert.¹⁰⁴³

Während in der Stadt Fürth im April 2012 der Aufstieg der Spielvereinigung Greuther Fürth in die Erste Fußball-Bundesliga groß gefeiert wurde,¹⁰⁴⁴ kündigte das **Hardenberg-Gymnasium** nach den durch die Hauptschulreform seit September 2011 an allen Mittelschulverbänden verbindlich eingeführten M-Zügen im April 2012 für Schüler/innen mit einer an Real-, Wirtschafts- oder Mittelschulen erworbenen Mittleren Reife die Möglichkeit zum Aufstieg von der Sekundarstufe I (Förderschulen, Haupt- bzw. Mittelschulen, Realschulen, Wirtschaftsschulen und Gymnasien bis zur Mittleren Reife) in die Sekundarstufe II (Gymnasiale Oberstufen, berufsbildende Schulen wie BOS und FOS sowie Abendschulen und Kollegs für Erwachsene) an. Dazu sollten ab September 2012 am Hardenberg-Gymnasium zur Vorbereitung auf die zweijährige gymnasiale Oberstufe des G8 einjährige **Einführungsklassen** gebildet werden, sofern mindestens fünfzehn Anmeldungen vorlagen. Voraussetzung für die Teilnahme war neben der Mittleren Reife auch ein Gutachten der bisher besuchten Schule, das den interessierten Schüler/innen bescheinigte, für den Bildungsweg des Gymnasiums geeignet zu sein.¹⁰⁴⁵ „Ist dies der Fall, wiederholen sie die zehnte Klasse am Hardenberg ‚auf Gymnasialniveau‘, um anschließend die Oberstufe bestehen zu können. Nach drei Jahren sollten sie das Abitur in der Tasche haben...“ Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun empfindet die Einführungsklasse als eine Bereicherung für den Schulstandort Fürth.¹⁰⁴⁶ Aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt fanden sich bis Schuljahresbeginn 2012/13 für die Einführungsklassen am Hardenberg-Gymnasium genügend Schüler/innen mit Mittlerer Reife, die eine allgemeine Hochschulreife anstreben und vielleicht danach sogar ein Hochschulstudium aufnehmen wollten. Auch in den folgenden Jahren konnten die Einführungsklassen am Hardenberg-Gymnasium aufgrund der Teilnehmer/innenzahlen weitergeführt werden.

Nachdem Fürth durch die Einweihung des vom Freistaat Bayern ab August 2003 auf dem ehemaligen Grundig-Areal an der Kurgartenstraße errichteten und mit fünf Professoren besetzten Zentralinstituts für neue Materialien und Prozesstechnik der Universität Erlangen-Nürnberg (ZMP) im März 2006 zu einer **Universitätsstadt** geworden war, wurde das bestehende örtliche Angebot im tertiären Bildungsbereich (Universitäten, Fachhochschulen, Berufs-/Fachakademien und Fachschulen) im September 2012 erweitert, als die Diakonie Neuendettelsau mit der **Wilhelm-Löhe-Hochschule** eine private Fachhochschule zur Ausbildung von Führungskräften im Gesundheits- und Sozialmanagement gründete und eine **Fachakademie für Sozialpädagogik** zur Ausbildung von staatlich anerkannten Erzieher/innen initiierte, die sogleich den Studien- und Unterrichtsbetrieb aufnahmen. Die Wilhelm-Löhe-Hochschule bezog dazu das von der

¹⁰⁴³Vgl. den Artikel Konditionstraining zum Berufsstart, Das Fürther Projektbüro für Schule und Bildung erschließt neue Fördertöpfe, in: Fürther Nachrichten vom 22.10.2013, S.25 (Lokalteil).

¹⁰⁴⁴Vgl. den Artikel Fürth feiert Aufstieg in die Fußball-Bundesliga, in: Fürther Nachrichten vom 17.04.2012, Hauptteil, S.1, den Artikel „Wir sind emotional in eine neue Dimension vorgestoßen.“ Noch einmal feiert Fürth den Aufstieg des Kleeblatts. Riesige Menschenmenge vorm Rathaus. Büskens: „Lebt weiter diesen Traum“, in: Fürther Nachrichten vom 30.04.2012, Hauptteil, S.3 und den Artikel Ein Aufstieg für die Geschichtsbücher. 25000 Menschen in der Fürther Innenstadt bereiten ihren Helden einen unvergesslichen Empfang, in: Fürther Nachrichten vom 30.04.2012, Lokalteil, S.1.

¹⁰⁴⁵Vgl. den Artikel Zum Abitur führt in Fürth ein neuer Weg. Das Hardenberg nimmt ab September Schüler mit mittlerer Reife auf, in: Fürther Nachrichten vom 26.04.2012, Lokalteil, S.1.

¹⁰⁴⁶Zitat Ebd.

Bundesvermögensverwaltung erworbene und sanierte Gebäude Nr.67 der einstigen Artillerie- und späteren William-O'-Darby-Kaserne im Südstadtpark, das Gustav Schickedanz 1932 zusammen mit anderen Flächen und Gebäuden an der Artilleriestraße zur Unterbringung des Versandhauses Quelle vom Freistaat Bayern gekauft und bis 1945 als villenähnlichen Wohnsitz für sich und seine seit 1917 mit dem Kaufmann Daniel Kießling verheiratete und 1927 als gelernte Buchhalterin zu den Mitgründern der Quelle gehörende Schwester Liesl Kießling (1893-1978) genutzt hatte.¹⁰⁴⁷ Die Fachakademie für Sozialpädagogik wurde dagegen zunächst in Räumen der Berufsschule I an der Fichtenstraße untergebracht.¹⁰⁴⁸ Außerdem begann am Ostrand des ehemaligen Darby-Areals im September 2012 auf einem Grundstück an der Waldstraße der Massivneubau für die seit 2004 bestehende private **Grundschule des Humanistischen Verbandes**,¹⁰⁴⁹ der vom Geschäftsführer schon 2008 parallel zur Errichtung eines vorläufigen Modulgebäudes für das Jahr 2010 angekündigt worden war. Die Fertigstellung des Massivneubaus erfolgte 2014,¹⁰⁵⁰ womit der Humanistische Verband dort nun über eine Grundschule für vier Jahrgangsstufen und angeschlossenen Kinderhort sowie einen zweiten Kindergarten verfügte.

Die 2011 am **Helene-Lange-Gymnasium** erstmals an einer höheren Schule in Fürth für Schüler/innen der fünften bis siebten Jahrgangsstufe eingeführte offene Ganztagsbetreuung wurde im September 2012 auf das **Hardenberg-Gymnasium**, die **Hans-Böckler-Real- und Wirtschaftsschule** sowie die **Leopold-Ullstein-Realschule** ausgedehnt. Die Leopold-Ullstein-Realschule, die 2011 von rund 1.100 Schüler/innen besucht worden war und deshalb beschlossen hatte, keine Schüler/innen aus dem Landkreis Fürth mehr aufzunehmen, erhielt dabei neben zwei offenen Ganztagsgruppen auch zwei gebundene Ganztagsklassen mit rhythmisiertem Unterricht, was von der

¹⁰⁴⁷Vgl. den Artikel Wilhelm-Löhe-Hochschule, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 28.09.2022. Siehe auch den Artikel Wilhelm Löhe, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 24.10.2022. **Wilhelm Löhe** (1808-1872) war in Fürth am 21. Februar 1808 im Haus Nummer 53 der damaligen Unteren Frankfurter Straße (später Königstraße 27) geboren worden und studierte nach der sechsjährigen Elementarschulzeit in Fürth und einer weiteren Schulzeit in Nürnberg ab 1826 evangelische Theologie in Erlangen und 1828 ein Semester in Berlin, kehrte aber 1829 nach Erlangen zurück, wo er 1830 das theologische Examen bestand und 1831 in der evangelischen Kirche St. Gumbertus in Ansbach feierlich in die Dienstgemeinschaft der Geistlichen mit allen Rechten und Pflichten aufgenommen wurde. Nach der Ordination wechselte Wilhelm Löhe als Vikar und Pfarrverweser mehrfach die Pfarrstellen, bevor er 1837 bis zu seinem Tod 1872 Pfarrer der Kirche St. Nikolai in Neuendettelsau wurde.

Innerhalb der evangelischen Kirche war Löhe ein überzeugter Lutheraner und wurde zusammen mit Theodor Fliedner zum Gründer einer lutherischen Missionsanstalt für Nordamerika, die ab 1841 Missionare für die seelsorgerische Begleitung der aus Franken nach Nordamerika Auswandernden ausbildete. Gleichzeitig ließen sich die Ideen von Löhe zur Gründung eines Vereins für apostolisches Leben oder einer bischöflich brüderlichen Kirche im lutherischen Geist in der evangelischen Kirche nicht so schnell umsetzen. Das Ergebnis war allerdings 1849 die Gründung einer Gesellschaft für Innere und Äußere Mission mit Sitz in Neuendettelsau. Als danach im Zusammenhang mit der apostolischen inneren und äußeren Mission in der Diakonie 1853 die Ausbildung von Frauen eingeführt wurde, gründete Löhe 1854 in Neuendettelsau den Lutherischen Verein für weibliche Diakonie.

¹⁰⁴⁸Vgl. den Artikel Fachakademie für Sozialpädagogik, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 24.10.2022.

¹⁰⁴⁹Vgl. den Artikel Ein „Bildungscampus“ in der Waldstraße. Humanistischer Verband startet Bauarbeiten am neuen Schulhaus und plant Eröffnung eines Kindergartens, in: Fürther Nachrichten vom 25.09.2012, Lokalteil, S.3.

¹⁰⁵⁰Vgl. den Artikel Humanistische Grundschule Fürth, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 12.07.2022.

Schulleiterin als großer Schritt in der Schulentwicklung gewertet wurde.¹⁰⁵¹ Im September 2013 bekam auch das **Heinrich-Schliemann-Gymnasium** eine offene Ganztagsbetreuung bis 16.15 Uhr,¹⁰⁵² so dass nun alle höheren Schulen in Fürth für Schüler/innen der fünften bis siebten Jahrgangsstufe über ein Ganztagsangebot verfügten.

Daneben wurden die Studienaussichten der in Fürth eine allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife anstrebenden Schüler/innen ebenso wie die Studienbedingungen der aus Fürth stammenden Studierenden nicht mehr durch die zum Sommersemester 2007 in Bayern eingeführten und von den Hochschulen in Höhe von 400 bis 500 Euro je Semester erhobenen **Studiengebühren** belastet. da diese **zum Wintersemester 2013/14 abgeschafft** wurden. Auf diesen Schritt hatten sich CSU und FDP im Bayerischen Landtag verständigt, als nach einem von den Freien Wählern im Januar 2013 initiierten und von den Oppositionsparteien SPD und Bündnis'90/Die Grünen sowie den Gewerkschaften unterstützten Volksbegehren, bei dem sich 14,3 % der Wahlberechtigten in die Unterschriftenlisten eingetragen und damit das für einen Volksentscheid erforderliche Quorum von 10 % übertroffen hatten, eine Behandlung im Landtag und bei einer Ablehnung des Ansinnens ein Volksentscheid durchzuführen gewesen wäre.¹⁰⁵³ Bei der Landtagswahl in Bayern am 15. September 2013 erzielte die CSU mit einem Stimmenanteil von 47,7 % und 101 der 180 Landtagssitze wieder eine absolute Mehrheit der Mandate, während die FDP mit 3,3 % an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte und Wolfgang Heubisch als Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst sein Amt verlor.¹⁰⁵⁴ Mit der absoluten Mandatsmehrheit der CSU wurde Horst Seehofer am 8. Oktober 2013 vom Landtag erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und ernannte den bisherigen Minister für Bildung und Kultus, Ludwig Spaenle, zusätzlich zum Minister für Wissenschaft und Kunst.¹⁰⁵⁵

Unter der Leitung von Ludwig Spaenle hatte das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit- und Sozialordnung, Familien und Frauen bereits

¹⁰⁵¹Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.27: „Ein großer Schritt im Bereich der Schulentwicklung erfolgte im Schuljahr 2012/2013 mit der Einführung der Offenen und Gebundenen Form der Ganztagschule.“

¹⁰⁵²Vgl. den Link im Internet Stichworte Heinrich-Schliemann-Gymnasium Fürth, www.schliemann-gym.de/schliemann/offene-ganztagschule.

¹⁰⁵³Vgl. den Artikel Studiengebühren in Deutschland, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.07.2021. Die 2006 und 2007 in den unionsgeführten Bundesländern eingeführten Studiengebühren waren zuvor nach Studentenprotesten, Wahlniederlagen und Regierungswechseln schon 2008 in Hessen, 2010 im Saarland, 2011 in Nordrhein-Westfalen und Hamburg, 2012 in Baden-Württemberg wieder abgeschafft worden. Als dann 2014 auch in Niedersachsen die Studiengebühren wieder abgeschafft wurden, gab es bundesweit keine Studiengebühren mehr. Zu zahlen war aber nach wie vor der traditionelle und wesentlich niedrigere Semesterbeitrag für das Studentenwerk und den Allgemeinen Studentenausschuss.

Siehe auch den Artikel **Freie Wähler (Partei)** und dem Artikel Hubert Aiwanger, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdrücke vom 29.06.2022. In der Bundesrepublik waren bereits in den 1950er Jahren erste Landesverbände von kommunalen freien Wählergruppen entstanden, die sich 1965 zu einem Bundesverband zusammenschlossen. Als sich in Bayern bei der Landtagswahl 1998 freie Wählergruppen zu einer Kandidatur entschlossen, wurde die Freie Wählergruppe Bayern e.V. gegründet, die bei der Landtagswahl 1998 einen Stimmenanteil von 3,7 % erreichte, der danach bei der Landtagswahl 2003 auf 4,0 % stieg. Landesvorsitzender der Freien Wähler in Bayern war ab 2006 der Diplom-Agraringenieur (FH) Hubert Aiwanger (geb.1971), der sich wenige Monate vor der Kommunalwahl 2002 den Freien Wählern angeschlossen hatte. Nach dem erfolgreichen Einzug der Freien Wähler in den Bayerischen Landtag bei der Landtagswahl 2008 wurde Hubert Aiwanger 2010 auch zum Bundesvorsitzenden der Freien Wähler gewählt.

¹⁰⁵⁴Vgl. den Artikel Landtagswahl in Bayern 2013, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 10.11.2022.

¹⁰⁵⁵Vgl. den Artikel Kabinett Seehofer II, in: www.wikiopedia.de, hier: Ausdruck vom 10.11.2022.

im Mai 2012 eine Initiative zur Verleihung eines **Gütesiegels Bildungsregion** mit dem Ziel gestartet, die Zukunft junger Menschen in den Regionen durch ein passgenaues Bildungsangebot zu sichern, wozu in allen Landkreisen und kreisfreien Städten die Schulen mit relevanten Kooperationspartnern wie Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe, der Erwachsenenbildung, der Arbeitsverwaltung, der Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen zusammenarbeiten sollten.¹⁰⁵⁶ Zur Verleihung des Gütesiegels Bildungsregion mussten die Landkreise und kreisfreien Städte eine an mindestens fünf Säulen orientierte und mit allen örtlichen Akteuren auf zwei Dialogforen abgestimmte Konzeption entwickeln, die über die Konferenz für Schulaufsicht der jeweiligen Bezirksregierung beim Kultusministerium und beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur Begutachtung einzureichen war.¹⁰⁵⁷ In Fürth wurde die Stadtverwaltung im Oktober 2012 von den Ausschüssen für Schule, Bildung und Sport sowie für Jugendhilfe und Jugendangelegenheiten beauftragt, ein Verfahren zur Bewerbung für das Gütesiegel Bildungsregion einzuleiten. Anschließend fand nach einer Bestands- und Bedarfsabfrage bei den örtlichen Bildungsträgern am 15. April 2013 in Anwesenheit von Kultusminister Ludwig Spaenle das **erste Dialogforum** im kleinen Saal der Stadthalle statt, an dem rund 200 Personen teilnahmen und Arbeitsgruppen zu den fünf Handlungsfeldern gebildet wurden. Als die Analysen und Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Februar 2014 vorlagen, wurden diese vom Projektbüro für Schule und Bildung zusammengefasst und am 7. April 2014 dem Ausschuss für Jugendhilfe und Jugendangelegenheiten sowie der Konferenz der Schulaufsicht und dem Landesjugendamt übermittelt. Danach wurden die Ergebnisse im Rahmen des **zweiten Dialogforums** in der Stadthalle am 30. April 2014 abschließend behandelt und ein Beschluss herbeigeführt, das Konzept als Bewerbung einzureichen, was im Oktober 2014 auch geschah.¹⁰⁵⁸ Im Juli 2015 wurde dann das Gütesiegel Bildungsregion in Bayern von Kultus- und Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle im

¹⁰⁵⁶Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Bildungsregion in Bayern – Unsere Erfahrungen und Erkenntnisse, München 2015, S.8.

¹⁰⁵⁷Vgl.: Ebd., S.13-18. Die **fünf Säulen** waren: 1. Die Organisation und Begleitung der Übergänge zwischen Kindergärten und Grundschulen, zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen, zwischen den Schularten, zwischen Schulen, Berufsschulen und Berufen und zwischen Schulen und Erwachsenenbildung; 2. Die Vernetzung schulischer und außerschulischer Bildungsangebote und Bildungsträger; 3. Unter der Maßgabe, dass kein Talent verloren gehen dürfe, Hilfen für junge Menschen mit Migrationshintergrund (Integration), mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf (Inklusion), in besonderen Krisen (Schule und Jugendhilfe) und zur Stärkung für die Zukunft (Schule, Jugendsozialarbeit und Arbeitsverwaltung); 4. Die Stärkung und Entwicklung der Bürgergesellschaft durch Jugendarbeit und Ganztagsangebote; 5. Die Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen und Bildung als Standortfaktor durch eine Sicherung der bestehenden Bildungsangebote, ein nachhaltiges Schulgebäudemanagement, eine Sicherung der Wohnortnähe der Schulen und Ausbildungsstätten sowie eine standort- und regionalbezogene Schulentwicklung begreifen.

In einem **ersten Dialogforum** - zu dem Schulleitungen, Eltern- und Schülervvertretungen, die Jugendamtsleitungen und die Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse einschließlich der Vertretungen der Kreis- und Stadtjugendringe, die örtlichen Jugendreferent/innen sowie Vertretungen der Kirchen, der Erwachsenenbildung und weiterer Bildungsträger, der Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe sowie der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Arbeitsverwaltung einzuladen waren - sollten zunächst die fünf Säulen erläutert und für jede Säule Arbeitsgruppen gebildet werden, in denen die örtliche Situation analysiert, thematische Schwerpunkte gebildet und konkrete Maßnahmen entwickelt werden sollten. Auf einem **zweiten Dialogforum** sollten dann die in den Arbeitsgruppen vorgenommenen Analysen und die daraus abgeleiteten Maßnahmen vorgestellt, mit allen Akteuren diskutiert und anschließend geklärt werden, ob die Kommune auf dieser Grundlage eine Bewerbung um das Gütesiegel Bildungsregion einreichen soll.

¹⁰⁵⁸Vgl.: Stadt Fürth, Bewerbung um das Gütesiegel Bildungsregion in Bayern, Mit einer Kurzfassung, einer Beschreibung der fünf Handlungsfelder im Einzelnen und einem Anhang insgesamt 86 Seiten, Fürth 2014 (Oktober), hier: Der Weg zur Bildungsregion Fürth, S.9-11.

Fürther Rathaus Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun und Sozial-, Jugend- und Kulturreferentin Elisabeth Reichert persönlich übergeben. Wenngleich damit neue Wünsche von Lehrkräften nach mehr Geld verbunden waren,¹⁰⁵⁹ gehörte Fürth nun zu den 64 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern, die über ein Gütesiegel Bildungsregion verfügten.¹⁰⁶⁰

Neben der Erstellung eines Konzepts zur Bewerbung für das Gütesiegel Bildungsregion war die Entwicklung der Schulen und Bildungseinrichtungen in Fürth zwischenzeitlich auch in anderen Bereichen vorangekommen. Im September 2011 hatte die Grund- und Mittelschule an der Pestalozzistraße mit der **Inklusion** von Kindern mit Behinderung oder sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelunterricht begonnen und war bis November 2012 zu einer gefragten Ratgeberin für andere Schulen geworden.¹⁰⁶¹ Als der Freistaat Bayern im September 2012 angekündigte, ein **Ludwig-Erhard-Haus in Fürth** mit mehreren Millionen Euro zu fördern,¹⁰⁶² und diese Förderung im Dezember 2012 in Höhe von 3,5 Millionen Euro konkretisierte,¹⁰⁶³ wurde in Fürth ein Großprojekt zur außerschulischen Bildung und Wissensvermittlung auf den Weg gebracht, das der 2002 in Fürth gegründete Ludwig-Erhard-Initiativkreis¹⁰⁶⁴ ins Gespräch gebracht hatte und zu dessen Realisierung hinter dem Rathaus der Stadtrat im Februar 2013 einen **städtebaulichen Wettbewerb** beschloss.¹⁰⁶⁵

Als weiteres Projekt der außerschulischen Bildung und Wissensvermittlung beschloss der Stadtrat im Juli 2013 einen **Erweiterungsbau für das Jüdische Museum**, für dessen Realisierung es nach der Museumseröffnung 1999 schon seit langem immer wieder Überlegungen zu einer Finanzierung über das städtebauliche Förderprogramm Soziale Stadt gegeben und die Stadt bereits das Nachbargrundstück erworben sowie

¹⁰⁵⁹Vgl. den Artikel Lehrer mit Wünschen. Neue Bildungsregion Fürth: Schulen wollen mehr Geld, in: Fürther Nachrichten vom 31.07.2015, S.31 (Lokalteil).

¹⁰⁶⁰Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Bildungsregion in Bayern – Unsere Erfahrungen und Erkenntnisse, München 2015, S.9.

¹⁰⁶¹Vgl. den Artikel Inklusion stellt Lehrer vor große Herausforderungen Seit einem Jahr lernen in Bayern Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam. Pestalozzi-Schule als Ratgeber, in: Fürther Nachrichten vom 16.11.2012, S.35 (Lokalteil).

¹⁰⁶²Vgl. den Artikel Geld für Erhard-Haus. Freistaat steigt mit Millionen in das Fürther Projekt ein, in: Fürther Nachrichten vom 29.09.2012, Lokalteil, S.1.

¹⁰⁶³Vgl. den Artikel 3,5 Millionen für das Erhard-Haus. Der Freistaat fördert das Fürther Projekt. Betrieb bis zum Jahr 2018 sichergestellt, in: Fürther Nachrichten vom 23.11.2012, S.26 (Lokalteil).

¹⁰⁶⁴Der Ludwig-Erhard-Initiativkreis Fürth war am 5. Mai 2002 anlässlich des 25. Todestages von Ludwig Erhard unter dem Vorsitz der 1955 in Fürth geborenen und seit 1979 in Franken und Bayern durch die Frankenschau und die BR-Rundschau bekannten Fernsehjournalistin und Moderatorin Evi Kurz gegründet worden und hatte am 5. Juli 2002 in Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Jung eine vor dem Wirtschaftsrathaus am Königsplatz aufgestellte Ludwig-Erhard-Büste eingeweiht sowie später auch das 2007 im ehemaligen Schulgebäude an der Ottostraße eingeweihte Stadtmuseum Ludwig Erhard angeregt. Bevor die Vorsitzende Evi Kurz 1979 Fernsehjournalistin und Moderatorin beim Bayerischen Rundfunk wurde, hatte sie nach dem Abitur ein Lehramtsstudium für Grund- und Hauptschulen an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und danach ein Referendariat zum Lehramt absolviert. Vgl. den Artikel Ludwig-Erhard-Zentrum, den Artikel Ludwig-Erhard-Initiativekreis Fürth und den Artikel Evi Kurz, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdrücke vom 08.11.2022, 31.10.2022 und 08.11.2022.

¹⁰⁶⁵Vgl. den Artikel Ludwig-Erhard-Haus: Grünes Licht für Wettbewerb. Architekten sollen Neubau für das zehn Millionen teure Dokumentationszentrum hinter dem Rathaus entwerfen. Stadt zahlt mit, in: Fürther Nachrichten vom 22.02.2013, S.31 (Lokalteil).

das dort vorhandene Altgebäude abgebrochen hatte.¹⁰⁶⁶ Außerdem erhielten ab September 2013 die **Grundschulen an der Pestalozzistraße und der Seeackerstraße** schrittweise gebundene Ganztagszüge mit rhythmisiertem Unterricht, die mit der ersten Jahrgangsstufe begannen und ab September 2016 alle vier Jahrgangsstufen umfassten. Ab September 2014 folgte an der **Grundschule Friedrich-Ebert-Straße** ein weiterer gebundener Ganztagsgrundschulzug mit rhythmisiertem Unterricht, der mit der ersten und zweiten Jahrgangsstufe begann und bis 2016 alle vier Jahrgangsstufen umfasste.¹⁰⁶⁷

Inzwischen hatten sich auch die städtischen Finanzen soweit stabilisiert, dass der Stadtrat im Dezember 2013 für den Haushalt 2014 einen Schuldenabbau beschließen konnte.¹⁰⁶⁸ Wirtschaftlich befanden sich zudem die vier größten Fürther Industriebetriebe auf einem Wachstumskurs,¹⁰⁶⁹ weshalb mit steigenden Gewerbesteuererträgen gerechnet werden konnte. Zu diesem Trend passte, dass im Dezember 2013 und fünfzehn Jahren nach der ersten Interessenbekundung das neue Einrichtungshaus von Möbel-Höffner mit einer Verkaufsfläche von 45.000 Quadratmetern an der A 73 in Fürth-Steinach fertiggestellt und nach den Weihnachtsfeiertagen zusammen mit dem neuen Einrichtungshaus von Teppich Kibek eröffnet wurde, was aufgrund der zahlreichen und sehr günstigen Eröffnungsangebote zu einem gewaltigen Kundenandrang führte.¹⁰⁷⁰ Bei der Kommunalwahl am 16. März 2014 und einer Wahlbeteiligung von nur 45,4 % wurde Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung mit einem Stimmenanteil von 73,0 % wieder zum Oberbürgermeister gewählt. Mit einem Stimmenanteil von 51,1 % und 26 von 50 Stadtratssitzen erzielte auch die SPD wieder eine absolute Mehrheit der Mandate.¹⁰⁷¹ Allerdings musste Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun noch vor seiner Wiederwahl durch den Stadtrat klarstellen, dass die Volksbücherei

¹⁰⁶⁶Vgl. den Artikel Jüdisches Museum bekommt Anbau. Trotz hoher finanzieller Belastung hat der Stadtrat das Projekt abgesegnet. Bis zuletzt umstritten, in: Fürther Nachrichten vom 24.06.2013, S.28 (Lokalteil). „Das 5,6 Millionen Euro teure Projekt ist mit großem Renommee verbunden, blieb aber bis zuletzt umstritten – belastet es doch die Stadtkasse auf Jahrzehnte hinaus erheblich. Die Finanzreferentin hatte deshalb von einer Zustimmung abgeraten.“

¹⁰⁶⁷Vgl. den Artikel Ein Schuljahr mit noch mehr Betreuung. 200 zusätzliche Plätze. Schülerzahlen sind stabil, aber die Nachfrage nach Ganztagsangeboten wächst, in: Fürther Nachrichten vom 12.09.2013, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁶⁸Vgl. den Artikel Stadt beginnt mit Schuldenabbau. Im Haushalt 2014 ist Geld für Tilgung, aber auch für viele Investitionen eingeplant, in: Fürther Nachrichten vom 30.11.2013, S. 37 (Lokalteil).

¹⁰⁶⁹Vgl. den Artikel Rosige Aussichten für Industriebetriebe. Uvex, Ruag, Kurz und Siemens: Die vier größten Fürther Produzenten sind auf Wachstumskurs, in: Fürther Nachrichten vom 05.12.2013, S.33 (Lokalteil). Ergänzend anzumerken ist, dass die zur Schweizer Rüstungsunternehmen AG gehörende RUAG Ammotec GmbH im Jahr 2004 aus dem in Stadeln seit 1896 als Zweitwerk eines seit 1889 in Nürnberg bestehenden Betriebs der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff AG hervorgegangen, die 1931 mit der Dynamit-Nobel AG fusioniert worden war. Vgl. den Artikel Dynamit-Nobel, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 15.11.2022.

¹⁰⁷⁰Vgl. den Artikel Möbelriese nach fast 15 Jahren am Ziel. Höffner errichtet neues Einrichtungshaus in Fürth-Steinach – 45000 Quadratmeter Verkaufsfläche, in: Fürther Nachrichten vom 19.12.2013, S.29 (Lokalteil), den Artikel Schnäppchenjäger stauen sich zum neuen Möbelhaus in Fürth. Tausende pilgern zur Höffner-Eröffnung. Wildes Parken im Knoblauchsland auf Wiesen und Äckern. Frankenschnellweg verstopft, in: Fürther Nachrichten vom 28.12.2013, S.3 (Hauptteil) und den Artikel Glücksgefühle für Geduldige. Höffner und Kibek erleben den erhofften Massenzulauf, in: Fürther Nachrichten vom 28.12.2013, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁷¹Vgl. den Artikel OB geht mit breiter Brust in die dritte Runde. Stolze 73 Prozent für Thomas Jung. SPD verteidigt wohl die absolute Mehrheit. Miserable Wahlbeteiligung, in: Fürther Nachrichten vom 17.03.2014, S.33 (Lokalteil) und den Artikel Es bleibt bei der absoluten Mehrheit für die SPD. Sozialdemokraten haben über Nacht noch einen Sitz verloren – aber es reicht trotzdem, in: Fürther Nachrichten vom 18.03.2014, S.25 (Lokalteil).

nicht in Stadtbibliothek Fürth umbenannt werde, da ein entsprechender Vorschlag der Büchereileiterin zu Missfallen bei Stadträten der SPD und der CSU geführt hatte.¹⁰⁷²

Nach der Wiederwahl durch den Stadtrat am 7. Mai 2014 listete Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun die anstehenden Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Schulbereich mit einem jährlichen Finanzvolumen in Höhe von 10 Millionen Euro auf. Dazu zählten die Sanierung der Grundschule Rosenstraße mit 6 Millionen Euro, die neue Dreifach-Sporthalle am Schießanger, die nach einem einstimmigen Stadtratsbeschluss vom Februar 2014 nach Julius Hirsch benannt werden sollte, der als 1892 geborener Fußballnationalspieler jüdischen Glaubens und Mannschaftskapitän bei der ersten von der SpVgg Fürth 1914 errungenen Deutschen Fußballmeisterschaft von den Nationalsozialisten im Februar 1943 kurz nach seiner Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordet worden war, sowie der 2015 vorgesehene Neubau für die Ganztagsbetreuung an der Grundschule Friedrich-Ebert-Straße mit 1,8 Millionen Euro, die Sanierung des Helene-Lange-Gymnasium mit 20 Millionen Euro und die Sanierung der 1964 errichteten kaufmännischen Ludwig-Erhard-Berufsschule an der Theresienstraße/Hirschenstraße.¹⁰⁷³

Während zu Schuljahresbeginn im September 2014 an der **Leopold-Ullstein-Realschule** 36 Klassen, darunter vier gebundene Ganztagesklassen gebildet wurden,¹⁰⁷⁴ stand die **Turnhalle an der Kiderlinstraße** vorübergehend nicht mehr für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung, da sie aufgrund der Zunahme von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen sowie der ausgelasteten Kapazitäten in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAE) für Nordbayern in Zirndorf als eine der auf Anweisung der Regierung von Mittelfranken in allen kreisfreien Städten und Landkreisen des Regierungsbezirks einzurichtenden Außenstellen der ZAE Zirndorf bereitgestellt wurde.¹⁰⁷⁵ Außerdem

¹⁰⁷²Vgl. den Artikel Volksbücherei bleibt Volksbücherei. Umstrittene Namensänderung in „Stadtbibliothek Fürth“ wird nicht mehr angestrebt, in: Fürther Nachrichten vom 25.04.2014, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁷³Vgl. den Artikel Patient Schule. Jedes Jahr zehn Millionen Euro. Bürgermeister listet anstehende Bau- und Sanierungsmaßnahmen auf. Stadler Turnhalle im Parallelbetrieb, in: Fürther Nachrichten vom 15.05.2014, S.29 (Lokalteil). Siehe zu Julius Hirsch auch: Werner Skrentny, Julius Hirsch. Nationalspieler. Ermordet. Biografie eines jüdischen Fußballers, Göttingen 2012.

¹⁰⁷⁴Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.27.

¹⁰⁷⁵Vgl. den Artikel Die Kiderlin-Turnhalle ist bereit für die Flüchtlinge. In Fürth rechnet man in den nächsten Tagen mit den ersten Ankömmlingen. Cadolzheimer Pfarrzentrum beherbergt jetzt Jugendliche, in: Fürther Nachrichten vom 09.09.2014, S.25 (Lokalteil). Siehe auch: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Stadt Fürth - Flüchtlingsandrang 2014/2015. Migrationsängste und leitbildorientierte Migrationspolitik auf kommunaler Ebene, Fürth 2018. Vorlage zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 28.06.2019, PDF, 49 Seiten. hier: S.19f.: In der Bundesrepublik Deutschland war die Anzahl der Asylanträge nach einer ersten starken Zunahme Ende der 1980er Jahre, die 1993 mit 438.791 Asylanträgen ihren Höhepunkt erreicht hatte, durch eine Grundgesetzänderung („Asylkompromiss“) in den Folgejahren wieder gesunken. So wurden in den Jahren 1996 bis 2001 nur zwischen 266.931 und 118.106 Asylanträge, in den Jahren 2002 bis 2005 lediglich zwischen 91.471 und 42.908 und in den Jahren 2006 bis 2009 nur noch zwischen 30.100 und 33.033 Asylanträge registriert.

Erst in den Jahren 2010 bis 2012 kam es wieder zu einer leichten Zunahme von 48.589 auf 77.651 Asylanträge und in den Jahren 2013 und 2014 zu einer starken Zunahme auf 127.023 und 202.874 Asylanträge. Aufgrund der Verteilungsmodalitäten nach dem Königsteiner Schlüssel war von der 2011 einsetzenden Zunahme der Asylbewerber/innen auch die Stadt Fürth betroffen, indem die Anzahl der Empfänger/innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 94 Personen am 31.12.2011 auf 254 Personen am 31.12.2013 stieg, die Ende 2013 in einer Gemeinschaftsunterkunft der Regierung von Mittelfranken und in sechs dezentralen Unterkünften der Stadt Fürth untergebracht waren. Als die weitere Zunahme von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen bis Sommer 2014 dazu führte, dass die Kapazitäten der Zentralen Aufnahmeeinrichtungen (ZAE) für Südbayern in München und

nutzte die Regierung von Mittelfranken als Außenstelle der ZAE Zirndorf für 500 Personen und die Dauer von zwei Jahren den ehemaligen Franken-Wohnland-/Möbel-Höffner-Komplex an der Seeackerstraße, der seit der Eröffnung des neu errichteten großen Möbel-Höffner-Komplexes in Fürth-Steinach nach Weihnachten 2013 als Möbelverkaufsstandort aufgegeben worden war.¹⁰⁷⁶ Bis Ende September 2014 stieg Anzahl der in der Stadt Fürth lebenden Asylbewerber/innen und Flüchtlinge von 254 auf über 900 Personen, von denen 300 in den Gemeinschaftsunterkünften der Regierung von Mittelfranken und den sechs dezentralen Unterkünften der Stadt Fürth sowie jeweils 300 Personen in den beiden Außenstellen der ZAE Zirndorf in der Turnhalle Kiderlinstraße und im ehemaligen Franken-Wohnland-/Möbel-Höffner-Komplex an der Seeackerstraße untergebracht waren.¹⁰⁷⁷ Die im September 2014 in der Turnhalle Kiderlinstraße eingerichtete Außenstelle der ZAE Zirndorf konnte bereits Mitte Oktober 2014 geräumt werden und stand nach Reinigungsarbeiten ab November 2014 wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung.¹⁰⁷⁸

Zur Erfüllung der bei jungen Asylbewerber/innen und Flüchtlingen nach einer Aufenthaltsdauer von drei Monaten eintretenden Schulpflicht waren in Fürth bereits seit Beginn des Schuljahres 2013/2014 an der **Berufsschule I (Fichtenstraße) zwei Berufsintegrationsklassen** gebildet und durch eine ESF-Förderung des Freistaats Bayern für die zweieinhalbtägige sozialpädagogische Begleitung und Qualifizierung durch die 1997 gegründete städtische Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Einsteigen, Lernen, Arbeiten, Neuorientieren (ELAN) gGmbH unterstützt worden. Mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 wurde die Anzahl der **Berufsintegrationsklassen auf vier Klassen erhöht** und eine entsprechende ESF-Förderung für die zweieinhalbtägige sozialpädagogische Betreuung und Qualifizierung beantragt. Gleichzeitig wurde **an drei Mittelschulen für Kinder von Zuwandererfamilien aus südosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten drei Übergangsklassen** geschaffen und für die sozialpädagogische Betreuung durch die städtische Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Einsteigen, Lernen, Arbeiten, Neuorientieren (ELAN) gGmbH ebenfalls eine ESF-Förderung beantragt.¹⁰⁷⁹

Nachdem der Flüchtlingsandrang des Jahres 2014 durch die Kooperation der Stadtverwaltung mit Wohlfahrtsverbänden und Ehrenamtlichen, die Spendenbereitschaft der Bevölkerung und strukturelle Maßnahmen der Kommune und der Regierung von Mittelfranken in geordnete Bahnen gelenkt und vom Stadtrat im Dezember 2014 ein konsolidierter Haushalt für 2015 beschlossen worden war, mit dem der Schuldenabbau

für Nordbayern in Zirndorf zur Unterbringung nicht mehr ausreichten, ging der Freistaat Bayern dazu über, bei den Kommunen in Mittelfranken Außenstellen der ZAE Zirndorf einzurichten.

¹⁰⁷⁶Vgl. den Artikel Vom Möbelhaus zur Flüchtlingsherberge. Höffner bereitet Unterbringung von 500 Asylbewerbern vor. Kommen noch mehr Menschen?, in: Fürther Nachrichten vom 11.09.2014, S.29 (Lokalteil) und den Artikel Möbelhaus hat sich in Herberge für Flüchtlinge verwandelt, in: Fürther Nachrichten vom 16.09.2014, S.25: "Wie Sozialreferentin Elisabeth Reichert berichtet, verlangt Höffner-Chef Klaus Krieger, der das Haus für mindestens zwei Jahre entbehren könnte, keine Miete. „Er sagt, er verdiene sein Geld mit Möbeln und nicht mit dem Leid von Menschen“.

¹⁰⁷⁷Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Stadt Fürth - Flüchtlingsandrang 2014/2015. Migrationsängste und leitbildorientierte Migrationspolitik auf kommunaler Ebene, Fürth 2018. Vorlage zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 28.06.2019, PDF, 49 Seiten, hier: S.20.

¹⁰⁷⁸Fernmündliche Auskunft des Schulverwaltungsamtes der Stadt Fürth vom 05.10.2017.

¹⁰⁷⁹Vgl.: (ESF-)Förderungen des Freistaates Bayern zur Beschulung von Zuwanderer/innen 2014/15. Beschlussvorlage des Referates für Schule, Bildung und Sport zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport am 16.10.2014.

weitergeführt wurde,¹⁰⁸⁰ kam es in Fürth ab Februar 2015 zu erheblichen Bürgerprotesten, weil die Diakonie Neuendettelsau wegen der gestiegenen Studierendenzahl für die **Wilhelm-Löhe-Hochschule einen Anbau an das Gebäude Nr.67 im Südstadtpark plante**. Gegen diese Pläne wandten sich sogleich der örtliche Bund Naturschutz und Anwohner/innen, die die Grünfläche erhalten wollten und auf ein Grundstück zur Erweiterung am Rande des Südstadtparks verwiesen.¹⁰⁸¹ Da Baureferent Joachim Krauß einen Nachholbedarf bei der Standortprüfung sah,¹⁰⁸² wurde diese bis Mitte Februar 2015 von der Stadtverwaltung für das Alternativgrundstück am Rande des Südstadtparks in Auftrag gegeben.¹⁰⁸³ Kurz danach brachten zahlreiche Menschen mit einen abendlichen Fackelzug im Südstadtpark ihre Sorge über eine Beschneidung der öffentlichen Grünfläche zum Ausdruck und begannen, Unterschriften für ein Bürgerbegehren zu sammeln.¹⁰⁸⁴ Als Mitte März 2015 das in Auftrag gegebene Gutachten ergab, dass das hinter dem Heizwerk der infra an der Fronmüllerstraße liegende Grundstück für die Erweiterung der Wilhelm-Löhe-Hochschule genutzt werden könne, befürwortete auch die Stadtverwaltung eine Hochschulerweiterung am Rand des Südstadtparks.¹⁰⁸⁵

Im Mai 2015 erfolgte dann der **Spatenstich** für den vom Stadtrat im Juli 2013 beschlossenen **Erweiterungsbau des Jüdischen Museums** an der Königstraße, der in einer Kubus-Form entstehen sollte.¹⁰⁸⁶ Um die Baukosten in Höhe von 6,5 Millionen Euro zu decken, wurde neben den Fördermitteln des Bundes und des Freistaats Bayern in Höhe von 3,4 Millionen Euro, einem Zuschuss der Stadt Fürth in Höhe von 900.000 Euro und einem Zuschuss der Bayerischen Landesstiftung in Höhe von 430.000 Euro auch eine Spendenaktion gestartet, bei der über Raum- und Steinpatenschaften bis Ende September 2017 rund eine halbe Million Euro zusammenkamen.¹⁰⁸⁷ Während das Richtfest für den Erweiterungsbau am 17. Juni 2016 stattfand, erfolgte

¹⁰⁸⁰Vgl. den Artikel Politik stellt Weichen für das Jahr 2015. Gegen acht Stimmen hat der Stadtrat den Etat verabschiedet. Schuldenberg soll weiter schrumpfen, in: Fürther Nachrichten vom 03.12.2014, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁸¹Vgl. den Artikel Hochschul-Baupläne im Südstadtpark stoßen auf Kritik. Bund Naturschutz und Anwohner machen sich für den Erhalt der Grünfläche stark. Grundstück zur Expansion am Parkrand vorhanden, in: Fürther Nachrichten vom 05.02.2015, S.27 (Lokalteil).

¹⁰⁸²Vgl. den Artikel Hochschul-Anbau im Park. Stadt sucht nach Alternativen. Baureferent erkennt Nachholbedarf für Prüfung. OB will Bildungsstätte entgegenkommen. Grüne sind in Sorge um den Parkcharakter, in: Fürther Nachrichten vom 12.02.2015, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁸³Vgl. den Artikel Kleine Hochschule braucht Platz in der Nähe. Erweiterung im Südstadtpark: Alternative für Anbau an die Schickedanzvilla kommt unter die Lupe, in: Fürther Nachrichten vom 20.02.2015, S.33 (Lokalteil).

¹⁰⁸⁴Vgl. den Artikel Bürgerbegehren für Südstadtpark gestartet. Gegen die geplanten Anbauten der Wilhelm-Löhe-Hochschule werden jetzt Unterschriften gesammelt, in: Fürther Nachrichten vom 25.02.2015, S.25 (Lokalteil).

¹⁰⁸⁵Vgl. den Artikel Alternative Hochschul-Erweiterung möglich. Laut Gutachten kann ein Grundstück hinter dem infra-Heizwerk an der Fronmüllerstraße bebaut werden, in: Fürther Nachrichten vom 19.03.2015, S.25 (Lokalteil) und den Artikel Der Südstadtpark wird nicht angetastet. Bürgerprotest zeigt Wirkung: Fürther Stadtverwaltung schwenkt zur Hochschulerweiterung am Parkrand um, in: Fürther Nachrichten vom 26.03.2015, S.33 (Lokalteil).

¹⁰⁸⁶Vgl. den Artikel Königstraßen-Kubus geht an den Start. Jüdisches Museum Franken: Spatenstich-Termin für Erweiterungsbau in vier Wochen, in: Fürther Nachrichten vom 10.04.2015, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁸⁷Vgl. den Artikel Jüdisches Museum: Steine erinnern an Spender. Am Erweiterungsbau wurden Klinker mit Gravur eingearbeitet. Platz für Lese-Lounge und Kinder-Angebote, in: Fürther Nachrichten vom 07.03.2017, S.25 (Lokalteil) und den Artikel Bis zur halben Million ist es nicht mehr weit. Erweiterungsbau des Jüdischen Museums: Spendensammler ziehen Zwischenbilanz. Aktionen enden 2020, in: Fürther Nachrichten vom 29.09.2017, S.37 (Lokalteil).

die **Einweihung** nach weiteren Spendenaktionen am 13. Mai 2018 durch einen Festakt mit 400 geladenen Gästen im großen Saal der Stadthalle.¹⁰⁸⁸

Noch zügiger als die Errichtung und Einweihung des Erweiterungsbaus des Jüdischen Museums verlief die Einrichtung einer **Zweigstelle der Volksbücherei im Glasdachgeschoss des Einkaufszentrums Neue Mitte**, bei dem der Investor im November 2014 Richtfest gefeiert hatte, als der Stadtrat im Juni 2015 eine Zweigstelle der Volksbücherei an der Friedrichstraße genehmigte.¹⁰⁸⁹ Anschließend wurde nach der Eröffnung des Einkaufszentrums Neue Mitte durch Oberbürgermeister Dr. Jung am 17. September 2015 dort bis Frühjahr 2016 die Zweigstelle der Volksbücherei eingerichtet und die seit der Einweihung des zweiten Bauabschnitts des Schulzentrums am Tannenplatz im September 1978 bestehende **Zweigstelle der Volksbücherei am Tannenplatz geschlossen**¹⁰⁹⁰

Parallel musste in Fürth bereits Anfang August 2015 die Turnhalle Kiderlinstraße zur Erstaufnahme von 120 Asylbewerber/innen und Flüchtlingen reaktiviert werden.¹⁰⁹¹ da es im Verlauf des Jahres 2015 über die Türkei, Griechenland und die West-Balkan-Route zu einem noch größeren Flüchtlingsandrang als im Vorjahr gekommen war.¹⁰⁹² Mitte Oktober 2015 gab es in Fürth bei einer Gesamtbevölkerung von rund 126.000 Einwohner/innen insgesamt 1.517 Flüchtlinge und Asylbewerber/innen,¹⁰⁹³ so dass nun **27 Übergangs- und Berufsintegrationsklassen** eingerichtet werden mussten, davon zehn an Grundschulen, zehn an Mittelschulen und sieben an Berufsschulen.¹⁰⁹⁴

¹⁰⁸⁸Vgl. den Artikel Jüdisches Museum Franken, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 16.05.2022. Siehe auch den Artikel Ein großer Tag für das Jüdische Museum. Festakt in der Stadthalle vor 400 Gästen mit Zentralratschef Josef Schneider, in: Fürther Nachrichten vom 14.05.2017, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁸⁹Vgl. den Artikel Bücherei darf in Neue Mitte. Luxus oder große Chance? Stadtrat genehmigt Zweigstelle, in: Fürther Nachrichten vom 25.06.2015, S.25 (Lokalteil) und den Artikel Zweigstelle der Volksbücherei in luftiger Höhe. Fakten rund um die umstrittene „Hohe Mitte“ im Überblick. Betreiber für das Café scheint gefunden, in: Fürther Nachrichten vom 30.06.2015, S.25 (Lokalteil).

¹⁰⁹⁰Vgl. den Artikel Volksbücherei, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 16.11.2022.

¹⁰⁹¹Vgl. den Artikel Neuer Notfallplan: Flüchtlinge wieder in der Turnhalle, in: Fürther Nachrichten vom 07.08.2015, S.29 (Lokalteil).

¹⁰⁹²Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) waren damals im EASY-Informationstechnik-System von Januar bis August 2015 insgesamt 414.000 neu in die Bundesrepublik eingereiste Flüchtlinge erfasst worden, davon allein 104.000 im August 2015. Aufgrund dieser Entwicklung rechnete das IAB sowohl für 2015 als auch für 2016 mit einer jährlichen Zuwanderung von jeweils 1 Million Asylbewerber/innen und Flüchtlingen. Vgl.: Herbert Brücker; Andreas Hauptmann, Ehsan Valizadeh, Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015 = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), Aktuelle Berichte, Ausgabe 14/2015, Nürnberg 2015, S.1f. und S.8.

¹⁰⁹³Von den Mitte Oktober 2015 in Fürth lebenden 1.517 Asylbewerber/innen und Flüchtlingen befanden sich 780 Personen zur Erstaufnahme noch in der Dependance (ehemaliger Frankenwohnland-/Möbel-Höfner-Komplex an der Seeackerstraße) und in zwei Notunterkünften (Turnhalle Kiderlinstraße und ein Ende September 2015 errichtetes Zelt im Golfpark) der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf und 737 Flüchtlinge und Asylbewerber/innen nach der Erstaufnahme für die Zeit des anschließenden Anerkennungsverfahrens bereits in den vier von der Regierung von Mittelfranken angemieteten Gemeinschaftsunterkünften und in den acht von der Stadt Fürth angemieteten dezentralen Unterkünften. Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Stadt Fürth - Flüchtlingsandrang 2014/2015. Migrationsängste und leitbildorientierte Migrationspolitik auf kommunaler Ebene, Fürth 2018. Vorlage zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 28.06.2019, PDF, 49 Seiten, hier: S.4.

¹⁰⁹⁴Vgl. den Artikel Noch mehr Kinder strömen in die Schulen, in: Fürther Nachrichten vom 10.09.2015, S.25 (Lokalteil).

Gleichzeitig bekam die im Juli 2008 nach Max Grundig benannte ehemalige Berufs- und Fachoberschule, die durch die im September 2008 vom Kultusministerium in Bayern zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife verpflichtend eingeführten 13. Klassen zur **Beruflichen Oberschule an der Amalienstraße/Dambacher Straße** geworden war, zu ihren bisherigen Ausbildungsrichtungen (Technik, Wirtschaft/Verwaltung, Sozialwesen) zusätzlich die **Ausbildungsrichtung Internationale Wirtschaft**,¹⁰⁹⁵ die im Zeitalter einer wachsenden Globalisierung wirtschaftlicher Prozesse zweifellos bedeutsam war. Die **Leopold-Ullstein-Realschule** erhielt im Oktober 2015 außerdem eine Stelle für Jugendsozialarbeit,¹⁰⁹⁶ womit neben den Mittelschulen mit Ausnahme der Mittelschulen Am Finkenschule und in Stadeln nun auch die beiden Realschulen in Fürth über ein sozialpädagogisches Unterstützungsangebot für die Schüler/innen verfügten.

Nachdem trotz der 2013 von Griechenland und 2014 von Bulgarien gegenüber der Türkei und der im September 2015 von Ungarn gegenüber Serbien errichteten Grenzzäune durch den ab August 2015 massiv einsetzenden Flüchtlingsandrang nach endgültigen und um Mehrfachzählungen bereinigten Berechnungen im Jahr 2015 insgesamt 890.000 Asylbewerber/innen und Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren,¹⁰⁹⁷ führte erst die Anfang März 2016 von Mazedonien, Serbien, Kroatien, Ungarn und Slowenien veranlasste und von Österreich unterstützte Schließung der West-Balkanroute und das am 18. März 2016 unterzeichnete EU-Türkei-Abkommen zu einem deutlichen Rückgang der Zuwanderung.¹⁰⁹⁸ Waren im EASY-Informationstechnik-System im Januar und Februar 2016 noch 91.671 bzw. 61.428 Asylbewerber/innen und Flüchtlinge registriert worden, verringerte sich deren Anzahl im März 2016 auf 20.608 Personen und lag in den Monaten April bis Oktober 2016 nur

¹⁰⁹⁵Vgl. den Artikel Berufsoberschule Bayern, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 30.10.2020 und die Startseite, in: www.mgs-fuerth.de, hier: Ausdruck vom 30.10.2020. Neben der Ausbildungsrichtung Internationale Wirtschaft wurde an den Beruflichen Oberschulen in Bayern im September 2015 als eine von den Schulen auszuwählende Option auch die Ausbildungsrichtung Gesundheit neu eingeführt.

¹⁰⁹⁶Vgl.: Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016, S.27.

¹⁰⁹⁷Vgl.: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung 2015, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin (Dezember) 2016, S.5 und S.10.

¹⁰⁹⁸Vgl. den Artikel Balkanroute und den Artikel EU-Türkei-Abkommen, in: www.wikipedia. Das scheinbar in kurzer Zeit zustande gekommene EU-Türkei-Abkommen hatte allerdings eine längere Vorgeschichte, da zwischen Griechenland und der Türkei bereits im April 2002 ein Rücknahmeabkommen für illegal Einreisende in Kraft getreten war, das 2013 von der EU im Rahmen der Neuregelung des Dublin-Verfahrens (Dublin III) übernommen wurde.

Da sich die Türkei jedoch weigerte, das von der EU übernommene Rücknahmeabkommen für illegal Eingereiste umzusetzen, stellte Bundeskanzlerin Merkel bei einem Besuch in Istanbul Mitte Oktober 2015 der Türkei mehr Geld für Flüchtlingslager, Reiseerleichterungen für türkische Bürger/innen in die EU und eine Wiederaufnahme der nach einem Antrag der Türkei aus dem Jahr 1987 im Jahr 2005 aufgenommenen, aber 2006 wegen der Weigerung der Türkei, ihre Häfen für Schiffe aus Zypern zu öffnen, von der EU eingefrorenen Beitrittsverhandlungen zur EU in Aussicht.

Danach verständigten sich die EU und die Türkei bis Ende November 2015 auf einen Aktionsplan zur Begrenzung der Zuwanderung, der die Zahlung von bis zu 3 Mrd. Euro für Nahrungsmittel, den Bau von Schulen und Unterkünften für die in der Türkei lebenden syrischen Flüchtlinge vorsah und die Türkei zur Bekämpfung des Schlepperwesens und zur Rücknahme von weiterreisenden Flüchtlingen sowie die EU zur Aufnahme von in der Türkei lebenden Flüchtlingen für jeden zurückgenommenen Flüchtling im Verhältnis 1:1 verpflichtete.

Das am 18.03.2016 unterzeichnete EU-Türkei-Abkommen sah zusätzlich eine beschleunigte Auszahlung der 3 Mrd. Euro und eine Aufstockung der Hilfsgelder um weitere 3 Mrd. Euro bis Ende 2018 vor. Siehe zu den Regelungen auch den Artikel Wer jetzt kommt, muss zurück. Das sind die Einzelheiten des Abkommens zwischen der EU und der Türkei, in: Fürther Nachrichten vom 19.03.2016, S.2 (Hauptteil).

noch zwischen 15.178 und 18.143 sowie im gesamten Zeitraum von Januar bis Oktober 2016 bei 287.363 Personen.¹⁰⁹⁹

Der Rückgang der Zuwanderung von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen machte sich sogleich auch in Fürth bemerkbar,¹¹⁰⁰ wo es im April 2016 insgesamt 1.405 Asylbewerberinnen und Flüchtlinge gab, davon nur noch 140 in der Außenstelle der ZAE Zirndorf an der Seeackerstraße. Zugleich mussten die vier Leichtbauhallen, die in der östlichen Südstadt als Ersatz für die Notunterkünfte in der Turnhalle Kiderlinstraße und in einem Zelt im Golfpark eingerichtet worden waren, nicht mehr für Erstaufnahmen genutzt werden, blieben aber als dezentrale Unterkünfte bis Ende September 2016 und als Reserve für Erstaufnahmen und Unterbringungen während der laufenden Anerkennungsverfahren bis zum Auslaufen des Mietvertrages am 30. November 2017 erhalten. Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hatte es bereits seit Ende Dezember 2015 keine Zuweisungen nach Fürth mehr gegeben, weil der gesamte Freistaat Bayern seine Aufnahmeverpflichtungen nach dem Königsteiner Schlüssel erfüllt hatte.¹¹⁰¹ Da der Rückgang der Zuwanderung von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen bis Jahresende 2016 anhielt, konnte die im September 2014 als Außenstelle der ZAE Zirndorf im ehemaligen Franken-Wohnland-/Möbel-Höffner-Komplex untergebrachte Erstaufnahmeeinrichtung an der Seeackerstraße Mitte März 2017 geschlossen werden.¹¹⁰² In Fürth gab es jetzt noch 1.301 Asylbewerber/innen und Flüchtlinge, davon 401 in dezentralen Unterkünften der Stadt, 784 in Gemeinschaftsunterkünften der Regierung und 116 unbegleitete minderjährige Asylbewerber (UMA) in sozialpädagogischen Wohngruppen. Bis September 2017 sank die Anzahl der Asylbewerber/innen und Flüchtlinge dann auf 1.066 Personen, von denen 273 in dezentralen Unterkünften der Stadt, 686 in Gemeinschaftsunterkünften der Regierung und 107 als unbegleitete minderjährige Asylbewerber in sozialpädagogischen Wohngruppen lebten.¹¹⁰³

Trotz der im Dezember 2015 in der östlichen Südstadt fertiggestellten Leichtbauhallen konnte die **Turnhalle Kiderlinstraße** wegen Windpockenerkrankungen erst im Januar 2016 geräumt werden und stand nach einer Komplettsanierung des Hallenfußbodens erst ab Herbst 2016 wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung.¹¹⁰⁴ Zudem mussten aufgrund der Schulpflicht im Herbst 2016 in Fürth insgesamt 49 **Übergangs- und Berufsintegrationsklassen** gebildet werden, davon fünfzehn an Grundschulen, vierzehn an Mittelschulen sowie vierzehn Integrationsklassen, fünf Sprachintegrations-

¹⁰⁹⁹Vgl.: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung 2015, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin (Dezember) 2016, Tabelle 6, S.25..

¹¹⁰⁰Vgl.: Verschaufpause für die Flüchtlingshelfer: Weniger Asylsuchende kommen an - Notunterkünfte in Stadt und Landkreis bleiben vorerst bestehen, in: Fürther Nachrichten vom 01.04.2016, S.29 (Lokalteil).

¹¹⁰¹Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Stadt Fürth - Flüchtlingsandrang 2014/2015. Migrationsängste und leitbildorientierte Migrationspolitik auf kommunaler Ebene, Fürth 2018. Vorlage zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 28.06.2019, PDF, 49 Seiten, hier: S.37.

¹¹⁰²Vgl.: Flüchtlinge haben das Höffner-Haus verlassen, in: Fürther Nachrichten vom 17.03.2017, S.29 (Lokalteil).

¹¹⁰³Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Stadt Fürth - Flüchtlingsandrang 2014/2015. Migrationsängste und leitbildorientierte Migrationspolitik auf kommunaler Ebene, Fürth 2018. Vorlage zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 28.06.2019, PDF, 49 Seiten, hier: S.43.

¹¹⁰⁴Vgl.: Ebd., S.31,

klassen und eine berufliche Übergangsklasse an Berufsschulen, die neben Asylbewerber/innen und Flüchtlingen auch Neuzugewanderte aus südosteuropäischen EU-Staaten aufnahmen. Ab Februar 2017 kamen an Berufsschulen noch zwei Berufsintegrationsklassen hinzu, so dass es in der zweiten Hälfte des Schuljahres 2016/2017 in der Stadt Fürth an Grund-, Mittel- und Berufsschulen insgesamt 51 Übergangs- und Berufsintegrationsklassen gab. Außerdem hatte das Referat für Schule, Bildung und Sport im August 2016 zwei für die Dauer von zwei Jahren durch ein Bundesprogramm geförderte Teilzeitstellen zur **kommunalen Koordinierung von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte** geschaffen. Gegenüber dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport war der Förderantrag im März 2016 damit begründet worden, dass neben den rund 2.000 anwesenden Asylbewerber/innen und Flüchtlingen aufgrund der seit 2014 für Arbeitnehmer/innen und Selbstständige aus Rumänien und Bulgarien in der EU geltenden uneingeschränkten Freizügigkeit in den Jahren 2014 und 2015 jeweils rund 2.000 EU-Bürger/innen aus südosteuropäischen Ländern nach Fürth gekommen seien und der Bildungsbereich durch die zahlreichen Übergangsklassen an Grund-, Mittel- und Berufsschulen, die Öffnung der Sprachkurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und das seit Ende 2016 bestehende Programm für Erstsprachkurse der Bundesagentur für Arbeit eine dynamische Entwicklung bei den Integrationsbemühungen erlebt habe, die einer Koordinierung bedürfen. Als Ziele der kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte wurden in einem Informationsflyer die Herstellung größtmöglicher Angebotstransparenz sowie die Schaffung und Verankerung neuer bisher fehlender Angebote für alle Neuzugewanderten genannt.¹¹⁰⁵

Wie bereits in einer nach dem ab August 2014 und August 2015 massiv einsetzenden Flüchtlingsandrang vom Referat für Soziales, Jugend und Kultur im Oktober/November 2015 erstellten Einschätzung der Lage als ökonomische Perspektive erwähnt,¹¹⁰⁶ führte der Flüchtlingsandrang in der Bundesrepublik zu einem Wirtschaftsaufschwung, dessen Auswirkungen sich auch in Fürth niederschlugen, als die Arbeitslosenquote im Stadtgebiet Ende Mai 2016 auf unter sechs Prozent sank.¹¹⁰⁷ Außerdem stieg die Stadt im August 2016 beim Wohnungsbau zu „Bayerns Bauboom-Region“ auf.¹¹⁰⁸ Neben zahlreichen Wohnungsbauaktivitäten wurde dabei auch die seit der Einführung des ersten gebundenen Ganztagsgrundschulzugs mit rhythmisierten Unterricht im Jahr 2006 angestrebte und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 durch die kommunalen Haushaltsprobleme verzögerte **Sanierung des Grundschulgebäudes**

¹¹⁰⁵Vgl.: Ebd., S.40.

¹¹⁰⁶Vgl.: Ebd., S.24-31, hier: S.28: „Bei der Analyse der Rahmenbedingungen wurden die ökonomischen Perspektiven ... als günstig eingeschätzt, da mit der Flüchtlingszuwanderung zusätzliche Nachfrage nach Konsumgütern (z.B. Nahrung, Bekleidung, Unterkünfte und Wohnen) entstand und dadurch nach der ökonomischen Theorie Multiplikator-Effekte ausgelöst werden, die nach Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten auch zu Nachfrage nach zusätzlichen Investitionsgütern (z.B. Fertigungs- und Verwaltungssysteme, Produktions- und Verwaltungsgebäude) und damit zu Akzelerator-Effekten führen, die wiederum die Multiplikator-Effekte verstärken. Sofern es nicht zu einem Einbruch der gesamten Weltwirtschaft käme, könnte sich durch die mit der Flüchtlingszuwanderung verbundenen Multiplikator- und Akzelerator-Effekte in Deutschland eine Sonderkonjunktur einstellen, wie dies auch nach der Wiedervereinigung mit dem „Einheitsboom“ in den Jahren 1990 bis 1992 der Fall gewesen war.“

¹¹⁰⁷Vgl. den Artikel Quote fällt erstmals unter sechs Prozent. Die Arbeitslosenzahl in Fürth erneut gesunken. Versteckspiel „Unterbeschäftigung“, in: Fürther Nachrichten vom 01.06.2016, S.29 (Lokalteil).

¹¹⁰⁸Vgl. den Artikel Fürth schwingt sich zu Bayerns Bauboom-Region auf: Immer mehr Nachfrage lässt den Wohnungsbau florieren und die Preise steigen. Augenmerk auf Angebot für sozial Schwache, in: Fürther Nachrichten vom 19.08.2016, S.29 (Lokalteil).

an der Rosenstraße im September 2016 abgeschlossen. Zugleich hatte die **Sanierung des Altbaus der Grundschule am Ligusterweg** in Unterfarnbach und die **Neugestaltung der naturwissenschaftlichen Räume am Hardenberg-Gymnasium** begonnen.¹¹⁰⁹ Im Oktober 2016 fiel nach einer privaten Spende in Höhe von 60.000 Euro an der **Grundschule Zedernstraße** in Vach der Startschuss für zwei zusätzliche Klassenräume in einem Modulgebäude und für eine Erweiterung und Neugestaltung der Außenanlagen,¹¹¹⁰ die bis April 2017 fertiggestellt wurden.¹¹¹¹

Außerdem wurde die **Volkshochschule Fürth**, die schon in den 1960er Jahren Sprachkurse für ausländische Arbeitskräfte aus Italien und Griechenland, ab 1989 die Kurse Deutsch als Fremdsprache, ab 2006 das Zertifikat Deutsch und ab 2009 für einbürgerungsberechtigte Ausländer/innen mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren die Einbürgerungstests 33 Fragen angeboten hatte, durch die im Zuge des Flüchtlingsandrangs erfolgte Öffnung der Sprachkurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und das Ende 2016 zur Arbeitsmarktintegration eingeführte Programm für Erstsprachkurse der Bundesagentur für Arbeit zum größten kommunalen Anbieter von Deutschkursen und Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer, wobei diese mit jährlich rund 12.000 Unterrichtsstunden im Bildungsbereich Integration zur größten Nutzer/innengruppe der Volkshochschule wurden.¹¹¹²

Während in Fürth 2016 die Aktivitäten im Wohnungsbau florierten und bei der Sanierung und Ergänzung von Schulgebäuden vorankamen, waren beim **Neubau der Dreifach-Turnhalle an der Kapellenstraße** im Juni 2015 erhebliche Probleme aufgetreten, da noch immer keine Zulassung für das Membrandach vorlag und die Stadt den Architekten zur Ausarbeitung eines alternativen Plans B aufforderte.¹¹¹³ Im Juli 2015 drohte der Neubau sogar zu einem völligen Planungsdesaster zu werden, als das Membrandach bei einem Brandschutztest durchfiel.¹¹¹⁴ Weil das Membrandach trotz

¹¹⁰⁹Vgl. den Artikel Baustelle Schule. Der Stadtrat steht vor enormen Herausforderungen, in: Fürther Nachrichten vom 28.11.2016, S.25 (Lokalteil). „Mit dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Dr. Jung 2002 steckte die Kommen binnen zehn Jahren 100 Millionen Euro in viele Schulhäuser... In den kommenden Jahren muss das Rathaus noch weitaus größere Herausforderungen bewältigen. Geschätzte 70 Millionen Euro verschlingen allein die Baumaßnahmen für die Ludwig-Erhard-Berufsschule, das Helene-Lange-Gymnasium und das Schliemann-Gymnasium (...). Viel Geld kostet auch die neue Zentralmensa für die Südstadtschulen, die ebenso 2018/19 errichtet werden soll wie der Mittagsbetreuungstrakt für die Pestalozzischule.“

¹¹¹⁰Vgl. den Artikel Vacher Grundschule wächst. Sportplatz und mehr Klassenzimmer durch private Spende über 60000 Euro, in: Fürther Nachrichten vom 23.10.2016, S.31 (Lokalteil). „Für insgesamt 125000 Euro saniert und erweitert die Stadt die Außenanlage der Vacher Grundschule in der Zedernstraße. Rund die Hälfte des Betrages, 60000 Euro, steuert die Familie Ermer als Spende bei. Bürgermeister Braun sprach von einer ‚Initialzündung‘ für das Projekt, das ohne eine Zugabe in dieser Größenordnung nicht möglich gewesen wäre... Die Spende deckt die Kosten des Allwetterplatzes, der Martin Ermer ein besonderes Anliegen ist. Im Rehabilitations- und Behindertensport, aber auch im Kinder- und Jugendbereich hat er gemeinsam mit seiner kürzlich verstorbenen Ehefrau Emilie über Jahrzehnte hinweg Pionierarbeit geleistet.“

¹¹¹¹Vgl. den Artikel Eine Schulerweiterung über Nacht. Fürther-Premiere: Anbau in der Vacher Zedernstraße entstand rasch in Modulbauweise, in: Fürther Nachrichten vom 12.04.2017, S.25 (Lokalteil).

¹¹¹²Vgl.: Barbara Ohm, 75 Jahre Volkshochschule Fürth. Eine Erfolgsgeschichte, herausgegeben von der Volkshochschule Fürth 2021, S.38-40.

¹¹¹³Vgl. den Artikel Dreifach-Turnhalle: Stadt fordert einen Plan B. Noch immer keine Zulassung für Membrandach. Der Baureferent sieht den Architekten in der Pflicht, in: Fürther Nachrichten vom 11.06.2015, S.29 (Lokalteil).

¹¹¹⁴Vgl. den Artikel Die Vorzeige-Sporthalle wird zum Planungsdesaster. Dach fällt bei Brandschutz-Test durch. Die Fertigstellung des Komplexes am Schießanger verzögert sich auf unbestimmte Zeit, in: Fürther Nachrichten vom 28.07.2015, S. 25 (Lokalteil).

Nachbesserungen im Dezember 2015 auch den zweiten Brandschutztest nicht bestand, entwickelte sich die vom Architekten als innovativ gepriesene hauchdünne Folie zunehmend zu einem großen Ärgernis für die Stadtverwaltung.¹¹¹⁵ Trotz aller Fährnisse gelang es am Ende aber doch noch, eine Brandschutz sichere Lösung zu finden, so dass die Dreifachturnhalle nach dreizehnjähriger Planungs- und vierjähriger Bauzeit am 1. Juni 2017 als **Julius-Hirsch-Sportzentrum** mit einer Festveranstaltung eröffnet werden konnte, bei der auch dessen Enkel Andreas Hirsch anwesend war und Oberbürgermeister Dr. Jung die Eröffnungsrede hielt. „Einen großen Teil seiner Rede widmete Jung dem Namensgeber der Halle. Julius Hirsch hatte die SpVgg 1914 als Kapitän zur Deutschen Meisterschaft geführt, als Jude wurde er Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ‚Julius Hirsch, das ist die große Botschaft dieser Halle, lebt in unserer Stadt und wir bleiben ihm dankbar‘, sagte Jung.“¹¹¹⁶

Zuvor war es auch beim **Neubau des Ludwig-Erhard-Zentrums** in der ehemaligen Sternstraße hinter dem Rathaus, bei dem die Grundsteinlegung am 29. Februar 2016 und das Richtfest am 25. November 2016 stattgefunden hatten,¹¹¹⁷ zu einer Überraschung gekommen, als sich Ende März 2017 eine um etwa 4 Millionen Euro über der Kalkulation liegende und mit nicht vorhersehbaren Faktoren begründete Kostensteigerung ergab.¹¹¹⁸ Die erforderliche Erhöhung des kommunalen Baukostenzuschusses wurde daraufhin von der Stadtratsmehrheit genehmigt, die sich dabei allerdings auch mit scharfer Kritik und Befürchtungen über weitere Kostensteigerungen auseinandersetzen musste.¹¹¹⁹ Außerdem überbrachte Innenminister Joachim Hermann im Mai 2017 einen zusätzlichen Förderbescheid des Freistaats Bayern über einige Millionen Euro für das Ludwig-Erhard-Zentrum. Trotzdem betrug der Finanzierungsanteil der Stadt bei Gesamtkosten in Höhe von 17,4 Millionen statt ursprünglich 12,6 Millionen Euro nun 1,87 Millionen statt ursprünglich 600.000 Euro.¹¹²⁰ Nach der endgültigen Fertigstellung wurde das **Ludwig-Erhard-Zentrum** am 18. Mai 2018 in Anwesenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeyer eingeweiht.¹¹²¹ Um der Öffentlichkeit einen

¹¹¹⁵Vgl. den Artikel Dreifachturnhalle: Kummer mit dem Dach. Spezialkonstruktion auch beim zweiten Brandschutztest durchgefallen. Hauchdünne Folie entpuppt sich als Ärgernis, in: Fürther Nachrichten vom 05.12.2015, S.33 (Lokalteil).

¹¹¹⁶Vgl. den Artikel Nach 17 Jahren: Fürth hat eine neue Halle. Erst zu wenig Geld, dann Probleme und Pannen. Nun aber wurde die Julius-Hirsch-Sporthalle eingeweiht, in: Fürther Nachrichten vom 02.06.2017, S.33 (Lokalteil), Zitat ebd.

¹¹¹⁷Vgl.: <https://www.ludwig-erhard-zentrum.de/ueber-uns/gruendung-und-geschichte>, hier: Ausdruck vom 15.11.2022.

¹¹¹⁸Vgl. den Artikel Erhard-Zentrum wird deutlich teurer. Projekt liegt 4 Millionen Euro über der Kalkulation. Faktoren „unvorhersehbar“, in: Fürther Nachrichten vom 25.03.2017, S.33 (Lokalteil).

¹¹¹⁹Vgl. den Artikel Erhard-Zentrum: Zustimmung mit Zähneknirschen. Stadtratsmehrheit akzeptiert die massive Kostensteigerung. Scharfe Kritik und Furcht vor neuen Überraschungen, in: Fürther Nachrichten vom 30.03.2017, S.25 (Lokalteil).

¹¹²⁰Vgl. den Artikel Minister servierte satten Nachschlag für LEZ. Zusätzliche Millionenförderung für Ludwig-Erhard-Zentrum hinter dem Rathaus steht bereit. Kritik an der Gestaltung prallt ab, in: Fürther Nachrichten vom 05.05.2017, S.29 (Lokalteil).

¹¹²¹Vgl. den Artikel Jetzt geht's los! Das Ludwig-Erhard-Zentrum in direkter Nachbarschaft des Fürther Rathauses wird morgen eingeweiht, in: Fürther Nachrichten vom 17.05.2018, S.43 (Rubrik: Das LEZ vor dem Start).

ersten Einblick zu geben, hatte noch am Vortag ein für die Presse organisierter Informationsrundgang durch die Ausstellung stattgefunden.¹¹²² Die **Eröffnung für Besucherinnen und Besucher** erfolgte am 20. Juni 2018, dem 70. Jahrestag der Währungsreform von 1948 mit dem Fernsehmoderator Günther Jauch als Gast.¹¹²³

Nach der Verleihung und Übergabe des Gütesiegels Bildungsregion durch Kultus- und Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle im Fürther Rathaus im Juli 2015 hatte sich das Projektbüro für Schule und Bildung mit einer zusätzlichen Mitarbeiterin ab August 2015 dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten sowie auf ein Bildungsmonitoring und eine Bildungsberichterstattung abzielenden **Projekt Kommunales Bildungsmanagement Fürth** zugewandt und im April 2016 den **Ersten Bildungsbericht der Stadt Fürth** veröffentlicht.¹¹²⁴ Im Vorwort kündigte Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun aufgrund der bei der Erstellung des Konzepts für das Gütesiegel Bildungsregion praktizierten Zusammenarbeit für Mai 2016 die Gründung eines Bildungsbeirats an, dem alle zentralen Partner der verschiedenen Bildungsbereiche angehören sollten.¹¹²⁵ In der Einleitung des Berichtes wurde vom Projektbüro Schule und Bildung erläutert, dass Bildung ein individueller, lebenslanger Prozess sei und drei Ziele verfolge: a) die **individuelle Regulierungsfähigkeit** für die eigene Biografie sowie das Verhalten zur Umwelt und das Leben in der Gemeinschaft, b) die **Humanressourcen** für die auf dem Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen und c) die **gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit**.¹¹²⁶ Danach gliederte sich der Bildungsbericht in folgende Abschnitte: Rahmenbedingungen (Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur), Grunddaten zur Bildung in Fürth, Frühkindliche Bildung (Eltern, Kinderkrippen, Kindergärten), Allgemeinbildende Schulen, Berufliche Bildung, Hochschulen, Berufsbezogene Weiterbildung, Non-formale Bildung (Volks-hochschule, Volksbücherei, Musikschule, Museen, bildende Kunst und Stadtgeschichte, Theater und Tanz, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit) sowie Inklusion.¹¹²⁷ Dem im Mai 2016 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Braun gegründeten **Bildungsbeirat** gehörten insgesamt rund 40 Vertreter/innen aus den mit Bildungsfragen im weitesten Sinne befassten gesellschaftlichen, institutionellen und politischen Bereichen der Stadt an.¹¹²⁸

¹¹²²Vgl. den Artikel Fürther Lokalkolorit lockt ins Innere des LEZ. Die Ausstellung bietet viel Multimediales und zeitgenössische Bezüge. Günther Jauch kommt zur Eröffnung, in: Fürther Nachrichten vom 18.05.2018, S.29 (Lokalteil).

¹¹²³Vgl.: <https://www.ludwig-erhard-zentrum.de/ueber-uns/gruendung-und-geschichte>, hier: Ausdruck vom 15.11.2022.

¹¹²⁴Vgl.: Mail von Herrn Bronnenmeyer zur Geschichte des Bildungsbüros vom 19.05.2022.

¹¹²⁵Vgl.: Stadt Fürth/Referat I – Schule, Bildung und Sport, Bildung in Fürth 2016. Erster Bildungsbericht der Stadt Fürth, Fürth 2016, S.3.

¹¹²⁶Vgl.: Ebd., S.6.

¹¹²⁷Vgl.: Ebd., S.9-24, S.25-34, S.35-54, S.55-88, S.89-108, S.109-112, S.113-124, S.150 und S.151-161. Im Abschnitt Grundinformationen zur Bildung in Fürth wurden auch die **Ergebnisse des Zensus 2011 zu den schulischen und berufsqualifizierenden Abschlüssen** wiedergegeben: Danach lagen in Fürth die örtlichen Anteile der Bevölkerung ohne Schulabschlüsse bei 7,6 Prozent, mit Volksschul-/Hauptschulabschlüssen bei 41,5 Prozent, mit Realschul- oder vergleichbaren Mittleren Reifeabschlüssen bei 22,9 Prozent, mit Fachhochschulreife bei 7,8 Prozent und mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife bei 20,3 Prozent sowie die örtlichen Anteile der Bevölkerung ohne berufliche Abschlüsse bei 28,9 Prozent, mit Lehre und Berufsabschlüssen im dualen System bei 45,2 Prozent, mit Fach- und Berufsakademieabschlüssen bei 8,6 Prozent, mit Fachhochschulabschlüssen bei 5,9 Prozent, mit Universitätsabschlüssen bei 8,1 Prozent und mit Promotion bei 1,0 Prozent (Vgl.: Ebd., S.31f.).

¹¹²⁸Zu den rund 40 Mitgliedern des Bildungsbeirates gehörten die Vertreter/innen der Stadtratsfraktionen von SPD, CSU und BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, des Integrationsbeirates, des Seniorenrates und des Behindertenrates, der Grundschule Friedrich-Ebert-Straße, der Grundschule Hans-Sachs-

Zugleich war bis Sommer 2016 zu dem von der Diakonie Neuendettelsau beabsichtigten **Neubau für die Fachakademie für Sozialpädagogik**, deren Unterricht seit 2012 in Räumen der Berufsschule I an der Fichtenstraße stattgefunden hatte, ein Standort auf dem ehemaligen Schulkomplex der Amerikaner an der Fronmüllerstraße/John-F.-Kennedy-Straße gefunden worden.¹¹²⁹ Zum Standort sowie zum Bau- und Zeitplan erklärte Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun im August 2016: „Das zweigeschossige Gebäude soll ab dem Frühjahr neben dem alpha 1 auf einem Teil des Schultennisplatzes gebaut werden und ein Jahr später fertig sein. Ein Beachvolleyballfeld und ein asphaltierter Sportplatz werden dafür geopfert. Den Verlust kompensieren soll ein neuer Allwetterplatz, der hinter der Turnhalle neu angelegt wird, so Braun.“¹¹³⁰ Entgegen der ursprünglichen Absicht wurde der Grundstein für den Neubau erst im November 2017 gelegt.¹¹³¹ Die Fertigstellung erfolgte im Dezember 2019, als die Fachakademie für Sozialpädagogik den Neubau an der John-F.-Kennedy-Straße bezog und ab dem Schuljahr 2020/21 ihre bisherigen acht Klassen mit 169 Schüler/innen auf zehn Klassen mit rund 220 Schüler/innen aufstocken konnte.¹¹³² Neben den bisherigen Ausbildungsrichtungen zu staatlich anerkannten Kinderpfleger/innen mit einer Ausbildungsdauer von zwei Jahren und staatlich anerkannten Erzieher/innen mit einer Ausbildungsdauer von fünf Jahren gab es an der Fachakademie für Sozialpädagogik jetzt im Rahmen eines im September 2020 begonnenen und bayernweit an mehreren Standorten durchgeführten Schulversuchs auch eine zweijährige Ausbildung zu pädagogischen Fachkräften an Ganztagsgrundschulen.¹¹³³

Bei dem nach den Bürgerprotesten im Frühjahr 2015 auf einem Grundstück hinter dem Heizwerk der infra an der Fronmüllerstraße vorgesehenen **Erweiterungsbau der Wilhelm-Löhe-Hochschule** kam es ebenfalls zu baulichen Verzögerungen, weil der Baubeginnen nach dem symbolischen Spatenstich in Anwesenheit von Kultus- und Wis-

Straße, der Grundschule des Humanistischen Verbandes, der Mittelschule Dr.-Gustav-Schickedanz, des Förderzentrums Süd, der Leopold-Ullstein-Realschule, des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums, des Gemeinsamen Elternbeirats der Grund- und Mittelschulen, des Fürther Elternverbandes, der Schülersprecher der Fürther Mittelschulen und der Fürther Gymnasien, der Ludwig-Erhard-Berufsschule, der Wilhelm-Löhe-Hochschule, der Volkshochschule, der Volksbücherei, des Stadtmuseums, der Musikschule, des evangelischen und katholischen Dekanats, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, des Bayerischen Landessportverbandes, des Staatlichen Schulamtes für die Stadt und den Landkreis Fürth, des Referates für Soziales, Jugend und Kultur, des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien, des Stadtjugendrings, der Kinderarche, der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, des IHK-Gremiums, der Kreishandwerkerschaft, der Arbeitsagentur und des Jobcenters.

¹¹²⁹Vgl. den Artikel Fürth bekommt eine Fachakademie. Diakonie will an der Fronmüllerstraße bauen. Opposition beklagt späte Information, in: Fürther Nachrichten vom 04.08.2016, S.29 (Lokalteil).

¹¹³⁰Artikel Erzieher und Schüler werden bald Nachbarn. Fachakademie der Diakonie Neuendettelsau ergänzt Schulkomplex an der Fronmüllerstraße. Sportfläche wird ersetzt, in: Fürther Nachrichten vom 10.08.2016, S.29 (Lokalteil).

¹¹³¹Vgl. den Artikel Diakonie forciert die Ausbildung von Kita-Kräften. Grundstein für neue Schule in der Fürther Südstadt gelegt. Auch die Wilhelm-Löhe-Hochschule baut bald, in: Fürther Nachrichten vom 14.11.2017, S.27 (Lokalteil).

¹¹³²Vgl. den Artikel Neues Domizil für die Erzieher. Nach mehreren Monaten in provisorischen Räumen hat die FACHAKADEMIE FÜR SOZIALPÄDAGOGIK ihren Neubau in der Südstadt bezogen. Ab kommendem Schuljahr sollen hier mehr Studierende unterrichtet werden, in: Fürther Nachrichten vom 23.12.2019, S.30 (Lokalteil).

¹¹³³Vgl. den Artikel Startrampe für Sozialberufe. Mit der Berufsakademie für Pflege ist das DIAKONEO von Nürnberg nach Fürth umgezogen. Auch die hier ansässige Fachakademie für Sozialpädagogik bietet eine neue Ausbildung an, in: Fürther Nachrichten vom 10.09.2020, S.21 (Lokalteil).

schaftsminister Ludwig Spaenle am 29. Mai 2017 aufgrund einer Kampfmittelräumung auf dem Grundstück bis Anfang Januar 2018 verschoben werden musste. Als der mit moderner Medientechnik und Aufzug ausgestattete Stahl-Beton-Baus zweieinhalb Jahre später fertiggestellt war, erfolgte im Juli 2020 der Umzug der Wilhelm-Löhe-Hochschule vom ehemaligen Gebäude Nr.67 im W.O.-Darby-Bereich in die neuen Räume an der Frommüllerstraße.¹¹³⁴

Bauliche Verzögerungen begleiteten auch den von Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun im Juli 2017 angekündigten **Erweiterungsbau in Modulbauweise an der Grundschule Pestalozzistraße**, wo der Platz für die Ganztagsangebote aufgrund der wachsenden Nachfrage zu eng geworden war und eine zentrale Mensa, Ruhe- und Bewegungsräume, eine Lernwerkstatt und Räume für Übergangsklassen fehlten.¹¹³⁵ Der Spatenstich wurde allerdings erst im Mai 2019 gemacht, das Richtfest im Oktober 2019 gefeiert und die Bezugsfertigkeit bis Februar 2020 hergestellt.¹¹³⁶

Anders als bei den Schulbaumaßnahmen kam es in Fürth 2017 in anderen schulischen Bereichen nicht zu Verzögerungen. Bereits im Herbst 2017 waren auch **alle drei Berufsschulen mit Sozialpädagogen-Stellen** zur sozialpädagogischen Unterstützung der Regelschüler/innen ausgestattet. Als erste hatte dabei im September 2016 die gewerbliche Berufsschule an der Fichtenstraße eine Sozialpädagogen-Stelle erhalten. Im September 2017 war danach an der kaufmännischen Ludwig-Erhard-Berufsschule Theresienstraße/Hirschenstraße und an der seit April 2005 nach Martin Segitz benannten Berufsschule für Metall- und Elektrotechnik Ottostraße jeweils eine Sozialpädagogen-Stelle entstanden. Aufgrund der verbesserten und zunehmenden Integration von Asylbewerber/innen, Flüchtlingen und Migrant/innen aus südosteuropäischen EU-Staaten in die Regelsysteme mussten zu Schuljahresbeginn 2017/2018 statt der 51 Übergangs- und Berufsintegrationsklassen wie im Vorjahr nur noch **36 Übergangs- und Berufsintegrationsklassen** gebildet werden, davon zwölf an Grundschulen, neun an Mittelschulen und fünfzehn an Berufsschulen.¹¹³⁷

Gleichzeitig befanden sich **vier weitere Bau- und Sanierungsprojekte in der schulpolitischen Diskussion**, bei denen allerdings bis zum 200-jährigen Jubiläum der Ernennung Fürths zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 2018 keine Baubeginn mehr stattfand. Dazu zählten:

- ein Neubau für das 1896 als humanistisches Gymnasium eingerichtete Heinrich-Schliemann-Gymnasium, der vom Stadtrat schon einmal 1968 beschlossen, aber trotz eines 1971 am Kieselbühl erworbenen Grundstücks nicht verwirklicht worden war,¹¹³⁸

¹¹³⁴Vgl. den Artikel Wilhelm-Löhe-Hochschule, in: www.fuerthwiki.de, hier: Ausdruck vom 28.09.2022.

¹¹³⁵Vgl. den Artikel Pestalozzischule bekommt Erweiterungsbau. Für die immer beliebteren Ganztagsangebote ist es zu eng geworden. Eröffnung im Frühjahr 2018 geplant, in: Fürther Nachrichten vom 30.06.2017, S.33 (Lokalteil).

¹¹³⁶Vgl. den Artikel Die „Pesta“ wächst. Lange hat die Schulleitung den ERWEITERUNGSBAU gewünscht, jetzt endlich geht es voran – und das sehr schnell: In Modulbauweise entsteht mehr Platz für die Schüler, die Stadt hat es eilig, nicht nur hier, in: Fürther Nachrichten vom 10.10.2019, S.31 (Lokalteil). „Neben vier Klassenräumen, darunter ist einer für eine Inklusionsklasse vorgesehen, entstehen acht Räume für die Ganztagsbetreuung sowie zwei Lernwerkstätten.“

¹¹³⁷Mitteilungen des Projektbüros für Schule und Bildung vom 03. und 06.11.2017.

¹¹³⁸Die **Planungen zu einem Neubau für das Heinrich-Schliemann-Gymnasium** hatten 2015 begonnen, als ein Raumprogramm erstellt wurde, das einen zusätzlichen Raumbedarf von 3.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche ergab. Zur Unterbringung des Raumbedarfs wurden danach von

- zwei Neubauten für die Dreifachturnhallen an der GS/MS Seeackerstraße und der GS/MS Hans-Sachs-Straße in Stadeln¹¹³⁹
- und eine Gebäudesanierung der 1964 fertiggestellten und 1987 nach Ludwig Erhard benannten kaufmännischen Berufsschule an der Theresienstraße/Hirschenstraße, die bereits 1994 bei der Entwicklung des Konzepts für die Neuorganisation der Berufsschulen in Fürth ins Gespräch gebracht worden war.¹¹⁴⁰

der Stadtverwaltung drei Varianten an den bisherigen Standorten des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums und vier weitere Standorte geprüft. Als sich herausstellte, dass der Raumbedarf baulich sowohl auf dem Grünzug der ehemaligen Landebahn auf der Hardhöhe als auch auf dem Gelände am Finkenschlag und dem Areal der Wolfsgrubermühle realisiert werden könnte, vertagte der Stadtrat im Dezember 2016 die Entscheidung über den zukünftigen Standort des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums, beschloss aber zugleich den Kauf des Grundstücks an der Wolfsgrubermühle und die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs für einen Schulneubau. Vgl. den Artikel Fall Schliemann-Gymnasium bleibt in der Schwebe. Die Stadt verschiebt den Beschluss, kauft aber das nötige Grundstück und startet Architektenwettbewerb, in: Fürther Nachrichten vom 22.12.2016, S.29 (Lokalteil). Nach dem Grundstückskauf, dem Abschluss des Architektenwettbewerbs und einer Mitteilung des Ministerialbeauftragten für Gymnasien der Regierung von Mittelfranken über höhere Schülerzahlen durch die Wiedereinführung des G9 ab dem Schuljahr 2018/2019 und der aktuellen demografischen Entwicklung durch die seit 2015 zunehmende Jahrgangsstärken bei den unter Einjährigen beschloss der Stadtrat am 20. November 2019, das Neubauprojekt auf der Grundlage des Siegerentwurfs im westlichen Teil des Areals der Wolfsgrubermühle an der Henri-Dunant-Straße weiterzuführen.

Zu dem Hinweis des Ministerialbeauftragten für Gymnasien der Regierung von Mittelfranken auf die seit 2015 zunehmenden Jahrgangsstärken bei den unter Einjährigen ist ergänzend anzumerken, dass es in der Stadt Fürth 2011, 2012, 2013 und 2014 noch lediglich 1.053, 1.116, 1.131 und 1.143 unter Einjährige gegeben hatte, während es 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 immerhin 1.270, 1.315, 1.342, 1.294, 1.383, 1.276 und 1.348 unter Einjährige waren, weshalb in Fürth spätestens seit 2018 mit einem ab 2021 einsetzenden Zuwachs der Schülerzahlen zu rechnen war, der an den Grundschulen beginnen und ab 2025 die weiterführenden Schulen (Mittelschulen, Realschulen, Gymnasien) erreichen würde.

¹¹³⁹Zur **Planung für die Neubauten der Dreifachturnhallen an der GS/MS Seeackerstraße und der GS/MS Hans-Sachs-Straße in Stadeln** hatte der Schulausschuss schon Anfang März 2017 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Vgl.: Stadt Fürth/Schulverwaltungsamt, Beschlussvorlage für die Sitzung des Ausschusses für Schule Bildung und Sport am 09.03.2017.

Drei Jahre nach dem 200-jährigen Jubiläum der Ernennung der Stadt Fürth zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 2018 fand im November 2021 der offizielle Spatenstich für einen Neubau der Dreifachturnhalle an der Seeackerstraße statt. Nach dem Zeitplan soll der Rohbau bis Ende 2022 vollendet und die Halle bis Ende 2023 fertiggestellt werden. Vgl. den Artikel Dreifachturnhalle: Die Arbeiten liegen im Zeitplan. Sportstätte: Bis Ende des Jahres soll der Rohbau vollendet sein, in: Fürther Nachrichten vom 03.12.2022, S.35 (Lokalteil).

¹¹⁴⁰Bei der seit 1994 immer wieder ins Gespräch gebrachten **Sanierung des Gebäudes der kaufmännischen Ludwig-Erhard-Berufsschule** führte das Foto eines alten angerosteten Heizkörpers, das im Zeitungsbericht einer Boulevardzeitung veröffentlicht worden war, Ende März 2017 zunächst zu einem kleinen „Nachbeben“, bei dem Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun den Schulleiter kritisierte, weil die Stadtverwaltung bereits damit beschäftigt war, einen Grundsatzbeschluss vorzubereiten. Vgl. den Artikel Schockbilder lösen ein Nachbeben aus. Nach einem Zeitungsbericht wundert sich die Regierung über die Stadt und der Bürgermeister kritisiert den Schulleiter, in: Fürther Nachrichten vom 31.03.2017, S.35 (Lokalteil).

Im Juli 2017 billigte der Schulausschuss dann einstimmig die Vorgaben zu einem Auftrag an die städtische Gebäudewirtschaft für eine Machbarkeitsstudie zur Unterbringung eines zusätzlichen Raumbedarfs, der sich auf 5.400 statt bisher 3.600 Quadratmeter belief und den der Schulleiter mit dem veränderten Schulalltag begründete, da es mittlerweile in normalen Unterrichtsstunden deutlich mehr Praxisbezug als früher gebe und dafür die Räume fehlen. Vgl. den Artikel LES braucht Raum. Platzbedarf bei Schulsanierung löst Überraschung aus, in: Fürther Nachrichten vom 07.07.2017, S.31 (Lokalteil).

Als die städtische Gebäudewirtschaft im November 2018 die Machbarstudie vorlegte, wurden die Gesamtkosten, die vor allem mit dem zusätzlichen Raumbedarf zusammenhingen, auf bis zu 49 Millionen Euro geschätzt. „In der Theresienstraße braucht die Stadt Fürth auf jeden Fall einen langen Atem. Gestemmt werden kann die Generalsanierung der Ludwig-Erhard-Schule nach Einschätzung

Bei der Stadtverwaltung war außerdem 2017 die Bezeichnung des Projektbüros für Schule und Bildung in die Bezeichnung **Bildungsbüro** geändert worden.¹¹⁴¹ Da sich die örtliche Gesamtbetreuungsquote für Kinder im Grundschulalter seit der von der Stadt Fürth 1990 eingeführten Ganztagsbetreuung an Grundschulen durch die 1999 vom Freistaat Bayern initiierte Mittagsbetreuung, die in Fürth ab 2006 eingeführten gebundenen Ganztagsgrundschulzüge und die 2016 erfolgte Umwandlung der Ganztags- und Mittagsbetreuungen in das vom Freistaat Bayern geförderte **Modell der offenen und gebührenfreien Ganztagsgrundschulen mit Langzeit- und Kurzzeitgruppen** sowie einen Ausbau des Hortangebotes um 354 genehmigte Plätze von 14,22 Prozent 1990 auf 19,38 Prozent 1999, 34,87 Prozent 2006, 47,91 Prozent 2010 und 61,57 Prozent 2016 fortlaufend erhöht hatte,¹¹⁴² befasste sich der im Mai 2016 gegründete Bildungsbeirat im Juni 2017 mit den Schwerpunktthema **Qualität im Ganztag und aktuelle Entwicklungen im Bereich der Ganztagschulen**. Dazu wurde vom Gemeinsamen Elternbeirat der Fürther Grund- und Mittelschulen eine Online-Befragung durchgeführt, deren Ergebnisse das Bildungsbüro in den im Mai 2018 vorgelegten Zweiten Bildungsbericht der Stadt Fürth aufnahm.¹¹⁴³ An der Online-Elternbefragung hatten sich insgesamt 606 Elternteile aus zwölf Grundschulen und zwei Mittelschulen beteiligt, was einer Teilnahmequote von 20,65 Prozent aller potenziell teilnahmeberechtigten Eltern entsprach.¹¹⁴⁴ Nach Schulnoten bewertet, wurde die pädagogische Arbeit des Betreuungspersonals der Einrichtungen, die die Kinder besuchten, von ihren Eltern bei Kinderhorten mit im Durchschnitt 2,3, bei offenen Ganztagsbetreuungen an Schulen im Durchschnitt mit 2,9 und bei Mittagsbetreuungen an Schulen im Durchschnitt mit 3,4 eingestuft.¹¹⁴⁵ Unter Einbeziehung weiterer Kriterien wie flexible Öffnungszeiten, Essen oder Freizeitangebote wurde das Gesamtbetreuungsangebot, das die Kinder besuchten, von ihren Eltern bei Kinderhorten mit einer Durchschnittsnote von 1,93, bei gebundenen Ganztagszügen mit rhythmisiertem Unterricht mit einer Durchschnittsnote von 2,28, bei Mittagsbetreuungen mit einer Durchschnittsnote von 2,59 und bei offenen Ganztagsbetreuungen mit einer Durchschnittsnote von 2,63 bewertet.¹¹⁴⁶

Da die aus rechtlichen Gründen in der Regel über staatlich anerkannte Erzieher/innen (Ausbildungsdauer fünf Jahre) oder in geringem Umfang staatlich anerkannte Kinderpfleger/innen (Ausbildungsdauer zwei Jahre) verfügenden Kinderhorte bei der Bewertung der pädagogischen Arbeit des Personals und bei der Bewertung des Gesamtangebotes mit den besten Durchschnittsnoten abschnitten, machten die Ergebnisse der Online-Befragung deutlich, dass die Etablierung einer Fachakademie für Sozialpädagogik und deren Teilnahme am bayernweiten Schulversuch einer zweijährige Ausbildung zu pädagogischen Fachkräften an Ganztagsgrundschulen ab 2020 durchaus wichtige Schritte zur Qualifizierung des zunehmend erforderlich werdenden Personals

der Gebäudewirtschaft in 6 bis 8 Jahren.“ Vgl. den Artikel Teuerste Fürther Schulsanierung angepeilt. Machtbarkeitsstudie für die Ludwig-Erhard-Berufsschule. Der Denkmalschutz meldet Interesse an, in: Fürther Nachrichten vom 22.11.2018, S.29 (Lokalteil).

¹¹⁴¹Vgl.: Mail von Herrn Bronnenmeyer zur Geschichte des Bildungsbüros vom 19.05.2022.

¹¹⁴²Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Bericht zur Kindertagesstätten-Versorgung am 31.12.2016 und zur voraussichtlichen Kindertagesstätten-Versorgung 2019 bis 2022. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 25.07.2018, S.11.

¹¹⁴³Vgl.: Stadt Fürth, Referat I – Schule Bildung und Sport, Bildung in Fürth 2018. Zweiter Bildungsbericht der Stadt Fürth, Fürth 2018, S.116-130.

¹¹⁴⁴Vgl.: Ebd., S.119.

¹¹⁴⁵Vgl.: Ebd., S.123.

¹¹⁴⁶Vgl.: Ebd., S.125.

darstellten. Dies galt zu diesem Zeitpunkt auch deshalb, weil die Gesamtbetreuungsquote für Sechseinhalb- bis unter Elfjährige zwischen 2016 und 2018 noch einmal von 61,57 Prozent auf 70,93 Prozent gestiegen war. Den stärksten Zuwachs hatten dabei die ehemaligen Ganztagsbetreuungen bzw. Langzeitgruppen der offenen Ganztagsbetreuung an Grundschulen zu verzeichnen, deren Inanspruchnahme von 543 Kindern bei den Ganztagsbetreuungen 2015 auf 1.020 Kinder bei den Langzeitgruppen 2018 um 85,79 Prozent zugenommen hatte, während die Inanspruchnahme bei der ehemaligen Mittagsbetreuungen bzw. Kurzzeitgruppen der offenen Ganztagsgrundschulen lediglich von 433 Kindern 2015 auf 551 Kinder 2018 um 27,25 Prozent und die Inanspruchnahme bei den gebundenen Ganztagsgrundschulzügen mit rhythmisiertem Unterricht nur von 448 Kindern 2015 auf 552 Kinder 2018 um 23,21 Prozent gestiegen war.¹¹⁴⁷

Bis zum 200. Jubiläumsjahr der Ernennung Fürths zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 2018 kam es in Bayern zu einer **Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (G9)**, da der Landtag nach einem Kabinettsbeschluss und einer am 5. April 2017 erzielten Verständigung in der CSU-Landtagsfraktion am 7. Dezember 2017 einstimmig ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte, das zu Schuljahresbeginn 2018/19 für die fünften und sechsten Jahrgangsstufen an Gymnasien in Kraft trat. Beim neuen G9 wurde an den qualitativen Verbesserungen (verpflichtende Intensivierungsstunden in der Unterstufe sowie ein Projekt- und ein wissenschaftspropädeutisches Seminar in der Qualifizierungsstufe) und den fünf Abiturprüfungsfächern, von denen drei Fächer schriftlich und zwei Fächer mündlich abzulegen waren, des sukzessive auslaufenden achtjährigen Gymnasiums festgehalten. In den nach wie vor verpflichtenden Abiturprüfungsfächern Deutsch und Mathematik konnte die Prüfung in einem der beiden Fächer jetzt auch mündlich erfolgen. Als drittes verpflichtendes Abiturprüfungsfach war ein individuelles Leistungsfach, darunter mindestens eine Naturwissenschaft oder eine Fremdsprache zu wählen. Außerdem bestand die Abiturprüfung aus mindestens einem gesellschaftswissenschaftlichen Fach und einem weiteren Fach nach Wahl, bei dem auch die Fächer Sport, Kunst oder Musik als Abiturprüfungsfach gewählt werden konnten. Zugleich ermöglichten Substitutionsregelungen, dass Schüler/innen, die ein MINT-Leistungsfach gewählt hatten, bei der Abiturprüfung das verpflichtende Fach Mathematik durch ein anderes MINT-Fach wie Physik, Informatik oder Technik und Schüler/innen, die als Leistungsfach eine Fremdsprache gewählt hatten, die verpflichtende Abiturprüfung im Fach Deutsch durch eine Abiturprüfung in einer zweiten Fremdsprache ersetzen konnten.¹¹⁴⁸ Qualitativ neu am neuen G9 war dagegen die Ergänzung der Berufsorientierung, die jetzt nicht mehr nur in einem Projektseminar der Qualifizierungsstufe, sondern bereits durch eine zusätzliche halbe Wochenstunde in der neunten Jahrgangsstufe vorgeschrieben war, deren konkrete Ausgestaltung und Organisation den an allen Gymnasien als Koordinator/innen für berufliche Orientierung zu ernennenden Lehrkräften oblag.¹¹⁴⁹

¹¹⁴⁷Vgl.: Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Bericht zur Kindertagesstätten-Versorgung am 31.12.2018 und zur voraussichtlichen Kindertagesstätten-Versorgung 2021 bis 2024. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 22.07.2020, S.11.

¹¹⁴⁸Vgl. den Artikel Abitur in Bayern (G9), in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 09.12.2022, Abschnitt Neues G9 (ab 2018), S.1f. von 11 Seiten. Außerdem wurden beim **neuen G9 die bisherigen Fächer Sozialkunde, Erdkunde sowie Wirtschafts- und Rechtslehre in die neuen Fächer Politik und Gesellschaft, Geographie sowie Wirtschaft und Recht** umbenannt.

¹¹⁴⁹Vgl. zur Berufsorientierung und zu weiteren Details der Stundentafeln für die humanistischen, die **statt neusprachlichen jetzt sprachlichen**, die **statt mathematisch-naturwissenschaftlichen jetzt naturwissenschaftlich-technischen** sowie die wie bisher musischen, wirtschaftswissen-

Kurz vor der Verabschiedung der Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums durch den Landtag am 7. Dezember 2017 hatte Ministerpräsident Horst Seehofer nach ständigen parteiinternen Querelen und Sticheleien zu seiner Nachfolge am 4. Dezember 2017 seinen Rücktritt angekündigt, worauf die CSU-Landtagsfraktion Markus Söder am selben Tag zum Spitzenkandidaten der CSU für die Landtagswahl am 14. Oktober 2018 nominierte. Als Horst Seehofer dann am 13. März 2018 als Ministerpräsident zurücktrat und einen Tag später Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde, wählte der Landtag Markus Söder am 16. März 2018 zum neuen Ministerpräsidenten.¹¹⁵⁰ Dieser ernannte am 21. März 2018 Bernd Sibler zum neuen Minister für Bildung und Kultus¹¹⁵¹ und die Gynäkologie-Professorin Marion Kiechle zur neuen Ministerin für Wissenschaft und Kunst,¹¹⁵² womit die Amtszeit von Ludwig Spaenle als Kultus- und Wissenschaftsminister endete. Bei der Landtagswahl am 14. Oktober 2018 erhielt die CSU lediglich

schaftlichen und sozialwissenschaftlichen Zweige des neuen G9 auch die Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 17.05.2018 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Thomas Gehring, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN vom 03.04.2018, Landtagsdrucksache 17/22203 vom 10.09.2018, hier: S.3.

¹¹⁵⁰Vgl. den Artikel Markus Söder, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 13.12.2022. **Markus Söder** (geb. 1967) hatte nach dem Abitur ab 1987 Rechtswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg studiert und 1991 mit dem ersten juristischen Staatsexamen abgeschlossen. Danach war er dort für ein Jahr wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Kirchenrecht und wurde 1998 zum Dr. jur. promoviert. Von 1992 bis 1993 absolvierte er außerdem ein Volontariat beim Bayerischen Rundfunk und arbeitete dort bis 1994 als Redakteur. Seit 1983 war Markus Söder Mitglied der CSU und der Jungen Union sowie von 1995 bis 2003 Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern. 1994 wurde er für die CSU und den Stimmkreis Nürnberg-West in den Landtag gewählt. Von 1999 bis 2003 war er dort stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission „Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend“ und von 2003 bis 2007 zudem Generalsekretär der CSU. Nach der Wahl von Günther Beckstein zum Ministerpräsidenten wurde er 2007 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, nach der Landtagswahl 2008 unter Ministerpräsident Horst Seehofer Minister für Umwelt und Gesundheit, ab 2011 Minister für Finanzen und ab 2013 Minister für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat.

¹¹⁵¹Vgl. den Artikel Bernd Sibler, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 13.12.2022. **Bernd Sibler** (geb. 1971) hatte nach dem Abitur von 1990 bis 1995 Deutsch und Geschichte für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Passau studiert und war nach Abschluss des anschließenden zweijährigen Referendariats bis 1998 Gymnasiallehrer in Deggendorf. Seit 1989 war er außerdem Mitglied der CSU, bis 2007 auch Mitglied der Jungen Union und wurde bei der Landtagswahl 1998 für den Stimmkreis Deggendorf in den Landtag gewählt, dem er bis zu seiner Wahl zum Landrat des Landkreises Deggendorf im Jahr 2022 angehörte. In seiner Zeit als Landtagsabgeordneter war er von 2005 bis 2007 Vorsitzender der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ und von 2008 bis 2013 Vorsitzender des Landtagsausschusses Hochschulen, Forschung und Kultur. Außerdem war Bernd Sibler von Oktober 2007 bis Oktober 2008 sowie von 2011 bis 2013 Staatssekretär im Ministerium für Unterricht und Kultus sowie ab 2013 im Ministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

¹¹⁵²Vgl. den Artikel Marion Kiechle, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 13.12.2022. **Marion Kiechle** (geb. 1960) hatte nach dem Abitur in Offenburg ab 1979 an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg Humanmedizin studiert und 1986 die Approbation erhalten. 1987 wurde sie dort auch zur Doktorin der Medizin promoviert und habilitierte sich nach mehreren Forschungsprojekten 1995 an der Universität Freiburg. Als Oberärztin wechselte sie 1996 vom Universitätsklinikum Freiburg an die Frauenklinik der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, wo sie leitende Oberärztin wurde. 1999 ging sie als ordentliche Professorin der Besoldungsgruppe C4 an die Technische Universität München und wurde deutschlandweit die erste Frau auf einem Gynäkologie-Lehrstuhl. Ihre Forschungsschwerpunkte lagen im Bereich der gynäkologischen Onkologie bei erblichen Krebserkrankungen und der Stammzellenforschung, ihre klinischen Schwerpunkte bei der operativen und medikamentösen Behandlung von Brustkrebs und gynäkologischen Krebserkrankungen. 2001 wurde sie zur Vorsitzenden der Bioethikkommission der Bayerischen Staatsregierung und 2002 zur stellvertretenden Vorsitzenden der Ethikkommission der Bundesregierung ernannt. Nach ihrer Ernennung zur

einen Stimmenanteil von 37,2 % und damit das zweitschlechteste Ergebnis seit den Landtagswahlen 1950 und 1954 mit Stimmenanteilen von damals 26,4 % und 38,0 %. Der Stimmenanteil der SPD verringerte sich sogar auf 9,7 % und damit auf den schlechtesten Wert bei Landtagswahlen in Bayern seit 1893. Demgegenüber zog die FDP mit einem Stimmenanteil von 5,1 % wieder und die AfD, die seit der Bundestagswahl 2017 im Deutschen Bundestag vertreten war, mit einem Stimmenanteil von 10,2 % erstmals in den Landtag ein, während die Grünen und die Freien Wähler mit Stimmenanteilen von 17,6 % bzw. 11,8 % ihre bisher besten Landtagswahlergebnisse erzielten.¹¹⁵³

Aufgrund der größten inhaltlichen Übereinstimmung bildete die CSU bis 2. November 2018 eine Koalition mit den Freien Wählern. Am 6. November 2018 wurde Markus Söder erneut zum Ministerpräsidenten gewählt, der danach Michael Piazzolo von den Freien Wählern zum neuen Minister für Unterricht und Kultus und Bernd Sibler zum neuen Minister für Wissenschaft und Kunst ernannte,¹¹⁵⁴ da Monika Kiechle auf eine

Ministerin für Wissenschaft und Kunst im März 2018 wurde sie im April auch Mitglied der CSU und Kandidatin für die Landtagswahl am 14. Oktober 2018.

¹¹⁵³Vgl. den Artikel Landtagswahl in Bayern 2018, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.12.2022. Siehe auch den Artikel Alternative für Deutschland und den Artikel Hans-Olaf Henkel, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.12.2022. Die **Alternative für Deutschland(AfD)** wurde 2013 als wirtschaftsliberale sowie EU- und Euro-kritische Partei gegründet, der sich im Januar 2014 auch der 1940 geborene, seit 1962 als IBM-Manager für Deutschland und Europa tätige und von 1995 bis 2000 als Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie amtierende Hans-Olaf Henkel anschloss. Henkel hatte zuvor die Euro-Rettungspolitik für Griechenland kritisiert und die Schaffung einer doppelten Euro-Zone für Länder mit harter Währung (Deutschland, Beneluxstaaten, Österreich, Finnland und Irland) und für Länder mit weicher Währung (alle südeuropäischen Euro-Staaten unter Leitung Frankreichs) vorgeschlagen sowie die Freien Wähler unterstützt, die damals noch gegen den Euro waren.

Nach seinem Beitritt zur AfD im Januar 2014 wurde er dort im März stellvertretender Bundessprecher und auf Platz zwei der Kandidatenliste für die Europawahl 2014 nominiert. Außerdem unterstützte er die Wahlkampffinanzierung mit einem Darlehen über 1 Million Euro und zog als einer von sechs Abgeordneten der AfD in das Europaparlament ein. Mit der Begründung, dass Rechtsideologen versuchen, die Partei zu übernehmen, verließ Henkel im April 2015 zunächst den Parteivorstand und danach die Partei, als Frauke Petry im Juli 2015 nach parteiinternen Auseinandersetzungen mit dem wirtschaftsliberalen Bernd Lucke zur Bundessprecherin der AfD gewählt wurde.

Während Bernd Lucke die wirtschaftsliberale Allianz für Fortschritt und Aufbruch gründete, der sich auch Hans-Olaf Henkel anschloss, rückte die AfD unter Frauke Petry und Jörg Meuthen deutlich nach rechts. Als Frauke Petry bei der Bundestagswahl 2017 auf eine Spitzenkandidatur verzichtete und sich danach trotz eines in Sachsen erzielten Direktmandats nicht mehr der AfD-Bundestagsfraktion anschloss und aus der Partei austrat, rückte die AfD unter Alexander Gauland und Alice Weidel weiter nach rechts und verfügte 2019 über einen so starken völkisch-nationalistischen Flügel, dass dieser unter Führung von Björn Höcke bei innerparteilichen Abstimmungen bereits bis zu 40 % der Delegierten hinter sich bringen konnte.

¹¹⁵⁴Vgl. den Artikel Michael Piazzolo, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 25.11.2022 und den Artikel Paul Harro Piazzolo, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 19.12.2022. **Michael Piazzolo** (geb. 1959) hatte aus familiären Gründen schon sehr früh eine enge Beziehung zu Fragen der Bildung, Bildungsorganisation und Bildungspolitik, da sein Vater Paul Harro Piazzolo (1926-2000) nach einem Studium der Fächer Deutsch, Geschichte, Geographie, Philosophie und Psychologie für das Lehramt an höheren Schulen und dem Beitritt zur CDU ab 1958 persönlicher Referent des baden-württembergischen Kultusministers, ab 1964 Referent für die neu gegründete Universität Konstanz, ab 1978 Amtschef im damals in Baden-Württemberg vom Bereich Kultur und Sport getrennten Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie ab 1982 bis 1987 Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gewesen war.

Michael Piazzolo selbst hatte nach dem Abitur von 1979 bis 1981 Rechtswissenschaft an der Ludwig-Maximilian-Universität in München, 1981 und 1982 an der Universität Lausanne Rechts- und Politikwissenschaft und 1983 bis 1985 wieder an der Ludwig-Maximilian-Universität in München studiert.

Mitarbeit im Kabinett verzichtete und es vorzog, sich an der Technischen Universität München und dem dazu gehörenden Klinikum rechts der Isar wieder ihren gynäkologischen Forschungs- und klinischen Behandlungsschwerpunkten zu widmen.

In Fürth beschloss der Stadtrat am Ende des von zahlreichen Feiern und Veranstaltungen geprägten 200. Jubiläumsjahres der Ernennung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung im Jahr 1818 bei den Haushaltsberatungen im Dezember 2018, den seit dem Haushaltsjahr 2014 laufenden Schuldenabbau im Haushaltsjahr 2019 mit 10 Millionen Euro fortzusetzen ¹¹⁵⁵ Außerdem wurde die Komplett-Digitalisierung der örtlichen Schulen beschlossen, um sämtliche Klassenräume durch Finanzausschüsse des Bundes und des Freistaats Bayern mit digitalen Geräten und schnellem Internet auszustatten, ¹¹⁵⁶ womit die Anfang der 1990er Jahre begonnenen und seither in allen gesellschaftlichen Bereichen voranschreitenden Digitalisierungstendenzen auf den Unterricht übertragen werden sollten.

Für die künftigen Schüler/innen in Fürth bedeutet dies, dass nach dem seit der PISA-Studie 2000 vorherrschenden Trend zur Verallgemeinerung der Mittleren Reife als eine Art Basisabschluss für die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt als bald die Allgemeine Hochschulreife zu einer Art Basisabschluss für die Integration in den Arbeitsmarkt einer zunehmend digitalisierten Wissens- und Informationsgesellschaft werden könnte. Die damit verbundenen Qualifikationsanforderungen werden die Schülerinnen und Schüler in Fürth wohl auch in Zukunft am besten dadurch bewältigen, dass sie und ihre Eltern das seit der Zeit der Aufklärung wiederentdeckte **Licht der Erkenntnis** ernstnehmen und das Erlernen von Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie das Anhäufen von Wissen und Bildung - wie 1784 von Immanuel Kant (1727-1804) formuliert - als Heraustreten des Menschen aus seiner

Nach einem juristischen Referendariat von 1985 bis 1988 arbeitete er ab 1989 als Referent für Grundsatzfragen und Rechtsangelegenheiten der Zentralverwaltung des Goethe-Instituts und wurde 1992 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Regensburg zum Dr. jur. promoviert. Außerdem war er von 1991 bis 2006 Dozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, ab 1994 auch Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik in München und habilitierte sich 2003 an der Universität Augsburg im Fach Politikwissenschaft. Dort war er bis 2006 Privatdozent und von 2006 bis 2008 Professor an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege im Berlin sowie von 2008 bis 2013 Professor für European Studies an der Hochschule München.

Politisch hatte sich Michael Piazzolo 2001 den Freien Wählern Bayern angeschlossen, wurde 2005 Vorsitzender der Freien Wähler in München und 2006 stellvertretender Landesvorsitzender der Freien Wähler Bayern. Bei der Kommunalwahl im März 2008 wurde er in den Münchener Stadtrat und bei der Landtagswahl im September 2008 in den Landtag gewählt. Dort war er seit 2008 hochschul- und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und von 2010 bis 2019 auch Generalsekretär der Freien Wähler Bayern. Im Januar 2013 initiierte er unter dem Motto „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen“ das Volksbegehren der Freien Wähler gegen die Studiengebühren, das von den Oppositionsparteien SPD und Bündnis'90/Die Grünen sowie den Gewerkschaften unterstützt wurde und die regierende CSU-FDP-Koalition in Bayern veranlasste, die 2007 eingeführten Studiengebühren zum Wintersemester 2013/14 abzuschaffen, um eine politische Niederlage bei einer Volksentscheid zu vermeiden. Als Landtagsabgeordneter war Michael Piazzolo nach der Landtagswahl im September 2013 Vorsitzender des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, bevor er nach der Landtagswahl im Oktober 2018 und der Bildung einer von der CSU bevorzugten Regierungskoalition mit den Freien Wählern Minister für Unterricht und Kultus wurde.

¹¹⁵⁵Vgl. den Artikel Die Stadt Fürth baut weiter Schulden ab. Etat für 2019 sieht dafür 10 Millionen Euro vor. Doch keine Wasserspiele in der Fußgängerzone, in: Fürther Nachrichten vom 05.12.2018, S.29 (Lokalteil).

¹¹⁵⁶Vgl. den Artikel Fürth startet Digitalisierung an den Schulen. Die Klassenzimmer werden in den nächsten Jahren mit Geräten und schnellem Internet ausgestattet. Hilfe kommt vom Freistaat, in: Fürther Nachrichten vom 10.12.2018, S.29 (Lokalteil).

selbstverschuldeten Unmündigkeit begreifen und Kants individueller Empfehlung folgen: „Wage es, weise zu sein!“.¹¹⁵⁷ Neben dem persönlichen Wagemut, weise zu sein, sollten sie auch immer die 1872 von Wilhelm Liebknecht (1826-1900) propagierte Auffassung, „**Wissen ist Macht – Macht ist Wissen**“ berücksichtigen.¹¹⁵⁸ Denn das in Sozialisationsprozessen von Familien, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen vermittelte sowie durch persönliche Forschungs- und Lektüreinteressen autodidaktisch angeeignete Wissen ist – je umfassender es ausfällt - die Macht zur Selbstregulierung der eigenen Biografie, zu mehr Chancengleichheit und zu einer erfolgreichen Integration in Erwerbtätigkeit und den Arbeitsmarkt und damit zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe im Leben.¹¹⁵⁹

¹¹⁵⁷Vgl. den Artikel Aufklärung, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 07.07.2017.

¹¹⁵⁸Vgl. den Artikel Wissen ist Macht, in: www.wikipedia.de, hier: Ausdruck vom 14.11.2017.

¹¹⁵⁹Nach dieser Schlussbemerkung und den zahlreichen in der Ausarbeitung zur Entstehung und Entwicklung der Schulen in Fürth seit der Erhebung zur Stadt Erster Klasse mit eigener Verwaltung 1818 bis zum 200. Jubiläum 2018 wiedergegebenen Biografien möchte sich der Autor am Ende ebenfalls kurz vorstellen: Dr. Richard Roth, geboren 01.04.1958 in Fürth, 1961 bis 1964 Besuch des evangelischen Kindergartens St. Paul Fichtenstraße, 1964 bis 1969 der Volksschule an der Schwabacher Straße und 1969 bis 1978 des mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweigs des Hardenberg-Gymnasiums. Ab 1978 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie (Hauptfächer) sowie der Volkswirtschaftslehre und des Öffentlichen Rechts (Nebenfächer) an der Philipps-Universität Marburg. Seit 1984 Diplom-Politikwissenschaftler und seit 1989 Doktor der Philosophie. Anschließend ab 1991 Sozialplaner bei der Stadt Fürth im Referat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ausländerberatung und Sport (1991-1996), im Referat für Schule, Kultur, Jugend und Soziales (1996-2002) und im Referat für Soziales, Jugend und Kultur (ab 2002) mit zahlreichen Bedarfsermittlungen, Stellungnahmen und Berichten zu Aufgabenfeldern der kommunalen Jugendhilfe (SGB VIII) und der kommunalen Sozialhilfe (BSHG, SGB II, SGB XII und PflegeVG), zu Bebauungsplanverfahren und Straßenplanungen sowie zur Kindertagesstätten-Versorgung und zu den Herausforderungen des demografischen Wandels in der Stadt Fürth. Außerdem seit 1980 Mitglied der SPD, zunächst im Unterbezirk Marburg-Biedenkopf, ab 1990 im Kreisverband Fürth/Stadt und dort von 1993 bis 2005 als Kreiskassierer (Finanzverantwortlicher) auch Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstandes sowie seit 1991 Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und nach deren Fusion ab März 2001 der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

11. Anhang: Verwendete Literatur

In die Liste der verwendeten Literatur wurden nur Bücher und Aufsätze aufgenommen, die nach dem von Johannes Gutenberg 1450 entwickelten Druckverfahren hergestellt und veröffentlicht wurden. Gleichzeitig sind die verwendeten gedruckten Zeitungs- und Zeitschriftenartikel und die online veröffentlichten Artikel, Aufsätze und Broschüren aufgrund ihrer großen Anzahl nur den Fußnoten (Anmerkungen) zu entnehmen.

- Abelshausen, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/Main 1983.
- Adenauer, Konrad: Erhaltung und Förderung der sozialen Sicherheit und Freiheit, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr.78/1956 vom 25. April 1956, S.723.
- Adenauer, Konrad: Es gibt nur einen deutschen Staat. Der Bundeskanzler zum Brief Bulgariens – Wir sind keine Angreifer. Das Rentengesetz von der denkbar größten sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Nr.31/1957 vom 14. Februar 1957, S.265f.
- Aly, Götz: Hitlers Volkssaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main, 1. Auflage 2005, 2. Auflage 2011.
- Aly, Götz: Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassismus 1800-1933, Frankfurt/Main 2011.
- Ammon, Emil: 400 Jahre Schule in Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.6-29.
- Ammon, Emil: Fürth, Düsseldorf 1984.
- Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Stadt Fürth 2018. Nürnberg 2019.
- Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. In Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Stuttgart, 4. Auflage 1983.
- Baureferat der Stadt Fürth (Hrsg.): 10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Innenstadt Fürth. 100 Projektbeispiele von A-Z, Fürth 2010,
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familien und Integration: Bayerische Gewerbeaufsicht, Kinder- und Jugendarbeitsschutz. Unterrichtshilfe für Lehrkräfte, München 2014.
- Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst: Bildungsregion in Bayern – Unsere Erfahrungen und Erkenntnisse, München 2015.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familien und Integration und Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst

(Hrsg.): Vorkurs Deutsch 240 in Bayern. Eine Handreichung für die Praxis. Modul A: Rechtlich-curriculare Grundlagen. Modul B: Prozessbegleitende Sprachstanderfassung und methodisch-didaktische Grundlagen der Vorkursgestaltung. Modul C: Toolbox zum Vorkurs, drei Broschüren, aktualisierte Auflagen, München 2016.

- Bayerisches Staatministerium für Unterricht und Kultus: Die bayerische Mittelschule, Stand: Juli 2019, München 2019.
- Bender, Oliver: Die Entwicklung der fränkischen Industriestadt Fürth im 19. Jahrhundert (1800-1914). Aufbau und Interpretation eines geographischen Informationssystems am Beispiel der Hausgrundstücke, Dissertation Universität Bamberg 1999.
- Berliner Initiative gegen Bafög-Volldarlehensregelung: Das Bafög-Volldarlehen 1983 – 1990 und seine Rückzahlung, 7. aktualisierte Auflage, Oktober 2002.
- Berthold, Lothar: Fürth – ein Trabant Nürnbergs? Unveröffentlichte Zulassungsarbeit an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1978.
- Berthold-Hilpert, Monika: „Ihnen fernerweit gönnen ihre Synagogen und anderer Nebenschulen, so viel selbiger benötigt“. Synagogen in Fürth (17. und 18. Jht.), in: nurinst 2002, Beiträge zur deutschen und jüdischen Geschichte, Band 1, Schwerpunktthema: Jüdisches Leben in Fürth (= Jahrbuch des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Jim G. Tobias und Peter Zinke, Nürnberg 2002, S.97-112.
- Bickerich, Wolfram (Hrsg.): Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982.
- Biersack, Wolfgang; Kettner, Anja; Reinberg, Alexander; Schreyer, Franziska: Akademiker/innen auf dem Arbeitsmarkt. Gut positioniert, gefragt und bald sehr knapp, in: IAB-Kurzbericht 18/2008, S.1-8.
- Boog, Hans: Das Ende des Bombenkrieges. Ein militärgeschichtlicher Rückblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Beilage 18-19/1995, S.10-21.
- Borsdorf, Ulrich: Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters 1875-1945, Köln 1982.
- Bruch, Rüdiger vom (Hrsg.): Weder Kapitalismus noch Sozialismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München 1985.
- Brunhöber, Hannelore: Wohnen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in drei Bänden, hier: Band 2, Gesellschaft, Frankfurt/Main 1983, S.183-208.

- Buchinger, Hubert: Die bayerische Volksschule im Wandel der Zeit. Ein Beitrag zur Schulgeschichte Bayerns von 1800 bis zur Gegenwart. Überarbeitete Fassung eines Festvortrages zur Sonderausstellung Schule und Bildung im Landkreis Regensburg am 27. April 2007, Regensburg 2008.
- Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1949ff.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung 2015. Berlin 2016.
- Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, München 2013.
- Conze, Eckart; Frei, Norbert; Heyes, Peter; Zimmermann, Mosche: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, 2. Auflage, München 2010.
- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, München, Zürich 1965.
- DGB-Kreisvorstand Fürth (Hrsg.): Die Revolution 1918/19 in Fürth. Erster Weltkrieg, Revolution, Räterepublik, Fürth 1989.
- Douglas, R. M.: „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Richter, 2. durchgesehene Auflage, München 2012.
- Dubois, Karl: 1974 – ein Schulbaujahr, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.49-60.
- Eichler, Max: Der Wiederaufbau des Fürther Schulwesens nach 1945, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.30-42.
- Eicker-Wolf, Kai; Niechoj, Torsten und Truger, Achim: Vom unerwarteten Aufschwung in den Sog der Weltrezession. Zur makroökonomischen Politik unter der Großen Koalition, in: Eicker-Wolf, Stefan Körzell, Torsten Niechoj und Achim Truger (Hrsg.), In gemeinsamer Verantwortung. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005 bis 2009, Marburg 2009.
- Engelmann, Bernt: Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung, Gütersloh 1980
- Erban, Heinz: Die Bau- und Siedlungsgenossenschaft Fürth, in: Dambach, Oberfürberg, Unterfürberg. 100 Jahre bei Fürth 1901-2001, Fürth 2001, S.52f.
- Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957.

- Evangelisch-Lutherisches Pfarramt St. Johannis (Hrsg.): Die Schulen in Burgfarrnbach, Teil 1, Fürth 2003.
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1961.
- Fischer, Fritz: Juli 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher. Eine Streitschrift, Reinbek bei Hamburg 1983.
- Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, Taschenbuchausgabe 1987.
- Fischer, Walter: Die Fürther Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1870, Dissertation Universität Erlangen-Nürnberg 1965.
- Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.
- Gemeinhardt, Horst: Zur Geschichte der Gesamtschule Fürth, in: Stadt Fürth (Hrsg.), Fürth und seine Schulen. Vom Schulmeister zum Schulzentrum, Fürth 1974, S.43-47.
- Görtemaker, Manfred; Safferling, Christoph: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.
- GUS – Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart: Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen in Fürth. Abschlussbericht, Stand 17.12.1996, Stuttgart 1997.
- Hagenlücke, Heinz: Die Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.
- Hans-Böckler-Schule, städtische Real- und Wirtschaftsschule (Hrsg.): Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum, Fürth, 2009.
- Hardenberg-Gymnasium Fürth (Hrsg.): 175. Schuljahr. Festschrift und Jahresbericht 2007/2008, Fürth 2008.
- Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.): 100 Jahre Heinrich-Schliemann-Gymnasium. Festjahresbericht, Fürth 1996.
- Heinrich-Schliemann-Gymnasium (Hrsg.): Jahresbericht 2020/2021, Fürth 2021, Abschnitt Schuljubiläum, 125 Jahre HSG (1896-2021), S.34-53.
- Helene-Lange-Gymnasium (Hrsg.): 100 Jahre Helene-Lange-Gymnasium Fürth 1907-2007, Festschrift, Fürth 2007.
- Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1996.

- Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.
- Hildebrand, Klaus: Von Erhard bis zur Großen Koalition. 1963-1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Johannes C. Fest und Eberhard Jäckel, Band 4), Stuttgart, Wiesbaden 1984,
- Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt/Main 2013.
- Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Übersetzt von Yvonne Badal, München 1995
- Hockerts, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945-1957, Stuttgart 1980.
- Imholz, Siegfried: Die Arisierung in Fürth – Eine Skizze, in: Mathias Henkel, Eckhardt Diezfelbinger (Hrsg.), Entrechtet. Entwürdigt. Beraubt. Die Arisierung in Nürnberg und Fürth. Begleitbuch zur Ausstellung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg (17. November 2012 bis 31. Juli 2013), Petersberg 2012, S.57-69.
- Imholz, Siegfried: Gebt ihnen einen Namen. Widerstand und politische Verfolgung in Fürth 1933-1945, Fürth 2017.
- Jesussek, Bernd: Sternenbanner und Kleeblatt. Eine Reportage über fünfzig Jahre amerikanische Besatzung und Freundschaft am Beispiel der Stadt Fürth, Fürth 1996.
- Karlesch, Rainer; Stokes, Raymond G.: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003.
- Kleppmann, Wilhelm: 50 Jahre Alt-Fürth, in: Fürther Heimatblätter, Nr. 2/1982, S.29-71.
- Korte, Hermann: Bevölkerung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in drei Bänden, hier: Band 2, Gesellschaft, Frankfurt/Main 1983, S.13-34.
- Lebenshilfe Fürth e.V: 1961-2001, in: Lebenshilfe Fürth aktuell, Nr.1/2001, S.5-8.
- Leonhard, Jörn: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923, München 2018.
- Leopold-Ullstein-Realschule, Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, Fürth 2016.

- Liedtke, Max (Hrsg.): Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 1: Geschichte der Schule in Bayern. Von den Anfängen bis 1800, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1991.
- Liedtke, Max (Hrsg.): Handbuch zur Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 2: Geschichte der Schule in Bayern von 1800 bis 1918, Heilbrunn 1993.
- Liedtke, Max (Hrsg.): Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997.
- Liedtke, Max (Hrsg.): Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Band 4. Erster Teil: Geschichte der Schulen in Bayern. Epochenübergreifende Spezialuntersuchungen. Zweiter Teil: Geschichte der Universitäten, der Hochschulen, der vorschulischen Einrichtungen und der Erwachsenenbildung in Bayern, Bad Heilbrunn/Oberbayern 1997.
- Liedtke, Max: 1806 2006. Vom neuen zum modernen Bayern. Schule im Spiegel der Zeit, in: Lehrerinfo. Ein Service des Bayerischen Kultusministeriums für Lehrerinnen und Lehrer, Nr.2/2006, S.5-12.
- Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.
- Mair, Adolph; Ott, Hermann: Fürth zu Beginn des Industriezeitalters. Geschichte, Lebensumstände und Bevölkerungsentwicklung – verfasst von Dr. Adolf Mair 1861 als Bericht über die Geschichte, Topo- und Ethnographie des Physikatsbezirks Fürth. Bearbeitet und eingeleitet von Hermann Ott, Fürth 1989.
- Metz, Rainer: Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft, in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S.421-475, vor allem Index der Reallohne in Deutschland 1800 bis 2002 nach dem jeweiligem Gebietsstand.S.459.
- Mümmeler, Manfred: 19. April 1945. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Fürth, in: Fürther Heimatblätter, Nr.1/1985, S.1-12.
- Mümmeler, Manfred: Fürth 1933-1945, Emskirchen 1995.
- Münkler, Herfried: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013, 4. Aufl. 2014.
- Ohm, Barbara u.a.: „Fliegen, nur fliegen!“ – Der erste Nürnberg-Fürther Flughafen auf der Atzenhofer Heide. Geschichte – Technik – Erinnerungen, Bamberg, 2. Auflage 2003.
- Ohm, Barbara: Fürth, Geschichte der Stadt, Fürth 2007.

- Ohm, Barbara: Geschichte der Juden in Fürth, Fürth 2014.
- Ohm, Barbara: 75 Jahre Volkshochschule Fürth. Eine Erfolgsgeschichte, herausgegeben von der Volkshochschule Fürth 2021.
- Ott, Hermann: Vom Altstadthaus zum Repräsentationsbau in der Kaiserstraße. Die wechselnden Domizile des Hardenberg-Gymnasiums, in: Fürther Heimatblätter. Nr.4/1983, S.113-129.
- Pestalozzischule Fürth (Hrsg.): 100 Jahre Pestalozzischule 1906-2006, Fürth 2006.
- Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analysen und Dokumentationen, Freiburg/Breisgau 1964.
- Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Unveränderter Neudruck des erstmals 1948 erschienenen Werkes, Kronberg/Taunus, Düsseldorf 1978.
- Prösdorf, Svenja; Robbert, Anna Cornelia: Der Wandel der Schülerspeisung im 20. und 21. Jahrhundert in Deutschland, in: Technische Universität Dortmund, Professur Gesundheitsförderung und Verbraucherbildung, Arbeitsbericht Nr.21/2014, Ausgewählte Aspekte der Kultur und Geschichte des Haushalts, hrsg. von Prof. Dr. Günter Eissing, Dortmund 2014, S-78-129.
- Roschmann, Winfried; Sponsel, Udo; Jesussek, Bernd: Die Fürther Hardhöhe. Aufmarschfeld, Hardsiedlung, Industrieflughafen, Trabantenstadt, Fürth 1999, 2. Aufl. 2009.
- Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988.
- Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 3, Stuttgart, Berlin, Köln 1992.
- Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, 9. völlig überarbeitete Auflage, Konstanz, München 2012.
- Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Dirk Koch und Klaus Wirtgen, Stuttgart 1991.
- Schenk, Dieter: Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000.

- Schröter, Harm G.: Von der Teilung bis zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S.356-426.
- Schümann, Christian: Dambacher Ortsgeschichte in drei „Augen-Blicken“ und die Eingemeindung Dambachs am 1.1.1901. in: Dambach, Oberfürberg, Unterfürberg. 100 Jahre bei Fürth 1901-2001, Fürth 2001, S.6-10.
- Schwammbberger, Adolf: Fürth von A-Z. Ein Geschichtslexikon. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1968, Neustadt an der Aisch 1988.
- Schwammbberger, Adolf: 40 Jahre Alt-Fürth, in: Fürther Heimatblätter, Nr.4/1972, S.81-87.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963. Mit einem einleitenden Essay von Johannes Groß (= Geschichte der Bundesrepublik in fünf Bänden, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Johannes C. Fest und Eberhard Jäckel, Band 3), Stuttgart, Wiesbaden 1983.
- Schwitalski, Martina: Schalom Forth. Jüdisches Dorfleben in Franken, Münster, New York, München, Berlin 2012.
- Siepman, Eckhard u.a. (Hrsg.), Che, Schah, Shit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow, Berlin (West) 1984.
- Skrentny, Werner: Julius Hirsch. Nationalspieler. Ermordet. Biografie eines jüdischen Fußballers, Göttingen 2012.
- SPD-Kreisverband Fürth-Stadt, 120 Jahre SPD Fürth, Fürth 1992.
- Stadt Fürth/Jugend- und Sozialamt (Hrsg.): Daten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Fürth 1994.
- Stadt Fürth/Referat für Schule, Jugend, Kultur und Soziales/Sozialamt, Das Programm Hilfe zur Arbeit. Arbeit statt Sozialhilfe. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 03.12.1997, Fürth 1997.
- Stadt Fürth, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2004 der Stadt Fürth, Stadt Fürth 2005.
- Stadt Fürth, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.): 10 Jahre Konversion. Der Fürther Weg. Die Entwicklung auf den ehemaligen Militärfeldern im Stadtgebiet Fürth von 1995 bis 2005, Fürth 2005.
- Stadt Fürth/Jugendamt (Hrsg.): Kindertagesstätten-Bericht 1995 und Kindertagesstätten-Bedarfsplan 1997 bis 2000. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 15.01.1997.

- Stadt Fürth/Jugendamt (Hrsg.): Kindertagesstätten-Bericht 1996 und Kindertagesstätten-Bedarfsplan 1998 bis 2001. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 12.11.1997.
- Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur/Jugendamt (Hrsg.): Grundlagenplan zur kombinierten Jugendhilfeplanung für die Bereiche Kindertagesstätten, Beratungsangebote, Erziehungshilfen sowie Kinder- und Jugendarbeit in Fürth 2002 bis 2005, Fürth Dezember 2001.
- Stadt Fürth: Bewerbung um das Gütesiegel Bildungsregion in Bayern, Mit einer Kurzfassung, einer Beschreibung der fünf Handlungsfelder im Einzelnen und einem Anhang insgesamt 86 Seiten, Fürth 2014:
- Stadt Fürth, Referat I – Schule Bildung und Sport (Hrsg.): Bildung in Fürth 2016. Erster Bildungsbericht der Stadt Fürth, Fürth 2016.
- Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Bericht zur Kindertagesstätten-Versorgung am 31.12.2016 und zur voraussichtlichen Kindertagesstätten-Versorgung 2019 bis 2022. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 25.07.2018,
- Stadt Fürth, Referat I – Schule Bildung und Sport (Hrsg.): Bildung in Fürth 2018. Zweiter Bildungsbericht der Stadt Fürth, Fürth 2018.
- Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.): Stadt Fürth - Flüchtlingsandrang 2014/2015. Migrationsängste und leitbildorientierte Migrationspolitik auf kommunaler Ebene, Fürth 2018. Vorlage zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 28.06.2019.
- Stadt Fürth/Referat für Soziales, Jugend und Kultur (Hrsg.), Bericht zur Kindertagesstätten-Versorgung am 31.12.2018 und zur voraussichtlichen Kindertagesstätten-Versorgung 2021 bis 2024. Vorlage zur Sitzung des Stadtrates am 22.07.2020.
- Stadt Fürth, Bürgermeister- und Presseamt (Hrsg.), 2002-2022. 20 Jahre für Fürth. Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Fürth 2022.
- Stadtparkasse Fürth: 160 Jahre Stadtparkasse Fürth. Geschichte und Leistung, in: Sonderausgabe der Stadtparkasse aktuell zum 160. Geschäftsjahr, Fürth 1987.
- Statisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, hier für die Jahre 1966, 1976 und 2013.
- Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Datenreport für Deutschland 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2016.
- Stenografische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages 1949ff.

- Strauß, Heinrich: Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 bis 1933, Nürnberg 1980.
- Trautwein, Renate: Die Entwicklung der privaten Frauenarbeitsschule der Geschwister Edelman zur Berufsfachschule (Fachrichtung Hauswirtschaft/Kinderpflege) in der Staatlichen Berufsschule I in Fürth/Bayern und zur Bildungsstätte für Frauenarbeit an der VHS Fürth. Studienarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg 2005.
- Trautwein, Renate: 1000 Fürther FrauenLeben. Eine ergänzende Spurensuche, Nürnberg 2007.
- Volkshochschule Fürth e.V., 40 Jahre VHS 1946-1986, Fürth 1986.
- Vorstand der Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.): 100 Jahre Industriegewerkschaft Metall. 1891 bis 1991. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, Köln 1991.
- Vorstand der SPD (Hrsg.), Dokumente der Reaktion. Die Kampfansage der Rechten an den Sozialstaat, Bonn o.J. (1983).
- Walther, Gerd; Beck, Hartmut: Bild und Erinnerung. Fürther Luftaufnahmen 1916 bis 1945, Nürnberg 1998.
- Weinberg, Gerhard L.: Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Aus dem Amerikanischen übertragen von Helmut Dierlamm, Karlheinz Dürr und Klaus Fritz, Stuttgart 1995.
- Winkler, Heinrich August: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin, Bonn 1985.
- Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2. vollständig durchgesehene und korrigierte Auflage, Berlin 1990.
- Woller, Hans: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986.
- Wünschel, Gottlieb: Die Kapitulation von Fürth am 19. April 1945, in: Fürther Heimatblätter, Nr.1/1965, S.7-16.